Frauke M. Seebass

Die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der EU- Außen- und Erweiterungspolitik

Akteure – Narrative - Folgen

Dissertation

2026

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Interdisziplinäre Doktorschule

Leiter der Doktorschule: Prof. Dr. Stefan Okruch

Die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der EU- Außen- und Erweiterungspolitik

Akteure – Narrative - Folgen

Betreuerin:

Dr. Christina Griessler

Promotionsausschuss
Vorsitzende/Vorsitzender:

Prof. Dr. Ellen Bos

Gutachterinnen/Gutachter:

Dr. Konrad Clewing
Univ.-Prof. Dr. David Florian Bieber

Mitglieder:

Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper
Dr. Henriett Kovács
Prof. Dr. Zoltán Pállinger
Dr. Armina Galijaš
Dr. András Hettyey

Februar 2026

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Gewidmet Oliver Seebass (1965 - 2024)

In the meantime, the Ottoman army had already set out, and truths and untruths were spawned. But there was something that unsettled the people of the peninsula even more than the approaching army: the word “Balkan”. Before the Turks even set foot on the peninsula, they baptized it and its people with this name, and this name stuck to them, like new scales on the body of an aged reptile. The people were at their wits’ end. They twisted in their sleep as if they were trying to shake off this name, but the result was the opposite – the name clung to them all the more forcefully, as if it wanted to become one with their skin. They now realized that, divided as they had always been, they had never given their peninsula a name. Some called it ”Illyricum”, some “New Byzantinum”, others had opted for “Alpania” because of the peninsula’s alps, or “Greater Slavonia” because of the Slavs, and so on. Now it was too late to do anything, and so, without a common name, but with a name bestowed upon them by the enemy, they marched to battle and defeat.

Ismael Kadare, Three Elegies for Kosovo, 1998, 16f.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Inhaltsverzeichnis

Vorwort & Danksagungen **vi**

Abkürzungen **xi**

Abbildungen & Tabellen **xiv**

Executive Summary **xv**

I. THEORIERAHMEN & METHODEN 1

A. Einleitung 1

1. Ziele und Hintergründe der Arbeit 3
2. Gliederung der Arbeit 5

B. Theoretischer Rahmen 6

1. Poststrukturalistische Politische Geographie und Kritische Geopolitik 6
2. Staat, Nation, Identität und Ethnizität 8
3. Europäische Integration und Erweiterung 14
4. Zivilmacht Europa: Europäisierung als außenpolitisches Instrument 16

C. Methoden 20

1. Literaturrecherche 21
2. Expert:innen-Interviews 21
3. Politikethnographie 23
4. Diskurs und Diskursanalyse 25
   - *a. Politische Diskursanalyse* 28
   - *b. Stakeholder-Analyse: Akteurs- und Netzwerkanalyse* 31
   - *c. Narrativanalyse* 32
5. Kritik und Grenzen der theoretischen Einbettung und Methodik 35

D. Horizont und Grenzen der Dissertation 37

II. HINTERGRUND 39

A. Mythologisierung vom Mittelalter bis heute 40

1. Herkunft und demografische Entwicklungen 40
2. Historische Mythologisierung der Schlacht auf dem Amselfeld 42
3. Gesellschaftliche Entwicklungen im Osmanischen Reich 44
4. Rivalisierende Nationalismen und Gebietsansprüche 46

B. Die Aufteilung des Balkans und Kosovo in Jugoslawien 50

1. Der Berliner Kongress und der Ursprung der „albanischen Frage“ 50
2. Die Rolle Kosovos in Jugoslawien 52
3. Von Milošević bis Rambouillet 58
4. Kosovo-Krieg und internationales Protektorat 63
5. Unabhängigkeit bis 2025 67
   - *a. Politik und Gesellschaft* 69
   - *b. Interethnische Versöhnung* 72

C. Staatliche Emanzipation im „Land der zwei Geschichten” 74

10.15772/ANDRASSY.2026.002

III. DIE EU UND KOSOVO 75

A. Die Entwicklung der EUropäischen Außenpolitik im Zeichen der Balkankriege 76

1. Postjugoslawische Kriege als „Europäische Herausforderung" 77
2. Die „Europäisierung" des „Westbalkans" 79
3. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Praxis in Kosovo 82
   - *a. Staats- und Nationsaufbau* 85
   - *b. Die EU als Vermittlerin im Belgrad-Prishtina-Dialog* 95

B. Akteure und Positionen in der EU-Außenpolitik gegenüber Kosovo 108

1. Die Quint-Staaten 109
2. Die Nicht-Anerkenner 114
3. Die Unterstützer und Ambivalenten 117
4. Die Nachbarn 122
5. Die „Drittstaaten" 124

C. Die Verhandlung von Kosovos Staatlichkeit in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik 128

1. Akteure und Instrumente 129
   - *a. Die EU als autonomer außenpolitischer Akteur* 129
   - *b. Die Rolle der Mitgliedstaaten* 132
   - *c. Mitstreiter und Widersacher: Die USA, Großbritannien, Russland und China* 137
   - *d. Lokale Akteure* 139
2. Politische Kommunikation: Agenda-Setting, Priming, Framing 145
   - *a. Definition zentraler Konzepte* 145
   - *b. Instrumentalisierung im (inter-)nationalen Diskurs* 149
   - *c. Die Europäisierung Kosovos* 152
3. Identität und Ethnizität zwischen Segregation und Versöhnung 154
   - *a. Theorie und Praxis* 157
   - *b. Territorium und Status* 160
   - *c. Versöhnung und Kooperation* 163
4. Stabilisierungs- und Erweiterungspolitik auf dem „Westbalkan" 165

D. Die EU-Beitrittsperspektive als Schlüssel zu Kosovos Staatlichkeit? 172

IV. ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT 176

Epilog: Kosovo 2035 183

QUELLEN 186

ANHANG 234

- Interviews
- Google Forms: „Positions of EU member states towards Kosovo"
- Staatliche Anerkennung und bilaterale Beziehungen relevanter Staaten zu Kosovo

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Vorwort

Zu Beginn aller Interviews für diese Arbeit habe ich meine Interviewpartner:innen gebeten, ihren Hintergrund und ihre Motivation für die von ihnen besetzte Rolle darzulegen, was meiner Erfahrung nach eine wichtige Grundlage zur Einordnung ihrer Aussagen und Positionalität bildete. Aus diesem Grund möchte ich an dieser Stelle auch meinen eigenen Weg und die Ereignisse beschreiben, die mich zu dieser Dissertation geführt haben.

Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien nahm ich als Kind im ländlichen Westfalen nicht aktiv wahr und beschäftige mich erst im Zuge meines Masterstudiums im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung 2016 näher mit den Geschehnissen, einschließlich einer Kursfahrt nach Bosnien-Herzegowina. Gen Abschluss des Studiums wurde ich über die Webseite des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) auf ein Praktikum in der Vertretung der Europäischen Union in Kosovo aufmerksam – im Kommunikationsbereich, wo ich bereits einige Erfahrungen vorweisen konnte. Mein Wissen zum Land jedoch war so begrenzt, dass ich vor dem Bewerbungsgespräch zunächst den Wikipedia-Artikel zu Kosovo lesen musste.

Ich bekam die Stelle und begann im September 2017 mein dreimonatiges Praktikum. Da die an mich gestellten Anforderungen gering waren und ich vor Beginn des Praktikums keine Kontakte in Prishtina hatte, nutzte ich alle Gelegenheiten, das Land und die Menschen kennenzulernen. Zweimal wöchentlich besuchte ich einen Albanischkurs; ich wurde Mitglied einer lokalen Sportgruppe und eines Wanderverbandes, der am Wochenende Ausflüge in die Natur unternahm. Durch lokale Kolleg:innen und Soziale Netzwerke kam ich in Kontakt mit Kosovar:innen und abends unterhielt ich mich oft mit meinem Herbergsvater. Als Wahlbeobachterin bei den Lokalwahlen im Oktober schließlich lernte ich auch die Parteienlandschaft besser kennen.

Die Autorin (Mitte) als Wahlbeobachterin in Kosovo, Oktober 2017 (eigene Aufnahme).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Durch all diese Erfahrungen wurden die groben Informationen von Wikipedia zu einer immer komplexeren Realität. Auch meine Arbeitserfahrungen trugen zu dieser Metamorphose bei: So schien mir das erklärte Ziel der EU-Vertretung in Kosovo die Annäherung des Landes an die Regeln und Normen der EU zu sein, basierend auf verschiedenen bilateralen und internationalen Abkommen. Gleichzeitig durften wir als offizielle Kommunikationsabteilung der EU Kosovo jedoch niemals als „Land" oder „Nation" bezeichnen und mussten stets einen Verweis in offizielle Dokumente einfügen, wonach „diese Bezeichnung nicht die Standpunkte zum Status berührt und im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos steht." Zugleich bemerkte ich immer wieder, dass der mangelnde Fortschritt in der EU-Annäherung keinerlei Konsequenzen hatte und vielen im Verwaltungsapparat auch der vor Ort zahlreich ansässigen Internationalen Organisationen der Status Quo sehr bequem war.

Auch die serbisch-kosovarischen Beziehungen in Kosovo waren auf den zweiten Blick deutlich vielschichtiger als angenommen. Die räumliche Trennung und die nationalistischen Symbole im Straßenbild schienen eine klare Sprache zu sprechen, doch insbesondere ältere Kosovar:innen erzählten mir regelmäßig von positiven Erinnerungen an das Leben in Jugoslawien. Ein Schlüsselerlebnis war mein erster Besuch der „geteilten" Stadt Mitrovica mit dem mehrheitlich albanischen Süden und mehrheitlich serbischen Norden. Bevor ich die berühmte Brücke überquerte und das „Kosovo ist Serbien"-Mural fotografierte, traf ich einen kosovo-albanischen Kaffeehändler, der mir Auskunft über serbisch-kosovarische Handelsbeziehungen gab, die damals vergleichsweise florierten. Gerade internationale Betriebe, erzählte er mir, haben oft nur einen Firmensitz in Serbien und vertreiben ihre Produkte in den anderen Nicht-EU-Staaten der Region über Zwischenhändler wie ihn. Die Beziehungen zu seinem Belgrader Geschäftspartner seien sehr gut.

Links: Mural „Kosovo ist Serbien - Krim ist Russland". Rechts: Monument für als Partisanen gefallene kosovarische Minenarbeiter. Beide in Nordmitrovica (eigene Aufnahmen von November 2017).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Nach meiner Rückkehr nach Berlin arbeitete ich für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in einem politischen Projekt mit Vertreter:innen vergleichbarer Organisationen aus den Ländern des sogenannten „Westbalkans" zu deren EU-Annäherung, einschließlich Gesprächen mit deutschen und EUropäischen[1] Beamt:innen und Politiker:innen. Auch als ich nach Projektende in einem anderen Bereich tätig wurde, blieb ich dem Thema verbunden, lernte weiter Albanisch sowie etwas BKMS, reiste wiederholt nach Prishtina und besuchte relevante Veranstaltungen vor allem in Berlin. Dabei traf ich immer wieder auf die Widersprüche im Umgang mit Kosovo, die mir schon während meines Praktikums aufgefallen waren, gepaart mit einem weit verbreiteten Unverständnis der Komplexität der Situation vor Ort.

Aus diesem Grund entschied ich mich 2021 dazu, die folgenden Jahre meines Lebens einer vertieften Betrachtung der Geschichte, Emanzipation und internationalen Rolle Kosovos zu widmen. In Anerkennung des *de facto* Status' als souveräner Staat verweise ich ausdrücklich *nicht* auf die Resolution 1244 der Vereinten Nationen, wohl aber auf das IGH-Gutachten vom 22. Juli 2010. Auch gebe ich kosovarische Ortsnamen nicht zweisprachig auf Albanisch und Serbisch an, sondern nutze jeweils die offizielle deutsche Schreibweise. Eine Ausnahme bildet die Hauptstadt Prishtina, die ich in ihrer englischen bzw. internationalen phonetischen Schreibweise wiedergebe.

Anspruch dieser Arbeit ist es nicht, eine vollumfängliche Rezeption aller verfügbaren Quellen vorzulegen; noch versucht sie, sich kritischer Rezeption zu entziehen. Das Ziel ist es vor allem, die Komplexität der historischen wie modernen politischen Dynamiken in Kosovo zu erklären und zu hinterfragen. Damit soll sie zu einem konstruktiven Diskurs beitragen und alternative Lesarten aufzeigen, die im Idealfall einen Beitrag zur Neubewertung der EUropäische Außenpolitik gegenüber Kosovo unterstützen.

[1] Die Schreibweise „EUropa/EUropäisch" wird in dieser Arbeit immer dann verwendet, wenn der gängige Ausdruck „europäisch" ist, allerdings nur die EU-Mitgliedsstaaten gemeint sind, um auf die Dissonanz zwischen geographischen und institutionellen Ansprüchen hinzuweisen (Musliu 2021, 3; Vgl. auch Bulley 2016; Bialasiewicz 2012; Vaughan-Williams 2015). Eigennamen von Institutionen sind davon ausgenommen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

DANK

Im Dezember 2020 unternahm ich den ersten Versuch, mein Dissertationsvorhaben in die Tat umzusetzen und nahm Kontakt mit Dr. Christina Griessler an der Andrássy Universität Budapest auf, ohne sie bisher persönlich zu kennen. Mir wurde schnell klar – besser hätte ich es unmöglich treffen können! Ab dem ersten Kontakt half sie mir dabei, das Thema einzugrenzen und Zugänge zu finden, bezog mich ab meiner Ankunft in Budapest in Projekte, Tagungen und Publikationen ein, empfahl mich für Stipendien und ermöglichte mir erste Erfahrungen in der Lehre. In Budapest, aber auch auf gemeinsam besuchten Konferenzen in Bled, Sarajevo und Berlin ist so über die Zeit auch eine Freundschaft entstanden. Für diese und die unschätzbare Unterstützung, ohne die diese Arbeit nie hätte entstehen können, möchte ich mich an dieser Stelle von ganzem Herzen bedanken! Ebenso gilt mein herzlicher Dank dem Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Pállinger, der ehemaligen Leiterin des Ph.D.-Programms an der AUB, Prof. Dr. Ellen Bos sowie an der AUB Prof. Herbert Küpper, Dr. Henriett Kovács und Dr. András Hettyey, und Dr. Konrad Clewing von der Universität Regensburg, für die Betreuung meiner Dissertation und ihrer Verteidigung. Beim Swiss-Hungarian Cooperation Programme an der AUB bedanke ich mich ganz besonders für die Verleihung des Carl-Lutz-Fellowships, das mir eine unschätzbare Unterstützung bei der Fertigstellung dieser Arbeit war. Ebenso herzlichen Dank an Emese Matus für ihre großzügige Unterstützung.

Das Frühjahrssemester 2023 durfte ich mit einem CEEPUS-Stipendium am Zentrum für Südosteuropastudien der Universität Graz verbringen und möchte ganz besonders Florian Bieber (auch für die Bewertung dieser Arbeit und Förderung weit darüber hinaus!), Armina Galijaš und Derya Özkaya Öztürk sowie dem gesamten Team und dem OeAD herzlich für die Unterstützung danken. Einen besonderen Dank möchte ich auch Dr. Faruk Ajeti aussprechen, der meine Recherchen als Affiliierter Wissenschaftler am Österreichischen Institut für Internationale Politik unterstützte und mit dem ich in seiner Funktion als Botschafter der Republik Kosovo in Berlin immer gerne zusammengearbeitet habe.

A heartfelt THANK YOU goes to my interview partners (in alphabetic order): Besnik Bislimi, Bekim Blakaj, Haakon Blankenborg, Đorđe Bojović, Viola von Cramon-Taubadel, Sébastien Gricourt, Mytaher Haskuka, Ramadan Ilazi, Besa Luci, Agon Maliqi, Miodrag Milićević, Pierre Mirel, Vjosa Musliu, Augustin Palokaj, Jovana Radosavljević, Dušan Reljić, Marigona Shabiu, Edita Tahiri, and the three representatives of the EU Commission and EEAS who preferred anonymity to be able to speak freely – thank you for your trust and for sharing your insights with me, without which this dissertation would not have been possible! Likewise, I wish to

10.15772/ANDRASSY.2026.002

thank the experts who supported the stakeholder analysis (in alphabetic order): Dorthe Bach Nyemann, Steven Blockmans, Miruna Butnaru-Troncotă, Giorgio Fruscione, Dan Hadary, Romain Le Quiniou, Marin Lessenski, Jakob Lewander, Ferenc Németh, John O'Brennan, Donada Rata, Tobias Spöri, Ramūnas Vilpišauskas, Bojana Zorić, Rok Zupančič, and Wouter Zweers.

A special thanks goes to Milan Nič who not only supported this part of my research but also entrusted me with the Balkan Hubs project at DGAP from 2023-2024 where I had the chance to work with him and other fantastic colleagues and the experience of which has substantially enriched my knowledge and also this work. In Brüssel konnte ich als Gastwissenschaftlerin bei der SWP dieses Wissen weiter vertiefen und danke dafür insbesondere André Härtel, Dušan Reljić und Dorothée Falkenberg sehr herzlich.

Ein immenser Dank geht auch an meine Familie, die meine Promotionspläne von Anfang an unterstützte, einschließlich diverser Umzüge von Berlin nach Budapest nach Graz nach Bad Iburg nach Brüssel, und immer mitfieberte, wenn Entscheidungen über Stipendien anstanden oder auch als eine akademische Reise nach New York trotz Stipendiums aus Visumsgründen ins Wasser zu fallen drohte. Insbesondere mein Vater hat mich auf diesem langen Weg immer bestärkt und nicht wenige dieser Seiten sind entstanden, während ich an seinem Bett saß. Dass er nicht mehr erleben kann, wie ich diese Arbeit abschließe, schmerzt unendlich. Ihm im Besonderen ist diese Arbeit gewidmet.

Immer begleitet und unterstützt, mit der größten Geduld auch in den stressigsten Momenten, hat mich mein Partner Bram. Immer der erste, der Begeisterung und Frust abbekommen hat – manchmal in kurzen Abständen – der mir über Monate den Schreibtisch überließ, mit mir durch den gesamten Balkan reiste, wobei ich immer Neues von ihm gelernt habe und ohne den alles nicht halb so viel bedeuten würde: DANKE, dass du #fürimmer da bist.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Abkürzungen

AAK	Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës (dt. Allianz für die Zukunft Kosovos)
A/CSM	Association/Community of Serb-majority Municipalities
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertretungen
BKMS	Bosnisch-Kroatisch-Montenegrinisch-Serbisch
BiEPAG	Balkans in Europe Policy Advisory Group
BPRG	Balkans Policy Research Group
CEE	Central Eastern Europe (dt. MOE)
CEFTA	Central European Free Trade Agreement
CIG	Council for Inclusive Governance
COELA	Committee on Enlargement
CONOPS	Concept of Operations
COWEB	Committee on the Western Balkans
COYUG	Committee on the Former Yugoslavia
DG NEAR	Generaldirektorat für Nachbarschaft- und Erweiterungspolitik (bis 2025)
DG ENEST	Generaldirektorat für Erweiterungspolitik und Östliche Nachbarschaft (ab 2025)
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EG	Europäische Gemeinschaft
EIP	Economic and Investment Plan
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EUISS	European Union Institute for Security Studies
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EULEX	European Union Rule of Law Mission in Kosovo
EUPT	European Union Planning Team
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EUSR	European Union Special Representative
EUV	EU-Vertrag

10.15772/ANDRASSY.2026.002

FARK	Forcat e Armatosura të Republikës së Kosovës (dt. Streitkräfte der Republik Kosovo)
FDI	Foreign Direct Investments
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
GAWB	Green Agenda for the Western Balkans
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HRVP	Hohe:r Repräsentant:in für die GASP / Vizepräsident:in der EU-Kommission
IB	Internationale Beziehungen
IBM	Integrated Border Management
ICO	International Civilian Office
ICR	International Civilian Representative
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IGH	Internationaler Gerichtshof
IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance
JIAS	Joint Interim Administration
KFOR	Kosovo Force (NATO-Mission in Kosovo)
KP	Kommunistische Partei
LDK	Lidhja Demokratike e Kosovës (dt. Demokratische Liga Kosovos)
LVV	Lëvizja Vetëvendosje (dt. Bewegung Selbstbestimmung)
MMA	Monitoring, Mentoring and Advising
MOE	Mittel- und Osteuropa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation/en
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPLAN	Operationsplan
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDA	Politische Diskursanalyse
PDK	Partia Demokratike e Kosovës (dt. Demokratische Partei Kosovos)

10.15772/ANDRASSY.2026.002

PID	Programme Implementation Document
PISG	Provisional Institutions of Self-Government
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
RECOM	Regional Commission to establish and disclose all the facts about the recently perpetrated war crimes
RPA	Rhetorical Political Analysis
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SEE6	South East Europe Six
SIBEO	Session internationale pour les Balkans et l'Europe orientale
SL	Srpska Lista (dt. Serbische Liste)
SNS	Srpska Napredna Stranka (dt. Serbische Fortschrittspartei)
SRS	Srpska Radikalna Stranka (dt. Serbische Radikale Partei)
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TAIEX	Technical Assistance and Information Exchange
TIKA	Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı (dt. Türkisches Präsidium für Internationale Kooperation und Koordination
TJ	Transitional Justice
UÇK	Ushtria Çlirimtare e Kosovës (dt. Kosovarische Befreiungsarmee)
UN	United Nations
UNGA	United Nations General Assembly
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNKT	United Nations Kosovo Team
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNSCR	United Nations Security Council Resolution
UNSR	United Nations Special Representative
UP	Universität Prishtina
USAID	United States Agency for International Development
VN	Vereinte Nationen (s. UN)
WBIF	Western Balkans Investment Framework

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Abbildungen & Tabellen

Seite

Europa-Komplex in Prizren (eigene Aufnahme) *Umschlag*

Die Autorin (Mitte) als Wahlbeobachterin in Kosovo, Oktober 2017 (eigene Aufnahme) **vi**

Links: Mural „Kosovo ist Serbien - Krim ist Russland". Rechts: Monument für als Partisanen gefallene kosovarische Minenarbeiter. Beide in Nordmitrovica (eigene Aufnahmen von November 2017). **vii**

Abbildung 1: Deliberation - Argument und Gegenargument nach Fairclough & Fairclough (2012, 51) **30**

Abbildung 2: Die Rolle von Narrativen in der Konzeption von Strategie als Handlungen nach Fenton & Langley (2011, 1177) **33**

Abbildung 3: Graffiti gegen EULEX, UNMIK in Prishtina (eigene Aufnahmen 2022; Wikimedia 2006). *Fund = alb. „Ende"* 8**9**

Abbildung 4: Vorgeschlagener Landtausch zwischen Serbien und Kosovo (Zdravkovski & Ramet 2019) **100**

Abbildung 5: Standbild aus einer Rede des damaligen jugoslawischen Vizepräsidenten und später als Kriegsverbrecher verurteilten Vojislav Šešelj beim Parteitag der Serbischen Radikalen Partei (SRS) im Belgrader Stadtteil Zemun am 27. Februar 1999. Im Hintergrund der 29-jährige Aleksandar Vučić, drei Tage zuvor zum serbischen Informationsminister ernannt (BBC 2001, 1:28:03; s.a. Vrkić 2015). **101**

Abbildung 6: Timeline and teams of negotiations 2011-2023 (Emini 2023, 199) **105**

Tabelle 1: Beziehungen der EU-Staaten zu Kosovo **109**

Tabelle 2: Beziehungen relevanter Nicht-EU-Staaten zu Kosovo **121**

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Executive Summary

The aim of this thesis is to analyse and evaluate the EU's foreign and enlargement policy in Kosovo with regard to its decidedly normative principles and strategies, its instruments and implementation, and the impact and results of this policy, based on the EU's internal and external reception as 'normative power'. To this end, it used political discourse analysis in conjunction with stakeholder and narrative analysis as methods of post-structuralist political geography and critical geopolitics to deconstruct discursive action strategies and patterns of relevant actors in relation to statehood, identity, and territory in Kosovo and to explain the resulting (geo)political areas of tension.

The negotiation of Kosovo's statehood in EU foreign and enlargement policy essentially extends across three policy areas: state and nation building, combined with peacebuilding (esp. 2007-2018); enlargement policy within the framework of the Stabilisation and Association Process (since 1999); and the Dialogue with Serbia (since 2011), whereby all three are closely linked and interact with each other, and the Dialogue has established itself as *primus inter pares* over time. At the centre of the analysis were the EU member states as the main actors in EU foreign and enlargement policy in the European Council and its corresponding bodies in Brussels, as well as the relevant EU institutions, mainly the Commission and the European External Action Service and their representatives. In addition to the tensions within the individual policy fields and institutions, those between them were also considered and the effects on the theory and practice of EU interventions in Kosovo were analysed.

The findings are based on a broad literature review that included academic literature, official policy documents (resolutions, treaties, agreements, press releases, speeches) and media contributions of various formats; 21 semi-structured interviews with 22 experts of diverse backgrounds and perspectives; a survey among 16 national experts on bilateral relations of EU states with Kosovo; and finally, political ethnography through the access the author received as a think tanker, including research stays in Prishtina and Brussels.

Firstly, the history of Kosovo is analysed, including as a horizon of meaning for various geopolitical interpretations from the Middle Ages to the present. It becomes clear that Kosovo has been a sphere of influence of European and other empires long before the formation of the state, as well as a place of negotiation of various identity discourses, which unfolded their power especially in the 20th century. Subsequently, the development of EU foreign policy in interaction with its stabilisation measures in Southeast Europe are analysed and its implementation in

10.15772/ANDRASSY.2026.002

practice in Kosovo evaluated on the basis of the goals it set itself and instruments it used. After the European Community (EC) had failed to live up to its claims as a force for peace during the violent disintegration of Yugoslavia, the reconstruction of Kosovo offered an opportunity for the EC/EU to reinvent itself as a civilian power. However, its claim to an autonomous foreign policy role always lagged behind the interests of the member states, especially as capitals retained control and the principle of unanimity within the new institutions.

Thirdly, the stakeholder analysis first focuses on the EU member states and their relations to Kosovo, followed by relevant non-EU states. It becomes clear that, on the one hand, the diversity of the actors involved brings advantages to a common EU policy, as it can utilize various connections at different levels in favour of its goals. At the same time, inconsistency and the influence of domestic political factors weakened the common policy in practice.

In a final step, tensions and obstacles to a common EU foreign policy and enlargement in Kosovo are analysed as a whole. The most important factor was again the diversity and backgrounds of the actors from planning to implementation, whereby the question of agency was particularly decisive. Closely linked to this is the lack of definition of goals and central concepts in the EU-led dialogue and beyond, which, in conjunction with non-harmonized communication and a lack of coordination, enabled its instrumentalization by local elites and EU actors themselves, which directly contradicted the dialogue goals and cost the EU additional trust. The explicit exclusion of the status issue from the dialogue and corresponding rhetorical dualisms deepened the segregation of the majority Serb communities in northern Kosovo in particular, while the principles of multiethnicity were increasingly rejected within the Albanian majority society in favour of Albanian nationalism. Neither the new enlargement methodology from 2020 nor instruments such as the Berlin Process or the Growth Plan were able to make up for the lack of political will of all parties and of the EU’s credibility as a mediator.

Overall, it can be said that the negotiation of Kosovo's statehood in EU foreign and enlargement policy was subject to different developments from 2007 to 2025, which is the period primarily considered here, and that different goals, strategies and instruments dominated in each case. Initially, the focus was on stabilisation and the development of democratic institutions, which was only partially successful in practice due to inconsistent strategies and implementation as well as the active role of the EU at the expense of local ownership. With the start of the dialogue and the EU's new foreign policy role, this focus receded into the background in favour of normalisation with Serbia, which was intended to promote cooperation, improve people's lives and bring both countries closer to the EU. Despite its official neutrality as a mediator, EU actors’

10.15772/ANDRASSY.2026.002

direct interference and incentives in the enlargement process were crucial to the success of the process, but undermined confidence-building and cooperation in the long term. By rhetorically placing responsibility for the dialogue in Belgrade and Prishtina, the EU simultaneously evaded local accountability, especially as civil society and parliaments were not officially involved. Moreover, this practice strengthened autocratic elites and their networks at the expense of local transformation and regional reconciliation and development.

While the official focus was always on stability and minority rights, a further aim of the EEAS and Commission in particular was to strengthen their own foreign policy competences and global role. In reality, however, the complex decision-making processes in conjunction with the unanimity principle in the Council resulted in a policy of the lowest common denominator, whose goals and instruments were vaguely formulated and often did not meet the EU's own standards, which reduced the credibility and room for manoeuvre of the EU actors and delegitimised their goals and instruments both internally and externally. The increasing politicisation and simultaneous deprioritisation of the enlargement perspective and lack of an overall strategy for the region also gave room to those actors who worked against the EU's normative goals, including within the EU itself. An important factor was the inability to develop a common vision for a pan-European Union, which consequently lead to the (re-)production of a self-reinforcing institutional and discursive separation and problematisation of the non-EU countries in Southeast Europe from the rest of the continent.

As a result, the status issue remains unresolved and controversial both internally and externally, and is being used locally and internationally in favour of ethno-territorial claims that existentially endanger the normative principles and thus the basis of the EU as a civilian power. The analysis of EU policy in Kosovo – the most extensive foreign policy intervention in its history – has highlighted the limits of current EU foreign and enlargement policy, whose normative claims have regularly been subordinated to domestic political interests in view of their intergovernmental character. Given the current geopolitical upheavals to the detriment of these principles at the global level, the findings also demonstrate the need for a radical shift in favour of a comprehensive regional strategy that strengthens key norms both internally and externally, thereby building new trust and long-term resilience.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der EU-Außen- & Erweiterungspolitik

Akteure – Narrative – Folgen

I. Theorierahmen und Methoden

Im folgenden Kapitel werden die theoretischen Überlegungen und praktischen Methoden erläutert, auf denen diese Arbeit aufbaut. Nach einer kurzen Einleitung werden zentrale Konzepte definiert und eingeordnet, die für die Forschungsfragen von Bedeutung sind. Anschließend wird erklärt und kritisch bewertet, welche Methoden zur Datenerhebung und -analyse ausgewählt wurden. Das Kapitel schließt mit einer Reflexion der Ziele und Grenzen der Dissertation.

A. Einleitung

Kosovo in den heutigen Grenzen war ab 1945 Teil der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, ab 1974 mit weitgehender Autonomie. 1989 schränkte die Regierung unter dem damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević den autonomen Status Kosovos drastisch ein und begann die Unterdrückung der ethnisch albanischen Bevölkerungsmehrheit (Krasniqi 2012, 355). Diese erklärte 1991 in einem Referendum unbeachtet von der internationalen Gemeinschaft die Unabhängigkeit Kosovos und leistete sowohl mit gewaltfreien Methoden als später auch bewaffnet Widerstand gegen die jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte. Als ein internationales Ultimatum um eine friedliche Lösung des Konflikts verstrichen war, erfolgten 1999 Luftangriffe durch NATO-Streitkräfte auf zumeist militärische Ziele in Jugoslawien, die durch das Kumanovo-Abkommen am 9. Juni 1999 beendet wurden (Deda 2010, 88).

Auf Basis der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats wurde in Kosovo ein internationales Protektorat eingerichtet, das Jugoslawien die Kontrolle über das Gebiet entzog und einen Friedens- und Wiederaufbauplan vorlegte (De Wet 2009, 84ff). Der Vorschlag des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari für ein umfassendes Abkommen zur Lösung der Kosovo-Statusfrage wurde 2007 in Prishtina angenommen, in Belgrad jedoch abgelehnt. Da Russland im UN-Sicherheitsrat die serbische Position unterstützte, wurde keine Vereinbarung über die künftige Regierungsführung getroffen und Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 unterstützt von den USA und vielen europäischen Staaten seine Unabhängigkeit (Krasniqi 2012, 356). 2010 bestätigte ein rechtlich nicht bindendes Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, dass die Unabhängigkeitserklärung kein Verstoß gegen das Völkerrecht war.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Dies zeigt die Komplexität um die Aushandlung des staatlichen und nationalen Status' Kosovos. Die Folgen dieser Pattsituation hatten großen Einfluss auf das Land, das dadurch von vielen internationalen Gremien ausgeschlossen war und dessen Bürger:innen infolgedessen in ihren Rechten und Freiheiten eingeschränkt sind. Und auch internationale Akteure berufen sich immer wieder auf den Präzedenzfall Kosovo, zuletzt besonders Russland in seinem Narrativ zur Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim (Ferrero-Turrión 2021, 354f.; Ioniță 2017, 410).

Die Frage, ob Kosovo ein Staat, eine Nation oder nur ein Territorium ist, ist also umstritten. Trotzdem wurden in kaum einem anderen Land der Welt mehr internationale Gelder und Bemühungen für den Staatsaufbau aufgewendet und waren internationale Akteure so aktiv. Betrachten wir beispielhaft die folgenden Aussagen zur kosovarischen Staatlichkeit:

- „Regarding the border between Kosovo and Albania, Kurti said that there are two states but one nation" (Euractiv über Kosovos Premierminister Albin Kurti; Trkanjek 2021).
- „I do solemnly swear that I will devote all my efforts to preserve the sovereignty and integrity of the territory of the Republic of Serbia, including Kosovo and Metohija as its constituent part [...]" (Eid des serbischen Präsidenten; Constitute Project 2016, 35).
- „Kosovo and Albania will have a common foreign policy, not only joint embassies and diplomatic offices, but why not one single president too, as a symbol of the nation's unity [...]" (Rede des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama 2018; Isufi 2018).
- „Kosovo is Turkey, and Turkey is Kosovo." (Recep Tayyip Erdoğan, türkischer Präsident, in einer Rede in Prizren 2013; Baydar 2013).
- „[…] hob die EU erneut ihre Bereitschaft hervor, die wirtschaftliche und politische Entwicklung Kosovos durch eine klare europäische Perspektive im Einklang mit der europäischen Perspektive der Region zu unterstützen." (Europäische Kommission 2009)
- „Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos." (Fußnote in offiziellen EU-Texten mit Bezug auf Kosovo; EUR-Lex 2017).

Die beiden letzten Zitate lassen auf die Widersprüchlichkeit und resultierende Schwierigkeiten in der Kosovo-Politik der EU schließen, die sich schon daraus ergibt, dass fünf der aktuellen Mitgliedsstaaten (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) die Abspaltung des Landes von Jugoslawien jeweils aus eigenen innenpolitischen Motiven nicht anerkennen. Gleichzeitig hat die EU eine zentrale Rolle in der Statusfrage, deren Klärung eng mit der Annäherung und dem etwaigen Beitritt Kosovos zur EU verknüpft ist (Musli 2019, 563).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Im Zuge der Unabhängigkeitserklärung entsandte die EU 2008 die zivile Mission EULEX Kosovo, um Reform und Aufbau der Justiz-, Zoll- und Polizeistrukturen zu unterstützen und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Sie war mit weitreichenden Exekutivbefugnissen ausgestattet, wie der Verfolgung organisierter und interethnischer Kriminalität, Kriegsverbrechen und Korruption hochrangiger Beamter. Strategische Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen dem Europäischen Rat und der Kommission begrenzten jedoch den Umfang der Mission und ihre Legitimität (Neuhaus 2019, 29ff). Aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der Konfliktparteien wurde der Übergang von UNMIK zu EULEX erschwert und entstanden Parallelstrukturen und sich überschneidende Zuständigkeiten (Krasniqi 2012, 356f).

Mit dem Vertrag von Lissabon 2009 wurde die Grundlage für einen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) geschaffen, ein diplomatisches Korps, das seit 2010 internationale Missionen und Vertretungen verwaltet. Gleichzeitig ist der EAD für die Normalisierungsverhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina zuständig und wurde in seiner Doppelrolle in Kosovo angesichts der internen Uneinigkeit über den Status des Landes von Anfang an kritisiert. Außenpolitische Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit im Europäischen Rat, was den fünf EU-Staaten, die die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennen, großes Gewicht verleiht (Gross & Rotta 2011, 3ff). Der Dialog konnte zunächst maßgebliche Erfolge verzeichnen, verlor jedoch im Zuge multipler paneuropäischer Krisen zunehmend an Bedeutung und ist erst mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine 2022 wieder in den Fokus gerückt.

Deshalb, wie auch aufgrund der Wichtigkeit dieser für die politische Ausrichtung Kosovos, betrachtet diese Arbeit vornehmlich den normativen Ansatz der EU und ihren Einfluss auf die Entwicklung in Kosovo von 2007 bis Ende 2025. Dabei werden Reibungen und Brüche zwischen Zielen, Methoden und Ergebnissen, Innen- und Außenpolitik sowie geopolitischen Ansprüchen und nationalen Debatten aufgezeigt, basierend auf einer umfassenden Analyse relevanter politischer, gesellschaftlicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Faktoren.

1. Ziele und Hintergründe der Arbeit

Auf Basis der Innen- und Außenrezeption der EU als „normative" bzw. „Zivilmacht" (s.u.) will die vorliegende Arbeit die EUropäische Außen- und Erweiterungspolitik in Kosovo analysieren und bewerten, wobei zwischen Prinzipien/Strategien, Instrumenten/Handlungen und Ergebnissen/Wirkungen unterschieden wird (Vgl. Manners 2008, 45; Tocci 2008, 5). Aufbauend auf Theorien und Methoden der poststrukturalistischen Politischen Geographie und Kritischen Geopolitik zielt sie zudem darauf ab, ethno-territoriale Argumentationsmuster und diskursive

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Handlungsstrategien und Muster relevanter Akteure und Gruppen (*Stakeholder*) in Bezug auf Staatlichkeit, Identität und Territorium in Kosovo zu dekonstruieren und daraus resultierende (geo-)politische Spannungsfelder zu erklären. Wie im Folgenden weiter ausgeführt wird, entfaltet sich Macht auch diskursiv und liegt oft in den Bruchlinien des politischen Diskurses bzw. dahinter verborgen und soll hier sichtbar gemacht werden. Im zweiten Schritt erfolgt eine empirische Analyse der politischen und gesellschaftlichen Folgen in Kosovo sowie auf die geopolitische Ausrichtung des Landes. Da sowohl seitens der kosovarischen Regierung und (Zivil-)Gesellschaft als auch durch die Europäische Union offiziell ein EU-Beitritt angestrebt wird, steht diese Perspektive im Mittelpunkt der Betrachtung. Transformations- und integrationstheoretische Ansätze werden dazu genutzt, die Entwicklung des kosovarischen Nationalstaats und potenziellen EU-Beitrittskandidaten zu analysieren. Zentrale Politikfelder der Analyse sind die Rolle der EU im Staats- und Nationsaufbau, der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU in Südosteuropa, sowie der EU-geführte Dialog zwischen Kosovo und Serbien.

Aufbauend auf der Dekonstruktion der interessenbasierten Strategien zentraler Akteure sollen dominante Erzählungen der EUropäischen Integration in Bezug auf Kosovo sowie deren Brüche sichtbar gemacht und hinterfragt werden, um so eine neue Bewertung zu ermöglichen und daraus Zukunftsperspektiven sowie Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Daraus ergeben sich die folgenden zentralen Forschungsfragen:

1. Wie wurde Kosovos Staatlichkeit von 2007 bis 2025 in der EU verhandelt und welche Wechselwirkungen bestehen innerhalb der bzw. zwischen den von der EU dominierten Politikfeldern?
2. Welche Faktoren bedingen die Divergenzen und Entwicklungen zwischen außenpolitischen Zielen, Instrumenten und Ergebnissen der EU in Kosovo?
3. Welche dominanten Diskurse prägen diese Entwicklungen und werden von welchen Akteuren zu welchem Zweck und mit welchen Folgen (re-)produziert?

Um den Forschungsrahmen einzugrenzen, konzentriert sich die Arbeit einschließlich der breit angelegten Analyse der verschiedenen Stakeholder also vor allem auf die EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten als zentrale Akteure in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik und zeigt Strategien sowie Widersprüche in deren Ansätzen auf. Folgende Unterfragen ergeben sich:

- Welche staatlichen und nichtstaatlichen Akteure sind in diesem Kontext relevant?
- In welchem Verhältnis stehen die unterschiedlichen Akteure und ihre (diskursiven) Strategien zueinander, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- In welchem Verhältnis steht die offizielle Position der EU zu denen der verschiedenen Institutionen und Mitgliedsstaaten? Welche Spannungsfelder und Brüche bestehen in der Herangehensweise innerhalb der Union, etwa zwischen Kommission und Europäischem Rat, aber auch zwischen verschiedenen gemeinsamen Strategien?
- In welchem Verhältnis steht der interne Diskurs über die Rolle der EUropäischen Außenpolitik zu diesem Prozess?
- Welche alternativen Diskurse und Narrative existieren vor Ort und welche Ergänzungen bzw. Herausforderungen bieten sie für aktuelle Aushandlungsprozesse?

2. Gliederung der Arbeit

Neben Theorierahmen und Fazit gliedert sich die vorliegende Arbeit in zwei Hauptkapitel. Das zweite Kapitel widmet sich der Geschichte Kosovos einschließlich als Bedeutungshorizont verschiedener geopolitischer Lesarten vom Mittelalter bis heute. Im Zentrum stehen nationalistische Bewegungen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts sowie die weitreichenden Konsequenzen internationaler Entscheidungen für diese, vom Berliner Kongress 1878 über die Rolle Kosovos in den verschiedenen Phasen Jugoslawiens bis zum Kosovo-Krieg und den ersten beiden Jahrzehnten der Unabhängigkeit.

Aufbauend auf der Analyse offizieller Dokumente und begleitender Literatur sowie Expert:innen-Interviews und Politikethnographie betrachtet die Arbeit anschließend die relevanten Politikfelder und Stakeholder in der Verhandlung um Kosovos Staatlichkeit und zeigt Bruchlinien innerhalb und zwischen ihnen auf. Zunächst wird die Entstehung der EU-Außenpolitik und die Bedeutung der postjugoslawischen Kriege für diese erläutert und die Erweiterungspolitik gegenüber den sogenannten „Westbalkan“-Staaten analysiert. Das folgende Unterkapitel bietet eine Übersicht der Beziehungen der EU-Mitglieder und anderer relevanter Staaten zu Kosovo und zeigt Spannungen innerhalb und zwischen diesen auf. Der dritte Abschnitt schließlich erklärt wiederkehrende Muster, die als Hauptursachen für Brüche zwischen Zielen, Instrumenten und Resultaten ausgemacht wurden. Auf Basis der herausgearbeiteten Erkenntnisse werden Diskurse, Strategien und Maßnahmen für eine EUropäische Perspektive Kosovos und deren Auswirkungen diskutiert und eingeordnet. Auf die Bewertung der normativen Ziele, Ansätze und Strategien der EU und die Folgen für Kosovo sowie die Region folgt im Epilog ein Ausblick anhand aktueller Trends und Dynamiken, sowie ein Verweis auf alternative Lesarten und Diskurse, die oft weniger Betrachtung finden. Hier spielen auch Fragen EUropäischer Identität und Integration sowie die Entwicklung der EU als außenpolitischer Akteur eine zentrale Rolle

10.15772/ANDRASSY.2026.002

B. Theoretischer Rahmen

1. Poststrukturalistische Politische Geographie und Kritische Geopolitik

Indem sich diese Dissertation mit der Dekonstruktion der EUropäischen Außen- und Erweiterungspolitik und der Analyse diskursiver Handlungsstrategien verschiedener Akteure in Bezug auf Kosovo befasst, bedient sie sich Methoden der poststrukturalistischen Politischen Geographie und Kritischen Geopolitik. Diese interdisziplinären Ansätze sind sowohl in der Humangeographie als auch den Internationalen Beziehungen (IB) verankert und grenzen sich von einem objektivistischen Raumverständnis und der „klassischen" Geopolitik als Instrument imperialistischer Ansprüche ab. Sie hinterfragen räumliche Repräsentationen im internationalen politischen System und betrachten sie als epistemisches und soziales Konstrukt (Ruggie 1993, 157f.).

Da sich solche Muster zumeist sprachlich ausdrücken, nutzen diese Ansätze Methoden der (politischen) Diskursanalyse (s.u.). Sie fragen danach, wie geopolitische Weltbilder mittels Sprache konstruiert und politische Räume durch Abgrenzung entworfen werden, wobei ein Fokus auf zentralen Akteuren und ihren territorialen Interessen liegt: „Eine poststrukturalistisch-diskursive Politische Geographie dekonstruiert die geopolitischen Diskurse und begreift sie als Instrumente des strategischen Handelns von Akteuren" (Albert, Reuber & Wolkersdorfer 2010, 551.). Gleichzeitig erkennen sie an, dass diese Diskurse und daraus entstehende Konzepte konkrete Folgen haben, insbesondere für die politischen und sozialen Verhältnisse in den so geschaffenen räumlichen Entitäten. Dabei liegt der Fokus auf dem *normativen* Charakter geopolitischer Leitbilder: „Geopolitische Konstruktionen einschließlich ihrer kartographischen Repräsentation sind keine objektiven Entitäten, sondern immer aus einseitigen Blickwinkeln heraus konstruierte und zu politischen Zwecken verbreitete Regionalisierungen" (ibid, 561).

Das Grundkonzept der kritischen Geopolitik besteht darin, dass politische Akteure – in der Regel Staatsregierungen – Vorstellungen über geografische Gegebenheiten und Orte konstruieren, dass diese Vorstellungen ihr politisches Verhalten und ihre politischen Entscheidungen beeinflussen und verstärken, und dass dieses Verhalten und diese Entscheidungen sich folglich auf reale Geschehnisse auswirken und darauf, wie die meisten Menschen diese interpretieren (Fouberg, Murphy & De Blij 2015, 236). Diese *intellectuals*- oder *practitioners of statecraft* (Tuathail & Agnew 1992, 193) haben also großen Einfluss darauf, wie in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich geographische und politische Räume (re-)produziert werden und in welcher Beziehung sie zu anderen Räumen stehen bzw. welche Rolle sie im internationalen politischen System in dieser Vorstellung innehaben.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Diese Betrachtungsweise bedient sich einem breiten Raumverständnis und analysiert die sprachlich-diskursive Herstellung unterschiedlichster geographischer, politischer und sozialer Räume im Wechselspiel mit lokalen und globalen Dynamiken, mit denen diese Diskurse interagieren. Dabei ist sie selbst nicht neutral, sondern dezidiert anti-hegemonial und versteht sich als Teil einer interdisziplinären Kritik, wie Tuathail (1996, 256) erklärt:

> Critical geopolitics is one of many cultures of resistance to geography as imperial truth, state-capitalized knowledge, and military weapon. It is a small part of a much larger rainbow struggle to decolonize our inherited geographical imagination so that other geo-graphings and other worlds might be possible.

Eine wichtige Rolle bei der Konstruktion (diskursiver) Räume spielen kollektive Narrative. Obgleich schon vorher Lebenserzählungen und Erfahrungsberichte als Informationsquellen in den Sozialwissenschaften genutzt wurden, wird der Beginn eines *Narrative Turn* in den 1980er Jahren sichtbar. Er entstand im Kontext einer neuen Welle epistemologischer Debatten über die Beziehungen zwischen dem Individuum, dem „Anderen" und der Gemeinschaft sowie sozialer, politischer und historischer Dynamiken (Goodson & Gill 2011, 18). Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind Narrative gleichzeitig Untersuchungsmethode und Forschungsobjekt. Die Erforschung von Lebenserzählungen verbindet epistemologische Ansprüche und die Bedeutung von *Agency* im menschlichen Handeln mit postmodernen Anliegen von Diskurs und Macht und erhebt darin den Anspruch, neue Theorien und Methoden zu entwickeln, um das Selbst und die Gesellschaft zu betrachten. Einblicke in gelebte Erfahrungen ergänzen die Bewertung der Bedeutung von Ereignissen jenseits historischer Erzählungen und eröffnen so neue Perspektiven auf die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit (ibid, 20).

Der Narrative Turn in den Politikwissenschaften und IB folgte Ende der 1990er Jahre und steht in der Tradition eines poststrukturalistischen Verständnisses und postmodernen Theorien, die Narrative als Strukturen definieren, welche neben Lebensläufen, Identitäten und Erfahrungen auch die Subjektivität der Menschen selbst konstruieren (Roberts 2006, 707f.). Subotić (2016, 610ff.) betrachtet autobiografische Staatsnarrative (*state autobiographical narratives*) und deren Rolle als Erklärungsrahmen für politische Entscheidungen, wodurch zugleich Kontinuität und ontologische Sicherheit gewährleistet werden soll (ibid, 611):

> While narratives need to be coherent in order to become socially powerful, even the most dominant narratives contain inherent contradictions that different political actors exploit. Further, understanding narratives as schematic templates that contain different elements and layers allows us to follow how political actors strategically activate some elements of the narrative, while deactivating others. While the policy change proposed has to fit within the overall narrative schematic template to make sense to the public, it can be crafted in a way that emphasizes some parts of the story and conveniently forgets others.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Wertsch (2008, 122f.) spricht von schematischen narrativen Schablonen (*schematic narrative templates*), die im öffentlichen Verständnis präsent sind und von politischen Akteuren bei Bedarf als Erklärungselemente herangezogen werden können und Bezug nehmen auf das Hauptnarrativ. Verschiedene individuelle historische Narrative können so zu einem großen *Frame* verschmelzen, einem vereinfachenden Deutungsrahmen zur Interpretation der Vergangenheit wie auch der Gegenwart, der Linearität suggeriert. Staatliche Narrative werden durch komplexe Prozesse von vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Akteuren konstruiert und durch Wiederholung und Institutionalisierung internalisiert, wodurch sie als Erklärungsrahmen Teil der gesellschaftlichen Sozialisierung werden und durch eine breite Akzeptanz kaum noch anfechtbar sind (Subotić 2016, 615).

2. Staat, Nation, Identität und Ethnizität

2006 schrieb Patrick Buchanan in *The Death of the Nation State* (2006): „The nation-state is dying. Men have begun to transfer their allegiance [...] from the older nations both upward to the new transnational regimes that are arising and downward to the sub-nations[...], the true nations, united by blood and soil, language, literature, history, faith, tradition and memory". Dabei bezog er sich auch auf den Zerfall Jugoslawiens in seine vermeintlich „natürlichen" ethnischen Komponenten. Doch wie im Verlauf der Arbeit gezeigt wird, ist diese Darstellung stark verkürzt und verdeckt die stetigen nationalen Aushandlungsprozesse, die sehr viel früher begannen und deren Rezeption und Folgen bis heute eine wichtige Rolle spielen. Dabei unterliegen sie lokalen und internationalen geopolitischen Strategien und deren komplexen Wechselwirkungen – mit weitreichenden Konsequenzen.

Die Notwendigkeit der räumlichen Organisation ergibt sich aus der Struktur internationaler politischer Systeme und ihrer Funktionsweisen, allen voran der Nationalstaat als zentrale Einheit der internationalen Ordnung und Interaktion. Kritische Geopolitik und poststrukturalistische Politische Geographie sehen sich explizit in der Tradition von Forscher:innen wie Benedict Anderson, Edward Said und Maria Todorova, die scheinbar natürliche territoriale Kategorien wie Staat, Nation, aber auch regionale Zuschreibungen systematisch dekonstruieren. Autoren wie Anderson, Ernest Gellner und Eric Hobsbawm gelten als Pioniere eines konstruktivistischen Verständnisses von Nation, Staat und Nationalismus. Andersons Werk *Imagined Communities* (1983) befasst sich mit dem Gefühl einer geteilten Gemeinschaft und Erinnerung in modernen Staaten als eine kunstvoll geschaffene Illusion: „It is *imagined* because the members of even the smallest nation will never know most of their fellow-members, meet them, or even

10.15772/ANDRASSY.2026.002

hear of them, yet in the minds of each lives the image of their communion" (ibid, 6; *Hervorhebung im Original*). Nationalität ist nicht naturgegeben, sondern eine Zuschreibung, die über große politische Kraft und gleichzeitig geringe rationale Rechtfertigung verfügt. Dies geht einher mit einer bewussten Abgrenzung zu anderen (imaginären) Gemeinschaften, die homogenisiert und gegenüber der eigenen oft abgewertet werden (ibid).

Diese Praktiken der Ein- und Abgrenzung und insbesondere die diskursive Unterscheidung eines „Wir" gegenüber einem „Anderen" – *Bordering, Ordering and Othering*, wie es van Houtum und van Naessen (2002) nennen – ist zentrales Thema der poststrukturalistischen Politischen Geographie. Sie problematisiert künstliche Grenzziehungen zwischen Territorien und Menschen und hinterfragt die „geo-power" (Tauthail 1996, 6), die es Regierungen erlaubt, territoriale Einteilungen anhand eigener Vorstellungen vorzunehmen und diese Vorstellungen als Teil der internationalen Ordnung zu institutionalisieren, vor allem im Kontext postkolonialer Studien. Denn in vielen Regionen der Welt, auch in Südosteuropa, wurden von fremden Mächten „lines in the sand" (Gregory 2004, 156) gezogen und Menschen in Territorien zusammengefasst, die nicht durch historische Prozesse ausgehandelt worden waren und auf einer gemeinsamen Kultur, Sprache und Tradition beruhen, sondern den Ordnungs- und Machtansprüchen europäischer Imperialherren genügen mussten. Gerechtfertigt wurde diese Praxis mit dem Bild rückständiger Völker in den unterworfenen Regionen, die auf diese Weise zivilisiert werden sollten – durch die koloniale Doktrin von „divide and rule" (ibid, 169).

Doch nicht nur diese von außen gezogenen und nicht zuletzt im Zuge der Problematisierung von Migration stetig gefestigten Grenzen verursachen bis heute Abhängigkeiten und Konflikte. Auch die homogenisierten Vorstellungen der Bewohner:innen dieser willkürlich geschaffenen Länder hallen bis heute nach. Edward Said zeigte in seinem Hauptwerk *Orientalism* (1978), wie westliche Wissenschaftler vereinfachende, stereotype und abwertende Bilder von arabischen und asiatischen Kulturen schufen. Wie für Anderson bedingt für ihn die Existenz und Entwicklung einer jeden Kultur die Existenz eines zwangsläufig konkurrierenden Anderen. Daher hat Europa in dem Versuch, sein Selbstbild zu konstruieren, den Nahen Osten als den ultimativen Anderen geschaffen. Der Nahe Osten („Orient") und der Westen („Okzident") existieren nicht als stabile, natürliche Tatsache, sondern sind lediglich Produkte einer Konstruktion und deren kontinuierlicher Reproduktion von der Wissenschaft bis hin zur Popkultur.

In ihrem *Opus Magnum* „Imagining the Balkans" verfolgt Todorova (1979) die Geschichte des Konzepts und der damit verbundenen Vorstellungen. Sucht man nach einer Karte des „Balkans", so findet man eine Vielzahl von Ergebnissen, die größtenteils mit zeitgenössischen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Staatsgrenzen übereinstimmen und in der Regel Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Rumänien, Serbien, Slowenien und manchmal auch Moldau sowie (Teile von) Griechenland und der Türkei umfassen. Wie Todorova (1997, 53ff.) argumentiert, entspricht dieser Mangel an definitorischer Genauigkeit der Vorstellung von normativen Grenzen und Bezeichnungen im Gegensatz zu einem vermeintlich natürlichen Territorium, die der Begriff erweckt. Der deutsche Geograph Johann August Zeune war der erste, der 1808 in seinem Werk *Goea* den Namen „Balkanhalbinsel" in den offiziellen Sprachgebrauch einführte und damit die gesamte Region mit dem türkischen Wort für das Alte Gebirge (slw. *Stara Planina*) in Bulgarien gleichsetzte, während der britische Reisende Robert Walsh 1827 erstmals den Begriff „Balkan" zur Bezeichnung der gesamten Halbinsel verwendete (Vukasović 2020, 104). Obwohl die Grenzen des Balkans damals wie heute im Diskurs ständig verschoben wurden, ist der Begriff seitdem behaftet mit der Konnotation eines gewalttätigen Anderen, der von interethnischem Hass getrieben wird, welcher scheinbar das zentrale gemeinsame Merkmal der dort beheimateten Völker ist (Fleming 2000, 1219).

Für Norris (1999, 5) liegt der Ursprung dieser Lesart in der Invasion Südosteuropas durch das Osmanische Reich im 15. Jahrhundert. Mit dem Fall Konstantinopels und der Ausbreitung des Reichs änderte sich demnach die Vorstellung der „Europäer:innen" von ihrem Kontinent, und es entstand eine neue Grenze zwischen der christlichen und der nicht-christlichen Welt. Dies hing eng zusammen mit dem neuen Selbstbild im Zuge der Aufklärung, das den „wilden" Osten zum Pendant des „zivilisierten" Westens stilisierte, wobei die Exotisierung ihr Zenit im „Orient" erreichte (Grob 2015; weiterführend siehe Said 1978, Wolff 1994). Die reduktionistischen und homogenisierten Stereotypen der Rückständigkeit der Region dominierten spätestens unter der Habsburger Herrschaft und festigten sich im Zusammenhang mit den Balkankriegen (1912-13) und dem Ersten Weltkrieg, wobei die zentrale Rolle europäischer Imperien etwa bei der Grenzziehung meist außer Acht gelassen wurde (Vukasović 2020, 106-110). Bis zu diesem Zeitpunkt war der „Balkan" trotz seiner Grenzposition immer diskursiv mit Europa verbunden gewesen, was sich mit der Verbreitung des Begriffs „Balkanisierung" in Politik und Medien ab 1918 änderte. Jener war ursprünglich verbunden mit Sezessionsbewegungen im Osmanischen Reich und wurde im Zuge der Desintegration der Imperien der Habsburger und Romanov zu einem Inbegriff für den Zerfall eines Reichs in kleine, oft dysfunktionale Staaten (Todorova 1997, 34). So wurde der „Balkan" diskursiv in den „Osten" verschoben und verlor seine europäischen Merkmale. Tatsächlichen gemeinsamen kulturellen Merkmalen in Südosteuropa wird ihre inhärent europäische Natur in der diskursiven (Re-)Produktion des „Balkans" dagegen systematisch abgesprochen (Todorova 1979, 57; 181).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Auch Darstellungen in der Literatur, vom *Tim und Struppi*-Comic, der im fiktiven Land „Syldavia“ spielt, bis zu Agatha Christies erfundener „Herzoslowakei“, nähren die Vorstellung einer von wilden Völkern bewohnten Region (Fleming 2000, 1218 f.). Noch entscheidender ist, dass vermeintlich wissenschaftliche Werke wie Rebecca Wests *Black Lamb and Grey Falcon. A Journey through Yugoslavia* (1982) und Robert Kaplans *Balkan Ghosts* (1993) die Vorstellung nährten, ethnische Identität und Hass auf dem „Balkan“ seien angeboren und Kriege daher unvermeidlich. Im Zuge des Diskurses um den gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens gewann diese Lesart so erneut Präsenz. Gleichzeitig wurde die Region eine Gefahr für das EUropäische Projekt und dessen Grundsätze, denn in den Kriegen und Konflikten wurde eine Rückkehr zu einem spezifischen Nationalismus erkannt, die der progressive Westen nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden zu haben glaubte (Vukasović 2020, 121). Auf diese Weise verschmolz teilweise das temporale mit dem geografischen „Anderen“ EUropas: dem „Balkan” (Vgl. Diez 2004).

Said und Todorova bieten zwei der prominentesten Dekonstruktionen scheinbar neutraler, in Wahrheit jedoch stark aufgeladener geographischer Begriffe. Beide betreffen Kosovo als mehrheitlich muslimisches Land mit langer osmanischer Geschichte einerseits und gelegen inmitten des heute sogenannten „Westbalkans“ andererseits, also der Länder der Region, die (noch) nicht Teil der EU sind und anhand derer sich die Fortsetzung dieser Stigmatisierung und Eigendefinition in Abgrenzung dazu beobachten lässt (Vgl. z.B. Kolstø 2016). Dass der Begriff „Balkan” selbst in den so bezeichneten Ländern im Gegensatz zu „Europa” verstanden wird, zeigte eine Umfrage aus dem Jahr 2011, aus der auch hervorging, wie orientalistische Bilder die Wahrnehmung des Andersseins verstärkten. Kulturelle und politische Merkmale bestimmen das Ausmaß, in dem ein Land als balkanisch oder europäisch wahrgenommen wurde, wodurch mehrheitlich muslimische Länder eher als balkanisch klassifiziert werden als christliche und NATO-Mitgliedsländer weniger (ibid.). Andere Identitätsmerkmale fehlen in dieser Darstellung, in der die ethnische Zugehörigkeit als dominant und unveränderlich dargestellt wird.

„Nation”, ursprünglich ein Überbegriff für verschieden große Gruppen, deren Mitglieder miteinander in Verbindung stehen, erhielt erst im 19. Jahrhundert seine moderne Konnotation, was stark mit der zunehmend wichtigeren Rolle von Wissenschaft und Säkularisierung im Zuge der Aufklärung zusammenhing. Ohne eine Ablösung religiösen Glaubens zu sein, schaffte es diese neue Idee von Zusammengehörigkeit dennoch in vielen Fällen, jenes Vakuum zu füllen, das dessen Abnahme hinterließ (Anderson 1983, 9ff.; s.a. Hobsbawm 2014). Elemente religiöser Deutungsmuster wie Rituale und die Zentralität von Sprache finden sich hier wieder, ebenso Möglichkeiten der Identifikation mit historischen und mythischen Figuren. Die Rolle von Zeit

10.15772/ANDRASSY.2026.002

nahm mit dem Aufstieg des Kapitalismus zu und eine neue Trennung von Kosmologie und Geschichte versorgte die „historische“ Nation mit Bedeutung und dem Gefühl einer Natürlichkeit und Dauerhaftigkeit dieser. In einigen Nationen gewinnt die Religion als zentraler Teil nationaler Mystifizierung hier wieder an Bedeutung, wie im Fall Serbiens (Reuter 2000, 141f.).

Historische Mythen und Ursprungsgeschichten sind ein wesentlicher Bestandteil kollektiv geteilter Erfahrungen und daher konstitutiv für nationalistische Narrative (Schöpflin 2002, 29). Als solche sind sie immer Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und Mobilisierungsstrategien, bergen durch ihren emotionalen Charakter aber auch ein hohes Konfliktpotential: „Myth is the political […] tool of choice, for those who want to simplify complex realities for the sake of making a group’s action predictable“ (Schwandner-Sievers 2002, 17). Somit sind sie ein zentraler Aspekt von geteilter Identität und Identitätspolitik. Der Begriff *Identitätspolitik*, ursprünglich geprägt vom Combahee River Collective (1977) zur Bekämpfung systemischer Unterdrückung von Minderheiten, wird hier erweitert benutzt für die strategische Mobilisierung auf Basis einer (vermeintlichen) kollektiven Identität und kann ethnische, religiöse, sprachliche, geschichtliche, ethische und territoriale Aspekte beinhalten. Damit schließt sie sich der kritischen Betrachtung politischer Mobilisierung mittels ethno-territorialer Semantik an, wie sie etwa Flint und Taylor (2018, 268; *eigene Hervorhebung*) beschreiben:

> Identity is constructed by individual actions, by context and by reference to collective identity. This produces a politics of identity that is essentially *geographical*. It is formed within particular places and spaces, and within different geographical scales. Finally, the politics of identity formation has significant implications for future actions – one’s own and those of other political actors.

Durch die Anerkennung multipler Identitäten hinterfragt die poststrukturalistische Politische Geographie die Hegemonie politischer und gesellschaftlicher Identitäten und fordert traditionelle Strukturen und Praktiken gesellschaftlicher Identitätsbildung gerade im internationalen staatlichen Gefüge heraus. Wer verhandelt eine geteilte Identität, besitzt also *Agency* im Diskurs? Wie erfolgt die diskursive Unterscheidung zwischen „uns” und den „anderen” im System sozio-territorialer Verwaltung von Gesellschaften im internationalen System der Nationalstaaten? Für eine Analyse der komplexen Zusammenhänge und Machtbeziehungen ist ein erweiterter Blick auf globale Zusammenhänge notwendig, um lokale Folgen zu erklären (ibid, 271). Eng mit der Frage von Nationalismus und Identitätspolitik verbunden ist die Rolle ethnischer Konflikte sowie deren Außenbewertung. Für diese Forschung wird die Definition der Encyclopedia Britannica (Kempin Reuter 2015) genutzt, die einem konstruktivistischen Verständnis von Ethnizität und deren Instrumentalisierung entspricht:

10.15772/ANDRASSY.2026.002

> a form of conflict in which the objectives of at least one party are defined in ethnic terms, and the conflict, its antecedents, and possible solutions are perceived along ethnic lines. The conflict is usually not about ethnic differences themselves but over political, economic, social, cultural, or territorial matters.

Ethnizität (aus dem Griechischen *ethnos*, [fremdes] Volk) ist ein Ausdruck zur Einordnung kultureller Identitäten. Während zu Beginn der Forschung unter dem Begriff vielfach eine scheinbar natürliche Zugehörigkeit zu einer homogenen Gruppe verstanden wurde, ist heute das konstruktivistische Verständnis dominant, nach der die individuelle Ethnizität von der subjektiven Selbst- und Fremdwahrnehmung abhängig ist. Neben der in der Regel freiwilligen und rationalen Zugehörigkeitsentscheidung des Einzelnen spielen vor allem nach außen hin feststellbare kulturelle Abgrenzungszeichen eine Rolle – dazu gehören etwa Sprache und Erscheinungsbild (Barth 1969, 12ff.). Zudem wird ein instrumentalistischer Ansatz aufgeführt, also die bewusste Nutzung ethnischer Zugehörigkeiten zur Mobilisierung einer Gruppe: Ethnische Konflikte sind heute vor allen Dingen in ehemaligen Kolonien zu beobachten, in denen vormals oft flexible Übergänge in starre Strukturen gezwängt wurden (Klein & Schubert 2011, 98). Alle drei Ansatzpunkte spielen wichtige Rollen in Prozessen und Konflikten der Aushandlung ethnischer Zugehörigkeit und Abgrenzung, gerade auch in Kosovo.

Im Begriff Ethnos verbinden sich biologische mit völkischen Aspekten, wodurch ein Eindruck von Natürlichkeit der nationalen Gemeinschaft erzeugt wird, einer geteilten ethnischen Identität. Sand (2009, 15ff.) definiert *Volk* als eine soziale Gruppe, die ein festgelegtes Gebiet bewohnt und gewisse säkulare Normen und Praktiken teilt. Heute weitaus wichtiger ist aber die deutliche Abgrenzbarkeit und Homogenisierung, die durch verstärkte Akzentuierung bestimmter ethnischer Merkmale erfolgt und Sub-Identitäten zugunsten einer nationalen Identität verwischt. Als Grundbaustein dient dabei die *kollektive Erinnerung* zur Identifikation innerhalb der Gesellschaft. Diese manifestiert sich in einer Nationalgeschichte, die Menschen vermeintlich genealogisch verbindet, wodurch sie sich als Gemeinschaft verstehen: Das Nationenkonzept dient als Schablone, anhand derer Historiker:innen Geschichtsschreibung vornehmen und relevante Ereignisse auswählen. Weitere Rituale zur Festigung des Nationalgefühls sind kontinuierliche kulturelle Aktivitäten und ein kollektives Gedächtnis, dessen Bewusstsein eine Abgrenzung gegenüber anderen Nationen schafft (ibid, 31ff.; s.a. Hobsbawm & Ranger 2012).

Interethnische Konflikte, mit denen der Balkan nicht erst seit den Jugoslawienkriegen assoziiert wird (s.o.), werden im internationalen Diskurs oft als politische Unreife bewertet, die zu überwinden sind. Als Patentrezept für den Balkan wurden dabei Europäische Integration bzw. *Europäisierung* ausgemacht – denn wie oben beschrieben, kontrastiert „Europa" im Diskurs mit

10.15772/ANDRASSY.2026.002

dem „Balkan", und eine schrittweise Annäherung mit dem Ziel der Aufnahme in die Europäische Union soll letzteren zu einem (politischen) Teil Europas machen (Vgl. z.B. Börzel 2011; Tocci 2007; Hajrullahu 2007). Diese Lesart ist umstritten, zumal eine eindeutige Definition von „Europäisierung" fehlt. Im Folgenden wird daher ein Überblick transformations- und integrationstheoretischer Ansätze insbesondere in Bezug auf die Außen- und Erweiterungspolitik der EU vorgenommen.

3. Europäische Integration und Erweiterung

Die IB haben vielfältige Theorien aufgestellt, um die Entwicklungen der EUropäischen Integration zu beschreiben, analysieren und erklären. Gemeinsam mit der Bedeutung der EU für nationale wie internationale politische Prozesse wächst die Rolle dieses Unterfangens, wie Wiener und Diez im Vorwort der ersten Ausgabe von *European Integration Theory* (2004, vii) zeigen:

> In a time when the political significance of the European Union is increasing while its legitimacy is ever more contested, conceptualizations of European governance, and critiques of the status quo as well as normative debates about its future seem to us of the utmost importance not only for students of integration but for public debate as well.

Während sie sich mit zahlreichen Aspekten Europäischer Integration befassen, soll der Fokus hier auf Debatten um EU-Erweiterungsprozesse nach dem Ende des Kalten Krieges liegen. Dabei geht es dieser Arbeit nicht darum, einen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten. Vielmehr soll das „Mosaik der Integrationstheorie" (ibid) zur Dekonstruktion diskursiver Handlungen zentraler Akteure in Bezug auf die EU-Politik gegenüber Kosovo herangezogen werden.

Integration als Ergebnis politischer und gesellschaftlicher Prozesse der Kollektivierung von einzelnen Politikfeldern aus nationalstaatlichen in supranationale Institutionen birgt zahlreiche Probleme, denen sich Vertreter:innen der unterschiedlichen Theorien seit den Anfängen der EU angenommen haben (Haas 1958, 16). Wiener und Diez (2004/2019, 7f.) unterteilen die Herangehensweisen in drei Phasen, von denen die erste ab den 1960er Jahren versuchte, EUropäische Integration zu erklären, sich die zweite ab den 1980er Jahren mit der Analyse von Governance-Strukturen befasste, und die dritte ab den 1990er Jahren die Konstruktion der EU betrachtet. Dabei gehen sie nicht von einer scharfen Trennung zwischen den Traditionen aus und erkennen an, dass jede davon bis heute eine Rolle spielt. Doch mit der fortschreitenden Integration haben sich die Untersuchungsparameter verändert, ebenso wie aktuelle interne wie externe Entwicklungen, die diese beeinflussen. Der Fokus dieser Arbeit liegt somit auf der letzten Phase.

In den Theorien der IB finden sich diverse Erklärungsmuster für die Dynamiken der EU-Erweiterungsprozesse. So betrachtet der *Liberale Intergouvernementalismus* nationale Interessen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

und wie diese strategisch eingesetzt werden als wichtigsten Faktor im zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess. Ökonomische, aber auch geopolitische Argumente werden von Befürworter:innen benutzt, um skeptische Mitgliedsstaaten von der Aufnahme neuer Staaten zu überzeugen. Gleichzeitig begeben sich die Kandidaten in eine asymmetrische Abhängigkeit, was zum Ungleichgewicht der Verhandlungspositionen führt (Moravcsik & Schimmelfennig 2004, 80f.). Diese Überlegungen sind für die in dieser Arbeit vorgenommenen Untersuchungen von großer Bedeutung und werden im Verlauf weiter betrachtet. Gleiches gilt für den *Neoinstitutionalismus*, der sich der Frage widmet, warum einige Mitgliedstaaten gegen ihre nationalen Interessen einer Erweiterung zustimmen und als Grund die institutionelle Festigung der EU nennt, wodurch politische Eliten gemeinsame Normen und Ziele als übergeordnet akzeptieren (Pollack 2004, 138f.). Zugleich warnt der Ansatz vor einer Gefährdung der institutionellen Stärke durch zu große bzw. zu schnelle Erweiterung.

Die EU-Erweiterungspolitik spaltet die klassischen IB-Theorien in zwei Lager (Schimmelfennig 2003, 265ff.). Einerseits können die Vertreter:innen *rationalistischer* Ansätze erklären, warum ein EU-Beitritt für die kandidierenden Staaten attraktiv ist, nicht aber, warum sich die bestehenden Mitgliedstaaten dafür entscheiden. Die zähen Verhandlungen zwischen beiden sind für sie erwartbar, die tatsächliche Erweiterung dagegen nicht. Aus *konstruktivistischer* Perspektive dagegen stellt der langwierige und umstrittene Beitrittsprozess ein Rätsel dar, da nach dieser Lesart die Erweiterung selbst eine logische Folge der institutionellen Entwicklungen der EU ist. Dieses „double puzzle" (ibid.) löst sich durch die Betrachtung der Diskurse und Prozesse, wofür Schimmelfennig das Konzept des *rhetorical entrapment* geprägt hat. Es besagt, dass sich die EU ideologisch und institutionell über Jahrzehnte zunehmend als Gemeinschaft aller liberalen europäischen Länder verstand und diese Verpflichtung rhetorisch stetig wiederholte, was in Zeiten des Kalten Krieges als Affirmation der Wertezugehörigkeit ohne tatsächliche Konsequenzen genutzt werden konnte, während es anschließend politisch unhaltbar gewesen wäre, das Versprechen nicht einzulösen. Der einzige verbleibende Spielraum fand sich in den Verhandlungen, in denen Regierungen, die eine Erweiterung eigentlich ablehnten, ihren Einfluss nutzten, um Bedingungen an die zukünftigen Mitglieder durchzusetzen. Dieser Widerspruch ist nach der Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas (MOE) weiter von großer Bedeutung und hat sich angesichts der stark veränderten internationalen Lage gegenüber der Erweiterung 2004/2007 noch verschärft. Gleichzeitig zeigen sich hier bereits diskursive Praktiken, in denen verschiedene Narrative aufeinandertreffen und Spannungen innerhalb der EU verursachen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

4. Zivilmacht Europa: Europäisierung als außenpolitisches Instrument

Die vertiefte Integration und wachsenden geopolitischen Ansprüche der Union manifestierten sich in der gemeinsamen wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), worunter auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fällt, mit der Verabschiedung des Vertrags über die Europäische Union (EUV) 1993. Die Vertragsänderungen 1999 in Amsterdam und 2007 in Lissabon festigten die Rolle der:des Hohen Vertreter:in für Außen- und Sicherheitspolitik, gleichzeitig Vizepräsident:in der EU-Kommission (HRVP; Legrand 2021). Unter der GSVP kann die EU eigene zivile Friedens- und Stabilisierungsmissionen entsenden und sich an internationalen Friedens- und Staatsaufbaumaßnahmen beteiligen (Simonsen 2006, 289f.). Die bislang größte ist die 2008 entsandte Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo. Außerdem steht der oder die HRVP dem Auswärtigen Dienst der EU (EAD) vor, der die EU-Auslandsvertretungen und zudem den Belgrad-Pristina-Dialog leitet. Diese Instrumente sind von großer Relevanz für die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit und die Beziehungen zwischen Kosovo und der EU, zusätzlich zur Erweiterungspolitik, die von dem:der Kommissar:in für Erweiterungspolitik geleitet wird.

Trotz der signifikanten Weiterentwicklung der EUropäischen Außenpolitik seit den 1990er Jahren hat die GSVP nur eine geringe militärische Komponente und setzen die meisten Mitgliedstaaten in diesen Belangen auf die NATO. Angesichts der Abhängigkeit auf diesem Gebiet von den USA, die auch im Umgang mit den Kriegen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo deutlich wurde, fordern einige Mitgliedstaaten mehr militärische Autonomie der EU; von dieser kann aber bisher keine Rede sein (Risse 2012, 90f.). Stattdessen hat sich seit den 1970er Jahren das Konzept der „Zivilmacht Europa“ etabliert, wonach die EU und ihre Partner in der unmittelbaren „Nachbarschaft“ Kooperation durch Annäherung schaffen und so Konflikten vorbeugen sollen, auf Basis der Erfahrungen der EUropäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg.

Geprägt wurde der Begriff 1972 durch den anglo-schweizerischen Wissenschaftler und Journalisten François Duchêne, langjähriger Berater von Jean Monnet und zu diesem Zeitpunkt Leiter des von ihm begründeten *Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa* (bekannt auch als *Monnet-Komitee*), das er nach dem Scheitern des Vertrages über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft 1955 ins Leben rief, um die Integration der Gemeinschaft weiter zu fördern (Bachmann & Sidaway 2008, 96; Duchêne 1972). Im Kontext der anstehenden Erweiterung der EG auf neun Mitgliedstaaten sowie dem Einflussverlust der USA als internationale Supermacht bei gleichzeitigem Erstarken der Sowjetunion sah Duchêne einen Bruch der vertragsbasierten Nachkriegsordnung zugunsten wachsender globaler Konkurrenz. Als Reaktion

10.15772/ANDRASSY.2026.002

darauf sollte Europa sich als stabilisierende Mittelmacht etablieren und gemeinsam mit „westlichen“ Partnern (zu denen u.a. auch Japan gehörte) eine „force for the international diffusion of civilian and democratic standards“ sein (Duchêne 1973, 20).

So begründet sich die dezidiert wertegeleitete Außenpolitik der EU, die entsprechend normative Ziele verfolgt, welche über die unmittelbaren Interessen der Mitgliedstaaten hinausgehen. Eine „Zivilmacht“ lehnt zwar den Einsatz militärischer Gewalt nicht grundsätzlich ab, setzt aber auf kooperative Sicherheitspolitik, Multilateralismus und (Völker-)Rechtsstaatlichkeit – also genau jene außen- und sicherheitspolitische Identität, die die EU seit den 1990er Jahren aufzubauen versuchte, auch wenn sie erst im Verlauf der 2000er Jahre über ein entsprechendes Instrumentarium verfügte (Risse 2012, 90). Als geopolitisches Konzept und Alleinstellungsmerkmal fußt es auf drei Säulen. Erstens soll die erfolgreiche Kooperation in Europa als Beispiel dienen, anhand dessen auch in anderen Teilen der Welt friedliche Koexistenz gesichert werden kann. Zweitens besitzt die EU Instrumente zur Unterstützung von Staaten, die sich den gleichen Werten verpflichten und sich ihr in wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und anderen Bereichen annähern möchten. Hierzu gehören die verschiedenen Ansätze der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik in eigens dafür geschaffenen Regionen wie dem „Westbalkan“, der „Östlichen Partnerschaft“ oder der „Südlichen Nachbarschaft“ (Europäische Kommission, o. D.). Drittens soll die EU als geopolitisches Gegengewicht zu Großmächten wie China und Russland, aber auch den USA dienen, deren außenpolitische Prioritäten sich von denen der EU unterscheiden (Bachmann & Sidaway 2008, 99f.). Tatsächlich lässt sich beobachten, dass Diskussionen um mehr EUropäische sicherheitspolitische Autonomie immer dann besonders präsent sind, wenn Differenzen zwischen EU und USA zunehmen. Dies zeigte sich schon bei Duchêne (1972) und in jüngerer Zeit, etwa beim Krieg im Irak ab 2003 und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten 2016 und 2024. Gleichzeitig stoßen die normativen Ansprüche und Ideale dieser wertegeleiteten Außenpolitik in der Praxis oft an Grenzen, wenn sie etwa mit Interessen der Mitgliedstaaten oder nationalen Realitäten kollidieren (Risse 2012, 90; zur kritischen Rezeption, s.a. Hettne & Söderbaum 2005; Sjursen 2006; Staeger 2016; Tocci 2008).

Im Selbstfindungsprozess der EU als globaler Akteur vollzieht sich auch der Prozess um die Aushandlung einer gemeinsamen EUropäischen Identität, was nirgends deutlicher wird als in der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. In Artikel 49 des EUV heißt es: „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden.“ (Europäische Union, 2002). Mit dieser

10.15772/ANDRASSY.2026.002

scheinbar inklusiven Formulierung („jeder“) haben sich die Staaten der EU gleichzeitig die alleinige Kompetenz zuerkannt, über das „Europäischsein“ (*Europeanness*) eines Staates zu entscheiden. Auf dieser Basis wurde das Beitrittsgesuch Marokkos 1987 abgelehnt, während die Türkei mit der Begründung als Beitrittskandidat angenommen wurde, dass die Entscheidung nicht allein auf geografischen Gründen beruhe (Europäisches Parlament, 1998; Schimmelfennig, 2008). In ähnlicher Weise wurde ein „europäischer Weg“ für die Aspiranten vorgezeichnet, die demgemäß derzeit noch außerhalb Europas verortet werden. Denn Identität entsteht notwendigerweise in Abgrenzung zu einem „Anderen“, das außerhalb dieser liegt. Wie Diez (2004, 321) beschreibt, war dieses Andere für die EU historisch stets ihre eigene kriegerische Geschichte, die erst durch eine Integration der Staaten überwunden werden konnte. Durch einen erhöhten geopolitischen Anspruch insbesondere seit dem Ende der Sowjetunion und den oben beschriebenen institutionellen Entwicklungen hat sich dieser Diskurs jedoch zunehmend zu einem geografischen Anderen verschoben, dem zunächst ähnliche Merkmale wie dem zeitlichen Anderen zugeschrieben wurden. Hinzu kommt eine rhetorische wie praktische Rückkehr zu geopolitischer Konkurrenz zulasten supranationaler Regeln in Krisenzeiten.

Die große Bedeutung der Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik für die Frage einer kollektiven EUropäischen Identität zeigt Risse (2012). So trägt einerseits die unterschiedliche „Europäisierung“ nationaler Identitäten zum Scheitern einer bedeutungsvollen übergeordneten Außenpolitik bei. Zweitens resultiert die „Kluft zwischen der vollmundigen Rhetorik der EU als einer Kraft des Guten in der Welt einerseits und ihrer Unfähigkeit, diese außenpolitische Identität in die Praxis umzusetzen, andererseits, […] größtenteils aus der Tatsache, dass die Konstruktion einer eigenen außenpolitischen Identität der EU eher nach innen als nach außen gerichtet ist“ (ibid, 87; *eigene Übersetzung aus dem Englischen*). Und schließlich ist es besonders der Erweiterungsdiskurs, in dem verschiedene Vorstellungen der konstituierenden Elemente einer „europäischen Identität“ aufeinanderprallen und historische Stereotype konkrete realpolitische Macht entfalten (Vgl. auch Diez 2004, 326). Obgleich die supranationalen Institutionen mit der Vertiefung der EU-Verträge stetig an Bedeutung und Einfluss gewonnen haben, spielen also weiter nationale Akteure und Interessen die zentrale Rolle in den Aushandlungsprozessen (Pollack 2007, 14; Vgl. Moravcsik & Vachudova 2003). Auch wird deutlich, dass die Agency der Verhandlungen bei den Mitgliedstaaten liegt, nicht bei den Kandidatenländern. Diez (2009, 157) bemerkt dazu:

> Rhetorical commitment to community values trapped member states into offering accession negotiations […] despite the initial preference against enlargement. When it comes to paying a price for one’s collective identity in terms of offering beneficial conditions to new members, the EU looks more like an exclusive club dictating the terms of accession to new members.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bei den aktuellen Beitrittskandidaten kommen noch ein weiterer normativer Ansatz hinzu, der Politik und Diskurs prägt, nämlich die Rolle von Europäisierung zur Konflikttransformation. Der Beitrittsprozess soll explizit dazu dienen, interethnische Konflikte zu transformieren und so Kooperation zwischen ehemaligen Konfliktparteien ermöglichen (Tocci 2007, 875). Bilaterale Verträge wie Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ebenso wie regionale Ansätze sind dabei zentrale Werkzeuge. Hier kommt als zentrales Policy-Instrument außerdem der *Belgrad-Prishtina-Dialog* hinzu, ein Format, in dem die EU mit Unterstützung der USA eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien zu vermitteln sucht, die für beide Länder eine *conditio sine qua non* für einen etwaigen EU-Beitritt ist (Hajrullahu 2019, 103). Auf diesem liegt daher auch ein besonderer Fokus dieser Arbeit.

Das breite Feld der Europäisierungsforschung (Vgl. z.B. Wach 2016) soll hier nicht vertieft behandelt werden. Wohl aber wird die diskursive Verwendung des Konzepts betrachtet, ebenso die explizite wie implizite Kontrastierung von „Europa" und „Balkan". Weitere zentrale Aspekte in Fragen EUropäischer Integration und Erweiterung sind deren Einbettung in einen breiteren Diskurs um die Normen und Ziele der EU-Außenpolitik und ihren geopolitischen Ansprüchen. Und zuletzt sei darauf verwiesen, was uns Autor:innen wie Eric Hobsbawm, Zygmunt Bauman und Nathalie Tocci unermüdlich verdeutlichen: *Zeitgeist* zählt! Politische Diskurse müssen immer anhand ihrer Entstehungsgeschichten und den äußeren Faktoren bewertet werden, die sie begleiten und prägen (Tocci 2008, 19f.). So haben sich die Weltfinanz- und Migrationskrisen als bremsende Faktoren für Fragen der Integration und Erweiterung erwiesen, während die bis dato größte EU-Erweiterung vom Gefühl des Sieges einer internationalen Weltordnung getragen wurde, in der sie sich explizit verortete. Im komplexen Gefüge von EU-Entscheidungsprozessen können selbst objektiv geringe innen- wie außenpolitische Einflüsse eine zentrale Rolle spielen, wie diese Arbeit in ihrem weiteren Verlauf an vielen Stellen zeigen wird.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

C. Methoden

(Politischen) Diskursen liegen eine Vielzahl von Annahmen zugrunde, die sich in unterschiedlichen ontologischen und epistemologischen Ansätzen manifestieren. Die verwendeten Methoden, gestellten Fragen und erbrachten Nachweise, um Strategien einzelne Akteure oder zugrundeliegende Strukturen zu verstehen und erklären, haben großen Einfluss auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse und daraus resultierende politische Maßnahmen (Demmers 2012, 11f.). Vor Beginn der Datenerhebung wurden daher im Theorierahmen die ontologischen und epistemologischen Linien definiert, die diese Forschung leiten, sowie deren wissenschaftliche Implikationen. Die Auswahl der Methoden stützte sich gemäß einem induktiven Ansatz zunächst auf Taylor, Bogdan und DeVault's *Introduction to Qualitative Research Methods* (2015).

Bei diesen Ansätzen geht die Datenerhebung der Aufstellung von Hypothesen voraus und ermöglicht flexible Forschung, bei der die Leitfragen während des Prozesses der Informationssammlung und -analyse festgelegt werden (Glaser & Strauss 2009, 39f.). So lagen bereits vor dem Promotionsstudium im Zuge beruflicher Erfahrungen und umfangreicher Datenerhebungen Kenntnisse des Feldes sowie Erkenntnisse zu Mustern und Reibungen vor, die erste Hypothesen erlaubten und anschließend eine gezieltere Auswertung und offene Vorgehensweise ermöglichten (Taylor, Bogdan & DeVault 2015, 8).

Induktive Ansätze in den Sozialwissenschaften werden oft für ihre scheinbare Neutralität in der Betrachtung des Feldes kritisiert, der sie in der Realität nicht standhalten kann (Kelle 2005, 143f.). Tatsächlich hat, wie Kracauer (1952, 638) argumentiert, jeder Text mehrere Konnotationen und jede Interpretation ist subjektiv. Das Gleiche gilt für Interviews: Obwohl sie flexibel konzipiert sind, müssen sich Forscher:innen bei der Erhebung und Analyse der Daten ihrer eigenen Subjektivität bewusst sein (Alsaawi 2014, 153f.). Und auch trotz des Bewusstseins der Auswirkungen des eigenen (Bildungs-)Hintergrunds auf die Datenerhebung und -auswertung sowie der Art, wie jemand als Person und Forscherin von möglichen Informant:innen wahrgenommen wird, bleibt eine ständige Reflexion eine große Herausforderung.

Die Strategie dieser Arbeit basierte daher auf einer Reihe von Kernprinzipien für die qualitative Forschung, um die Gültigkeit der Ergebnisse zu unterstützen. Da qualitativen Ansätzen die klare Standardisierung quantitativer Methoden fehlt, unterliegen sie stärker dem eigenen Design der Forschenden (Taylor, Bodgan & DeVault 2015, 22ff.). Um ein möglichst klares Verständnis des Feldes zu erhalten, müssen Einstellungen und Perspektiven reflektiert werden, die bei der Datenerhebung eine Rolle spielen. Darüber hinaus ist die Einbeziehung verschiedener

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Perspektiven ohne vorherige Hierarchisierung – bei gleichzeitiger Sensibilität für mögliche Übertreibungen oder Abschwächungen – ein unverzichtbares Instrument, wenn es darum geht, eine ausgewogene Darstellung bestimmter Realitäten zu erreichen.

Die Kombination verschiedener Methoden ermöglicht es, die Analyse zu triangulieren und die Ergebnisse zu kombinieren und kontrastieren, um das Verständnis zu erweitern (Miller & Fredericks 1996, 62f.). Dazu gehörten erstens ein ausschließlich theoretischer Teil auf der Grundlage von Literatur, zweitens empirische Interviews mit Expert:innen und schließlich Daten, die während längerer Aufenthalte im Kosovo, in Brüssel sowie auf internationalen Konferenzen, Seminaren und Workshops als Teil der Politikethnographie gesammelt wurden. Hierunter werden die qualitativen Methoden zur Sammlung und Analyse der Forschungsdaten erläutert.

1. Literaturrecherche

Um die vorliegende Arbeit in den aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand einzubetten und für die Forschung nutzbar zu machen, ging der empirischen Analyse eine breite Erarbeitung der relevanten Literatur voraus, die im ersten Teil dieser Dissertation systematisch aufgearbeitet wird. Auf dieser Grundlage wurden die vorgenommenen Untersuchungen angestellt, die den zweiten Teil der Arbeit bilden und deren Methodik im Folgenden detailliert dargestellt wird. Als Quellen dienten Primär- wie auch Sekundärliteratur der Politischen Kommunikation. Zu ersteren gehören relevante bi- und multilaterale Abkommen und Verträge, offizielle Erklärungen und Dokumente sowie offizielle Statements und Presseerklärungen. Letztere meint wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Bewertungen und Auseinandersetzungen mit diesen im Kontext der historischen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Zusätzlich wurde bereits in den Vorbereitungen für diese Arbeit ab Ende 2020 ein Google Alert für den Begriff „Kosovo" eingerichtet, über den seitdem täglich eine Übersicht aktueller Presseartikel und anderen Veröffentlichungen auf Deutsch und Englisch entstanden ist. Diese umfangreiche Sammlung wurde ausgewertet und gemeinsam mit weiteren (journalistischen) Texten in den einzelnen Kapiteln dazu genutzt, aktuelle Entwicklungen zu skizzieren.

2. Expert:innen-Interviews

Die zweite Wahlmethode waren halbstrukturierte Leitfadeninterviews, da sie Informant:innen Raum geben, eigene Schwerpunkte herauszuarbeiten, während die Interviewerin eine weitgehend neutrale Position beibehält (Russel 2006, 195ff.). Gleichzeitig ermöglichen offene Fragen flexible, vertiefende Nachfragen auf neue Informationen. Teilweise baten Informant:innen um

10.15772/ANDRASSY.2026.002

die Anonymisierung ihrer Daten, damit sie offen sprechen konnten, ohne ihre berufliche Integrität zu gefährden. Im Allgemeinen waren die Interviewpartner:innen gerne bereit, ihre Erkenntnissen zu teilen, da sie persönlich in die besprochenen Prozesse involviert und an deren Verlauf interessiert sind – ein weiterer Faktor, der Expert:inneninterviews zu einer ergiebigen Forschungsmethode machen (Taylor, Bogdan & DeVault 2015, 101ff.).

Das Format der Sammlung von Expert:innenaussagen war geeignet, da eine Auswahl repräsentativer Stimmen in der Arena rund um die diskursive Produktion Kosovos eine fokussierte Untersuchung ermöglichte (Warren 2002, 99). Ziel war also ein vielfältiger, aber überschaubarer Pool von Informant:innen (d.h. Expert:innen), die Zugang zu wichtigen Informationen zum Thema hatten und diese in einem breiteren Kontext reflektieren konnten. Aufbauend auf der Akteurs- bzw. Stakeholdernalyse (s.u.) ermöglichte dieser Ansatz die gezielte Auswahl relevanter repräsentativer Persönlichkeiten, die Teil der Debatte sind und aufgrund dieser Aufteilung unterschiedliche Standpunkte vertreten, wodurch eine Vielzahl von Daten zur Auswertung gewonnen werden konnten. In Anlehnung an Gläser und Laudel (2010, 12f.) wird der Begriff der:des Experten:in in diesem Zusammenhang als Quelle spezialisierten Wissens über das interessierende Thema definiert, deren:dessen exklusive Position innerhalb des Diskurses ihr:ihm Zugang zu Informationen verschafft, die die Forscherin erhalten möchte. Somit sind sie kein Untersuchungsobjekt im klassischen Sinne der qualitativen Sozialforschung, sondern vielmehr Zeug:innen der fraglichen Themen. Wie Bogner et al. (2009, 2) erklären:

> Conducting expert interviews can serve to shorten time-consuming data gathering processes, particularly if the experts are seen as "crystallization points" for practical insider knowledge and are interviewed as surrogates for a wider circle of players. Expert interviews also lend themselves to [...] situations in which it might prove difficult or impossible to gain access.

Insgesamt wurden 21 Interviews mit 22 Personen geführt, in Prishtina, Brüssel und online (s. Anhang). Durch berufliche wie akademische Erfahrungen im Umfeld der Westbalkan-Politik konnte auf vielseitige Kontakte in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zurückgegriffen werden. Regelmäßig gab es auch Empfehlungen für weitere Ansprechpersonen sowie neue Kontakte, etwa auf internationalen Treffen. Nicht zuletzt gehörten viele der Befragten verschiedenen interdisziplinären Kreisen wie der *Balkans in Europe Policy Advisory Group* (BiEPAG) an, über die wiederum der Zugang zu anderen Gremien und Organisationen gelang.

Expert:inneninterviews sind nicht unumstritten, da ihnen die normative Annahme zugrunde liegt, eine elitäre Gruppe sei „gewöhnlichen" Informant:innen überlegen, was zur Reproduktion etablierter Machtverhältnisse führen und damit das unparteiische Bestreben der Forscherin beeinträchtigen kann (Bogner et al. 2009). Für Teile der Forschung gab es jedoch aufgrund ihres

10.15772/ANDRASSY.2026.002

sensiblen diplomatischen Charakters nur eine relativ kleine Gruppe, die Zugang zu den gesuchten Informationen hatte. Daher wurde angenommen, „that expertise is the real and substantive possession of groups of experts and that individuals acquire real and substantive expertise through their membership of those groups" (Collins & Evans 2008, 3). Es handelt sich demnach um Fachexpert:innen, deren Einsichten auf ihrer beruflichen Zugehörigkeit zu einem Thema jenseits des Allgemeinwissens beruhen, was ihre informierte Sichtweise zu einem relevanten Pfeiler im Diskurs macht, zumal dieser oftmals fragmentiert und nicht öffentliche stattfindet.

Dennoch sind Einzelinterviews von Natur aus akteurszentriert und das Ergebnis, das man erhält, ist daher eine spezifische Wahrnehmung der Realität (Taylor, Bogdan & DeVault 2015, 114f.). Im Falle von Expert:innengesprächen ist daher die Fähigkeit zur Reflexion der persönlichen und institutionellen Sichtweisen sowohl durch den:die Expert:in selbst als auch durch die Forscherin unabdingbar. Expert:innen in hohen Positionen sind es oft gewohnt, öffentlich zu sprechen und können daher ihr Fachwissen eloquent darlegen. Ihre Professionalität birgt aber auch die Gefahr von „leeren Phrasen" im Sinne einer bestimmten öffentlichen Darstellung (Bogner et al. 2009). Auch hier können eine gründliche inhaltliche Vorbereitung und spezifischere Zusatzfragen helfen, diese institutionelle Verzerrung zu überwinden.

Bei der Gestaltung des Fragebogens wurden einige Grundfragen ausgewählt und für alle Expert:innen verwendet. Am Beginn des Interviews stand eine Frage zum Hintergrund der:des jeweiligen Interviewpartner:in, was Aufschluss über den erkenntnistheoretischen Hintergrund (*positionality*) gab und als Gesprächsöffner diente. Anschließend wurden Leitfragen von allgemein bis spezifisch strukturiert, wobei die Schwerpunkte je nach befragter Person angepasst wurden. Im Anschluss an die Interviews wurde allen Informant:innen das Transkript zugesandt und ggf. geändert. Im Anschluss an alle Interviews blieb Raum für Feedback, wie von Gläser und Laudel (2010, 169) vorgeschlagen, auch um die eigene Rolle während der Befragung zu reflektieren. Die Transkripte wurden auf Muster überprüft und mit der Literatur sowie untereinander auf neue oder widersprüchliche Standpunkte verglichen und Hypothesen gebildet. Diese wurden in einem Prozess des Sammelns, Auswertens und Vergleichens von Daten eingegrenzt, erweitert oder verworfen und bildeten so die Erkenntnisse, die diese Arbeit begründen.

3. Politikethnographie

Wie Kang (2017, 212ff.) und andere darlegen, können die schriftlichen und mündlichen Darstellungen von Fachleuten und Sprecher:innen, die ein wesentlicher Bestandteil der qualitativen Forschung sind, oft erheblich von der Praxis abweichen. Dies ist weniger problematisch, wenn

10.15772/ANDRASSY.2026.002

das Forschungsziel darin besteht, die Wahrnehmung sozialer Situationen durch die Menschen darzustellen, kann aber bei der Untersuchung sozialer oder politischer Phänomene ein Hindernis bei der Aufdeckung interner Reibungen darstellen, wenn man sich auf die Fähigkeit der Informanten zur (Selbst-)Reflexion verlassen muss (Taylor, Bogdan & DeVault 2015, 22f.). Daher war es für diese Arbeit auch wichtig, Daten direkt aus dem Feld zu gewinnen.

Als Analystin bzw. Projektmanagerin bei Thinktanks in Berlin und Brüssel und als Praktikantin bei der EU-Vertretung in Kosovo hatte die Autorin seit 2017 privilegierte Zugänge und direkte Erfahrungen der alltäglichen Praxis der EU-Außenpolitik in Kosovo. Diese flossen im Sinne der Politikethnographie (*policy ethnography*) ebenfalls in diese Arbeit ein, um ein möglichst umfassendes Bild zu erzeugen (Vgl. Schatz 2013; Baiocchi & Connor 2008; Adler-Nissen 2016, Pouliot & Cornut 2015). Ein zentraler Ort der Aushandlung ist Brüssel als Hauptstadt der EU-Organe inklusive der Generaldirektion für Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik (DG NEAR/ENEST) und zentraler Anlaufpunkt von Lobbyist:innen im Diskurs um (geo-)politische Ziele und Entwicklungen der EU sowie der Länder des Westbalkan darin. Es erfolgten mehrere Forschungsaufenthalte in Kosovo, einschließlich Interviews, die Teilnahme an öffentlichen und zulassungsbeschränkten Veranstaltungen und Diskussionen mit unterschiedlichen Akteuren. Dabei halfen neben zahlreichen und wachsenden Kontakten aus dem politischen, zivilgesellschaftlichen und journalistischen Umfeld auch Sprachkenntnisse dabei, vertiefte Zugänge zu Menschen, Institutionen und Diskursen zu erhalten.

In Brüssel erhielt die Autorin als Gastwissenschaftlerin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Zugriff auf ein breites Netzwerk und Kontakte zu Expert:innen aus dem Bereich der Europäischen Integrations- und Erweiterungspolitik. Auch hier wuchsen Kontakte zu internationalen Expert:innen, Politiker:innen und Interessenvertreter:innen einschließlich Interviews und Teilnahmen an Veranstaltungen und Sitzungen. Diese Erfahrung war zentral für diese Arbeit, da nur eine direkte Teilnahme einen umfassenden Einblick in die politische Realität abseits theoretischer Diskussionen um Erweiterungspolitik gewährleisten kann. Sie bauten auf vorherigen Stellen bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) 2018-2019 bzw. 2023-2024 auf, die neben internationalen Expert:innen auch regelmäßig vor allem deutsche und französische Regierungsvertreter:innen einschlossen. Schließlich informierte eine Vielzahl internationaler Seminare und Konferenzen diese Arbeit. Ohne diese vielfältigen Erfahrungen und Kontakte hätte die vorliegende Dissertation in dieser Form nicht entstehen können.

Der Politikethnographie wird vorgeworfen, die Neutralität des Forschenden zu gefährden, da Positionalität und Intersubjektivität eine noch größere Rolle spielen als in der „klassischen“

10.15772/ANDRASSY.2026.002

anthropologischen Forschung (Shore & Wright 1997; Dubois 2014; Ilazi 2024). Tatsächlich waren die Zugänge abhängig von unterschiedlichen Faktoren und somit weniger systematisch als beispielsweise die Expert:inneninterviews. Außerdem fanden die meisten dieser Austausche unter *Chatham House Rules* statt, weshalb eine transparente Zuordnung von Aussagen meist nicht möglich ist. Dennoch lieferten die direkten Beobachtungen entscheidende Erkenntnisse, um die Handlungsweise verschiedener Akteure und komplexe Dynamik der Entscheidungsfindungsprozesse von den lokalen bis zu den EU-Institutionen zu ergründen sowie Diskurse zu dekonstruieren, sodass sie an relevanten Stellen Eingang in diese Arbeit gefunden haben.

4. Diskurs und Diskursanalyse

> Der Begriff ‚Diskurs' bezeichnet ein Konstrukt der SozialforscherInnen. Damit wird hypothetisch unterstellt, dass spezifischen empirischen Daten, die zunächst als singuläre, in Zeit und Raum verstreute Ereignisse (Äußerungen) existieren und dokumentiert sind, ein Zusammenhang, eine Regel oder Struktur unterliegt (Keller 2011, 83).

Diskursanalyse wird von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen unterschiedlich definiert und angewandt. Diskurse beruhen auf der Produktion und dem Austausch kommunikativer Zeichen, in aller Regel Sprache, aber auch Bilder, Gesten, nichtsprachliche Laute, Diagramme und Landkarten gehören beispielsweise dazu (Johnstone 2017, 1f.). In Anlehnung an Foucault (1991 [1970]) betrachtet eine kritische Diskursanalyse im gesellschaftlichen oder politischen Diskurs hergestellte Konventionen und Normen und analysiert, welche Machtverhältnisse in diesen (re-)produziert werden. Diskurse „in this sense involve patterns of belief and habitual action as well as patterns of language. Discourses are ideas as well as ways of talking that influence and are influenced by ideas" (Johnstone 2017, 3).

Im Diskurs werden Deutungsmuster verhandelt, die wiederum auf bestimmten Vorannahmen und Narrativen basieren und von Wissen und Ideen, aber auch von Machtansprüchen und Emotionen beeinflusst werden (Nullmeier 2001, 291ff.). Akteure können auf Diskurse einwirken, indem sie kommunikative Strategien anwenden, um den Diskurs zugunsten ihrer Interessen zu lenken. Bei diesen handelt es sich demgemäß um „diskursive Praktiken, die in einem Netz von Machtverhältnissen erst systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen" (Foucault 1981, 74). Sie lassen sich daher nicht auf den sprachlichen Ausdruck reduzieren, sondern müssen als Elemente sozialer und politischer Wirklichkeiten verstanden werden.

Auf dieser Basis befassen sich poststrukturalistische Diskurstheorien mit der Herstellung und Instrumentalisierung von Bedeutung sowie der Konzeptualisierung der Produktion spezifischer sozialer Wirklichkeiten und damit verbundener Machteffekte (Glasze & Mattissek 2009, 32f.).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Obgleich sich diese nicht auf Sprache und Sprechakte reduzieren lassen, spielen linguistische und kommunikationswissenschaftliche Ansätze eine wichtige Rolle. Das manipulative Potential von Sprache in der Herstellung sozialer Wirklichkeiten wurde gleichzeitig stets kritisiert, von Lockes *Essay Concerning Human Understanding* (1689) bis zu Orwells *1984* (1949).

Internationale Politische Kommunikation zeichnet sich durch diese Strategien aus, zumal sie geprägt ist von Reden, Presseerklärungen und Deklarationen und weil zentrale Verhandlungen selten öffentlich stattfinden. Zudem gelten je nach Format und Kontext gewisse Konventionen und Beschränkungen, etwa begrenzte Redezeit oder Audioübertragungen gegenüber Video, die strategisch unterschiedlich genutzt werden. Die zunehmende Mediatisierung Politischer Kommunikation hat die Wichtigkeit strategischer Überlegungen, aber auch die Tendenz einer verkürzten und positivisierten Darstellung erhöht (Lilleker 2014, 19ff.). Schließlich ist auch der kulturelle und ideologische Hintergrund des Publikums von zentraler Bedeutung für die Wirkung einer (politischen) Aussage, die je nach Kontext unterschiedlich eingeordnet wird. Auf all diesen Wegen werden die jeweiligen diskursiven Praktiken selbst Teil des Diskurses.

Diese Beobachtungen gehen zurück auf soziolinguistische Forschungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von Ferdinand de Saussures *Cours de linguistique générale* (1916) und Ogden und Richards' *The Meaning of Meaning* (1923) über die *Sapir-Whorf-Hypothese* (1940) und den linguistischen Relativismus nach Boas und Jakobson (1944). Um den Rahmen dieser Dissertation nicht zu sprengen, sei an dieser Stelle nur zusammenfassend geschildert, dass kollektive wie individuelle sprachliche Sozialisierung die Wahrnehmung und Einordnung von Informationen und Eindrücken nachweislich entscheidend lenkt und somit auch lenkbar ist. In der strategischen Politischen Kommunikation kommen verschiedene Techniken zum Einsatz, um das Publikum gemäß den eigenen Interessen zu beeinflussen, hier nur kurz skizziert. Der Fokus liegt auf drei primären Techniken: *Agenda-Setting*, *Priming* und *Framing*. Agenda-Setting meint die Themensetzung bzw. den Fokus in einem Diskurs, d.h. welche Aspekte zentral thematisiert werden und welche nicht. Eng verwandt ist Priming, das die Lenkung der Aufmerksamkeit bzw. (emotionalen) Verarbeitung von Informationen bezeichnet. Die Benutzung von Begriffen, Bildern oder Bezügen impliziert Zusammenhänge, die eine bestimmte Lesart begünstigen. Framing dagegen bedeutet in der klassischen Theorie nach Entman (1993, 52*; eigene Übersetzung aus dem Englischen*) „einige Aspekte einer wahrgenommenen Realität auszuwählen und sie in einem kommunizierenden Text hervorzuheben, um eine bestimmte Problemdefinition, kausale Interpretation, moralische Bewertung und/oder Handlungsempfehlung für den beschriebenen Gegenstand zu fördern". Daher werden die Begriffe „Frame" und „Narrativ" hier

10.15772/ANDRASSY.2026.002

gleichgesetzt und zentralen Motiven übergeordnet, die darin enthalten sind. Laut Scheufele und Tewksbury (2007, 9ff.) interagieren die Techniken miteinander und sind nicht immer klar voneinander trennbar. Im Zuge einer Mediatisierung von Politik zeigt sich, dass die Wechselwirkungen deutlich komplexer werden und politische Akteure die Techniken gezielt anwenden, um den Diskurs und die öffentliche Meinung zu prägen (Lilleker 2014, 25f.).

Die Aussage als Funktion kann als diskursiver Knotenpunkt theoretisiert werden, in dem sich Worte und die sie bezeichnenden Dinge kreuzen und mit Machtverhältnissen ausgestattet werden (Foucault 1981, 118f.; Graham 2005, 7). Ebenso manifestieren sich hier direkt und indirekt ontologische und epistemologische Zugänge der Akteure und ihre institutionalisierte Herangehensweise an ein Thema, sowie deren Wandel innerhalb eines bestimmten Zeitraums bzw. Zeitabschnitts. In der Diskursanalyse nach Foucault verbinden sich also eine Vielzahl poststrukturalistischer Ansätze und Theorien, von Imagined Communities über die gesellschaftliche und politische Konstruktion der Wirklichkeit und dem von Luckmann und Berger (1966) beschriebenen Sozialkonstruktivismus bis hin zur Dekonstruktion sprachlich reproduzierter Machtansprüche, die eine poststrukturalistische politische Geographie anstrebt.

„Human worlds are shaped by discourse" (Johnstone 2017, 11) – die (kollektive) Wirklichkeit wird mittels Sprache hergestellt. Poststrukturalistische Theorien berufen sich explizit auf die Saussuresche Tradition der Sprachanalyse und setzen auf eine semiotische Dekonstruktion dominanter Deutungsmuster, die im (politischen) Diskurs hergestellt und reproduziert werden. Diese erzeugen oder beruhen auf geteilten Annahmen, die als offensichtlich gelten und daher in der Regel nicht hinterfragt werden. Gerade in diesen finden sich jedoch unreflektierte Dogmen und Vorurteile, die den Blick lenken und verengen. Erst durch eine Dekonstruktion dieser Muster können wir uns dem Kern der Argumentationsmuster nähern und diese in breitere historische, gesellschaftliche und politische Kontexte einordnen (Keller 2008, 59).

Die Dekonstruktion dominanter Narrative ist also nicht als destruktive Untergrabung etablierter Ordnungen zu verstehen, sondern als konstruktives Bemühen, Interessen hinter dominanten Diskursen aufzudecken. Sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftspolitisch kann sie dazu beitragen, verfestigte Denkmuster zu reflektieren und neue Blickwinkel auf scheinbar offensichtliche Sachverhalte aufzeigen, indem sie historisch gewachsene Muster auftrennt und erklärt. Zu dieser wichtigen Bestrebung möchte diese Arbeit einen Beitrag leisten.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

a. Politische Diskursanalyse

Zentrales Instrument dieser Arbeit ist die Politische Diskursanalyse (*Political Discourse Analysis*, PDA), die sich im Wesentlichen am oben ausgeführten Diskursverständnis orientiert, allerdings gleichzeitig Besonderheiten im politischen Diskurs berücksichtigt. Hierzu wird die von Fairclough und Fairclough (2012; aufbauend u.a. auf van Dijk 1997, Dryzek 2000, Chilton 2004, van Eemeren & Grootendorst 2004, Walton 2007, Wodak 2009) vorgeschlagene Methodik genutzt, die sich neben der kritischen Diskursanalyse nach Foucault auch auf Erkenntnisse aus der Politischen- sowie Argumentationstheorie stützt und eng mit der Rhetorischen Politischen Analyse (*Rhetorical Political Analysis*, RPA) nach Finlayson (2007) verwandt ist.

Aufbauend auf van Dijk (1997) wird PDA definiert als „analysis of political discourse from a critical perspective [...] which focuses on the reproduction and contestation of political power through political discourse" (Fairclough & Fairclough 2012, 18). Hierbei spielen sowohl die Akteure und ihre jeweilige Position als auch der institutionelle wie politische Kontext bzw. Raum, in dem der Diskurs stattfindet, eine entscheidende Rolle. Denn erst in der politischen Arena wird es den Akteuren ermöglicht, ihren eigenen Handlungsspielraum einzusetzen und Optionen zu verhandeln, die in konkrete Handlungen übersetzt werden. Im Zentrum der PDA stehen deshalb Entscheidungen als konkrete Handlungsmomente im politischen Diskurs.

Hintergrund ist die spezifische Aufgabe des politischen Diskurses, Lösungen für komplexe Probleme im Spannungsfeld unterschiedlicher Ansprüche und Werte zu finden, oft unter Zeitdruck und Unsicherheiten bezüglich relevanter Informationen und Handlungsoptionen (Finlayson 2007, 549f.; s.a. Nullmeier 2001, 291f.). Meist bestehen mehrere mögliche Lösungswege, die gegeneinander abgewogen werden. Dieser Prozess wird umso komplexer, je mehr er sich dem Ideal einer deliberativen Demokratie annähert (Fairclough & Fairclough 2012, 31).

Sobald innerhalb des politischen Diskurses unterschiedliche Werte, Ansichten und Präferenzen zur Lösung eines Problems aufeinandertreffen, befinden sich diese grundsätzlich in einem Konflikt. Dieser wird in der Aushandlung nicht immer beigelegt, d.h. durch die Entscheidung für einen bestimmten Lösungsweg konvergieren sie nicht automatisch. Durch die politischen Institutionen und ihre Regeln wird jedoch ein Rahmen geschaffen, der darauf abzielt, den Konflikt kooperativ zu lösen und gemeinsam eine nachvollziehbare, legitimierbare Vorgehensweise zu erzielen (ibid, 26; Nullmeier 2001, 291f.). Und obschon das Ideal einer ausgewogenen, demokratischen Entscheidungsfindung in der Realität selten erreicht werden kann, so ist dieser Prozess im Kern stets *deliberativ*.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Somit muss der Analyse und (normativen wie empirischen) Bewertung des politischen Diskurses die Rekonstruktion der darin aufeinandertreffenden Argumente vorausgehen (Fairclough & Fairclough 2012, 23). In ihnen drücken sich bestimmte Vorstellungen, Werte und Präferenzen aus und werden Narrative konstruiert, anhand derer bestimmte Lösungsstrategien entwickelt und beworben werden. Eine Strategie ist demnach nicht Teil der Argumentation, sondern auf ein Ziel außerhalb des Diskurses gerichtet, weshalb die Autor:innen den Begriff „diskursive Strategie" ablehnen. Dieser Lesart wird jedoch entgegnet, dass es durchaus Strategien innerhalb des Diskurses geben kann, die einzig dem Zweck dienen, dem eigenen Narrativ und Lösungsvorschlag Dominanz zu verleihen und den Deutungsrahmen und Handlungsspielraum einzuschränken, etwa durch Timing und Reihenfolge von Argumenten und die Art ihrer Darstellung. Daher wird diese Unterscheidung im Folgenden beibehalten. Weder der Aushandlungsprozess selbst, noch die Argumente und die ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen sind statisch, denn die diskursiven – sprachlichen – Handlungen sind selbst Teil eines dynamischen Prozesses und werden durch diesen geformt, jeweils innerhalb eines bestimmten institutionellen und politischen Rahmens. Denn politische Diskurse sind nicht mit parlamentarischen Debatten zu vergleichen, sondern werden über einen langen Zeitraum entwickelt und (re-)produziert, wobei die Entwicklung keinesfalls immer linear ist und ein dialektischer Prozess entsteht, der mit sich selbst sowie mit externen Entwicklungen und Bedingungen interagiert (Finleyson 2007, 546).

Im Diskurs werden nicht nur praktische Argumente als Instrumente zur Durchsetzung der eigenen Interessen vertreten, sondern innerhalb eines bestimmten institutionellen, gesellschaftlichen und normativen Rahmens Ziele und Werte gegeneinander abgewogen. Diese sind einer normativen Bewertung der Situation unterworfen, die sich je nach Akteur stark unterscheiden kann, da sie sich auf verschiedene unterschiedliche Diskurse und Narrative beziehen und verschiedene Prämissen als relevant empfinden. Somit sind sowohl die Problembeschreibung als auch mögliche Lösungsansätze und Bewertung relevanter Faktoren wertgebunden und nicht universell. Damit sollen nicht etwa Wahrheiten relativiert werden, sondern der normative und also *konstruierte* Charakter diskursiver Elemente betont werden.

Schließlich sei noch einmal auf die Unsicherheit und den Informationsmangel hingewiesen, die politische Diskurse in der Regel bestimmen (Vgl. auch Finlayson 2007, 550). Statt verifizierter Sachkenntnis bilden oft Vermutungen und Annahmen die Basis für die Debatte über angemessene Handlungsoptionen. Daher interagieren die Ergebnisse grundsätzlich dialektisch mit neuen Erkenntnissen, Narrativen und Erfahrungen, die die jeweiligen Prämissen und deren Bewertung beeinflussen und sind diese Prämissen, also Ziele und Kontext, im Diskurs deutlich

10.15772/ANDRASSY.2026.002

dynamischer als die zugrundeliegenden Werte und Normen. Die Autor:innen unterscheiden zwischen zwei zentralen Prämissen im Diskurs, nämlich einerseits den Zielen der jeweiligen Akteure und andererseits den (institutionellen) Rahmenbedingungen, in denen sich der Diskurs bewegt. Ziele sind jedoch nicht notwendigerweise gleichzusetzen mit eigenen Präferenzen, sondern können sich auch auf Normen beziehen, die angemessen scheinen oder auf Versprechen und Verpflichtungen zurückgehen, die außerhalb des Diskurses stehen. Ausschlag gibt hier die *deontische Modalität*, also das Handeln auf Basis bestimmter normativ-ethischer Gesichtspunkte, die im jeweiligen Kontext als relevant erachtet werden. Dieser wird demgemäß, ebenso wie die Ziele, von Werten beeinflusst. Auf Basis dieses deliberativen Rahmenkonzepts, dargestellt in der folgenden Abbildung, wird der Diskurs geordnet und zugänglich gemacht.

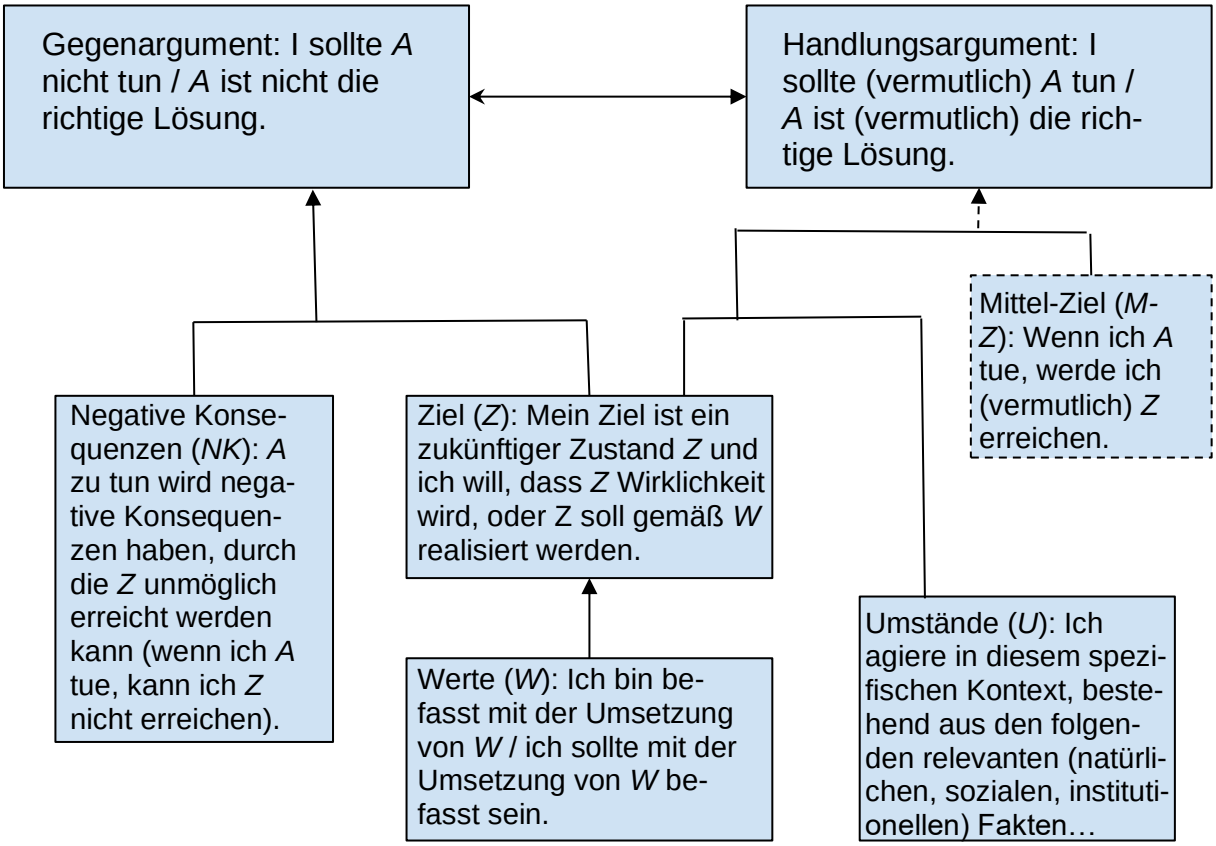

Abb. 1: Deliberation – Argument und Gegenargument nach Fairclough & Fairclough (2012, 51).

Diese Einteilung kann mittels kritischen Hinterfragens dekonstruiert werden. Aufbauend auf Walton (2007, 33) schlagen Fairclough und Fairclough (2012, 62; 67) Fragen vor, die sich auf den Gesamtdiskurs beziehen und Plausibilität und Angemessenheit der Prämissen wie der Lösungsansätze auf Basis der angestrebten Ziele hinterfragen: Gibt es Alternativen zur aktuellen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Handlungsempfehlung und sind diese angemessener für die angestrebte zukünftige Entwicklung der behandelten Situation? Werden durch sie andere Ziele geschwächt und welches Ziel ist wichtiger? Ist eine solche Handlung überhaupt möglich im aktuellen Kontext? Welche möglichen Konsequenzen sprechen dafür oder dagegen? Zur Annäherung an normative Grundsätze und Werte kann etwa hinterfragt werden, ob diese gemessen an den Ansprüchen des Akteurs akzeptabel sind oder andere Werte (ebenfalls) berücksichtigt werden sollten bzw. mit diesen in Konflikt stehen. Gleiches gilt für den Wahrheitsanspruch durch die Analyse der Situationsbeschreibung auf ihren rationalen Gehalt und den Umgang mit neuen Informationen oder Feedback (Nullmeier 2001, 294f.). Sind alle relevanten Akteure einbezogen worden, und welche Rolle übernehmen sie im Diskurs? Epistemologisch ist dieser Ansatz begründet in einem kritischen Verständnis von Plausibilität (*reasonableness*), wonach ein plausibler Standpunkt nur aus einem dialektischen Prozess kritischen Hinterfragens bzw. Testens entstehen kann. Da die Handlungsoptionen im Vorfeld nicht abschließend bewertet werden können, sind sie einem stetigen Revisionsprozess unterworfen und können nie den Anspruch absoluter Wahrheit oder Perfektion erheben, auch wenn sie im Nachhinein das gewünschte Ziel erreichen. Auf Basis der Theorie kann zudem die Qualität des deliberativen Prozesses selbst ausgewertet werden.

Anhand der aufgeführten Methoden und Prinzipien nähert sich diese Arbeit dem außenpolitischen Diskurs der EU in Bezug auf Kosovo und untersucht zentrale Handlungsräume innerhalb dieses Politikfeldes. Zunächst werden hierzu die relevanten Akteure herausgearbeitet und eingeordnet. Dazu gehören Akteure, die nicht aktiv am Diskurs teilnehmen, aber Teil dessen sind. Auch der jeweilige politische und institutionelle Kontext wird dargestellt. Mittels Literaturrecherche und Expert:inneninterviews nähert sich die Analyse den verschiedenen Zielen der relevanten Akteure sowie den Wertvorstellungen und Narrativen, die diesen zugrunde liegen. Schließlich werden die Folgen konkreter Handlungsweisen betrachtet, die ihren Ursprung in diesem Diskurs haben und durch ihn gerechtfertigt werden. Normativer Ausgangspunkt ist stets der Anspruch, den sich die Teilnehmenden des jeweiligen Diskurses explizit selbst gesetzt haben, zumal die EU sich einer dezidiert wertebasierten Außenpolitik verpflichtet hat.

b. Stakeholder-Analyse: Akteurs- und Netzwerkanalyse

Der Begriff *Stakeholder-Analyse* kommt aus der Betriebswirtschaftslehre und befasst sich meist mit Personen und Gruppen, deren Ansprüche Einfluss auf ein Projekt nehmen. Doch auch die Gesellschaftswissenschaften bedienen sich dieser Herangehensweise, etwa bei der Konfliktanalyse (Vgl. z.B. Ramirez 1999). Diese Arbeit orientiert sich methodisch an der Politikfeld- bzw.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

akteurszentrierten Netzwerkanalyse und fragt, welche Akteure (*Stakeholder*) für Kosovos Staatlichkeit relevant sind, „what [they] do, why they do it, and what difference it makes" (Dye 1976, 1; Vgl. auch Schubert & Bandelow 2014). Konkret sind die gesuchten Stakeholder die bereits angesprochenen „practitioners of statecraft", in erster Linie also Regierungen (Tuathail & Agnew 1992, 193; s.o.). Durch den Begriff „Stakeholder" in Abgrenzung zum neutraleren Ausdruck „Akteur" soll der Fokus auf deren *strategisches* Handeln gelegt werden.

Im Verlauf der Forschung wurden zunächst zentrale Akteure ermittelt, die direkte oder indirekte Einfluss auf die EU-Politik gegenüber Kosovo haben, und ihre Standpunkte mit Hilfe von Methoden der qualitativen Netzwerkanalyse untersucht, denn diese sind laut Hollstein (2006, 21)

> besonders geeignet, um Deutungen der Akteure, subjektive Wahrnehmungen, individuelle Relevanzsetzungen und handlungsleitende Orientierungen, zu erfassen. Für die Netzwerkforschung ist dieser Aspekt z.B. relevant, wenn es um die Gesamtwahrnehmung und Einschätzung der Akteure bezogen auf die Netzwerke, in denen sie eingebunden sind, geht.

Dieses Verfahren ist in der Politikwissenschaft nicht standardisiert und dient häufig als Schablone, anhand derer die Ergebnisse anderer qualitativer Methoden ausgewertet werden (Lang & Leifeld 2008, 234f.). So untersucht auch diese Arbeit die ausgewertete Literatur und Interviews nach Verbindungen und Zusammenhängen, die von den Stakeholdern bzw. den Befragten explizit oder implizit angeführt werden. Da eine detaillierte Auswertung aller relevanten Quellen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wurde neben ausgewählter Literatur eine qualitative Umfrage unter relevanten Expert:innen genutzt (s. Anhang). Sie wurden gebeten, die folgenden Fragen schriftlich zu beantworten: „Welche Position vertritt Ihr Kompetenzland gegenüber der Eigenstaatlichkeit des Kosovo? [What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?]" und „Welchen Standpunkt vertritt Ihr Kompetenzland gegenüber der Eigenstaatlichkeit des Kosovo?" [What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?]". Auch Erfahrungen aus der Politikethnographie dienten als Quelle. Daraus ergibt sich ein komplexes Bild Kosovos im Gefüge nationaler und internationaler Interessen, das den Einstieg in die Analyse der einzelnen Positionen und deren Wechselwirkungen schafft.

c. Narrativanalyse

Bei Fairclough und Fairclough (2012, 9f.) spielen Narrative eine nachgestellte Rolle und sind dem Argument untergeordnet. Dennoch erkennen sie seine Bedeutung im Diskurs an und zitieren Autoren wie Jessop (2002, 6f.) und Žižek (2009, 17f.), für die Symbole und Ideologien in Narrativen, Vorstellungsbildern (*imaginaries*) und Erzählungen (*stories*) den Diskurs zentral bedingen. Demzufolge öffnen Krisen den Raum für rivalisierende strategische Interventionen,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

und welche Strategien sich durchsetzen hängt auch von diskursiven Verhandlungen zwischen verschiedenen Narrativen über das Wesen, die Ursachen und Bedeutung der Krise sowie ihre mögliche Lösung ab, einschließlich wirtschaftlicher und politischer Vorstellungen über mögliche zukünftige Zustände und Systeme. Auch für Finlayson (2007, 548-559) sind Narrative zentraler Bestandteil des politischen Diskurses. Angelehnt an Bevir und Rhodes (2003, 26) beschreibt er sie als Landkarten im Diskurs, die helfen, unterschiedliche Handlungsrationale zu erklären und zu rechtfertigen (Finlayson 2007, 548). Aufbauend auf Literaturrecherche, Interviews, Stakeholder-Analyse und Politikethnografie werden dominante Narrative herausgearbeitet. Welche Positionen nehmen sie im Diskurs ein, und welche Weltbilder und Vorannahmen liegen diesen zugrunde? Welche Ziele lassen sich erkennen? Welche Spannungsfelder finden sich innerhalb der Narrative? Der Narrativbegriff wird also dazu genutzt, sich strategischen sprachlichen Handlungen der Akteure zu nähern (Fenton & Langley 2011, 1176ff.).

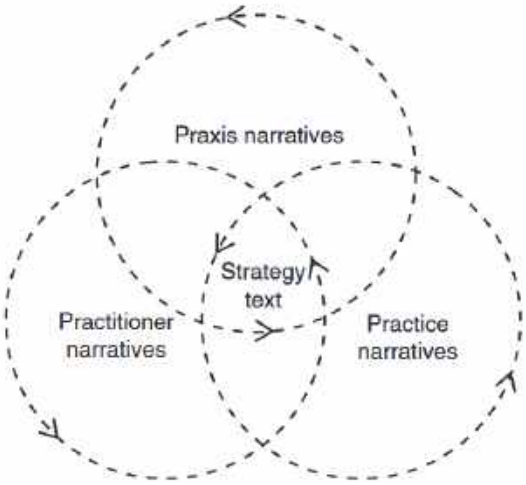

Abb. 2: Die Rolle von Narrativen in der Konzeption von Strategie als Handlung nach Fenton & Langley (2011, 1177).

Auch die Narrativanalyse ist in der Politikwissenschaft kaum standardisiert und trifft auf Herausforderungen: „Was bedeutet es, wenn die Erzählung als Medium nicht nur für das menschliche Miteinander, sondern auch für die Politik als konstitutiv erachtet wird?" (Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014, 68). In den kritischen Ansätzen der Politischen Geographie befasst sich der Narrativbegriff mit kollektiven Erzählungen, die sinnstiftend auf die durch sie konstituierten (erfundenen) Gemeinschaften wirken (Vgl. z.B. Eder 2009). Gemeint sind hier Strategien, die von Stakeholdern im außenpolitischen Diskurs in Bezug auf Kosovo eingesetzt werden. Sie werden aufbauend auf der Stakeholder-Analyse und anhand der Literatur, Interviews und Forschungsaufenthalte ausgearbeitet und informieren maßgeblich die Diskursanalyse.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Die Grundannahme lautet, dass diese Narrative einerseits komplexe politische Prozesse greifbar machen sollen, um sich diesen gegenüber zu positionieren und strategisch zu handeln; sie sind also per se *reduktionistisch*. Andererseits finden politische Aushandlungsprozesse in der Regel auf der sprachlichen Ebene, durch Diskussionen und Dokumente statt („Performativität der Sprache", Vgl. Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014, 69), weshalb Narrative Handlungszwang erzeugen können, wie das Beispiel des *rhetorical entrapment* zeigt. Diese Narrative können also, zumal bei zunehmender Institutionalisierung, Handlungsspielräume definieren oder beschränken und wirken sich direkt auf die Strategien anderer Stakeholder aus, die mit ihnen interagieren. Hierbei geht es dezidiert nicht um individuelle, sondern um kollektive Prozesse.

Das bedeutet auch, dass Narrative wichtige politische Instrumente sind, die Stakeholder in der Regel bewusst *strategisch* einsetzen und versuchen, ihre Wirkungen und Reaktionen auf sie vorauszusehen und zu steuern, sowie Narrative anderer Akteure im jeweiligen Politikfeld zu verfolgen, um auf diese reagieren zu können (Finlayson 2007, 549). Interaktion und Konkurrenz um dominante Weltsichten und Interpretationen sind somit zentrale Elemente des hier angewendeten Narrativbegriffs (Koschorke 2012, 19f.). Dies beginnt bei der Definition eines Problems in der (internationalen) Politik und erstreckt sich über alle Bereiche von Lösungsansätzen bis hin zur Bewertung und Einordnung der schlussendlich getroffenen Entscheidungen, wie im Verlauf dieser Arbeit gezeigt wird. Darum ist eine vertiefte Beschäftigung mit dominanten Erzählungen sowie mit Veränderungen und Erweiterungen und deren Auslösern ein zentraler Schlüssel zur Analyse der Handlungslogik politischer Akteure (Stone 1988, 138).

5. Kritik und Grenzen der theoretischen Einbettung und Methodik

Qualitative Methoden begegnen oft der Kritik ihrer inhärenten Unsicherheit und begrenzten Replizierbarkeit, wodurch Forschungsergebnisse an Aussagekraft verlieren können. Gerade angesichts der Breite des Feldes bieten diese Methoden aber auch eine Offenheit, die notwendig ist, um das Ziel einer dekonstruierenden Betrachtung der relevanten Diskurse zu erreichen. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels werden deshalb einige zentrale Kritikpunkte des verwendeten theoretischen und methodischen Rahmens aufgearbeitet.

Da Herausforderungen von Expert:innen-Interviews bereits im entsprechenden Abschnitt behandelt wurden, geht es hier vor allem um die Diskursanalyse. Bereits angemerkt wurde die vielseitige Verwendung des Diskursbegriffs und die damit verbundene Nichteindeutigkeit sowie die Vielzahl von Ansätzen. Trotz dieser berechtigten Kritik lassen sich zwei hauptsächliche Strömungen ausmachen, die mit Anwendungsfeldern im Poststrukturalismus korrespondieren

10.15772/ANDRASSY.2026.002

(Schöttler 1997, 138f.). Einerseits ist dies die Habermassche Diskursethik, die den Sprechakt und die Möglichkeit regulativer Instrumente zum Zweck rationaler Entscheidungsfindungsprozesse zum Inhalt hat. Die andere Hauptströmung, derer sich auch diese Arbeit bedient, ist die im Werk Michel Foucaults begründete *analytische* Tradition, die den Diskurs als Ausgangspunkt nimmt, um darin manifestierte kollektive und institutionalisierte Motive sowie Muster aus langfristigen, dynamischen diskursiven Prozessen zu destillieren und sichtbar zu machen, um sie kritisch zu hinterfragen. Je nach Art des betrachteten Diskurses und der Fragestellung kann und muss eine solche Analyse demnach angepasst werden.

Zudem wird der Diskurs- vom Narrativbegriff unterschieden. Diese Arbeit betrachtet den Einfluss relevanter Narrative auf den Diskurs um nationale Identität in Kosovo und legt damit den Fokus auf die hier als Stakeholder bezeichneten Akteure. Der Diskurs wird also als den Narrativen übergeordnet und als Ergebnis dieser sowie der sie umgebenden politischen und kommunikativen Praktiken verstanden. „Narrativ" meint die Gesamtheit der strategischen sprachlichen Handlungen der jeweils relevanten Akteure und wird gleichgesetzt mit „Frame" (Gadinger, Jarzebski & Yildiz 2014, 69). Zwar will diese Arbeit keinen Beitrag zur Begriffsanalyse leisten, bewertet die angewandten Konzepte aber auf Basis der in diesem Kapitel vorgenommenen methodischen Einordnung und Abgrenzung als produktiv für das untersuchte Forschungsfeld.

Ein zentrales Argument der Kritik an poststrukturalistischer Politischer Geographie und Kritischer Geopolitik lautet, dass sich die Disziplinen ungenügend theoretisch definieren bzw. abgrenzen und Gebrauch machen von Erklärungsansätzen anderer Fachrichtungen, die sie teils widersprüchlichen Argumentationen verbinden: „Das größte Problem liegt [...] in der konzeptionellen Heterogenität des Ansatzes, der wiederum auf pluralistischen Importen von (Teil-)Theorien beruht" (Nissel 2014). Andere Kritiker:innen sehen das Problem in einem zu engen Raumverständnis und einem damit einhergehenden „socio-spatial fetishism that typically hides both power relations and the alternatives for challenging and transcending the processes of bordering, ordering and othering" (Paasi 2021, 28). Auch sei eine konstruktivistische Sichtweise in Bezug auf physische Räume nur eingeschränkt haltbar, so Black (2009, 3), da bestimmte geographische Gegebenheiten nicht unterschiedlich interpretierbar seien. Zudem wirft er Vertreter:innen dieser theoretischen Herangehensweise vor, die von ihnen dekonstruierten Normen durch Wunschvorstellungen zu ersetzen und damit Aktivismus statt Objektivität zu vertreten.

Dass der erste Teil dieser Kritik gerade auch für diese Arbeit gerechtfertigt ist, zeigt nicht zuletzt die Vielfalt der in diesem Kapitel besprochenen für die Fragestellung relevanten Theorieansätze. Aus dieser Perspektive leistet sie der theoretischen Nuancierung poststrukturalistischer

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Ansätze möglicherweise einen Bärendienst. Eine theoretische Vertiefung ist allerdings nicht Ziel und Anspruch dieser Arbeit. Vielmehr macht sie sich die Offenheit poststrukturalistischer Ansätze zunutze, um sich einem komplexen internationalen Diskurs zu nähern, in dem strategische politische Narrative divers miteinander interagieren und auf Basis der sie umgebenden konkreten geopolitischen Machtbeziehungen direkte Auswirkungen auf das Feld haben, das in diesem Diskurs verhandelt wird.

Der zweite Teil der Kritik kann dagegen verneint werden. Die Dekonstruktion geographischer Räume in der poststrukturalistischen Politischen Geographie zielt nicht auf die Infragestellung ihrer physischen Gegebenheiten, sondern ihrer *diskursiven Konstruktion* ab. Beispielsweise würde die Disziplin nicht Höhe oder Beschaffenheit des Berges Ararat hinterfragen, sondern seine symbolische Funktion im armenischen Identitätsdiskurs und dem armenisch-türkischen Konflikt. Auch in der vorliegenden Arbeit ist das Ziel nicht, Kosovos Kartographie anzuzweifeln, sondern die diskursive Herstellung des Konzepts und Raums „Kosovo" zu betrachten und seine Instrumentalisierung durch verschiedene Akteure sowie deren Folgen zu analysieren.

Bleibt die Kritik der Ideologisierung, von der nicht nur die poststrukturalistische politische Geographie, sondern weite Teile der Politik- und Sozialwissenschaften betroffen sind, die sich nicht mit rein theoretischen Fragestellungen befassen. Wie bereits angemerkt, ist eine neutrale Betrachtung aus wissenschaftlicher Sicht nie vollständig möglich, weshalb eine stetige Reflexion der Subjektivität und Perspektive der Forschenden notwendig ist. Zudem ist die Kritische Geopolitik dezidiert antihegemonial, was einerseits als gesellschaftliche, aber gleichzeitig auch als wissenschaftliche Ideologie aufgefasst werden kann. Solange normative Denkmuster den Deutungsrahmen politischer wie akademischer Aushandlungsprozesse vorgeben, ist eine objektive Auseinandersetzung mit deren Gegenständen kaum denkbar. Somit ist die Diskursanalyse ein Instrument der erweiterten Reflexion politischer Aushandlungsprozesse, zumal in dieser Arbeit strategische und damit explizit normative Narrative und deren Interaktion im internationalen Diskurs betrachtet werden.

Und schließlich erinnert Schimmelfennig (2003, 287) daran, dass theoretische Debatten in den IB nicht Selbstzweck oder Metaübung sind, sondern auf die Bedingungen normativer politischer Ordnungen gerichtet sind. Sowohl aktuelle politische Realitäten als auch Zukunftsvisionen der EU sind mehr als nur ein „Mosaik von Integrationstheorien" (s.o.). Ein allzu eng gefasster theoretischer Rahmen soll daher vermieden werden, um nicht den Blick zu versperren auf Entwicklungen und diskursive Elemente, die außerhalb davon liegen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

D. Horizont und Grenzen der Dissertation

Angesichts der großen Bedeutung der EU für Kosovos (staatliche) Entwicklung, gibt es bereits eine breite Literatur zu bilateralen Beziehungen (z.B. Armakolas & Ker-Lindsay 2019, Kilgus 2018, Kurbogaj-Ajeti & Ajeti 2013), zu State- und Nationbuilding der EU in Kosovo (z.B. Greiçevci 2021, Hajrullahu & Vukpalaj 2021, Zupančič & Pejič 2018, Capussela 2015, Hehir 2010) sowie zu ihrer Rolle in der Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsförderung und zur Beilegung des Konfliktes mit Serbien (z.B. Visoka 2017, Hajrullahu 2007, Knudsen & Laustsen 2006). Eine systematische Analyse des außenpolitischen Diskurses der EU zu Kosovo sowie die darin abgebildeten Spannungen und Folgen für politische Entscheidungen und Handlungen fehlt jedoch bislang. Zwar werden, aufbauend auf den Werken von Todorova (1997) und Bakić-Hayden (1995), dominante Narrative im Diskurs über den „Balkan“ bzw. „Westbalkan“ regelmäßig dekonstruiert und analysiert, allerdings selten auf der Ebene einzelner Länder. Wie im Verlauf dieser Arbeit gezeigt wird, ist gerade die Pauschalisierung diverser Staaten und Gesellschaften ein zentrales Problem der EU-Außenpolitik. Auch bietet die tiefergehende Analyse politischer Diskurse und nationaler wie supranationaler Entscheidungsfindungsprozesse die Aussicht auf neue Erkenntnisse über die Aushandlungsprozesse und das divergierende (Selbst-)Verständnis der EU als normativer außenpolitischer Akteur, ein Spannungsfeld, in dem nicht zuletzt angesichts des Angriffs Russlands auf die Ukraine und damit der Bruch internationaler Normen die Europäische Identität und zukünftige Ausrichtung kontrovers verhandelt wird.

Diese Arbeit möchte darum einen inhaltlichen Beitrag zu unterschiedlichen Themenbereichen der Europaforschung leisten, insbesondere der europäischen Integration, politischen Kommunikation sowie der Außen- und Erweiterungspolitik. Durch die Betrachtung der Entwicklung des Diskurses wird deutlich, wie sehr diese miteinander verbunden sind und von globalen bis lokalen politischen Kontexten abhängen. Welche Narrative und Argumente in welchen Situationen von welchen Akteuren vertreten werden und welche politischen Entscheidungen und Strategien diese zur Folge haben, sind daher nicht nur wichtige Fragen für die Entwicklung Kosovos. Darüber hinaus finden sich in der Analyse zentrale politische Spannungsfelder, die weit über diesen Diskurs hinausgehen und dialektisch mit ihm interagieren. Dies wird etwa anhand des Diskurses um Migration in die EU deutlich, der für Krastev (2017) als zentrale Krise der Union für deren Fortbestand entscheidend sein wird. Auch begegnen wir im Verlaufe dieser Arbeit dem Aushandlungsprozess zwischen EUropäischen Werten und geopolitischen Ansprüchen, der Verortung EUropas im Gefüge der globalen Machtverteilung und der grundlegenden Frage, welche Narrative und Perspektiven eine EU-/europäische Identität konstituieren.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Aus diesem Grund informieren alle oben genannten Werke und viele weitere Forschungen aus den Politik-, Sozial-, Wirtschafts-, Rechts- und Kommunikationswissenschaften sowie der Geschichtswissenschaft, Anthropologie, Humangeographie und interdisziplinärer Studien diese Arbeit. Gleichzeitig geht sie über die bestehende Literatur hinaus und analysiert den außenpolitischen Diskurs der EU in Bezug auf Kosovo einerseits als zentralen Faktor im Aushandlungsprozess um die nationale Identität Kosovos und andererseits der Identität der EU selbst und einer zukünftigen Strategie, um einer fortschreitenden Desintegration entgegenzuwirken, welche im Gegensatz zu ihren institutionellen Zielen steht. Welche politischen Akteure im Diskurs aus welchen wiederkehrenden Narrativen dabei welche Argumente ableiten, wie sich diese auf politische Entscheidungen und Handlungen sowie deren Rechtfertigung auswirken und welche politischen Folgen sich daraus ergeben, sind zentrale Leitfragen dieser Arbeit.

Angesichts der politischen Brisanz fortlaufender diplomatischer Bestrebungen wird die Analyse stetig erschwert, je mehr sich die Arbeit der Gegenwart annähert. Sie erhebt daher weder Anspruch auf Vollständigkeit aller relevanten Perspektiven, noch auf die erschöpfende Betrachtung der einzelnen Diskurse und Narrative. Dennoch sucht sie, zentrale Erkenntnisse und neue Impulse in den hierin behandelten Debatten und betrachteten Themenfeldern zu vermitteln und den Forschungsstand zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kosovo sowie deren Hintergründe und Entwicklungen maßgeblich zu vertiefen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

II. Hintergrund

Historische Mythen und Ursprungsgeschichten sind ein wesentlicher Bestandteil kollektiver Erfahrungen und konstitutiv für nationalistische Narrative (Anderson 1983; Hobsbawm & Ranger 1992; Schöpflin 2002). Als solche sind sie Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und Mobilisierungsstrategien und bergen durch ihren emotionalen Charakter auch ein hohes Konfliktpotential (Schwandner-Sievers 2002, 17). Historische Bezüge (*legacies*) sind zentrale konstitutive Faktoren im Prozess des *State-* und *Nation-Building* und der EUropäischen Annäherung (Janos 2001; Cirtautas & Schimmelfennig 2010). Aus einer poststrukturalistischen Perspektive wird hier argumentiert, dass es vor allem die Instrumentalisierung prävalenter historischer Narrative durch politische Akteure ist, denen auf diese Weise im öffentlichen Diskurs Bedeutung verliehen wird. Darum liegt der Fokus neben belegbaren historischen Ereignissen auf der diskursiven Konstruktion und Aktivierung sowie Manipulation (erfundener) Traditionen und geteilter Erfahrungen (Hobsbawm & Ranger 2012, 1ff.).

Geschichtsschreibung ist nicht neutral, sondern (re-)produziert dominante Deutungsmuster und Machtstrukturen und prägt (geo-)politische Leitbilder, indem sie Räume ordnet und mit identitätspolitischen Bedeutungen versieht (Tuathail 1996, 6f.; Schöpflin 2002, 29; Sand 2009, 31f.). Auch ist der Umgang mit Quellen immer ein Akt der Interpretation und somit Manipulation, sowie notwendigerweise eine Reduktion. In der Geschichte Südosteuropas, die mehrheitlich außerhalb der Region geschrieben wurde, finden sich vielfältige mythologisierende Tendenzen, die bis heute politische Aushandlungsprozesse beeinflussen (Reuter 2000a, Misha 2002, Hajrullahu 2007 und 2019, Subotić 2016; Calic 2016). Dies gilt in besonderem Maße für Kosovo, was einerseits in der Kontroverse um die staatliche und nationale Souveränität begründet liegt und andererseits in den tiefen Eingriffen internationaler Akteure in diese Souveränität. Ziel der nachfolgenden Darstellung ist daher nicht (nur) ein möglichst akkurates Bild historischer Ereignisse im heutigen Kosovo. Entscheidend ist, wie die Geschehnisse interpretiert, instrumentalisiert, reduziert und negiert werden, um sie in ein zweckdienliches Narrativ einzubetten, das politische Handlungen diskursiv unterstützt. Nicht zuletzt sind die heute an den Verhandlungen um Kosovos Staatlichkeit beteiligten Länder oft Nachfolger der Großmächte, die seine Geschichte prägten.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

A. Mythologisierung vom Mittelalter bis heute

Ein unabhängiges (wenngleich umstrittenes) Staatsgebiet Kosovo gibt es in den heutigen Grenzen erst seit der Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008. Annähernd diese Demarkation hatte das Gebiet unter dem Namen seit 1945, während etwa das im Osmanischen Reich festgelegte Vilâyet Kosovo immer auch Gebiete umfasste, die heute zu dessen Nachbarstaaten gehören (Schmitt 2008, 35). Dennoch ist eine gesonderte Betrachtung der Geschichte Kosovos möglich, die sich vor allem durch das jahrhundertelange Zusammenleben von Serb:innen und Albaner:innen von benachbarten Territorien unterscheidet (Clewing 2000, 19). Der im Zuge nationaler Ansprüche auf das Gebiet geführte „Streit um die Entwicklung der Ethnostruktur Kosovos ist im Wesentlichen identisch mit dem Streit um dessen Geschichte überhaupt" (ibid). Wie Malcolm (1998, 22) betont, kann die Geschichte dieser Völker nicht als linear verstanden werden und wandelt sich Identität insbesondere durch die Kontakte der Sprachen und Kulturen. Auch sind ethnische oder nationale Identitäten nichts historisch statisch, sondern Teil diverser Aushandlungsprozesse. Kollektive Bezeichnungen und Zugehörigkeitsmerkmale verändern sich ebenso wie die Menschen, die unter diesen zusammengefasst wurden. Genauso wenig lassen sich zeitgenössische territoriale Ansprüche auf Basis historischer Völkerwanderungen rechtfertigen. Dennoch dominieren solche linearen Erzählungen vielfach die postjugoslawischen nationalen Geschichtsschreibungen und beeinflussen internationale politische Diskurse.

1. Herkunft und demografische Entwicklungen

Die Ankunft slawischer Stämme auf der Balkanhalbinsel lässt sich auf die Mitte des sechsten Jahrhunderts AD datieren (Malcolm 1998, 23f.). Slawische Heere gelangten zunächst in Gebiete vom heutigen Westkosovo bis Nordalbanien und drangen bis nach Griechenland vor, wobei sie keinen gemeinsamen Staat, sondern individuelle Stammesgebiete (*župa*) bildeten. Die bisher dominanten lateinischsprachigen Populationen wanderten teilweise in Richtung des heutigen Albaniens ab, viele von ihnen wurden allmählich slawisiert (Malcolm 1998, 25). Vom neunten bis zum Beginn des elften Jahrhunderts war das Gebiet unter bulgarischer Herrschaft und von Christianisierung betroffen, ab 1018 unterstand es ebenso wie Bulgarien erneut Byzanz. Historische Dokumente und vor allem sprachgeschichtliche Untersuchungen legen nahe, dass das Gebiet des heutigen Kosovo in seinem weitgehend von Bergen begrenzten Terrain erst im zwölften Jahrhundert Objekt serbischer Expansion wurde (ibid, 26f.; van Wijk 1993, 71).

Wenngleich die Abstammung der heutigen Albaner:innen umstritten ist, kann auf Basis des eigenen indo-germanischen Sprachzweigs kein Zweifel an der langen Entwicklungsgeschichte

10.15772/ANDRASSY.2026.002

bestehen. Das erste bekannte Dokument, das sie namentlich erwähnt, stammt aus dem Jahr 1043 (Malcolm 1998, 28). Der etymologische Ursprung wird in einer indoeuropäischen Bezeichnung für eine Gebirgsart vermutet, aus der auch der Name der Alpen hervorging. Zwei konkurrierende Ursprungsgeschichten verorten Albaner:innen entweder als Nachfahren der Thraker:innen, deren Siedlung auf dem Balkan sich mindestens bis ins achte Jahrhundert v. Chr. zurückverfolgen lässt, oder der Illyrer:innen, die etwa ab dem fünften Jahrhundert v. Chr. dort Erwähnung finden (Misha 2022, 42). Bekannte Quellen lassen keine endgültige Aussage zu, dennoch hält Malcolm (1998, 29-40) angesichts sprachlicher Entwicklung die erste Theorie für überholt und die letztere für wahrscheinlich. Das heutige Kosovo war demnach in der Antike Teil des Stammesgebiets der Dardanier:innen, die als illyrisches Volk gelten und eng mit den Thraker:innen zusammenlebten. So sind gegenseitige Einflüsse wahrscheinlich; sprachliche Unterschiede in Grammatik und Struktur sowie ihre Entwicklung im Zuge der Christianisierung legen jedoch nahe, dass Proto-Albaner:innen über viele Jahrhunderte in engem Kontakt mit lateinischsprachigen Völkern lebten und sich innerhalb ihrer eigenen Kultur als relativ isoliertes Hirtenvolk in bergigen Regionen vor allem im heutigen Kosovo und Nordalbanien ihre Sprache und Gebräuche bewahrten (Vicker 1998, 4f.).

Vorfahren sowohl der heutigen Serb:innen als auch Albaner:innen lebten mindestens ab dem zwölften Jahrhundert im heutigen Südserbien, Kosovo und den nördlichen Regionen Albaniens und Nordmazedoniens. Serbisches Kerngebiet war Raszien (slw. *Raška*) im Südwesten des heutigen Serbiens, wo der Name fortbesteht, sowie den nordöstlichen Bereich des heutigen Montenegro (ibid, 43; Vickers 1998, 6 f.). Ende des zwölften Jahrhunderts etablierte sich Stefan Nemanja als Herrscher aller župa und dehnte sein Herrschaftsgebiet gen Süden aus, sodass es Mitte des 13. Jahrhunderts auch das gesamte Gebiet des heutigen Kosovo umfasste. Die orthodoxe Kirche wurde zu einer wichtigen Trägerin des Herrschaftskult der Nemanjiden und erlangte 1219 Autokephalie. In den folgenden zweieinhalb Jahrhunderten der Machtausdehnung wurden Klosterkomplexe im ganzen Reich errichtet und große Teile der autochthonen Bevölkerung assimiliert (Vicker 1998, 8f.). Wichtigster Sitz in Kosovo war das Patriarchat Peć (alb. *Peja*), das 1291 zum Hauptsitz der serbisch-orthodoxen Kirche wurde und dies mit einer Unterbrechung zwischen 1382 und 1459 bis zu seiner Auflösung 1766 blieb.

Kosovo war aufgrund reicher Bodenschätze und zentraler Handelsrouten ein wichtiger Teil des Reichs und geographisches Kerngebiet. Politisch dagegen war es von geringerer Bedeutung (Malcolm 1998, 50). Die größte Ausdehnung und Macht erhielt das Reich Raszien und die Dynastie der Nemanjiden unter Milutins Enkel Stefan Uroš IV. Dušan, der von 1331 bis 1346

10.15772/ANDRASSY.2026.002

herrschte (Jireček 1911, 386f.). Das von ihm 1349 veröffentlichte erste Gesetzbuch ermöglicht Rückschlüsse auf die ethnische Struktur seines Volkes. Neben Serb:innen lebten unter anderem Deutsche („Sachsen") aus Transsilvanien und Ungarn sowie Ragusaner:innen aus der Region Dubrovnik im Zarenreich, ebenso Walach:innen und Albaner:innen, die jeweils besondere Behandlungen erfuhren, sich vermutlich aber weitgehend assimilierten (Malcolm 1998, 52-57). Dušan starb 1355 und sein Reich zerfiel im Zuge von Erbstreitigkeiten und insbesondere nach der verlorenen Schlacht gegen die Osmanen 1371 und dem Tod seines kinderlosen Sohns. In der modernen serbischen Geschichtserzählung markiert jedoch das Jahr 1389 mit der gegen die Osmanen verlorenen Schlacht auf dem Amselfeld das Ende eines „Goldenen Zeitalters", in deren Folge sich zentrale identitätsstiftende Mythen entwickelten, die später integraler Bestandteil nationalistischer Ansprüche wurden und im serbischen historischen Diskurs bis heute dominant sind (ibid, 58; Clewing 2000, 19f.). Auf diesem Mythos begründet sich auch der serbisch-orthodoxe Anspruch auf das heutige Staatsgebiet Kosovos, weshalb hier Geschichte und Fiktionalisierung noch einmal gesondert betrachtet werden.

2. Historische Mythologisierung der Schlacht auf dem Amselfeld

Über die Schlacht zwischen dem osmanischen Heer und den Nachfolgern Kaiser Dušans sind wenige Fakten zweifelsfrei belegt und die Details bis heute umstritten.[1] Für den Zerfall des serbischen Reiches relevanter war die Schlacht von Marica 1371 (Vicker 1998, 12; Malcolm 1998, 58). Ebenso lässt sich belegen, dass die politische Relevanz des Mythos' erst in der nationalistischer Expansionspolitik Serbiens diskursiv hergestellt wurde (s.a. Reuter 2000a). Sicher ist, dass die Schlacht 1389 auf dem Amselfeld (srb. *Kosovo Polje*; altslawisch *Kos* dt. Amsel) südwestlich von Prishtina stattfand und beide Heeresführer dabei starben. Die Armee des mächtigsten Nachfolgers Dušans, Lazar Hrebeljanović, fand sich zusammen mit den Streitkräften seines Schwiegersohns Vuk Branković, Bosniern unter dem vojvodinischen Fürsten Vlatko Vuković sowie kroatischen, bulgarischen und walachischen Söldnern (Reuter 2000a, 141). Malcolm (1998, 62 f.) vermutet eine Beteiligung albanischer wie serbischer Kämpfer auf beiden Seiten, da einige serbische Fürsten bereits osmanische Vasallen waren und Truppen stellen mussten. Die Armee war infolge des Erbstreits wenig geeint, was entscheidend zu den Verlusten beitrug (Reuter 2000a, 141).

[1] Einige Absätze in den folgenden Abschnitten wurden zuerst veröffentlicht in Seebass (2023).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Laut Vickers (1998, 15) ist belegt, dass der serbische Ritter Miloš Kobilić (heute oft fälschlich Obilić) den osmanischen Sultan Murad I. tötete, indem er Verrat vortäuschte und so in dessen Lager gelangte. Malcolm (1998, 60-74) zeigt jedoch, dass die historischen Quellen in diesem Bezug keinesfalls eindeutig sind und Murad auch im Verlauf der Schlacht getötet worden sein könnte. Der Name Kobilić kann auch auf einen walachisch-albanischen oder ungarischen Ursprung zurückgeführt werden. Lazar selbst wurde wohl entweder im Kampf getötet oder in osmanischer Gefangenschaft (ibid, 75). Da sich beide Heere zurückzogen, wurde die Schlacht nicht eindeutig gewonnen; die schweren Verluste auf Seiten des christlichen Heeres sorgten jedoch dafür, dass die lokalen Fürsten der erstarkten osmanischen Armee in den folgenden Jahrzehnten unterlegen waren und bis Mitte des 15. Jahrhunderts alle slawisch dominierten Gebiete der Region an den Sultan fielen (Vickers 1998, 11 f.; Malcolm 1998, 76).

Die Anfänge des Mythos', wenngleich dessen Entwicklung und Verbreitung nicht eindeutig nachvollziehbar ist, finden sich im Kult um Lazar Hrebeljanović nach dessen Tod. Gemäß zeitgenössischer Tradition wurde die Schlacht in Heldenliedern und Epen verarbeitet, die aus dem militärischen Verlust einen moralischen Sieg machten und Lazar zum Märtyrer (Vickers 1998, 14 f.). Die Legende wurde eng verwoben mit der serbisch-orthodoxen Kirche und Lazar heiliggesprochen. In der Legende hielt er vor der Schlacht eine fromme Rede, in der er das himmlische einem weltlichen Königreich vorzog. In späteren Versionen träumte er vor der Schlacht vom Heiligen Elias, der ihn vor diese Wahl stellte und ihm auch Verrat auf dem Schlachtfeld prophezeite. Als dieser Verräter wird im Mythos Vuk Branković ausgemacht, wofür es historisch keine Hinweise gibt (Malcolm 1998, 67). Ihm gegenüber steht der Held K/Obilić, der sich opferte, um den Sultan zu töten, weshalb spätere Versionen des Epos' einen Kampf zwischen beiden darstellen. Hier handelt es sich vermutlich um eine Verschmelzung mit der Geschichte einer zweiten Schlacht auf dem Amselfeld 1448, die das eigentliche Ende des serbischen Fürstentums markierte und in dem Brankovićs Sohn Djuradj den Sultan mutmaßlich vor dem herannahenden Heer warnte (s.a. Schmitt 2008, 62). Auch der albanische Adlige Gjergj Kastriot, bekannt unter seinem osmanisch-türkischen Namen Skanderbeg, sollte mit einem Heer die serbisch-ungarischen Truppen unterstützen, erreichte jedoch das Schlachtfeld zu spät und wurde später von den Osmanen im heutigen Albanien geschlagen (Malcolm 1998, 88).

Schmitt (2008, 60ff.) unterteilt die Mythologisierung der Schlacht in eine kirchliche und eine folkloristische Tradition, die in der nationalistischen Genese und damit verbundenen Herrschaftsansprüchen eng miteinander verflochten werden. Sie lässt sich schon in Fresken des 14. Jahrhunderts nachweisen und ist bis heute ein Hauptinstrument zur Mobilisierung serbischen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Nationalismus' und Rechtfertigung (geo-)politischer Ansprüche (ibid, 57). Auch die Heiligsprechung Lazars und die Umdeutung der militärischen Niederlage zu einem moralischen Sieg über die muslimischen Heere sind bis heute sinnstiftend für die serbisch-orthodoxen Kirche.

3. Gesellschaftliche Entwicklungen im Osmanischen Reich

„Einen ethnischen Gegensatz zwischen Serben und Albanern kann man in der Elite im Mittelalter nicht feststellen" (Schmitt 2008, 62). Zwar gab es sprachliche Unterschiede und eine Trennung zwischen katholischer und orthodoxer Kirche, aber die Quellen legen nahe, dass stets auch Vermischungen, Assimilierung und gemischtkonfessionelle Ehen existierten. So haben sich Albanisch, Bosnisch-Kroatisch-Montenegrinisch-Serbisch (im Folgenden BKMS) sowie Bulgarisch-Mazedonisch als unterscheidbare Sprachen entwickelt, was auf eine gewisse Trennung hindeutet; dennoch lässt sich ein früher Sprachkontakt bis in die modernen Amtssprachen nachvollziehen (s.a. Tomic 2006; Hetzer 1995). Mit der osmanischen Herrschaft kamen auch das osmanische Türkisch sowie der Islam in das Gebiet. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass erzwungene Konvertierungen die Ausnahme bildeten und nicht-muslimische Gemeinschaften zwar rechtlich und fiskalpolitisch geringer gestellt waren aber auch nach der vollständigen Eingliederung in das Osmanische Reich weiter florierten (Malcolm 1998, 94; Schmitt 2008, 64f.). Dies hängt mit dem expansionistischen Charakter des Reiches zusammen, in dem militärische Strukturen die wichtigste Rolle spielten. Die Gesellschaft teilte sich in Angehörige der Heeresstrukturen (*Askeri*) sowie eine deutlich größere Zahl der steuerpflichtigen, häufig bäuerlichen Bevölkerung (*Raya*). Die höchste Stellung hatten die Janitscharen, die Leibgarde des Sultans, in der Regel aus unterworfenen (christlichen) Gebieten bzw. über die sogenannte Knabenlese (*Devşirme*) rekrutiert, bei der christliche Jungen aus ihren Dörfern geholt wurden und eine spezielle Ausbildung durchliefen, einschließlich Konvertierung zum Islam und (proto-)türkischem Sprachunterricht. Laut Malcolm (1998, 96f.) waren insbesondere albanische Jungen aufgrund der ihnen zugeschriebenen physischen Stärke beliebt, sodass auch viele Albaner aus dem Kosovo hohe Positionen für sich und ihre Familien erreichten.

Während die osmanische Verwaltung Heeresdienst und Steuern regulierte, ließ sie den eroberten Gebieten große Freiheiten. Wichtig war neben der weitgehenden Religionsfreiheit auch die Rolle des lokalen Gewohnheitsrechts, das insbesondere in den albanischen Dörfern Kosovos über Generationen mündlich weitergegeben wurde und bis heute eine wichtige Rolle spielt. Hier herrschte ein lokal variierendes Regelwerk (alb. *kanun*, slw. *zakon*), das festlegte, wie Konflikte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beizulegen waren. Anders als beim

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Staatsrecht sind Moral und Recht darin eng miteinander verknüpft, was besonders in den westkosovarischen Randgebieten zu einer Tradition der Staatsferne beitrug (Schmitt 2008, 71ff.). Mit zunehmenden Militärausgaben wuchsen die steuerlichen Belastungen etwa ab dem 17. Jahrhundert derart, dass sie einen starken Anreiz zur Konvertierung boten. Einerseits wurde die Praxis durch den gängigen religiösen Synkretismus begünstigt, andererseits erhielten viele den christlichen Glauben auch nach der Konvertierung heimlich. Abgesehen von ökonomischen und sozialen Überlegungen, waren bei der Entscheidung sicher auch theologische Faktoren relevant, nicht zuletzt durch den Einfluss muslimischer Orden und Sekten, deren Auslegung muslimischer Gesetze (*Şeriat*) liberaler war als die offizielle Linie (ibid, 131-135). Nicht zuletzt ist auch die Rolle von Religion in der Vormoderne zu beachten, in deren Mittelpunkt Heils- und Erlösungserwartungen standen. Für viele der mehrheitlich katholischen Albaner:innen spielte auch der zunehmende Niedergang der katholischen Kirche eine wichtige Rolle (ibid, 118).

Die in Serbien verbreitete Lesart, wonach Masseneinwanderungen islamisierter Albaner:innen die Zunahme der muslimischen Bevölkerung (mit) bedingten, lassen sich nicht belegen (Malcolm 1998, 138). Zwar flohen Siedler:innen aus den Bergen Nordalbaniens vor Blutfehden und Armut nach Kosovo; dies geschah jedoch graduell und kann kaum als wichtigster Grund demographischer Veränderungen gelten (Vickers 1998, 22). Neben Turktatar:innen siedelten auch Tscherkess:innen und Rom:nja in den neu eroberten Gebieten und das wichtige Handelszentrum Prizren entwickelte sich zu einer multiethnischen Metropole. Zeitgenössische Quellen legen nahe, dass die albanischsprachige Bevölkerung im 17. Jahrhundert mehrheitlich im Westen und die slawischsprachige mehrheitlich im Osten des Territoriums angesiedelt war (Malcolm 1998, 137f.). Auch slawischsprachige Bürger:innen konvertierten zum Islam, sowie auch Katholik:innen zum orthodoxen Christentum und Muslime zum christlichen Glauben, obwohl dies im Osmanischen Reich unter Strafe stand. Und wenngleich in historischen Quellen immer wieder Sprache von einer Konkurrenz zwischen katholischer und orthodoxer Kirche um Ansehen und Ressourcen ist, gibt es auch Berichte vom friedlichen interreligiösen Zusammenleben und der Vermischung religiöser Traditionen (ibid, 125-131; Vickers 1998, 22-41).

Die zunehmende Konvertierung der Albaner:innen und ihr relativer Machtzuwachs gegenüber der (slawischen) christlichen Bevölkerung etablierte sich als wichtige Trennlinie zwischen den Gruppen (Vickers 1998, 26). Zugleich erhöhte sich im Zuge der Kriege zwischen dem russischen Zarenreich und dem Osmanischen Reich ab dem späten 16. Jahrhundert der staatliche Druck auf Slaw:innen, die als russische Verbündete galten (Malcolm 1998, 171). Die Rückeroberung kurzzeitig habsburgisch besetzter Gebiete durch die Osmanen und damit verbundene

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Fluchtbewegungen sind die Grundlage eines weiteren serbischen Mythos': Die Große Völkerwanderung (*Velika Seoba*) von 1690 bzw. 1737 bis 1739 (Schmitt 2008, 146f.). In dieser Zeit flohen angeblich 100.000 Serb:innen vor osmanisch-muslimischer Unterdrückung aus Kosovo. Ein solcher Massenexodus lässt sich nicht belegen; vielmehr flüchteten Menschen aller Ethnien aus dem Gebiet, das durch Kriege und Pestausbrüche verwüstet war. Auch folgten wohl viele serbisch-orthodoxe Gläubige ihrem Patriarchen ins ungarische Exil in Karlovci (heute Sremski Karlovci, Serbien; ibid 158ff.; s.a. Vickers 1998, 27.f.).

Nichtsdestotrotz wurde die Legende in der serbischen Nationenbildung sowohl als Beleg einer serbischen Dominanz in Kosovo im Osmanischen Reich als auch als Teil einer einflussreichen dreiteiligen nationalistisch-religiösen Mythologie in Anlehnung an die Leiden Christi genutzt. Die Schlacht vom Amselfeld wurde als Kreuzigung, die Große Völkerwanderung als Tod und die „Rückeroberung" Kosovos 1912 als Auferstehung des serbischen Reiches stilisiert (ibid, 142). Auch werden die Kriege unter osmanischer Herrschaft in der serbisch-nationalistischen Geschichtsschreibung oft als Kampf zwischen Muslimen und orthodoxen Serben beschrieben, wobei Albaner als Erfüllungsgehilfen der Osmanen gelten (Schmitt 2008, 67). In Wahrheit waren die Armeen vielfach aus Söldnern bzw. Regimenten verschiedener Regionen besetzt, bei denen alle Religionen und Ethnien auf allen Seiten beteiligt waren (Malcolm 1998, 144ff.).

4. Rivalisierende Nationalismen und Gebietsansprüche

> In distinction to the currently widespread view about the centennial hostility between the Serbs and Albanians, available sources from the past indicate that for centuries they did not perceive their relations as problematic, and it would be hard to find anything resembling coherent anti-Serbian or anti-Albanian discourse among them before the second half of the nineteenth century (Pavlović 2019, 5).

Mit dem Russisch-Osmanischen Krieg 1868-74 stilisierte sich Russland endgültig zur Schutzmacht orthodoxer Christen in Kosovo gegen deren vermeintliche Unterdrückung durch die muslimischen Herrscher. Grundstein der serbischen Autonomie im Osmanischen Reich war eine Revolte im Norden Serbiens ab 1804, die mit nationalpolitischen Forderungen einherging, bestärkt durch ein Erstarken nationalistischer Bewegungen in ganz Europa, die auch in den Exilgemeinden in Ungarn unter serbischen Intellektuellen Fuß fasste (Vickers 1998, 29f.; Malcolm 1998, 179f.). Auch die Beteiligung von Serben aus Kosovo sowie einigen albanischen Kämpfern auf serbischer Seite sind belegt. Der Aufstand wurde – auch mit Unterstützung albanischer Paschas – niedergeschlagen, dennoch erlangte das Fürstentum Serbien 1817 unter Miloš Obrenović Teilautonomie unter osmanischer Herrschaft. Der Kleinstaat erstreckte sich zunächst auf das Gebiet von Belgrad bis zur Westlichen Morava und konnte seine Macht in den

10.15772/ANDRASSY.2026.002

folgenden Jahrzehnten stetig ausbauen. In der Folge flohen etwa 50.000 Muslime aus dem Gebiet nach Kosovo, um Racheakten und Plünderungen zu entgehen.

Es ist kein Zufall, dass in dieser Zeit populäre Mythen und Epen genutzt wurden, um die serbische Bevölkerung zu mobilisieren. Zunächst standen die Glorifizierung der Vergangenheit vor der Ankunft der Osmanen und deren Stilisierung als äußerer Feind im Mittelpunkt (Vickers 1998, 29f.). Wie Pavlović (2019, 3ff.) zeigt, spielten Albaner:innen in den nationalistischen Erzählungen zunächst keine große Rolle und wurden im serbisch-montenegrinischen Diskurs auch als Helden und Blutsbrüder dargestellt. Das gilt auch für die als Gründungsdokumente großserbischer Politik gehandelten „Entwürfe" (*Načertanije*) aus dem Jahr 1844 und den Aufsatz „Serben alle und überall" (*Srbi svi i svuda*) von 1839 (ibid, 5f.; Stefanović 2005, 468). Zu diesem Zeitpunkt lag der Fokus serbischer Propaganda auf der Konkurrenz zu anderen slawischen Nationalismen, vor allem dem bulgarischen (Malcolm 1998, 188f.; Schmitt 2008, 80ff.).

Der Wandel in Rhetorik und Politik hin zu Abwertung und Vertreibung von Albaner:innen erfolgte graduell und wurde durch die Machtkämpfe der Großmächte auf dem Balkan beeinflusst (ibid, 465ff). Die Gewalt ab 1804 richtete sich zunächst vor allem gegen muslimische Händler und Landbesitzer, die mit der Unterdrückung der Slaw:innen assoziiert wurden, und obschon der Kosovo-Mythos bereits zu dieser Zeit zur Mobilisierung genutzt wurde, war er nicht auf ein klar abgegrenztes Territorium bezogen sondern besaß eher symbolischen Charakter. „Eine neue und bis heute anhaltende Stoßkraft erhielt diese Erinnerung durch ihre Bündelung und Neudeutung im Zeitalter des Nationalismus" (Schmitt 2008, 60). So wurde 1847 das Epos „Der Bergkranz" (*Gorski vijenac*; Trencsényi & Kopeček 2007, 428ff.) von Petar II Petrović-Njegoš, das Kosovo als „Wiege des Serbentums" und das „serbische Jerusalem" beschreibt, eine wichtige Inspiration für den serbischen und montenegrinischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert und später für die jugoslawische Einheit, wobei muslimische Bevölkerungsgruppen von dieser Lesart ausgeschlossen und ihre Vernichtung gefordert wurde (Judah 2009, 77). Obwohl Petrović-Njegoš später auch als Vermittler zwischen den Religionen auftrat, wurden in dieser Zeit nationale Befreiung und Intoleranz gegen Muslime eng miteinander verbunden und in den folgenden 150 Jahren zu dem kultiviert, was oft als „angeborene" Feindschaft zwischen Serb:innen und Albaner:innen missinterpretiert bzw. manipuliert wird.

Serbische Anthropologen und Reiseschriftsteller – von denen viele das Gebiet selbst nie bereisten – beschrieben ab Mitte des 19. Jahrhunderts ein fiktives „Altserbien" in den vermeintlichen Grenzen des mittelalterlichen Herrschaftsgebiets von Raszien bis Mazedonien, in denen damals vor allem Albaner:innen lebten (Atanasovski 2019, 22ff.). Sie nutzen oft erfundene historische,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

geografische und wirtschaftliche Argumente, um die Zugehörigkeit zu einem Großserbischen Reich zu unterbauen, wobei politische Grenzen missachtet, Muslime als Unterdrücker der Serb:innen entmenschlicht und ihre (albanische) Identität oftmals negiert wurde. Dabei spielte die „Arnautaš-Theorie" eine wichtige Rolle, wonach der Großteil der Albaner:innen auf dem Balkan „albanisierte" Serb:innen sind. Laut Malcolm (1998, 196f.) ist tatsächlich davon auszugehen, dass sich in den Jahrhunderten des Zusammenlebens Slaw:innen zu Albaner:innen assimilierten (und umgekehrt), zumal es viele kulturelle Gemeinsamkeiten gab. Für eine massenweise „Albanisierung" findet er aber keine Anhaltspunkte. Auch die Unterstellung, Albaner:innen seien „turkifizierte" Slaw:innen und Albanien nur eine geografische Bezeichnung, war weit verbreitet und beeinflussten entscheidend die Nichtbeachtung ihrer Situation bei den Verhandlungen um neue Grenzziehungen auf dem Balkan (Misha 2002, 40). Angesichts des verbreiteten Synkretismus ist diese These kaum haltbar, was aber ihre Verbreitung auch in der deutschsprachigen Wissenschaft nicht verhinderte (Clewing 2000 27f.; Malcolm 1998, 199).

Die vermeintlich objektiven Reiseberichte und anthropologischen Publikationen waren im zunehmend nationalstaatlich organisierten Europa dieser Zeit keine Seltenheit und entfalteten große Wirkung auch unter Intellektuellen außerhalb des Balkans, zumal einige davon auf anderen Sprachen verfasst bzw. übersetzt wurden (ibid, 24). Sie wurden ab Mitte des 19. Jahrhunderts auch dazu genutzt, die Entrechtung und Ermordung nicht-slawischer Bewohner:innen des Gebiets – in der Mehrheit Albaner:innen – zu rechtfertigen (Hajrullahu 2004, 41). In Kombination mit der Amselfeld-Legende schürt es zudem einen serbischen Opfermythos und rechtfertigt damit verbundene Forderungen zum „Erhalt des Serbentums" bis heute. Internationale Bekanntheit erreichten unter anderem die Werke von Miloš Milojević (1840-1897) und Spiridion Gopčević (1855-1936), sowie die Behauptung von Vladan Djordjević in seinem 1913 in Paris veröffentlichten „Les Albanais et les grandes puissances", Albaner:innen lebten auf Bäumen und hätten affenähnliche Schwänze (Malcolm 1998, 268f.). Auch ausländische (Reise-)Schriftsteller:innen trugen zur Verbreitung der Narrative und zur Exotisierung des Balkans bei. Bekannte Beispiele sind der Roman „Durch das Land der Skipetaren" von Karl May von 1892, die Berichte von Geistlichen und Diplomaten, sowie von Edith Durham, Georgina Mackenzie und Gabriel Louis-Jaray (weiterführend s. u.a. Goldsworthy 2006; Krivokapić 2014).

Auch die Verehrung des heiligen Veit, der bis zum 19. Jahrhundert wenig Bedeutung im serbisch-orthodoxen Christentum hatte, wurde entscheidend für die Institutionalisierung des serbischen Nationalmythos. Der *Vidovdan* (Veitstag) wurde 1849 als Nationalfeiertag festgelegt und später zum „Schicksalstag der Serben" erhoben. Auf dieses Datum fielen die Schlacht von

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Amselfeld 1389, die Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand 1914 und die Verfassung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1921. Milošević' Rede zum 600. Jahrestag der Amselfeld-Schlacht gilt als Beginn der Jugoslawienkriege, und seine Auslieferung am Veitstag 2001 wird von seinen Anhänger:innen als weiterer serbischer „Schicksalsschlag" betrachtet (Schmitt 2008, 60).

Zugleich bemühte sich die osmanische Führung durch Modernisierungsversuche, den Untergang des Reichs aufzuhalten. Diese stießen auf Ablehnung konservativer Muslimer, insbesondere der albanischen Klans in Kosovo (Schmitt 2008, 79-84). Für die christlichen Gruppen kamen die Reformen dagegen „zu spät, denn Russland und junge Balkanstaaten wie Serbien (nach 1815) und Bulgarien (ab 1878) boten eine politische Alternative" (Schmitt 2008, 83). 1876 wurden sie wieder abgeschafft. Die Schwächung des Reichs, verschärfte Trennlinien zwischen den Volksgruppen sowie konkurrierende Nationalismen und Gebietsansprüche führten in den 1870er Jahren zur *Großen Orientalischen Krise* bzw. *Balkankrise* (Vickers 1998 42f.). Im Zuge des Russisch-Osmanischen Krieges 1877-78 eroberten Serbien und Montenegro je Teile des heutigen Kosovos und vertrieben große Teile der muslimischen Bevölkerung. Die albanischen Stämme waren durch die existenzielle Bedrohung zwar zunehmend geeint, fürchteten aber eine weitere Schwächung der osmanischen Herrschaft zu ihrem Nachteil. So entwickelte sich der albanische Nationalismus im Vergleich mit den anderen Balkanvölkern spät, was geopolitisch zum Nachteil wurde (Malcolm 1998, 185; Vickers 1998, 31ff.; Misha 2002, 40ff.). Erst 1878 entstand mit der *Liga von Prizren* eine Bewegung, die die Einheit aller Albaner:innen auf einem eigenen Territorium forderte (ibid, 42). Die anderen europäischen Großmächte beunruhigte der wachsende Einfluss Russlands und der verbündeten slawischen Staaten auf dem Balkan und sie drängten auf eine internationale Friedenskonferenz, um neue Grenzen und Einflusssphären festzulegen: Der Berliner Kongress begann am 13. Juni 1878.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

B. Die Aufteilung des Balkans und Kosovo in Jugoslawien

> [T]here remains in the heart of the balkan peninsula an ulcer poisoning the European system, and bidding fair to render inevitable a bloody operation (Swire 1929, 162 zitiert in Vickers 1998, 85).

Damalige Zählungen legen nahe, dass Ende des 19. Jahrhunderts 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung Kosovos muslimisch und 30 bis 40 nicht-muslimisch waren (Malcolm 1998, 194f.).[2] Neben Albaner:innen und Serb:innen lebten auf dem Gebiet Tscherkess:innen, Sinti:zze und Rom:nja sowie Walach:innen unterschiedlicher Konfessionen, außerdem mehrheitlich muslimische Bosnier:innen und Türk:innen und orthodoxe Gorani, sowie Jüdinnen und Juden. Die genaue Anzahl ist kaum festzustellen, da slawisch sprechende Muslime zumeist als „muslimische Serben" und bilinguale Albaner:innen in den Städten oft als „türkisch" aufgeführt waren. Zudem gab es große regionale Verteilungsunterschiede. Trotz statistischer Ungewissheiten ist aber von einer Mehrheit albanischsprachiger Bewohner:innen Kosovos auszugehen (ibid, 196).

1. Der Berliner Kongress und der Ursprung der „albanischen Frage"

Die Berliner Konferenz von 1878, in der die europäischen Großmächte nach der osmanischen Niederlage im Russisch-Osmanischen Krieg über die eroberten Gebiete verhandelten, verweigerte die Schaffung eines albanischen Staats, sodass die mehrheitlich albanischen Gebiete auf dem Balkan bis 1912 unter osmanischer Herrschaft blieben. Auf Albanisch wird diese Zeit als *Rilindja kombëtare* bezeichnet, zumeist übersetzt als „nationales Erwachen" (Malcolm 1998, 217ff.). Albanische Autonomiebestrebungen wurden gewaltsam niedergeschlagen, erst 1899 schloss sich die *Liga* in Peja erneut zusammen. Sie unterstützte die Jungtürkische Revolution 1908, von der sie sich eine Rückkehr zur früheren Ordnung versprach (Misha 2002, 42). Die Nichterfüllung dieser Hoffnungen hatte Ausschreitungen zur Folge, die am 28. November 1912 in der einseitigen Unabhängigkeitserklärung im albanischen Vlora mündeten (Hajrullahu 2004, 44f.). Kurz zuvor war der Erste Balkankrieg zwischen dem *Balkanbund* (Montenegro, dem nun gänzlich autonomen Königreich Serbien, Bulgarien und Griechenland) und dem Osmanischen Reich ausgebrochen. Kosovo wurde durch die serbische Armee besetzt und die muslimische Bevölkerung brutal verfolgt, um die ethnische Verteilung zugunsten der eigenen Bevölkerung zu verändern und so Gebietsansprüche geltend zu machen (Malcolm 1998, 255). Am Ende des Ersten Balkankrieges 1913 waren fast alle albanischen Gebiete durch die Länder des Balkanbundes besetzt. Albaner:innen und Türk:innen wurden diskriminiert und vertrieben, slawische

[2] Einige Abschnitte dieses Kapitels erschienen zuerst bei Seebass (2023)

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Muslime zum Religionswechsel gezwungen. Die systematische „Säuberung" zugunsten eines möglichst homogenen serbischen Staates diente in den folgenden Jahrzehnten regelmäßig als Muster und markierte einen Bruch in den Beziehungen zwischen Serb:innen und Albaner:innen, verstärkt durch Vergeltungsschläge gegen die serbische Minderheit in Kosovo, wo viele der geflohenen Albaner:innen Zuflucht suchten (Stefanović 2005, 469f.; Hajrullahu 2004, 50).

Angesichts der exzessiven Gewalt gegen Albaner:innen wurde die „albanische Frage" in den Neuverhandlungen über die Grenzziehungen bei der Londoner Botschafterkonferenz 1913 erstmals ausführlich diskutiert (Misha 2000, 40). Österreich-Ungarn und seine deutschen und italienischen Verbündeten schlugen eine Vereinigung aller albanischen Gebiete vor, auch um die slawische Expansion einzudämmen, was von Russland und Frankreich abgelehnt wurde (Opfer-Klinger 2013, 18). Die russische Führung erhoffte sich eine Aufteilung nach dem Ende des Osmanischen Reichs unter seinen Verbündeten. Paris ging es wohl vor allem um eine Machtbegrenzung des Reichs, was auch eine Annäherung mit Serbien ab 1879 begünstigte. Entgegen russischen Forderungen wurde Mazedonien nicht an Bulgarien angegliedert, sondern verblieb wie Kosovo unter osmanischer Herrschaft; Bosnien-Herzegowina unterstand österreichischer Verwaltung (Malcolm 1998, 201). Die Grenzziehung Albaniens wurde ungeachtet albanischer Forderungen und ethno-linguistischer Faktoren festgelegt, mit dem Ergebnis, dass 40 Prozent der ethnischen Albaner:innen in der Region außerhalb dieser Grenzen lebte. Hajrullahu (2007, 42) bemerkt angesichts späterer Entwicklungen: „Hätte man […] die Grenzen etwas „behutsamer" gezogen, hätte man vielleicht die Grausamkeiten Ende des 20. Jh. großteils vermeiden können." Doch auch die slawischen Eliten fühlten sich betrogen, neben Bulgarien vor allem Serbien, das Bosnien einschließlich des Adriazugangs für sich beanspruchte. Angesichts der Übermacht des Habsburgerreichs richteten sich die Expansionspläne nun nach Albanien. Die Instabilität in dem jungen Staat mit seinen als Kompromiss der Großmächte festgelegten Grenzen wurde verstärkt durch die Uneinigkeit der albanischen Anführer und durch zehntausende Flüchtende aus den Ländern des Balkanbundes zugeteilten Gebieten (Vickers 1998, 86f.).

Serbien suchte die Nähe zu Russland und dessen Verbündeten Frankreich, um seine Interessen international zu vertreten, während albanische Eliten Verbindungen zu Österreich-Ungarn und Italien vertieften. So standen sich Serben und Albaner im Ersten Weltkrieg als Gegner gegenüber (Vickers 1998, 88f.). Zunächst gelang der serbischen Armee die Einnahme von Teilen Nordalbaniens, wieder unter brutaler Vertreibung der Zivilbevölkerung. Nach der Rückeroberung mithilfe der Mittelmächte flohen viele serbische Zivilist:innen vor Racheakten. Anderen Minderheiten wurden als mutmaßliche Kollaborateure oft von beiden Seiten verfolgt (ibid).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Ein zentrales Ereignis für die internationale Reputation Serbiens, einhergehend mit der internationalen Verbreitung des Kosovo-Mythos', ist als „Albanisches Golgatha" (*Albanska golgota*) bekannt und bezeichnet den Rückzug der serbischen Armee zum Hafen von Vlora, bei dem Schätzungen zufolge 100.000 Serben starben:

> In June 1918 […] the United States had recognized the anniversary of the Battle of Kosovo as a day of special commemoration in honour of Serbia and all other oppressed people who were fighting in the Great War. The meaning of Kosovo was the subject of countless sermons, lectures and addresses [...]. Serbia had also become the darling of the public in both Britain and France (ibid, 97).

Befördert durch den Anschlag des serbischen Nationalisten Gavrilo Princip auf den österreichischen Thronfolger am 525. Jahrestag der Schlacht vom Amselfeld als Auslöser des Krieges, hatte Serbien damit die Deutungshoheit über Kosovo gewonnen und die Entente-Mächten standen auch territorialen Ansprüchen positiv gegenüber. Albaner hatten zumeist für die unterlegenen Mittelmächte gekämpft und erneute Forderungen eines Zusammenschlusses der mehrheitlich albanischen Gebiete fanden bei der Friedenskonferenz von Paris kein Gehör, bei der im Wesentlichen die Grenzen von 1913 bestätigt wurden (Hajrullahu 2004, 48f.).

2. Die Rolle Kosovos in Jugoslawien

Kosovo wurde 1917 bei der Gründung eines gemeinsamen „Staates der Serben, Kroaten und Slowenen" (BKMS *Država Slovenaca, Hrvata i Srba*, darum auch „SHS-Staat" genannt) als Teil der mehrheitlich südslawischen Gebiete im geschwächten Habsburgerreich beansprucht, unterstützt von Frankreich und Großbritannien (Malcolm 1998, 264ff.). Das 1918 offiziell gegründete „Komitee für die Nationale Verteidigung Kosovos" wehrte sich gegen die Annexion der mehrheitlich albanischen Gebiete. Unterstützt von Italien, führte es Guerilla-Angriffe durch, was die serbischen Machthaber als Grund für Vergeltungsschläge und massive Repressionen gegen Albaner:innen benutzten (Vickers 1998, 93ff.). Die militante Katschak-Bewegung (alb. *Lëvizja Kaçake)* führte diesen Kampf in den 1920er Jahren weiter. Die eigentlich in der Verfassung festgelegten Minderheitenrechte wurden Albaner:innen verwehrt und das Gebiet war das Ziel mehrerer Kolonisierungsprogramme, die von Vertreibung bzw. Umsiedlung von Kosovo-Albaner:innen und der Ansiedlung von Familien aus Serbien und Montenegro geprägt und teilweise von amerikanischen und britischen Organisationen unterstützt wurden. Durch sie wurde zwar die ethnische Struktur Kosovos dauerhaft verändert, das Ziel einer slawischen Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht erreicht. Viele Kolonist:innen empfanden die lokale (auch slawische) Bevölkerung als fremd und zogen angesichts schlechter Bedingungen, Korruption durch lokale Beamte und der Katschak-Bedrohung fort (ibid, 278f.).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Zwar arbeiteten auch einige Albaner als niedrige Beamte im Staatsapparat und organisierten sich in Parteien, konnten jedoch kaum Einfluss nehmen. Nach der Machtübernahme Jugoslawiens durch den serbischen Königs Alexander 1929 verstärkte die Regierung die gewaltsame Unterdrückung albanischer politischer Bewegungen, Sprache und Kultur, die daraufhin vielfach im Untergrund verbreitet wurden (Vickers 1998, 104ff.). So waren es vor allem Unterdrückung und Widerstand, die nach dem Ende des Osmanischen Reiches ein nationales Bewusstsein in vielen Albaner:innen erweckten, in Opposition zu serbischen territorialen Bestrebungen (Schmitt 2008, 214). In den 1930er Jahren entstand eine neue serbische politische Elite, deren antialbanische Politik systematischer ausgerichtet war. Auf Basis der Erfahrungen von 1878 regten sie die massenhafte Vertreibung von Kosovo-Albaner:innen durch Plünderung und Zerstörung an. Den Höhepunkt dieser Pläne bildete ein Abkommen mit der Türkei, das die Umsiedlung von 40.000 albanischen Familien dorthin vorsah. Als Rechtfertigung dienten vergleichbare Prozesse ethnischer Homogenisierung in Deutschland und Russland (Vickers 1998, 117f.). Das Programm wurde jedoch kurz nach Beginn vom Zweiten Weltkrieg unterbrochen und erst 1953 wiederbelebt (s.u.; Stefanović 2005, 479-483; Malcolm 1998, 283ff.).

Im April 1939 besetzte Italien Albanien und setzte eine Stellvertreterregierung ein. Jugoslawien wurde im April 1941 durch die deutsche Wehrmacht eingenommen (Malcolm 1998, 288f.). Laut Schmitt (2008, 210) bewies die schnelle Einnahme auch das „Scheitern einer nationalistischen und zentralistischen Politik" der Regierung. Tatsächlich verzichtete sie auf die Mobilisierung von 25.000 albanischen Reservisten in Kosovo und auch Widerstandsgruppen taten sich im Kriegsverlauf schwer mit der Rekrutierung von Kosovo-Albaner:innen. Kosovo fiel zum größten Teil an Albanien unter italienischer Kontrolle, einzig den Norden mit seinen Blei- und Zinkvorkommen blieb Teil des stark verkleinerten nominell serbischen Staats unter deutscher Kontrolle (Schmitt 2008, 212). Diese Machtverschiebung nutzten Albaner:innen in Kosovo zur Vertreibung nahezu aller Siedler:innen des Kolonisierungsprogramms, wobei sie oft brutal vorgingen, einheimische Serb:innen jedoch meist schonten (Reuter 2000, 147f.).

Das Leben der Albaner:innen in Kosovo hatte sich zunächst augenscheinlich verbessert und sie wurden von den Besatzern unterstützt, die einerseits auf die Loyalität und militärische Unterstützung hofften und andererseits in ihrer rassistischen Ideologie neben Sinti:zze, Rom:nja, Jüdinnen und Juden zehntausende Slaw:innen auf dem Balkan deportierten und für Zwangsarbeit einsetzten. So lässt sich auch erklären, dass im Vergleich zu anderen auf dem Balkan besetzten Gebieten überproportional viele Kosovo-Albaner:innen in den administrativen und militärischen Strukturen der Besatzer arbeiteten (Malcolm 1998, 297). In der Nachkriegszeit wurden

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Albaner:innen oft eindimensional als Kollaborateure und Serb:innen im Widerstand zu den Achsenmächten dargestellt, mit erheblichen Auswirkungen auf die internationale Einordnung der albanischen Frage und Widerstandsbewegung in Kosovo (Schmitt 2008, 2019). Tatsächlich versuchten lokalen Eliten zumeist, die Kriegsereignisse für eigene Ziele zu nutzen, zumal sie kaum Einfluss hatten. Unterschiedliche Interessen auch innerhalb der ethnischen Gruppen führten schließlich im Kriegsverlauf zu „bürgerkriegsähnliche[n] Zustände[n]" (Calic 2018, 498).

Darin standen sich vor allem ethnonationalistische und föderalistische Ansprüche gegenüber (ibid). Die Kommunistische Partei (KP) Jugoslawiens, unterstützt von der stark von ihr abhängigen albanischen KP, setzte sich rhetorisch für die Selbstbestimmung aller Balkanvölker ein. Sie erhielt unter Kosovo-Albaner:innen nur geringe Unterstützung, da kommunistische Ideen nicht weit verbreitet und das Vertrauen in Jugoslawien gering waren. Die albanischen Kommunist:innen unter Enver Hoxha verzichteten auf Druck der jugoslawischen KP auf Ansprüche auf Kosovo (Schmitt 2008, 217). Dementgegen stellten die albanische nationalistische Gruppen *Balli Kombëtar* (Nationale Front) und die monarchistische Partei *Legalitet* (Legalität) ein „ethnischen" Albanien ins Zentrum ihrer Ansprüche. Gleiches gilt für die *Zweite Liga von Prizren*, die sich nach der italienischen Kapitulation gründete und viel Zuspruch in Kosovo erhielt, wo die albanische Mehrheitsbevölkerung eine erneute jugoslawische Herrschaft fürchtete. Auf serbisch-montenegrinischer Seite organisierte sich eine ethnonationalistische *Tschetnik*-Bewegung, deren Ziel die Wiederherstellung der jugoslawischen Monarchie unter serbischer Herrschaft war (ibid, 298). Sie erhielt zunächst auch unter der albanischen Bevölkerung Unterstützung, zerstritt sich jedoch über Kosovos Statusfrage (Vicker 1998, 126). All diese Bewegungen bekämpften einander oft grausam um Einfluss unter der lokalen Bevölkerung.

Das Deutsche Reich erkannte nach dem Abzug Italiens Albanien als unabhängigen Staat an. 1944 brachte die die albanische SS-Einheit „Skanderbeg" knapp 6.500 Freiwillige zusammen und wurde im Kampf gegen kommunistische Partisan:innen und bei der Deportation von 281 Jüdinnen und Juden aus Kosovo eingesetzt (ibid, 309f.). Einige Kosovo-Albaner:innen kämpften auch auf kommunistischer Seite und verübten Sabotageakte. Insgesamt war der Einfluss auf den Kriegsverlauf aber gering und die Rolle der lokalen Akteure wurde nachträglich übertrieben. Die Opferbereitschaft der Partisan:innen war konstitutiv für die jugoslawische nationale Selbst- und Fremdwahrnehmung, und die Unterstützung der Kommunist:innen unter Tito und Hoxha durch die Siegermächte ließen diese zudem als Gewinner der internen Machtkämpfe hervorgehen, mit weitreichenden Konsequenzen für Kosovo, wo sich der Widerstand bis in die 1990er-Jahre hielt (Malcolm 1998, 311ff).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Kosovo in seinen heutigen Grenzen als serbische Provinz *Kosovo i Metohija* (kurz: Kosmet) Teil der Föderativen Republik Jugoslawien. Albaner:innen, die neben Kosovo vor allem in Westmazedonien und Südserbien lebten, wurden als nationale Minderheit anerkannt, 1945 entstand die erste albanischsprachige Zeitung *Rilindja* (dt. Wiedergeburt) in Jugoslawien. Anders als zunächst propagiert, erhielten nicht-südslawische Völker jedoch keine Gleichberechtigung unter Tito. Kosovo wurde keine Teilrepublik und unterstand ähnlich der Vojvodina als konstituierender Teil Serbiens der zentralen Kontrolle Belgrads (Schmitt 2008, 221; laut Vickers (1998, 145f.) diente dies auch der Beschränkung der serbischen Übermacht). Die Verwaltung in Kosovo wurde zum Großteil mit serbischen und montenegrinischen Beamten besetzt und alle Bereiche des öffentlichen Lebens slawisch dominiert, was die Gleichstellung der albanischen Sprache praktisch unmöglich machte. Zwar besserte sich die Situation im Schulwesen langsam, dennoch blieb Analphabetismus in Kosovo besonders unter Albaner:innen weit verbreitet (Malcolm 1998, 318f.; Schmitt 2008, 89ff.).

Die Nachkriegszeit war geprägt von Rache und Repressionen gegen Albaner:innen und erneuten erfolglosen Bemühungen um eine „ethnische Säuberung“ der Provinz unter dem serbischen Innenminister Aleksandar Ranković (Reuter 2000a, 145ff.). Hoxha gelang es indes, den Machtkampf gegen die gegischen Eliten in Kosovo und Nordalbanien zugunsten seiner größtenteils toskischen Anhängerschaft zu entscheiden (Vickers 1998, 145). Die Idee einer Balkan-Föderation bestehend aus Jugoslawien, Albanien und Bulgarien wurde 1945 wieder aufgenommen, nach dem Zerwürfnis zwischen Tito und Stalin 1948 wandten sich Tirana und Sofia jedoch von Jugoslawien ab und strikte Grenzen zwischen Jugoslawien und Albanien ab 1948 beschnitten den traditionellen Austausch zwischen Kosovo und Nordalbanien (Schmitt 2008, 222f.; Pettifer 2000, 94). Zudem nutzte Hoxha albanischsprachige Medien dazu, Kosovo-Albaner:innen zu einer Revolte gegen Tito zu ermutigen, was ihren Ruf als politische Feinde verstärkte (Vickers 1998, 151). Durch die teilweise Wiederansiedlung slawischer Kolonist:innen und der Vernachlässigung der Industrialisierung Kosovos verschlechterte sich die ökonomische Situation für Kosovo-Albaner:innen zusehends. Viele entschieden sich zur Emigration vor allem in die Türkei, was von den jugoslawischen Behörden durch eine gezielte „Turkisierung” gefördert wurde (Malcolm 1998, 323; Schmitt 2008, 229). Den Tiefpunkt erreichte ihre Diskriminierung in der jugoslawischen Verfassung von 1963, die Kosovo den Großteil seiner geringen Autonomie entzog (Malcolm 1998, 324f.). Gleichzeitig betonte eine zunehmende Trennung von einem sich isolierenden Albanien die Fremdheit der größtenteils albanischen Bevölkerung im Kosovo gegenüber den mehrheitlich slawischen Gruppen innerhalb Jugoslawiens (Rogel 2003, 171f.).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Die Gewalt gegen Albaner:innen und deren massenhafte Flucht unter Tito erhielt keine internationale Aufmerksamkeit und ist heute kaum bekannt (Pettifer 2000, 89f.). Als vermeintliche Kollaborateure der Achsenmächte schien der „Verlust" des großalbanischen Staates gerechtfertigt, den sie unter deren Herrschaft erlangt hatten. So wurde die albanische Frage in Kosovo bis in die späten 1990er Jahre oft gemäß dem serbischen Narrativ und als inner-jugoslawische Angelegenheit betrachtet. „Das allgemeine verklärte Bild des Westens vom Tito-Staat teilten die albanischen Intellektuellen daher durchaus nicht, aber es war sehr schwer für sie, […] für die Legitimität ihrer nationalistischen Ambitionen zu werben, die mit dem Makel des Faschismus behaftet waren" (ibid, 90). So wurden auch in Jugoslawien mehrheitlich albanische Proteste in Kosovo gegen schlechte Lebensbedingungen stets als Ethnonationalismus delegitimiert und stärkten auf diese Weise interethnische Spaltungen (Ivković et al 2019, 61ff.).

Nach der Entlassung Rankovićs 1966, dessen brutales Vorgehen nun international bekannt wurde, verbesserte sich die Lage (Vickers 1998, 194). Erste konstitutionelle Aufwertungen erfolgten bereits 1967, einschließlich der Namensänderung zu „Kosovo" (ohne „Metohija"). Durch eine Phase der Wiederannäherung mit Albanien begünstigt, wurden albanische nationale Symbole zugelassen und 1970 ein Abkommen zwischen der neu gegründeten Universität Prishtina und der Universität Tirana geschlossen (Malcolm 1998, 325f.). Sie wurde auch von Albaner:innen aus anderen Teilen Jugoslawiens besucht; eine (panjugoslawische) albanischsprachige intellektuelle Mittelklasse entwickelte sich und ihre Zahl im Parteiapparat, Sicherheitssektor und lokaler Administration stieg stark an. Am 28. Februar 1974 verabschiedete das Parlament in Prishtina die Verfassung der Sozialistischen Autonomen Provinz Kosovo, mit weitreichender Autonomie, allerdings weiterhin als Teil Serbiens (Vickers 1998, 166f.). Begleitet wurde die Dezentralisierung mit einer Kampagne der interethnischen Solidarität unter dem jugoslawischen Leitmotiv „Brüderlichkeit und Gleichheit", das auf die Heldentaten der Partisan:innen aufbaute und nationalistische Mythen in den Hintergrund drängte, die nur noch von der politisch geschwächten orthodoxen Kirche gepflegt wurden (Vickers 1998, 152).

Die Lebensrealität der Kosovo-Albaner:innen unterschied sich stark von den konstitutiven Republiken Jugoslawiens. Bis in die 1990er Jahre lebten sie vor allem auf dem Land, während der Rest des Landes zunehmend urban geprägt war und auch Kosovo-Serb:innen vielfach in die Städte umsiedelten, wo auch die Mehrheit der türkischen Bevölkerung lebte. Viele praktizierten den Islam und lebten meist in streng patriarchalisch organisierten Großfamilien zusammen. Auch traditionelle Blutfehden, von kosovarischen Intellektuellen scharf verurteilt, wurden trotz Verboten weiter praktiziert. Das im Kanun beschworene Gastrecht war zentral, Frauen blieben

10.15772/ANDRASSY.2026.002

zumeist im ihnen zugewiesenen Teil des Hauses und wurden früh verheiratet (ibid, 110ff.). Das Verschleierungsverbot und die Schulpflicht auch für Mädchen wurden erst nach und nach umgesetzt, und höhere Bildung blieb den meisten Kosovo-Albanerinnen verwehrt. Zusammen mit einer sich verbessernden Gesundheitsversorgung sorgte die beständig hohe Geburtenrate für eine Zunahme von Armut und die höchste Arbeitslosigkeit in Jugoslawien.

Bis heute finden sich insbesondere intellektuelle Kosovo-Albaner:innen, die die 1970er Jahre unter Tito aktiv miterlebt haben und von positiven Erinnerungen auch an das interethnische Zusammenleben in Kosovo in dieser Zeit berichten (ibid, 193; Malcolm 1998, 314; Oral History Kosovo 2013). Gleichzeitig wurden viele Gleichbehandlungsversprechen nie umgesetzt. Das neue Selbstbewusstsein und der wirtschaftliche Aufschwung der albanischen Mehrheitsbevölkerung provozierten serbische Nationalist:innen in Belgrad, die den Reformen kritisch gegenüberstanden. Nach dem Tod Titos im Mai 1980 prallten unter ihm unterdrückte ethnonationalistische Narrative mit der albanischen Emanzipationsbewegung in Kosovo und einer zunehmend unsicheren Wirtschaftslage zusammen. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Universität Prishtina (UP), seit ihrer Gründung ein wichtiger Nährboden für die politische und identitäre Organisation unter albanischen Studierenden (Canaj 2023; Vickers 1998, 211f.; Schmidt 2008, 280). Internationale Aufmerksamkeit erregten 1981 Studierendenproteste (s.a. Hetemi 2020), die mutmaßlich durch schlechtes Kantinenessen ausgelöst worden waren und sich bald ausbreiteten (Schmitt 2008, 242; Vickers 1998, 211). Eine wichtige Rolle spielte auch die wachsende und zunehmend politisch organisierte Diaspora (Schmitt 2008, 284ff.; Vickers 1998, 224f.)

Mit dem Ethnonationalismus der beiden größten Volksgruppen in Kosovo stieg der Anpassungsdruck auf die im Land lebenden Minderheiten. Schmitt (2008, 281f.) geht davon aus, dass die noch übrigen Vlach:innen sich zu dieser Zeit als serbisch deklarierten, während Türk:innen zumeist offiziell albanisch wurden. Rom:nja, Ashkali und Ägypter:innen, die damals wie heute oft am Rande der Gesellschaft lebten, wurden Opfer serbischer Aggressionen und albanischer Racheakte (ibid; Vickers 1998, 220). Die jugoslawischen Behörden begegneten den Protesten mit Gewalt und riefen für Kosovo den Notstand aus; es folgten Massenverhaftungen und -parteiausschlüsse von Kosovo-Albaner:innen (Malcolm 1998, 334f.). Gegenseitige Gewalterfahrungen, Diskriminierung und die mit der Aufwertung der albanischen Sprache einhergehende zunehmende sprachliche Trennung hatten die Integration der ethnischen Gruppen weiter behindert, und ethnonationalistische Propaganda mobilisierte viele Serb:innen besonders außerhalb Kosovos (ibid, 339; Vickers 1998, 213f.). Sie wurde mithilfe hochrangiger Kontakte in der Partei, Armee und wieder erstarkenden serbisch-orthodoxen Kirche verbreitet und bereitete den

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Weg zum Umsturz und repressiven Regime unter Slobodan Milošević. Als Präsident des Bundes der Kommunisten Serbiens reiste dieser im April 1987 zu einem Protest serbischer und montenegrinischer nationalistischer Aktivist:innen nach Fushë Kosova (srb. *Kosovo Polje*, historischer Schauplatz der Schlacht vom Amselfeld), als während seiner Rede vor dem Gebäude Kämpfe zwischen der serbischen Menge und albanischen Polizisten ausbrach. Die von lokalen Serben geplante Aktion bot Milošević die Bühne für einen Auftritt als Beschützer der Serb:innen in Kosovo. Seine Rede wurde im serbischen Fernsehen übertragen und er zum Führer der radikalen Nationalist:innen; bis Ende des Jahres hatte er durch einen politischen Coup das Amt des serbischen Präsidenten übernommen (Schmitt 2008, 305ff.).

3. Von Milošević bis Rambouillet

Milošević konnte mithilfe der nach Titos Tod erstarkenden serbischen ethnonationalistischen Elite in Belgrad seine Macht durch die Instrumentalisierung der Kosovo-Problematik in medialer Propaganda und geplanten Massenaufständen stetig ausbauen und auch in Montenegro und der Vojvodina 1988 die politische Führung durch Gefolgsleute ersetzen (Malcolm 1998, 340f.; s.a. Halili 2019, 127ff). Um die Verfassung von 1974 erneut zu ändern, brauchte er aber auch die (albanischen) Vertreter der KP in Kosovo. Trotz Massenstreiks und mehrtägigen Protesten wurde die Parteiführung entlassen und durch Loyalisten ersetzt. Im März 1989 wurde die Verfassung geändert, sodass Kosovos Autonomie nurmehr Symbolcharakter besaß. Die Provinz wurde wieder zu „Kosmet", Straßen umbenannt und ein *de facto* Apartheidsregime zulasten der nicht-slawischen Bevölkerung legalisiert (Vickers 1998, 241ff). Nach Übergriffen auf serbische Haushalte im April 1990 in Reaktion auf ungeklärte Vergiftungsfälle albanischer Kinder wurden die Polizei- und (para-)militärische Präsenz massiv erhöht und die Rechte von Albaner:innen in Kosovo weiter eingeschränkt, Medien und Kultureinrichtungen geschlossen und albanische Beamte, Mediziner:innen und Lehrkräfte entlassen (Malcolm 1998, 346f.).

Kosovo war trotz oberflächlicher Industrialisierung die ärmste Region Jugoslawiens geblieben, die vor allem landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe nach Serbien exportierte. Beamte waren meist lokale Serb:innen, während Albaner:innen der gesellschaftliche Aufstieg verwehrt blieb (Pettifer 2000, 92ff.). Daher ist die Gewalt nicht nur aus ethnischen, sondern auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu verstehen. Unter der Verfassung von 1974 hatte Belgrad zunehmend die wirtschaftliche Kontrolle über Kosovo verloren und die Albaner:innen mit Unterstützung der oft als Gastarbeiter:innen im Westen lebenden Diaspora dominierten bald die Finanz- und Wirtschaftsstrukturen, wobei sie auch die marktwirtschaftliche

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Öffnung nutzen konnten. Die lokalen Serb:innen aber blieben größtenteils von Löhnen aus Belgrad abhängig und wurden vielfach wirtschaftlich abgehängt.

Nach anfänglicher Passivität organisierten sich albanische Parlamentarier:innen im Sommer 1990 und legten Pläne zur Schaffung einer Autonomen Republik Kosovo innerhalb Jugoslawiens vor, die sie nach der Blockade des Parlaments auf dessen Parkplatz verabschiedeten. Inspiriert von den kroatischen und slowenischen Unabhängigkeitserklärungen organisierten sie 1991 ein Referendum über die Unabhängigkeit Kosovos als multi-ethnische Republik, die im Mai 1992 unter Boykott der Serb:innen und Montenegriner:innen, aber unterstützt von vielen nicht-albanischen Muslimen, mit 99 Prozent Zustimmung ausgerufen wurde. International fand sie kaum Beachtung und wurde einzig von Albanien unter dem 1992 gewählter Präsident Sali Berisha anerkannt (Schmitt 2008, 314). Die serbischen Behörden verhängten erneut den Ausnahmezustand und verabschiedeten mit der neuen zentralistischen Verfassung im November 1990 die Grundlage für eine umfassende „Serbisierung" Kosovos einschließlich der Ansiedlung tausender serbischer Geflüchteter aus der Krajina und weitgehenden Entrechtung der Albaner:innen, die nun in einem brutalen Polizeistaat lebten. Angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Kosovos breiteten sich kriminelle Netzwerke aus, deren Führer auch politische Macht hatten und deren Milizen Gewalt an der (albanischen) Zivilbevölkerung verübten (ibid).

Diese organisierte sich im Untergrund, wo sie mit finanzieller Unterstützung aus der Diaspora Schulen, Krankenhäuser und politische Strukturen unterhielt. Angesichts der existentiellen Bedrohung gelang es einer intellektuellen Elite um den Direktor der Schriftstellervereinigung, Dr. Ibrahim Rugova, die kosovo-albanische Bevölkerung in einem explizit gewaltfreien Widerstand zu einen. Politische Parteien wurden gegründet und aus den 1992 organisierten Wahlen ging die Demokratische Liga Kosovos (*Lidhja Demokratike e Kosovës*, LDK) von Rugova als Siegerin und er als Präsident hervor (Malcolm 1998, 387f.). Rugova bemühte sich weitgehend vergeblich um internationale Unterstützung seiner Bewegung. Zwar wurde er 1992 zur Konferenz über das Ehemalige Jugoslawien in London eingeladen, diese brachte jedoch für Kosovo keine Ergebnisse, abgesehen von einer Beobachtungsmission, die von den serbischen Behörden wieder ausgewiesen wurde (Weller 1999, 2018; Vickers 1998, 266). Eine von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingesetzte Schiedskommission unter Robert Badinter behandelte die Legitimität der kosovarischen Unabhängigkeitsansprüche nicht (Bellamy 2002, 26f.). Wieder wurde Kosovo bei der internationalen Schlichtung auf dem Balkan übergangen, wieder mit weitreichenden Folgen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Die jugoslawischen Wahlen 1992 wurden von den Kosovo-Albaner:innen boykottiert, trotz Appellen westlicher Regierungen, den gemäßigten Kandidaten Milan Panić zu unterstützen. Die Rugova-Regierung hoffte auf ein internationales Eingreifen und befürchtete, eine Verbesserung ihrer Lage unter Panić könnte diesem Ziel schaden (Vickers 1998, 268f.). Als Kosovo im Friedensvertrag von Dayton zur Beilegung des Bosnien-Krieges 1995 nicht erwähnt und Milošević als Friedensbringer hofiert wurde, war der gewaltfreie Ansatz für viele Kosovo-Albaner:innen gescheitert (Schmitt 2008, 321). Insbesondere das Versagen der Internationalen Gemeinschaft in Srebrenica ließ gewaltbereite Stimmen erstarken. Albaner:innen und Serb:innen lebten zu diesem Zeitpunkt fast vollständig voneinander isoliert. Für die Kosovo-Serb:innen hatte Belgrads Politik in der Provinz vor allem negative Folgen, trotzdem blieben viele von ihnen, auch aufgrund des Drucks aus Serbien, die serbische Präsenz zu sichern. Zugleich baute die orthodoxe Kirche in großem Stil Kirchen und Klöster in Kosovo (Vickers 1998, 289ff.)

Durch den ausbleibenden Erfolg von Rugovas Politik und zunehmende Kritik an seinem autoritären Führungsstil sank der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt und zuvor marginalisierte Gruppen gewannen an Einfluss, allen voran die selbsternannte Kosovarische Befreiungsarmee UÇK (alb. *Ushtria Çlirimtare e Kosovës*), ein Zusammenschluss nationalistischer Untergrundorganisationen, der ab 1996 durch Anschläge auf serbische Sicherheitskräfte in Kosovo internationale Aufmerksamkeit erlangte (Reuter 2000a, 171). Die serbische Führung reagierte mit brutalen Gegenschlägen mit vielen zivilen Opfern. Auf das Massaker am regionalen UÇK-Anführer Adem Jashari und über 50 seiner Familienmitglieder im Dorf Prekaz im März 1998 folgte eine Welle der Solidarisierung unter der albanischen Bevölkerung mit der UÇK. Fortan verschärfte sie die Angriffe auf serbische Kräfte, um internationale Aufmerksamkeit zu erreichen, wobei sie den Tod albanischer Zivilist:innen und Zerstörung ganzer Dörfer in Kauf nahm und selbst brutal gegen Serb:innen und vermeintliche albanische Kollaborateure vorging (Reuter 2000a, 175). Milošević kamen die anhaltenden Unruhen zupass, da er innenpolitisch zusehends unter Druck geriet und Kosovo als bewährte Ablenkung nutzen konnte.

Die dezentral organisierte Guerrilla-Gruppe operierte größtenteils mit Handfeuerwaffen, die sie nach dem Kollaps der Berisha-Regierung 1997 über die albanische Grenze schmuggelte (Schmitt 2008, 323). Aus traditionellen ländlichen Strukturen kommend, machten sie den urbanen Eliten um Rugova die Deutungshoheit im Widerstand zusehends streitig und wurden auch von der Diaspora unterstützt. Der in Deutschland lebende LDK-Ministerpräsident Bujar Bukoshi versuchte, die alternative Militäreinheit *Forcat e Armatosura të Republikës së Kosovës* (Streitkräfte der Republik Kosovo, FARK) aus ehemaligen jugoslawischen Offizieren zu etablieren,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

was die Spannungen zwischen LDK und UÇK noch verstärkte. Während es der UÇK gelang, Gebiete in Zentralkosovo unter ihre Kontrolle zu bringen, wurden sie im Sommer 1998 von einer serbischen Großoffensive vernichtend geschlagen. Im Oktober verhandelte US-Chefverhandler Richard Holbrooke ein Waffenstillstandsabkommen und im Februar 1999 wurden im Jagdschloss Rambouillet bei Paris internationale Friedensverhandlungen einberufen (Reuter 2000a, 178; s. weiterführend Petritsch & Pichler 2004; Weller 2008 & 2009; Bellamy 2002).

Die Europäische Gemeinschaft war kaum außenpolitisch handlungsfähig. Die USA, zu diesem Zeitpunkt unbestrittene Weltmacht, hatten seit 1994 auf dem Balkan eine internationale Führungsrolle übernommen, gegen den Willen Russlands und Chinas, ebenfalls ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat (Schmitt 2008, 327f.). Als Kompromiss wurde im September 1998 die *Kosovo Diplomatic Observer Mission* (KDOM) entsandt und im Oktober durch die *Kosovo Verification Mission* (KV) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ersetzt. Als nach den Erfahrungen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina in Kosovo erneut Zivilist:innen Opfer interethnischer Gewalt wurden, hatte Milošević internationales Vertrauen verloren. Im Herbst 1998 bemühten sich die USA in Absprache mit der Balkan-Kontaktgruppe, die sich im Bosnienkrieg gebildet hatte und neben ihnen aus Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien bestand, um indirekte Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien mittels Shuttlediplomatie, jedoch ohne Ergebnis (Weller 1999, 2019). Nach dem Massaker von Račak (alb. *Reçak*) an mindestens 40 albanischen Zivilst:innen in Vergeltung der Tötung serbischer Polizisten durch die UÇK besuchte KVM-Missionsleiter William Walker den Ort mit Pressevertreter:innen und die internationalen Medienberichte erhöhten den politischen Handlungsdruck (Rogel 2003, 176). Die Konfliktparteien waren sich der internationalen Aufmerksamkeit bewusst und lernten, ihr öffentliches Handeln deren Logik anzupassen. Während Milošević dazu jedoch einen ganzen Staatsapparat einschließlich Informationsministerium zur Verfügung stand, war die UÇK auch im Kampf um die Deutungshoheit auf Guerillataktiken angewiesen und setzte auf die Unterstützung der USA (BBC 2001, ab 45:40).

Je 16 Delegierte aus Kosovo und Serbien sowie Delegationen der Kontaktgruppe nahmen an den Verhandlungen unter Führung der französischen und britischen Außenminister Hubert Vedrine und Robin Cook teil; die EU wählte den österreichischen Diplomaten Wolfgang Petritsch als institutionellen Vertreter. Die Gastgeber sahen in dem Treffen die letzte Möglichkeit für eine diplomatische Lösung, nachdem die USA bereits auf militärische Maßnahmen gedrängt hatten. Aus Kosovo kamen Vertreter:innen der LDK (Präsidiums-Mitglied Edita Tahiri als einzige Frau), der damals zweitstärksten Partei Vereinte Demokratische Bewegung (alb. *Lëvizja e*

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bashkuar Demokratike, LBD) und der UÇK, außerdem der Journalist Veton Surroi (Bellamy 2002, 133). Serbien wurde vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ratko Marković und später Präsident Milan Milutinović geleitet und enthielt auch der Vertreter der in Kosovo lebenden Ethnien, die jedoch keinen Einfluss nahmen (ibid).

Die Verhandlungen wurden auf Basis einer Reihe nicht-verhandelbarer Prinzipien geführt, die beiden Parteien zu Beginn vorgelegt wurden, einschließlich der territorialen Integrität der Volksrepublik Jugoslawien und ihrer Nachbarländer, der autonomen Selbstverwaltung Kosovos, der Demilitarisierung beider Seiten und einer Neuverhandlung der Statusfrage nach drei Jahren (Weller 1999, 225f.). Wie Weller (ibid, 227ff) beschreibt, zeigte sich die kosovarische Seite zunächst konstruktiv, während die serbische Delegation von den Verhandlungen abzulenken versuchte. Auch direkte Gespräche des US-Diplomaten Christopher Hill mit Milošević in Belgrad brachten kein Ergebnis. Das Entgegenkommen gegenüber der serbischen Delegation empörte die kosovarische Delegation, die nicht zuletzt durch die Uneinigkeit der Kontaktgruppe in der Defensive war.

UÇK-Anführer Hashim Thaçi verdrängte Ibrahim Rugova bei den Verhandlungen endgültig aus seiner Führungsrolle und erwarb sich seine Position als bevorzugter Partner in Kosovo vor allem für die USA. In einer Biografie beschreibt er, wie er mit einer Mischung aus Versprechen und Druck besonders vonseiten der amerikanischen Außenministerin Madeline Albright zu Zugeständnissen bewegt wurde (Boyes & Jagger 2018, 73ff). Kurz vor der Deadline am 23. Februar stimmte er einer Lösung in Form eines vermeintlich neutralen Zusatzes zu, in Verbindung mit einem Brief an Albright, der ein Referendum über Kosovos Status in Aussicht stellte (Bellamy 2002, 141; BCC 2001, ab 1:22:53). Am 15. März kehrten die Delegationen nach Frankreich zurück, doch die serbische Seite verweigerte Zugeständnisse zur Autonomie Kosovos. So unterschrieben am 18. März nur die kosovarischen Vertreter. Zur gleichen Zeit hatte die serbische Armee erneut großangelegte Angriffe in kosovarischen Dörfern begonnen, die neben vielen Toten auch mehr als 200.000 Binnenvertriebene und den Rückzug der OSZE-Mission zur Folge hatten. Am 22. März unternahm Holbrooke einen letzten Versuch, mit Belgrad zu verhandeln, wurde jedoch abgewiesen (Weller 1999, 235f.).

Laut Kritiker:innen wie Krause (2000, 113) wurden die Verhandlungen „in großer Eile und ohne große Umsicht geführt" und das diplomatische Potential nicht ausgeschöpft. Besonders die USA behaarten auf einer glaubwürdigen militärischen Abschreckung als unverzichtbares Mittel, um politischen Druck auf Milošević auszuüben. Eine Woche vor Verhandlungsbeginn in Rambouillet veröffentlichte die NATO ein Statement, das die Möglichkeit militärischer

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Maßnahmen einschließlich Luftangriffe in Aussicht stellte, falls die Parteien ihren internationalen Verpflichtungen nicht nachkämen (Weller 1999, 223). Da mit der Autorisierung des UN-Sicherheitsrats die rechtliche Grundlage fehlte, wurden die Menschenrechtsverletzungen und humanitäre Katastrophe sowie Gefahr für regionale Stabilität betont. Bei persönlichen Gesprächen in Moskau soll ihr der russische Außenminister Igor Iwanow laut Albright recht gegeben haben, dass Milošević nur militärisch zum Einlenken bewegt werden könne, von ihr als Duldung interpretiert (BBC 2001, ab 1:08:48). Nachdem das letzte Angebot der Kontaktgruppe am 23. März 1999 in Belgrad abgelehnt wurde, begann am 24. März die *Operation Allied Force*.

4. Kosovo-Krieg und internationales Protektorat

Wegen des fehlenden UN-Mandats, vor allem aber aufgrund innenpolitischer Erwägungen bestand unter den NATO-Mitgliedsstaaten keine einheitliche Linie für die Militärintervention, die durch komplexe interne Entscheidungsprozesse regelmäßig verzögert wurde (Bellamy 2002, 156f.). Entscheidend war die brutale Gewalt gegen Zivilist:innen beim Versuch der „ethnischen Säuberung" Kosovos. Diese konnte durch die Mission jedoch nicht verhindert werden, denn dazu wären auch Bodentruppen notwendig gewesen, die von den meisten Staaten abgelehnt wurden (ibid, 196f.). Die erste Phase des als kurzer, limitierter Krieg geplanten Einsatzes dauerte drei Tage und legte zentrale Schwächen der Einsatzstrukturen frei (ibid, 162f.). Milošević versuchte gezielt, die zögerlichen Staaten gegen den Einsatz zu stimmen, doch die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen liefen dem entgegen und führten zu einer wachsenden Flüchtlingskrise, die den Handlungsdruck noch erhöhte, je näher der Winter kam.

Der Einsatz blieb hinter seinen Zielen zurück und die Kapitulation Belgrads lange nicht abzusehen, während die Zahl ziviler Opfer wuchs. Der Angriff auf das Hauptquartier des serbischen Staatsfernsehens wurde besonders in Russland verurteilt und die versehentliche Bombardierung eines kosovarischen Flüchtendenkonvois mit etwa 75 Toten löste internationales Entsetzen aus (ibid, 167f.). Zentral für die Verhandlungen mit Russland wurden die Treffen der G8 Industriestaaten. Nach Gesprächen mit den USA entsandte Moskau den Sondergesandten Wiktor Tschernomyrdin, der auch als Vermittler mit Belgrad agierte und den diplomatischen Bemühungen in Zusammenarbeit mit dem finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari neuen Antrieb verlieh (ibid, 175f.). Auch gelang es ihm, die chinesische Regierung von einem Veto im Sicherheitsrat gegen die Friedensvereinbarung abzubringen. Die versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft mit drei Todesopfern hatte deren Kritik verschärft und beinahe zu einem Abbruch der diplomatischen Verhandlungen innerhalb der Kontaktgruppe geführt.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Mit der Einigung der NATO mit Russland schwand dessen Position als Schutzmacht Serbiens. Am 24. Mai 1999 erließ der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (*International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia*, ICTY) Haftbefehl gegen Milošević. Zugleich wurde durch einen Vorstoß Großbritanniens die Möglichkeit von Bodentruppen diskutiert. Offiziell blieben die internationalen Einheiten neutral, tatsächlich erfolgte aber wohl eine regelmäßige Kommunikation mit der UÇK (ibid, 194f.). Um seine Macht zu sichern, stimmte Milošević Verhandlungen zu: Nach einigen Tagen der Verzögerung, mutmaßlich zur Beseitigung der Beweise über das Ausmaß der Gewalt, wurde am 9. Juni 1999 das Friedensabkommen von Kumanovo unterzeichnet. Am folgenden Tag wurde im UN-Sicherheitsrat die Resolution 1244 verabschiedet, wodurch Kosovo in ein internationales UN-Protektorat überführt wurde (United Nations 1999). Als russische Truppen daraufhin den Flughafen einnahmen, wurde ein Konflikt nur durch die Schließung des ungarischen und rumänischen Luftraums und Befehlsverweigerung des KFOR-Kommandeurs Mike Jackson verhindert (Bellamy 2002, 201).

Die Archive der serbisch-kosovarischen Nichtregierungsorganisation (NRO) *Humanitarian Law Center* benennen 13.535 Tote und Vermisste des Krieges von 1998 bis 2000, darunter 8.676 Albaner:innen, 1.196 Serb:innen und 445 Rom:nja und andere, zudem 3.218 Soldat:innen (2.131 KLA und FARK, 1.084 serbische Kräfte und drei KFOR). Die Opfer des NATO-Einsatzes werden auf 758 beziffert, davon 488 in Kosovo, 260 in Serbien und 10 in Montenegro. 453 waren Zivilist:innen (220 Albaner:innen, 205 Serb:innen, 28 Rom:nja und andere) und 305 Soldat:innen, 276 jugoslawische und 29 UÇK (HLC 2015). 1.607 Menschen gelten bis dato als vermisst (Euractiv/AFP 2024). Schätzungsweise 20.000 Menschen wurden während des Krieges vergewaltigt, größtenteils kosovo-albanische Frauen und Mädchen. Hinzu kommen zahlreiche Überlebende sexualisierter Gewalt des Milošević-Regimes ab 1989 und eine unbekannte Anzahl daraus hervorgegangener Kinder (Halili & Xhemajli 2020).

Die UN-Verwaltung traf somit auf eine zutiefst traumatisierte Gesellschaft, in der praktisch jede:r Gewalt erfahren hatte. Interethnische Spannungen eskalierten regelmäßig und hatten angesichts fehlender Institutionen oft keine rechtlichen Folgen. Zahllose Häuser und große Teile der öffentlichen Infrastruktur waren zerstört, die Wirtschaft war zum Erliegen gekommen und Ernteausfälle erzeugten Nahrungsmittelknappheit. Von Minen und NATO-Blindgängern gingen Gefahren aus (Eisele 2000, 492f.). Die ohnehin rudimentären politischen Strukturen waren geschwächt durch Machtkämpfe zwischen LDK und UÇK, nachdem letztere im April 1999 Thaçi unilateral und in Opposition zu Bukoshi zum Premierminister ernannte (Schmitt 2008, 334f.). Nicht zuletzt ging es darum, nachhaltige regionale Stabilität zu gewährleisten, besonders

10.15772/ANDRASSY.2026.002

angesichts der direkt aus Kosovo verstärkten Radikalisierung unter Albaner:innen in Mazedonien.

Unter Leitung des UN-Sondergesandten Bernhard Kouchner (*United Nations Special Representative*, UNSR), gliederte sich die Mission in vier Säulen (Eisele 2000, 489; Elbasani 2018, 154). Die UN waren neben der Koordination für den Aufbau öffentlicher Institutionen wie Bildung und Justiz zuständig, während die UN-Geflüchtetenagentur des UNHCR Hilfe für die Vertriebenen koordinierte. Die OSZE war für Demokratisierung zuständig und die EU für den ökonomische Wiederaufbau (De Wet 2009, 84). Zudem sollte ein politischer Prozess zur Klärung der Statusfrage initiiert werden (Mertus 2009, 470). In Kombination mit der Komplexität der diplomatischen Prozesse und fehlendem Verständnis der Dynamiken vor Ort resultierte die fortwährende Uneinigkeit der Akteure in „ein[em] geringe[n] Maß an Abstimmung, insbesondere zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union" (Schmitt 2008, 327). Hinzu kam ein Mangel an Ressourcen durch verspätete Bereitstellung von Finanzen und Personal, das von den entsendenden Staaten oft zunächst gesucht bzw. ausgebildet werden musste, Eigeninteressen und eine zunehmende Politisierung (Elbasani 2018, 155). Stabilität behielt Priorität gegenüber demokratischen Prinzipien beim Aufbau der neuen Institutionen. Schmitt (2008, 338) resümiert: „Von den Problemen des Kosovo – Wirtschaftskrise, Energiemangel, Arbeitslosigkeit, ethnische Spannungen, Rechtsstaatlichkeit – hat die UNMIK unter diesen Umständen keines wirklich einer endgültigen Lösung zuzuführen vermocht".

Zunächst wurden der Aufbau von Infrastruktur priorisiert, was gemeinsam mit der Beschäftigung lokaler Kräfte in der öffentlichen Verwaltung und im durch die Vielzahl gutverdienender „Internationals" schnell wachsenden Dienstleistungssektor eine Scheinkonjunktur auslöste (Schmitt 2008, 338). Offizielle Währung wurde die D-Mark, ab 2002 der Euro. Die hohen Wachstumsraten konnten durch die starke Nachfrage im Bausektor aufrechterhalten werden, einhergehend mit Korruption und illegaler Bebauung (Wittkowsky 2021, 129f.). Der Aufbau einer multiethnischen Polizei, der erstmals auch Frauen angehörte, wurde weithin als Erfolg betrachtet, der sich auch in den Kriminalstatistiken spiegelte. Allerdings gelang es den Kräften nicht, die florierende Organisierte Kriminalität zu bekämpfen, die oft mit den politischen Strukturen verwoben war (Schmitt 2008, 338). Die neuen politischen Eliten, größtenteils aus dem Umfeld der UÇK und LDK, besetzten nach Ende des Krieges kommunale Ämter und volkseigene Betriebe (Wittkowsky 2021, 121; 133). Die Privatisierung wurde aufgrund der Uneinigkeit der internationalen Akteure verzögert und die 2002 gegründete *Kosovo Trust Agency* konnte erst 2005 ihre Arbeit aufnehmen. Die öffentliche Grundversorgung und die mehrheitlich

10.15772/ANDRASSY.2026.002

serbischen Enklaven, die sich mit Unterstützung Belgrads widersetzten, blieben ausgenommen (ibid, 135f.). Den Erfolgen der Privatisierung gegenüber stand die Unfähigkeit, trotz eigentlich guter Bedingungen den Energiesektor nachhaltig zu gestalten. Auch die Bereicherung internationaler Firmen am Wiederaufbau ist seither Gegenstand von Kritik (ibid; Schmitt 2008, 337; Karnitschnig 2024).

Die in der Resolution 1244 vorgesehene lokale Verwaltung nahm schrittweise Gestalt an. Eine *Joint Interim Administration* (JIAS) mit kosovarischen Vertreter:innen wurde im Januar 2000 gebildet. Im Oktober fanden die ersten Kommunalwahlen statt. 2001 wurden der Verfassungsrahmen für die Interims-Selbstverwaltung (*Constitutional Framework on Interim Self-Government in Kosovo*) und darin die *Provisional Institutions of Self-Government* (PISG) geschaffen, die außerhalb der UNMIK, aber mit hoher Beteiligung internationaler Expert:innen operierten. Darin festgelegt wurde Kosovo als parlamentarische Demokratie mit proportionalem Wahlsystem, das über Quotenregelungen die Vertretung der Minderheiten garantierte (UNMIK 2001). Zentrale Politikfelder wurden weiter von UNMIK vertreten und die Statusfrage ausgeklammert (Wittkowsky 2021, 121f.). Im Ergebnis blieb die Souveränität weit hinter dem Standard der Verfassung von 1974 zurück, was zu wachsender Kritik in der albanischen Bevölkerung führte.

Um der Statusfrage Aufschub zu gewähren, legte UNMIK unter dem UNSR Michael Steiner 2002 eine Reihe von Reformzielen (*Benchmarks*) als Voraussetzung für Verhandlung über die Souveränität fest und prägte das Diktum „standards before status". Dies erzeugte Frustration unter der albanischen Bevölkerung, die UNMIK zunehmend kritisch gegenüberstand (Schmitt 2008, 336f.; Beha 2024, 202). Im März 2004 brachen nach Falschmeldungen über die Ermordung drei albanischer Kinder Pogrome gegen Serb:innen aus, die drei Tage andauern und 19 Tote, hunderte Verletzter und große Zerstörung sowie eine neue Fluchtbewegung unter den noch verbliebenen Serb:innen und Rom:nja zur Folge hatten. Eine Untersuchung des UN-Generalsekretariats kam zu dem Schluss, fehlende Zielsetzung und Führung habe UNMIK bei der Statusfrage im Wesentlichen auf den „Erhalt des Status quo" (ibid, 127) reduziert und eine Lösung blockiert. Am 7. Oktober 2005 legte die Kontaktgruppe eine Reihe von Leitprinzipien zur Beilegung der Statusfrage fest (UNOSEK 2005). Auf deren Basis wurde erneut der ehemalige finnische Präsident Ahtisaari als Sondergesandter beauftragt, eine sowohl für Belgrad als auch für Prishtina und den UN-Sicherheitsrat akzeptable Lösung erarbeiten. Am 26. März 2007 übersandte er UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einen Umfassenden Vorschlag zur Beilegung der Kosovo-Statusfrage (*Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement*; Ahtisaari 2007).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

5. Unabhängigkeit bis 2025

Der Vorschlag des UN-Sondergesandten wurde 2007 in Prishtina angenommen, in Belgrad jedoch abgelehnt. Er sah eine zunächst international überwachte Unabhängigkeit als einzige langfristige Lösung für Kosovos Statusfrage vor (Security Council, 2007). Da sich der UN-Sicherheitsrat nicht auf eine Alternative einigen konnte, wurde keine Vereinbarung über die künftige Regierungsführung getroffen. Dennoch begannen 2007 die Vorbereitungen für Kosovos Unabhängigkeit mit Unterstützung der USA und EU, die auf vielfältigen internationalen und lokalen Widerstand stieß (Bieber 2011, 1789f.; Boguslaw 2020, 727f.).

Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien. Auf der Grundlage des Ahtisaari-Plans wurde vom Europäischen Rat ein Internationaler Zivilbeauftragter (*International Civilian Representative*, ICR) ernannt, der auch als EU-Sonderbeauftragter (*European Union Special Representative*, EUSR) fungierte. Gemeinsam mit UNMIK und mit Unterstützung des Internationalen Zivilbüros (*International Civilian Office*, ICO) sollte der EUSR den Plan innerhalb einer 120-tägigen Übergangsphase umsetzen und danach die Zuständigkeiten der Mission auf die kosovarischen Behörden übertragen (Ahtisaari 2007, 10f; Krasniqi 2012, 356; s.a. Greiçevci 2011). Bereits im April 2006 hatte die EU ihr Engagement im Kosovo in einem Ratsbeschluss bestärkt und ein Planungsteam (*EUPT Kosovo*) einberufen (Europäischer Rat 2006). Nach der Unabhängigkeitserklärung entsandte sie die zivile Mission *EULEX Kosovo*, um die Reform und den Aufbau der Justiz und Polizei zu unterstützen. Sie erhielt weitreichende Exekutivbefugnisse (Europäischer Rat 2008).

Strategische Differenzen zwischen den EU-Staaten und Akteuren begrenzten Umfang und Legitimität der Mission und erschwerten den Übergang von UNMIK zu EULEX (Krasniqi: 2012, 356f.; De Wet 2009, 85f.). Wie schon UNMIK, wurde EULEX bedeutend von den USA unterstützt. Unter den Mitgliedstaaten herrschte Uneinigkeit über Kosovos Unabhängigkeit, die von Griechenland, Rumänien, der Slowakei, Spanien und Zypern abgelehnt wurde. Erst als im Sicherheitsrat im November 2008 eine Einigung um eine neue Aufgabenteilung erzielt wurde, die EULEX *ex post facto* legalisierte, konnte die Arbeit richtig aufgenommen werden, wobei der UNSR der Mission übergeordnet blieb (ibid, 89f; Security Council 2008.). EULEX war eigentlich für zwei Jahre angelegt, in der Folge wurde das Mandat jedoch alle zwei Jahre durch den Europäischen Rat verlängert und die Mission übergab erst 2018 ihre exekutiven Funktionen an die kosovarischen Behörden. Personell verkleinerte, ist sie seither nur noch beratend tätig (De Wet 2009, 93; Europäischer Rat 2018; Europäische Union 2023). Auch UNMIK ist wegen der Uneinigkeit im Sicherheitsrat weiter in Kosovo präsent, dazu das UN Kosovo Team (UNKT),

10.15772/ANDRASSY.2026.002

geleitet durch den UN-Entwicklungskoordinator (UNMIK o.D.). Die US-Regierung fordert regelmäßig eine Exit-Strategie für UNMIK im Sicherheitsrat, wird aber von Russland und China blockiert (Haxhaj 2018; United States Mission to the United Nations 2021).

Bis Jahresende 2008 erkannten über 50 Staaten den neuen Status an, doch durch die Ablehnung Russlands und Chinas blieb das Land international isoliert (Bieber 2011, 1785). Ein Großteil der Kosovo-Serb:innen boykottierte die neuen Institutionen und nutzte aus Belgrad finanzierte parallele Strukturen (Mertus 2009, 461f.). Die serbische Regierung verweigerte eine Kooperation mit den kosovarischen Behörden, was zahlreiche praktische Probleme vom Grenzschutz bis zur Telefonvorwahl schuf. Trotz internationaler Hilfen blieben Armut und Arbeitslosigkeit weit verbreitet, was auch mit der Korruption und engen Verbindung zwischen politischen Eliten und organisiertem Verbrechen zusammenhing (Boguslaw 2020, 722).

Der Ahtisaari-Plan diente als Grundlage für die kosovarische Verfassung, die zu einem inklusiven, multiethnischen Nationalstaat beitragen sollte, dessen Bürger:innen ihre Loyalitäten langfristig von der ethnischen zur staatsbürgerlichen Identität übertragen sollten (Beha 2024, 204). Die Dezentralisierung räumte den 38 neu geschaffenen kosovarischen Gemeinden umfassende Kompetenzen ein (Bieber 2011, 1787; Ahtisaari 2007, 22f.). Beim Wettbewerb zur Festlegung der nationalen Symbole durch das UNKT standen Multiethnizität und EU-Annäherung im Vordergrund. Unter der Zivilbevölkerung wuchs derweil Ernüchterung und Kritik an den nationalen und internationalen Mächtigen im Land. Neben der eingeschränkten Staatlichkeit bestimmten Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption den Alltag (Boguslaw 2020, 722).

Auf Ansuchen der serbischen Regierung beauftragte die UN-Generalversammlung den Internationalen Gerichtshof (IGH) im Oktober 2008 mit einer völkerrechtlichen Stellungnahme zur kosovarischen Unabhängigkeitserklärung. Am 22. Juli 2010 kam der IGH zu dem Schluss, dass die Verabschiedung der Unabhängigkeitserklärung gegen keine anwendbare Regel des Völkerrechts verstoßen hatte. Obwohl ohne rechtlich bindenden Charakter, ebnete dies den Weg für einen Dialog zwischen Kosovo und Serbien, den der im gleichen Jahr gegründete Europäische Auswärtige Dienst (EAD) leiten sollte (IGH 2010; General Assembly 2010). Nach zehn Verhandlungsrunden wurde 2013 in Brüssel ein Abkommen mit 15 Schritten zur Normalisierung der Beziehungen unterzeichnet (Republika e Kosovës, 2010). Es war ein großer Erfolg, dessen Umsetzung jedoch bald stagnierte (Gashi & Novakovic 2020, 5). Zwar wurden weitere Dokumente unterzeichnet, doch abgesehen von einigen technischen Aspekten wenig erreicht.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2020 unterschrieben die beiden Parteien in Washington ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, unterstützt durch US-Investitionen (Armakolas et al 2021, 24f.). Auch die EU ernannte mit dem ehemaligen slowakischen Außenminister Miroslav Lajčák einen Sonderbeauftragten und übernahm wieder die Führung des Prozesses. Dieser verhandelte zusammen mit dem damaligen HRVP Josep Borrell im Februar und März 2023 in Ohrid und Brüssel ein weiteres Normalisierungsabkommen (EEAS 2023). Es wurde jedoch nicht unterschrieben und die serbische Regierung distanzierte sich alsbald davon. Ein von der kosovarischen Polizei im September 2023 in der Nähe des serbisch-orthodoxen Klosters Banjska in Nordkosovo vereitelter Terroranschlag serbischer Milizen stoppte den Dialog erneut (Eror 2023). Im Dezember 2024 wurde eine neue Einigung über Vermisste Personen erzielt (Euractiv/AFP 2024). Ab Februar 2025 übernahm der dänische Diplomat Peter Sørensen Lajčáks Amt (Si 2025). Am 15. Dezember 2022 bewarb sich Kosovo offiziell um eine EU-Mitgliedschaft; die Anfrage wurde bislang nicht bearbeitet (DW 2022).

a. Politik und Gesellschaft

Präsident Rugova starb Anfang 2006. Seine Partei LDK erfuhr bei den Parlamentswahlen 2007 große Verluste und es war Hashim Thaçi, der am 17. Februar 2008 als Premierminister die Unabhängigkeitserklärung im kosovarischen Parlament verlas. Als größte albanischen Parteien in Kosovo etablierten sich die liberal-konservative LDK, Thaçis national-konservative Demokratische Partei Kosovos (*Partia Demokratike e Kosovës*, PDK) und die linksliberale *Lëvizja Vetëvendosje* (Bewegung Selbstbestimmung, LVV). Die PDK und die kleinere Allianz für die Zukunft Kosovos (*Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës*, AAK) entstanden aus den UÇK-Strukturen. Thaçi hatte seit der Unabhängigkeit bis 2020 zentrale Regierungsfunktionen inne, bis 2014 als Premierminister in verschiedenen Koalitionen, von 2014 bis 2016 als Außenminister und anschließend bis 2020 als Präsident (Andrejevich 2024). Durch die Umwandlung der UÇK nach dem Krieg sicherten sich die Milizen mithilfe klientelistischer Netzwerke neben politischer auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontrolle, die die Teilhabe von Frauen und Minderheiten einschränkte (Reuter 2000b, 185f.; Cvetanoska 2021). „Die Festigung der UÇK als politische Kraft ist wesentlich das Ergebnis westlicher, besonders amerikanischer Diplomatie, die einen Verhandlungspartner suchte und diesen letztlich aufbaute“ schließt Schmitt (2008, 339; s.a. Boyes & Jagger 2018; BBC 2001). Politisch waren PDK und AAK zunächst auf Koalitionen mit der LDK angewiesen, deren Einflussverlust eine zunehmende „Repatriarchalisierung“ von einer urbanen Elite zu ländlich, traditionell aufgewachsenen und weniger gebildeten Militärs bedeutete (Schmitt 2008, 340f.).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Lëvizja Vetëvendosje! wurde 2005 als Bürger:innenbewegung aus der NRO *Kosovo Action Network* gegründet und richtet sich gegen korrupte Eliten und die von ihr als neokoloniales Protektorat betrachtete internationale Präsenz (Schwander-Sievers 2013, 98). Bekannt wurde die Gruppe um den dem ehemaligen Protestführer Albin Kurti durch kreativen Widerstand und den Einsatz von Tränengas im Parlament, weshalb sie als radikal gilt (Yabanci 2016, 26). Sie lehnt einen multiethnischen Staat ab und fordert die Integration der Minderheiten in die albanische Mehrheitsgesellschaft. (Hehir 2024, 220; Landau 2017, 455f.; Schneider 2012). Seit 2010 ist sie als politische Partei im Parlament vertreten und konnte 2021 allein eine Mehrheitsregierung unter Kurti bilden (Hehir 2024, 225). Der Konflikt mit Serbien über den Einfluss in Nordkosovo führte seither zu Spannungen. Koordiniert aus Belgrad legten 2022 hunderte kosovo-serbischer Beamter im Norden nach der Suspendierung des Regionaldirektors der Kosovo-Polizei ihr Amt nieder (Bami & Stojanovic 2022). In der Regierung stand LVV insbesondere für die Einschränkung der Medienfreiheit in der Kritik (ECPM 2024; KoSSev 2025). Dagegen sehen viele Kosovo-Albaner:innen die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und die Schließung paralleler serbischer Institutionen besonders nach dem Anschlag in Banjska positiv, obwohl die USA sie verurteilen und die EU 2023 politische und wirtschaftliche Maßnahmen erließ (IRI 2024; GLPS 2024). LVV wurde bei den regulären Parlamentswahlen im Februar 2025 erneut stärkste Kraft, konnte aber keine Regierung bilden, sodass im Dezember 2025 erneut vorgezogene Neuwahlen stattfanden (Shehu 2025).

In der kosovo-serbischen Parteienlandschaft dominiert seit dem Brüsseler Abkommen die Serbische Liste (*Srpska Lista*, SL), die seither bei allen Wahlen die serbischen Sitze im Parlament für sich beanspruchen konnte und die Zusammenarbeit mit den Institutionen in Prishtina verweigert. Politiker wie Oliver Ivanović und Nenad Rašić, der 2022 den SL-Minister im kosovarischen Kabinett ersetzte, widersetzen sich dem Einfluss Belgrads und erhalten dafür Beleidigungen und Drohungen, Ivanović wurde 2018 sogar ermordet (Dragoljo & Isufi, 2022). Durch die abnehmende Macht krimineller Strukturen bildeten sich aber auch neue Bewegungen, die zunehmend lokale serbische Interessen verfolgen (Dugalic 2025; Paçarizi 2025). Parteien anderer ethnischer Minderheiten sind durch die Quotenregelung im Parlament und der Regierung vertreten, vor allem aber auf kommunaler Ebene aktiv (Simonsen 2006, 297f.).

Im Jahr 2000 wurden die Bevölkerung Kosovos auf etwa zwei Millionen geschätzt, davon 88 Prozent Albaner:innen, 7 Prozent Serb:innen und 5 Prozent Bosniak:innen, Rom:nja, Türk:innen und andere. Die Bevölkerung war jünger als im europäischen Durchschnitt und etwa zur Hälfte von Armut betroffen (Statistical Office of Kosovo 2003). Seither ist sie älter, urbaner

10.15772/ANDRASSY.2026.002

und wohlhabender geworden (ASK 2024, 32ff.; Zeqiri 2024). 2011 und 2024 wurde der Zensus im Norden boykottiert. Die *European Stability Initiative* (ESI 2024, 5) schätzt für 2002 etwa 129.000 Serb:innen in Kosovo und 2024 knapp 100.000. Dies eingerechnet waren in Kosovo 2024 etwa 88 Prozent Albaner:innen, 6 Prozent Serb:innen, 2,2 Prozent Romn:nja, Ashkali und Ägypter:innen, 1,6 Prozent Bosniak:innen, 1,2 Prozent Türk:innen und 0,5 Prozent Gorani.

Ein Großteil der albanischen Bevölkerung ist muslimisch, die serbische nahezu ausschließlich orthodox (ASK 2024, 46). „Serbische ethnische Identität und die Zugehörigkeit zum orthodoxen Glauben stellen in der serbischen Eigen-, aber auch der Fremdwahrnehmung eine Einheit dar" (Schmitt 2008, 262). In Kosovo erfüllt Religion zudem diverse Funktionen für die serbische Minderheit und dient als wichtiger Identitätsanker (Funk 2021). Der Islam hat heute kaum politische Bedeutung und eine ablehnende Haltung bis hin zu Islamophobie ist unter den albanischen politischen Eliten Kosovos verbreitet (ibid; Schmitt 363f.). Sie befürchten Radikalisierung durch den Einfluss islamischer Staaten, die seit Kriegsende Einfluss gewonnen haben (s.a. Bieber & Pollozhani 2023). Ebenso wichtig ist die Außendarstellung Kosovos als Teil Europas durch panalbanische christliche Held:innen wie Skanderbeg und Mutter Theresa (Musliu 2021, 3). Ausgehend von der Annahme, Albaner:innen seien vor der Ankunft der Osmanen auf dem Balkan katholisch gewesen, gibt es seit einiger Zeit einen lokalen „Rechristianisierung"-Trend, der als panalbanischer Geschichtsrevisionismus kritisiert wird (Higgins & Mejdini 2025).

Internationale NRO wie *Freedom House, International Institute for Democracy and Electoral Assistance* und dem *Varieties of Democracy* Index verorten Kosovo im Prozess der Demokratisierung (Freedom House 2024; Gola & Brand 2024; Begisholli 2023). Während *Reporter ohne Grenzen* 2010 über verbreitete Instrumentalisierung von und Druck auf Medienschaffende berichtete, ist 2024 ist eine pluralistische Medienlandschaft erkennbar, die jedoch unter finanziellen Druck steht und ethnisch segregiert ist (Basile 2010; RSF 2024). Unabhängigkeit und Qualität der Berichterstattung leiden unter Einflussnahme, Polarisierung und fehlender Professionalisierung, durch politische Maßnahmen nur bedingt erleichtert (A. Gashi 2021).

Während Coelho (2012, 2) von einer pluralistischen kosovarischen Zivilgesellschaft vor dem Krieg spricht, kann davon laut Schmitt (2008, 354f.) keine Rede sein. Nach dem Krieg kam der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle im Graswurzel-Staatsaufbau zu, aktiv gefördert von UNMIK und internationalen Geldgebern (Zeqiri 2016; s.a. Pula 2005). Von rund 50 Organisationen im Jahr 1999 stieg die Zahl bis 2018 auf 9016 lokale und 530 ausländische und internationale NRO in Kosovo, die meisten in Prishtina, Mitrovica und Prizren (ibid, 266; Radosavljević & Radivojević 2021, 6). Da Geberinteressen im Vordergrund standen, wurden bei der Festlegung

10.15772/ANDRASSY.2026.002

der Agenda lokale Bedürfnisse oft zurückgestellt und depolitisiert, wobei die Vormachtstellung internationaler Organisationen lokale Akteure zusätzlich herausforderte (Coelho 2012, 10f; Sörensen 2009, 256). Sie können in der Regel frei arbeiten und unterstützen die Kontrolle demokratischer Reformen, sind aber auch Anfeindungen ausgesetzt und arbeiten teils intransparent (European Commission 2024, 23ff.; EESC 2023, 2f.; s.a. Wunsch 2018). Strategische Partnerschaften zwischen kosovo-albanischen und -serbischen Organisationen sind selten, trotzdem spielen zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle für interethnische Versöhnung und Übergangsjustiz und haben sich diverse wegweisende Institutionen etabliert (Radosavljević & Radivojević 2021, 10ff.; Carpintero Molina 2021; Maloku 2024; Guri 2023).[3]

b. Interethnische Versöhnung

Die politische Dominanz der UÇK förderte eine Erinnerungskultur, die ein Trajekt vom Tod Jasharis 1998 bis zur Unabhängigkeit 2008 zeichnet und alternative Erinnerungen und Traumata negiert (Boguslaw 2020; s.a. Schwandner-Sievers 2010, 2013). Öffentliche Kritik gegen die dominante Lesart gibt es kaum, ist aber privat besonders unter weiblichen Intellektuellen verbreitet (Schmitt, 359f.). Ein zentrales Hindernis inklusiver Strukturen ist die sprachliche Segregation, wodurch Bildung und Medien weitgehend ethnisch getrennt sind (Simonsen 2006, 303; Dahlman & Williams 2010, 410). In der Verfassung sind Albanisch und Serbisch gleichwertige Amts- und Bildungssprachen, regional auch Bosnisch, Türkisch und Romani (Ministerium für Kommunale Verwaltung 2018). Die Umsetzung ist jedoch lokal unterschiedlich und Minderheiten sind oft benachteiligt; zudem gibt es kaum Anreize, die jeweils andere Sprache zu lernen (Simonsen 2006, 303f.; Haxhiaj 2020). Das Bildungssystem wird vom albanischen staatlichen Schulsystem und den serbischen Parallelstrukturen dominiert (Božić 2010, 282f.; OSCE 2009, 15), wobei serbische und albanische Schulbücher Kosovo vollkommen unterschiedlich darstellen (Semić 2017, 316f.; Shahini 2016). So werden neben räumlichen und sprachlichen auch ontologische Barrieren gegen inter-ethnische Versöhnung gefestigt.

Übergangsjustiz und Rechtsreformen wurden nach Ende des Krieges zum Kernelement der Versöhnungsstrategien (Griessler 2020, 22ff.). Viele Verbrechen blieben jedoch unbearbeitet und werden in den nationalen Diskursen sehr unterschiedlich bewertet (Simonsen 2006, 305).

[3] Dazu gehören politische NRO wie das *Humanitarian Law Center* in Prishtina und Belgrad, *Voice of Roma, Ashkali and Egyptians*, *Aktiv*, *New Social Initiative*, *Mitrovica Women Association for Human Rights*, Kulturinitiativen wie die *Mitrovica Rock School*, die Kunstförderungsstiftung *Shtatëmbëdhjetë*, das Festival *„Mirëdita, dobar dan!*", *Qendra Multimedia*, regionale Medieninitiativen wie das *Balkan Investigative Reporting Network* (BIRN), *Kosovo 2.0*, *KoSSev*, *Sbunker* und *Factorial*, aber auch Gewerkschaften und regionale Jugendorganisationen wie die *Youth Initiative for Human Rights* und das *Regional Youth Cooperation Office* (RYCO).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

UÇK-Milizen wie Thaçi, der AAK-Führer und ehemalige Premierminister Ramush Haradinaj und andere wurden vom ICTY vorgeladen, aber unter anderem wegen der Einschüchterung oder sogar Ermordung von Zeugen freigesprochen (Schmitt 2008, 355). Auch EULEX verurteilte keine hochrangigen Politiker:innen für Kriegsverbrechen (Mušanović 2021, 194). 2010 warf Dick Marty, Sonderberichterstatter des Europarats, der UÇK Folter, Mord und Organhandel vor (CoE 2010). In Den Haag wurde 2016 mit der *Kosovo Specialized Chambers* ein Sondertribunal zur Aufarbeitung dieser Verbrechen eingerichtet. Es hat allerdings wenig Akzeptanz in Kosovo, zumal Beweise für den Hauptvorwurf des Organhandels bis heute fehlen (Hehir 2019, 267ff.; Mušanović 2021, 195; Ejdus 2017, 7f.). Seit 2020 sind Thaçi und andere ehemalige UÇK-Funktionäre vor dem Gericht angeklagt (Haxhiaj 2023). Im Jahr 2024 verabschiedete die LVV-Regierung eine Strategie für die Übergangsjustiz (Ministry of Justice 2024; EULEX 2024). Besonders kosovo-serbischen NRO kritisieren sie jedoch als Propaganda der Regierungspartei, die kosovo-serbische Standpunkte missachte (KoSSev 2024; Haxhiaj 2024). Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit ist noch keine umfangreiche Bewertung möglich.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

C. Staatliche Emanzipation im „Land der zwei Geschichten”

Die Deutung des Konflikts zwischen serbischen und albanischen Ansprüchen hat Kosovo zum „Land der zwei Geschichten” werden lassen: Einer albanischen von den Illyrer:innen bis zur Unabhängigkeit 2008 und einer serbischen vom Reich König Dušans bis zur Rückeroberung 1912 (Bieber & Daskalovski 2003, 3; Hajrullahu 2007, 38; Schmitt 2008, 29). Wie dieses Kapitel gezeigt hat, ist die Wahrheit jedoch deutlich vielschichtiger und Gegenstand komplexer gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und identitätspolitischer Mobilisierung unter dem weitreichenden Einfluss internationaler Akteure. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts unterlag das Gebiet rivalisierenden Ansprüchen eines durch die international organisierte serbische Elite erfolgreich institutionalisierten serbischen Nationalismus‘ und erwachenden Autonomiebestrebungen traditionell staatsferner albanischer Clans, deren Nationalismus sich spät entwickelte und im Osmanischen Reich erfolgreich unterdrückt wurde. Bei der Aufteilung des Balkans durch die europäischen Großmächte spielten albanische Interessen eine untergeordnete Rolle und waren Staats- und Nationenbildung vor allem durch Fremdbestimmung geprägt.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts und teils bis heute spielten internationale Allianzen und Narrative eine zentrale Rolle, von lokalen Bündnissen während der Weltkriege bis zum Partisanenmythos unter Tito und Hoxha, wohinter kosovarische Ansprüche lange zurückstanden. Der heutige Nationalstaat in seiner Form und Ausrichtung wurde direkt durch die internationale Staatengemeinschaft geschaffen, wobei auch Stellvertreterkonflikte vom Berliner Kongress bis zur Rezeption des NATO-Einsatzes eine Rolle spielen. So kommt zur Jahrtausendwende eine dritte Geschichte hinzu: Kosovo als von außen und innen geschaffenes multi-ethnisches Protektorat mit dem Ziel der Aufnahme in die EU. Während die EUropäische Staatengemeinschaft im Zuge der Jugoslawienkriege lange nicht gemeinsam handlungsfähig war, übernahm sie nach der Unabhängigkeit die leitende internationale Rolle in der weiteren Entwicklung Kosovos. Dieser widmet sich das folgende Kapitel.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

III. Die EU und Kosovo

130 Jahre nach dem Berliner Kongress wurde Kosovo unabhängig, wenngleich die fehlende Anerkennung insbesondere Russlands und Chinas und der bedeutende Einfluss internationaler Akteure auch nach 2008 die Souveränität erheblich beschränkten. Während diplomatische Verhandlungen im Verlauf der postjugoslawischen Kriege die Kosovo-Frage zunächst ausklammerten und den friedlichen Widerstand nicht ernst nahmen, erhöhte die Gewalt gegen Zivilist:innen durch jugoslawische Sicherheitskräfte nach dem Aufstieg der UÇK den internationalen Handlungsdruck und verkleinerte zugleich den Spielraum der Verhandlungen signifikant, sodass ein Verbleib Kosovos unter Jugoslawien keine tragfähige Option mehr war (Mertus 2009, 462f.; Weller 1999, 248). In der Folge bemühte sich die Internationale Gemeinschaft um den Aufbau einer multi-ethnischen Gesellschaft, die jedoch schon vor dem Krieg nur begrenzt bestanden hatte und angesichts zunehmender Segregation, geringer Zahlen serbischer Rückkehrer:innen und der Unfähigkeit der internationalen Einheiten, Minderheiten effektiv zu schützen, vor allem auf dem Papier bestand (Mertens 2009, 471f.).

Die EU schuf die Basis einer gemeinsamen, dezidiert wertegeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wozu auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gehört, 1992 in Maastricht mit dem Vertrag über die Europäische Union (Stobbe 2011, 69f.). Angesichts der multiplen gewalttätigen Eskalationen in Südosteuropa sollte so eine größere Handlungsfähigkeit gewährleistet werden als unter der bisherigen, deutlich informelleren Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Dem Anspruch einer Führungsrolle angesichts einer *europäischen* Krise, als die der Zerfall des Vielvölkerstaates verstanden wurde, wurde die Europäische Gemeinschaft (EG) jedoch lange nicht gerecht (Ginsberg 2001, 59f.; Brenner 1992, 587f.; s.a. Forsberg 2011). Erst mit dem Kosovo-Krieg, an dem viele Mitgliedstaaten als NATO-Mitglieder beteiligt waren, wurde die Bedeutung der Region für gesamtkontinentale Stabilitäts- und Sicherheitsstrategien sowie die Rolle der Erweiterungspolitik zur Erreichung dieser Ziele im Diskurs dominant und trug maßgeblich zur Entwicklung der GSVP bei. Wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, war jedoch auch der Maastrichter Vertrag nicht ausreichend, um der Union eine Führungsrolle zu ermöglichen. Erst nach dem gescheiterten Versuch einer EU-Verfassung 2005 und dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (2009) wurde die außenpolitische Säule institutionell aufgewertet, wobei die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat das letzte Wort behielten (Morillas 2011, 243ff.).

Das folgende Kapitel bietet eine Analyse der Wechselwirkungen zwischen der entstehenden außenpolitischen Rolle der EU und ihren Interventionen in Kosovo, wobei die Dekonstruktion

10.15772/ANDRASSY.2026.002

normativer Annahmen und Narrative im internationalen sowie EU-internen Diskurs im Vordergrund steht. Wie im Verlauf gezeigt wird, sollte über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) aufbauend auf der Erweiterungslogik eine Transformation der Staaten Südosteuropas durch die politische und ökonomische Annäherung gewährleistet werden. Eng mit dem Erweiterungsversprechen verbunden ist auch der EU-geführte Dialog zwischen Serbien und Kosovo, der die „Normalisierung" ihrer Beziehungen zur Bedingung im Beitrittsprozess macht und diese aktiv vorantreibt. Allerdings stützte sich diese Politik von Beginn an auf scheinbare Dichotomien zwischen „Europa" und dem „Balkan" und verstärkte diese dadurch. Zugleich wurde schnell deutlich, dass die EU als Organisation ihren eigenen Ansprüchen nur bedingt gewachsen war, sodass zwischen Zielen, Umsetzung und Ergebnissen regelmäßig große Lücken blieben. Und schließlich führten normative Ansprüche gegenüber institutionellen Vorgaben in der Praxis regelmäßig in Dilemmata, vor allem in Bezug auf die Eigenverantwortung (*ownership*) unterschiedlicher lokaler Akteure gegenüber den Interessen der beteiligten Staaten und Institutionen.

A. Die Entwicklung der EUropäischen Außenpolitik im Zeichen der Balkankriege

Mit dem Ende der Blockkonfrontation kam den Ländern Europas die „Hauptverantwortung für die friedliche Gestaltung des postkommunistischen Übergangs in Mittel- und Osteuropa" zu (Ratiu 2011, 137; s.a. Brenner 1992, 587f.). Im Zuge der militärischen Eskalation in Jugoslawien infolge der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens wurde die Befriedung interethnischer Konflikte ein zentraler Bestandteil dieser politischen Aufgabe. Dieser war die damals in Bezug auf Mitgliedstaaten wie auch institutionell deutlich kleinere EG jedoch nicht gewachsen. Wie Calics (1993) zeitgenössische Analyse zeigt, verkannten sie die Konfliktlage und sahen in den Kriegen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina ihre Sicherheitsinteressen zunächst nicht unmittelbar betroffen. Auch strategisch und institutionell gelang es nicht, eine gemeinsame Einschätzung und Handlungsmaxime zu finden. So schaffte es die EG erst im Verlauf der Konflikte und in Reaktion auf deren Folgen, Strukturen und Instrumente für eine tiefergehende gemeinsame Außenpolitik zu schaffen, um die Handlungsfähigkeit auszubauen.[4] Daher ist neben historischen Entwicklungen, Narrativen und Allianzen die Entwicklung der Außenpolitik der EU zentral für die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit. Ihre Entstehungsgeschichte ist eng verknüpft mit den Ereignissen in Kosovo und der umgebenden Region.

[4] Für eine vertiefte Analyse der EG/EU-Politik in Jugoslawien 1991-1995, siehe u.a. Giersch (1998, 108-210).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Dabei ist sie nicht frei von Widersprüchen und mit internen wie externen Herausforderungen konfrontiert, die weitreichenden Konsequenzen hatten.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde 2009 das Amt der:des Hohen Vertreter:in (*High Representative*, HR) für Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen, der:die gleichzeitig Vizepräsident:in (VP) der Kommission ist (ibid). Unter der ersten HRVP Lady Catherine Ashton wurde 2010 der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) eingerichtet, ein diplomatisches Korps, das auch für die diplomatischen Verhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina zuständig ist. Ashton erklärte kurz nach ihrem Amtsantritt in einer Rede im Europäischen Parlament in Straßburg: „In gewisser Weise ist der Balkan die Wiege der EU-Außenpolitik. Mehr als irgendwo sonst können wir uns dort kein Versagen leisten" (Europäische Kommission 2010). Damit verwies sie neben der Rolle der Postjugoslawischen Kriege für die Aufwertung der EU-Außenpolitik auch auf die seit dem Ratsgipfel 2000 bestehende Beitrittsperspektive für die Staaten Südosteuropas, die außerhalb der EU lagen, welche auf den SAP zurückgeht (Tatham 2009, 165; Zupančič & Pejič 2018, 41). Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU, die 2004 geschaffen wurde, ist ein weiteres dezidiert normatives Instrument der Staatengemeinschaft, um zur Stabilität und Entwicklung der Nachbarländer auf dem bzw. in direkter Nähe zum europäischen Kontinent beizutragen (Lightfoot et al 2016, 664ff.).

Die Erweiterungspolitik ist angesichts aufeinanderfolgender Krisen seit 2014 jedoch in den Hintergrund gerückt, wodurch Metaphern wie das „Europäische Wartezimmer" entstanden, in denen die Länder – seit 1998 zusammengefasst unter dem Begriff „Westbalkan" – vermeintlich feststeckten (Vgl. z.B. Kemp 2021). Rhetorische Bekenntnisse verblassten angesichts mangelnder Fortschritte, wodurch die EU und ihre Mitgliedstaaten zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren und das von Ashton ausgeschlossene „Versagen" von manchen bereits attestiert wurde (Bassuener 2021). Dabei sind auch die Folgen der Erweiterungen 2004 bis 2013 und Entwicklungen in der Selbst- und Fremdwahrnehmung der EU als außenpolitischer Akteur von zentraler Bedeutung (Tatham 2009, 159ff.; Risse 2012).

1. Postjugoslawische Kriege als „Europäische Herausforderung"

1996, nach Abschluss des Dayton-Abkommens zur Befriedung Bosnien-Herzegowinas unter Führung der USA, wurde zunächst der Regionalansatz (*Regional Approach*) der EU gegenüber den Staaten Südosteuropas entwickelt, die außerhalb der EU lagen. In diesem wurden die Ziele der Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung und ihre Erreichung mittels Verträgen und finanzieller Unterstützung proklamiert, die bis heute die Basis der außenpolitischen Strategie der

10.15772/ANDRASSY.2026.002

EU für die Region bilden (Zupančič & Pejič 2018, 41). Als der Kosovokrieg 1999 endgültig zeigte, dass europäische Sicherheitspolitik kontinental gedacht werden musste, kreierten die EU-Staaten einen langfristigen und mit substanziellen Ressourcen ausgestatteten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess. Hintergrund war die

> Einsicht, dass die Sicherung von Frieden und Stabilität in der Region eines politischen Leitziels bedarf, welches für die Westbalkanstaaten einen starken Reformanreiz darstellen würde. Allein durch die glaubwürdige Perspektive der EU-Mitgliedschaft kann die EU ihre Anliegen realisieren, denn sie verfügt über keine anderen Mittel im Rahmen der [Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik] GASP, mit dem sie auch nur annähernd gleiche Erfolgschancen für eine Befriedungs- und Stabilisierungspolitik Europas verknüpfen kann (Ratiu 2011, 139).

Beim EU-Gipfel im Juni 2000 im portugiesischen Santa Maria da Feira folgte die offizielle Ernennung der Staaten zu potentiellen EU-Beitrittskandidaten und im Juni 2003 die „Thessaloniki-Agenda für den Westbalkan", der den SAP institutionell und instrumentell aufwertete, insbesondere durch das Instrument für Heranführungshilfe (*Instrument for Pre-Accession Assistance*, IPA; Tatham 2009, 293). Obschon auch während der Aufnahme der Mittel- und Osteuropäischen Länder in die EU große Herausforderungen und Rückschläge bewältigt werden mussten, wird diese doch als Erfolg gewertet, der die grundsätzlichen Fähigkeiten der Union als außenpolitischer Akteur zu bestätigen schien (Ratiu 2011, 136). Jedoch ließ sich diese Politik nicht so einfach auf die südosteuropäischen Länder übertragen, die neben der Transformation zu Demokratien und kapitalistischen Wirtschaftssystemen auch durch die Folgen gewaltsamer Konflikte und das Fehlen von staatlichen Institutionen herausgefordert waren. Im Interesse der EU stand zunächst die Stabilisierung der Region, in der das Konfliktpotential weiterhin hoch und die Kriegsnachwirkungen durch Vertriebene und Geflüchtete sowie weit verbreitete Organisierte Kriminalität deutlich spürbar waren. Dennoch wurde die Beitrittsperspektive als zentraler Anreiz für interne Reformen beibehalten, wenngleich die Bedingungen für die Länder Südosteuropas – mit Ausnahme von Slowenien, das bereits 2004 mit den Ländern Mittel- und Osteuropas beitrat – verschärft wurden.

Zugleich wurden ab 2000 mit bilateralen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) einerseits und den alle Länder umfassenden Stabilisierungspakt für Südosteuropa andererseits Instrumente geschaffen, über die bereits vor Eröffnung der Beitrittsverhandlungen finanzielle sowie bürokratische Unterstützung bereitgestellt wurden. Die mit diesen Hilfen einhergehende Konditionalität greift so tief in Aspekte der staatlichen Souveränität ein, dass oft von „externer Governance" (Vgl. z.B. Raik 2006, Lavenex & Schimmelfennig 2009, Ratiu 2011) der EU in den assoziierten Ländern die Rede ist. Gemeint ist die Steuerung lokaler Strukturen und politischer Prozesse entweder direkt oder indirekt durch die EU. Nirgends ging dieser Eingriff so tief

10.15772/ANDRASSY.2026.002

wie in Kosovo, wo die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX von 2008 bis 2018 die höchste Gerichtsbarkeit im Land stellte. Kritiker:innen bezeichnen diese tiefgreifenden Eingriffe in die nationale Souveränität als (neo-)imperiale Strukturen und „weichen Imperialismus“ (Hettne & Söderbaum 2005, 549; Kramsch 2011), während sich im internen Diskurs seit den 1970er Jahren das Selbstverständnis als „Zivilmacht“ etabliert hat, die zivilisatorische Errungenschaften nach außen trägt – in diesem Fall auf den „Balkan”.

2. Die „Europäisierung“ des „Westbalkans“

Der Begriff Westbalkan findet sowohl im politischen Diskurs als auch in der wissenschaftlichen Analyse breite Verwendung und bezieht sich auf die Länder Südosteuropas, die beim Verfassen dieser Arbeit (noch) nicht Teil der EU sind. Oft wird kritisiert, dass die Bezeichnung aus unterschiedlichen Gründen nicht wertfrei verstanden werden kann und diese sprachliche Vereinfachung durch eine Zusammenfassung der betroffenen Länder negative Auswirkungen im Diskurs um Erweiterung und Integration verursacht. Selbst Kritiker:innen des Begriffs gehen in der Erklärung über dessen Herkunft jedoch selten über die Feststellung hinaus, dass die Bezeichnung unter der österreichischen Ratspräsidentschaft 1998 als vermeintlich neutrale Bezeichnung im Diskurs um einen EU-Beitritt der darunter gefassten Länder entstand. Einzig Gerhard Jandl (2023, 524), zum Zeitpunkt der Ratspräsidentschaft Leiter des Balkanreferats im österreichischen Außenamt bietet eine weiterführende Erklärung:

> Der in der Europäischen Union (EU) geprägte und weithin übernommene Ausdruck Westbalkan (für Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Albanien, und vor seinem EU-Beitritt 2013 auch Kroatien) war übrigens eine Verlegenheitslösung. Als die Ratsarbeitsgruppe *Committee on the Former Yugoslavia* (COYUG) 1997 die Zuständigkeit für Slowenien abgab und dafür jene für Albanien erhielt, änderte man die Bezeichnung pragmatisch in *Committee on the Western Balkans* (COWEB), was – anders als bis heute manche argwöhnen – keine hintergründige Message enthielt. Das Western kam ins Spiel, um die behandelten Länder von den östlich liegenden Staaten Bulgarien und Rumänien abzugrenzen, die in die Zuständigkeit einer anderen Ratsarbeitsgruppe fielen.

Trotzdem begegnet die Formulierung seitdem Kritik, meist bezogen auf die zweite Hälfte des Kompositums und dessen negative Konnotation, wie im Theoriekapitel eingehend dargestellt. Der Westbalkan als das (europäische) Andere beeinflusst die diskursive Konstruktion einer kollektiven EU-Identität bis heute maßgeblich. Kolstø (2016, 1246f.) zeigt, dass „Balkan“ und „Westbalkan“ heute vielfach synonym verwendet werden. So werden die darunter gefassten Länder und deren Bewohner:innen diskursiv homogenisiert und mit den Stigmata des „Balkans“ identifiziert – rückständig, gewalttätig, unterlegen (Vukasović 2020, 129f.). Im Falle des „Balkans“ führte diese Lesart des dominierenden Anderen zu einer Internalisierung der negativen Darstellungen und Annahme der Idee der Minderwertigkeit bei gleichzeitiger Verleugnung

10.15772/ANDRASSY.2026.002

der eigenen Zugehörigkeit: Bakić-Haydens Konzept der „Nistenden Orientalismen“ (*Nesting Orientalisms*, 1992) zeigt, wie Hierarchien des Europäischseins geschaffen und internalisiert werden, um symbolische Nähe bzw. Distanz herzustellen. Demnach sind Länder umso „balkanischer”, je muslimischer und je weniger integriert sie in transatlantische Strukturen sind – was Kosovo zum „balkanischsten” Land der Region macht. Musliu (2021a) betrachtet die alltäglichen Bemühungen der Beitrittskandidaten, ihr Europäischsein vorzuführen. Und sogar ein österreichischer Bestsellerautor widmet der Betrachtung der dialektischen Performanz von „Europa“ im Assoziierungsprozess einen ganzen Roman (Menasse, 2022; *Vgl. auch Zitat von Kadare 1998 auf der Titelseite*).

Es bleibt festzuhalten, dass der Teilbegriff „Balkan“ den scheinbar technischen Ausdruck „Westbalkan“ semiotisch vorbelastet, da die mit ihm verbundenen Eigenschaften im internationalen Diskurs in Abgrenzung zu den Vorstellungen von „Europa“ stehen. Diskursiv wird diese Region außerhalb Europas verortet und ungeachtet einheimischer Realitäten und Wahrnehmungen konstruiert (van Meurs 2000, 13). Außerdem wird suggeriert, dass strukturelle Probleme wie wirtschaftliche Unterentwicklung und ethnischer Nationalismus nur die europäische Peripherie betreffen. Denn wie nicht zuletzt aus der Entstehungsgeschichte des Begriffs „Westbalkan“ hervorgeht, verlieren Staaten das Prädikat „Balkan“, sobald sie der EU beitreten. Während „Europäisierung“ ursprünglich mit der Verbreitung vereinbarter Normen und Regeln unter den EU-Mitgliedstaaten in Verbindung gebracht wurde, ist sie nicht eindeutig definiert und ihre Bedeutung hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt und verbreitert (Wach, 2017). Insbesondere die Vorstellung von Europäisierung als „europäisch werden“ ist problematisch.

Die Zusammenfassung der sechs Staaten unter dem Begriff „Westbalkan“ führt zudem dazu, dass strukturelle Probleme wie inter-ethnische Spannungen und fehlende Rechtsstaatlichkeit darunter generalisiert und simplifiziert werden. Außerdem positioniert sie diese Lesart außerhalb von Europa, einerseits als etwas von EU-Mitgliedstaaten Überwundenes und andererseits als eine in ihrer Vagheit nicht greifbare Eigenschaft, die sie auf dem Weg nach Europa überwinden müssen (van Meurs 2000, 13). Auf diese Weise wird die asymmetrische Position zwischen EUropa und dem „Rest“ noch verstärkt, indem die EU und ihre Mitgliedstaaten als Lehrmeister gegenüber den Ländern auftreten, anstatt gesamteuropäisch zu denken. Der geopolitische Anspruch auf die Region liegt also bei der EU, die Verantwortung jedoch bei den Anwärtern. Alternative, inklusivere Begriffe wie „Südosteuropa Sechs“ (*South East Europe Six*, SEE6), den etwa die World Bank bis 2016 verwendete, haben sich bislang nicht durchgesetzt (World Bank Group 2016; *ab 2017 wird ebenfalls „Westbalkan“ verwendet*).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

So wird institutionell und diskursiv eine harte Grenze zwischen Mitgliedstaaten und „Nachbarn“ gezogen. Auf das oben angeführte Zitat von Catherine Ashton folgt der Satz: „Mein Ziel war es, gute Arbeitsbeziehungen zu führenden Politikern aufzubauen, mit der Zivilgesellschaft darüber zu sprechen, was *Zugehörigkeit zu Europa* bedeuten könnte, und die Koordinierung zwischen den verschiedenen EU-Akteuren vor Ort sicherzustellen“ (Europäische Kommission 2010; *eigene Hervorhebung*). Auch hier zeigt sich, dass die Staaten dieser in Wien erfundenen Region diskursiv außerhalb von Europa verortet werden – denn um wirklich europäisch zu sein, bedarf es der Mitgliedschaft in der EU (Kolstø 2016, 1250). Auch Kosovo erhielt 2005 eine „europäische Zukunft“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005; s.u.).

Dass sich der Trend der diskursiven Distanzierung auch im Erweiterungsprozess fortsetzt, zumal dieser seit 2014 praktisch stillsteht, zeigen u.a. Studien von Economides et al. (2024). In der Folge verorten viele Parlamentarier:innen und Bürger:innen in der EU die Region außerhalb Europas, verstärkt durch Frames wie die „(West-)Balkan-Route”, auf der Drogen und Migrant:innen in die EU gelangen. Zugleich exportieren „europäische” Länder unliebsame Probleme auf den „Balkan“, wobei rechtlich fragliche und intransparente Vereinbarungen mit lokalen Machthabern über die Abschiebung abgelehnter Migranten nach Albanien, kritische Rohstoffe in Serbien oder die Unterbringung ausländischer Gefangener in Kosovo getroffen werden. Auch die massive Anwerbung von Arbeitskräften führt zu immer größeren Problemen in den Herkunftsländern, denen im Umkehrschluss nicht zuletzt Kapazitäten im Erweiterungsprozess fehlen (WFD 2021). Die Wahrnehmung steht zudem in Kontrast zu den tiefen Verbindungen, die zwischen der EU und den Nicht-EU-Ländern Südosteuropas bestehen:

> Somewhat paradoxically, the existing depth of relations makes deeper integration of the six countries less attractive to existing member states. EU-based businesses can already sell their products in and hire workers from the region, EU citizens do not require visas to visit family members or tourist destinations, and the contract agents supporting development and political dialogue lead comfortable lives on matchless salaries. The accession countries have adapted to the liminal state of (non-)enlargement, often creating an ever-growing diaspora that, in turn, fuels the local economy through remittances and investments and thereby generates an outward stability that deflects the sense of urgency to ‘deal’ with them (Seebass 2025a, 6).

Die EU-Kommission und andere Akteure haben im Rahmen der SAP und darüber hinaus verschiedene Instrumente entwickelt, um die Integration finanziell und politisch anzutreiben. Primär gehören dazu neben IPA die *Energy*- sowie *Transport Community* für eine bessere Anbindung an den EU-Energie- bzw. Transportmarkt, das *Western Balkans Investment Framework* (WBIF), der *Economic and Investment Plan* (EIP), die *Green Agenda for the Western Balkans* (GAWB) und der Zugang zu vielen EU-Programmen vom Zollprogramm Customs 2020 bis Erasmus+ (vertiefend, siehe Ćerimagić 2024). Der *Neue Wachstumsplan*, entstanden im Zuge

10.15772/ANDRASSY.2026.002

der neuen Aufmerksamkeit für die EU-Erweiterung angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine, soll zudem eine engere Anbindung an den EU-Binnenmarkt vor dem Beitritt ermöglichen und die Finanzierung erhöhen, in Verbindung mit entsprechenden Reformen und regionaler Kooperation (European Commission 2023). Letztere steht auch im Fokus des Berliner Prozesses, der 2014 unter der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen wurde, nachdem der damalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine EU-Erweiterung in seiner Amtszeit ausgeschlossen hatte. Zwar betonten die beteiligten EU-Akteure stets, dass es sich nicht um einen Ersatz des Erweiterungsprozesses handle, Musliu (2021b) und andere aber sehen darin eine Verstärkung der Dichotomie, in der die EU auf Basis der hier genannten Motive entscheidet, was europäisch (genug) ist und das Ungleichgewicht in den Beziehungen und der Agency darin rechtfertigt. Welche Auswirkungen diese Wahrnehmung in der (EU-)außenpolitischen Praxis hat, wird im weiteren Verlauf gezeigt.

3. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Praxis in Kosovo

> [I]nternational actors active in Kosovo […] while aiming to contribute to sustainable peace in the country by projecting 'good norms', are often driven by their own agendas, goals and internal institutional struggles, which might hinder the success of the peacebuilding endeavours [...] (Zupančič & Pejič 2018, 109).

Wie gezeigt, waren die EU und ihre Mitgliedstaaten als Teil der UN-Mission seit Kriegsende am Staatsaufbau in Kosovo beteiligt und übernahmen in Vorbereitung auf die Unabhängigkeit eine führende Rolle, wobei die Uneinigkeit im UN-Sicherheitsrat und unter den Mitgliedstaaten und der dadurch erschwerte Übergang von UNMIK zu EULEX den Einfluss schon vor ihrem Beginn einschränkten. Dennoch wurde die EU 2008 unter eigener Flagge zum wichtigsten *Statebuilder* in Kosovo. In offiziellen EU-Dokumenten finden sich weder Verweise auf Staats- oder Nationsaufbau in Kosovo, noch gibt es eine gemeinsame EU-Strategie dazu. Dennoch betrieben die EU und ihre Mitgliedstaaten bereits als Teil der UNMIK beim Aufbau von Institutionen (*institution building*) unzweifelhaft Staatsaufbau in Kosovo, eng verknüpft mit dem von ihr verfolgten und sich im Zuge der Mission stetig weiterentwickelnden Peacebuilding-Ansatz, der im Folgenden skizziert wird.

Die EU folgt im Wesentlichen den UN-Grundsätzen des Friedens- und Staatsaufbaus. Obwohl die Notwendigkeit einer engen Verzahnung außenpolitischer Instrumente in der GASP im Zuge der Postjugoslawischen Kriege deutlich geworden war, waren die Mitgliedstaaten nicht bereit, den EU-Institutionen umfangreiche Kompetenzen zu gewähren (Grimm 2014, 256). Außenpolitische Entscheidungen müssen im Rat einstimmig erfolgen, der gemeinsam mit der:dem HRVP auch alle Friedensmissionen politisch kontrolliert und strategisch leitet. Der EU-Vertrag

10.15772/ANDRASSY.2026.002

(EUV) betont dabei die Wichtigkeit von Friedensaufbau, ohne eine klare Definition zu liefern (Europäische Union 2012; Major & Mölling 2010). Die Missionen

> umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten (Europäische Union 2012, 39).

Der:die HRVP ist die Kontaktperson für das Europäische Parlament (EP), das von ihr informiert wird, aber selbst keine spezifischen außenpolitischen Kompetenzen hat; gleiches gilt für den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) (ibid, 30ff.). Der:die HRVP kann dem Rat die Ernennung von Sonderbeauftragten vorschlagen, wie 2020 im Falle Miroslav Lajčáks für den Dialog zwischen Serbien und Kosovo und weitere regionale Belange. Die Mitgliedstaaten werden angehalten, die GASP aktiv zu unterstützen sowie „sich jeder Handlung [zu enthalten], die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte" (ibid, 30f.). Der:die HRVP vertritt die EU in multilateralen Formaten und bilateralen Verhandlungen der EU mit Dritten, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten. Wie im Verlauf gezeigt wird, decken sich diese Prinzipien jedoch nicht immer mit der politischen Praxis.

Strategisch folgt die EU-Außenpolitik neo-funktionalistischen Ansätzen, die bei der Konfliktbearbeitung und -prävention auf die Erfahrungen der eigenen Integration und Konsolidierung setzt: „[T]he EU's external system of rules and laws is transposed externally through the contractual relations the Union establishes and develops with third parties" (Tocci 2008, 2; s.a. Visoka & Doyle 2016). Als Grundlage für diese langfristigen, strukturellen Ansätze dienen neben den im Vertrag festgelegten Werten der EU auch die Charta der UN und das Völkerrecht (Europäische Union 2012, 28). Darüber hinaus finden sich im EUV jedoch keine klaren Konzepte und Strategien (Ilazi 2024, 40). Die *Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union* von 2016 nennt Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik als zentrale Instrumente zur Stabilisierung des Kontinents und verpflichtet sich einem multidimensionalen, integrierten Ansatz, der den gesamten Konfliktzyklus von Bewältigung bis Prävention abdeckt (EEAS 2016). Zudem wird im strategischen Konzept für Resilienz im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU von 2017 für den Westbalkan und die Türkei auf die Erweiterungspolitik und ihren Reformprozess verwiesen, mit „Schwerpunkt auf der Rechtsstaatlichkeit, den Menschen- und Grundrechten, demokratischen Institutionen, einschließlich einer Reform der öffentlichen Verwaltung, sowie auf wirtschaftlichen Reformen und Wettbewerbsfähigkeit" (Europäische Kommission 2017, 17).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Für die Staaten Südosteuropas hat sich die EU 1999 mit dem SAP zu einer besonderen Verantwortung bekannt und aufbauend auf den Erfahrungen der Integration der Länder Mittel- und Osteuropas Strategien für eine langfristige Stabilisierung der Region durch demokratische und ökonomische Annäherung entwickelt, wobei Änderung staatlicher Strukturen auch weitere ethnisch homogenisierende Grenzverschiebungen verhindern sollten (Bieber 2001, 1783f.; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999). Die Besonderheit der EU-Ansatzes ist dabei die Einbettung in lokale Strukturen und das Konditionalitätsprinzip insbesondere im Rahmen der Erweiterungsagenda, wodurch sich die EU sozusagen neue Mitglieder nach eigenem Vorbild zu schaffen versucht (Bieber 2001, 1784; s.a. Grabbe 2002, Richter & Wunsch 2020). Kosovo war zunächst nicht Teil des Erweiterungsangebots von Thessaloniki 2003, wo das Land durch UNMIK vertreten wurde. Dennoch stand es von Beginn an im Zentrum dieser Bemühungen und war ab 2008 Schauplatz der bis dato größten und längsten GSVP-Mission.

Die EULEX-Mission wurde bereits vorgestellt und ist seit Beginn Gegenstand zahlreicher Analysen und Kritiken. Autor:innen wie Montanaro (2009), Capussela (2015), Elbasani (2018 & 2020), Zupančič und Pejič (2018) und andere haben die Mission und ihre Lehren ausgiebig analysiert, die hier nur zusammengefasst und mit einem Fokus auf die Forschungsfragen wiedergegeben werden. Sie schließt an eine breite Kritik an liberalen Friedenssicherungs- und Staatsaufbauansätzen an, die prominent etwa von Tilly (1985), Daxner (2010) und Chandler (2017) vertreten wird und betrifft alle Stadien der internationalen Interventionen in Kosovo in unterschiedlichen Ausprägungen. Blumi (2011) spricht gar von einem modernen Imperialismus der Großmächte auf dem Balkan, der an historische Dynamiken anschließt, die im vorangegangenen Kapitel erläutert wurden. Für Tocci (2008, 5f.) lassen sich Normen und Werte dagegen nicht immer trennscharf von Interessen und Strategien unterscheiden, weshalb Ziele, Mittel und Ergebnisse jeweils in ihrem spezifischen Kontext analysiert werden müssen. Dabei definiert sie normative *Ziele* als solche, die eine Gestaltung internationaler Systeme durch multilaterale Organe anstreben, während normative *Mittel* daran gemessen werden müssen, wie sie diese Ziele zu erreichen suchen, und ob sie dabei Selbstermächtigung oder Ermächtigung anderer (*self-empowerment or others-empowerment*) anstreben (ibid, 7f.; s.a. Manners 2008, 59). Normative *Ergebnisse* schließlich sind Aufbau und Verankerung wertebasierter Institutionen, die nachweislich Folge des externen Handelns sind. Zugleich können diese Definitionen nur als Richtlinien gelten, da die Ziele, Mittel und Ergebnisse eines Akteurs stets in Wechselwirkung mit lokalen und globalen Entwicklungen sowie den Zielen und Strategien anderer Akteure stehen (Tocci 2008, 11ff.). Dieser Rahmen wird im Folgenden benutzt, um Ziele, Mittel und Ergebnisse der außenpolitischen Praxis in Kosovo zu bewerten. Betrachtet werden die Politikfelder

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Friedens-, Staats- und Nationsaufbau vor allem unter EULEX sowie der EU-geführte Dialog mit Serbien, während die EU-Erweiterungspolitik aufgrund der offiziell neutralen Position der EU gegenüber der Statusfrage zwar eine wichtige, aber vor allem indirekte Rolle spielt.

a. Staats- und Nationsaufbau

Spätestens seit den Verhandlungen um Ahtisaari war eindeutig, dass Kosovo in Zukunft eine Form von Staatlichkeit und Selbstverwaltung zugestanden würde – und dass die EU die Hauptrolle im Aufbau der staatlichen Institutionen spielen sollte. Eng damit verbunden war die „europäische Zukunft" Kosovos auf Basis der Thessaloniki-Erklärung von 2003 im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für die ganze Region (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005). Auf Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 1244 plante die EU bereits ab 2006 konkret die Entsendung einerseits eines Zivilen Vertreters (ICO) und EU-Sonderbeauftragten (EUSR) in Personalunion und andererseits einer zivilen GSVP-Mission. Beide wurden am 16. Februar 2008, einen Tag vor Kosovos Unabhängigkeitserklärung, im Rat verabschiedet (Europäischer Rat 2008a & 2008b). Anders als ursprünglich vorausgesehen, war die Statusfrage zu diesem Zeitpunkt nicht gelöst und herrschte keine Einigkeit innerhalb der Union. Schon der damalige EU-Ratspräsident Solana und Erweiterungskommissar Rehn hatten 2005 gewarnt: „EU coherence will not only be crucial during the final stage of the Status process but equally during the implementation phase" (Europäische Kommission 2006). Um diese zu gewährleisten, mussten daher im Mandat der Mission und auch des Sonderbeauftragten neue Kompromisse gefunden und die Statusfrage erneut aufgenommen werden. Daher lauten die politischen Ziele des ICO/EUSR, basierend auf den politischen Zielen der EU allgemein:

> [E]ine führende Rolle bei der Stärkung der Stabilität in der Region und der Umsetzung einer Regelung für den künftigen Status des Kosovos zu übernehmen, um zu einem stabilen, lebensfähigen, friedlichen, demokratischen und multi-ethnischen Kosovo zu gelangen, der auf der Grundlage gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Zusammenarbeit und Stabilität in der Region beiträgt und der sich der Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz von Minderheiten und des kulturellen und religiösen Erbes verpflichtet (Europäischer Rat 2008a).

EULEX Kosovo, in enger Zusammenarbeit mit dem ICO/EUSR,

> unterstützt die Institutionen des Kosovo, einschließlich der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden, bei ihren Fortschritten auf dem Weg zu stabilen und verantwortungsbewussten Einrichtungen und bei der weiteren Entwicklung und Festigung eines unabhängigen multiethnischen Justizwesens sowie von multiethnischen Polizei- und Zolldiensten und stellt sicher, dass diese Organe frei von politischer Einflussnahme sind und international anerkannte Standards und bewährte europäische Praktiken anwenden (Europäischer Rat 2008b).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Während der ICO/EUSR die Koordination der EU-Politik in Kosovo gewährleisten und dem Hohen Vertreter für die GSVP Bericht erstatten sollte, übertrug der Rat die strategische Kontrolle und politische Leitung beider auf das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) in Brüssel, bestehend aus Vertreter:innen aller Mitgliedstaaten; zudem sollten Kommission und Rat zusammenarbeiten, um außenpolitische Kohärenz sicherzustellen. Auch die Kooperation mit anderen internationalen Akteuren vor Ort, insbesondere UN und NATO, wurde betont. Solana und Rehn hatten als Grundsatz für eine zukünftige EU-Mission lokale Eigenverantwortung der kosovarischen Institutionen genannt, die gemäß der neuen Doktrin „Standards mit Status" (*Standards with Status*) nach dem Ende der UNMIK-Mission die alleinige Verantwortung übernehmen sollten (Europäische Kommission 2006). Dementgegen schloss das Mandat neben Beobachtung, Anleitung und Beratung (*Monitoring, Mentoring, Advising*, MMA) auch Exekutivbefugnisse mit ein, einschließlich der „Rücknahme oder Aufhebung operativer Entscheidungen der zuständigen Behörden" (Europäische Kommission 2008b).

Operatives Konzept (*Concept of Operations*, CONOPS) und Operationsplan (OPLAN) waren bereits im Januar 2008 durch den Rat beschlossen worden und nicht öffentlich zugänglich, anders als die Programmberichte. Um die im Mandat festgelegten Ziele zu erreichen, wurde ein programmatischer Ansatz (*Programmatic Approach*) entwickelt. Dabei war sich die Missionsleitung der Herausforderung bewusst, welche die Vielzahl beteiligter Akteure mit sich brachte und zeichnete das Bild eines großen Orchesters, als dessen Dirigent sie sich verstand. Zu diesen gehörten Expert:innen aus EU- und anderen beteiligten Staaten, die einen klaren Auftrag erhalten und mit den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen vertraut gemacht werden sollten. EULEX war zudem zuständig für die Koordination und Informierung aller Aktivitäten, sowie für Absprachen mit den kosovarischen Behörden und anderen Partnern (EULEX 2009, 6f.). Dabei sollte die Leistung der Mission ständig überwacht und angepasst werden, in Absprache mit den lokalen und internationalen Partnern, wobei eine Harmonisierung der Ansätze der verschiedenen internationalen und bilateralen Geldgeber angestrebt und lokale Eigenverantwortung garantiert werden sollten. Hierzu wurden thematische Arbeitsgruppen (*Joint Working Groups*) eingerichtet, die je elf Programmdurchführungsdokumente (*Programme Implementation Documents*, PIDs) pro Sektor erarbeiteten und darin insgesamt 187 Ergebnisse festlegten. Als die Mission voll einsatzfähig war, lag das sekundierte Personal bei etwa 410 Personen, wovon ca. 350 bei der Polizei, 20 beim Zoll und 40 im Justizbereich eingesetzt wurden. Sie wurden verstärkt durch ein Online-Informationssystem und Trainings (ibid, 9f.).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Sowohl Ziele als auch Strategien der EU für den Institutionenaufbau in Kosovo sind also weitgehend in Einklang mit den normativen Ansprüchen der EU-Außenpolitik sowie ihrem regionalen SAP-Ansatz. Besonders die Einbettung internationaler Kräfte in lokale Strukturen als Teil des MMA-Mandats und die Unterstützung durch bewährte Instrumente wie TAEIX, Twinning und IPA zur Erhöhung der Ressourcen werden gemeinhin als positiv bewertet (Zupančič & Pejič 2018, 96; s.a. Interview Blakaj). Gleiches gilt für die Kopplung technischer Maßnahmen mit dem politischen Dialog, auch zwischen Kosovo und Serbien. Größter Kritikpunkt war von vornherein das Exekutivmandat, das im Gegensatz zum Anspruch der lokalen Eigenverantwortung verstanden, gleichzeitig aber von vielen als notwendig zur Sicherstellung rechtsstaatlicher Prinzipien notfalls auch gegen die Interessen lokaler Eliten bewertet wurde (Vgl. Interview Mirel 2025). Es ist jedoch nur eines der Dilemmata, mit denen sich die EU-Akteure in der Praxis konfrontiert fanden.

Laut Bieber (2011, 1791ff.) war es neben dem Problem der demokratischen Legitimierung durch die direkte Intervention insbesondere das Unvermögen der EU, die Konditionalität und Kriterien des Beitrittsprozesses in die Instrumente des Staatsaufbaus zu übersetzen, sowie die fehlende strategische Einheit und klare Agenda, die ihr Engagement in Kosovo schwächten, zumal keine direkte Beitrittsperspektive bestand (s.a. Mungiu-Pippidi 2008; Lightfood et al. 2016; Schimmelfennig 2014). Das größte Hindernis war die ungeklärte Statusfrage, wodurch EULEX unter UN-Mandat agierte und der Zustimmung Belgrads bedurfte sowie offiziell neutral bleiben musste – also einen Staat aufbaute, den sie offiziell nicht anerkannte (Elbasani 2018, 157; De Wet 2009, 96; Krasniqi 2012, 362). Insbesondere die Rolle des ICO/EUSR war dadurch regelrecht bizarr, da er in ersterer als Unterstützer der kosovarischen Unabhängigkeit auftrat, diese in zweiterer aber verweigern musste (Interviews Palakaj, Musliu, Ilazi 2025).

Kosovo war ein Testfall für die neue GASP, mit der sich die EU als außenpolitischer Akteur beweisen wollte. Aufgrund der Vielzahl der Akteure und komplexen Abstimmungsprozesse war der Fokus deshalb häufig nach innen gerichtet, während lokale Akteure und Interessen zweitrangig einbezogen wurden und die *Agency* fast ausschließlich bei externen Akteuren lag (Ilazi 2024, 13f.; s.a. Ejdus 2017; Visoka & Musliu 2019). In der Praxis lag die Verantwortung zunehmend bei externen Expert:innen, die anders als lokale Akteure als neutral galten, obwohl sie den Kontext oft nicht kannten und durch den Mangel einer klaren Agenda regelmäßig improvisierten – was der Mission lokal den Beinamen „EULEXPERIMENT" einbrachte (Ilazi 2024, 14f.; s.a. Interview Bislimi 2023). Aus diesem Grund spielten informelle Treffen lokaler und EU-Akteure eine zentrale Rolle, da sie Raum für offenen Austausch abseits des Protokolls

10.15772/ANDRASSY.2026.002

boten und die Weitergabe vertraulicher Informationen ermöglichten, um die Zusammenarbeit zu erleichtern; laut hochrangigen Beamten machten diese bis zu 90 Prozent der Interaktionen aus (Ilazi 2024, 52f.). Hier erfolgte auch die Definition von Konditionen, die im formellen Prozess gesetzt, aber nicht eindeutig definiert wurden. Wie im weiteren Verlauf gezeigt wird, ist diese Praxis zentral zur Kompensierung der infolge komplexer Abstimmungsprozesse oft vagen Vorgaben der EU, verstärkt aber gleichzeitig ihre Ambiguität und macht sie anfällig für Manipulation (Interview Mirel 2025). Zudem verdeckten informelle Prozesse den Umfang der EU-Einmischung und entzogen sie der öffentlichen Kontrolle (Ilazi 2024, 55).

Zwar wurden, wie im Mandat vorgesehen, Arbeitsgruppen unter Beteiligung lokaler Beamter und Regierungsvertreter:innen gebildet; diese führten aber nicht zur gleichberechtigten Partizipation oder gar Eigenverantwortung der kosovarischen Institutionen. Denn einerseits wurden die Beschlüsse im Vorfeld bereits EU-intern koordiniert und ließen kaum Änderungen zu, und andererseits machten Machtgefälle und gesellschaftlicher Druck die lokalen Akteure häufig eher zu Erfüllungsgehilfen als Partnern (ibid, 83). Der Einbezug der Zivilgesellschaft dagegen erfolgte oft in Form der Konsultation von durch die EU finanzierte NRO statt lokaler Grasswurzel-Organisationen, wodurch die EU ihr Vorgehen normativ legitimieren konnte, aber weniger lokale Akzeptanz erhielt (ibid, 16; weiterführend, siehe z.B. Ejdus 2017). Das Ungleichgewicht wurde noch verstärkt durch die EU-Konditionalität und Deutungshoheit in Bezug auf notwendige Fortschritte im EU-Beitrittsprozess und damit verbundene Finanzhilfen, vor allem durch die jährlichen Länderberichte, die nicht anfechtbar sind. In der Vergangenheit hatten diese auch Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung der Regierung, was den Konformitätsdruck auf lokale Behörden noch erhöhte, während ihre Beteiligung in der Praxis auf die Zustimmung von der EU festgelegter Strategien reduziert wurde (Ilazi 2024, 92f.). In der Folge nahm die EU eine zunehmend paternalistische Rolle ein und wies gleichzeitig Kritik von sich. So entstand lokal der Vorwurf, die EU-Akteure erwarten von der Bevölkerung unreflektierte Dankbarkeit, während diese kein Verständnis für die Folgen der serbischen und EU-Politik auf Kosovo hatten (Interview Luci 2023). Hier offenbart sich nicht zuletzt ein inhärentes Dilemma der EU-Erweiterungspolitik, deren Konditionalität auf dem Machtungleichgewicht beruht und dieses nutzt, um Anreize für demokratische Reformen zu bieten. Die Übernahme der EU-Prinzipien in die nationale Gesetzgebung lässt jedoch kaum Spielraum für demokratische Deliberation, die somit im Prozess faktisch untergraben anstatt gefördert wird (s.a. Dimitrova 2010).

Weitere zentrale Kritikpunkte betreffen die Rekrutierung und Arbeit des Personals vor Ort, insbesondere in der Justiz. So bestand das EULEX-Personal aus sekundierten Beamten der EU-

10.15772/ANDRASSY.2026.002

und unterstützenden Nicht-EU-Staaten (s.o.) sowie externen Expert:innen (Ilazi 2024, 71). Besonders letztere waren meist nicht mit EU-Werten und deren Umsetzung vertraut und es gab keine einheitliche Vorbereitung. Dazu gehören fehlende sprachliche und kulturelle Fähigkeiten (Vgl. Interview Mirel 2025), aber auch das Bemühen um eine ausgeglichene Rekrutierung in den Mitgliedsstaaten anstatt einzig nach ihrer Qualifikation. Das größte Problem war, dass die Sekundierten auf Basis ihres eigenen Hintergrunds und fehlender Klarheit Mandate und Methoden unterschiedlich interpretierten – einschließlich der Gesetzestexte, deren Auslegung durch die jeweilige nationale Rechtstradition geprägt war. In Verbindung mit der häufigen Rotation des internationalen Personals behinderte dieser Faktor die Kontinuität und Einheitlichkeit, was auch zu einem Vertrauensverlust der lokalen Partner und Zivilbevölkerung führte (Zupančič & Pejič 2018, 84f.; Cierco & Reis 2014, 654). Auch wurde häufig junges Personal entsandt, da die Stellen vor allem für erfahrene Richter:innen kaum attraktiv waren. Lokal rekrutiertes Personal, in der Regel mit längeren Verträgen, konnte die Lücken im institutionellen Wissen der Mission nur bedingt füllen, da sie in der Regel keine hochrangigen Positionen besetzten und Kritik an der Mission vermieden, auch aus Angst, ihre gutbezahlten Stellen zu verlieren. In internen Evaluierungen der Mission wurden diese Probleme jedoch nicht benannt (Zupančič & Pejič 2018, 86f.; Ilazi 2024, 63).

Abb. 3: Graffiti gegen EULEX, UNMIK in Prishtina (alb. *fund* dt. Ende; eigene Aufnahmen 2022; Wikimedia 2006).

EULEX traf auf hohe Erwartungen, aktiv geschürt von EU-Vertreterinnen wie dem damaligen Hohen Repräsentanten für die GSVP Solana, der 2008 versprach, die Mission werde Vorteile für alle Menschen in Kosovo haben und die Stabilität der gesamten Region stärken (zitiert in Zupančič & Pejič 2018, 88). Informationsmangel und mangelhafte lokale Kommunikation der

10.15772/ANDRASSY.2026.002

zentralen Konzepte und vielschichtigen Aufgaben bedingten das geringe Vertrauen und schlechte Image vor Ort und verhinderte eine vertiefte Einbettung in lokale Strukturen und damit nicht zuletzt *local ownership*, obschon die EU als Institution eigentlich hohes Vertrauen genoss. Dieses Misstrauen führte seit Beginn von EULEX zu lokalen Protesten, meist unter Leitung von Lëvizja Vetëvendosje, die sich seit ihrer Gründung gegen die internationale Exekutive wehrte. Zudem erschwerte es die essentielle Zusammenarbeit mit der Bevölkerung (ibid). Für Frustration sorgten auch die hohen Gehälter von zu Expert:innen erkorenen Berufsdiplomat:innen, während Armut und Arbeitslosigkeit unter Kosovar:innen verbreitet waren (Elbasani 2018, 152; weiterführend, s.a. Visoka & Musliu 2019).

Lokale Eliten nutzten die Lücken in Koordination und Kommunikation, um ihre eigene Macht zu festigen, wobei sie sich zunehmend von den normativen Zielen der EU entfernten: „Under a veil of compliance, local actors discursively reframe the international norms and reinterpret their meaning in ways that essentially contradict the intentions of international peacebuilders" (Elbasani 2018, 154f.). Zugleich machten sie die EU für negative Entwicklungen verantwortlich und beanspruchten Erfolge für sich – während die EU-Akteure andersherum lokale Bedingungen für Misserfolge verantwortlich machten, aber nicht gegen zunehmende Staatsvereinnahmung (*state capture*) vorgingen, um das übergeordnete Ziel der Stabilität nicht zu gefährden (ibid; Deda 2010, 88). So entstand auch der Eindruck, dass die Mission entgegen ursprünglicher Versprechen Machthabende bei der Verfolgung hochrangiger Kriminalität gezielt aussparte und ungleich mehr in die Polizei investierte als in Rechtsstaatsreformen. Auf diese Weise wurden langfristige normative Ziele für Kurzzeitstabilität gefährdet – bis heute gilt die Justiz als korrupt und haben klientelistische Netzwerke großen Einfluss im Land (Zupančič & Pejič 2018, 89; s.a. Interviews Ilazi, Haskuka 2025). Auch EULEX selbst wurde Ziel von Korruptionsvorwürfen, die das Vertrauen auf Basis fehlender Transparenz und öffentlicher Rechenschaftspflicht weiter schwächten (Elbasani 2018, 157; Musliu 2021a, 27; weiterführend, s. Capussela 2015). Auch die Errichtung des Kosovo-Sondergerichtshofs in Den Haag zeigt, dass das internationale Vertrauen in Kosovos Gerichtsbarkeit gering ist (Hajrullahu 2019, 116).

Schließlich war auch *Nationbuilding* von Beginn an Teil des EU-Staatsaufbaus, beruhend auf den Prinzipien des Ahtisaari-Plans und auf den Zielen des ICO/EUSR und EULEX, zu einem multi-ethnischen Kosovo beizutragen (Greiçevci 2011, 288f.). Für diese spielte das Europäisierungs-Narrativ eine zentrale Rolle, denn es galt, eine proto-EUropäischen Gesellschaft aufzubauen, in der Ethnizität und Vergangenheit keine, die zukünftige EU-Mitgliedschaft dagegen die zentrale Rolle spielen sollten (Musliu 2021a, 22f.). So wurde aufbauend auf Ahtisaari in der

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Verfassung festgelegt, dass Kosovo sich von Sozialismus und inter-ethnischem Konflikt hin zu Demokratie, Liberalismus, Säkularität und Multiethnizität entwickeln sollte, in Vorbereitung auf einen späteren EU-Beitritt. Dazu wurden noch unter UNMIK entsprechend neutrale nationale Symbole ausgewählt, um es international zu repräsentieren. Das Ergebnis war eine Flagge mit unverkennbarer Ähnlichkeit zur EU-Flagge und eine textlose Hymne namens *Europa*, angelehnt an die europäische Klassik des 19. Jahrhunderts, die beide vielfach problematisiert wurden (Boguslaw 2020, 727f.). Denn einerseits wurden sie durch einen zentral gesteuerten Wettbewerb ausgewählt, der keinen Raum ließ für lokale Deliberation und Legitimation, zumal viele Bestimmungen aus Mangel an Kapazitäten ohne vertiefte Diskussion das Parlament passierten (Beha 2024, 188ff.; Musliu 2021a, 25; Weller 2009, 258; s.a. Interview Maliqi 2025). Und andererseits bieten sie keine Identifikation mit der Geschichte und geteilten Erfahrungen, die nationale Symbole in der Regel abbilden – auch in EU-Staaten. Stattdessen symbolisieren sie eine EUropäische Zukunft Kosovos, für die jedoch zunächst die „Balkan"-Vergangenheit überwunden werden muss (Musliu 2021a, 38; s.o.). Die Betonung von Kosovos europäischem Charakter wirkte zudem zynisch, da Statusfrage und EU-Beitrittsperspektive durch die Nichtanerkenner ungewiss blieben (Baliqi 2014, 12f.).

Ähnliche Kritik wird an den wirtschaftlichen Reformen – vor allem der Privatisierung durch die EU unter UNMIK – und der Dezentralisierung der lokalen Verwaltung auch zum Zweck des Minderheitenschutzes geübt. Denn statt *best practices* aus den EU-Mitgliedstaaten zu sein, gehen die in Kosovo angewandten Standards oft weit darüber hinaus und ermöglichten Korruption und Klientelismus durch lokale Eliten mit großem Schaden für Entwicklung und internationales Ansehen (Elbasani 2018, 151; Muharremi 2019, 889ff.; Interviews Haskuka, Musliu 2025). Zudem wurde Multiethnizität zum Patentrezept für interethnische Versöhnung ungeachtet dessen, dass nach Kriegsende mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ethnische Albaner:innen waren (Bugoslaw 2020, 725; Musliu 2021a, 25). Neben Quotenregelungen für Regierung und Parlament dienten hierzu die Dezentralisierung und Aufwertung lokaler Selbstbestimmung, deren Umfang EU-Standards oft übertraf. Die inoffizielle Doktrin lautete „Status für Standards", lief aber der kollektiven Erinnerung der Mehrheitsbevölkerung von Kosovos Unabhängigkeit als mindestens zehnjährigen Kampf gegen serbische Gewalt zuwider (ibid; Simonen 2004 199f.). Zudem sahen viele Beobachter:innen die Gefahr, die Aufteilung könnte die ethnische Segregation noch vertiefen und Quotenregelungen die Blockade der Institutionen durch die serbische Minderheit insbesondere im Norden Kosovos ermöglichen, der weitgehend außerhalb der Kontrolle sowohl der kosovarischen Institutionen als auch von EULEX lag (Elbasani 2018,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

160; Beha 2024, 199). Zugleich gab es weder eine Exit-Strategie noch konkrete Zeitrahmen und wurde die Statusfrage weiter ausgeklammert.

Entsprechend gemischt fällt das vorläufige Ergebnis des EU-Statebuildings in Kosovo, das mit der Übergabe der Exekutivfunktion von EULEX 2018 in den Hintergrund rückte, gegenüber seinen normativen Zielen aus, also dem Aufbau bzw. der Professionalisierung unabhängiger Polizei-, Justiz- und Zollbehörden. Zupančič und Pejič (2018, 77f.) befinden, dass der anfängliche Schwerpunkt auf Polizeiarbeit einen wichtigen Beitrag zu den Erfolgen des normativen Ansatzes der EU in Kosovo leistete, sowohl innergesellschaftlich (etwa durch gendersensible Trainings) als auch durch die Vermittlung in der Kommunikation mit Serbien (ibid, 79). Dabei ist nicht unerheblich, dass die EU-Interessen – eine nachhaltige Polizei nach EUropäischen Standards – sich mit denen der kosovarischen Bevölkerung überschnitten. Auch im Zollsektor verzeichnen sie größtenteils Erfolge, trotz der komplexen Ausgangslage. Da Kosovo in Jugoslawien keinen Republikstatus hatte, gab es auch kein eigenes Zollsystem, obgleich einige Kosovar:innen im föderalen Zollsystem gearbeitet hatten. Darum musste dieses vollständig neu aufgebaut werden, unter erschwerten Bedingungen, da die Grenzen nicht international anerkannt waren (ibid, 94f.; vertiefend, s.a. Skendaj 2014). Als Grund nennen sie die Tatsache, dass das Zollwesen Stärken und zentrale Interessen der EU vereint, wobei die Mitgliedstaaten als Vorbilder dienten; dass gemäß normativem Selbstverständnis Unterstützung und Aufbau lokaler Strukturen statt externer Exekutivgewalt zur Anwendung kamen, zumal der Prozess meist mehr technischer als politischer Natur war; und dass eine gute Kooperation zwischen EULEX und dem EEAS-geführten Dialog bestand (Zupančič & Pejič 2018, 100f). Auch der Europäische Rechnungshof (2012, 42f.) bescheinigte hier weitgehenden Erfolg.

Der Justizsektor dagegen bleibt weiterhin Kosovos „Schwachstelle" (Interview Ilazi 2025). Während einige Expert:innen in der Verfolgung hochrangiger Straftaten durch EULEX eine Erfolgsbilanz verzeichnen (z.B. Interview Blakaj 2025), kritisieren andere die Abweichung der EU von ihren normativen Grundsätzen als Grund für die fehlende Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit der Reformen (Ilazi 2024, 58). Als größte GSVP-Mission war EULEX das Aushängeschild der neuen EU-Außenpolitik und stand unter Druck, sich zu beweisen. Dieser in Kombination mit dem hohen internen Abstimmungsaufwand führte aber teils zu einer Entmündigung lokaler Institutionen statt der Übertragung von Verantwortung (Zupančič & Pejič 2018, 83f.). Weitere Gründe waren fehlendes Vertrauen in lokale Akteure und daraus resultierendes Mikromanagement, sowie die Präferenz kurzfristiger Stabilität gegenüber Nachhaltigkeit der Reformen, wodurch bleibende Abhängigkeiten geschaffen wurden (Ilazi 2024, 56). Praktisch

10.15772/ANDRASSY.2026.002

führte dies auch dazu, dass lokale Richter:innen unbequeme Fälle an EULEX übertrugen, statt selbst Verantwortung zu übernehmen (ibid, 88f.). Die EU gewann Handlungskapazität (*actorness*) auch durch informelle Prozesse, wodurch die Transformationskraft scheinbar ihre Wirkung entfaltete, in Wahrheit aber die Rolle formeller lokaler Institutionen und Akteure sowie die selbsterklärten Ziele untergrub (Ilazi 2024, 58). Durch fehlendes Verständnis des lokalen Kontexts und die mächtige Position der externen Expert:innen, die oft mit einer gewissen Arroganz auf die „unterentwickelten" kosovarischen Behörden schauten, gingen die Projekte oft nicht (richtig) die Probleme an, die sie lösen sollten. Die Expert:innen selbst wurden dafür nicht zur Verantwortung gezogen, wodurch die eigentlichen Ziele und das lokale Vertrauen untergraben sowie Warnungen lokaler Akteure ignoriert wurden (ibid, 74f.).

Insbesondere in den nördlichen Provinzen, die lange aus Belgrad kontrolliert wurden, war EULEX kaum effektiv. Weitverbreitete Korruption und organisierte Kriminalität förderten weiter Spannungen zwischen, aber auch innerhalb der ethnischen Gruppen, wie der Mord am kosovoserbischen Politiker Oliver Ivanović 2018 zeigt, für den Mitglieder einer transserbischen organisierten Verbrechergruppe verantwortlich gemacht werden (Berisha & Bami 2021). Neben der begrenzten Handlungsfähigkeit aufgrund des intergouvernementalen Charakters der EU trugen auch strukturelle Defizite innerhalb der Mission zu ihrem begrenzten Erfolg bei. Der EuRH veröffentlichte 2012 einen Sonderbericht, in dem er eine ineffektive EU-Unterstützung für die Rechtsstaatlichkeit im Kosovo beklagte: „Die begrenzte Wirksamkeit der EU-Hilfe lässt sich in erster Linie auf die besonderen Verhältnisse im Kosovo zurückführen. Die Prüfung zeigte aber, dass es wichtige Bereiche gibt, in denen der EAD und die Kommission die EU-Hilfe durch eine bessere Verwaltung hätten wirksamer gestalten können" (Europäischer Rechnungshof 2012, 7). Dazu gehörten unklare bzw. fehlende Zielvorgaben, mangelnde Koordinierung, sowie unzureichende politische Dialoge und Konditionalität. Der von der damaligen HRVP Mogherini im November 2014 nach wachsender Kritik und Korruptionsvorwürfen an der Mission in Auftrag gegebene Jacqué-Report, benannt nach seinem Verfasser, stellte 2015 zudem fest, dass EU-Beamte, die Unregelmäßigkeiten meldeten, nicht ausreichend durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt waren. Der Bericht wies auch auf Probleme mit der Transparenz und dem Management von EULEX sowie auf mangelnde Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung hin, weshalb er empfahl, die Mission entweder grundlegend zu reformieren oder aufzugeben (Jacqué 2015).

Die Kapazitäten der EU waren aufgrund der umstrittenen Staatlichkeit Kosovos von Natur aus begrenzt. Wie beschrieben, spielen sowohl interne Faktoren – vor allem die Uneinigkeit über

10.15772/ANDRASSY.2026.002

den Status – als auch externe Einflüsse eine Rolle. Zu letzteren gehören die Kritik in der Bevölkerung, aber auch die politische Instrumentalisierung insbesondere zwischen Serbien und der Regierung im Kosovo, sowie die unzureichende Reaktion der EU. Ein weiterer Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs kam zu dem Schluss: „[I]t has had little overall impact on fundamental rule of law reforms in the region" (European Court of Auditors: 2022, 4). Auch in Bezug auf das Internationale Zivilbüro befinden Bajrami et al. (2012, 33f.):

> The ICO was never successful in prompting a unified voice from the international actors in Kosovo, not in promoting a unified strategy for integrating the north and reaffirming the territorial integrity of Kosovo. The failures in coordinating a unified comprehensive agenda for the north, and institutionalizing the ICO's own comprehensive agenda for the north, can both be traced to the ICO's lack of presence in the north of Kosovo.

Ein zentrales Problem des externen Staats- und Nationsaufbaus in Kosovo ist die Tatsache, dass die (vermeintliche) Auferlegung von Normen durch externe Akteure deren lokale Akzeptanz und Nachhaltigkeit sowie die Legitimität der EU mindert und anfällig macht für politische Manipulation (Ilazi 2024, 83). Die „Dienstleistungskultur" lokaler Behörden gegenüber der EU widerspricht dem Prinzip lokaler Eigenverantwortung und läuft dem Kapazitätsaufbau zuwider, da lokale Akteure im Aushandlungsprozess eine untergeordnete Rolle spielen (ibid, 90). Die EU konnte ihrerseits bei Nichtumsetzung auf lokale Behörden verweisen, da es sich schließlich um nationale Strategien handelte – ohne anzuerkennen, dass diese größtenteils von der EU bzw. der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) mithilfe externer Expert:innen entworfen worden waren (ibid, 93). Als deutlich wurde, dass die Statusfrage auch innerhalb der EU keine baldige Klärung finden würde und damit die Beitrittsperspektive in weite Ferne rückte, schwand der normative Einfluss der EU zunehmend und zeigte die Schwachstellen einer beispiellos demokratischen und inklusiven Verfassung angesichts ihrer undemokratischen Genese (Beha 2024, 188). Dadurch wurden ihre Prinzipien und Symbole angreifbar, zumal diese den (geteilten) Erfahrungen der Bevölkerung widersprechen, unter der ethnische Loyalitäten weiterhin überwiegen (Bieber 2011, 1789; Interview Maliqi 2025).

Auch das Ziel der EUropäisierung wurde durch die Verschleppung der Statusfrage und die zunehmende Isolation Kosovos in der Erweiterungspolitik gefährdet, besonders im Zuge der Verzögerung der Visaliberalisierung, wie auch die Jugendstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt (FES 2024, 42). „The biggest negative impact from the EU was a messaging of not belonging" (Interview Shabiu 2025; s.a. Interviews Maliqi 2025, Luci 2023). Neben den negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung fühlen sich insbesondere junge Menschen von der EU abgelehnt und basieren ihre Identität mehr auf Ethno-Nationalismus und traditionelle Werte als ihre Vorgänger:innen, was den Rückhalt für ein multi-ethnisches Kosovo zusätzlich

10.15772/ANDRASSY.2026.002

verringert, zumal diese Generation oft keine Kontakte mit anderen Gruppen und keine Erinnerung an ein Zusammenleben hat, was sie auch empfänglicher für Populismus macht (Interview von Cramon & Bojović 2025; Interview Musliu 2025). Aus dem gleichen Grund befürchten einige Expert:innen, dass religiöser Fundamentalismus zunehmen wird, nicht zuletzt durch salafistische Einflüsse aus den Golfstaaten, wodurch islamophobe Gruppen in der EU ihre Skepsis gegenüber dem „Balkan" in einer Art sich selbst erfüllender Prophezeiung bestätigt sehen würden (Elbasani 2018, 152f.; Interview Mirel 2025).

Zuletzt sei noch einmal auf den Zeitgeist verwiesen, unter dem die EU-Mitgliedstaaten ihre Intervention in Kosovo beschlossen. Wie ausgeführt, übernahmen sie das Modell des Liberalen Friedens- und Staatsaufbaus nach demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien, die eine gesamtgesellschaftliche Transformation zum Ziel haben (siehe z.B. Richmond et al. 2011; Tocci 2021). Nach dem 11. September 2001 wurden demnach fragile Staaten (*fragile states*) zunehmend als Ursache lokaler Gewalt ausgemacht, die sie über Terrorismus und transnational organisierte Verbrechensstrukturen „exportieren", weshalb Staatsaufbau und Staatsführung (*governance*) an Bedeutung gewannen (Grimm et al. 2016) und auch als Rechtfertigung für tiefgreifende Eingriffe in staatliche Strukturen durch internationale Akteure dienten (Nay 2013; Saeed 2013). Emblematisch für diese Weltanschauung ist das Essay „The post-modern state and the world order" des britischen Diplomaten Robert Cooper (2000), der im Kern einen *defensiven Imperialismus* liberaler Staaten als eine Form verantwortungsvoller Einflussnahme und Ordnungspolitik in sogenannten „vormodernen Räumen" befürwortet, um Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Außenpolitik dient demgemäß nach dem Ende der Blockkonfrontation zur Fortsetzung innenpolitischer Anliegen über die nationalen Grenzen hinaus, zumal supranationale Gremien wie die UN die Durchsetzung Internationalen Rechts nicht effektiv fördern können. Cooper wurde 2011 unter HRVP Catherine Ashton der erste Chefvermittler im Normalisierungsdialog mit Serbien, dem zweiten Hauptzweig der EU-Außenpolitik in Kosovo.

b. Die EU als Vermittlerin im Belgrad-Prishtina-Dialog

Die einseitige Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Februar 2008 war nicht nur innerhalb der UN und EU umstritten, sondern führte auch zu Spannungen mit Serbien. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte etwa die Hälfte der Serb:innen einen EU-Beitritt ihres Landes, gleichzeitig fühlten sich viele von den USA und der EU betrogen, weil diese die Abspaltung Kosovos befürworteten. Zudem war die Situation der Kosovo-Serb:innen vor allem im mehrheitlich serbischen Norden ungeklärt, da sie weiterhin Institutionen unter serbischem Recht nutzten (Ilazi 2024, 103).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Die Regierung in Belgrad entschied, den Internationalen Gerichtshof (IGH) um eine offizielle völkerrechtliche Einschätzung der Unabhängigkeitserklärung der Provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen Kosovos zu ersuchen, unterstützt von der Generalversammlung der UN (UNGA). Nach intensiven Beratungen, an denen sich auch viele EU-Staaten beteiligten, gab der IGH am 22. Juli 2010 bekannt, dass die Unabhängigkeitserklärung keine geltenden Regeln des internationalen Völkerrechts verletze, einschließlich Resolution 1244 (ICJ 2010). Daraufhin entwarf Serbien in Zusammenarbeit mit der EU eine UNGA-Resolution, die im September desselben Jahres verabschiedet wurde und den Grundstein für einen von der EU vermittelten Dialog zwischen den Regierungen legte. Die Verhandlungen wurden 2011 aufgenommen und sollten neben der Sicherung von langfristigem Frieden und Stabilität auch die Fähigkeit der EU als globaler Akteur etablieren (Troncotă 2017, 216; United Nations, 2010).

Die UNGA-Resolution 64/298 vom 09. September 2010 definiert auch das Ziel des Dialogs: „[T]he process of dialogue in itself would be a factor for peace, security and stability in the region, and that dialogue would be to promote cooperation, achieve progress on the path to the European Union and improve the lives of the people" (ibid). Der Dialog ist also unmittelbar mit der EU-Erweiterungspolitik verbunden, dient dem übergeordneten Ziel der EU in der Region – Stabilität – und soll das Leben der Menschen vor Ort verbessern. Hier bot sich auf Basis der neuen gemeinsamen Außenpolitik also eine erneute Chance für die EU, eine führende Rolle in der „dauerhafte[n] Stabilisierung Südosteuropas" (Reljić 2016, 19) zu übernehmen und sich international als Friedensakteur zu beweisen (Interview Tahiri 2025). Auch zum EU-geführten Belgrad-Prishtina-Dialog gibt es bereits vielfältige Forschungen und Publikationen, von denen viele hier referenziert werden. An dieser Stelle ist nurmehr ein Überblick der Verhandlungen sowie der Ziele und Instrumente der EU vorgesehen, wiederum mit besonderem Fokus auf die normativen Ansprüche der GASP/GSVP.

Der Resolutionstext war ein Kompromiss zwischen Serbien und den EU-Staaten, unterstützt von der Regierung in Prishtina. Anders als der Ahtisaari-Plan war das Ziel nicht die Klärung der Statusfrage und damit Konsolidierung der Staatlichkeit Kosovos (Ilazi 2024, 108). Dies stand im Einklang mit der offiziell neutralen Position der EU und war eine Grundvoraussetzung für Belgrad. Die breite Formulierung erzeugte jedoch ein ambivalentes Verständnis über die Ziele des Dialogs, zumal es eine offizielle Strategie oder Zeitpläne fehlte. Auch das Format selbst wurde nicht genauer bestimmt: „It is no peace negotiation framework, no arbitration mechanism – what are you trying to normalize?" (Interview Musliu 2025; s.a. Ilazi et al. 2025, 29f.). Während einige im Dialog einen Plan B zum Ahtisaari-Plan sahen (Interview Tahiri

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2025), verstanden andere das Format als Instrument zur inter- und intra-gesellschaftlichen Versöhnung (Interview Blakaj 2025). Auch unter den Mitgliedstaaten variierten die Interpretationen (K. Gashi 2021, 211). Alle für diese Arbeit interviewten Expert:innen sind sich einig, dass eine Form von Anerkennung Kosovos durch Serbien von Beginn an das inoffizielle Ziel war, spätestens seit der Verabschiedung der SAAs, wodurch beide eine – separate – Beitrittsperspektive erhielten (Vgl. u.a. Interview Palokaj 2025; Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025; Interview von Cramon & Bojović 2025). Obwohl nicht-öffentlich diskutiert, etwa im Quint-Format, war die Statusfrage aber nie offiziell Teil des Dialogs (Vgl. u.a. Interview Mirel 2025; Interview Vertreter:in der EU-Kommission 2025). Auch herrscht Einigkeit darüber, dass die „Normalisierung der Beziehung" zentral für eine nachhaltige Stabilität als übergeordnetes Ziel der EU auf dem Westbalkan sei (EEAS 2015; Vgl. u.a. Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r).

Der EAD ist zuständig für den Dialog, der 2011 aufgenommen wurde. Auf Basis des 2009 verabschiedeten Konzepts zur Stärkung der Vermittlungs- und Dialogkapazitäten der EU (*Concept on Strengthening EU Mediation and Dialogue Capacities*) wird „Dialog" definiert als „open-ended process which aims primarily at creating a culture of communication and search of common ground, leading to confidence-building and improved interpersonal understanding among representatives of opposing parties which, in turn, can help to prevent conflict and render more formal mediation unnecessary" (Council of the European Union 2009, 3). Leitprinzipien sind Kohärenz in Bezug auf außenpolitische Ziele und Leitlinien der EU, Ganzheitlichkeit und Abstimmung mit anderen Instrumenten und internen wie externen Akteuren, regelmäßige Risikobewertung, Übergangsjustiz und Menschenrechte, sowie die Stärkung von Frauen im Prozess (ibid, 6f.). Während die Erfahrung der EU als Vermittlerin etwa in Ohrid 2001 sowie ihre besondere Eignung als globale wirtschaftliche und politische Macht nebst Auslandsvertretungen betont wird, trägt das Dokument gleichzeitig der Komplexität von (Post-)Konfliktsituationen Rechnung und erkennt an, dass die Prinzipien in der Praxis im Widerstreit stehen können und dass die EU in Fällen, wo nicht genügend politischer Wille gegeben ist, möglicherweise die Unterstützung anderer Akteure statt ein eigenes Eingreifen erwägen sollte (ibid, 7).

Ein zentrales Instrument im Dialog war das Prinzip der „konstruktiven Ambiguität", was von vielen Beobachter:innen kritisiert wird (z.B. Troncotă 2017; Gashi, Musliu & Orbie 2017; Stankovski 2021). Ausgangspunkt war die Idee einer sequenziellen Verhandlung gemäß neofunktionalen Ansätzen, die mit weniger heiklen technischen Themen beginnen und nach einer Einigung in diesen Bereichen mit sensibleren politischen Themen fortfahren sollte (Visoka & Doyle 2016). Damit die EU-Vermittler:innen ihre Neutralität wahren konnten und sensiblere

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Themen den Fortschritt in anderen Bereichen nicht blockierten, wurden im Sinne des Konzeptes Verhandlungspunkte und -begriffe nicht vorab definiert, sondern der Auslegung durch die Verhandlungsparteien überlassen. Damit sollte ihnen die Kontrolle und Agency im Prozess übertragen werden, gemäß dem Ziel des *local ownership* (s.o.). Dieser Ansatz ist jedoch aus verschiedenen Gründen problematisch. Einerseits ist die EU zwar als Vermittlerin tätig, aber nicht neutral gegenüber dem Dialog. Die eigenen geopolitischen Interessen der EU in der Außen- und Erweiterungspolitik sind ein starker Faktor, der ihr Engagement motiviert. Um ihre eigene Position als außenpolitischer Akteur zu etablieren, musste sie in diesem hochsensiblen diplomatischen Unterfangen erfolgreich sein, und um das seit 2003 bestehende strategische Ziel der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan zu erreichen, müssen Serbien und der Kosovo ihre Konflikte überwinden. Vor allem für die Nicht-Anerkennenden unter den Mitgliedstaaten ist eine Einigung zwischen den beiden eine Voraussetzung, um ihre Position anzupassen, und somit ein wichtiger Meilenstein für die EU, um in Bezug auf Kosovos internationale Rolle mit einer Stimme zu sprechen (Hajrullahu 2019, 101ff.).

Obwohl die EU explizit als neutrale Vermittlerin (*facilitator*) und nicht als Mediatorin (*mediator*) auftrat, bestimmte einzig sie über den Rahmen der Verhandlungen, die rein intergouvernemental und für Nichtregierungsakteure daher nicht zugänglich waren (ibid, 208f.; s.a. Bergmann & Niemann 2015). Letztere sollten von den Regierungen selbst konsultiert werden, was in der Praxis jedoch kaum systematisch geschah (Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025). Gleichzeitig legte die EU offiziell keine klaren Pläne und rote Linien fest, was von vornherein zu Spannungen führte und Widersprüche zwischen normativen Zielen und Instrumenten aufzeigte (Weber & Bajrami 2018, 10). Zugleich bot die EU den Regierungen entscheidende Anreize in Form der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Serbien und eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Kosovo, ein bemerkenswertes Zugeständnis angesichts der Nicht-Anerkenner (Hajrullahu 2019, 116). Anders als andere SAA wurde dieses darum auch nicht von den Mitgliedstaaten ratifiziert, sondern nur zwischen Prishtina und der EU geschlossen (Europäischer Rat 2015). Dialog und Beitrittsprozess waren also von vornherein eng verknüpft: „The Dialogue is embedded within the EU enlargement process for both Kosovo and Serbia. For Serbia, it falls under Chapter 35 of the accession negotiations, while for Kosovo, it is a key component of the Stabilization and Association Agreement (SAA). Additionally, the EU has stated that it does not want to import unresolved bilateral disputes" (Interview Ilazi 2025). Auch in offiziellen Statements wurde die „europäische Zukunft" betont, die am Ende des Dialogs für beide Länder stehen sollte (K. Gashi 2021, 216).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bis Ende 2024 lässt sich der Dialog grob in drei Phasen aufteilen (Vgl. Interview Blakenborg 2025). Zu Beginn leiteten HRVP Lady Catherine Ashton und der von ihr als Chefverhandler eingesetzte britische Diplomat Sir Robert Cooper die Verhandlungen, einerseits mit den offiziellen Verhandlungsteams unter der kosovarischen stellvertretenden Ministerpräsidentin Edita Tahiri und dem serbischen Direktor des Außenministeriums Borko Stefanović und andererseits mit den damaligen Ministerpräsidenten Kosovos und Serbien, Hashim Thaçi und Ivica Dačić.[5] Im technischen Prozess wurden bis 2013 in 13 Bereichen Einigungen gefunden, die die bilateralen Beziehungen vereinfachen sollten, ohne die Statusfrage zu berühren, von Kataster und Telekommunikation bis zum Austausch von Verbindungsbeamten und der Teilnahme Kosovos an regionalen Formaten (Emini 2023, 94). So wurde de facto ein Integriertes Grenzsystem (*Integrated Border Management*, IBM) geschaffen, ohne den Charakter festzulegen; die Begriffe „Border" und „Boundary" werden gleichgestellt verwendet (Dialogue Info 2021). Hier wie im Ablauf zeigt sich, dass auch die „technischen" Verhandlungen im Kern politischer Natur waren (Ilazi et al. 2025, 40f.). So wurde zunächst ein Text verabschiedet, aus dem die gemeinsame Absicht der Parteien hervorging, während in späteren Verhandlungen die konkreten Aktionspläne und Protokolle festgelegt wurden (Lehne 2012; weiterführend s.a. Bieber 2015).

Nach zehn Verhandlungsrunden wurde am 19. April 2013 in Brüssel das erste umfassende politische Abkommen (*First Agreement of Principles Governing the Normalisation of Relations*, informell meist Brüsseler Abkommen) unterzeichnet, das 15 konkrete Schritte zur Normalisierung der Beziehungen vorsah (Government of the Republic of Serbia 2013). Das Abkommen wurde nur von kosovarischer Seite ratifiziert (Republika e Kosovës 2013). Die wichtigsten Prinzipien waren die Einrichtung eines serbischen Gemeindeverbandes in Kosovo (*Association/Community of Serb majority Municipalities*, A/CSM), die Integration serbischer paralleler Sicherheitsstrukturen in die kosovarischen Institutionen, sowie den Verzicht auf die Blockade des jeweils anderen im Beitrittsprozess (Government of the Republic of Serbia 2013). Das Abkommen wurde in allen drei Hauptstädten (einschließlich Brüssel) als Erfolg gefeiert und nach Ansicht mancher „transformed a frozen conflict into a melting one" (Gashi & Novakovic 2020, 5). Die Fortschritte gerieten in der Folge jedoch ins Stocken und die Parteien nutzten das Abkommen, um in ihren jeweiligen Heimatländern politisches Kapital zu schlagen, anstatt seine Bestimmungen tatsächlich umzusetzen. Zudem verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo in dieser Zeit und wuchs die Kritik an dem Prozess in beiden Ländern, in Kosovo insbesondere am A/CSM, dessen Entwurf schlussendlich von der damaligen

[5] Dieser Teil der Verhandlungen ist u.a. im Film „The Agreement" von Karen Stokkendal Poulsen (2013) und der Autobiographie „And then what?" von Catherine Ashton (2023) dokumentiert.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Präsidentin Jahjaga zur Prüfung ans Verfassungsgericht weitergeleitet wurde, das einige Aspekte als nicht verfassungskonform bemängelte und entsprechende Änderungen forderte (Beha 2015, 111f.; Szpala 2016, 2f.; Krasniqi 2020, 14f.).

Ende 2014 übernahm Federica Mogherini die Rolle der HRVP für die Legislaturperiode bis 2019 und wollte einen schnellen Abschluss der Verhandlungen herbeiführen. Diese Ambition stand jedoch im Kontrast zur weiterhin fehlenden Transparenz, wodurch zunehmend auch das Vertrauen der Verhandlungsparteien schwand (ibid, 15f.; Interview Tahiri 2025). Während sie angesichts wachsender globaler Krisen mit direkten Auswirkungen auf Europa, vor allem die Krim-Annexion durch Russland und die Flüchtlingskrise 2015, in der *Global Strategy* (EEAS 2016) neue außenpolitische Ambitionen für die EU formulierte, erreichte der Dialog eine Sackgasse. Zwar fanden Treffen statt und weitere Dokumente wurden verhandelt, doch außer einigen Aspekten der technischen Zusammenarbeit wenig erreicht. Ein Tiefpunkt wurde im September 2018 markiert, als die Präsidenten Aleksandar Vučić aus Serbien und Hashim Thaçi aus Kosovo eine Änderung der Grenzen vorschlugen, um den serbischen Teil im Norden Kosovos in Serbien einzugliedern und im Gegenzug die mehrheitlich albanischen Provinzen zu erhalten (Stankovski 2021; s. Abbildung unten).

Abbildung 4: Vorgeschlagener Landtausch zwischen Serbien und Kosovo (Zdravkovski & Ramet 2019).

Dieser „Landtauschvorschlag" zeigte die opportunistische Haltung der beteiligten Politiker – Thaçi hatte sich nicht einmal mit dem damaligen Premierminister Ramush Haradinaj beraten – und stieß in beiden Ländern auf massive Proteste. Er offenbarte auch die internen Meinungsverschiedenheiten auf Seiten der Vermittler, da neben der US-Administration unter Präsident

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Donald Trump auch Mogherini zunächst diesen Schritt begrüßte, später jedoch unter dem Druck der EU-Mitgliedstaaten unter Führung Deutschlands revidieren musste, welche die entscheidende Bedeutung der territorialen Integrität betonten und vor einem potenziell gefährlichen Präzedenzfall warnten, der die Rhetorik eines „Großserbiens" oder „Großalbaniens" in der Region anheizen könnte (ibid). In der Folge wurde die Situation weiter verschärft und entwickelte sich bald zu einem offenen Konflikt. Als Serbien 2018 erneut den Beitritt des Kosovo zur Interpol blockierte, reagierte das Parlament in Pristina mit der Einführung von Zöllen um 100 Prozent auf Produkte, die aus Serbien und Bosnien-Herzegowina importiert wurden, wo das serbische Mitglied der dreiköpfigen Präsidentschaft die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch das Land blockierte (Stankovski 2021, 372). Im September 2021 versammelten sich Militär und Grenzpolizei auf beiden Seiten der Grenze, als die Frist für eine im Dialog getroffene Einigung über die gegenseitige Anerkennung von Kfz-Kennzeichen ablief, ohne dass eine Lösung gefunden worden war. Die Regierung unter der EU-kritischen Partei LVV wollte Reziprozität gegenüber der serbischen Politik durchsetzen, eine Einigung wurde jedoch erst Anfang 2024 gefunden, nach zahlreichen weiteren Eskalationen (weiterführend, s. Seebass 2022). Auch in Serbien hatte sich in der Zwischenzeit die politische Realität stark verändert, seit Aleksandar Vučić ab 2012 zunehmend die Macht übernahm und zentralisierte.

Abb. 5: Standbild einer Rede des damaligen jugoslawischen Vizepräsidenten Vojislav Šešelj, später als Kriegsverbrecher verurteilt, beim SRS-Parteitag am 27. Februar 1999. Im Hintergrund Vučić, drei Tage zuvor zum serbischen Informationsminister ernannt (BBC 2001, 1:28:03; s.a. Vrkić 2015).

Vučić begann seine politische Karriere unter Milošević als Mitglied der ultranationalistischen Serbischen Radikalen Partei (*Srpaska Radikalna Stranka*, SRS) und wurde 1998 Informationsminister. Nach dem Ende des Kosovo-Kriegs und Sturz Miloševićs blieb er eine prominente Oppositionsfigur, bevor er 2008 als Mitglied der neu gegründeten Serbischen Fortschrittspartei

10.15772/ANDRASSY.2026.002

(*Srpska Napredna Stranka*, SNS) zu einem gemäßigteren und nach außen pro-europäischen Akteur wurde. Vučićs Aufstieg begann 2012 als stellvertretender Ministerpräsident; bis 2017 war er Ministerpräsident und wurde schließlich Präsident. Während seine Regierung theoretisch an ihren europäischen Ambitionen festhielt, vertiefte er Partnerschaften mit Russland und China und nutzte das Kosovo-Narrativ regelmäßig, um seine politische Macht zu festigen und demokratische Institutionen zu untergraben, während er sich gegenüber internationalen Vermittlern als Friedensstifter präsentierte (Kulić 2020; ESI 2024). Szpala (2016, 3f.) zeigt dagegen, dass Nationalismus der SNS erst die lokale Glaubwürdigkeit und Autorität verlieh, gesamtserbische Interessen zu vertreten, einschließlich der serbischen Gemeinden in Kosovo. Dabei übernahmen sie immer mehr Kontrolle auch gegen lokale Interessen, besonders durch die Srpska Lista, die zunächst eine Integration in die kosovarischen Strukturen ermöglichte, um diese anschließend ausschließlich zu dominieren, auch mithilfe krimineller Strukturen (ibid; Bieber 2020, 73f.; Klasnić 2024).

Während Vučić Informationsminister unter Milošević war, war der Leiter der LVV Albin Kurti ein prominenter Anführer der Studierendenproteste in Prishtina gegen dieses Regime. Er wurde 1999 von der serbischen Polizei verhaftet und von eben jenem Regime, das Vučić vertrat, inhaftiert. Nach dem Ende dieses Regimes wurde er zum Gesicht der Widerstandsbewegung gegen serbischen und internationalen Einfluss (Schneider 2017; s.o.). Als der Dialog zunehmend auf eine Sackgasse zuführte, konnten sie und andere Parteien von der Ablehnung insbesondere des serbischen Gemeindeverbands unter der kosovo-albanischen Mehrheitsbevölkerung profitieren, zumal der Dialog lokal mit den korrupten Nachkriegs-Eliten der PDK um Thaçi und der LDK um Isa Mustafa verbunden wurde (Szpala 2016, 6). Allerdings hatten sich die Dynamiken des Dialogs zu Beginn von Kurtis erster Amtszeit 2020 längst zugunsten Serbiens entwickelt, vor allem durch die Rolle Belgrads bei der Regulierung von Migrationsströmen auf der sogenannten „Balkanroute" und die Angst vor dem Einfluss Russlands (ibid, 7). Zugleich haben sich unter seiner Regierung neben der Dynamik mit Serbien die Beziehungen zu internationalen Partnern auch in der EU sowie zwischen Serb:innen und Albaner:innen in Kosovo deutlich verschlechtert und steht die Partei zunehmend für kompromisslosen Ethno-Nationalismus (Xhambazi 2024; McKinna 2012; s.a. Interviews Radosavljević 2025, Maliqi 2025 u.a.). Die 2023 gegen Kosovo erlassenen EU-Maßnahmen richteten sich explizit gegen Kurtis Politik.

Die Strategie der EU-Kommission „Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan" forderte 2018 erstmals ein „rechtsverbindliches Abkommen über die Normalisierung" (Europäische Kommission 2018,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

9), was einige Beobachter:innen als *de facto* Anerkennung Kosovos durch Serbien deuteten (Interview Ilazi 2025). Im gleichen Jahr wurde das Prespa-Abkommen zwischen Griechenland und dem fortan so benannten Nordmazedonien geschlossen, wodurch neben der NATO-Mitgliedschaft der Weg zu den EU-Beitrittsverhandlungen frei werden und der Prozess insgesamt neuen Aufwind erhalten sollte. Doch unter Führung Frankreichs verhinderten einige Mitgliedstaaten die Aufnahme von Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien, das zuvor eine umfangreiche Überprüfung des Justizpersonals (*vetting process*) durchgeführt hatte, mit Verweis auf Sorgen um die Rechtsstaatlichkeit (Butnaru-Troncotă 2025, 7f.). In der Folge wurde die Methodik des Beitrittsprozesses verändert, sodass nun Reformen im Rechtsstaatsbereich Voraussetzung für Fortschritte in allen anderen Bereichen sind; zudem haben die Mitgliedstaaten größere Kontrolle im Prozess. 2020 blockierte Bulgarien Nordmazedonien wegen bilateraler Identitäts-Konflikte und verlor die Erweiterungspolitik durch die zunehmende Politisierung erneut an Glaubwürdigkeit, was auch in Kosovo politische und gesellschaftliche Folgen hatte, zumal auch die von der Kommission seit 2018 empfohlene Visa-Liberalisierung vor allem von Frankreich blockiert wurde (Marciacq et al. 2022; Interview Maliqi 2025).

Im Jahr 2019 ernannte der damalige US-Präsident Trump den US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, zum Sonderbeauftragten für Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Kosovo, die im September 2020 zur Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit führte, unterstützt durch US-Investitionen. Dieser Schritt wurde zumeist als Versuch angesehen, die außenpolitische Kompetenz des Präsidenten angesichts der bevorstehenden US-Wahlen zu demonstrieren, und weniger als echter diplomatischer Erfolg, auch angesichts der schwachen Position der kosovarischen Regierung zu diesem Zeitpunkt, die gerade nach einem Misstrauensvotum neu formiert worden war (Armakolas et al. 2021, 24f.). Dennoch markiert das Abkommen einen Neuanfang für den Dialog, da das neu geschaffene Amt des Sonderbeauftragten unter der Präsidentschaft Bidens fortgeführt wurde und die EU-Mitgliedstaaten, von Trumps Schritt unangenehm überrascht, im April 2020 mit der Ernennung ihres eigenen Sonderbeauftragten, dem ehemaligen slowakischen Außenminister Miroslav Lajčák, reagierten und die EU damit die Führung des Prozesses wieder übernahm (Europäischer Rat 2020). Gemeinsam mit dem von 2019 bis 2024 amtierenden HRVP Josep Borrell und unter Beteiligung der deutschen und französischen Regierungen fanden ab 2020 wieder regelmäßig Treffen statt, doch die lokale Situation insbesondere im Norden Kosovos verschärfte sich weiter. Im November 2022 trat der Großteil der Kosovo-Serb:innen von allen öffentlichen Ämtern zurück, im Frühjahr 2023 und 2024 boykottierten sie mehrheitlich die Lokalwahlen, je koordiniert aus Belgrad, wodurch zentrale Erfolge des Dialogs und der internationalen Interventionen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

insgesamt zurückgeworfen wurden (Bami & Stojanovic 2022; Öztürk 2024). In der Folge sind sie zunehmend marginalisiert, zumal die Regierung seit 2024 systematisch serbische Parallelinstitutionen schloss, ohne Alternativen zu bieten (Seebass & Vulović 2025). Zugleich verschärfte die kosovarische Regierung die Polizeipräsenz nach dem Terroranschlag von Banjska durch serbische Milizen im September 2023 und dem darauffolgenden serbischen Truppenaufmarsch an der Grenze auf Basis von Sicherheitsbedenken, wiederum zulasten der lokalen Bevölkerung und inter-ethnischen Beziehungen (Molonay 2023).

Unter einem neuen Dringlichkeitsgefühl nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde 2023 das von Deutschland und Frankreich erarbeitete „Abkommen über den Weg zur Normalisierung zwischen Kosovo und Serbien" (*Agreement on the path to normalisation between Kosovo and Serbia*) in Ohrid und der Anhang zur Umsetzung (*Implementation Annex*) in Brüssel beschlossen (EEAS 2023). Das Abkommen wurde jedoch nicht unterzeichnet und die damalige Ministerpräsidentin Ana Brnabić widerrief die serbische Zustimmung Ende 2023 in einem Brief, nachdem Präsident Vučić bereits kurz nach dem Treffen sein Unterzeichnen ausgeschlossen hatte (Bami 2025). Die EU betrachtet das Abkommen dennoch als rechtlich bindend (EEAS 2025; weiterführend, s. Vulović 2023). Die Verhandler Borrell und Lajčák, zuvor Außenminister von Nicht-Anerkennern, erregten Misstrauen in Kosovo und verstärkten das das Gefühl eines Machtungleichgewichts, zumal beide laut kosovarischem Chefverhandler gute Beziehungen zu Serbien pflegten (Emini 2023, 143; Interview Bislimi 2023).

In der EU-Legislaturperiode 2024 bis 2029 wurde die ehemalige estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas HRVP und ersetzte der dänische Diplomat Peter Sørensen Lajčák ab Februar 2025 als Sonderbeauftragter mit einem Mandat von zunächst 13 Monaten (Europäischer Rat 2025). Massenproteste in Serbien und eine anhaltende Regierungskrise in Kosovo erschwerten sein Amt von Beginn an, ebenso wie die Unsicherheit der transatlantischen Beziehungen unter der zweiten Trump-Regierung. Da zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit noch keine aufschlussreiche Analyse seiner Amtszeit möglich ist, beschränkt sich diese hierin auf die ersten drei Phasen; eine Änderung der Methodik ist auch unter Sørensen nicht vorgesehen, wie mehrere Gespräche im Zuge der Politikethnographie zeigten. Zum Zeitpunkt seines Amtsantritts waren laut Emini (2023, 200f.) 46 Abkommen geschlossen bzw. aktualisiert worden, zuzüglich weiterer vier Aktualisierungen. Von diesen wurden 18 vollständig umgesetzt, elf teilweise, elf nicht bzw. nicht mehr, und zehn im Abkommen 2023 aktualisiert bzw. zusätzlich betont (ibid).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Abb. 6: Timeline and teams of negotiations 2011-2023 (Emini 2023, 199).

Die Verbesserung der Beziehungen zu Serbien und regionale Kooperation sind Kern des SAA, das den Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und Kosovo bildet (Europäische Union 2016). Letztere steht auch im Zentrum des Berliner Prozesses, in dessen Rahmen weitere regionale Formate und Abkommen zum Ziel der Normalisierung geschlossen, allerdings nur teilweise umgesetzt wurden (Emini 2021, 401ff.). Die Errichtung des A/CSM wurde inzwischen auch außerhalb des Dialogs gefordert, insbesondere im Verfahren um Kosovos Beitritt zum Europarat, der daran bis dato scheiterte (ESI 2025). Auch Fortschritte und Gelder im Rahmen des 2023 verabschiedeten Wachstumsplans für den Westbalkan sind für Kosovo und Serbien

10.15772/ANDRASSY.2026.002

an eine konstruktive Haltung im Dialog geknüpft (Si 2024). Ohne die Umsetzung des A/CSM ist auch die Weiterleitung von Kosovos Beitrittsgesuch zur Prüfung an die EU-Kommission kaum denkbar und wird in einigen Mitgliedstaaten als wichtiger Hebel verstanden; andererseits geht die Verknüpfung des Dialogs mit allen anderen Politikfeldern der EU gegenüber Kosovo zulasten ihrer Glaubwürdigkeit und stärkt populistische Narrative, die ihren normativen Zielen zuwiderlaufen (Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025; Interview Palokaj 2025).

Mit Blick auf die Ergebnisse ist festzustellen, dass die EU ihre selbstgesetzten normativen Ziele im Dialog aus verschiedenen Gründen nicht erreicht hat. Zwar löste der technische Prozess zunächst wichtige Probleme, vor allem durch die Integration von Kosovo-Serb:innen in kosovarische Strukturen und das Grenzmanagement. Laut der damaligen kosovarischen Chefverhandlerin kann dieser Erfolg nicht überschätzt werden, zumal er oft gegen lokalen Widerstand und nur durch die Unterstützung der EU und der USA gelang (Guzina & Marijan 2014, 8; Zupančič & Pejič 2018, 98; Interview Tahiri 2025; Interviews EU-Vertreter:innen 2025). Die Abkommen trugen auch wesentlich zur Festigung von Kosovos Staatlichkeit bei, obwohl kein erklärtes Ziel; neben der Konsolidierung des Territoriums vor allem über „banale" Symbole wie ein eigener Telefoncode und die Partizipation in regionalen und internationalen Formaten auch ohne offizielle Anerkennung (Vgl. Sejdiu 2017, Interview Palokaj 2025).

Doch seit den Regierungswechseln in Serbien 2012 und Kosovo 2021 schwanden politischer Wille und Kompromissbereitschaft (Szpala 2016, 8). Gleichzeitig rückte die EU-Perspektive als gemeinsamer Anreiz ferner (Reljić 2013). Lokale NRO bemühten sich um einen parallelen Dialog-Ansatz, um die hochrangige um eine Graswurzel-Perspektive zu ergänzen, vor allem in der Zusammenarbeit zwischen der Balkans Policy Research Group (BPRG) und dem Kosova Democratic Institute (KDI), aus dem auch die Plattform *dialogue-info.com* hervorging (Xhambazi 2025, 17). Doch angesichts mangelnden politischen Willens der Regierungen und umfassenden, inklusiven Ansätzen vonseiten der Organisationen ist ihr Einfluss begrenzt, zumal aufgrund der intransparenten Verhandlungen immer ein Informationsdefizit besteht (ibid, 18f.). Zwar schließen Reisen des Dialogteams zumeist auch Treffen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ein, sie erfahren jedoch nicht, ob und wie ihre Beiträge im Prozess genutzt werden (Interview Vertreter:in der EU-Kommission 2025; Interview Radosaljević 2025).

Das Prinzip der konstruktiven Ambiguität stieß schnell an seine Grenzen und führte zu unterschiedlichen Interpretationen nicht nur in Belgrad und Prishtina, sondern verhinderte auch einen kohärenten EU- bzw. transatlantischen strategischen Ansatz, wie die Reaktionen zum Vorschlag über einen Gebietstausch 2018 drastisch verdeutlichten (Weber & Bajrami 2018, 10;

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Interview Haskuka 2025). Von Beginn an war der Dialog auch nach innen gerichtet und sollte interne Einigkeit simulieren, zulasten einer klaren Strategie und *local ownership* (K. Gashi 2021, 213). Die Uneinigkeit spiegelte sich auch in der Kommunikation wider und verringerte die Glaubwürdigkeit und damit das Konditionalitätsprinzip, zumal angesichts der verschleppten Visaliberalisierung und Maßnahmen der Eindruck wuchs, die EU sei Kosovo gegenüber voreingenommen (Interview Maliqi 2025). Gleichzeitig wurden Forderungen nach mehr Druck auf Serbien angesichts der zunehmenden Autokratisierung und Verstöße im Dialog nicht beantwortet, da keine Einigkeit unter den EU-Staaten herrschte (Interview Milićević 2025).

Die Gründe und Folgen des Scheiterns der übergeordneten Ziele der EU in Kosovo werden im letzten Teil dieses Kapitels ausführlicher behandelt. Angesicht der zentralen Rolle der Mitgliedstaaten werden in der nachfolgenden Analyse zunächst ihre jeweiligen Beziehungen zu Kosovo herausgearbeitet und zentrale Spannungen aufgezeigt, ebenso weitere relevanter nationaler Stakeholder und ihrer Rollen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

B. Akteure und Positionen in der EU-Außenpolitik gegenüber Kosovo

Im Folgenden sollen die wichtigsten internationalen Stakeholder und von ihnen vertretenen Positionen in den Verhandlungen um Kosovos (inter-)nationale Position dargestellt und für die Analyse nutzbar gemacht werden. Da diese Aushandlung auf Ebene der beteiligten Nationalstaaten geschieht, werden hier die dominanten nationalen bzw. von der jeweiligen Regierung vertretenen Positionen dargestellt. Keinesfalls soll aber der Eindruck entstehen, dass diese homogen sind. Wie diese Arbeit zeigt, existieren immer auch alternative Narrative und unterliegen diskursive Elemente einem stetigen Wandel durch ihre (De-)Aktivierung zur Erreichung politischer Ziele. Dennoch liegt der Fokus in diesem Abschnitt auf denjenigen Positionen, die den internationalen Diskurs maßgeblich bestimmen.

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick der zentralen Staaten, die direkt und indirekt die Verhandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der EUropäischen Außenpolitik beeinflussen. Neben den EU-Mitgliedstaaten werden auch relevante Nicht-EU-Staaten einbezogen (s.u.). Hierunter fallen die NATO-Mitgliedstaaten, die nicht Teil der EU sind, die Staaten des „Westbalkans" und die Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats, die alle eine zentrale Rolle für Kosovos Staatlichkeit spielen. Die Betrachtung berücksichtigt die Bereiche Diplomatie (*Anerkennung; diplomatische Beziehungen; Unterstützung in internationalen Gremien; KFOR; Sonstiges*) und Kooperation (*Entwicklungszusammenarbeit (ODA); Direktinvestition (FDI); Handel; Kultur/Diaspora; Sonstiges*). Eine detaillierte Übersicht der Zahlen und Quellen findet sich im Anhang, wobei einige Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Nicht für alle Länder gibt es zu jedem Punkt belastbare Daten. Neben bilateralen gibt es auch regionale Förderungen der EU-Staaten, vor allem durch den Investitionsrahmen für den Westbalkan (WBIF) und EU-Institutionen vor Ort, aber auch regionale Formate wie den *Visegrad Fund*. Über diese gelangen auch Investitionen der Nicht-Anerkenner nach Kosovo, die nach der Unabhängigkeitserklärung ihre bilaterale Förderung eingestellt haben. Auch zur genauen Verteilung der Diaspora gibt es keine belastbaren Statistiken, insbesondere in Bezug auf die nicht-albanische Bevölkerung, mit Ausnahme der Gorani, die von mehreren Balkanstaaten als nationale Minderheit beansprucht werden (Theresheva 2017). Obwohl die Positionen der Länder regierungsunabhängig meist stabil blieben (Ausnahmen sind unten erläutert), ist die Übersicht im Wesentlichen der Stand vom Sommer 2025 und notwendigerweise vereinfacht. Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse erläutert und aus Literatur und Interviews bzw. Umfragen unter relevanten Expert:innen ergänzt, die einander im Wesentlichen bestätigen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

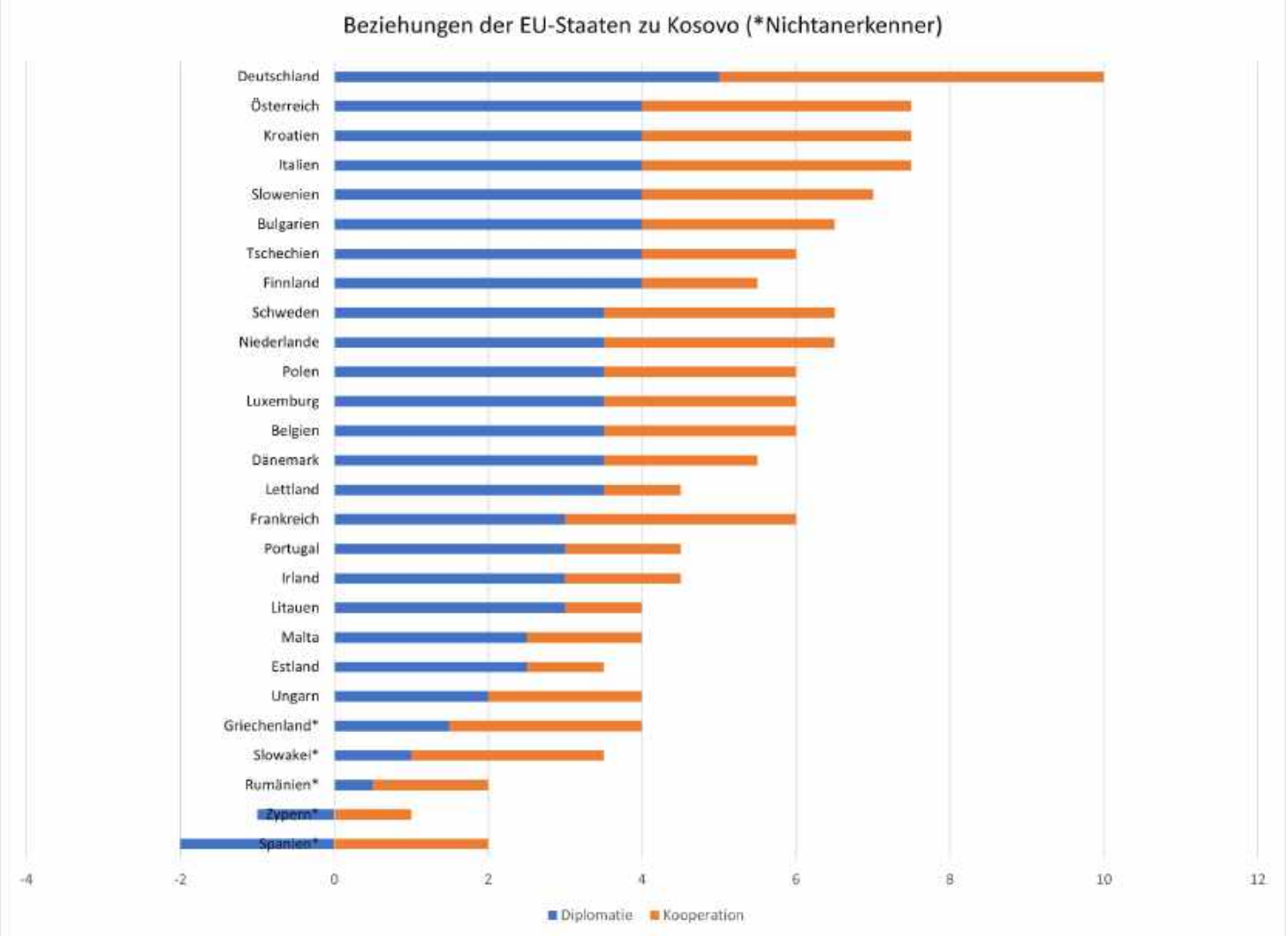

Tabelle 1: Beziehungen der EU-Staaten zu Kosovo

1. Die Quint-Staaten

Als Nachfolger der Kontaktgruppe ist das Quint-Format heute ein zentraler außenpolitischer Akteur auf dem Westbalkan, bestehend aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA, in der Regel auf der Ebene der Botschafter:innen und in enger Absprache mit der lokalen EU-Vertretung. In dieser Gruppe werden alle zentralen Entscheidungen und gemeinsame Erklärungen vorbereitet, denen sich die anderen EU-Mitgliedstaaten in der Regel anschließen (Vgl. u.a. Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025; Interview Mirel 2025). Im Einklang mit dem Schaubild verwies ein Großteil der befragten Expert:innen auf die Rolle Deutschlands als wichtigster Unterstützer Kosovos innerhalb der EU, finanziell wie auch diplomatisch. Durch die Botschaft in Prishtina, aber auch andere Regierungs- bzw. regierungsnahe Akteure wie die *Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ), Parteistiftungen und wirtschaftliche und kulturelle Vertretungen ist Deutschland in Kosovo omnipräsent. Zudem ist

10.15772/ANDRASSY.2026.002

die Bundesrepublik neben der Schweiz Heimat der größten kosovarische Diasporagemeinschaft, ein zentraler Faktor für die deutsch-kosovarischen Beziehungen (Auswärtiges Amt 2024; s.a. Morina 2023; Dornfeldt & Seewald 2021).

Für Deutschland war der Kosovo-Einsatz eine echte Zeitenwende[6] seiner Außenpolitik und ein Anstoß für eine langsam wachsende Führungsrolle innerhalb der sich entwickelnden GASP der EU, einschließlich des Dialogs zwischen Kosovo und Serbien, dessen Forderungen die lokalen Botschaften wie auch Bundestagsabgeordnete regelmäßig unterstrichen und so den politischen Druck auf die Verhandlungspartner erhöhten (Himmrich 2019, 61ff.). Auch haben Regierungsvertreter:innen sich öffentlich gegen die serbische Haltung ausgesprochen. Die langjährige Kanzlerin Merkel sticht heraus als europäische Führungsfigur in der gesamten Region und insbesondere in Kosovo, wie auch mehrere Interviews ergaben (ibid, 74; Adebahr & Töglhofer 2015, 35f.; Interview Tahiri 2025; Interview Reljić 2025). Besonders wichtig ist der Berliner Prozess, der unter ihrer Regierung geschaffen wurde, um regionale Kooperation parallel zum Erweiterungsprozess zu fördern. Im Zuge dieses Formats gelang es unter anderem dem damaligen Sonderbeauftragten der Bundesregierung Manuel Sarrazin 2024, Kosovos direkte Teilnahme am Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen (CEFTA) zu verhandeln (Balkans Debrief 2024). Der auf Merkel folgende Bundeskanzler Scholz forderte den serbischen Präsidenten Vučić in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Juni 2022 öffentlich zur Anerkennung Kosovos auf, was jedoch auch von der damaligen deutschen Opposition deutlich kritisiert wurde (Bundestag 2022). Als er zwei Jahre später als Mitunterzeichner der Absichtserklärung über Kritische Rohstoffe zwischen der EU und Serbien erneut Belgrad besuchte, wiederholte er die Forderung allerdings nicht. Aus Kosovo, aber auch aus Serbien häuft sich seither die Kritik, Deutschland und die EU zögen andere geostrategische Prioritäten dem Reform- und Erweiterungsprozess vor (Vgl. z.B. Ivković 2024). Ein weiterer wichtiger Faktor sind die dezentralen Regierungsstrukturen, weshalb unter Scholz auch der Ausdruck „German Vote“ für Enthaltungen in Brüssel aufgrund interner Uneinigkeit geprägt wurde.

Frankreich wird regelmäßig als präsentestes EU-Land in Kosovo neben Deutschland genannt, seine Position aber deutlich kritischer betrachtet, besonders seit dem Austritt Großbritanniens aus der EU. Dies deckt sich auch mit Erfahrung aus der Politikethnographie, die die Autorin neben deutschen regelmäßig in Kontakt u.a. mit französischen, niederländischen und britischen

[6] Dies wurde auch deutlich in einer Veranstaltung zur Erinnerung an den NATO-Einsatz in Berlin im April 2024 deutlich, die ich in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft für die DGAP konzipiert und moderiert habe. Siehe dazu: https://dgap.org/de/veranstaltungen/die-nato-intervention-im-kosovo-vor-25-jahren

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Regierungsvertreter:innen und Expert:innen brachte, in Paris etwa durch die *Session internationale pour les Balkans et l'Europe orientale* (SIBEO) 2025 sowie Veranstaltungen des European Union Institute for Security Studies (EUISS) und des Thinktanks Euro Créative. Eine Interviewpartnerin (Interview Musliu 2025) formulierte es wie folgt:

> Germany has always been the main actor in Kosovo, due to their historic ties also with Serbia and its strong Balkan diaspora; it is very present. They also know the context, understand what is happening – unlike France, which is also very active, but has much less understanding.

Zudem wird Frankreich oft als enger Partner Serbiens gesehen und positioniert sich auch selbst so (Vgl. z.B. Vuksanovic 2021; Umfrage Le Quiniou 2025). Paris verfolgt einen regionalen Ansatz, dessen Fokus auf dem wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten Land Serbien liegt, zuletzt außerdem auf Albanien, seit das Land im Erweiterungsprozess Fortschritte macht. Zwar war Frankreich unter den ersten Staaten, die Kosovos Unabhängigkeit anerkannten, und französische Betriebe spielten eine wichtige Rolle im Staatsaufbau (Abazi 2023, 146f.). Zudem unterhalten die Staaten neben diplomatischen auch wichtige kulturelle Beziehungen, etwa durch Kosovos Mitgliedschaft in der Internationalen Organisation der Frankophonie seit 2014. Dennoch liegt der Westbalkan traditionell nicht im außenpolitischen Fokus und beschränkte sich der Austausch neben dem Außenhandel vor allem auf regionale bzw. EU-Formate. Auch innenpolitische Faktoren wie eine zunehmende Islamophobie haben großen Einfluss (Interview Reljić 2025).

Seit der Wiederaufnahme des EU-geführten Dialogs zwischen Serbien und Kosovo unter Lajčák im Jahr 2020 und insbesondere der Vollinvasion der Ukraine durch Russland 2022 ist Paris jedoch wieder mehr involviert (Marciacq & Le Quiniou, 2022). Präsident Macron entsandte 2021 politische Berater:innen zu den Regierungen aller sechs Länder sowie 2022 gemeinsam mit Deutschland jeweils einen außenpolitischen Berater zur Unterstützung Lajčáks im Dialog (Vulović 2023). Dennoch ist die öffentliche Meinung gegenüber dem französischen Einsatz in Kosovo skeptisch. Neben der Nähe zu Serbien wird die französische KFOR-Führung beschuldigt, für die *de facto* ethnische Trennung entlang des Ibar in Nordkosovo und damit für eine zentrale Hürde für die volle staatliche Souveränität verantwortlich zu sein (Triantafyllou 2014, 6f.; Dahlman & Williams 2010, 410). Auch im Prozess der EU-Erweiterung hat Paris durch seine Blockade der Visa-Liberalisierung Kosovos und Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien Vertrauen verloren, auch für die EU insgesamt (Marciacq et al, 2022; Interview Maliqi 2025). Dazu passt, dass Kosovo in diesem Rahmen gemäß seinem offiziellen Status als *potentieller* Beitrittskandidat betrachtet wird, der das Recht auf Gleichbehandlung erst noch verdienen muss, wie bei Treffen mit französischen Regierungsvertreter:innen und Expert:innen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

deutlich wurde. Insbesondere die kompromisslose Haltung der Regierung unter Ministerpräsident Kurti hat Frankreichs Position verhärtet und zu Konflikten innerhalb der Quint geführt (Kosovo Online 2023; Umfrage Le Quiniou 2025). Andere Beobachter:innen dagegen verweisen zwar ebenfalls auf die Unterschiede zwischen den Quint-Staaten und der französischen Haltung gegenüber Serbien, betonen aber gleichzeitig die Geschlossenheit bei der Unterstützung des Dialogs (Vgl. z.B. Interview von Cramon & Bojović 2025; Interview Shabiu 2025).

Durch den Austritt Großbritanniens haben sich die Beziehungen der EU zu Kosovo verschlechtert, bestätigte auch ein Interview beim EAD (2025), da das Vereinigte Königreich einer der wichtigsten Unterstützer Kosovos ist, aber keinen direkten Einfluss mehr auf die EU-Politik im Land nehmen kann. Trotzdem ist die Regierung innerhalb der Quint, wie auch in regionalen Formaten wie dem Berliner Prozess, weiter sehr aktiv, besonders unter der Labour-Regierung von Keir Starmer (Interview Vertreter:in der EU-Kommission 2025). Die Partei unterhält die Arbeitsgruppe „Friends of Kosovo", später ergänzt um den Zusatz „and the Western Balkans", die zurückgeht auf das Engagement des Labour-Ministerpräsidenten Tony Blair während des Kosovo-Kriegs (Pollard 2024). Doch auch unter Tory-Regierungen wurde den Beziehungen, aufbauend auf der bereits erläuterten wichtigen Rolle Großbritanniens für die Verhandlungen und den Krieg Ende der 1990s, ein besonderer Wert zugeschrieben, wie Ker-Lindsay (2019, 41) betont: „The United Kingdom has been Kosovo's single most important European ally in its attempts to gain recognition and acceptance on the international stage". Gemeinsam mit den USA warb die Regierung für die internationale Anerkennung Kosovos auch in multilateralen Formaten wie der Weltbank oder dem Internationalen Olympischen Komitee. In den vergangenen Jahren ist das Engagement zurückgegangen, was neben geopolitischen Verschiebungen auch einer Ernüchterung gegenüber den innenpolitischen Reformdynamiken geschuldet ist, dennoch bleibt London ein zentraler Verbündeter Kosovos auch im Erweiterungsprozess (ibid, 59; s.a. Dauti 2023). Die kosovarische Regierung ihrerseits zeigte sich bereit, ein Rückführungszentrum für abgelehnte Asylbewerber in Großbritannien einzurichten (Lindsay 2025).

Italien wurde ebenfalls in vielen Interviews als zentraler Akteur in Kosovo genannt, jedoch weniger prominent als etwa Deutschland und Frankreich. So hat Rom seit Beginn eine Führungsrolle im KFOR-Einsatz und unterstützt die EU-Integration Kosovos mit einem Fokus auf Sicherheit und Reformen in der Rechtsstaatlichkeit (Frontini 2015; Senato 2016). Der italienische Westbalkan-Experte Giorgio Fruscione betont: „For Italy, [it] is [...] pivotal to have a stable Balkan region, given the geographic proximity with our country, which must boost trade and cultural relations between the two shores of the Adriatic Sea. Such stability may be

10.15772/ANDRASSY.2026.002

achieved only through the normalization process mediated by the EU" (Umfrage Fruscione 2025). Damit gehört auch Italien zu den Hauptunterstützern Kosovos in der EU.

Wie bereits beschrieben, wäre ein internationales Eingreifen und auch die Unabhängigkeit Kosovos ohne die Führungsrolle der USA kaum vorstellbar gewesen: Frankreich und Großbritannien behielten ihr im Zweiten Weltkrieg geprägtes positives Serbienbild lange bei; Deutschland war aus historischen Gründen nicht zu einem militärischen Eingreifen bereit; und Italien sorgte sich um Investitionen in Jugoslawien (Schmitt 2008, 327f.). Auch das Straßenbild von Prishtina lässt keinen Zweifel an der Loyalität der Kosovar:innen – neben der Bill-Clinton-Statue gibt es Straßen, die nach George W. Bush und Madeleine Albright benannt sind, die amerikanische ist neben der albanischen Flagge am prominentesten vertreten. Gleichzeitig gibt es auch Kritik am politischen und wirtschaftlichen Einfluss, den US-Politiker:innen insbesondere in den frühen 2000er Jahren genommen haben, von der Bevorteilung befreundeter Politiker bis zu lukrativen Deals für amerikanische Firmen (siehe z.B. Karnitschnig 2024; weiterführend, s.a. Gashi & Kelmendi 2023; Xhambazi 2018). Ähnlich wie im Fall Großbritanniens hat die kosovarische Regierung auch der Übernahme abgelehnter Asylbewerber:innen aus den USA zugestimmt, nachdem Kosovo 2021 bereits von den USA evakuierte Afghan:innen aufgenommen hatte (Montoya-Galvez 2025). Auch nach Übernahme der Hauptverantwortung für die postjugoslawischen Staaten durch die EU spielte Washington eine zentrale Rolle, und obgleich die Wichtigkeit Kosovos und der Region für die US-Politik ebenfalls abnahm, folgte sie mit Ausnahme der Trump-Intervention im Dialog weitgehend konstanten Prinzipien und unterstützte die EU-geführten Prozessen wie EULEX und den Dialog. Ein Interviewpartner bescheinigt, die transatlantische Balkan-Politik werde seit den 1990ern vor allem in den USA entschieden und von Europa übernommen (Interview Reljić 2025). Ein:e andere:r erklärte, diese Wahrnehmung hänge mit der Art der Entscheidungsfindung in der EU zusammen, die deutlich komplexer sei und sich daher auch weniger markant in die Praxis umsetzen lasse als die unilaterale US-Position (Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025). Im September 2025 setzte die US-Regierung einen geplanten bilateralen Dialog mit Kosovo aufgrund von Bedenken der Entwicklungen im Nordkosovo aus (U.S. Mission Kosovo 2025).

Ein Beispiel soll die Dynamik zwischen den Quint-Staaten illustrieren, die die Autorin selbst teilweise verfolgen konnte: Im Mai 2022 bewarb sich Kosovo für die Mitgliedschaft im Europarat, die nach einiger Verzögerung bearbeitet wurde, sodass im November 2023 ein Bericht zur Beurteilung des Gesuchs erschien. Dieser fiel größtenteils positiv aus, verwies aber auf den Verstoß gegen ein Urteil des Verfassungsgerichts in Bezug auf die Landrechte des serbisch-

10.15772/ANDRASSY.2026.002

orthodoxen Klosters Visoki Dečani in Kosovo. Dieses Urteil wurde im März 2024 schließlich umgesetzt, sodass der Weg für eine Mitgliedschaft frei zu sein schien (ESI 2025). Doch die US-Regierung, obschon kein Teil des Europarats, forderte weitere Schritte zur Errichtung eines serbischen Gemeindeverbandes, der Teil des EU-geführten Dialogs ist. Die Forderung wurde als Quint-Communiqué wiederholt und die kosovarische Regierung verpflichtete sich gegenüber dem Europarat zu diesem und anderen Schritten nach der Aufnahme. Im Mai 2024 sollte die Abstimmung eigentlich stattfinden, wurde jedoch auf Drängen Deutschlands, Frankreichs und Italiens von der Tagesordnung genommen (Taylor-Braçe & Alipour 2024). Besonders negativ wurde in Prishtina in diesem Zusammenhang die Rolle Frankreichs wahrgenommen, das erst im Vormonat einen lukrativen Vertrag zum Verkauf von Kampfjets an Serbien unterzeichnet hatte (Baletic 2024). Serbien hatte vehement gegen die Aufnahme Kosovos im Europarat geworben und sogar Drohungen gegen andere europäische Staaten ausgesprochen, die für eine Abstimmung gewesen waren (Taylor-Braçe 2024). Großbritannien unterstützte die neuen Forderungen nicht. Hier und in anderen Kontexten wurde auch deutlich, dass für Deutschland im Fall Kosovos die Geschlossenheit der Quint – besonders mit Frankreich und den USA – politisch wichtiger ist als die Einhaltung eigener Linie und Konsequenzen für das Land (s.a. Shuka 2025). Das steht im Kontrast zur Reaktion auf den Vorschlag der damaligen Präsidenten Thaçi und Vučić über einen Gebietsaustausch entlang ethnischer Grenzen im Jahr 2018, den Berlin unter Kanzlerin Merkel entschieden ablehnte und sich gegen die anfängliche Unterstützung der USA und einiger EU-Akteure durchsetzte (Vgl. Interview Tahiri 2025; Delauney 2018).

2. Die Nicht-Anerkenner

Erwartbar finden sich diejenigen EU-Staaten, die Kosovo nicht anerkennen, ganz unten in der Grafik. Dennoch gibt es signifikante Unterschiede in ihren Beziehungen zu Kosovo. Am ausgeprägtesten sind sie mit Griechenland, das ein Konsulat in Prishtina unterhält und dort seit 2014 sogar Visa ausstellt. In direkter Nachbarschaft gelegen, hatte Griechenland historisch ein tiefes und komplexes Verhältnis zu Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten sowie Albanien. So unterstützte Athen Serbien traditionell gegen „großalbanische" Bewegungen auf dem Balkan und wehrte sich lange gegen den NATO-Einsatz 1999 aufgrund wichtiger Handelsbeziehungen mit Belgrad (Schmitt 2008, 327f.). Neben den Beziehungen zu Serbien bedingt vor allem die Zypernfrage die Nichtanerkennung. Wie Armakolas (2019, 138f.) zeigt, erwägten hochrangige Politiker verschiedener Regierungen dennoch die Anerkennung, besonders nach Beginn des EU-geführten Dialogs mit Serbien. Zudem finden regelmäßig Staatsbesuche statt und hat Griechenland Kosovo bei Aufnahmen in internationale Organisationen stets entweder

10.15772/ANDRASSY.2026.002

unterstützt oder sich enthalten. Der damalige stellvertretende Ministerpräsident Bislimi befand 2023, Kosovo pflege zu kaum einem anderen Land so enge Beziehungen (Taylor-Braçe 2023). Innenpolitisch ist eine Anerkennung aber kaum durchsetzbar (weiterführend siehe Armakolas 2019, 123ff.). Als einziger Nicht-Anerkenner ist Griechenland Teil des Berliner Prozesses.

Wenngleich weniger eng, waren die Beziehungen zur Slowakei bis zum Regierungswechsel Ende 2023 ebenfalls konstruktiv. Wie Griechenland enthielt sie sich bei der Abstimmung im Europarat, während die anderen Nicht-Anerkenner gegen Kosovos Aufnahme stimmten. Auch Bratislava unterhielt ein Verbindungsbüro in Prishtina und weitgehende diplomatische Beziehungen, während die Anerkennung selbst an den Dialog mit Serbien geknüpft blieb. Die Frage wurde 2007 zum Politikum, als Oppositionsführer Dzurinda in Erwartung eines Scheiterns der Statusverhandlungen die ungarische Minderheit im Land als Argument für eine neutrale Position der Slowakei nutzte und seine Position breiten Anklang im Parlament fand (Nič 2019, 156). Unter dem früheren Außenminister und späteren Sondergesandten für den Dialog Lajčák vertieften sich die Beziehungen dennoch, ebenfalls in Einklang mit dem Normalisierungsdialog (weiterführend siehe ibid, 147ff.). Ein klarer Bruch stellte die Wiederwahl Robert Ficos zum Ministerpräsidenten 2023 dar, dessen populistische Außenpolitik im Schulterschluss mit Serbien sich auch gegen Kosovo richtete. So entschied seine Regierung 2022 die Schließung der slowakischen Vertretung in Prishtina und eine gleichzeitige Aufstockung der slowakischen KFOR-Truppen, was gemäß dem Narrativ aus Belgrad dem Schutz der Serb:innen in Kosovo dienen sollte (Taylor-Braçe & Gabrizova 2024; MZV 2025). Das Verhältnis Prishtinas – auch mit Griechenland – hatte sich jedoch schon vorher verschlechtert, vor allem durch unilaterale Schließungen serbischer Institutionen in Kosovo durch die Regierung Kurti (Interview Radosavljević 2025).

Gleiches gilt für Rumänien, das von Anfang an als Nachbar Serbiens und durch die engen Verbindungen der orthodoxen Kirchen sowie die Transnistrien-Problematik in Moldau und die ungarische Minderheit im eigenen Land viele Gründe gegen eine Anerkennung hatte. Nach Aufnahme des EU-geführten Dialogs wurde die Position zunächst pragmatischer und bewegt sich bis heute in der Mitte zwischen den konstruktiven Nicht-Anerkennern in der Slowakei und Griechenland und den entschiedenen Gegnern der Unabhängigkeit in Spanien und Zypern (Ivan 2019, 174f.). Wie erstere ist Rumänien ein wichtiger Truppensteller für KFOR, wie letztere verweigerten hochrangige Politiker in der Vergangenheit die Teilnahme an hochrangigen Veranstaltungen mit Vertreter:innen aus Kosovo. Dies gilt besonders für konservative Parteien, während die sozialdemokratische Partei eine Anerkennung weniger stark ablehnt (ibid, 187).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Im öffentlichen Diskurs hat die Regierung ihren Standpunkt stets an den Serbiens geknüpft (weiterführend, siehe Troncotă & Ioniță 2018, 208ff.; Damian 2021).

Angelehnt an die türkische Besetzung Nordzyperns lehnt Nikosia Kosovos Unabhängigkeit ohne die Zustimmung Serbiens kategorisch ab. Die Bevölkerung verurteilte den NATO-Einsatz 1999 und solidarisierte sich größtenteils mit Belgrad. Die zypriotische Regierung wehrte sich zunächst auch gegen die EULEX-Mission, fand sich jedoch isoliert im Rat und gab schließlich nach (Ioannides 2019, 204f.). Sie vermeidet Kontakte mit Regierungsvertreter:innen Kosovos, die auf Anerkennung hindeuten könnten, und stimmt grundsätzlich gegen die Aufnahme in Internationale Organisationen. Ioannides (ibid, 194) betont jedoch, dass Zypern im Falle der Anerkennung durch die anderen Staaten seine Position wohl ebenfalls nicht beibehalten würde.

„Kosovo's strongest opponent in Europe" (Ferrero-Turrión 2019, 215) bleibt Spanien, dessen Regierung keine Gelegenheit auslässt, seiner Nichtanerkennung Ausdruck zu verleihen: „Unlike the others, Madrid shows no sign of flexibility, even symbolically, when it comes to Kosovo" (ibid). Der Fall eines Fußballspiels Spaniens gegen Kosovo 2021 sorgte für internationale Empörung und Spott, als Journalist:innen sich weigerten, den Namen des Landes auszusprechen, dessen Kürzel entgegen der Konvention in Kleinbuchstaben auf den Fernsehbildschirmen erschien (Si 2021) und ist emblematisch für den Druck, unter dem die spanische Regierung durch Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien und dem Baskenland steht (weiterführend, siehe Vila Sarriá 2019). Selbst progressive Parteien im spanischen Parlament vermeiden das Thema, da es politisch zu sensibel ist, weshalb es laut einigen Expert:innen fraglich ist, ob Spanien – und damit auch Zypern – selbst im Falle einer Einigung mit Serbien Kosovo anerkennen würden (Interview von Cramon & Bojović, 2025). Gleichzeitig betont Madrid, es gehe nicht um Innenpolitik, sondern die einseitige Unabhängigkeit sei „contrary to the rule of law and to our idea of a diverse and tolerant Europe" (Krasniqi & Rettmann 2020). Nichtsdestotrotz akzeptierten Spanien und alle anderen Nicht-Anerkenner trotz vorherigen Protests seit 2024 die Einreise kosovarischer Bürger:innen im Zuge der Visaliberalisierung (Dunai & Jopson 2024).

Alle EU-Expert:innen bekräftigten in den Interviews, dass kein Nicht-Anerkenner den Dialogprozess behindere. Wie ein:e von ihnen betonte, haben sie sogar ein besonderes Interesse an dessen Gelingen, da es ihre eigene Position erleichtern würde (Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025). In intergouvernementalen Formaten wie den Ratsarbeitsgruppen dagegen sind insbesondere Spanien und Zypern, aber auch Griechenland häufig lautstark gegen Kosovo (Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025). Die anderen EU-Staaten und auch die EU selbst haben in der Vergangenheit regelmäßig pragmatische Wege gefunden, mit den Nicht-Anerkennern

10.15772/ANDRASSY.2026.002

umzugehen; sie muss jedoch außenpolitisch Neutralität zeigen, was ihre Position angesichts ihrer zentralen Rolle in Kosovo unbequem macht (Interview Mirel 2025).

3. Die Unterstützer und Ambivalenten

Während Deutschland, Frankreich und Italien in Kosovo und der Region als Teil der Quint die Führungsrolle innerhalb der EU einnehmen, sind andere Mitgliedstaaten aus unterschiedlichen Gründen weniger präsent. Ihre Positionen werden hier kurz dargestellt und eingeordnet. Wie auch das Schaubild zeigt, gehört Österreich zu den wichtigsten EU-Partnern Kosovos. Das Land spielte, auch durch seine geografische Nähe und engen historischen und wirtschaftlichen Beziehungen, seit dem 19. Jahrhundert wie in den 1990er Jahren eine Schlüsselrolle (Mehmeti 2024). Der österreichische Diplomat als Vertreter der EU bei den Gesprächen in Rambouillet, Wolfgang Petritsch, die Rolle von Botschafter Albert Rohan, und Wien als Schauplatz der Gespräche über den Ahtisaari-Plan wurden bereits erwähnt (weiterführend, siehe u.a. Ajeti 2022 & 2023; Schmitt 2008). Auch trägt das Land trotz verfassungsmäßiger militärischer Neutralität seit Beginn der KFOR-Mission große Truppenkontingente bei. Bis heute ist die österreichische Regierung unter den vehementesten Unterstützer:innen der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan und hat darum 2023 auch die Gruppe „Friends of the Western Balkans" (mit) begründet (BMEIA 2024). Österreich ist einer der wichtigsten Handels- und Entwicklungspartner Kosovos und verfügt über eine große Diaspora (Umfrage Spöri 2025; Germin 2024). Im Gegensatz zu allen Parteien außer der rechts-nationalen FPÖ sieht die Bevölkerung einen EU-Beitritt Kosovos (und der anderen Länder in der Region) jedoch skeptisch (ÖGfE 2024).

Gleichzeitig wurde in den Interviews deutlich, dass der Einfluss Österreichs und anderer Länder in der Nachbarschaft vor allem begleitend zu den großen Linien wirkt, die von den Quint gestaltet werden (Interview Reljić 2025; Interview Mirel 2025). Das gilt auch für Slowenien und Kroatien, die beide wie Kosovo Teil Jugoslawiens waren und zu den größten Unterstützern der EU-Erweiterung gehören. Neben dem damaligen österreichischen Außenminister Alexander Schallenberg beansprucht auch der ehemalige slowenische Ministerpräsident Borut Pahor die Gründung der „Friends of the Western Balkans" für sich und positionierte sich früh als Nachfolger Lajčáks als Sonderbeauftragter im von der EU geleiteten Dialog zwischen Kosovo und Serbien ab 2025, wofür jedoch Peter Sørensen ausgewählt wurde (FoWB 2025). 2010 schuf er als Präsident Sloweniens mit seinem damaligen kroatischen Amtskollegen Ivo Josipović den Brdo-Brijuni-Prozess, der bis heute jährlich die Regierungen der beiden Länder mit denen der Westbalkanstaaten zusammenbringt (weiterführend siehe Zupančič & Udovič 2011). Beide

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Länder sind neben Österreich, Bulgarien und Polen auch Teil des Berliner Prozesses und unterstützen Kosovo bei der Aufnahme in internationale Gremien. Neben den großen KFOR-Kontingenten beider Länder vertiefte Kroatien seine sicherheitspolitische Kooperation 2025 durch einen Militärpakt mit Albanien und Kosovo, das keine eigenen Beziehungen zur NATO hat, weil auch dort vier der fünf Nicht-Anerkenner vertreten sind. Während die kroatische Regierung betonte, mit dem Abkommen vor allem die Rüstungsbeschaffung der drei kleinen Länder zu vereinfachen, wertete die serbische Regierung dieses als Bedrohung der eigenen Sicherheit (Tesija & Bami 2025). Tatsächlich können die kroatische und slowenische Unterstützung Kosovos nicht ungeachtet der angespannten Beziehungen zu Serbien infolge der Postjugoslawischen Kriege verstanden werden (Umfrage Zorić 2025; weiterführend, s.a. Sherifi 2023).

Kontroverser ist die Unterstützung Kosovos für Bulgarien und Tschechien. Als weiterer direkter Nachbar hat Bulgarien komplexe historische Beziehungen zu den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Trotz des Einflusses pro-russischer Gruppen hat Sofia seine Beziehungen zu Kosovo seit der Unabhängigkeit gefestigt und in internationalen Foren unterstützt, akzeptiert von einer breiten Bevölkerungsmehrheit (Umfrage Lessenski 2025). Sofia versteht die Region als wichtigen Einflussbereich, auch über (vermeintliche) Diasporagruppen wie die Gorani in Kosovo (Europäisches Parlament 2025; Theresheva 2017). Der tschechische Standpunkt dagegen ist weniger eindeutig. Obgleich die Regierung im Zuge ihrer eigenen transatlantischen Integration die Mehrheitsentscheidungen mitgetragen und Kosovo international nie blockiert hat, polarisierte die Anerkennung und spielte angesichts der traditionell pro-serbischen Haltung stets eine Rolle, wodurch der in der Grafik unter „Kooperation" zusammengefasste bilaterale Austausch beschränkt blieb (Čermák 2023; weiterführend, s.a. Dopita 2019).

In ihren diplomatischen Beziehungen zu Kosovo ähneln Finnland, Schweden und die Benelux-Staaten einander. Finnland ist besonders aufgrund der Rolle Ahtisaaris und des früheren Erweiterungskommissars Olli Rehn für die Kosovo-Frage (s.o.) präsent und blieb involviert, unterhält jedoch begrenzte ökonomische und kulturelle Beziehungen (Alilonttinen 2009; Interview Mirel 2025). Schweden unterstützt insbesondere die Zivilgesellschaft finanziell und Justizreformen durch bilaterale Abkommen, doch die EU-Erweiterung in Südosteuropa ist im Land nicht unumstritten (Umfrage Lewander; weiterführend, s.a. Bekaj 2023). Ähnlich ist es in den Niederlanden, die zu den erweiterungsskeptischen Mitgliedstaaten gehören und trotz umfassenden diplomatischen Beziehungen insbesondere bei der Frage der Visaliberalisierung bremsten (Zweers 2022). Luxemburg ist ein wichtiger Geber in der Entwicklungszusammenarbeit, war aber auch an diplomatischen Bemühungen zur Integration Kosovos in regionale Organisationen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

beteiligt und bemüht sich um praktische Lösungen für eine EU-Integration (Umfrage Rata 2025; s.a. Luxembourg Development Cooperation 2021). Belgien beheimatet eine der größten ethnisch albanischen Diasporae, was eine wichtige Rolle für die guten bilateralen Beziehungen spielt, wenngleich diese nicht außerordentlich ausgeprägt sind (Vgl. Nikaj & Lika 2023).

Anders als die bisher aufgeführten Länder, unterhalten die übrigen EU-Mitgliedstaaten – mit Ausnahme Ungarns – keine Vertretungen in Prishtina, sondern haben diese angegliedert an eine andere Botschaft außerhalb Kosovos. So anerkannte Polen zwar die Unabhängigkeit, etablierte jedoch keine konsularischen Beziehungen zu Kosovo, das ähnlich wie im Fall Tschechiens ein Politikum insbesondere zwischen den beiden größten Parteien blieb. Die rechts-populistische Partei PiS lehnte die Anerkennung zunächst ab; dennoch richtete Polen unter ihrer Regierung 2019 das Gipfeltreffen des Berliner Prozesses aus, und neben guten Beziehungen Polens zu Serbien bleibt das Verhältnis zu Kosovo schwach ausgeprägt, aber stabil (Vgl. Wiśniewski 2019, 103ff). Nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kündigte Polen die Aufnahme konsularischer Beziehungen an und Kosovo eröffnete 2024 ein Konsulat in Warschau, während Polen konsularische Dienste für Kosovo aus Budapest ins nähergelegene Skopje eingliederte (Bruggeman-Sekowska 2024; Poland in Albania 2024). Auch Dänemark intensivierte seine bislang eher oberflächlichen Beziehungen zu Kosovo kürzlich und unterschrieb 2021 einen Vertrag mit der kosovarischen Regierung über die Nutzung des Gefängnisses in Gjilan für bis zu 300 in Dänemark verurteilter Straftäter unter dänischem Recht, wofür Kosovo 15 Millionen Euro jährlich erhält, sowie Gelder für erneuerbare Energien (Justitsministeriet 2022). Andere EU-Staaten wie Belgien erwägen, diesem Vorbild zu folgen, aber Menschenrechtsaktivist:innen kritisieren den Vertrag als Scheinlösung für tiefere soziale Probleme (Zeneli 2025). Die ersten Gefangenen wurden 2025 erwartet; es bleibt abzuwarten, ob sich das dänische Verhältnis zu Kosovo dadurch substantiell ändert. Bislang gibt es dafür keine Anzeichen – Dänemark unterstützt die EU-Erweiterung und unterstreicht dabei wie die Niederlande besonders rechtsstaatlichen Reformen (Umfrage Bach Nyemann 2025).

Die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland haben kein besonders tiefes Verhältnis zu Kosovo oder den anderen Westbalkan-Ländern, unterstützen aber deren EU-Integration und Kosovos Unabhängigkeit, insbesondere Estland, das in der Vergangenheit sogar Prishtina in internationalen Fora vertreten hat (Bukovskis & Potjomkina 2015, 203f.; Umfrage Blockmans 2025; Umfrage Vilpišauskas 2025). Auch die EU-Außenbeauftrage, der Leiter der EU-Vertretung in Kosovo und der Rapporteur für Kosovo im Europäischen Parlament sind seit 2024 aus Estland, das Engagement ist bislang jedoch begrenzt (Interview von Cramon & Bojović 2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Das Land entsendet seit 2018 keine Truppen mehr zur KFOR. Portugal, Irland und Malta sind ebenfalls kaum in Kosovo involviert, sprechen sich aber grundsätzlich für eine Integration in die EU und in multilaterale Foren aus (Umfrage O'Brennan 2025). Malta ist der einzige Anerkenner in der EU, der nie zur KFOR beigetragen hat.

Das letzte hier betrachtete EU-Land ist Ungarn, das in den ersten Jahren nach Kosovos Unabhängigkeit deutlich höher auf der Liste gestanden hätte. Denn trotz enger Verbindungen zu Serbien, wo auch eine beträchtliche ungarische Minderheit beheimatet ist, entschied sich das Land früh für eine Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit und koordinierte diese mit Kroatien und Bulgarien (Umfrage Lessenski 2025; vertiefend, siehe Márkusz 2019). Ungarn hat sich als wichtiger Unterstützer der EU-Erweiterung in der benachbarten Westbalkan-Region einschließlich Kosovo etabliert und entsendet seit 2015 Berater an alle Regierungen, zudem hat es einen Sondergesandten für den Westbalkan (Esteso Pérez 2024, 27). Doch seit Ministerpräsident Orbán Ungarn zunehmend illiberal umstrukturiert, hat das Verhältnis zu Belgrad an Bedeutung gewonnen, dessen innen- und außenpolitische Linien auch auf Kosten der Beziehungen zu Prishtina unterstützt werden. Das wohl deutlichste Beispiel sind die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen serbischen Protestierenden und KFOR im Mai 2023, bei dem 27 ungarische Soldaten teils schwer verletzt wurde. Während KFOR und die Quint-Staaten neben der kosovarischen auch die serbische Regierung verantwortlich machten, spielte die ungarische Regierung den Vorfall herunter (Woods 2023). Zwar steht eine Änderung der ungarischen Haltung zu Kosovos Unabhängigkeit nicht im Raum, trotzdem ist Budapest immer mehr zum Sprachrohr Serbiens geworden, hat gegen die Aufnahme Kosovos in den Europarat gestimmt und in Reaktion auf den Militärpakt zwischen Kroatien, Albanien und Kosovo eine ähnliche Verabredung mit Serbien getroffen (Umfrage Németh 2025; Tesija & Bami 2025). Und obwohl Ungarn sich weiterhin als Befürworter des EU-Beitritts der Westbalkanstaaten positioniert, zeichnet sich ein zunehmend disruptiver Einfluss der Orbán-Regierung auf die EU-Politik gegenüber Kosovo ab und nehmen gleichgesinnte EU-Staaten wie die „Friends of the Western Balkans" Gruppe dezidiert Abstand (Vgl. Interview Luci 2023; Interview Gricourt 2023; Interview von Cramon & Bojović 2025; vertiefend siehe Esteso Pérez 2024).

Schließlich spielen auch die Nicht-EU-Staaten Island, Kanada, Norwegen und die Schweiz eine Rolle für diese Analyse. Alle haben enge bi- und multilaterale Beziehungen zur EU und sind abgesehen von der Schweiz Mitglieder der NATO. Obwohl Island keine eigene Armee hat, unterstützt es KFOR in technischen Bereichen (Ćirić 2020); Kanada ist mit einem kleinen Truppenkontingent vertreten. Darüber hinaus ist das Verhältnis der beiden zu Prishtina freundlich,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

aber oberflächlich. Anders Norwegen, dessen Regierung neben KFOR-Truppen auch technische und diplomatische Unterstützung lieferte. So entsandte Oslo Expert:innen für die EULEX-Mission sowie einen Sondergesandten für den Westbalkan und unterstützt den EU-geführten Dialog auch finanziell (Interview Blankenborg 2025). Zudem hat Norwegen eine signifikante kosovo-albanische Diaspora und ist ein wichtiger Geber und Investor in Kosovo. Norwegen schloss 2023 seine Botschaft in Prishtina, ihre Amtsgeschäfte wurden von der Botschaft in Ankara übernommen (Regjeringen 2022). Die Schweiz bezeichnet sich selbst als eines der „wichtigsten Partner- und Geberländer" Kosovos (EDA 2025), mit einer großen und aktiven kosovo-albanischen Diaspora seit den 1960er Jahren, engen diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und einem gewichtigen KFOR-Kontingent trotz Neutralität. Als einziges der vier Länder hat die Schweiz eine eigene Botschaft in Prishtina und war eine frühe Unterstützerin der Unabhängigkeit, entsandte Expert:innen an EULEX und unterstützt den Dialog. Die Wahrnehmung Kosovos in der Bevölkerung verbessert sich, auch Dank prominenter Schweizer:innen kosovarischer Abstammung (Robelli 2018).

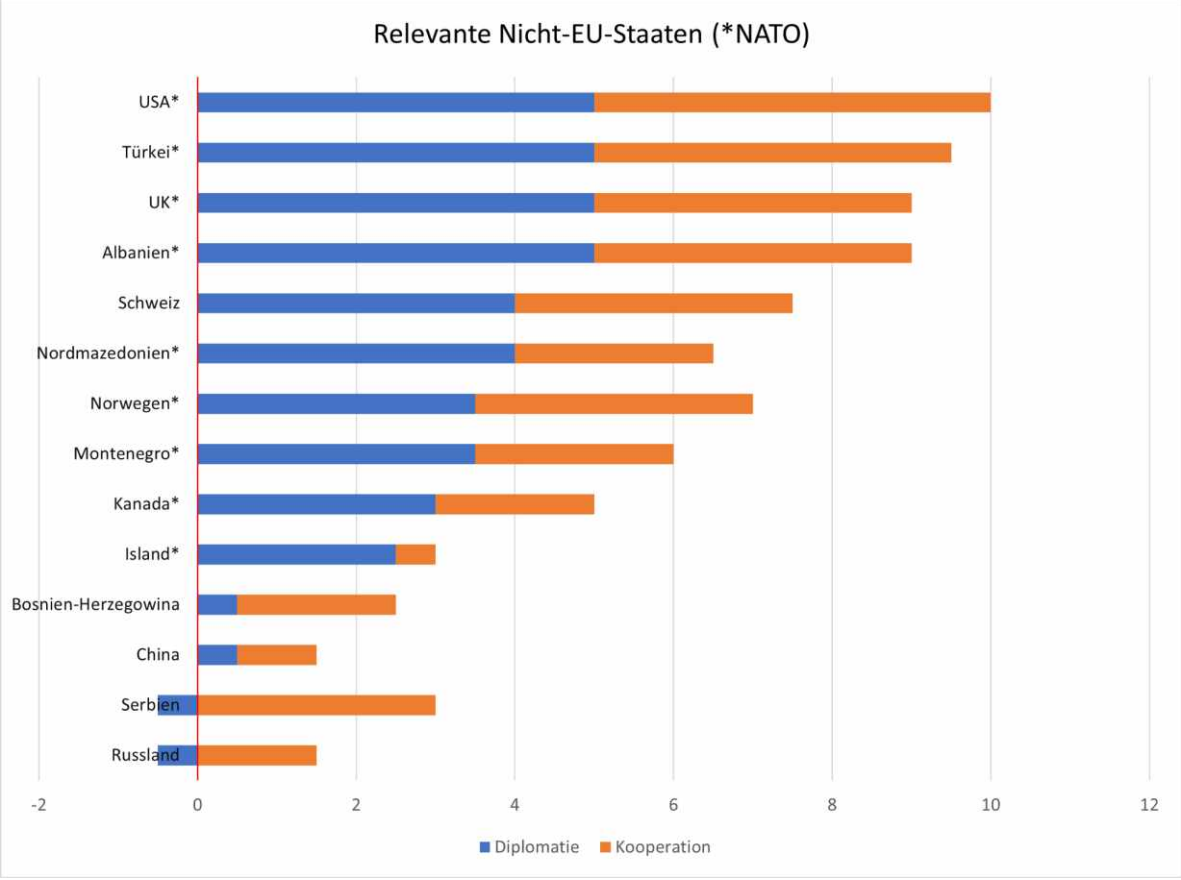

Tabelle 2: Beziehungen relevanter Nicht-EU-Staaten zu Kosovo

Neben den neutralen Staaten Schweiz und Österreich verstärken auch Armenien und Moldau, ebenfalls keine NATO-Mitglieder, die KFOR-Mission. Beide erkennen die Unabhängigkeit

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Kosovos jedoch nicht an und die Kooperation ist auf die Beziehungen zur NATO und ihren Mitgliedstaaten gerichtet (Vgl. Matlary 2011). Ebenfalls aus der Recherche hervorgegangen ist die Rolle Japans, dessen Unterstützung Kosovos als Zeichen der Westbindung des Landes es zu einem wichtigen entwicklungspolitischen Akteur machte (vertiefend siehe Gilson 2000), sowie die Vereinten Arabischen Emirate, die ein aufstrebender Handelspartner in der ganzen Region geworden sind (Vgl. Bartlett et al. 2017; Bartlett & Prelec 2019).

4. Die Nachbarn

Mit den anderen Ländern des sogenannten Westbalkans verbinden Kosovo seit Jahrhunderten vielschichtige Beziehungen, besonders mit Albanien und Serbien, wie das Hintergrundkapitel gezeigt hat. Kosovo ist neben Albanien das einzige mehrheitlich albanische Land der Welt und war ein Anlaufpunkt für Albaner:innen aus ganz Jugoslawien, nachdem sich Albanien zunehmend isolierte und die Universität Prishtina auch albanischsprachige Studiengänge anbot (s.o.). Seit dem Ende der Diktatur ist Tirana der wichtigste regionale Unterstützer Kosovos geworden und die Länder sind heute politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell tief verbunden, gestärkt durch offene Grenzen und eine Vielzahl bilateraler Abkommen, die allerdings oft fragmentiert und nicht (gänzlich) umgesetzt bleiben (Dhimolea 2023). Obwohl Albanien Kosovo auch im EU-Beitrittsprozess unterstützt, sind die Beziehungen der Regierungen oft weniger eng als zwischen den Bevölkerungen und gibt es eine gewisse Konkurrenz um die Führungsposition in der albanischen Welt (Vgl. Krasniqi 2023). Trotzdem ist der Rückhalt in Fragen der Staatlichkeit vorbehaltlos, wie auch die Ablehnung der offiziellen EU-Reaktion auf den Anschlag von Banjska 2023 zeigte – eine Zäsur angesichts der ansonsten vollständigen Harmonisierung Albaniens mit der GASP und auch der Linie des EU-geführten Dialogs (Euronews Albania 2023). 2018 schlug der langjährige albanische Ministerpräsident Edi Rama vor, einen gemeinsamen Präsidenten für Kosovo und Albanien zu benennen und viele Kosovo-Albaner:innen wünschen sich langfristig einen Zusammenschluss mit Albanien (Isufi 2018; Interview Tahiri 2025).

Die enge Verbindung zwischen albanischen Gemeinschaften in der Region haben in einigen Ländern jedoch auch Angst vor Grenzverschiebungen hin zu einem „Großalbanien" ausgelöst, insbesondere in Nordmazedonien, wo interethnische Spannungen und Gewalt 2001 direkt von den Kämpfen in Kosovo beeinflusst worden waren (s.o.; Vgl. Liotta 2003). Wenn auch nicht immer konfliktfrei, haben sich die bilateralen Beziehungen seither jedoch gefestigt und Skopje ist neben Tirana der wichtigste Partner Kosovos in der Region, einschließlich gemeinsamer Grenzübergänge (Isufi 2023; s.a. Sainovic 2023). Auch Montenegro ist Heimat einer signifikanten albanischen Minderheit mit weitreichenden Verbindungen nach Kosovo; wichtiger für

10.15772/ANDRASSY.2026.002

die modernen Beziehungen sind jedoch die Abspaltung von Restjugoslawien und die daraus resultierenden Spannungen mit Serbien. Beide verschrieben sich in der Folge der euro-atlantischen Integration ihrer Staaten und arbeiten auf dieser Ebene zusammen. Eindrückliches Beispiel ist die von der EU geforderte Grenzmarkierung zwischen beiden (2015-2018), die zwar in Kosovo eine große Kontroverse auslöste, das Verhältnis zu Montenegro jedoch nicht beschädigte (Vgl. Bashota & Sejdiu 2024; s.a. Vukpalaj 2023).

Das Verhältnis zu Bosnien-Herzegowina ist durch die gegensätzlichen Haltungen der beiden Entitäten des Landes deutlich komplizierter. Die mehrheitlich von Bosniak:innen und bosnischen Kroat:innen bewohnte Föderation befürwortet eine Anerkennung und pflegt soweit möglich eingeschränkte politische Beziehungen mit Prishtina, während die Republika Srpska, mehrheitlich Heimat bosnischer Serb:innen, im Einklang mit Belgrad die Anerkennung ablehnt (BIRN 2020). Zwar sind sie gemeinsam Teil regionaler Formate wie dem Berliner Prozess, dort geschlossene Verträge werden durch die Blockade Banja Lukas jedoch regelmäßig nicht ratifiziert (Vgl. Vulović 2022; Nechev et al. 2017). Auch in der Diskussion um den Beitritt Kosovos zum Europarat wird die Spaltung deutlich: Drei der fünf bosnischen Delegierten stimmten für die Aufnahme, zwei dagegen (Koha 2024). 2024 lockerte Prishtina das Prinzip der Reziprozität und ratifizierte einseitig die Visafreiheit für bosnische Staatsbürger:innen, was Kooperation und Tourismus vereinfachte und binationale Familienbande stärkte (Dzino 2024).

Wie im Verlauf deutlich wurde, ist die serbische Haltung ausschlaggebend für Kosovos Status und die Positionen auch vieler EU-Staaten. Laut seiner Verfassung betrachtet Belgrad Kosovo als integralen Teil seines Staatsgebiets. Serbien wirbt seit dem Scheitern der Ahtisaari-Verhandlungen aktiv gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit und bemüht sich um die Blockade in internationalen Foren; regionale Abkommen werden ähnlich wie in Bosnien nicht ratifiziert oder nicht umgesetzt. In der Praxis und außerhalb der Rhetorik sind die Verbindungen jedoch deutlich pragmatischer, insbesondere seit Beginn des Dialogs (Interview Mirel 2025; Interview Blankenborg 2025). Wie beschrieben, haben zahlreiche technische Verträge den grenzüberschreitenden Austausch weitgehend normalisiert, doch besonders die serbische Regierung suchte regelmäßig die Konfrontation und instrumentalisierte dazu vor allem Serb:innen in Nordkosovo, was die interethnischen Beziehungen in Kosovo weiter belastet (Çerkini 2022; Dzihic 2019). Kosovos Regierung hat mehrmals mit Handelsbeschränkungen reagiert, einschließlich Zöllen in Höhe von 100 Prozent auf Waren aus Serbien und Bosnien 2018, und die Schließung der Grenzen für serbische Importe nach dem Anschlag von Banjska im September 2023 (Mehmetaj 2019; EWB 2024). Auch der Umgang Serbiens mit seiner eigenen albanischen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Minderheit ist ein Streitthema (Bami 2022). Aleksandar Vučić, seit 2012 in verschiedenen Funktionen und zunehmend autokratisch an der Macht in Serbien, konnte die Spannungen innenpolitisch nutzen und sich gleichzeitig gegenüber den vermittelnden Staaten als einziger vertrauenswürdiger Verhandlungspartner präsentieren (Rudic 2017; Roser 2022; Interview Mirel 2025). Seit dem Amtsantritt Kurtis 2021 haben sich die Konflikte zugespitzt, mit als Höhepunkt der Anschlag von Banjska und Truppenaufmärschen an der Grenze sowie dem massenhaften Austritt von Kosovo-Serbinnen aus kosovarischen Institutionen (Öztürk 2024). Gleichzeitig wurden mit internationaler Vermittlung in dieser Zeit aber auch Streitigkeiten um Elektrizität, Autokennzeichen und die Grenzüberquerung mit Personalausweisen beigelegt (Baliu & Tizard 2024; Sarajevo Times 2024; EEAS 2022).

So zeigt sich, dass auch während tiefer Krisen Kompromisse möglich sind. Ein zentrales Problem insbesondere für die Beziehungen zwischen den Bevölkerungen ist jedoch die Rhetorik der Regierungen (Interview Kommissionsvertreter:in 2025). Subotic (2016, 622) erklärt:

> Since 2010, the Serbian government began to gradually abandon its claim of effective territorial control over Kosovo through a series of EU-sponsored Serbian-Kosovo talks. At the same time, the official position that Serbia will never recognize Kosovo, the core of its national identity, and the source of its ontological security, remained unchanged.

Das Ergebnis ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine endgültige Loslösung Kosovos von Serbien vehement ablehnt. Selbst die nach 1999 erstarkende Bürger:innenbewegung, die schlussendlich Milošević stürzte und sich für Kooperation mit westlichen Staaten einsetzte, war keineswegs mehrheitlich antihegemonial (Vgl. Di Lellio 2009). Wie die ehemalige Leiterin des European Fund for the Balkans Aleksandra Tomanić 2023 in einem Podcast sagte, waren viele Menschen innerhalb der heterogenen Bewegung nicht wütend auf Milošević, weil er den Krieg begonnen, sondern weil er ihn verloren hatte (Ballaballa-Balkan 2023). Durch Kosovo als zentrales Motiv im Selbstbild Serbiens gibt es heute politisch keinen Raum für eine rationale Debatte über die Anerkennung (s.a. Savić 2014; Ejdus & Vulović 2025).

5. Die „Drittstaaten"

Mit der Beitrittsperspektive der Westbalkan-Länder schwand der Einfluss der EU dort zugunsten nicht-westlicher Staaten, die mindestens teilweise in (geo-)politischer Konkurrenz zu ihr stehen. So warnen EU-Abgeordnete, „dass durch die mangelnde Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik der Union in den vergangenen Jahren in den Westbalkanländern ein Nährboden für böswillige dritte Akteure, insbesondere Russland und China, geschaffen wurde" (Europäisches Parlament 2023, 3), auch durch eine „Zunahme böswilliger ausländischer Einflussnahme

10.15772/ANDRASSY.2026.002

in Form von Desinformations- und Fehlinformationskampagnen" (ibid, 11). Neben diesen beiden werden häufig auch die Türkei und die Golfstaaten Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigte Arabische Emirate genannt (Rey 2017). Zwar sind letztere keine Schlüsselakteure, doch gibt es Befürchtungen hinsichtlich ihres Einflusses durch die Verbreitung eines radikalen Islam im Rahmen von Entwicklungshilfe und Kulturprojekten (Visoka 2019, 117f.). Diese spielen auch für die Außenwahrnehmung eine wichtige Rolle, insbesondere angesichts zunehmender Islamfeindlichkeit in Europa.

Wie schon beschrieben war die Rolle Russlands innerhalb der internationalen Intervention in Kosovo ambivalent, dennoch duldete die Regierung unter Präsident Jelzin das Eingreifen der NATO und die Konsequenzen *de facto*. Zudem war Russland bis 2003 an KFOR beteiligt und sendete auch humanitäre Hilfe, allerdings vor allem in die serbischen Gemeinden im Norden als symbolischen Akt (NATO 2001; VOA 2009). Seit der Wahl Wladimir Putins zum Präsidenten im Jahr 2000 wurde das Verhältnis jedoch zunehmend konfrontativ und nutzte er den völkerrechtlich umstrittenen Einsatz in Kosovo als Rechtfertigung für den Krieg in Georgien 2008, die Annexion der Krim 2014 und den Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022 (Schmitt 2008, 328f.; Dukic 2022; s.a. Averre 2009; Rotaru & Troncotă 2017). Zudem blockiert Russland Kosovos Integration in Internationale Organisationen, vor allem durch seinen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat, und unterstützt das serbische Narrativ, das Moskau als Schutzmacht Serbiens und der Serb:innen insbesondere im Nordkosovo stilisiert (Ioniță 2017, 412f.). In Serbien etablierte sich derweil parallel zum Narrativ der „Russischen Welt" (*Russkij mir*), die auch die Ukraine mit einschließt, die „Serbische Welt" (*Srpski svet*), die neben Kosovo auch Montenegro und die Republika Srpka beansprucht, wie der serbische Patriarch Porfirije in einem Gespräch mit Putin und dem Moskauer Patriarchen Kirill im April 2025 in Moskau betonte, wobei er Russland und China für die Unterstützung dankte (Kremlin 2025; Vgl. Galijaš 2022). Zwar zeigt Ljubomirović (2022), dass der Begriff schon in Jugoslawien verwendet wurde und in seiner Auslegung fluide ist, aber die Aussagen des Patriarchen belegen, dass die Parallele zum russischen Konzept bewusst gewählt ist und die Mythologisierung Kosovos für die serbisch-orthodoxe Kirche noch immer eine zentrale Rolle spielt.

Dementsprechend gibt es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Moskau. Trotzdem hat Russland eine Vertretung in Prishtina, die aber vor allem der Aufrechterhaltung des russischen Einflusses und serbischen Interessen dient (Smith 2023). Kosovo hat sich auch den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen, was angesichts der fehlenden Handelsbeziehungen allerdings eher Symbolkraft hat. Weniger aufgeladen sind die Beziehungen zu China, das die

10.15772/ANDRASSY.2026.002

serbische Position zwar stützt und eine Anerkennung unter dem Prinzip der Nichteinmischung vor allem mit Blick auf Taiwan ablehnt, allerdings einen pragmatischeren Umgang mit dem Status quo pflegt. Serbische Würdenträger bedanken sich regelmäßig öffentlich bei Peking für die Unterstützung der territorialen Integrität einschließlich Kosovos, die Aussagen chinesischer Diplomaten sind jedoch nuancierter und betonen die Wichtigkeit einer politischen Einigung im EU-geführten Dialog (Duvnjak & Bruni 2025). China enthält ein Verbindungsbüro in Prishtina, das auch Visa für Geschäftsreisende mit kosovarischen Pässen ausstellt, und Büroleiter Cheng Lei traf unter anderem den Bürgermeister von Prishtina, Përparim Rama (Visoka 2019; Tela & Konushevci 2024). Importe aus China liegen mittlerweile an dritter Stelle in Kosovo nach der Türkei und Deutschland und einige chinesische Firmen haben sich in den letzten Jahren (erfolglos) an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt (Shopov 2022). Dennoch bleibt Serbien mit Abstand der wichtigste Handelspartner Chinas in der Region und einige Beobachter:innen warnen vor wachsendem Einfluss ohne offizielle Beziehungen, nicht zuletzt durch den Einsatz sensibler chinesischer Elektronik wie Sicherheitskameras in Prishtina (Tela & Konushevci 2024).

Auch die Türkei findet sich regelmäßig auf der Liste der „Drittakteure" auf dem Westbalkan, der im Falle Kosovos wie in der Grafik ersichtlich großen Einfluss hat. Aus keinem Land exportiert Kosovo mehr Waren und Ankara gehört zu den wichtigsten Investitionspartnern, zudem pflegen die Länder tiefe politische und kulturelle Beziehungen und können kosovarische Staatsbürger:innen bereits seit 2009 visafrei in die Türkei reisen (Visoka 2019, 9). Die Beziehungen sind jedoch nicht unkompliziert. Während Ankara bei euro-atlantischen Interventionen im Kosovo wie KFOR und der UNMIK stets eine zentrale Rolle gespielt hat, wollte es dabei keinen Präzedenzfall in Bezug auf seine eigene kurdische Minderheit schaffen. Gleichzeitig erkannte die Türkei den wachsenden „Albanian factor" (Hoti et al. 2022, 149f.) in der Region und suchte ihren Einfluss über diese Länder zu erhöhen. Daher ist sie ein wichtiger Förderer der Souveränität Kosovos auf internationaler Ebene, von der die Regierung trotz der Vertiefung der Beziehungen zu Serbien nicht abgewichen ist. Ankara betont das gemeinsame osmanische Erbe und das osmanische Vermächtnis auf der Grundlage der islamischen Tradition, so auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan während eines Besuchs im Jahr 2013: „We all belong to a common history, common culture, and common civilization; we are the people who are brethren of that structure. Do not forget, Turkey is Kosovo, Kosovo is Turkey" (Fazliu 2016). Die Aussage sorgte teils für Empörung in Kosovo und für eine Verschlechterung der türkisch-serbischen Beziehungen.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Türkisch ist eine Amtssprache in Prizren und anderen Gebieten, in denen seit Generationen ethnische türkische Gemeinschaften leben. Durch staatliche Kulturinstitutionen wie TIKA und das Yunus-Emre-Institut, aber auch durch türkische Medien und Telenovelas, fördert Ankara Sprach- und Kulturaustausch in Kosovo und baut Schulen und Moscheen. Gerade der religiöse Einfluss ist in der größtenteils säkular geprägten Gesellschaft jedoch nicht unumstritten (Bami 2020). Die Verfolgung der Gülen-Bewegung unter Erdoğan lösten eine Regierungskrise in Prishtina aus, als mehrere ihrer Anhänger illegal an die Türkei ausgeliefert wurden, was auch von der EU gerügt wurde (SCF 2018). Dort wird befürchtet, der Einfluss könne islamischen Fundamentalismus und autokratische Tendenzen fördern. Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen den Regierungen jedoch vor allem pragmatisch und auf gegenteilige Vorteile gerichtet: Die Türkei kann ihr Image als neo-osmanischer Patron festigen, und Kosovo profitiert von einem geopolitisch starken Verbündeten, was auch die Verhandlungsposition gegenüber der EU stärkt. Gleichzeitig hat keine der beiden Parteien je versucht, diese Beziehungen als Alternative zur euro-atlantischen Integration Kosovos zu etablieren, sondern versteht sie als komplementär (vertiefend siehe Mahmutaj & Seebass, i.E.; Lika 2023). Schließlich ist auch die Türkei *de facto* noch immer ein EU-Beitrittskandidat und hat vielschichtige Verbindungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten, auch als NATO-Partner.

Wie dieses Kapitel verdeutlicht, sind die Beziehungen der EU-Staaten zu Kosovo vielschichtig und komplex. Gleiches gilt für ihre Partner und Wettbewerber in der Region, wobei insbesondere die USA, aber auch Russland und seine hybride Kriegsführung einschließlich ausländischer Informationsmanipulation wichtig sind. Zentral bleibt das Verhältnis zu Serbien, das zudem ein wichtiger Faktor für die Positionen anderer Staaten auch innerhalb der EU ist. Das vorherige Kapitel zeigt darüber hinaus, wie die EU-Außen- und Erweiterungspolitik im Verlauf multipler Krisen zunehmen politisiert und intergouvernementalisiert wurde. Insbesondere im Fall Kosovos manifestierte sich dabei das Paradox, dass sich trotz abnehmender Relevanz bestehende Kontroversen vertieften, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

C. Die Verhandlung von Kosovos Staatlichkeit in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik

Die beiden vorangegangenen Kapitel widmeten sich der EU-Außen- und Erweiterungspolitik sowie den dominanten Akteuren und ihren Beziehungen zu Kosovo, wobei zentrale Konflikte und Bruchlinien aufgezeigt wurden. Nachdem bislang vor allem die Dynamiken innerhalb der jeweiligen Politikfelder betrachtet wurden, analysiert der letzte Teil dieser Arbeit Diskrepanzen zwischen ihnen und ihren übergeordneten Zielen, Instrumenten und Ergebnissen im Spannungsfeld der Außen- und Erweiterungspolitik der EU, einschließlich nichtstaatlicher Akteure. Insbesondere zwischen den Zielen und Ansätzen des Staats- und Nationsaufbaus gegenüber dem EU-geführten Dialog mit Serbien vergrößerten sich im Verlauf des Prozesses Widersprüche und Brüche innerhalb des Blocks. In der Folge wuchs die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, mit dem Ergebnis, dass die EU stetig an Einfluss verlor und teils ihren selbsterklärten Zielen zuwiderhandelte, wie im Folgenden gezeigt wird.

Im Fokus der folgenden Politischen Diskursanalyse ist der Dialog als dominantes Instrument der Aushandlung von Kosovos Staatlichkeit, zumal die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien als Grundvoraussetzung für den EU-Beitritt beider festgelegt wurde. Obwohl das klare Ziel die Überwindung ethnisch-territorialer Konflikte ist, haben die Auswertung der Literatur, Interviews und politikethnographischen Beobachtungen ergeben, dass zahlreiche Elemente der EU-Außen- und Erweiterungspolitik gegenüber Kosovo zu deren Verstärkung beitrugen und damit letztlich die strategischen außenpolitischen Ziele und Erweiterungsbestrebungen der EU für die gesamte Region untergruben. Die Analyse zeigt wiederkehrende Muster, in denen strategische Inkonsistenzen deutlich werden, die den selbst gesetzten (normativen) Zielen explizit oder implizit widersprechen. Erstens ergibt sich aus der Betrachtung der beteiligten bzw. ausgeschlossenen Akteure, dass die Instrumente im derzeitigen Prozess im Widerspruch zu den selbstgesetzten Normen stehen. Zweitens zeigt sich bei näherer Betrachtung der verwendeten Sprache und Rhetorik, dass politische Kommunikation oft dazu beiträgt, ethnisch-territoriale Spaltungen zu vertiefen. Dasselbe wird deutlich, wenn man die Rolle des Dialogs bei der Schaffung integrativer Gesellschaften betrachtet. Schließlich wird festgestellt, dass Erweiterungsmüdigkeit und Inkonsistenz im Erweiterungsprozess in der gesamten Region das Konditionalitätsprinzip und damit die normativen Ziele der EU maßgeblich untergraben haben. Im Folgenden werden diese Muster eingehend untersucht.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

1. Akteure und Instrumente

Die am häufigsten genannte Herausforderung für die EU-Politik in Kosovo ist die Vielzahl der Akteure, die direkt und indirekt Einfluss auf diese ausüben, wodurch sich selbst für viele Expert:innen die Frage stellt: „Who is the EU in Kosovo?“ (siehe u.a. Interviews Mirel, Ilazi 2025). Denn obwohl die Zuständigkeiten in der Theorie klar geregelt sind, insbesondere im Falle des EU-geführten Dialogs, werden die Ambitionen durch interne Abstimmungsprozesse, Partikularinteressen und Politisierung regelmäßig gebremst. Gleichzeitig wird lokal meist nicht zwischen unterschiedlichen EU-Vertreterinnen und Gremien entschieden (Interviews Luci 2023, Blankenborg, Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025).

Das vorangegangene Kapitel konzentriert sich auf nationale Regierungen als Hauptakteure in der (EU-)Außenpolitik. Doch auch die EU selbst und ihre Institutionen haben jeweils eigene Beziehungen zu Kosovo und erfüllen verschiedene Aufgaben in den Bereichen, in denen die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit Kosovo und der Region interagieren. Zugleich gilt, wie oben beschrieben, das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat bei außenpolitischen Entscheidungen, sodass dieser Bereich im Kern intergouvernemental verwaltet bleibt.

a. Die EU als autonomer außenpolitischer Akteur

Mit Blick auf den Dialog liegt, wie oben ausgeführt, die Verantwortung beim EAD und der Hohen Repräsentantin bzw. dem Hohen Repräsentanten, der:die als Vizepräsident:in auch die Kommission vertritt. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass die Gemengelage deutlich komplexer ist. Wie dargelegt, sieht sich die EU als Vermittlerin (*facilitator*) und nicht als Mediatorin, wobei lokale Eigenverantwortung und Neutralität betont werden. In der Realität setzen EAD und Kommission jedoch auf durchaus invasive Instrumente und verfügen dabei über die exklusive Kontrolle und Agency im Prozess (Ilazi 2024, 110ff.). So werden alle zu verhandelnden Dokumente in Brüssel vorbereitet und sowohl die Diskussionsthemen als auch die Abläufe von der EU bestimmt, wobei Treffen in mehreren Fällen kurzfristig festgelegt und Themen im Vorfeld nicht mitgeteilt wurden (ibid, 112f.; s.a. Stokkendal Poulsen 2014). Dabei bot die EU starke Anreize für Kompromisse, vor allem im Beitrittsprozess, die ausschlaggebend für die Zustimmung der Parteien waren (Hajrullahu 2019, 116). Durch das direkte Einwirken auch in der Umsetzung und Finanzierung konnte sie zunächst Erfolge erzielen, reduzierte dadurch aber die Rollen lokaler Regierungen und die Notwendigkeit echter Kooperation zwischen ihnen, was den Zielen des Dialogs direkt widerspricht. So wären ohne die EU-Dominanz viele Abkommen nicht möglich gewesen, aber anstatt den gewünschten *Spillover*-Effekt zu

10.15772/ANDRASSY.2026.002

verursachen, war der Modus Operandi für beide Parteien bequem, besonders für Serbien, das so nicht direkt mit Kosovo zusammenarbeiten musste (Ashton 2023, 155). Dadurch geriet jedoch die Umsetzung ins Stocken, da kaum Vertrauensbildung stattgefunden hatte, was wiederum Demokratisierung und Rechenschaft lokaler Institutionen untergrub (Ilazi 2024, 118f.; Interview Blakaj 2025). Der geplante Übergang von einem technischen zu einem politischen Dialog war auch deshalb nicht erfolgreich: „Embedment of the EU in Brussels Agreements during the technical dialogue explains properly how the EU managed to secure such a record number of agreements (33) between Kosovo and Serbia, but this approach created a bubble effect that burst in their implementation phase particularly in the political-level Dialogue" (ibid, 124).

Für die Kommission und den EAD lag folglich zusätzlich zu den Dialogzielen – Kooperation zwischen den Parteien, Förderung der EU-Beitrittsperspektive, verbesserte Bedingungen für die Menschen vor Ort (s.o.) – ein zentrales Interesse darin, ihre Akteursschaft (*actorness*) unabhängig von den Mitgliedstaaten auszubauen, weshalb sie die Gespräche zu isolieren versuchen (Gashi et al. 2017, 540f.). Dabei herrschte auch zwischen den Institutionen selbst Konkurrenz, da die zuständige Generaldirektion für Erweiterung (DG NEAR/ENEST) und das Parlament oft nur indirekt mit einbezogen wurden und sich nicht informiert fühlten (Zweers & De Boon 2022, 3; Emini 2023, 146f.; Interviews Mirel, Milićević 2025). Auch aus dem EAD kam Kritik an der mangelnden Koordination, etwa bei der Rolle des Dialogs für die Reformagenden für Kosovo und Serbien im Wachstumsplan (Interview EAD-Beamte:r 2025). In der Erweiterungspolitik selbst hatte der EAD wiederum keine zentrale Rolle, abgesehen von Kapitel 31, das sich mit Außenbeziehungen beschäftigt (Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025). Auch die EU-Delegationen vor Ort und die Botschaften der Mitgliedstaaten wurden zunächst kaum beteiligt (Zweers & de Boon 2022, 4; Ilazi 2024, 117; Interview Tahiri 2025).

Das Europäische Parlament (EP) ernannte Sonderberichterstatter:innen für alle (potentiellen) Beitrittskandidaten und stellte eigene Forderungen für den Dialog, die nicht mit der offiziellen Linie des EUSR übereinstimmen, wie beispielsweise die Forderung an Serbien, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen (Europäisches Parlament 2022). Auch wenn das EP kaum eine Rolle im Dialog und der Außen- und Erweiterungspolitik innehat, mit Ausnahme der jährlichen Länderberichte der (potentiellen) Kandidaten, konnten die Berichterstatter:innen regelmäßig ihre Sichtbarkeit im Land nutzen – zumal in lokalen Öffentlichkeiten oft kein Bewusstsein über die Unterschiede zwischen verschiedenen EU-Akteuren herrscht – und dadurch Einfluss auf die EU-Politik gegenüber Kosovo nehmen, trugen dabei aber auch zu einer Verstärkung der Komplexität bei (Interview von Cramon & Bojović 2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Um ihre Akteursschaft gegenüber skeptischen Mitgliedstaaten und nach außen zu beweisen, war der EAD auf schnelle und sichtbare Ergebnisse angewiesen, was jedoch deren Qualität und Nachhaltigkeit verringerte und ihrem Einfluss dadurch langfristig sogar schadete (Interview Musliu 2025). Das Ergebnis fehlender Abstimmung waren widersprüchliche Informationen und Außenkommunikation, was 2018 beim Vorschlag eines territorialen Austausches (*land swap*) offen zu Tage trat (Ćuković 2019, 6; Zweers & De Boon 2022, 4), infolgedessen die Actorness des EAD signifikant abnahm: „The European Commission wanted to use the Brussels Dialogue to assert autonomy as an actor in the process. But the manner in which it wanted to [do] this came at a significant cost to its credibility and agency, not only internally but also vis-à-vis Kosovo and Serbia" (Ilazi 2024, 116). Der Vorschlag bildet auch einen direkten Bruch mit normativen Grundsätzen vorheriger Verhandlungen und dem Ahtisaari-Plan (s.o.), in denen Grenzverschiebungen kategorisch ausgeschlossen wurden. Infolge dieser Krise geriet der Dialog ins Stocken und wurde erst 2020 wieder aufgenommen, wobei die Mitgliedstaaten eine stärkere Kontrolle übernahmen als zuvor (Zweers & De Boon 2022, 4).

Hinzu kommt, dass die politischen Linien stark von den jeweiligen Persönlichkeiten und Kontexten abhängig sind (Interviews Reljić 2025, Bislimi 2023). Wie die beschriebene Entwicklung der EU-Außenpolitik ist auch der Dialog kein linearer Prozess. Nicht zufällig fiel sein Beginn zusammen mit dem Aufbau des EAD und wurde zunächst von der HRVP selbst geleitet, zuerst Lady Ashton und anschließend Mogherini. Zunächst waren die Erwartungen an den Erfolg des Dialogs gering und seine Priorität gleichzeitig hoch, was den Vermittelnden einen größeren Handlungsspielraum einräumte (Ashton 2023, 174). Doch mit ersten Erfolgen wuchsen auch die Erwartungen und mit der Zunahme internationaler Herausforderungen und Ansprüchen der EU darin verschoben sich die Prioritäten, sodass der Dialog weniger hochrangig von einem Sondergesandten geführt wurde, zunächst noch der ehemalige slowakische Außenminister Lajčák, aktuell der Karrierediplomat Sørensen – eine Herabstufung, die auch den Einfluss vor Ort verringerte (Interview Balkenborg 2025). Und während Ashton und Cooper ihre neuen Ämter und die zunächst vergleichsweise konstruktive Stimmung zwischen den Parteien nutzen und ehrgeizige Ziele erreichen konnten, war Mogherini angesichts der russischen Annexion der Krim 2014, Brexit 2016 und der transatlantischen Unsicherheit nach der ersten Amtszeit Trumps ab 2017 ungleich komplexeren Herausforderungen ausgesetzt und bemühte sich um schnelle Kompromisse ungeachtet ihrer Qualität, was sie Vertrauen in Kosovo, aber auch den Mitgliedstaaten kostete – insbesondere, als sie zunächst den Vorschlag über einen territorialen Austausch guthieß (Interviews Maliqi, Tahiri 2025; Ćuković 2019, 6).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Lajčák und der damalige HRVP Borrell dagegen genossen von Beginn an wenig Vertrauen in Kosovo, da beide aus Nicht-Anerkennerländern stammen und als Außenminister diese Politik aktiv verteidigt hatten; zudem galt Lajčák als Serbien-freundlich und beide hatten kein gutes Verhältnis zu Kosovos Ministerpräsidenten Kurti (Zweers & de Boon 2022, 5; Emini 2023, 143; Interviews Luci, Bislimi, Gricourt 2023; Maliqi 2025). Borrells „limited engagement with the dialogue might prevent him from playing a constructive role in those moments when he is involved" (Zweers & de Boon 2022, 5) – diese Aussage deckt sich auch mit Erzählungen aus Interviews (Bislimi 2023; von Cramon & Bojović 2025) und der Politikethnographie, wonach Borrell bei einem Treffen mit den Staatschefs die Fassung verloren und Kurti aus einem Meeting geworfen haben soll. Auch die Abreise aus Ohrid ohne Unterschrift des Abkommens wurde Borrell zulasten gelegt. In der gleichen Legislaturperiode wurde das Erweiterungsportfolio in der Kommission vom offen Serbien-freundlichen ungarischen Kommissar Olivér Várhelyi geleitet, was die Kooperationsbereitschaft und das Vertrauen in Prishtina in die neutrale Rolle der EU weiter schwächten (Emini 2023, 144; Interview Bislimi 2023; Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025). Hinzu kamen Unstimmigkeiten innerhalb und zwischen einzelnen Generaldirektionen und innerhalb des EAD, was auch mit der Tatsache zusammenhängt, dass ihre Karrieren für einige beteiligte Diplomat:innen eine mindestens ebenso große Rolle spielen wie die übergeordneten Ziele, wie auch in der Politikethnographie bestätigt (Interviews Vertreter:in Mitgliedstaat, von Cramon & Bojović 2025; Interview Bislimi 2023).

Nicht zuletzt konnte auch die stärkere Autonomie des EAD in den Verhandlungen die Uneinigkeit innerhalb der EU nicht überspielen, die im Wesentlichen auf die Statusfrage Kosovos zurückgeht (Hajrullahu 2019, 107; Ilazi 2024, 111). Zwar gelang es zunächst, mit kreativen Mitteln Anreize zu bieten, die auch Kosovo im Erweiterungsprozess voran und neben der Konsolidierung der staatlichen Institutionen auch entwicklungspolitische Vorteile mit sich brachten (Interviews Vertreter:in der EU-Kommission, Tahiri 2025). Doch die fehlende Sichtbarkeit und Anerkennung schwächten den Einfluss, zumal sowohl ein Sinneswandel der Nicht-Anerkenner als auch eine Beitrittsperspektive nicht absehbar waren (Interviews Mirel, Maliqi 2025). Dies untergrub die Handlungsmacht der EU und bedingte die zunehmend unkonstruktive Rolle der Verhandlungsparteien, die sich die Vielstimmigkeit der EU für ihre eigenen Kommunikations- und Machtstrategien zu Nutzen machten, wie weiter unten ausgeführt wird.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

b. Die Rolle der Mitgliedstaaten

Das vorangegangene Kapitel hat die Kosovo-Politiken der EU-Mitgliedstaaten und ihre Gründe ausführlich dargelegt. Dabei ist bereits deutlich geworden, dass nationale Interessen entscheidend für die EU-Außen- und Erweiterungspolitik sind und Dank des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat bereits ein einziges Veto eine politische Entscheidung blockieren kann (Hardy 2025). So waren insbesondere diejenigen Regierungen, die ein großes Interesse am Erweiterungsprozess haben, von Beginn an involviert und übernahmen bei der Wiederaufnahme des Dialogs ab 2020 eine stärkere Rolle, nachdem die Reaktionen auf den Landtausch-Vorschlag die Grenzen des EAD-geführten Ansatzes deutlich gemacht hatte (Zweers & De Boon 2022, 4; Interview Milićević 2025). Auch die Botschaften vor Ort wurden ab diesem Zeitpunkt direkter einbezogen und einige Mitgliedstaaten entsandten eigenes Personal entweder direkt zu den Regierungen (Frankreich, Ungarn; Interview Gricourt 2023; Esteso Pérez 2024) bzw. sekundierten Personal in die Dialogteams vor Ort und in Brüssel (Deutschland u.a.). Gleichzeitig schwächte das fehlende Vertrauen der Mitgliedstaaten in die EU-Institutionen, das auch im Streit um Kosovos Visaliberalisierung deutlich wurde, deren Positionen nach außen und damit die Erfolgsaussichten der von ihnen geleiteten Maßnahmen (Manu 2019, 289; Ilazi 2024, 115).

Wie oben ausgeführt, waren es im Staatsaufbau vornehmlich die Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, die das Vorgehen bestimmten (s. a. Interview Reljić 2025). Zugleich verlor Kosovo stetig an Aufmerksamkeit und war lange kein Land bereit, eine Führungsrolle im Dialog zu übernehmen. Das änderte sich mit der Vollinvasion der Ukraine 2022, als die Bedeutung des ungelösten Konflikts für die (In-)Stabilität Europas wieder an Bedeutung gewann und Deutschland und Frankreich unter Mitwirkung Italiens politisches Kapital investierten, das 2023 in Ohrid und Brüssel in einem neuen Vorstoß für ein dauerhaftes Abkommen mündete, auch wenn die Verhandlungen performativ vom HRVP und EUSR geleitet wurden (Emini 2023, 141). Auch bei den Verhandlungen zum Brüsseler Abkommen hatten die Mitgliedstaaten unterstützend gewirkt, wodurch meist die besten Ergebnisse erzielt werden konnten (Ćuković 2019, 8; Zweers & de Boon 2022, 4; Hajrullahu 2019, 114; Interview Tahiri 2025). Hier offenbart sich ein Dilemma der EU-Außenpolitik, die einerseits unter der Komplexität der Entscheidungsfindung und konkurrierenden Interessen leidet, andererseits aber auch von den vielseitigen Möglichkeiten profitiert, die diese Vielfalt bietet. Dazu gehören enge bilaterale Beziehungen, die Vertrauen und Einfluss gewähren, und Botschaften vor Ort, die wichtige Übersetzungsarbeit für die vagen Formulierungen in EU-Dokumenten leisten, zusätzliche Kapazitäten und Ressourcen beitragen und ein Gegengewicht zur offiziell neutralen EU-Position sein können (Ilazi

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2024, 59; Interviews Blankenborg, Hochrangige:r EU-Vertreter:in 2025). Gleichzeitig erlaubt es diese Stimmenvielfalt lokalen Akteuren, die für sie vorteilhaften Positionen auszuwählen und dadurch politische Verantwortung zu vermeiden, was den Dialog wiederum erschwert.

Der Austausch nationaler Positionen zur Kosovo-Politik der EU erfolgt hauptsächlich in Brüssel, im Politischen und Sicherheitspolitischen Kommittee (PSK) oder in der Arbeitsgruppe zum Westbalkan (COWEB), in wenigen Ausnahmen auch in der Arbeitsgruppe für Erweiterung (COELA), da Kosovo bislang nur potentieller Erweiterungskandidat ist, sowie einmal jährlich im Ausschuss der Ständigen Vertretungen (AStV) für die Ratsbeschlüsse sowie in den seltenen Fällen, in denen innerhalb der Ratsarbeitsgruppen keine Einigung erzielt werden kann (Manu 2019, 273ff.; Zweers & de Boon 2022, 3; Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025). Abseits von konkreten Anlässen wird Kosovo im PSK etwa alle zwei bis drei Monate behandelt, meist in Form eines Briefings durch den EUSR oder EAD, der den Vorsitz hier wie auch in der COWEB hat. Letztere behandelt allgemeine Themen in Bezug auf Kosovo und seine EU-Annäherung (Manu 2019, 278f.). Das Interesse insbesondere größerer Mitglieder und Anrainerstaaten an den Entwicklungen in Kosovo ist dabei verhältnismäßig groß, während die Intensität der Absprachen der Vertreter:innen in den Arbeitsgruppen mit ihren jeweiligen Hauptstädten sowie interne Differenzen variieren (Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025).

Anhand der 2023 gegen Kosovo verhängten Maßnahmen wird der EU-Entscheidungsprozess hier beispielhaft dargestellt. Auf die Ausschreitungen in Zvečan im Mai 2023, bei denen zahlreiche KFOR-Soldat:innen verletzt worden waren, folgten Treffen im PSK und COWEB, aus denen eine gemeinsame Erklärung hervorging, dass die fehlenden Absprachen der Regierung von Ministerpräsident Kurti Konsequenzen in Form von politischen und finanziellen Maßnahmen haben würden. Während Kommission und EAD sie konsequent umsetzten, variierte dies unter den Mitgliedstaaten gemäß ihren Prioritäten. Da die Maßnahmen einen eigenen Rechtscharakter abweichend von Sanktionen hatten, bedurften sie keiner regelmäßigen einstimmigen Verlängerung, sondern konnten nur durch eine einstimmige Entscheidung widerrufen werden. Nach dem Anschlag von Banjska und der fehlenden Einigung auf Sanktionen gegen Serbien im September 2023 drängten einige Staaten auf die Aufhebung, aber insbesondere Zypern, Ungarn und Spanien wehrten sich dagegen und erst in den Ratsbeschlüssen 2024 konnten sich die EU-Staaten auf eine „graduelle" Aufhebung einigen. EU-Kommission und EAD setzten sich dafür ein, die Aufhebung mit dem geregelten Machtwechsel in den mehrheitlich serbischen Gemeinden nach den Lokalwahlen 2025 zu verbinden. Nachdem diese Formulierung nicht in die Ratsbeschlüsse aufgenommen wurde, kündigten sie Kosovos Präsidentin Vjosa Osmani im Zuge

10.15772/ANDRASSY.2026.002

des Westbalkangipfels 2025 die weitere Aufhebung der Maßnahmen an, wobei Kommissionspräsidentin von der Leyen konkret zwar nur auf von der Kommission verwaltete Gelder verwies, durch die öffentliche Aussage jedoch gleichzeitig den Handlungsdruck auf die Mitgliedstaaten erhöhte (Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025; von der Leyen 2025).

Bei intergouvernementalen Treffen wie dem jährlichen Westbalkan-Gipfel und dem Berliner Prozess sind die Mitgliedstaaten meist durch Regierungschef:in oder Außenminister:in vertreten. Wie oben beschrieben, leistet dieser Einsatz von Staaten, die den Beitrittsprozess zu beschleunigen suchen, einen konkreten Beitrag, bietet aber keine Antwort auf grundlegende Herausforderungen und trägt schlussendlich zur Komplexität bei (Interviews Vertreter:in der EU-Kommission, Radosavljević 2025). Das letzte Wort hat in der EU-Außenpolitik immer der Europäische Rat und damit die Staatschef:innen der Mitgliedstaaten, denen auch die Überweisung von Beitrittsgesuchen an die Kommission obliegt, wofür es jedoch im Fall Kosovos seit dem Einreichen im Dezember 2022 bis Ende 2025 keine Entscheidung gab, obwohl die Kommission ihre Bereitschaft signalisierte (Interview Vertreter:in der EU-Kommission 2025). Hier kommt auch die wichtige Rolle der Ratspräsidentschaft zum Tragen, die jeweils Prioritäten für das kommende Semester vorlegt und unter deren Schirmherrschaft intergouvernementale Treffen in dieser Zeit stattfinden, deren Agenda sie vorgibt (Manu 2019, 289f.). Während die Regierung in Prishtina leise Hoffnungen auf die Bearbeitung ihres Gesuchs durch die schwedische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2023 setzte, gab es für eine Öffnung unter den Nachfolgern – Spanien und Ungarn – kaum eine Chance (Interview Gricourt 2023).

Auch die oben ausgeführten bilateralen Beziehungen der Staaten zu Kosovo und insbesondere die Nicht-Anerkenner spielten hier also eine konkrete Rolle, obgleich regelmäßig andere Faktoren überwogen. Zwar nutzten vor allem die Vertreter:innen Zyperns, Griechenlands und Spaniens die Treffen in Brüssel insbesondere seit dem Amtsantritt Kurtis häufig, um ihren Unmut über seine Regierungsführung auszudrücken, wobei sie sich oft wenig objektiv und viel Verständnis für die serbische Regierung zeigten (Interview Vertreter:in Mitgliedstaat 2025). Dennoch verdeutlichte die Diskussion um die geplante Visaliberalisierung ab 2018, dass andere Faktoren oft schwerer wogen. So lehnte der Rat unter Vorsitz Österreichs – traditionell ein Unterstützer Kosovos – die Umsetzung der Kommissionsempfehlung ab, gemeinsam mit dem ebenfalls meist wohlwollenden Italien, da Sorgen über irreguläre Migration und damit verbunden die innenpolitische Rezeption überwogen (Manu 2019, 287). Auch äußere Faktoren spielten eine wichtige Rolle: Die Entscheidung, die Visaliberalisierung schließlich umzusetzen, wurde maßgeblich unter der französischen Ratspräsidentschaft 2022 vorangetrieben, obwohl

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Paris zuvor Hauptgegnerin der Liberalisierung gewesen war, nach der Vollinvasion der Ukraine aber eine neue Dringlichkeit der Erweiterungspolitik erkannte (Interview Gricourt 2023). Insbesondere im Vorfeld nationaler Wahlen zeigten sich die Mitgliedstaaten oft zurückhaltender bei kritischen außenpolitischen Entscheidungen auch in Bezug auf Kosovo (Ashton 2023, 162; Interview Palokaj 2025).

Nichtsdestotrotz war die interne Uneinigkeit über Kosovos Status der Hauptgrund für das Fehlen einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber Prishtina und bedingte eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, in der einzelne Länder selten Initiativen für Veränderungen nahmen und diese noch seltener Erfolg hatten (Ferati 2012, 11; Ilazi 2024, 115; Emini 2023, 142f.; Manu 2019, 279). Obwohl die EU-Außenpolitik aus den genannten Gründen generell anfällig ist für nationale und partikuläre Interessen, zumal seit Erweiterungspolitik zunehmend in den Hintergrund rückte, war Kosovo dieser Dynamik besonders ausgeliefert. Das vermindert gleichzeitig die Glaubwürdigkeit und damit normative Macht der EU: „The lack of a unified EU position on Kosovo's statehood thus impedes the realistic prospect of using the EU integration process as a strategy for overcoming the Serbia-Kosovo conflict" (Hajrullahu 2019, 107; s. a. Zweers & de Boon 2022, 6ff.; Ćuković 2019, 8). Die zunehmende Politisierung bei gleichzeitiger Depriorisierung und fehlender Gesamtstrategie für die Region gab zudem denjenigen Akteuren Raum, die gegen die normativen Ziele der EU arbeiteten, vor allem die serbische Regierung, deren Interessen im Rat von Ungarn vertreten wurden (Emini 2023, 144; Interview Ilazi 2025). Ein weiterer potentiell disruptiver Trend ist die zunehmende Hervorhebung Bulgariens einer Gruppe von „mehr als 500 Personen [in Kosovo], die sich aus historischen Gründen als Bulgar[:inn]en identifizieren" und als deren Interessenvertreterin Sofia sich positionierte (Europäisches Parlament 2025; Theresheva 2017).

Laut der ehemaligen kosovarischen Chefverhandlerin (Interview Tahiri 2025) schadete sich der EU-Entscheidungsprozess selbst, indem er den Fokus auf einen nicht zu erreichenden Konsens legte, anstatt eine Lösung mit den Nicht-Anerkennern zu suchen, um nicht zuletzt angesichts der aktuellen geopolitischen Verschiebungen außenpolitische Geschlossenheit zu demonstrieren und seine Wirkung zu erhöhen. Wie oben ausgeführt, bildeten die Quint-Staaten, denen neben den drei größten EU-Staaten auch die USA und Großbritannien angehören, ein gewisses Gegengewicht zu den Nicht-Anerkennern, weshalb einige Expert:innen Koalitionen besonders engagierter Staaten größere Chancen einräumen als der EU (z.B. Interview Ilazi 2025). Gleichzeitig verschlechtern sich die Bedingungen für solche Koalitionen durch zunehmende Polarisierung innerhalb der Gesellschaften und den Aufstieg rechts-nationaler Parteien in Europa.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Insbesondere die veränderte globale Rolle der USA unter der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps hatte weitreichende Konsequenzen, zumal die Unterstützung durch die USA stets ein wichtiger Grundstein für die EU-Außenpolitik in Kosovo gewesen ist (s.o.). Ihrem und anderen externen Einflüssen widmet sich darum der folgende Abschnitt.

c. Mitstreiter & Widersacher: Die USA, Großbritannien, Russland und China

Wie bereits deutlich wurde, spielen die USA seit den späten 1990er Jahren eine Hauptrolle in Kosovo und sind auch zentral für die EU-Politik im Land. So schaffte es die EU zu keinem Zeitpunkt ihres Einsatzes, sich gänzlich von den USA zu emanzipieren (Interview Reljić 2025). Das gilt, wie oben ausgeführt, für den Staatsaufbau einschließlich UNMIK und EULEX, dessen Ressourcenmangel durch substantielle Unterstützung der United States Agency for International Development (USAID) ausgeglichen wurde (Wittkowsky 2021, 120f.). Aber auch für die Ziele des Dialogs und deren Umsetzung war die US-Rolle unerlässlich, wobei die Partnerschaft unter Präsident Trump auf die Probe gestellt wurde (Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025). Während die USA oft eine wichtige Hebelwirkung für die Ziele der EU in Kosovo beitrugen, schwächte die Abhängigkeit von Washington ihre Position gleichzeitig und untergrub ihre normativen Ziele und Instrumente, wie im Folgenden gezeigt wird.

Mit der Unabhängigkeit Kosovos und dem Übergang zu EULEX begannen die USA, ihre Präsenz in Kosovo zu reduzieren. Gleichzeitig blieben sie der wichtigste Akteur in der Finanzierung von Projekten zur Demokratisierung und interethnischen Annäherung (Interviews Radosavljević, Palokaj 2025). Offiziell unterstützen sie die Bemühungen der EU und ihre Führungsrolle in Kosovo, griffen allerdings regelmäßig ein, wenn sie ihre Interessen gefährdet sahen (Interview Blankenborg 2025; Emini 2023, 150f.). So spielten sie weiterhin eine dominante Rolle, einerseits als Teil der Quint, bei KFOR und im UN-Sicherheitsrat, aber auch durch das State Department, wie der Bericht der damaligen kosovarischen Chefverhandlerin Edita Tahiri veranschaulicht (Interview Tahiri 2025). Diese nutzte ihre Kontakte in Washington, um ein in Brüssel verhandeltes Abkommen anzufechten, das von HRVP Mogherini ohne kosovarische Zustimmung veröffentlicht worden war – und das nach dem Eingreifen des State Departments tatsächlich zurückgezogen wurde. Aber auch der EAD nutzte den Einfluss der USA in Kosovo, um Druck auf die kosovarische Regierung auszuüben (Ilazi 2024, 114f.). So waren zu Beginn des Dialogs stets Vertreter:innen der USA als Beobachter:innen mit im Raum und waren sie es in mehreren Fällen, denen es gelang, die kosovarischen Vertreter:innen von der EU vorgeschlagenen Kompromissen zu überzeugen und fehlendes Vertrauen auszugleichen, dass die formelle

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Statusneutralität der EU schuf. Die Zusammenarbeit mit den USA für eine transatlantische Integration der Region war unerlässlich und lange von beiden Seiten von Vorteil, doch die problematische Abhängigkeit des Prozesses von den USA und deren Prioritäten trat unter der ersten Trump-Präsidentschaft deutlich zu Tage.

Die Ernennung Richard Grenells zum US-Sondergesandten für Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo 2019 stellte in mehrerlei Hinsicht einen Bruch mit der vorherigen Rolle der USA dar (Hartwell 2021, 18). So wurde einerseits das Thema vom State Department – in dem erfahrene Beamte es teils seit den 1990er Jahren vornehmlich im Einklang mit den Zielen des EU-geführten Dialogs behandelt und diese wie im hier genannten Fall sogar teils gegen EU-Akteure verteidigt hatten (s.a. U.S. Congress 2025) – zu einer direkten Einmischung des Weißen Hauses und durch Akteure, die sich diesen Zielen nicht verpflichtet sahen. Zudem wollte der neue Ansatz den EU-geführten politischen von einem US-geführten wirtschaftlichen Dialog trennen, wobei letzterer Trumps Fähigkeiten demonstrieren sollte, angesichts der Übermacht der USA außenpolitische „Deals" durchzusetzen, die allerdings kaum auf nachhaltigen Frieden abzielten (ibid, 7; 19). Für die EU, wichtigster Handelspartner Serbiens und Kosovos, würde dadurch ein wichtiger Hebel entfallen und diesen auf ein zunehmend unglaubwürdigeres und zumindest für Serbien unattraktiveres Beitrittsversprechen reduzieren. Nach dem Zerwürfnis über den Landtausch-Vorschlag von 2018, demgegenüber sich die Trump-Administration offen gezeigt hatte, trat das Scheitern des EU-Ansatzes erneut offen zu Tage.

Mit der Wahl Joe Bidens zu Trumps Nachfolger verbanden sich Erwartungen einer Rückkehr des konstruktiven Einflusses der USA und vorherigen Kooperation. Hoffnungen auf eine stärkere normative Rolle Washingtons erfüllten sich jedoch nicht, zumal Bidens Regierung die Verantwortung für die Region in Europa sah (Nič & Seebass 2024). Auch die Rolle der USA bei Kosovos Mitgliedschaftsantrag im Europarat veranschaulicht die Rückkehr zu den vorherigen Dynamiken (s.o.). Gleichzeitig zeigt die Dominanz der USA, dass es der EU bzw. dem EAD nicht gelungen ist, das Vertrauen der verhandelnden Parteien in ihre regionale Führungsrolle zu festigen und den Dialog gegen eine erneute Intervention aus Washington abzusichern (Ilazi 2024, 115). So gab es seit dem erneuten Amtsantritt Trumps unter Expert:innen Befürchtungen vor einer Rückkehr Grenells und eine Rückkehr des Landtausch-Vorschlags (z.B. Interview Shabiu 2025). Die serbische Regierung steht dieser Option seit langem offen gegenüber, während der Großteil der kosovarischen Parteien sie ablehnt (Hartwell 2021, 8f.; Interviews Tahiri, Blakaj, von Cramon & Bojović, Radosavljević 2025). Bis Ende 2025 hat kein erneuter Vorstoß stattgefunden und unterstützte die Administration offiziell weiter die EU-geführten

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Verhandlungen, trotzdem arbeitete das Dialogteam unter Sørensen daran, einen möglichen negativen Einfluss vorzubeugen (EUalive 2025; Interview EAD-Beamte:r 2025).

Der negative Einfluss Russlands auf die EU-Politik wurde bereits behandelt und wirkte sich auch auf den Dialog aus, insbesondere durch die engen Verbindungen zu Serbien. Diese hatte die EU zunächst genutzt, um Serbien mithilfe Moskaus zu Kompromissen im Dialog zu bewegen (Ashton 2023, 160; Ilazi 2024, 115). Doch die Beziehungen waren traditionell deutlich komplizierter als mit den USA und die Ziele in der Region unterschieden sich grundsätzlich: „A primary objective for Russia is to keep the region divided to prevent the Balkans from integrating into the EU and NATO, and from adopting Western-style democracy" (Hartwell 2021, 13). Dazu nutzte der Kreml Desinformationskanäle, deren Narrative von der serbischen Regierung noch verstärkt wurden, auch in EU-Staaten zu einem negativen Image der EU-Integration Südosteuropas beitrugen und so die EU-Rolle schwächten (ibid, 13f.; Interview Maliqi 2025). Mit der Vollinvasion der Ukraine rückte dieser Einfluss in den Fokus der EU und erhielt der Dialog eine neue Dringlichkeit (s.o.; Interviews Gricourt 2023, von Cramon & Bojović 2025). Zugleich fürchteten einige EU- und US-Akteure, Serbien durch zu großem Druck zugunsten einer Westbindung an Russland zu „verlieren", weshalb Belgrads Balanceakt zwischen den Großmächten zunächst keine klaren Grenzen gesetzt wurden (Ashton 2023, 160; Seebass 2024; Interviews Haskuka, Shabiu 2025).

Zusammen mit der abnehmenden Rolle der EU und der Attraktivität ihrer Beitrittsperspektive in Serbien vergrößerte diese Politik den Einflussrahmen Russlands jedoch und schmälerte den Spielraum des Dialogs (Hartwell 2021, 21f.; Interview Tahiri 2025). Gleiches gilt für China, auch wenn Peking eher eine indirekte Rolle spielt, vor allem durch die engere Kooperation mit Serbien und damit verbundene Abhängigkeiten, die einen EU-Beitritt unwahrscheinlicher machen und damit der EU den wichtigsten Anreiz im Dialog entziehen (ibid). Zuletzt sei noch Großbritannien erwähnt, das für die EU-Politik gegenüber Kosovo stets zentral war und diese nicht nur als Teil der Quint weiterhin unterstützte, dessen Austritt diese und die EU-Außenpolitik insgesamt jedoch maßgeblich schwächte (s.o.; Vgl. z.B. Interview EAD-Beamte:r 2025).

d. Lokale Akteure

Auf Ebene der Verhandlungspartner ist neben den am Dialog beteiligten Akteuren auch relevant, welche Gruppen explizit ausgeschlossen sind. Zuvor sei noch einmal an das erklärte Ziel der EU erinnert, „to promote cooperation between the two sides, help them achieve progress on the path to Europe and improve the lives of the people" (EEAS o.D.; s.o.). Auch wenn „people" hier

10.15772/ANDRASSY.2026.002

nicht klar definiert sind, kann davon ausgegangen werden, dass die Bürger:innen beider Länder gemeint sind, insbesondere diejenigen, die sich aufgrund der ungelösten Probleme in einer unklaren Lage befinden. Daher sind naturgemäß die Regierungen Kosovos und Serbiens die Hauptakteure am Verhandlungstisch, da sie demokratisch gewählt wurden, um die Bevölkerung ihrer Länder zu vertreten. Diese Vorannahme ist allerdings problematisch, da politische Eliten beider Länder in der Vergangenheit demokratische Prozesse untergraben und klientelistische Netzwerke aufgebaut haben, die ihren eigenen Interessen und denen ihrer Verbündeten dienten anstatt der Bevölkerung – unterstützt von internationalen Akteuren zugunsten vermeintlicher Stabilität (Emini 2023, 45ff.). Hier manifestiert sich auch ein übergreifendes Dilemma in der Friedensmediation, die von der Kooperation lokaler Eliten abhängig ist, welche jedoch gleichzeitig zentrale Konfliktakteure sind bzw. waren (weiterführend s.a. Osland & Peter 2019). Zwar hat die seit 2021 in Kosovo regierende Partei Vetëvendosje die Bekämpfung von Korruption und deren Toleranz durch internationale Akteure zugunsten vermeintlicher Stabilität zum Hauptthema ihrer Kampagne gemacht und teilweise Erfolge erzielt, gleichzeitig polarisierte und destabilisierte sie das Land (Hartwell 2021, 11f.). Serbien dagegen war weiter von demokratischem Rückschritt geprägt und hat sich unter Präsident Vučić zu einer Quelle der Instabilität für die ganze Region entwickelt (Burazer et al. 2025, 11).

Dennoch hatte der innenpolitische Bruch unter Ministerpräsident Kurti, der die multi-ethnische Verfassung und damit die normative Grundlage der EU-Politik zugunsten eines albanischen Nationalstaats ablehnte, insbesondere durch die kompromisslose Haltung seiner Partei einen großen Einfluss auf die Kosovo-Politik der EU und auf die Positionen der Mitgliedstaaten auch gegenüber Serbien (Interviews Blankenborg, EAD-Beamte:r 2025). Der Antagonismus zwischen Kurti und Vučić und die erhöhte Eskalationsbereitschaft beider wurde bereits diskutiert, ebenso die Verschiebung der Dynamiken im Prozess zugunsten Serbiens (s.o.; Szpala 2016, 6.f.; Interviews Radosavljević, Tahiri 2025). Aufgrund der Uneinigkeit über Kosovos Status war der Druck aus der EU gegenüber Kosovo traditionell stärker, da der Erfolg des Dialogs für Prishtina wichtiger war als für Belgrad (Serwer 2019, 82; s.a. Kentish 2017). Die persönliche Abneigung gegenüber Kurti verstärkte diese Tendenz deutlich und war auch ein wichtiger Beweggrund hinter den Maßnahmen gegen Kosovo und dem ungleich höheren Verständnis, das der serbischen Position trotz der Verwicklung in den Anschlag von Banjska und der anhaltenden Autokratisierung entgegengebracht wurde (Interviews Vertreter:in Mitgliedstaat, Milićević 2025). Gleichzeitig hatte die anhaltende Ungleichbehandlung Kurtis Aufstieg begünstigt und stärkte seine Haltung innenpolitisch (ibid; Interview Maliqi 2025, Luci 2023).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Das hängt auch mit demographischen Faktoren zusammen, denn die junge Generation in Kosovo hat weder den Krieg noch die internationalen Interventionen aktiv erlebt, während diejenigen, die in relativer Freiheit unter Jugoslawien gelebt haben, heute in der Minderheit sind. Junge Kosovar:innen sind der EU gegenüber kritischer eingestellt und zugleich ethnozentrischer und souveränistischer (Interviews Ilazi, Musliu, von Cramon & Bojović 2025). Geschürt von populistischen Politiker:innen sahen viele von ihnen – wie auch viele Serb:innen – im Dialog vor allem ein Mittel, nationale Interessen durchzusetzen, während Kompromisse und Versöhnung in den Hintergrund rückten (CDDRI 2019). Diese Haltung beruht nicht zuletzt auf der bereits ausgeführten Kritik an den unreflektierten internationalen Interventionen, sowie auf der weit verbreiteten Bereitschaft lokaler Regierungsbeamter, externe Vorhaben ungeachtet lokaler Interessen umzusetzen (Interview Ilazi 2025; s.a. Ilazi 2024). Solange Anerkennung und Beitrittsperspektive eine hohe Glaubwürdigkeit und Unterstützung hatten, war diese Kritik marginalisiert worden, gewann aber insbesondere angesichts der verschleppten Visaliberalisierung an Zuspruch und politischer Kraft (Interview Maliqi 2025). Der Verlust des Einflusses der EU steht demnach in einem direkten Zusammenhangt mit dem Aufstieg populistischer Kräfte, die ihre Ziele und Instrumente angreifen und ihre Ergebnisse gefährden, wie die Desintegration von Kosovo-Serb:innen aus den Institutionen 2022 verdeutlichte (Vgl. Interview EAD-Beamte:r 2025).

Die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft für die übergeordneten Ziele des Dialogs und einen inklusiven Staatsaufbau wurde bereits dargelegt und auch von den Vermittelnden stets betont. Der Dialog selbst wurde bewusst exklusiv konzipiert, sodass Nichtregierungsakteure ebenso wie lokale Parlamente darin keine aktive Rolle spielten, was seit Beginn intern wie extern kritisiert wurde (Beha 2015, 118; Interviews Mirel, Milićević 2025, Gricourt 2023). Gleichzeitig erkannten auch Kritiker:innen an, dass trotz der Wichtigkeit lokaler Versöhnung nur eine Einigung auf höchster Ebene langfristige Veränderungen bewirken kann (Interview Ilazi 2025). Laut EAD obliegt es den Regierungen, ihre jeweiligen Zivilgesellschaften einzubeziehen, was in der Praxis jedoch kaum geschieht (Interview Hochrangige:r EU-Beamte:r 2025). Zu Beginn der Regierungszeit Kurtis lud sein Chefverhandler Bislimi relevante, auch Kosovo-serbische NRO zu Konsultationen ein; diese Praxis wurde jedoch bald eingestellt und die Zivilgesellschaft von den Prozessen entweder ausgeschlossen oder ihre Teilnahme als Rechtfertigung zur Umsetzung umstrittener Maßnahmen genutzt (Interviews Bislimi 2023; Radosavljević, Blakaj, Shabiu 2025). Laut einem Parteivertreter sorgt Kurtis eigener Hintergrund in der Zivilgesellschaft dafür, dass diese Perspektive trotzdem präsent ist – was insbesondere bezüglich der Korrektivfunktion offenkundig fraglich ist (Interview Haskuka 2025). Die Vermittelnden trafen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

sich insbesondere seit der Wiederaufnahme des Dialog unter Lajčák regelmäßig mit NRO-Vertreter:innen und zeigten sich offen für deren Vorschläge, setzten zentrale Forderungen aber nicht in die Praxis um (Interviews Milićević, Vertreter:in der EU-Kommission 2025). Laut Ilazi (2024, 125ff.) hängt diese Praxis einerseits mit fehlendem Vertrauen der EU in die Zivilgesellschaft zusammen, deren Kritik sie als Störfaktor sieht, und andererseits mit dem Versuch, die eigene Akteursschaft zu stärken. So ignorierten sie zumeist die sogenannten „Track II"-Ansätze wie die aus Norwegen finanzierte *Balkans Policy Research Group* (BPRG) und die von der Schweiz, Großbritannien und einigen EU-Staaten geförderte Initiative *Council for Inclusive Governance* (CIG), die Regierungs- und Nichtregierungsakteure beider Länder zusammenbringt, obwohl sie teilweise die einzigen offenen Kanäle für Austausch und Kooperation sind, wenn der offizielle Dialog stockt (Dialogue Info n.D.; CIG n.D.; Ilazi 2024, 129; Interviews Shabiu, Blakaj 2025; Kučera 2022; Gafafer 2026). Dieser Versuch, den EU-geführten Dialog als einzig valides Instrument für die Verhandlungen zwischen Kosovo und Serbien zu positionieren, trug zu seiner Politisierung bei, schwächte langfristig EU-Normen wie Inklusivität und lokale Eigenverantwortung und ging auch zulasten der Konflikttransformation als übergeordnetes Ziel, für das Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt, wie die EU selbst anerkennt (Vgl. Tocci 2008; s.a. Interviews Ilazi, von Cramon & Bojović 2025).

Stattdessen nutzten EU-Akteure lokale Zivilgesellschaft und Medien entgegen der eigenen normativen Prinzipien oft als Dienstleistende, um Unterstützung für den Dialog innerhalb der Bevölkerung zu generieren und so die Regierungen zu Kompromissen zu drängen. In der Praxis schwächte dieses Vorgehen die Rolle der NRO als politisches Korrektiv jedoch doppelt, da sie einerseits als Sprachrohr der EU das Vertrauen der Bevölkerung einbüßten und gleichzeitig angesichts der fehlenden Transparenz weder die Öffentlichkeit adäquat aufklären noch informierte Kritik und Verbesserungsvorschläge beitragen konnten (Beha 2015, 110; Ilazi 2024, 127f.). Hinzu kommt, dass die EU ein zentraler Geldgeber ist und die Organisationen etwa durch den Einbezug im Beitrittsprozess auch gegenüber ihren Regierungen stärkte, weshalb viele von ihnen Kritik an der EU vermeiden – was deren ohnehin begrenzte Rechenschaftspflicht gegenüber den lokalen Bevölkerungen weiter minimiert, zumal die EU „westlich" geprägte gegenüber Grasswurzel-Organisationen oft bevorzugte (ibid; Interviews Shabiu, Musliu 2025; s.a. Coelho 2012). Trotzdem gelang es der Zivilgesellschaft als Korrektiv zu wirken, etwa im Fall der Verhandlungen eines Abkommens über den Straferlass für Verbrechen im Kosovo-Krieg, das im Parlament unter Druck der EU verabschiedet, nach Protest der Zivilgesellschaft vom Verfassungsgericht jedoch geändert wurde (Ilazi 2024, 127; Beha 2015, 112). Es ist ein

10.15772/ANDRASSY.2026.002

weiteres Beispiel für das Abweichen der EU von ihren normativen Prinzipien, um schnelle Ergebnisse zu erzielen, das in der Konsequenz zentrale Ziele und Prinzipien gefährdete.

Nicht zuletzt steht dieses Vorgehen im Kontrast zum eigenen Konzept zur Stärkung der EU-Mediations und Dialogkapazitäten (*Concept on Strengthening EU Mediation and Dialogue Capacities*; Council of the European Union 2009). Darin werden NRO explizit als Alternative genannt, sollte der Einsatz der EU selbst scheitern; bislang gibt es allerdings trotz der Kritik und des Stillstands keine Anzeichen dafür, dass die EU auf diese zurückzugreifen plant:

> Lack of political will to become engaged, failure to be accepted as a mediator by the conflict parties or potential tensions between the EU's normative commitments in the area of human rights and international law and short-term conflict management objectives may pose additional challenges and prevent the EU from becoming involved in a mediation process. Other actors, including NGOs, may be in a better position to do so and the EU may choose to support their activities (ibid, 7).

Am stärksten von den Auseinandersetzungen zwischen Belgrad und Prishtina betroffen sind die Bewohner:innen der mehrheitlich serbischen Regionen, vor allem im Norden Kosovos an der Grenze zu Serbien. Allerdings wurden sie von EU-Seite nicht systematisch einbezogen und in offiziellen Dokumenten nicht einmal erwähnt (Gashi et al. 2017, 544). Obwohl die Bevölkerung dieser Gemeinden offiziell in der Regierung und im Parlament in Prishtina von Kosovo-serbischen Politiker:innen – d.h. Srpska Lista – repräsentiert wurde, ist es zweifelhaft, dass diese ihre Interessen tatsächlich vertraten, zumal auch das Parlament nicht systematisch einbezogen wurde (s.o.; Stankovski 2021, 378). So stellt Blakaj (Interview 2025) fest: „[M]inorities are invisible in the Dialogue: Kosovo Serbs are only represented by the Serbian government, which gives Belgrade all authority not only between Serbia and Kosovo, but also between Serbs and Albanians in Kosovo". Dabei vertrat auch Belgrad nicht die Interessen der Kosovo-Serb:innen, sondern nutzte diese für den eigenen Machterhalt und Einfluss (ibid; ESI 2024; Interview Radosavljević 2025). Kooperationswillige Kosovo-Serb:innen und NRO waren Angriffen von beiden Seiten ausgesetzt, die sie jeweils als Verräter:innen, Agent:innen und schlimmeres brandmarkten und zu Gewalt gegen sie aufriefen (s.o.; Interview Milićević 2025).

Eine weitere wichtige Vertreterin der serbischen Minderheit in Kosovo ist die serbisch-orthodoxe Kirche, eine zentrale Institution serbischer Identität und Staatlichkeit. Gleichzeitig verbindet sie Religion und Ethno-Nationalismus eng miteinander, beruhend auf dem ursprünglichen Mythos von Kosovo als ihr Herzstück – ein Mythos, der von den höchsten Geistlichen ständig bekräftigt wird und eine wichtige Quelle politischer Macht darstellt (Dahlmann & Williams 2010, 420). Lajčák und andere Vermittelnde trafen auch regelmäßig Vertreter der Kirche, von denen sich einige aktiv für ein gutes Zusammenleben der ethnischen Gruppen in Kosovo

10.15772/ANDRASSY.2026.002

einsetzen (Interviews von Cramon & Bojović, Blakaj, Haskuka 2025). Gleichzeitig läuft die Nähe des serbischen Patriarchats zu Russland und die Unterstützung eines „großserbischen" Staats diesen und dem übergeordneten Ziel der Stabilität zuwider, was ihre Eignung als Vertreterin Kosovo-serbischer Interessen in Frage stellt (Hartwell 2021, 8; Kremlin 2025).

Noch weniger Beachtung in den Verhandlungen finden andere kosovarische Minderheiten, vor allem Rom:nja, von denen viele bis heute Opfer (struktureller) Gewalt von verschiedenen Seiten sind (Interview Blakaj 2025; s.o.). Ihre Rechte sind durch den ungeklärten Status Kosovos ohnehin eingeschränkt, da Kosovo von für Minderheitenrechte relevanten Institutionen ausgeschlossen ist (Dahlman & Williams 2010, 406). Dazu gehört insbesondere der Europarat, zu dem Kosovo 2024 der Beitritt durch die Koordination der Quint und in Opposition zum EAD verwehrt wurde, um die Regierung zu zusätzlichen Zugeständnissen zu bewegen – zulasten der Minderheitenrechte im Land und damit der zentralen Norm der Förderung der Multiethnizität in Kosovo wie nicht zuletzt unter Ahtisaari festgelegt (ESI 2024; Interview EAD-Beamte:r 2025). Auch eine systematische Inklusion von Frauen in den Prozess scheiterte, obwohl sich die EU in ihrem Strategie-Konzept explizit zur UN-Resolution 1325 bekennt (Council of the European Union 2009, 8; RIDEA 2024; Interviews Musliu, Shabiu, Tahiri, Mirel 2025).

Schließlich ist auch die albanische Minderheit in Serbien mindestens seit dem Landtausch-Vorschlag 2018 direkt vom Dialog betroffen, hat darin jedoch keine Agency. Auch sie ist Leidtragende des Konflikts und wird von beiden Seiten politisch benutzt, und spätestens seit auch Tirana in die Debatte eingriff, droht eine Umdeutung des Konflikts als Kampf zwischen Albaner:innen und Serb:innen auf dem Balkan insgesamt bzw. zwischen „Großalbanien" und „Großserbien", was die Gefahr einer regionalen Instabilität über die beiden Länder hinaus mit sich bringt und wiederum den EU-gesetzten Zielen der Stabilität und territorialen Integrität in der Region widerspricht (Serwer 2019, 86; Stankovski 2021, 375; Hartwell 2021, 6).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es der EU nicht gelang, mit einer Stimme zu sprechen, und dass sie nicht nur gegenüber der Zivilgesellschaft, sondern auch gegenüber ihren eigenen Mitgliedstaaten und Institutionen einen Mangel an Transparenz und struktureller Kommunikation aufwies. Aufgrund eigener ethnisch-territorialer Interessen blockierten die fünf Nicht-Anerkenner unter den Mitgliedstaaten weiter die Gleichbehandlung Kosovos im Dialog. Die Vermittler:innen versuchten zwar, den Prozess durch Treffen mit verschiedenen nichtstaatlichen Gruppen inklusiver zu gestalten, doch deren Rolle und Einfluss blieben begrenzt und intransparent. Kosovo-Serben:innen und andere Minderheiten wurde im Prozess die Mitwirkung verweigert, anstatt sie als Brückenbauer:innen zwischen den Gesellschaften zu nutzen (Gashi et al.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2017, 544). Gleichzeitig birgt die Einbeziehung weiterer Akteure auf Grundlage ethnischer Zugehörigkeit die Gefahr, regionale ethnisch-territoriale Konflikte zu schüren. Diese Tendenz wurde begünstigt durch uneinheitliche Kommunikation, uneindeutige Konzepte und destruktive Rhetorik, wie das folgende Unterkapitel ausführt.

2. Politische Kommunikation: Agenda-Setting, Priming, Framing

Die Problematik der Akteursvielfalt wirkte sich auch auf die politische Kommunikation der EU aus und begann bereits bei der Planung, in der Konzepte und Ziele oft absichtlich vage formuliert wurden, um die Unterstützung aller EU-Akteure und beteiligten Staaten zu sichern (Manu 2019, 279). In der Praxis führte dies oft zu einer uneinheitlichen Kommunikation verschiedener EU-Akteure in Brüssel wie in Kosovo (Zweers & de Boon 2022, 8; Interviews Hochrangige:r EU-Beamte:r, EAD-Beamte:r 2025). Die große Sichtbarkeit der EU und der Drang des EAD und der Kommission, ihre außenpolitischen Fähigkeiten zu beweisen, gingen oft mit großen Versprechen einher, die selten vollständig gehalten werden konnten (Osland & Peter 2019, 497; Interview Ilazi 2025). Auch EULEX als größte GSVP-Mission stand als Aushängeschild der neuen EU-Außenpolitik unter Druck, sich zu beweisen. In Kombination mit dem hohen internen Abstimmungsaufwand führte dies jedoch teils zu einer Entmündigung lokaler Institutionen statt der Übertragung von Verantwortung (Zupančič & Pejič 2018, 83f.). Die hohe Zustimmung unter der Zivilgesellschaft und Bevölkerung insgesamt gerade auch zum normativen Ansatz der EU und die damit verbundenen Hoffnungen wurden entsprechend enttäuscht und kosteten sie Vertrauen (Interviews Luci 2023, Radosavljević 2025).

Während der EAD wie beschrieben die Kontrolle über die Abläufe und Dokumente in den Dialogverhandlungen innehatte, beschränkte sich die Außenkommunikation der EU meist auf offizielle und intern abgestimmte Statements und fanden keine gemeinsamen Pressekonferenzen der drei Parteien nach den Verhandlungsrunden statt (Interview Milićević 2025). Dies ermöglichte es den beteiligten Akteuren und Eliten, den Dialog für ihre eigenen meist innenpolitischen Interessen zu nutzen, zumal zentrale Konzepte nicht definiert wurden.

a. Definition zentraler Konzepte

Ein Hauptkritikpunkt am Dialogprozess ist das von den Vermittelnden angewandte Instrument der sogenannte „konstruktiven Mehrdeutigkeit“ (*constructive ambiguity*; Gashi et al. 2017, 535; s.a. Stankovski 2021, Hajrullahu 2019, Troncotă 2017). Die ursprüngliche Idee war, eine sequenzielle Verhandlung zu führen, die mit weniger kritischen technischen Themen beginnen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

und nach deren Abschluss mit sensibleren politischen Themen fortgesetzt werden sollte (Stankovski 2021, 376). Um die Neutralität der EU-Vermittler:innen zu wahren und zu verhindern, dass sensible Themen den Fortschritt in anderen Bereichen blockieren, führte dieser Ansatz auch dazu, dass Verhandlungsthemen und -konzepte nicht im Voraus definiert wurden, sondern der Interpretation durch die Verhandlungsparteien überlassen blieben. Damit sollte ihnen theoretisch die vollständige Verantwortung für den Prozess übertragen werden. Dieser Ansatz ist jedoch aus verschiedenen Gründen problematisch. Diese betreffen zunächst die unklare Zielsetzung des Dialogs, die oben bereits angesprochen wurde. „In this way, one can no longer tell whether the dialogue is about reconciliation, European integration or all or none of the above" (K. Gashi 2021, 217). Die ehemalige Chefverhandlerin Kosovos, Edita Tahiri, reiste in dieser Rolle 2016 nach Berlin, Paris, London und Washington, um von den Regierungen Klarheit zu bekommen – und erhielt vier unterschiedliche Antworten (Interview Tahiri 2025). Im deutschen Auswärtigen Amt erfuhr sie demnach die inoffizielle Position der Bundesregierung, dass eine Anerkennung Kosovos durch Serbien angestrebt werde, diese Forderung aber am Ende des Dialogs stehen müsse – eine Position, die in allen Interviews mit EU-Vertreter:innen bestätigt wurde und sich auch in der Absicht widerspiegelt, Serbien und Kosovo möglichst zugleich in die EU aufzunehmen, was ohne eine *de facto* Anerkennung kaum möglich wäre (s. u.a. Interview EAD-Beamte:r 2025). Da die EU aufgrund der Nicht-Anerkenner offiziell neutral bleiben musste, sollte Kosovos (National-)Staatlichkeit gewissermaßen übersprungen und die EU-Mitgliedschaft zum Ziel erklärt werden – die allerdings gemäß Artikel 49 TEU nur von *Staaten* erlangt werden kann (Interview Musliu 2025; Gashi et al. 2017, 547). So waren die vagen Formulierungen immer auch nach innen gerichtet und sollten zugleich nach außen Geschlossenheit simulieren und Dissonanzen unter den Mitgliedstaaten verschleiern (ibid).

Stankovski (2021, 387) attestiert dem Dialog darum eine „inherent framing deficiency", die sowohl dessen bisherigen Errungenschaften als auch die Bemühungen der EU in Kosovo insgesamt in Gefahr bringen (s.a. Troncotă 2017, 216ff.; Szpala 2016, 8). Basierend auf dem immer wieder betonten gemeinsamen Ziel des EU-Beitritts beider Länder wurde in Kauf genommen, dass sich die Interpretation zentraler Konzepte zwischen den Vertragsparteien von Beginn an regelmäßig widersprachen, einschließlich dem Zweck der Verhandlungen, der in Kosovo als Konsolidierung der Staatlichkeit und in Serbien als Fortführung der Gespräche unter Ahtisaari verstanden wurde, was effektiv einen Rückschritt bedeutete und die lokalen Eliten zu Spoilern im Dialog machte (Stankovski 2021, 374; Gashi et al, 2017, 548; Ashton 2023, 137f.; s.a. K. Gashi 2021; Interviews Tahiri, Musliu 2025). Die Benennung als „Dialog zwischen Belgrad und Prishtina" statt „Kosovo und Serbien" diente gemeinsam mit anderen Entgegenkommen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

gegenüber der serbischen Regierung ursprünglich dazu, Kompromisse für diese zu erleichtern und innenpolitisch ihr Gesicht zu wahren (Hartwell 2021, 9). So legitimierte der Prozess trotz der Betonung der Beidseitigkeit und Neutralität den serbischen Anspruch auf Kosovo und verringerte den Spielraum für dessen Anerkennung, was die Ungleichheit zwischen ihnen zusätzlich verstärkte (Zweers & de Boon 2022, 6). Ein Grund dafür war laut dem ehemaligen Kommissionsbeamten Mirel (Interview 2025), dass sich die serbische Regierung betrogen fühlte, nachdem sie auf Druck der EU bereits die vom ICTY gesuchten Kriegsverbrecher Radovan Karadžić und Ratko Mladić ausgeliefert hatte und nun im Dialog auch noch Zugeständnisse zu Kosovos Unabhängigkeit machen sollte. Angesichts der nach wie vor schwachen demokratischen Institutionen in Serbien und weiterhin mächtigen kriminellen Strukturen im Land, verdeutlicht durch den Mord am ehemaligen Ministerpräsidenten Zoran Đinđić, wollten zentrale EU-Akteure die Annäherung nicht durch zu hohen Druck auf die Regierung Tadić gefährden (s.a. Dobbels 2009). Vučić, ab 2012 für den Dialog und die EU-Beziehungen zuständig, wusste diese Befürchtungen zu seinen Gunsten zu nutzen, wodurch das Bild zunehmend verzerrt wurde (Interview Radosavljević 2025).

Erst mit dem Abkommen von Ohrid und Brüssel 2023 wandelte sich die Formulierung zugunsten eines rechtlich bindenden Abkommens zwischen Kosovo und Serbien über die umfassende Normalisierung der Beziehungen, was weithin als eine *de facto* (wenn auch nicht *de jure*) Anerkennung Kosovos durch Serbien verstanden wurde, ähnlich dem Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten ab 1972 (Vulović 2023). Öffentlich wurde die Anerkennung vonseiten der EU bislang nur im Europaparlament gefordert (s.o.). Daraus ergab sich das Dilemma, dass Serbien ohne erheblichen Druck der EU kaum zu einer (*de facto*) Anerkennung bewegt werden kann, diese aber offiziell neutral und die Anerkennung durch Serbien mindestens inoffiziell eine wichtige Voraussetzung für die Nicht-Anerkenner ist, ihre Position zu ändern (Hajrullahu 2019, 103f.). Dadurch erlaubte die EU Serbien aber auch, einen destruktiven Balance-Akt beizubehalten, wodurch sie Autokraten auf allen Seiten mehr Raum gab und ihre eigenen normativen und geopolitischen Ziele in der Region schwächte (ibid, 108).

Auch die im Grenzabkommen (IBM) genutzte Doppelbezeichnung *border/boundary* für die territoriale Demarkation ermöglichte zwar dessen Verhandlung, erschwert aber die Umsetzung bis heute (Stankovski 2021, 379; s.a. Bieber 2015). Die wohl umstrittenste Formulierung blieb die im Brüsseler Abkommen von 2013 angestoßene Assoziation bzw. Gemeinschaft der mehrheitlich serbischen Gemeinden in Kosovo (A/CSM; Troncotă 2016, 215ff.). Da aus dem Abkommen nicht eindeutig hervorging, welche Kompetenzen dieser Verband haben und wie seine

10.15772/ANDRASSY.2026.002

rechtliche Position gegenüber den Regierungen in Belgrad und Prishtina aussehen würde, gab es viel Raum für Interpretationen und Politisierung (Beha 2015, 114f.). Die serbische Regierung erklärte, es handle sich um eine eigene Verwaltungsinstanz, die die serbische Kontrolle in Kosovo sichern würde. In Kosovo dagegen entbrannte ein Streit zwischen Regierung und Opposition über die Deutungshoheit, wobei erstere die Einigung als *de facto* Anerkennung Serbiens und Kontrolle des gesamten Territoriums durch Kosovo pries und letztere ihr vorwarf, Kosovos Staatlichkeit aufgegeben und einer *de facto* Abspaltung des Nordens ähnlich der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina zuzustimmen (ibid, 103f; Ilazi 2024, 123f). Hinzu kam der verbreitete Eindruck, Serb:innen in Kosovo seien überprivilegiert (Interview Ilazi 2025; s.a. Lončar 2019). In der serbischen Gemeinschaft folgte auf anfängliche Hoffnung Ernüchterung: „The ACSM Agreement was transformed into an internal political fight between government and the opposition in Prishtina. This is not about us anymore, it is again just about them" (zitiert in Troncotă 2016, 230).

Bis heute ist der A/CSM, der auch Hauptthema des Ohrid-Abkommens ist und noch näher behandelt wird, der größte Streitpunkt im Dialog innerhalb Kosovos und darüber hinaus. Moderate Stimmen, nach denen der Verband entscheidend für die Integration der serbischen Minderheit in die kosovarischen Strukturen wäre, zumal sie die Gemeinden im Norden mit denen südlich des Ibar verbänden und damit eine eigene Identität sowie Kosovos Staatlichkeit konsolidierten, waren im öffentlichen Diskurs kaum präsent (Ashton 2023, 149; Beha 2015, 117f.; Interviews Maliqi, Milićević 2025). Dass auch innerhalb der EU keine einheitliche Interpretation vorherrschte, zeigte spätestens der Streit um den Landtausch-Vorschlag (s.o.; Interview Tahiri 2025). So war die Einigung zwischen den Parteien auf den A/CSM als solche zwar ein Erfolg, seine Umsetzung wurde durch die Ambiguität jedoch behindert (Interview Ilazi 2025; s.a. Beha 2015). Zur gleichen Zeit schwand die vom EAD regelmäßig betonte EU-Beitrittsperspektive als gemeinsames Ziel der Regierungen nach 2013 stetig, und mit ihr auch der Anreiz der Eliten (Hajrullahu 2019, 102f.). So führte die Erklärung zur Umsetzung des Brüsseler Abkommens den Dialog 2015 in eine Sackgasse, da sowohl das Potential der konstruktiven Ambiguität als auch die institutionellen Kapazitäten der EU als Mediatorin erschöpft waren – mit weitreichenden Folgen insbesondere für das inter-ethnische Zusammenleben in Kosovo (Troncotă 2017, 236).

Bis heute halten sich in den Bevölkerungen unterschiedliche Interpretation der Verhandlungen und Ergebnisse sowie das Gefühl, die jeweils andere Seite gehe weniger Kompromisse ein (Avdiu 2021; Stankovski 2021, 378; Hajrullahu 2019, 119). Noch bestärkt durch den Mangel

10.15772/ANDRASSY.2026.002

an Transparenz und Inklusion, nutzten unterschiedliche Akteure diese Tatsache dazu, ihre eigenen Interessen im innen- und außenpolitischen Kurs voranzubringen.

b. Instrumentalisierung im (inter-)nationalen Diskurs

Auch bei der lokalen Umsetzung von Abkommen erwies sich konstruktive Mehrdeutigkeit als problematisch (Stankovski 2021, 376f.). Die Interpretation und Aushandlung der vagen Vereinbarungstexte erfolgte oft informell durch Akteure vor Ort, etwa Vertreter:innen von Botschaften (Ilazi 2024, 59). Diese Praxis verstärkte jedoch das Machtgefälle zwischen der EU und Kosovo, und der ungleiche Einfluss einzelner Akteure trug zur Unberechenbarkeit des Prozesses bei. Das war umso mehr der Fall, als oft nur die diplomatischen Formulierungen veröffentlicht wurden, während die Definitions- und Verhandlungsprozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden. So entstand der Eindruck – und wurde von politischen Akteuren genutzt – dass Versprechen nicht gehalten bzw. Konditionen nach der Verabschiedung zum Nachteil Kosovos geändert wurden, wie im Fall der Visa-Liberalisierung, dem Beitrittsgesuch Kosovos zum Europarat sowie die EU-Maßnahmen (Ilazi 2024, 59; Interview Maliqi 2025). Außerdem nutzten EU-Akteure bereits unter EULEX die Offenheit der Konzepte auch dazu, mit verschiedenen Akteuren unterschiedlich zu kommunizieren, was zusätzlich zu divergierenden Interpretationen beitrug (vertiefend, s. Ferati 2012). Auch die jährlichen Länderberichte als zentrales Instrument im SAP haben angesichts der Uneindeutigkeit und Uneinheitlichkeit gepaart mit allgemeinem Vertrauensverlust an Einfluss verloren (Interviews Luci, Bislimi 2023).

Die offenen Konzepte sowie die geringe und nicht zwischen den Parteien abgestimmte Außenkommunikation erlaubten eine Instrumentalisierung der Verhandlungen und der damit verbundenen Emotionen durch die politischen Eliten, etwa um Zugeständnisse herunterzuspielen und sich als Sieger darzustellen, wodurch sie politisches Kapital generierten (Ashton 2023, 165; Interview Blakaj 2025). Statt eigenem fehlenden politischen Willen beschuldigen sie die EU und ihre Mitgliedsstaaten für mangelnde Fortschritte, was im Fall Kosovos durch die Nicht-Anerkenner leicht Anklang fand (Interviews Shabiu, Maliqi 2025). Die serbische Führung spielte die eigenen Zugeständnisse ebenfalls herunter und „used a variety of rhetorical tools to discursively deny that any real policy change had in fact taken place" (Subotić 2016, 622). Dadurch schränkten beide gleichzeitig ihren Spielraum für zukünftige Kompromisse ein, die dieses Kapital gefährden könnten (ibid). Das gilt für die Verhandelnden ebenso wie für die Gegner:innen, vor allem Vetëvendosje, die den Dialog und dessen Grundlagen einschließlich der von Ahtisaari geprägten Verfassung ablehnt (Interview Blankenborg 2025). Nachdem er

10.15772/ANDRASSY.2026.002

den Dialog bei seinem Amtsantritt für nicht-prioritär erklärt hatte und auf Konfrontation setzte, zeigte sich Kurti bei den Verhandlungen in Ohrid und Brüssel überraschend konstruktiv und suchte zunächst auch den innergesellschaftlichen Dialog (s.o.). Nach dem (vorläufigen) Scheitern und insbesondere dem Anschlag von Banjska kehrte er jedoch zur vorherigen kompromisslosen Haltung zurück und versuchte, den Dialog für die von seiner Regierung angestrebten Genozid-Klage gegen Serbien zu nutzen (Interviews hochrangige:r EU-Beamte:r, Blakaj 2025). Die Ablehnung des A/CSM durch die kosovarische Regierung nutzte der Verzögerungstaktik Belgrads, während die EU-Vermittler:innen lokale Realitäten zugunsten der großen Linien oft übersahen und die (rhetorische) Instrumentalisierung des Dialogs lange ignorierten, ebenso wie offen anti-albanische und EU-feindliche Propaganda in Serbien, was die Basis für eine gesellschaftliche Akzeptanz des Dialogs und seiner Ziele weiter schmälerte (Interview Radosavljević 2025; Burazer et al. 2025).

Der Zulauf ethnozentrischer Narrative innerhalb der Kosovo-albanischen Bevölkerung begann laut Ilazi (Interview 2025) 2016 und war nicht zuletzt eine unbeabsichtigte Folge der EU-Politik rund um die Visaliberalisierung. Diese „populistische Wende“ (*populist turn*; ibid) wurde geschürt bei gemeinsamen Protesten von LVV und AAK gegen die von der EU in diesem Zusammenhang geforderte Grenzziehung mit Montenegro, die auf einen Sturz der PDK-Regierung abzielten. Bis dahin war die dominante Lesart gewesen, dass diese Demarkation endlich konkrete Fortschritte im EU-Beitrittsprozess bewirken könnte, sodass populistisches Potenzial und Radikalisierung wahrscheinlich deutlich geringer ausgefallen wären, hätte die Visaliberalisierung unmittelbar nach der Empfehlung der Kommission 2016 bzw. der Ratifizierung der Grenzziehung mit Montenegro 2018 stattgefunden (ibid). Wie oben beschrieben, war die Entscheidung im Rat weniger von Ereignissen in Kosovo als von innenpolitischen Belangen abhängig, dennoch waren die Folgen der internen Uneinigkeit und Abweichung von den normativen Prinzipien in Kosovo weitreichend und bis heute relevant.

Ein Paradox des Dialogs ist, dass mit dem wachsenden Fokus auf die serbischen Gemeinden deren Agency weiter eingeschränkt wird. Durch die dominante Rolle der EU und gleichzeitige Intransparenz hatte Kosovos Regierung keinen Anreiz, sich konstruktiv zu verhalten bzw. den internen Dialog zu stärken – auch aus Angst, dadurch im Dialog gegen Serbien zu „verlieren” – und gab diese Verantwortung an die EU ab (Hajrullahu 2019, 110). Gleichzeitig hatte Belgrad keinen Anreiz, den Status quo zu verändern, da der aktuelle Ansatz der Regierung den größtmöglichen Spielraum bot, ihre Interessen intern wie extern durchzusetzen (ibid, 111f.). Die EU wiederum brauchte den A/CSM als Hebel, um Serbien in der Verhandlung zu Zugeständnissen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

zu bewegen. Die Errichtung durch die Kosovo-serbische Bevölkerung selbst, die laut Verfassung möglich ist, lag daher nicht in ihrem Interesse (Ilazi 2024, 123).

Das bedeutet auch, dass internationale Verhandlungen mit dem Ziel multi-ethnischer Verständigung wenig aussichtsreich sind, solange die serbische Regierung innenpolitisch von der Mystifizierung Kosovos als historische Wiege Serbiens profitieren und gleichzeitig aus der Ambivalenz der kosovarischen Statusfrage außenpolitisches Kapital schöpfen kann (Hajrullahu 2019, 106f.). Auch EU-Akteure verweisen regelmäßig auf die Bedeutung Kosovos für Serbien und unterstützen damit ein Narrativ, das einhergeht mit einer rassistischen Ideologie und einem islamophoben religiösen Fundamentalismus, die seit den Balkankriegen die systematische Verfolgung der Kosovo-Albaner:innen immer wieder legitimiert haben (Hajrullahu 2007, 41f.; Reuter 2000, 145f.). Dabei geht es weder um das Territorium Kosovos noch um die orthodoxen Klöster oder gar die serbische Bevölkerung, sondern einzig um die Macht der serbischen Regierung und ihrem klientelistische Netzwerk mittels Geschichtsverfälschung und Selbst-Viktimisierung (Di Lellio 2009, 380; Subotić 2016, 621; Interview Vertreter:in Mitgliedstaat). Als ontologischer Kern der serbischen Identität ist Kosovo untrennbar mit dieser Macht verbunden, was substantielle Zugeständnisse an dessen Unabhängigkeit nahezu unmöglich macht (Subotić 2016, 622). Zugleich standen Belgrad traditionell deutlich umfangreichere Ressourcen und Kapazitäten zur Verfügung als Prishtina und konnte Serbien in den Verhandlungen stets auf bestehende Verbindungen in EU-Staaten sowie systematisches Wissen über diese zurückgreifen, wie Schmitt (2008, 330) erklärt:

> In der ganzen Jugoslawienkrise war Serbien im Gegensatz zu anderen Konfliktparteien […] dadurch begünstigt gewesen, dass die jugoslawische Diplomatie traditionell serbisch beherrscht war und diese Diplomaten wesentlich bessere Kenntnisse über den Westen besaßen als ihre rasch wechselnden, oft erheblich weniger sachkundigen westlichen Verhandlungspartner über südosteuropäische Politik.

Schließlich sei noch einmal auf die Nutzung des Dialogs durch die EU selbst als Instrument zur Stärkung ihrer globalen Rolle verwiesen, die dessen (normativen) Zielen ebenfalls langfristig schadete. Nachdem die vom damaligen Ratsvorsitzenden Jacques Poos angekündigte „Stunde Europas" (s. z.B. Glaurdić 2011) kein Ende der Post-Jugoslawischen Kriege hatte bewirken können und der Übergang von UNMIK zu EULEX und dem EUSR durch die Uneinigkeit erschwert worden war, fand der Dialog unter den veränderten Vorzeichen des Lissabon-Vertrags und der darin gestärkten außenpolitischen Rolle der EU statt, was ihr eine neue Chance bot, sich global zu beweisen – und gleichzeitig Druck erzeugte, Ergebnisse zu liefern (Interviews Tahiri, Musliu 2025). Darum tendierten die Vermittler:innen dazu, Verhandlungserfolge zu positivieren und in der Außenkommunikation oft Superlative wie „'breakthrough', 'milestone',

10.15772/ANDRASSY.2026.002

'historical'" (Beha 2015, 109) zu benutzen, die wachsende Hürden ignorierten und langfristig nicht haltbar waren – zumal sich die Tendenz entwickelte, Durchbrüche für die EU in Anspruch zu nehmen und bei Misserfolgen auf die verhandelnden Parteien und die eigene Neutralität zu verweisen (Gashi et al. 2017, 548f.). Tatsächlich wären viele Erfolge ohne die aktive Rolle der EU gar nicht möglich gewesen, da viele der gefeierten Kompromisse in Wahrheit Abkommen zwischen der EU und beiden Staaten waren anstatt zwischen Kosovo und Serbien (Ilazi 2024, 119; Interview Blakaj 2025). Dadurch blieben sie von der EU abhängig, was deren Relevanz erhöhte, die Nachhaltigkeit und übergeordneten Ziele dagegen schwächte.

c. Die Europäisierung Kosovos

Der wichtigste Hebel im Dialog zwischen Kosovo und Serbien, der die EU auch aus Sicht der UN-Vollversammlung zur am besten geeigneten Vermittlerin machte, war die Aussicht auf einen Beitritt (s. u.a. Interview EAD-Beamte:r 2025). Neben der Normalisierung ihrer Beziehungen, die Grundvoraussetzung für eine Aufnahme beider ist, sind dazu auch interne Reformen unter den SAAs und später die vollständige Angleichung an den *acquis communautaire* der EU in den Beitrittsverhandlungen nötig, die mit Serbien nach Abschluss des Brüsseler Abkommens aufgenommen wurden, deren Eröffnung für Kosovo aber an weitere Schritte im Dialog gekoppelt sind. Zudem war und ist die EU direkt am Aufbau der staatlichen Institutionen nach Vorbild der EU-Mitgliedstaaten beteiligt und stellt umfassende technische und finanzielle Unterstützung für diese bereit (s.o.; Vgl. Interview Ilazi). Bei der Frage nach der Rolle der EU in Kosovo verwiesen nahezu alle Expert:innen im Interview auf ihre normative Macht, „strengthening Kosovo's society through European values" (Interview Blakaj 2025): „Reforms of the country based on European criteria are a very good tool to overcome Balkan leadership mentality" (Interview Tahiri 2025). Europäisierung im Sinne einer Annäherung an die Normen und Werte der EU wurde explizit befürwortet und deren Verankerung in der Gesellschaft als Verdienst der EU-Interventionen hervorgehoben (s.a. Interviews Luci 2023, Shabiu 2025). Mehrere Faktoren schwächten diese Macht jedoch im Verlauf, wie teilweise bereits deutlich wurde.

Einerseits widersprachen, wie gezeigt, die Methoden und Instrumente teils normativen Zielen und Standards der EU, zumal angesichts der Vielzahl der Akteure oft klare Zielvorgaben fehlten (Interview Ilazi 2025). Dazu gehören die Privatisierung (Interviews Musliu, Haskuka 2025), die Rechtstaatsreform unter EULEX (s.o.; Zupančič & Pejič 2018; Interviews Bislimi 2023, Reljić 2025 u.a.), wie auch der Dialog (s.o.; Ilazi 2024, 110ff.) und die wachsende Kluft zwischen kommunizierten Ansprüchen und Wirklichkeit (s.o.; Interview von Cramon & Bojović

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2025). In der Folge wuchsen lokale Kritik und Skepsis gegenüber der EU und die Enttäuschung, dass die versprochenen Veränderungen und Fortschritte im Beitrittsprozess ausblieben (Interview Maliqi 2025). Die fehlende Transparenz und Rechenschaft der EU-Akteure gegenüber der kosovarischen Gesellschaft, Karrierediplomat:innen, die eigene Interessen vertraten, und vor allem die Wahrnehmung der anti-Korruptionsmission EULEX als korrupt änderte zwar nicht die Zustimmung zu einem EU-Beitritt Kosovos, schwächte aber die normative Dimension des Prozesses zugunsten einer transaktionalen und stärkte alternative Narrative (Beha 2015, 110; Interviews von Cramon & Bojović, Haskuka, Maliqi, Radosavljević 2025; Luci 2023).

Ein weiterer zentraler Faktor im Diskurs war die oben ausgeführte Prävalenz der Dichotomie zwischen „Europa" und „Balkan", die aus den genannten Gründen in Kosovo besonders stark ausgeprägt ist. Sie wird bedingt durch eine Überbetonung der Konflikte und Instabilitäten und gleichzeitig von „Europäisierung" als einziger Lösung, also einer EU-Annäherung zur Überwindung des „Balkanischen" (s. z.B. Ashton 2023, 155; K. Gashi 2021, 216f.). Die Reproduktion dieses Dogmas eines zu „europäisierenden Anderen" legitimiert zudem die Vormachtstellung der EU im Staatsaufbau wie im Dialog, während sie die Verantwortung für fehlende Fortschritte bei den lokalen Akteuren verortet (ibid, 215). Historische und aktuelle Machtverhältnisse zulasten der Subjektivität und Agency dieser Akteure werden dabei ausgeblendet und den geopolitischen Ansprüchen der EU untergeordnet (Gashi et al. 2017, 550). Denn die Frage, ob die EU Konflikte in ihrer Nachbarschaft nachhaltig mittels „Europäisierung" lösen kann, ist auch zentral für ihre eigene Identität und Zukunft als außenpolitischer Akteur (Hajrullahu 2019, 120; Tocci 2007).

Obwohl in der Vergangenheit eine Abkopplung der beiden Prozesse angestrebt wurde, sind durch das Einwirken der Mitgliedstaaten Fortschritte beim Gemeindeverbande *de facto* zur Voraussetzung jeglicher Fortschritte in der transatlantischen Integration Kosovos geworden, wie die Verhandlungen über den Beitritt zum Europarat zeigen, zumal Kosovo ohne Kandidatenstatus relevante Reformen nicht in den EU-Beitrittsverhandlungen geltend machen kann (Ilazi 2024, 31; Interviews Palokaj, EAD-Beamte:r 2025, Gricourt 2023). Dadurch schwand der Druck auf die Anpassung Kosovos an den *acquis*, da sie den Eliten kaum politisches Kapital einbringen, und gefährdete damit direkt die Ziele des EU-unterstützten Staatsaufbaus. Darüber hinaus verstärkte diese Voranstellung die Ungleichbehandlung gegenüber Serbien, für das die Umsetzung des Ohrid-Abkommens zwar ebenfalls eine *conditio sine qua non* für den Beitritt ist, allerdings ist diese Bedingung in Kapitel 35 verankert, was es Belgrad theoretisch ermöglicht, in der Zwischenzeit alle anderen Kapitel zu bearbeiten (Interviews Ilazi, Milićević 2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

„The EU's 'creative ambiguity' and its 'status neutrality' towards Kosovo's statehood has reached its limits and is facing difficult political realities on the ground" (Hajrullahu 2019, 113; s.a. Ćuković 2019, 8). Expert:innen fordern daher eine klare Konditionalität und Perspektive für Kosovos Beitrittsprozess unabhängig von Serbien, um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und unterwünschte Effekte des Dialogs zu minimieren (Bechev et al. 2025). Andere bezweifeln, dass die EU noch über die nötige Glaubwürdigkeit verfügt, den Prozess zu reframen und erwägen alternative Ansätze anstelle der performativen Statusneutralität der EU, die in der Praxis dem Aggressor die Oberhand verschafft (Stankovski 2021, 390f.; Troncotă 2017, 236; Zweers & de Boon 2022, 6; Interview Palokaj 2025).

3. Identität und Ethnizität zwischen Segregation und Versöhnung

> One outcome of the wider conflict over Kosovo would be an EU success story, a maturation of the transformative powers of European integration. It would focus on political reform and economic development, tied to advances in the rights and participation of Kosovo's minority communities, thereby diminishing inter-communal tensions as the benefits of membership in the European Union become palpable in everyday life […] Ethnic enclavisation has the potential to reshape the outcome of the state-building project in Kosovo. [...] It would be a perverse outcome if the international intervention to stop ethnic cleansing in Kosovo were concluded by legitimating nationalist goals of ethnic segregation (Dahlman & Williams 2010, 423f.).

Nirgends ist die Diskrepanz zwischen den normativen Zielen und tatsächlichen Ergebnissen so deutlich wie in Fragen der interethnischen Integration und Versöhnung. Wie oben beschrieben, war das Zusammenleben in Kosovo spätestens seit Beginn des Zerfalls des Osmanischen Reichs von konkurrierenden Gebiets- und Machtansprüchen und damit einhergehender Gewalt zerrüttet. Auch ist deutlich geworden, dass die Gewalt nicht immer zwischen sondern auch innerhalb der ethnischen Gruppen stattfand, ab 1878 aber hauptsächlich als Konflikt zwischen Albaner:innen und Serb:innen gelesen wurde. Nach der Unterdrückung, Vertreibung und Ermordung ethnischer Albaner:innen unter Milošević und dem Entzug der Kontrolle Jugoslawiens über das Gebiet durch das Kumanovo-Abkommen 1999 flohen viele ethnische Serb:innen und Rom:nja nach oder in Erwartung von Racheakten, während die übrigen überwiegend in teils von KFOR geschützten Enklaven lebten, sodass heute kaum noch multi-ethnische Gemeinden existieren und nur ein kleiner Teil der Serb:innen und Rom:nja von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch gemacht haben (Vladisavljević 2012, 32; OSCE 2019).

Im Zentrum des Ahtisaari-Plans und den Interventionen der internationalen Akteure stand die Sicherung der ethnischen Diversität Kosovos (Ahtisaari 2007; Vladisavljević 2012, 31). Der Grundsatz der Multi-Ethnizität in den Institutionen in die Verfassung des Landes sollte der Schlüssel zur Legitimation der Unabhängigkeit international wie auch für die Serb:innen in

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Kosovo und darüber hinaus sein (Landau 2017, 443f.). Letztere lehnten den Vorschlag jedoch ab und auch in der albanischen Mehrheitsgesellschaft war er zunehmend umstritten, zumal Kosovo schon damals *de facto* ethnisch homogener war als die meisten EU-Staaten (ibid; Interview Musliu 2025). Als deutlich wurde, dass kein baldiges Ende des durch die fehlende Anerkennung verursachten Schwebezustands zu erwarten war und statt einer vertieften Integration der Kosovo-Serb:innen deren Vertreter:innen ihre Überrepräsentation im Sinne Belgrads zu Manipulationen und Boykotten nutzten, bröckelte die Legitimierung innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, zumal die Regeln als von außen auferlegt galten und keinen internen Deliberationsprozess durchlaufen hatten, was sie zusätzlich angreifbar machte (Interview Maliqi 2025). Angesichts des resultierenden ethnischen Klientelismus' war die Regelung und ihre vermeintlich positiven Effekte auf Minderheiten auch international umstritten (Capussela 2015, 88; Hajrullahu 2019, 119; Landau 2017, 447f.). Doch während in der EU Minderheitenrechte im Zuge der Migrationskrise zunehmend in Frage gestellt wurden, blieben die Forderungen nach der konkreten Umsetzung in Kosovo bestehen (ibid; Interview Musliu 2025).

Dabei waren die Entwicklungen in den direkt an Serbien angrenzenden Gemeinden in Nordkosovo anders als in den südlichen Enklaven: „While Kosovo Serbs living south of the Ibar have been gradually integrated into Kosovo's structures, the four northern Kosovo municipalities with a Serb majority (North Mitrovica/Mitrovicë, Zvečan/Zveçan, Leposavić/Leposaviq and Zubin Potok/Zubin Potoku) until recently remained legally and politically separate from the rest of Kosovo" (Stakić & Bjeloš 2015, 6). Bis heute ist die Brücke, die den Norden und Süden der Stadt Mitrovica verbindet, ein Symbol ihrer Teilung und ethnischer Segregation in Kosovo insgesamt, seit französische KFOR-Soldat:innen dort nach dem Krieg einen Checkpoint errichtet und selbsternannte serbische Brückenwächter diese regelmäßig blockiert hatten (Dahlmann & Williams 2010, 410f.). Durch die Förderungen der parallelen Strukturen, aber auch das „Ministerium für Kosovo und Metochien", erhielt sich Belgrad die Kontrolle und gleichzeitig die Illusion der Bewohner:innen aufrecht, weiterhin Teil Serbiens zu sein. Dies ging zulasten nicht nur ihrer Integration, sondern auch ihrer individuellen und kollektiven Sicherheit, zumal transnationale kriminelle Strukturen seit dem Krieg große Macht hatten (Stakić & Bjeloš 2015, 6).

Die Vetëvendosje-Regierung begann ab 2021 wie zuvor angekündigt, parallele Strukturen sukzessive abzubauen, zunächst durch die Vereinheitlichung von Nummernschildern und offiziellen Dokumenten und ab 2023 die Schließung serbischer Einrichtungen und Durchsetzung des Euro als einzige Landeswährung, mit weitreichenden Folgen besonders für die Bevölkerung in Nordkosovo, die hauptsächlich den serbischen Dinar verwendete (Azemi 2024; Öztürk 2023;

10.15772/ANDRASSY.2026.002

s.a. Seebass 2022). So mussten Menschen, die Renten und andere staatliche Gelder aus Serbien erhielten, für diese fortan nach Serbien reisen, da wegen der Nichtanerkennung kein Geld an kosovarische Banken überwiesen wurde (Seebass & Vulović 2025). Zwar billigten die EU und USA den Schritt zur Durchsetzung der Souveränität und Bekämpfung Organisierten Verbrechens, verwiesen aber auch auf fehlende Alternativen für die Bevölkerung (Azemi 2025).

Im Sommer 2024 verkündete die kosovarische Regierung, die Ibar-Brücke eröffnen zu wollen, was auch als Ziel in den Dialog-Verhandlungen festgelegt, zu diesem Zeitpunkt aber von den internationalen Akteuren einschließlich KFOR aufgrund von Sicherheitsbedenken abgelehnt wurde. 2025 errichtete die Regierung stattdessen zwei neue Brücken in unmittelbarer Nähe der von KFOR bewachten, was zu Protesten aus Serbien und Sorgen vor einer schleichenden Übernahme des Nordteils der Stadt durch Albaner:innen führte, während die Regierung die offensichtliche Symbolpolitik als Integrationsmaßnahme beschrieb (Bami & Kelmendi 2025; Gjeta 2024). Die letzten noch bestehenden Parallelinstitutionen sind das aus Belgrad finanzierte Gesundheits- und Bildungswesen, für die Prishtina keine angemessenen Alternativen bieten kann. Auch das Straßenbild hat sich seither verändert, am prägnantesten die Einkaufstraße in Nordmitrovica: Die kosovarische statt der serbischen Post, entgegen des Gesetzes erst auf Albanisch und dann Serbisch beschriftet, kosovarische Supermärkte, Cafés und Fast-Food-Restaurants. In privaten Gesprächen drückten befreundete Kosovo-Albaner:innen ihr Unbehagen darüber aus: „It feels like what they did to us in the nineties". Die Mehrheit der kosovo-albanischen Bevölkerung unterstützte die Maßnahmen jedoch, wobei vielen die Konsequenzen für die dort lebende Bevölkerung nicht bewusst waren (Seebass & Vulović 2025).

Laut Dahlman und Williams (2010, 407f.) hat die multiethnische Verfassung interethnische Konflikte nicht gelöst, sondern vielmehr transformiert in ein komplexes Machtgefüge, in dem Serbien seine territoriale Souveränität in Kosovo teilweise aufrechterhält. Ihrer Ansicht nach hat der Versuch, durch erweiterte Kompetenzen im Zuge der Dezentralisierungsreform die Selbstverwaltung der lokalen Gemeinden zu fördern und Belgrads Kontrolle einzuschränken, stattdessen zu einer Institutionalisierung der Teilung bzw. Enklavisierung geführt (ibid, 420f.). Dabei war eigentlich schon 2013 im Brüsseler Abkommen eine Einigung über die zukünftige Selbstverwaltung der serbischen Gemeinden und die Eingliederungen ihrer Institutionen in die kosovarischen Strukturen getroffen und mit ihrer Umsetzung begonnen worden (s.o.). Doch der Hauptgegenstand des Abkommens, die Errichtung eines Verbands der mehrheitlich serbischen Gemeinden, wurde zum Politikum. Spätestens seit der Entscheidung des kosovarischen Verfassungsgerichts 2015, das Teile des Abkommens als nicht verfassungsgemäß bewertete, gab es

10.15772/ANDRASSY.2026.002

keine Fortschritte, zumal Vetëvendosje den A/CSM schon 2013 ablehnte. In Ohrid verpflichtete sich Ministerpräsident Kurti 2023 trotzdem zu dessen Umsetzung, seine Regierung war jedoch nicht bereit, ohne Gegenleistungen Serbiens damit zu beginnen (Stojanović & Isufi 2023). Doch nicht nur fehlende Umsetzung, sondern schon die Verhandlungen über den A/CSM liefen übergeordneten Zielen der Integration und interethnischen Versöhnung zuwider.

a. Theorie und Praxis

So finden sich bereits in der Konzeptualisierung zwei Grundannahmen, die den (diskursiven) Spielraum schon vor Beginn der Verhandlung einschränkten. Einerseits ist hier der Fokus auf Ethnizität als konstituierendes Element von Demokratie in Kosovo zu nennen, der andere Identitätsmarker wie Geschlecht und sozio-ökonomische Klasse ausblendete: „At times, democracy and multi-ethnicity appear to be essentially the same thing. All developments and processes that were envisioned are seen as subordinate to multi-ethnicity" (Musliu 2017, 189). Damit einher geht die Betonung ethnisch-territorialer Feindschaft zwischen Serb:innen und Kosovo-Albaner:innen, die dem Vorurteil eines naturgegebenen Hasses auf dem „Balkan" entspricht und für die „Europäisierung" (bzw. EU-Integration) als universelle, aber zugleich vage Antwort präsentiert wird. Diese Narrative stützen den Dualismus von „Europa" gegen „Balkan", während sie historische Zusammenhänge ausblenden und alternative Lesarten oder Lösungsansätze verhindern (s.o. Hajrullahu 2019, 120; Gashi et al. 2017, 547f.; vgl. Todorova 1997).

Sie prägen auch die zweite Grundannahme, nämlich die Gleichsetzung der Kosovo-Serb:innen und ihrer – diversen – Interessen mit denen der serbischen Regierung, anstatt sie als selbstbestimmte Subjekte zu verstehen und ihren Ansprüchen im Dialog Agency einzuräumen (Vladisavljević, 28f.). Kosovo-interne Versöhnung hatte in den Verhandlungen offiziell keinen Platz und die Verantwortung für den Einbezug der Serb:innen und anderen Minderheiten wurde den Regierungen übertragen, was der Realität der exklusiven Gestaltungsmacht der EU im Dialog widerspricht und statt der Einbindung ihre Instrumentalisierung zu innenpolitischen Zwecken befördert, zumal weder Vetëvendosje noch SNS in Serbien aufrichtig an einer Lösung interessiert waren (Interviews Milićević, Radosavljević 2025; s.a. Tadić 2019). Gleichzeitig war es für die Kooperation Serbiens und damit das Gelingen des Dialogs entscheidend, dass die Regierung in Belgrad sich als Vertreterin der serbischen Interessen auch in Kosovo verstand, sodass eine zu große Eigenständigkeit der Kosovo-Serb:innen im Dialog den Druck auf Serbien und damit auch den Einfluss der EU auf den Prozess reduziert hätte (Ilazi 2024, 123).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Laut Landau (2017, 450) ist der Dialog nicht zuletzt auf die Legitimierung der externen Akteure selbst und die völkerrechtlich umstrittene NATO-Intervention ausgerichtet, um somit auch ihre Rolle als normativer Akteur zu verteidigen. Offiziell ging es beim Eingreifen in Kosovo immer um Minderheitenrechte, zuerst um die der Albaner:innen in Restjugoslawien und später die der Serb:innen im autonomen Kosovo. Zugleich spielten lokale Realitäten und die geteilte Erfahrung der Mehrheitsgesellschaft weder im Staatsaufbau noch im Dialog eine Rolle und wurden sogar aktiv unterdrückt. Denn während für den Großteil der Kosovo-Albaner:innen die 1990er Jahre extreme Diskriminierung und den Widerstand gegen die – serbische – Staatsgewalt bedeuteten, wurde der internationale Nationsaufbau bewusst ahistorisch gestaltete, „limiting the majority Kosovo-Albanians' symbolic ownership of the state and its institutions" (ibid, 451). Das „Newborn"-Monument im Zentrum von Prishtina symbolisiert diese forcierte Geschichtsvergessenheit, während die limitierte Staatlichkeit und neutrale Nationalcharakter Kosovo laut Musliu (2019) zu einem Land ohne Gegenwart machen, das sich in einem fortwährenden Kampf zwischen dem Überwinden der (orientalischen und balkanischen) Vergangenheit und dem Ziel einer europäischen Zukunft wiederfindet und diesen zusehends verliert.

Die von vielen Kosovo-Albaner:innen als entgegen der eigenen und kollektiven Erfahrung empfundenen Zugeständnisse an ein multiethnisches Kosovo hatten keine universale Anerkennung seiner Unabhängigkeit zur Folge und auch die Integration der Kosovo-Serb:innen in die nationalen Institutionen stockte nach anfänglichen Erfolgen (s.o.). Demgegenüber standen das Gegennarrativ Kosovos als albanischer Nationalstaat und die albanischen Nationalsymbole, die bei der Mehrheitsgesellschaft emotional Anklang fanden, basierend auf der Geschichte der Unterdrückung in Kombination mit der unmittelbaren Erfahrung unter Milošević und politisch vor allem von Vetëvendosje vertreten (s.o.; Landau 456f.; Interview Maliqi 2025). Die EU und andere internationale Akteure dagegen setzten auf einen inklusiven Nationalismus beruhend auf Staatsbürgerschaft, die der Lebenswirklichkeit aller ethnischen Gruppen zuwiderlief und delegitimierte und nicht zuletzt den ursprünglichen Grund für das Eingreifen negierte, während die Aufarbeitung von Gewalt und Traumata hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Versöhnung durch eine kollektive Amnesie ersetzt wurde – was in der Realität schnell an Grenzen stieß.

Trotzdem konnten im „technischen" Teil des Dialogs in Koordination mit EULEX und anderen internationalen Akteuren zunächst Erfolge im Hinblick auf Integration und Kooperation verzeichnet werden, wobei das IBM und die Eingliederung von Kosovo-Serb:innen in die staatlichen Institutionen hervorgehoben wurden (s.o.; Vgl. Interview Tahiri 2025). Sie wurden zurückgeführt auf das aktive Engagement der EU nicht nur bei der Verhandlung der Abkommen,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

sondern auch bei deren Umsetzung und finanzieller Unterstützung. Gleichzeitig ging dieses laut Ilazi (2024, 122f.) in der Praxis zulasten der Integration der Kosovo-Serb:innen besonders im Norden, denn einerseits wurden deren Vertreter:innen und Institutionen nicht einbezogen bei der Verhandlung zentraler Abkommen und andererseits war durch die Mittlerrolle der EU in vielen Fällen keine direkte Zusammenarbeit zwischen Belgrad und Prishtina notwendig bzw. nicht öffentlich sichtbar, da diese offiziell nur mit der EU kooperierten.

So fanden die Bedürfnisse der Kosovo-Serb:innen kaum Eingang in die Verhandlungen und waren von allen Seiten Misstrauen ausgesetzt (Maliqi 2024; Vladisavljević 2012, 27; Interviews Radosavljević, Milićević 2025; s.a. Szpala 2016). Serbien verhinderte aktiv ihre Integration in kosovarische Strukturen und damit einen staatsbürgerlichen Ansatz als Alternative zu Ethnonationalismus, wie von der EU angestrebt: „Serbia's position towards Kosovo in the twenty-first century exhibits its consistent aim to disable a functional State of Kosovo while seeking for new territorial and ethnically based divisions" (Hajrullahu 2019, 106f.). Gleichzeitig sind die serbischen Parallelstrukturen zentral für die anhaltende Präsenz von Serb:innen in Kosovo, zumal sich keine bisherige Regierung in Prishtina aufrichtig um ihre Integration bemüht hat (Interview Radosavljević 2025). Das Vorgehen der Vetëvendosje-Regierung gegen die serbischen Institutionen in Kosovo nützte sowohl ihr als auch Belgrad innenpolitisch und stärkte kurzfristig die Sicherheit und Souveränität Kosovos, bedingte jedoch wohlmöglich auch eine wachsende Auswanderungswelle, die dem Ziel eines multiethnischen Staates und zugleich dem Dialog jede Basis entziehen würde (Interviews Balkenborg, Milićević 2025).

Doch nicht nur der fehlende Einbezug in den Dialog schwächt den normativen Ansatz der EU und seine Ziele. Eines der wichtigsten Hindernisse zur Integration ist die Trennung der Bildungssysteme anhand von Sprache, was zu einer institutionalisierten Segregation führte, wodurch insbesondere junge Kosovo-Albaner:innen und -Serb:innen meist ohne Kontakt zur jeweils anderen Gruppe aufwachsen. Laut Picciano (2019, 188), „education has been further ghettoized in post-war Kosovo and the chances of integration are minimal, if not non-existent to date. There have been attempts at the European Union level to do something in this regard. But its measures [...] are merely palliative and the chances for a genuine inclusion are a far-distant reality." Während die Umsetzung der Minderheitenrechte im Bildungssektor gemischt ausfällt, wie im zweiten Kapitel erörtert, ist keine Lösung für die daraus resultierende wachsende sprachliche, räumliche und nicht zuletzt epistemologische Trennung in Sicht und sind einzig internationale, englischsprachige Einrichtungen heute wirklich gemischt (ibid, 186; Seebass & Vulović 2025; Dahlmann & Williams 421f.).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Auch die Vetëvendosje-Regierung erkannte an, keine Alternative zu diesen aus Serbien finanzierten Institutionen bieten zu können. In anderen Fällen dagegen beschuldigte sie die EU, die Integration der Kosovo-Serb:innen und damit ihre eigenen Prinzipien und Ziele zu untergraben, besonders im Fall der gesonderten Reisepässe, die die serbischen Parallelinstitutionen lange für Kosovo-Serb:innen ausgestellt hatten und die damit außerhalb der kosovarischen Jurisdiktion lagen. Durch die Visaliberalisierung entstand ein neuer Anreiz, einen kosovarischen Pass zu beantragen und rechtliche Grauzonen abzubauen, doch die EU beschloss, auch den Sonderpässen Visafreiheit zu gewähren (Isufi & Stojanovic, 2022). Nach wie vor besteht keine Einigung darüber, ob die Entscheidung mehr Vorteile für den Schutz der Minderheitenrechte oder Nachteile für ihre Integration gebracht hat. Elbasani (2018, 161) konstatiert: „[T]he international strategy of emphasizing collective rights, autonomy of separate communities and decentralised education has seemingly backfired by sowing the very seeds of segregation it sought to avoid".

b. Territorium und Status

> Since 1999, despite persistent attempts of the officials of an interim administration and various NGOs at the development of 'civic' – as opposed to nationalist – politics since 1999, all relevant political groupings in Kosovo today are based exclusively on national lines. Moreover, an extreme nature and scale of violence in recent times, which followed a prolonged low-intensity conflict, have hardened identities of Kosovo Albanians and Serbs to a point where it is unlikely to achieve reconciliation between the two groups in the near future, let alone the creation of a common identity. In these conditions, policies aimed at inter-ethnic integration do not simply further inflame conflict. Rather, by encouraging the outflow of the remaining Serbs they facilitate the accomplishment of maximalist nationalist goals, that is, the creation of an Albanian, mono-national polity (Vladisavljević 2012, 35).

Diese und ähnliche Kritik richtet sich gegen die internationalen Interventionen in Kosovo insgesamt und besonders gegen die auf Ahtisaari beruhende multiethnische Verfassung sowie Prinzipien des EU-geführten Dialogs und sieht die einzige Lösung in weitreichender Autonomie oder Angliederung an Serbien (ibid). Demgegenüber steht der Standpunkt, dass nur ohne ethnische Quoten ein funktionierender Staat entstehen kann, in dem alle Menschen die gleichen Rechte haben und nach Leistung statt nach Ethnizität bewertet werden (Interview Haskuka 2025). Dadurch würde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass Kosovo de facto ein albanischer Nationalstaat ist und die Ansprüche Serbiens final abweisen.

Die Kritiken decken sich im Wesentlichen mit den Maximalforderungen im Dialog, die nicht miteinander kompatibel sind, und beruhen auf dem Widerspruch der Definition Kosovos als multiethnischer Staat, der nur durch ethnisch basierte Institutionen als solcher funktioniert, während Serbien weiterhin territoriale Rechte beansprucht (Stankovski 2021, 382; Hajrullahu 2019, 110). Als Kompromiss nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Unzufriedenheit aller

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Seiten mit den konstitutionellen Rahmenbedingungen wurde der A/CSM erdacht, der sowohl der Forderung nach mehr Selbstbestimmung der Kosovo-Serb:innen Rechnung trug, als auch ihre Unabhängigkeit von Serbien und Integration in die kosovarischen Strukturen festigen und diese dadurch stärken sollte (Dahlman & Williams 2010, 420f.; Beha 2015, 117; Interviews Blakaj, Ilazi 2025). Doch die Politisierung des Verbands bewirkte das Gegenteil: „The talks, which since 2013 have been dominated by a dispute over the status of the Association of Serbian municipalities in Kosovo, have paradoxically led to its strong subordination to the government in Belgrade, and not to their integration into the state of Kosovo" (Szpala 2016, 1). Statt wie vorgesehen ein Instrument zur Integration der Kosovo-Serb:innen zu sein, wirkte die Debatte um den A/CSM spaltend, zumal Desinformationen auf beiden Seiten verbreitet wurden (Avdiu 2021, 5). Die Intransparenz der Verhandlungen hatte das allseitige Misstrauen zusätzlich erhöht (Szpala 2016, 5ff.; s.a. Troncotă 2017, 222ff.). Während Ängste vor einer Beschränkung der kosovarischen Staatlichkeit durch ein von Belgrad kontrolliertes Exekutivorgan die Ablehnung unter Kosovo-Albaner:innen schürten, fühlten sich viele Kosovo-Serb:innen zunehmend abgestoßen und selbst jene, die einen Zusammenschluss mit Serbien ablehnten und die zunehmend autoritäre Regierung in Belgrad kritisierten, bekannten sich zur Abhängigkeit von ihr. Ein kosovo-serbischer Bekannter spitzte es in einem privaten Gespräch im Herbst 2025 zu: „We are in survival mode".

Zentraler Gegenentwurf einer multiethnischen Integration, der schon 1999 aufgekommen und durch die Segregation der serbischen Enklaven aufrechterhalten worden war, ist der bereits erwähnte Vorschlag eines territorialen Austauschs, wodurch die ethnische Homogenität erhöht und gegenseitige Ansprüche abgegolten würden (Schmitt 2008, 343; Dahlman & Williams 2010, 412f.). Laut Weller (2008, 666f.) war Serbien immer mehr an einer territorialen Lösung interessiert als an Minderheitenrechten, zumal es der Regierung ermöglichen würde, trotz des Verlusts eines Großteils Kosovos innenpolitisch ihr Gesicht zu wahren (s.a. Landau 2017, 447; Deda 2010, 90; Interview von Cramon & Bojović 2025). Entsprechend ist der öffentliche Vorschlag der Präsidenten Thaçi und Vučić über Grenzänderung von 2018 vor allem als politisches Kalkül zu verstehen, das beiden politisch nutzen sollte, zumal auch unter der damaligen Regierung in Kosovo kaum Aussicht auf eine Zustimmung des Parlaments bestanden hätte (Ashton 2023, 137; Interview Tahiri 2025). Nachdem die EU unter Druck Deutschlands ihre Zustimmung für diese Lösung verweigert hatte, wurde sie verworfen, doch insbesondere angesichts der fehlenden Umsetzung des A/CSM steht sie laut Expert:innen weiter im Raum, zumal unter der zweiten Präsidentschaft Trumps, der schon 2018 Zustimmung signalisiert hatte (s. u.a. Interviews Shabiu, von Cramon & Bojović 2025). Angesichts der anhaltenden Desintegration und

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Entfremdung unter Vetëvendosje sieht Ilazi (Interview 2025) das Land heute als anfälliger für eine Spaltung, denn auch wenn Thaçi sich für einen Landtausch ausgesprochen hatte, war die Zusammenarbeit mit der kosovo-serbischen Zivilgesellschaft unter seiner Regierung konstruktiver gewesen (Interviews Blakaj, 2025).

Die Folgen der von imperialen Interessen geleiteten Grenzziehungen in Südosteuropa im 19. bzw. 20. Jahrhundert insbesondere für die albanische Bevölkerung wurde oben bereits problematisiert (s.a. Hajrullahu 2007, 42). Angesichts der anhaltenden Konflikte und Herausforderung der Durchsetzung von Minderheitenrechten sehen selbst manche Befürworter:innen liberaler Demokratien eine verspätete Korrektur anhand ethnischer Mehrheiten als beste Möglichkeit, die demokratische und ökonomische Entwicklung der Region voranzubringen (Vladisavljević 2012, 37). Andere befürchten einen erhöhten Emigrationsdruck für Serb:innen aus den südlichen Gemeinden zulasten der Multiethnizität und der serbisch-orthodoxen Kirche in Kosovo, sowie einen regionalen Domino-Effekt, was sowohl 1999 angesichts des darauffolgenden und direkt mit dem Kosovo-Krieg in Zusammenhang stehende Aufstands mazedonischer Albaner:innen, als auch der drohenden Abspaltung der Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina nicht unbegründet ist (s.o.; Deda 2010, 90). Dafür sprechen auch die politischen Entwicklungen in Serbien und die Renaissance des Motivs einer „serbischen Welt", mit dem Ansprüche auf alle von Serb:innen bewohnte Gebiete einhergehen (Kremlin 2025; Dahlman & Williams 2010, 413f). Indem sie diese billigten, legitimierten EU-Akteure das Narrativ von „duelling catographies" (ibid, 219) in der Region auf Basis konkurrierender Ideologien, die sie ursprünglich zu überwinden suchten, einschließlich ethnischer Mobilisierung anhand eines spaltenden Geschichtsrevisionismus'. Angesichts der geopolitischen Neuordnung nach dem russischen Angriffskrieg und fehlenden Aufarbeitung der Folgen des aggressiven Ethno-Nationalismus' unter Milošević in Serbien werden dadurch nicht nur die normativen Ziele der EU, sondern auch ihr Hauptanliegen der regionalen Stabilität gefährdet (Joseph et al. 2022; Škorić & Bešlin 2017). Dabei spielen erneut externe Entwicklungen wie die Zukunft der Ukraine die entscheidende Rolle für die EU-Politik und ihre internen Dynamiken (cf. Weller 1999, 212f.; s.a. Interviews Luci 2023**;** Shabiu, Ilazi, von Cramon & Bojović 2025).

Durch die effektive Gleichsetzung der Kosovo-Serb:innen mit Belgrad im Dialog und dessen diskursive Ausweitung auf die albanische Minderheit in Serbien, „the Dialogue has been transformed into a negotiation between Albanians and Serbs in general" (Stankovski 2021, 375; s.a. Gashi et al. 2017, 550). Die Betonung von Kosovos albanischem Nationalcharakter und von panalbanischen Bestrebungen unter Vetëvendosje verschärfte identitätspolitische und ethno-

10.15772/ANDRASSY.2026.002

territoriale Lesarten des Diskurses zusätzlich (Hajrullahu 2019, 38; s.a. Interview Tahiri 2025). Auslöser der innenpolitischen Kontroverse um den A/CSM waren gegensätzliche Interpretationen seiner Befugnisse im Brüsseler Abkommen von 2013 und deren Vereinbarkeit mit Kosovos Verfassung. Obwohl später ausgeräumt und die Rahmenbedingungen im Vertrag von Ohrid angepasst, ist auch in letzterem die Verfassung und damit die auf dem Ahtisaari-Plan beruhenden Grundsätze nicht als rote Linien festgelegt – laut der ehemaligen kosovarischen Chefverhandlerin ein Rückschritt, der Raum lässt für territoriale Lösungen, die den gesamten Prozess gefährden könnten (Interview Tahiri 2025). Kernproblem ist auch hier die umstrittene Staatlichkeit: „Given the legal uncertainties concerning Kosovo's final status, different parties remain entrenched in ethnic divisions" (Elbasani 2018, 160; s.a. Triantafyllous 2018). Somit bleibt die „albanische Frage" bis heute nicht vollständig beantwortet (Interview Reljić 2025).

c. Versöhnung und Kooperation

> Although it is widely acknowledged that it is only through justice to victims that enduring peace can be achieved, there are often tensions between these two objectives, and the EU should consider on a case by case basis how best to support transitional justice mechanisms, including addressing impunity (Council of the European Union 2009, 8).

Das Dokument zur Stärkung der Mediations- und Dialogfähigkeiten der EU verweist auf die Wichtigkeit und Sensibilität von *Transitional Justice* (TJ) in der Vermittlung für nachhaltigen Frieden. Obwohl von vielen als sein implizites Ziel verstanden, ist Versöhnungsarbeit jedoch nicht Teil des Dialogs und wird in offiziellen Dokumenten nicht erwähnt (Beha 2015, 117f.; Interview Blakaj 2025). Stattdessen sollte eine vertiefte technische Kooperation der Vertrauensbildung zwischen den Regierungen und Bevölkerungen dienen – eine Strategie, die aus den oben genannten Gründen nur bedingt erfolgreich war. Auch die verfassungsmäßigen Minderheitenrechte erwiesen sich als nicht ausreichend und „provide no guarantees that draft legislation incompatible with the fair treatment of minority communities will not ultimately become the law" (Vladisavljević 2012, 33). Dagegen sind Versöhnung und gute nachbarschaftliche Beziehungen wichtige Prinzipien in der Kommissions-geführten Westbalkanpolitik der EU und war diese auch Hauptsponsorin der 2006 ins Leben gerufenen *RECOM*-Initiative, die eine Aufarbeitung der Jugoslawienkriege auf Basis einer von allen ehemaligen Teilstaaten unterstützten Wahrheitsfindungskommission angestrebte (RECOM n.D.; s.a. Griessler 2020). Beim Gipfel des Berliner Prozesses in Poznań 2019 wurde die Idee gemäß dem Fokus des Formats auf regionale Kooperation von Deutschland und Frankreich wieder aufgegriffen, doch die kroatische und bosnische Regierung lehnten den Vorstoß ab (Interview Mirel 2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

In Abwesenheit staatlicher Maßnahmen zur Aufarbeitung der interethnischen Gewalt ab 1989 und dem Ausschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen vom Dialog, der den von einem Großteil der Kosovar:innen erfahrenen Traumata keinen Platz einräumte, lief dieser lokalen Versöhnungsansätzen sogar teilweise zuwider, wie in den vorangegangenen Abschnitten an vielen Stellen deutlich wurde (s.a. Szpala 2016, 4). Angesichts des gegenseitigen Misstrauens hatten ethno-territoriale Narrative und Desinformation großen Einfluss und verhärteten die Fronten (Avdiu 2021, 5; s.a. ESI 2024). Bemühungen um eine gemeinsame Erinnerungskultur wurden von der Zivilgesellschaft getragen, während politische Rhetorik die Trennung schürte: „[A]cross Kosovo, Albanians and Serbs hold on to collective memories of the war that exclude the other" (Haxhiaj-Isufi 2025; s.a. Prtorić 2018; Anon. 2025). Organisationen wie RECOM, *Humanitarian Law Center*, *Jahjaga Foundation*, *Oral History Kosovo* und *Kosovo 2.0* sammelten Zeitzeugnisse aus allen ethnischen Gruppen und versuchten, den individuellen und kollektiven Schicksalen Raum zu geben (s. u.a. Kosovo 2.0 2025). Viele Überlebende erfahren keine Gerechtigkeit, zumal die serbischen Institutionen nicht direkt mit Prishtina kooperieren (Bami 2025; Interview Blakaj 2025). 2024 wurde mit dem Abkommen über vermisste Personen erstmals die Aufarbeitung der Gewalt Teil des Dialogs, allerdings bislang ohne Fortschritte, zumal die Regierungsvertreter jeweils eigene Interessen verfolgten (Euractiv/AFP 2024; Interviews Hochrangige:r EU-Beamte:r, EAD-Beamte:r 2025). Eine 2024 von der kosovarischen Regierung angekündigte Transitional-Justice-Strategie wurde von der EU-Komission und der lokalen Zivilgesellschaft mehrheitlich abgelehnt, da sie nur Verbrechen an ethnischen Albaner:innen erwähnt (Haxhiaj 2024; Interviews Vertreter:in EU-Kommission, Blakaj, Radosavljević 2025). Gleichzeitig bedeuteten die substantiellen Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere der USA, aber auch europäischer Länder, dass viele der zivilgesellschaftlichen Maßnahmen nicht länger finanziert werden (OECD 2025; Interviews Palokaj, Radosavljević 2025).

Studien (z.B. Sadiku 2017; Loew 2013; Morhayim et al. 2023) legen nahe, dass es auf lokaler Ebene größere Fortschritte in der interethnischen Versöhnung gibt, insbesondere in ethnisch heterogenen Gemeinden (s.a. Interview Haskuka 2025). Das gesellschaftliche Leben findet jedoch meist getrennt statt, einschließlich politischer Parteien und Zivilgesellschaft. So bleiben Identitäten in Kosovo trotz neutraler Symbole und integrierter Institutionen fragmentiert und der Staat von innen und außen umstritten (weiterführend, s.u.a. Simonsen 2004; Krasniqi 2013; Landau 2017; Fort 2018). Allen ethnischen Gruppen ist jedoch gemeinsam, dass Arbeitslosigkeit und ein Mangel an Perspektiven ihre größten Herausforderungen sind, während Korruption Platz drei belegt (Balaj & Sejdiu 2022, 4f.). Umgekehrt sind multiethnische Arbeitsplätze also

10.15772/ANDRASSY.2026.002

zentral für eine Annäherung (Peni 2024; Hoxha 2025). Die größte Schwierigkeit ist auch hier die Integration der nördlichen Gemeinden, während südlich des Ibar das interethnische Zusammenleben meist pragmatisch verläuft und oft auf gemeinsamen (sozio-ökonomischen) Interessen beruht (Interview Ilazi 2025). Laut EU-Kommission erfordern die Verbesserung der Situation und ein gestärkter gesellschaftlicher Zusammenhalt weitreichende interne Reformen vom Bildungs- bis zum Justizsystem, bessere regionale wie internationale Zusammenarbeit und Fortschritte im EU-Annäherungsprozess (European Commission 2024). Demokratisierung und wirtschaftliche Entwicklung sind demnach notwendige Rahmenbedingungen für interethnische Versöhnung. Eigentlich eine zentrale Stärke der EU, blieb sie dabei hinter ihren Möglichkeiten zurück und ließ im Zuge der Privatisierung, aber auch des technischen Dialogs Gelegenheiten ungenutzt (Interviews Haskuka, Mirel 2025). Durch die Verzögerung bei der Visaliberalisierung wurde Kosovo im regionalen Vergleich zudem auch ökonomisch zurückgeworfen (Interview Maliqi 2025). Auch die 2023 eingeführten Maßnahmen gingen zulasten zahlreicher relevanter Projekte, die einerseits die Annäherung an die EU-Standards und andererseits interethnische und interregionale Zusammenarbeit fördern sollten (GAP Institute 2025; Lumezi & Baccini 2025). Mangelnde ökonomische Perspektiven sind der Hauptgrund für die Auswanderung aller Ethnien, wodurch die wirtschaftliche Entwicklung Kosovos und in der Konsequenz das Potential für Versöhnung bremst (Interview Vertreter:in EU-Kommission 2025).

4. Stabilisierungs- und Erweiterungspolitik auf dem „Westbalkan"

> During [the wars in the Balkans and the Caucasus], local conflict dynamics unfolded alongside geopolitically significant developments, reshaping the de facto political architecture of two historically contested regions and exposing fault lines where claims of sovereignty, territory, and nation do not align. [...] [E]fforts to shape the post-war environment continued long after the fighting stopped: displaced populations have been blocked from returning home in post-war demographic struggles, while minority populations have become entrenched within enclaves in secessionist territories and governed through parallel institutions or isolated and contained as threats, and new de facto boundaries have cemented divisions between the actors as they try to preserve or shift the extent of their territorial control. Decades after the wars ended, lasting and just settlements remain elusive and the underlying conflicts still threaten regional and international peace and security (Barker 2025, 8).

Zum Abschluss dieses Kapitels werden die Auswirkungen der EU-Erweiterungspolitik auf dem „Westbalkan" auf die offiziellen Ziele der EU in Kosovo genauer betrachtet, nachdem sie bereits an vielen Stellen Erwähnung gefunden haben. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) wurde während des Kosovo-Kriegs im Mai 1999 verabschiedet und betont die „Verantwortung [der EU] […] sowohl zur Lösung der unmittelbaren Instabilität als auch zur längerfristigen allgemeinen Stabilisierung und Entwicklung der Region bei[zu]tragen" (Kommission

10.15772/ANDRASSY.2026.002

der Europäischen Gemeinschaften 1999, 2). Obwohl Kosovo beim Gipfel von Thessaloniki vier Jahre später durch UNMIK vertreten wurde, wurde das Land in der dort verabschiedeten *Agenda für den Westbalkan* bereits separat von Jugoslawien behandelt und die Statusfrage mit Verweis auf UN-Resolution 1244 ausgeklammert: „On this basis, the people of a multiethnic and a democratic Kosovo will have their place in Europe" (European Council 2003, 12).

Bereits die *International Commission on the Balkans*, eine informelle Gruppe von ehemaligen europäischen Staatschefs und Intellektuellen, betonte in ihrem Bericht 2005: „The unresolved status of Kosovo and the provisional constitutional frameworks in places elsewhere are among the major obstacles for the Europeanisation of the Balkans. [...] The integration of the Balkans into the EU is unimaginable in the current circumstances of constitutional uncertainty" (ibid, 18) und empfahl „[a] four stage transition in the evolution of Kosovo's sovereignty" (ibid), an deren Ende eine geteilte Souveränität Kosovos innerhalb der EU stehen sollte. Der UN-Sondergesandte Ahtisaari kam 2007 nach zahlreichen Gesprächen zu dem Schluss, eine Wiedereingliederung Kosovos in die serbischen Strukturen sei nicht tragfähig, sodass keine Alternative für eine etwaige Unabhängigkeit bestehe (Security Council 2007, 3f.; s.o.). Obschon innerhalb des Europäischen Rats kein Konsens bestand und fünf Mitgliedstaaten ihre Zustimmung zu Kosovos Unabhängigkeit verweigerten, unterstützte die EU die im Vorschlag unterbreiteten Prinzipien, auf denen sich die Verfassung von 2008 gründet (Interview Palokaj 2025).

Den Kern all dieser Vorschläge bildete die Idee, dauerhaften Frieden, Stabilität, demokratische Institutionen und regionale Kooperation durch eine schrittweise Integration der gesamten Region in die EU zu fördern. Der unklare Status Kosovos ist dabei die größte Hürde, auf die der EU-geführte Dialog einen neuen Anlauf unternahm. Der im Brüsseler Abkommen verabredete A/CSM war daher auch „not only a Serb demand but a follow-up in the spirit of Ahtisaari" (Interview Blankenborg 2025; s.a. Interview Tahiri 2025). Dabei betonten die EU-Vertreter:innen im Sinne ihrer offiziell neutralen Position stets, dass es beim Dialog nicht um die Statusfrage Kosovos gehe (s. u.a. European Union in Kosovo 2022) und präsentierten die Uneinigkeit sogar als vorteilhaft für ihre Vermittlerrolle (Palokaj 2013, 11). Dem widerspricht, dass im Verlauf des Dialogs und EU-Annäherungsprozesses zentrale Kompromisse nur durch Zugeständnisse an Kosovos staatliche Souveränität zustande kamen. Dazu gehört das SAA, das unabhängig von Serbien abgeschlossen wurde (wie auch das SAA mit Serbien Kosovo nicht miteinschließt), aber auch die 2024 umgesetzte Visaliberalisierung, durch die auch Nicht-Anerkenner faktisch den kosovarischen Pass akzeptieren (Interviews Palokaj, EAD-Beamte:r 2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

All diese Vereinbarungen erforderten Kreativität vonseiten der EU, um die Status-Ambiguität zu bewahren. Neben Sprachregelungen spielte das bereits erwähnte Asterisk-Agreement von 2012 eine wichtige Rolle, also die Regelung, bei der ersten Nennung Kosovos in offiziellen Dokumenten stets durch eine Fußnote auf die Resolution 1244 und die IGH-Bewertung der Unabhängigkeitserklärung zu verweisen (Stankovski 2021, 378f.). „Kosovo is [...] the only European country in which the EU has experimented legally on how to relate to a state without treating it as independent and sovereign" (Palokaj 2013, 5). Doch das Ausblenden der Statusfrage hatte nicht den gewünschten Effekt, denn einerseits setzten Serbien wie auch Bosnien-Herzegowina (durch Ablehnung der Regierung in der Republika Srpska) regionale Abkommen für Kosovo etwa im Berliner Prozess nicht um, und andererseits verhinderte die interne Uneinigkeit eine klare EU-Strategie zur Integration Kosovos (Zeneli et al. 2023; Deda 2010, 90f.).

So haben die EU und ihre Mitgliedstaaten seit den 1990er Jahren weitreichenden Einfluss in Kosovo, aber keine übergeordnete „Kosovo-Strategie" gemäß dem von ihr angestrebten Vernetzten bzw. Integrierten Ansatz (Hajrullahu 2019, 113; s.a. Faleg 2018; Ker-Lindsay et al. 2017). Wo es innerhalb der einzelnen Politikfelder – Staatsaufbau, Dialog, Erweiterung – Strategien gibt, wurden diese oft vage formuliert und waren in der Praxis abhängig von der Interpretation der ausführenden Beamten, was sie anfällig für Partikularinteressen machte (s.o.). Zugleich war der Druck hoch, Ergebnisse zu liefern – einerseits angesichts der enormen Ressourcen, die eingesetzt und größtenteils aus Steuergeldern finanziert wurden, und andererseits durch den Leistungsdruck auf die EU-Institutionen, die Fähigkeiten der Union als außenpolitischer Akteur zu beweisen (Ilazi 2024, 14f.; Interviews EAD-Beamte:r, Musliu 2025). Zupančič und Pejič (2018, 90) konstatieren: „[W]hile the EU might be relatively successful in fulfilling its technical role, its political role and the legitimacy of its aims often come into question due to absence of strong internal political agreement among EU member states and what Kosovar society should look like in the future". Hinzu kam, dass die Status-Uneinigkeit und zunehmende Erweiterungsmüdigkeit angesichts wachsender interner und externer Herausforderungen die unbequeme Kosovo-Frage in den Hintergrund drängten (Hajrullahu 2019, 107). Maliqi (Interview 2025) urteilt darum: „The EU since 2014 has played a negative role in Kosovo; not a malign actor like Russia or China, but an 'unhelpful friend'." Besonders deutlich wurde dieser Trend bei der Verzögerung von Kosovos Visaliberalisierung entgegen der Empfehlung der EU-Kommission aufgrund nationaler Interessen, die die Glaubwürdigkeit und Konditionalität des Erweiterungsprozesses im Land und darüber hinaus untergruben und schlussendlich jene lokale Akteure stärkten, die sich den EU-Interventionen und deren Zielen widersetzen. Der Eindruck

10.15772/ANDRASSY.2026.002

einer Ungleichbehandlung – insbesondere gegenüber Serbien – wurde im Diskurs über den Beitritt Kosovos zum Europarat zusätzlich verstärkt (Interview Ilazi 2025).

Die Partei Vetëvendosje, die den Ahtisaari-Plan sowie den EU-geführten Dialog stets abgelehnt hatte, profitierte von dieser Stimmung und setzte unter ihrer Regierung ab 2021 darin verhandelte Abkommen unilateral um, wodurch dem EU-geführten Format stets mehr die Grundlage entzogen wurde (Interview Blankenborg 2025). Damit einher ging eine wachsende Ablehnung der Ahtisaari-Verfassung selbst, zumal sie gesellschaftlich nicht gefestigt war (Interview Maliqi 2025). In der Konsequenz verhärteten sich die Fronten zunehmend, wobei auf der einen Seite die EU auf Fortschritte beim A/CSM für eine vertiefte Integration Kosovos bestand und auf der anderen die kosovarische Regierung diesen ablehnte und auf die Nichtumsetzung Serbiens verwies, während sie die zunehmende transatlantische Isolation einschließlich der explizit gegen Ministerpräsident Kurti gerichteten Maßnahmen keine Stimmen kostete, wie die Wahlen 2025 verdeutlichten. Angesichts der genannten Präzedenzfälle besteht zudem die Angst, dass der Errichtung des A/CSM weitere Forderungen folgen könnten, zumal es keine Garantien für eine Gegenleistung der EU gibt und der Verbund der letzte große Trumpf gegenüber Serbien ist (Interview Ilazi 2025). Nicht zuletzt wäre der Wahlsieg der Vetëvendosje 2021 ohne die Einmischung der USA und das daraus resultierende Misstrauensvotum – und die stille Zustimmung der EU zu dieser Einmischung – kaum so deutlich ausgefallen, während der präferierte Partner der internationalen Akteure LDK seither stetig an Einfluss verlor. Zugleich sorgte die Präzedenz des A/CSM für die weitere Integration Kosovos auch dafür, dass *acquis*-relevante Reformen im Gegensatz zu allen anderen Erweiterungsländern keinen Einfluss auf das EU-Trajekt des Landes hatten, zumal das Beitrittsgesuch bislang nicht an die Kommission weitergeleitet wurde. Dadurch wurde die Außenseiterrolle Kosovos verstärkt und gleichzeitig die EU-Konditionalität geschwächt (Interviews Gricourt 2023, Ilazi 2025).

Nicht zuletzt lehnte Vetëvendosje zwar einen Landtausch ab, befürwortete aber den Zusammenschluss aller albanischen Gebiete unter Korrektur der anhand imperialistischer Interessen festgelegten Grenzen von 1913 (s.o.). Obgleich sich die geschichtlichen Hintergründe von den Argumenten für ein „Großserbien" unterscheiden, gehen auch von diesem Anspruch Gefahren für die regionale Stabilität aus und steht er im Widerspruch zu den von Zielen der EU. Andere Beobachter:innen sehen die Sorgen vor einem Zusammenschluss mit Albanien als übertrieben und verweisen auf die wichtige Rolle panalbanischer Kooperation für die Entwicklung der Region (Deda 2010, 91). Dabei bleibt die innerstaatliche Bedeutung Vetëvendosjes und die Rolle der internationalen Interventionen für ihren Aufstieg von externen Akteuren oft unverstanden

10.15772/ANDRASSY.2026.002

(Bieber 2020, 82f.; s.a. Emini 2023). Denn für viele Kosovo-Albaner:innen ist sie das Antidot einerseits für fehlende wirtschaftliche Entwicklung, bedingt vor allem durch Korruption und Vetternwirtschaft unter PDK und anderen, und andererseits für die Kontrolle des Landes von außen, was neben Serbien insbesondere die EU-Interventionen einschließt (Hehir 2024, 210ff.). Tatsächlich verbesserte sich die Bewertung Kosovos in internationalen Demokratie- und Korruptionsindizes nach dem Amtsantritt Kurtis signifikant, gleichzeitig wurden ihm die Eskalationen in Norden und Verschlechterungen im Dialog vorgeworfen, was angesichts des übergeordneten Ziels der Stabilität deutlich schwerer wog (ibid, 221f.). Dabei wurden von der serbischen Regierung unterstützte Provokationen und sogar bewaffneter Terrorismus ebenso wie kontinuierliche kriegsschürende Rhetorik wie im wiederholten Vergleich Kosovos mit Bergkarabach vonseiten Belgrads nicht geahndet, was insbesondere angesichts globaler Umwälzungen und einem potentiellen Rückzug der USA aus der europäischen Sicherheitsarchitektur weitere Eskalationen befeuern kann (Hajrullahu 2019, 120; s.a. Joseph et al. 2022). „What is often overlooked internationally and emphasised by those supporting Kosovo is that in the current geopolitical constellation, they are still on the right side of history. Unlike other countries in the region, they are not really looking for alternative alignment“ (Interview Vertreter:in EU-Kommission 2025).

Die unerfüllten Versprechen von EULEX und die Politisierung der Erweiterungspolitik durch die Mitgliedstaaten hatten in Verbindung mit Armut und Isolation auch durch die verschleppte Visaliberalisierung einen wichtigen Anteil am Aufstieg Vetëvendosjes und einer zunehmenden Kritik an der EU in Kosovo (Bieber 2020, 75; Zupančič & Pejič 2018; Interview Maliqi 2025). Angesichts der wachsenden Erweiterungsmüdigkeit profitieren die Eliten aller Seiten von einer Politik minimaler Reformen und Zugeständnissen und war die EU-Politik „more geared towards containment than conditionality” (ibid; s.a. Zweers & de Boon 2022, 10). Auch der „dialogue and, with it, the recent idea of border changes have reinforced autocratic structures and have been used strategically by leaders both in Kosovo and in Serbia to secure their external legitimacy” (Interview Ilazi 2025.). Insbesondere der Fokus auf Eliten unter Ausschluss von Parlamenten und Zivilgesellschaft hatte diesen Raum gegeben, klientelistische Netzwerke auf- und auszubauen und sich der Kontrolle und Verantwortung gegenüber den Gesellschaften zu entziehen (Interview Milićević 2025; s.a. Richter & Wunsch 2020; Coelho 2018). Die Prävalenz des Dialogs gegenüber anderen politischen Instrumenten und Zielen sowie Abstriche bei demokratischen Entwicklungen zugunsten vermeintlicher Stabilität bzw. *Stabilitokratie* gingen auch mit einem abnehmenden Interesse der EU an lokalen Entwicklungen und damit verbunden Nachteilen für pro-europäische und pro-demokratische Akteure einher (Szpala 2016, 106, 8;

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Emini 2023, 141; Hajrullahu 2019, 115f.; Interview Maliqi 2025). Ein weiterer Effekt war eine stetige Abnahme von für demokratische Reformen notwendige Kapazitäten angesichts von *state capture* und massiver Auswanderung vor allem junger Menschen, was institutionelle Blockaden, wirtschaftliche Stagnation und damit verschlechtere Rahmenbedingungen für das übergeordnete Ziel der EU-Integration bedingte (Hajrullahu 2019, 118f.; Interview Shabiu 2025).

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine änderte sich diese Haltung in der EU und wurde die Erweiterungspolitik zur geostrategischen Notwendigkeit erklärt. Doch Instrumente der „graduellen" Integration wie der Wachstumsplan für den Westbalkan konnten weder die autokratischen Strukturen, deren Festigung die EU-Politik direkt und indirekt begünstigte, noch das Fehlen einer klaren Strategie und die Dysfunktionalität der EU-Außenpolitik ausgleichen (Bonomi 2025; Lehne et al. 2025; Palokaj 2013, 25f.). Wie im vorangegangenen Kapitel deutlich wurde, hat die abnehmende Rolle der EU den Einfluss anderer Akteure in Kosovo und der Region gestärkt, einschließlich EU-Staaten, die in der Folge bilateral mehr Einfluss ausübten und die EU-Politik weiter schwächten. Auch in Sachen Politisierung des Erweiterungsprozesses selbst, vor allem durch bilaterale Vetos, gab es trotz der Vorstöße einiger Mitgliedstaaten kaum Entwicklungen (Zweers 2024). Ein Bericht der EU-Kommission zum Anstoß interner Reformen in Vorbereitung auf die nächste Erweiterung, ursprünglich für Anfang 2025 angekündigt, wurde mehrere Male verschoben, was Uneinigkeit und fehlende Kompromissfähigkeit der Mitgliedstaaten verdeutlichte und Zweifel an ihrer Erweiterungsfähigkeit stärkte (Stratulat 2025; Seebass, 2025b; Interviews Radosavljević, Palokaj 2025). Nicht zuletzt ist die fehlende interne Reflexion der Rolle der EU und ihrer Interessen für lokale Entwicklungen ein wichtiger Faktor für ihren Einflussverlust (Gashi et al. 2017, 549). Dadurch gelang es der EU bislang nur bedingt, verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, die für den Konditionalitätsmechanismus im Reformprozess unerlässlich ist: „The general perception is that the conditionality principle has failed and that the relationship has deteriorated especially due to the unfulfilled promise of visa-liberalisation" (Interview Luci 2023; s.a. Interview von Cramon & Bojović 2025).

Neben den mangelnden Reformen in den Kandidatenstaaten und internen wie externen Krisen der EU bedingten auch Rückschritte in einigen 2004 beigetretenen Staaten, vor allem Ungarn, die zunehmende Erweiterungsmüdigkeit der EU (Keil & Arkan 2014, 15). Gleichzeitig hatte die Verzögerung des Beitritts direkte Auswirkungen auf die globale Entwicklung der Länder und die wachsende (ökonomische) Kluft zwischen ihnen und den EU-Staaten (Reljić 2021). Hinzu kommt, „that the enlargement process towards candidate and potential candidate countries in the Western Balkans has reached a new level of complexity compared to the previous

10.15772/ANDRASSY.2026.002

enlargement rounds of the Union" (Keil & Arkan 2014, 15f.), was auch die Erweiterungspolitik selbst als erfolgreichstes Instrument der gemeinsamen EU-Außenpolitik schwächte. Nicht nur die EU selbst hat sich verändert, sondern auch ihre Rolle in den Ländern, die sie aufzunehmen beabsichtigt, insbesondere in Kosovo. Der multidimensionale Ansatz der EU „to build a member state from scratch" (Krasniqi & Musaj 2014, 142) ist dabei vorläufig gescheitert, was zweifellos nicht allein auf Versäumnisse der EU-Institutionen und Mitgliedstaaten zurückzuführen ist, zu denen diese jedoch erheblich beigetragen haben, wie in diesem Kapitel deutlich wurde.

Eine Umkehr dieser Dynamik liegt für einige Expert:innen in einer Rückkehr zu genau jenen Prinzipien, die der EU-Politik in Kosovo zugrunde liegen und durch die interne Uneinigkeit und Depriorisierung in den Hintergrund gerückt sind: „We need to return to a *normative* approach to inter-ethnic relations rather than further securitization of minority rights" (Interview Ilazi 2025; *eigene Hervorhebung*). Die EU muss „put the money where its mouth is" (Interview von Cramon & Bojović 2025) um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen strategischen EU-Ansatzes, der alle relevanten Politikfelder mit einbezieht. Neben Einbindung der Zivilgesellschaft und Parlamente in den EU-geführten Dialog umfasst dies auch die Forderung und Förderung einer konsequenten Umsetzung der verfassungsmäßigen Minderheitenrechte durch die Regierungsverantwortlichen, sowie (Re-)Integration in die offiziellen Strukturen zugunsten einer politischen Kultur, die Souveränität als Verantwortung insbesondere gegenüber vulnerablen Gruppen versteht und in Vertrauensbildung investiert: „[A] tremendous shift to redirect Kosovo's policies to the Ahtisaari proposal, Brussels and Ohrid Agreements: respect the constitution, organise security and rights for minorities to preserve Kosovo as multi-ethnic society guaranteeing equal rights" (Interview Milićević 2025: s.a. Interview Tahiri 2025). Auch Joseph et al. (2022, 20) konstatieren: „[T]he pathway to long-sought stability in the entire region lies in re-shaping the foundation for negotiations between Serbia and Kosovo. The three-decade struggle over the dissolution of former Yugoslavia can be closed where it began – with convergence across all EU and NATO member states over their stance on Kosovo".

10.15772/ANDRASSY.2026.002

D. Die EU-Beitrittsperspektive als Schlüssel zu Kosovos Staatlichkeit?

> Die post-jugoslawischen Kriege haben gezeigt, dass die EU/EG nicht ist, was sie sein will: Ein autonomer außenpolitischer Akteur (Interview Reljić 2025).

Wie dieses Kapitel verdeutlicht hat, ist die EU-Außen- und Erweiterungspolitik in Kosovo hinter ihrem Potential zurückgeblieben und hat teilweise entgegen ihrer selbsterklärten Ziele gehandelt. Dabei spielten divergierende Interessen und Ansätze der verschiedenen Institutionen und Mitgliedstaaten sowie lokaler und externer Akteure eine zentrale Rolle, ebenso wie interne und globale Entwicklungen. Kurz- und langfristige Ziele, politische und finanzielle Instrumente und die Folgen der verschiedenen von der EU dominierten Politikfelder in Kosovo standen angesichts der Vielzahl beteiligter Regierungen und Individuen und mangels einer gemeinsamen, umfassenden Strategie regelmäßig miteinander in Konflikt, was Spielräume für Akteure und Narrative schuf und vergrößerte, die andere Ziele verfolgten. Der Fokus auf bilaterale und ethno-territoriale Lösungen ging zulasten jener Gruppen, die für eine langfristige Versöhnung und Stabilisierung unerlässlich sind, insbesondere die serbische Minderheit in Kosovo.

Die EU bzw. EG bekannte sich noch während des Kosovo-Kriegs zu einer besonderen Verantwortung gegenüber den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Albanien und erweiterte in den Folgejahren ihre außenpolitischen Kompetenzen und Institutionen, um in Verbindung mit der in der Vergangenheit bereits erfolgreich eingesetzten Erweiterungskonditionalität die von ihr „Westbalkan" getaufte Region zu stabilisieren und zu demokratisieren und so auf einen EU-Beitritt vorzubereiten. Dazu nutzte sie vielseitige finanzielle und politische Mittel, die vor allem in Kosovo mit einem tiefen Eingriff in die Souveränität einherging, was vielfach als Versuch gedeutet wurde, ein neues Mitglied nach eigenem Vorbild zu schaffen.

Dabei waren der Ansatz und die ihm zugrundeliegenden Konzepte von vornherein problematisch, insbesondere die mit dem „Balkan"-Begriff einhergehenden Vorannahmen, die die Strategien und Instrumente der EU negativ beeinflussten, in Verbindung mit der daraus hervorgehenden Dichotomie mit „Europa", das die vermeintliche Verschiedenheit der beiden betont und sie gleichzeitig homogenisiert und voneinander abtrennt. So wurde institutionell und diskursiv eine harte Grenze zwischen Mitgliedstaaten und „Nachbarn" gezogen. Durch den effektiven Stillstand des Erweiterungsprozesses vergrößerte sich die rhetorische, aber auch sozio-ökonomische Distanz noch, während gegenseitige Verbindungen in Wahrheit wuchsen. Viele der Herausforderungen waren zudem keineswegs auf die Länder beschränkt und traten gerade wegen der fehlenden Integration stärker hervor. Neue Instrumente wie der Berliner Prozess ab 2014 und der Wachstumsplan für den Westbalkan ab 2022 konnten den fehlenden politischen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Willen der EU-Staaten wie auch der politischen Eliten in den Kandidatenländern nicht ersetzen, zumal letztere den Prozess dazu nutzten, klientelistische Netzwerke zu stärken und echte Reformen ihren Interessen daher zunehmend zuwiderliefen.

Die Beziehungen der einzelnen EU-Staaten zu Kosovo sind vielschichtig und komplex. Gleiches gilt für ihre Partner und Wettbewerber in der Region und die Nachbarstaaten. Zentral bleibt das Verhältnis zu Serbien, das auch ein wichtiger Faktor für die Positionen anderer Staaten ist. Im Verlauf multipler Krisen wurde die EU-Außen- und Erweiterungspolitik zunehmend politisiert und intergouvernementalisiert und insbesondere im Fall Kosovos manifestierte sich dabei das Paradox, dass sich trotz abnehmender Relevanz bestehende Kontroversen vertieften. Dabei waren divergierende innen- und außenpolitische Prioritäten, aber auch interne Entwicklungen innerhalb und Wechselwirkungen zwischen den beteiligten EU-Institutionen entscheidend. Sie spielten auch eine wichtige Rolle für lokale Entwicklungen in Kosovo (und Serbien), die wiederum entscheidend für die EU-Politik und ihre Ergebnisse waren.

Offiziell wurde die GASP in Kosovo durch den EAD bzw. EUSR vertreten, aber in der Praxis war eine Vielzahl von Akteuren auf allen Ebenen beteiligt. Fehlende Erfahrung, mangelnde Vereinheitlichung und strategische Vagheit in Verbindung mit entsprechender Kommunikation machte die Interpretation und Umsetzung der Ziele immer stark personenabhängig, von der politischen Leitungsebene bis zur Ausführung durch internationale Beamte vor Ort. Die Komplexität der internen Abstimmungen ging von vornherein zulasten lokaler Agency bzw. Eigenverantwortung der neuen Institutionen, nicht nur durch das EULEX-Exekutivmandat, sondern praktisch bei jedem Schritt der „Verhandlungen“. Auch NRO und lokale Medien, von der EU selbst eigentlich als wichtiges demokratisches Korrektiv gefördert, wurden vielfach als Dienstleister verstanden und nicht systematisch einbezogen. Hier zeigte sich nicht zuletzt das Unvermögen der EU, die Konditionalität und Kriterien des Beitrittsprozesses in die Instrumente des Staatsaufbaus zu übersetzen. Weitere Gründe waren fehlendes Vertrauen in lokale Akteure und daraus resultierendes Mikromanagement, sowie die Präferenz kurzfristiger Stabilität gegenüber Nachhaltigkeit der Reformen, wodurch bleibende Abhängigkeiten geschaffen wurden.

Der internationale Nationsaufbau, an dem auch die EU von Beginn an maßgeblich beteiligt war, bemühte sich offiziell um Inklusion, was in der Praxis jedoch mit der Unterdrückung kollektiver und individueller Erinnerungen einherging und kein Platz für Traumata im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ließ. Dabei war die Statusfrage von vornherein die größte Herausforderung einer autonomen EU-Politik in Kosovo und schürte auch Misstrauen und Missgunst in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten – vor allem Serb:innen – und den Rückhalt der

10.15772/ANDRASSY.2026.002

multi-ethnischen Prinzipien in Kosovo. Besonders die mehrheitlich serbischen Provinzen im Norden blieben lange in einem Schwebezustand, was die Souveränität Kosovos und die Unabhängigkeit der Enklaven von Serbien beschränkte. Der Dialog als Instrument zur „Normalisierung“ zeigte sich zunächst erfolgreich für eine vertiefte Integration, aber durch fehlende Umsetzung der Abkommen und nicht zuletzt die Stellvertreter-Funktion der EU anstelle echter Kooperation zwischen Kosovo und Serbien bzw. innerhalb Kosovos blieb sie oberflächlich und fragil, wie der Streit um einen möglichen Landtausch und der Austritt eines Großteils der Kosovo-Serb:innen aus den Institutionen 2022 bewies. In der Folge wurden sie weiter marginalisiert und vergrößerte sich ihre Abhängigkeit von Belgrad zulasten einer vertieften Integration.

Durch das Framing des Dialogs als im Interesse der Parteien und der von ihnen geführten Verhandlungen verschleierten die Vermittler:innen ihre eigenen Interessen und Ziele. Um ihre Position als außenpolitischer Akteur zu festigen, muss sich die EU als Diplomatin beweisen, und um das seit 2003 bestehende strategische Ziel der Erweiterung der EU in der Region erreichen, müssen Serbien und der Kosovo ihre Konflikte überwinden. Auch für die Klärung der Statusfrage in der EU selbst ist die Einigung zwischen den beiden zentral. Strategische Ambiguität suggerierte lokale Gestaltungsmacht, während der Verhandlungsrahmen in Wahrheit exklusiv von der EU festgelegt wurde. So entzog sie sich auch der Verantwortung gegenüber den lokalen Gesellschaften. Zudem zielte die Ambiguität darauf ab, ethno-territoriale Fragen zunächst auszublenden, wodurch diese letztendlich gestärkt wurden. Im Bestreben, den Dialog als außenpolitischen Erfolg darzustellen, ignorierten die Vermittler:innen zentrale Hindernisse im Prozess, wodurch sich diese weiter vertieften. Auch das Ziel der EUropäisierung wurde durch die Verschleppung der Statusfrage und die zunehmende Isolation Kosovos in der Erweiterungspolitik gefährdet, besonders durch die Verzögerung der Visaliberalisierung.

Wenn auch offiziell nicht von allen EU-Staaten anerkannt, waren die Ahtisaari-Prinzipien stets die Leitlinien der EU-Strategien für Kosovos Zukunft als multiethnischer und schlussendlich unabhängiger Staat und der Dialog in Verbindung mit der Beitrittsperspektive der vielversprechendste Ansatz für eine dauerhafte Einigung mit Serbien. Doch der Dialog stellte die Grundsätze Ahtisaaris faktisch infrage, wodurch Vorstöße für Grenzverschiebungen und andere monoethnische Lösungsvorschläge neuen Raum gewannen. Insgesamt ließ der Fokus auf ethnisch-territorialen Faktoren die Folgen der Parallelstrukturen, die Effekte der Enklavisierung auf die Staatlichkeit Kosovos und vor allem die Auswirkungen auf die Bewohner:innen der umstrittenen Gebiete und ihre (Sicherheits-)Interessen außer Acht. Darüber hinaus unterstützte die fehlende Sanktionierung spaltender Politik und Rhetorik insbesondere der serbischen Regierung

10.15772/ANDRASSY.2026.002

durch die EU ethno-nationalistische Agenden in der gesamten Region, die nach den Kriegen in den 1990er Jahren nach wie vor sensibel für diese waren. Diese Entwicklungen stehen im klaren Widerspruch zu den politischen Zielen des Dialogs und des EU-geführten Staatsaufbaus in Kosovo und der Region insgesamt.

Obwohl die EU und eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten die etwaige Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit schon vor 2008 als unumgänglich angesehen hatten, vertraten sie diese Position nicht öffentlich. Die anhaltende Ambiguität erschwerte die Eingliederung und Rückkehr von Kosovo-Serb:innen in andere Teile Kosovos und legitimierte serbischen Ansprüche. Diese Ausgangslage änderte sich durch die Politik unter Vetëvendosje, doch die damit einhergehenden Konfrontationen und fehlenden internationalen Absprachen alarmierten die Regierungen der EU-Mitglieder und führten zu den Maßnahmen gegen Kosovo, während die innenpolitische Blockade, die beinahe das gesamte Jahr 2025 umfasste, zu einem Stillstand des Dialogs und der EU-Annäherung beitrugen.

Mangelnde Fort- bzw. sogar Rückschritte in der Integration hatten maßgebliche Folgen insbesondere für die Kosovo-Serb:innen und anderen Minderheiten, ebenso wie auf Kosovos territoriale und staatliche Integrität sowie die Chancen auf langfristige Versöhnung und Kooperation als Schlüssel zur (EUropäischen) Zukunft der Region. Die Instrumentalisierung der EU-Politik durch lokale Eliten zugunsten klientelistischer Netzwerke und *state capture* verdeutlichten sich in der Debatte um den A/CSM, und spätestens der Landtausch-Vorschlag 2018 legte die Grenzen des Eliten-basierter Dialogs offen und verdeutlichte die Notwendigkeit für mehr Transparenz und Inklusion der lokalen (Zivil-)Gesellschaften, klare Definitionen von Prinzipien und roten Linien, sowie einen parallelen Versöhnungsprozess. Bis Ende 2025 ist ein solches Umdenken jedoch nicht zu erkennen und zudem fraglich, ob die EU über die nötige Glaubwürdigkeit verfügt, den Prozess zu reframen. Um Vertrauen zurückzugewinnen, ist nicht zuletzt eine Aufarbeitung der Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den internationalen Interventionen insbesondere der NATO unabdingbar, da diese in aktuellen Diskursen von innen und außen manipuliert werden, zumal die (kollektive) Erinnerung an die Hintergründe verblasst.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

IV. Zusammenfassung und Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, auf Basis der Innen- und Außenrezeption der EU als normative Macht deren Außen- und Erweiterungspolitik in Kosovo in Hinblick auf ihre dezidiert normativen Prinzipien bzw. Strategien, Instrumente bzw. Umsetzung und die Wirkung bzw. Ergebnisse dieser Politik zu analysieren und zu bewerten. Dazu nutzte sie mit der Politischen Diskursanalyse in Verbindung mit Stakeholder- und Narrativanalyse Methoden der poststrukturalistischen Politischen Geographie und Kritischen Geopolitik, um diskursive Handlungsstrategien und Muster relevanter Akteure in Bezug auf Staatlichkeit, Identität und Territorium in Kosovo zu dekonstruieren und daraus resultierende (geo-)politische Spannungsfelder zu erklären.

Die Aushandlung von Kosovos Staatlichkeit in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik erstreckt sich im Wesentlichen über drei Politikfelder: Erweiterungspolitik im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (seit 1999); Staats- bzw. Nationsaufbau, verbunden mit Peacebuilding (v.a. 2007-2018); und Dialog mit Serbien (seit 2011), wobei alle drei eng miteinander verbunden sind und interagieren, und sich der Dialog im Verlauf als *primus inter pares* etablierte. Im Zentrum der Analyse standen die EU-Mitgliedstaaten als Hauptakteure der EU-Außen- und Erweiterungspolitik im Europäischen Rat bzw. ihm untergeordneten Organen in Brüssel sowie die relevanten EU-Institutionen, hauptsächlich die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst und deren Vertreter:innen. Neben den Spannungen innerhalb der einzelnen Politikfelder und Institutionen wurden auch jene zwischen ihnen betrachtet und die Auswirkungen auf Theorie und Praxis der EU-Interventionen in Kosovo herausgearbeitet.

Als Grundlage dieser Arbeit dienten eine breitangelegte Literaturrecherche, die akademische Literatur, offizielle politische Dokumente (Resolutionen, Verträge, Abkommen, Pressemitteilungen, Reden) und Medienbeiträge unterschiedlicher Formate umfasste; 21 halbstrukturierte Interviews mit 22 Expert:innen mit diversen Hintergründen und Perspektiven; eine Umfrage unter 16 nationalen Expert:innen zu den bilateralen Beziehungen ihrer Länder zu Kosovo; und schließlich Politikethnographie mittels der Zugänge, die die Autorin als Thinktankerin erhielt, einschließlich Forschungsaufenthalten in Prishtina und Brüssel.

Zunächst wurde die Geschichte Kosovos einschließlich als Bedeutungshorizont verschiedener geopolitischer Lesarten vom Mittelalter bis heute aufgearbeitet, mit einem Fokus auf nationalistischen Bewegungen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts sowie den weitreichenden Konsequenzen internationaler Entscheidungen für diese. Dabei wurde deutlich, dass Kosovo schon lange vor Beginn der Staatsbildung Einflusssphäre europäischer und anderer Imperien sowie

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Aushandlungsort verschiedener Identitätsdiskurse war, die ihre Wirkmacht insbesondere im 20. Jahrhundert entfalteten. So beeinflussten die 1878 bzw. 1913 gezogenen physischen und identitätspolitischen Grenzen sowohl die Kriege der 1990er Jahre als auch das Eingreifen der Nachfolger jener Imperien maßgeblich. Die Rolle der Region im Ersten und Zweiten Weltkrieg prägt ihre internationale Rezeption bis heute. Zugleich wurde Kosovo als Bedeutungshorizont ab dem 19. Jahrhundert von serbischen Nationalist:innen systematisch zur Legitimierung territorialer Ansprüche und damit verbundenen ethnischen Säuberungen insbesondere an Albaner:innen verwendet, die im Wesentlichen machtpolitischen Interessen dienten.

Ein albanischer Nationalismus entwickelte sich erst vergleichsweise spät, als die mehrheitlich albanisch bewohnten Gebiete ins Visier anderer territorialer Ansprüche gerieten. Dabei wurde Kosovo immer als Teil eines gesamtalbanischen Staats verstanden und entwickelten sich separate Unabhängigkeitsbestrebungen der albanischen Bevölkerung Kosovos erst in Jugoslawien nach der Isolation Albaniens, wobei ein späterer Zusammenschluss immer offengehalten wurde. So entstand nie ein inklusiver Nationalismus, sondern blieb dieser weitgehend ethnisch bzw. sprachlich getrennt, sodass für viele Bürger:innen weiterhin der Zusammenschluss mit dem jeweiligen Nachbarland langfristig die meistgewünschte Lösung der Statusfrage ist.

Nachdem die Kosovo-Frage international auch im Verlauf der Postjugoslawischen Kriege und damit verbundenen Friedensverhandlungen lange ausgeklammert worden war und die im friedlichen Widerstand organisierten Kosovo-Albaner:innen unter Rugova nicht in die Debatten um die Zukunft Jugoslawien einbezogen worden waren, lenkte die Gewalteskalation nach dem Aufstieg der UÇK die globale Aufmerksamkeit darauf und wurde die paramilitärische Gruppe zum wichtigsten Verhandlungspartner und später zentralen politischen Akteur in der Nachkriegspolitik Kosovos. Die Entscheidung (bzw. Nichtentscheidung) der internationalen Vermittler, der territorialen Integrität Jugoslawiens Vorrang einzuräumen und interethnische Konflikte als innenpolitisches Problem zu bewerten, gab radikalen Kräften Anschub, die mit direkter und indirekter Unterstützung des „Westens" und unter hohen zivilen Verlusten die Abtrennung Kosovos erreichten. Das Muster der Intervenierenden, den Status quo zu stützen und erst im Fall von akuter Gewalt aktiv zu werden, zieht sich als roter Faden durch seine moderne Geschichte.

Der NATO-Einsatz unter dem Eindruck massiver Menschenrechtsverletzungen internationalisierte das Problem schließlich, konnte weitere Gewalt gegen Zivilist:innen jedoch nicht verhindern, zumal Forderungen nach einem umfangreicheren Einsatz einschließlich Bodentruppen zugunsten interner Geschlossenheit verworfen wurden. Der damit verbundene Bruch des Völkerrechts und dessen fehlende Aufarbeitung haben Kosovo als Präzedenzfall einen weiteren

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bedeutungshorizont hinzugefügt, der insbesondere im Zuge der russischen *de facto* Annexionen im Kaukasus und der Ukraine neue Bedeutung gewann.

Die Statusfrage wurde in den Verhandlungen in Rambouillet aufgeschoben sowie unter der UNMIK-Verwaltung ebenfalls zunächst ausgeklammert. Nachdem deutlich wurde, dass diese Strategie den übergeordneten Zielen und der Entwicklung Kosovos zuwiderlief, sollten die vom UN-Sondergesandten Ahtisaari geleiteten Verhandlungen einen Lösungsweg entwerfen, den dieser 2007 vorlegte und der eine etwaige Unabhängigkeit vorbehaltlich der Einhaltung weitreichender Minderheitenrechte zur einzig nachhaltigen Lösung des Konflikts erklärte. Die Ablehnung Serbiens und Festhalten an territorialen Ansprüchen, die mit dem Ende Jugoslawiens in den Augen vieler Beobachter:innen ihre rechtliche Grundlage verloren hatten, wurde durch die Nichtanerkennung von Kosovos Unabhängigkeit auch durch fünf EU-Staaten legitimiert. Dabei hatte der NATO-Einsatz selbst die Grundlage für ein unabhängiges Kosovo geschaffen, während seine Nachwirkungen bzw. die Kriegsereignisse und die anhaltende inter-ethnische Gewalt eine Rückkehr zur serbischen Kontrolle unhaltbar machten. Auch die Bewertung des IGH änderte ihre Position nicht, wenngleich sie die Grundlage für neue Verhandlungen schuf. So blieb Kosovos Staatlichkeit bis zum Ende des betrachteten Zeitraums umstritten und lebten Albaner:innen und Serb:innen in Kosovo weitgehend ohne gegenseitigen Kontakt.

Anschließend wurde die Entwicklung der EU-Außenpolitik im Zusammenspiel mit von ihr angestrebten Stabilisierungsmaßnahmen in Südosteuropa betrachtet, in Hinblick auf ihnen zugrundeliegende Narrative und Frames analysiert und ihre praktische Umsetzung in Kosovo auf Basis der selbst gesetzten Ziele und angewandten Instrumente bewertet. Nachdem die Europäische Gemeinschaft ihren Ansprüchen als Friedensmacht im Verlauf des gewaltsamen Zerfalls Jugoslawiens nicht gerecht worden war, bot sich im Aufbau Kosovos die Möglichkeit einer Neuerfindung der EU im Sinne ihres Selbstverständnisses als Zivilmacht, die mit einer Aufwertung der außenpolitischen Instrumente und Befugnisse einherging. Dabei wurde deutlich, dass der Anspruch einer autonomen außenpolitischen Rolle der EU stets hinter den Interessen der Mitgliedstaaten zurückblieb, zumal diese auch innerhalb der neuen Institutionen Kontrolle und Einstimmigkeitsprinzip beibehielten. Im Rahmen der Balkan-Kontaktgruppe hatte die EU bereits einen gemeinsamen Vertreter zu den Friedensverhandlungen in Rambouillet entsandt und auch jetzt vertraten die Institutionen zumindest theoretisch eine gemeinsame EU-Politik, doch vor allem die Uneinigkeit über die Statusfrage verhinderte eine echte gemeinsame Strategie. Die absurde Position, ein Land aufzubauen – und langfristig in die EU zu integrieren – das diese offiziell nicht anerkennt, manifestiert in der bizarren Doppelrolle des ICO/EUSR.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Dadurch war Kosovo auch im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess gegenüber den anderen darunter gefassten Staaten ungleichen Bedingungen ausgesetzt, erhielt aber dennoch eine Beitrittsperspektive und erlangte im Zusammenhang mit dem Dialog im Rahmen der Verhandlungen Zugeständnisse zu seiner Staatlichkeit vor allem durch das SAA mit der EU, effektive territoriale Kontrolle durch das Integrierte Grenzmanagement und schließlich die Visaliberalisierung, was in der Summe für viele Beobachter:innen einer *de facto* Anerkennung des Status' sowohl durch die EU als auch durch Serbien gleichkommt. Auf der anderen Seite verstärkte die offizielle Neutralität in Verbindung mit externen Entwicklungen die Ungleichheit gegenüber Serbien in den Verhandlungen und legitimierte ethno-territoriale Ansprüche, während Forderungen nach demokratischen Reformen in den Hintergrund rückten und die normative Rolle der EU in der Region zunehmend untergraben wurde.

Die EU-Außenpolitik gegenüber den Ländern, die unter der Bezeichnung „Westbalkan" zusammengefasst sind, wird von tief verwurzelten falschen Vorstellungen sowohl über die Region als auch über die Rolle der EU in dieser Region geleitet. Solange die Erweiterung ein vages strategisches Ziel bleibt, das der historischen Herausforderung der europäischen Einigung und der selbstgesetzten Verantwortung für eine langfristige Stabilisierung der Region nicht gerecht wird, ist es unwahrscheinlich, dass der Prozess aus den Fehlern der Vergangenheit lernt.

Die strategische Ausrichtung Kosovos ist seit der Unabhängigkeitserklärung auf eine Integration in transatlantische Strukturen konzentriert, vor allem auf Mitgliedschaften in der EU und NATO. Die Stakeholder-Analyse betrachtete daher zunächst die EU-Mitgliedstaaten und ihre Beziehungen zu Kosovo, um interne Bruchlinien und Reibungsflächen herauszuarbeiten. Die Analyse der Beziehungen relevanter Nicht-EU-Staaten zu Kosovo schloss die restlichen Mitglieder der NATO sowie die anderen südosteuropäischen EU-Anwärter und Mitglieder des UN-Sicherheitsrats Russland und China ein, die als „Drittakteure" und Konkurrenten der EU und USA in der Region gelten. Dabei wurde deutlich, dass die Diversität der beteiligten Akteure einer gemeinsamen Politik einerseits Vorteile bringt, da sie Verbindungen auf verschiedenen Ebenen zugunsten ihrer Ziele nutzen kann. Gleichzeitig zeigte sich die Uneinheitlichkeit der Ansprüche und der Einfluss innenpolitischer Faktoren, die diese bedingen, was die gemeinsame Politik in der Praxis schwächt. Dabei spielen nicht nur die Nicht-Anerkenner eine wichtige Rolle, deren Positionen zwischen der pragmatischen Kooperation Griechenlands und der kategorischen Ablehnung Spaniens oszillieren, sondern vor allem auch die zunehmend destruktive Haltung Ungarns und die ungleich nachsichtigere Behandlung Serbiens durch viele Regierungen gegenüber Kosovo. Neben wirtschaftlichen spielen bilateral auch zwischenmenschliche

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Beziehungen vor allem durch Diasporagruppen eine wichtige Rolle. Den größten Einfluss übt die Gruppe der Quint – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA – aus, wobei Deutschland innerhalb der EU lange eine klare Führungsrolle innehatte.

Abseits der EU sind die USA der wichtigste internationale Akteur in Kosovo und werden von der Bevölkerung als wichtigster Partner wahrgenommen. Auch die Beziehungen zur Türkei haben sich stetig erweitert und vertieft und bauen auf bilateralem Handel und historischen Beziehungen auf, wobei sie nicht frei von Konflikten sind. Großbritannien ist auch nach dem EU-Austritt ein zentraler Unterstützer Kosovos, einschließlich in Bezug auf die EU-Integration. Wichtigster regionaler Partner ist Albanien, während Serbien mit Unterstützung Russlands der größte Gegner einer Integration Kosovos in internationale Strukturen ist. Moskau nutzt Kosovo und den umstrittenen NATO-Einsatz zudem dazu, diese Strukturen zu untergraben.

Im letzten Schritt wurden Spannungen und Hindernisse einer gemeinsamen EU-Außenpolitik und Erweiterung in Kosovo insgesamt betrachtet und dominante Muster herausgearbeitet, in denen sich diese manifestierten. Der wichtigste Faktor waren auch hier die Diversität und Hintergründe der Akteure von der Planung über die Umsetzung, wobei besonders die Frage entscheidend war, welcher dieser Akteure *Agency*, also Gestaltungsspielraum in den Verhandlungen besaß. Der Ausschluss lokaler Multiplikatoren und die Überbetonung der in Wirklichkeit beschränkten Autonomie und Geschlossenheit der EU-Akteure insbesondere behinderte die Wirkung der EU-Instrumente zulasten ihrer ursprünglichen Ziele. Eng damit verbunden sind die fehlenden Definitionen dieser Ziele und zentraler Konzepte im EU-geführten Dialog und darüber hinaus, was in Verbindung mit mangelhafter Außenkommunikation und fehlender Abstimmung eine Instrumentalisierung lokaler Eliten sowie durch EU-Akteure selbst ermöglichte, die den Dialogzielen direkt zuwiderliefen und die EU zusätzliches Vertrauen kosteten. Während die EU zu Beginn des Dialogs ihre formale Neutralität als Vorteil gegenüber den Parteien und der internationalen Gemeinschaft darstellen konnte, stieß dieser Ansatz mangels einer klaren Strategie bald an ihre Grenzen und hatte auch negative Auswirkungen auf andere EU-dominierte Politikfelder. So wurden durch die Ambiguität, auch bedingt durch die weiterhin ungeklärte Statusfrage innerhalb der EU, zentrale Prinzipien und Ziele des EU-geführten Staatsaufbaus in Kosovo in Frage gestellt sowie Ziele der SAP und Erweiterungspolitik untergraben.

Das gilt insbesondere für das Ziel eines multiethnischen Kosovos. Durch das ausdrückliche Ausklammern der Statusfrage vom Dialog und entsprechende rhetorische Dualismen wurde die Segregation besonders der mehrheitlich serbischen Gemeinden im Norden Kosovos noch vertieft, während die multiethnischen Prinzipien innerhalb der albanischen Mehrheitsgesellschaft

10.15772/ANDRASSY.2026.002

zunehmend zugunsten eines albanischen Nationalismus‘ abgelehnt wurden. Die Passivität der EU-Akteure gegenüber einem aggressiven Ethno-Nationalismus in Serbien und der fehlende Einbezug der Bedürfnisse und Traumata der Nachkriegsgesellschaften sowie der Ausschluss der lokalen Zivilgesellschaft und die Beschränkung ihrer Korrektivrolle trug zu einer Verschärfung der ethno-territorialen Konflikts und Stärkung entsprechenden Lösungsideen bei, die sich 2018 im Landtausch-Vorschlag, aber auch in „großserbischen" und „großalbanischen" Ansprüchen manifestierten. Sie alle laufen einer gesamtgesellschaftlichen Versöhnung zuwider und damit dem übergeordneten EU-Ziel einer dauerhaften Stabilisierung der Region und ihrer etwaigen Mitgliedschaft. Das damit verbundene Konditionalitätsprinzip wurde angesichts wachsender Erweiterungsmüdigkeit und Inkonsistenz im Erweiterungsprozess maßgeblich untergraben, wiederum zulasten der normativen Ansprüche im Kern der EU-Politik. Weder die neue Erweiterungsmethodik ab 2020 noch Instrumente wie der Berliner Prozess oder der Wachstumsplan konnten den fehlenden politischen Willen aller Parteien und die Glaubwürdigkeit der EU als Vermittlerin ausgleichen. So waren die 2023 gegen Kosovo verabschiedeten Maßnahmen auch Zeichen der Schwäche der internationalen Akteure in Kosovo, während der Streit um ihre Aufhebung die Grenzen der gemeinsamen EU-Außenpolitik verdeutlichte.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Verhandlung von Kosovos Staatlichkeit in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik während der hier vornehmlich betrachteten Zeitspanne von 2007 bis 2025 unterschiedlichen Entwicklungen unterworfen war und jeweils verschiedene Ziele, Strategien und Instrumente dominierten. Zunächst standen Stabilisierung und der Aufbau demokratischer Institutionen im Vordergrund, was in der Praxis durch uneinheitliche Strategien und Umsetzung sowie die aktive Rolle der EU zulasten lokaler Eigenverantwortung nur teilweise erfolgreich war. Mit dem Beginn des Dialogs und der neuen außenpolitischen Rolle der EU rückte dieser Fokus zugunsten einer Normalisierung mit Serbien in den Hintergrund, wodurch Kooperation gefördert, das Leben der Menschen verbessert und die Annäherung beider Länder an die EU ermöglichen sollte. Trotz der offiziellen Neutralität der EU als Vermittlerin waren ihre direkte Einmischung und Anreize im Erweiterungsprozess entscheidend für die Erfolge des Prozesses, untergrieben jedoch langfristig Vertrauensbildung und Kooperation. Indem sie die Verantwortung für den Dialog rhetorisch in Belgrad und Prishtina verortete, entzog sich die EU gleichzeitig lokaler Rechenschaft, zumal Zivilgesellschaft und Parlamente nicht offiziell einbezogen wurden. Zudem stärkte diese Praxis autokratische Eliten und ihre Netzwerke zulasten lokaler Transformation und regionaler Versöhnung und Entwicklung.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Während der offizielle Fokus stets auf Stabilität und Minderheitenrechten lag, war ein weiteres Ziel insbesondere des EAD und der Kommission die Stärkung der eigenen außenpolitischen Kompetenzen und globalen Rolle. In der Realität ergab sich aus den komplexen Abstimmungsprozessen in Verbindung mit dem Einstimmigkeitsprinzip im Rat jedoch eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, deren Ziele und Instrumente vage formuliert und den eigenen Standards oft nicht gerecht wurden, was die Glaubwürdigkeit und den Handlungsspielraum der EU-Akteure reduzierte und ihre Ziele und Instrumente intern wie extern delegitimiere. Die zunehmende Politisierung bei gleichzeitiger Depriorisierung der Erweiterungsperspektive und fehlender Gesamtstrategie für die Region gaben zudem denjenigen Akteuren Raum, die gegen die normativen Ziele der EU arbeiteten, auch innerhalb der EU selbst. Ein wichtiger Faktor ist dabei ihre Unfähigkeit, eine gemeinsame Vision für eine gesamteuropäische Union zu entwickeln, wodurch eine sich selbst verstärkende institutionelle und diskursive Trennung und Problematisierung der Nicht-EU-Länder Südosteuropas zum Rest des Kontinents (re-)produziert wurde.

In der Folge bleibt die Statusfrage weiterhin ungeklärt sowie intern wie extern umstritten und wird lokal wie international zugunsten ethno-territorialer Ansprüche genutzt, welche die normativen Grundsätze und damit die Basis der EU als Zivilmacht existentiell gefährden. Die Analyse der EU-Politik in Kosovo – dem umfangreichsten außenpolitischen Eingreifen ihrer Geschichte – hat die Grenzen der aktuellen EU-Außen- und Erweiterungspolitik verdeutlicht, deren normative Ansprüche gemäß ihrem intergouvernementalen Charakter regelmäßig innenpolitischen Interessen untergeordnet wurden. Angesichts der aktuellen geopolitischen Umwälzungen zulasten dieser Grundsätze auf globaler Ebene ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens zugunsten einer umfassenden regionalen Strategie, die zentrale Normen intern wie extern stärkt und so neues Vertrauen und langfristige Resilienz aufbaut.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Epilog: Kosovo 2035

Wie diese Dissertation gezeigt hat, wird Kosovos Staatlichkeit durch eine Vielzahl von Akteuren lokal bis international verhandelt. Innerhalb dieses Aushandlungsprozesses stehen sich unterschiedliche und teils unvereinbare Ansprüche gegenüber, die auch die fehlende Klärung des Status‘ bis heute bedingen. Der Dissertation folgt deshalb ein spekulativer Epilog über die zukünftigen Entwicklungen der kosovarischen Staatlichkeit im kommenden Jahrzehnt. Dieser ist selbst keine repräsentative wissenschaftliche Untersuchung, weshalb er abseits davon steht. Vielmehr soll er Raum geben für eine Reflexion über mögliche Zukunftsszenarien und Bedingungen. Während das Vorwort auf der Einstiegsfrage der Expert:inneninterviews aufbaute, wird an dieser Stelle den Antworten auf die letzte Frage Platz eingeräumt: „Was für eine Nation wird Kosovo 2035 sein?”. Daraus ergaben sich folgende Trends:

1. Inter-ethnische Beziehungen und Verfassung

Viele Expert:innen erwarten eine wachsende Auswanderung von Kosovo-Serb:innen und eine zunehmend mono-ethnische – albanischen – Gesellschaft in Kosovo, die mit einer Schwächung der multiethnischen Institutionen einhergeht. Diese Entwicklung wird durch interne Faktoren wie Ethno-Nationalismus und die Vernachlässigung von Minderheitenrechten durch die Regierung, aber auch durch globale Entwicklungen bedingt. Hier wurde insbesondere die US-Politik unter Donald Trump und ihre Abkehr von demokratischen Prinzipien und deren internationaler Förderung genannt, aber auch der Aufstieg rechtsextremer Parteien und die Zunahme von Ethno-Nationalismus in ganz Europa sowie neue Konflikte und wachsende Versicherheitlichung von Außenpolitik zur Begrenzung von Migration.

Mögliche Folgen wären eine Rückkehr zur Idee territorialen Austausches und entsprechendem regionalen Dominoeffekt, langfristig potentiell verbunden mit neuer Gewalt oder auch der Angliederung eines ethnisch nahezu homogenen Kosovos an Albanien und damit dem Ende Kosovos als eigener Staat. Die Gefahr für einen neuen Krieg wurde als gering bewertet, ebenso wie Perspektiven für eine Annäherung mit Serbien auch angesichts der dortigen Entwicklungen. Die massenweise Auswanderung von Serb:innen aus Kosovo würde auch das serbisch-russische Opfernarrativ stärken, das einen kollektiven „Westen” als Aggressor ausmacht, und dadurch auch die Außenpolitik der EU schwächt, zumal ihr Ziel eines multi-ethnischen Kosovos damit verfehlt wäre. Der Schlüssel zur Umkehr dieses Trends und zu einer vertieften Integration liegt für viele in der Umsetzung des A/CSM, einhergehend mit einer Minderung des Einflusses aus Belgrad. Andere sehen im A/CSM dagegen eine Bedrohung der Integration und

10.15772/ANDRASSY.2026.002

befürworten eine vollständige Eingliederung der parallelen Institutionen in die staatlichen Strukturen sowie mehr Fokus auf wirtschaftlicher Entwicklung, welche Kooperation stärken und ethnische Quoten langfristig obsolet machen soll.

2. Gesellschaftliche Entwicklungen

Viele Expert:innen verwiesen auf die Verantwortung der kosovarischen Gesellschaft, auch unabhängig von der EU eine gemeinsame Zukunftsvision zu entwickeln. Dazu gehören politische Partizipation und Stärkung demokratischer Institutionen, wirtschaftliche Entwicklung und die Aufarbeitung der Vergangenheit. Dafür ist die neue Legislaturperiode ab 2026 entscheidend. Insbesondere die Haltung junger Menschen ist zentral, was einige Beobachter:innen pessimistisch stimmt. Sie beobachten abnehmende gesellschaftliche Solidarität insgesamt und einen stärkeren Fokus auf ethnische und religiöse Identitäten statt einer Identifikation mit multi-ethnischen Prinzipien, was inter-ethnischen Hass generationsübergreifend schürt. Noch stärker wirkt sich die Auswanderung mangels lokaler Perspektiven aus. Auf der anderen Seite gab es auch Zuspruch für die Entwicklung Kosovos zu einem albanischen Nationalstaat, in dem alle Minderheiten gleichberechtigt leben. Auch eine etwaige Teilung bzw. der Zusammenschluss mit Albanien wurde als valide Option genannt, solange er demokratischen Prinzipien und Prozessen folgt und nicht von autokratischen Eliten eigenmächtig entschieden wird.

3. Anerkennung & Integration in internationale Strukturen

Eng damit verbunden ist die zukünftige internationale Ausrichtung und damit auch die Rolle der EU in Kosovo. Insbesondere die EU-Vertreter:innen unter den Expert:innen zeigten sich vorsichtig optimistisch, dass sich die Einbettung des Landes in europäische und transatlantische Strukturen in den nächsten 10 Jahren vertiefen wird, wobei die damit verbundene Konditionalität zur Sicherung der Minderheitenrechte beitragen soll. Um die Chancen dieser Annäherung zu nutzen, ist ein Umdenken innerhalb der Gesellschaft und die Akzeptanz der Verfassungsprinzipien, aber auch eine konstruktive Haltung der Regierung notwendig, die derzeit oft gegen diese arbeitet. Auch deshalb erwarteten weniger optimistische Gesprächspartner:innen keine Änderung des Schwebezustands und eine weitere internationale Isolation, zumal die globale Aufmerksamkeit längst nicht mehr auf Kosovo liegt und es auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten kein strategisches Umdenken und keinen Führungswillen zugunsten einer nachhaltigen Lösung und Klärung der Statusfrage gibt.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Als ausschlaggebender Faktor für die zukünftige Haltung der kosovarischen Regierung und Gesellschaft wurde der EU-Beitrittsprozess Albaniens genannt, dessen Erfolg den Druck auf Reformen und die Umsetzung der Abkommen von Ohrid und Brüssel in Prishtina erhöhen würde. Doch auch Albaniens Beitritt ist von den Mitgliedstaaten abhängig und durch Islamophobie und Anti-Albanismus gefährdet. Solange die Nicht-Anerkenner keine Alternative bieten, bleibt Kosovos Fortschritt zudem von einer *de facto* Akzeptanz Serbiens abhängig, mit der in den nächsten Jahren nicht gerechnet wird, zumal angesichts der autokratischen Entwicklung des Landes. Fehlende glaubwürdige Perspektiven und Strategien würden radikale Bewegungen und weitere Auswanderungswellen zulasten der Entwicklung Kosovos stärken, was seine internationale Position zusätzlich schwächen würde. Auch auf meist weniger beachtete aber für die Entwicklung zentrale Bereiche wie Umweltschutz hätte der weitere Einflussverlust der EU Auswirkungen, da sie die Haupttreiberin für entsprechende Reformen ist. Gleichzeitig hätte ein Scheitern der EU in Kosovo auch wichtige Folgen für ihre Glaubwürdigkeit intern und extern und würde nach Ansicht mancher ihre eigene Zukunft infrage stellen, während umgekehrt eine Desintegration der EU der Entwicklung Kosovos massiv schaden würde.

Um diese Entwicklungen zu verhindern, fordern die Expert:innen ein Umdenken der EU in Verbindung mit einer Rückkehr zu ihren normativen Prinzipien, mehr Präsenz und neuen Angeboten an die Regierungen und Gesellschaften. Dagegen fürchteten sich die meisten der Interviewpartner:innen vor einem erneuten Eingreifen der Trump-Regierung bzw. den Auswirkungen seiner Politik, etwa im Falle eines Abzugs der US-Truppen aus KFOR. Daneben werden auch andere externe Faktoren wie die Zukunft der Ukraine und Beziehungen zu Russland ausschlaggebend für Kosovo sein.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Quellen

Abazi, E. (2023). Kosovo and France Bilateral Relations: Between Change and Continuity. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 130-158). London, Routledge.

Adebahr, C. & Töglhofer, T. (2015). Germany. In Balfour, R. & Stratulat, C. (eds), *EU member states and enlargement towards the Balkans* (29-42). Brüssel, European Policy Centre.

Adler-Nissen, R. (2016). Towards a practice turn in EU studies: The everyday of European integration. *JCMS: journal of common market studies*, *54*(1), 87-103.

Agnew, J. (2002). *Making political geography*. London, Routledge.

Agnew, J., ed. (1997). *Political geography: A reader*. London, Hodder Arnold.

Ahtisaari, M. (2007). *Comprehensive proposal for the Kosovo status settlement. United nations Office of the special envoy for Kosovo*. Link: http://www.kosovocompromise.com/2007/pdf/Ahtisaaris-Proposal-full-version.pdf (zuletzt aufgerufen am 25.12.2025).

Ajeti, F. (2022). *Die Kosovopolitik Österreichs in den Jahren 1986-1999*. Hildesheim, Georg Olms Verlag

Ajeti, F. (2023). Bilateral Relations between Kosovo and Austria: An Unknown Friendship. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 76-97). London, Routledge.

Ajeti, F., & Kurbogaj-Ajeti, R. (2013). *Die Rolle der EU-Aussenpolitik im Kosovo (1989-2010)*. Peter Lang Edition.

Albert, M., Reuber, P., & Wolkersdorfer, G. (2010). Kritische Geopolitik. *Theorien der Internationalen Beziehungen: Eine Einführung*. Stuttgart, Barbara Budrich/UTB.

Aliu, L. (2017). Waiting on the Judges of the North. *Kosovo 2.0*, 16.10.2017. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/ne-pritje-te-gjykatesve-nga-veriu/ (zuletzt aufgerufen am 02.02.2025).

Alsaawi, A. (2014). A critical review of qualitative interviews. *European Journal of Business and Social Sciences*, *3*(4).

Amnesty International (2017). Kosovo: The killing of Mon Balaj and Arben Xheladini– a decade of waiting for justice. *Public Statement*, 10.02.2017. Link: https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2021/05/EUR7056542017ENGLISH.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.01.2025).

Anderson, B. (1983). *Imagined communities: Reflections on the origin and spread of nationalism*. London, Verso Books.

Andrejevich, M. (2024). Hashim Thaçi. *Encyclopedia Britannica*. Link: https://www.britannica.com/biography/Hashim-Thaci (zuletzt aufgerufen am 15.01.2025).

Anon. (2025). The Lies We Inherit. Reckoning with my family's colonialism in Kosovo. *Kosovo 2.0*, 30.05.2025. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/the-lies-we-inherit (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Armakolas, I. (2019). Greece: Kosovo's most engaged non-recogniser. In *The politics of recognition and engagement: EU member state relations with Kosovo* (pp. 123-146). Cham, Springer International Publishing.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Armakolas, I., & Ker-Lindsay, J. (Eds.). (2019). *The politics of recognition and engagement: EU member state relations with Kosovo*. Cham, Springer International Publishing.

Armakolas, I. et al. (2021). Introduction. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II.* KFOS, 13-29.

Arnason, J. P. (Ed.). (2019). *European integration: historical trajectories, geopolitical contexts*. Edinburgh University Press.

Arribas-Ayllon, M., & Walkerdine, V. (2017). Foucauldian discourse analysis. *The Sage handbook of qualitative research in psychology*, *2*, 110-123.

Ashton, C. (2023). *And then what? Dispatches from the heart of 21st-century diplomacy, from Kosovo to Kyiv*. London: Elliott & Thompson.

ASK (2024). Regjistrimi i Popullsisë, Ekonomive Familjare dhe Banesave (ReKos 2024). *Agjencioni i Statistikës së Kosovës*, Link: https://askapi.rks-gov.net/Custom/31bc24d2-45e4-4eb5-a567-405f4bdd197f.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.01.2025).

Auer, 2019. Vertrieben, vergiftet und vergessen. Die Roma sind die vergessenen Opfer des Kosovo-Krieges. *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Link: https://www.rosalux.de/publikation/id/40515/vertrieben-vergiftet-und-vergessen (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Auswärtiges Amt (2024). *Deutschland und Kosovo: Bilaterale Beziehungen*, 26.07.2024. Link: https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/kosovo-node/bilateral-207462 (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Avdiu, P. (2021). Perception on Kosovo–Serbia Dialogue and Identity Issues–Kosovo and Serbia Citizens' Perspective. *KCSS*, Link: https://qkss.org/images/uploads/files/Dialogue_ENG_%281%29_704168.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Averre, D. (2009). From Pristina to Tskhinvali: the legacy of Operation Allied Force in Russia's relations with the West. *International affairs*, *85*(3), 575-591.

Aydin-Düzgit, S. (2012). *Constructions of European identity: Debates and discourses on Turkey and the EU* (p. 223). Basingstoke–New York: Palgrave Macmillan.

Azemi, S. (2024). The Dinar Dilemma. *New Social Initiative*, Link: https://newsocialinitiative.org/wp-content/uploads/2024/10/Policy-Paper-Sara-Azemi.pdf (zuletzt aufgerufen am 25.12.2025).

Bachmann, V., & Sidaway, J. D. (2009). Zivilmacht Europa 1: a critical geopolitics of the European Union as a global power. *Transactions of the Institute of British Geographers*, *34*(1), 94-109.

Badar, Y. (2013). Erdogan: 'Kosovo Is Turkey'. *AL-Monitor*, 28.10.2013. Link: https://www.al-monitor.com/originals/2013/10/erdogan-kosovo-turkey.html (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Baiocchi, G., & Connor, B. T. (2008). The ethnos in the polis: Political ethnography as a mode of inquiry. *Sociology compass*, 2(1), 139-155.

Bajrami, A., et al. (2012). Morning After: Life Without Supervision. *Open Society Foundations Western Balkans*, 04.09.2012. Link: https://osfwb.org/publication/morning-after-life-without-supervision/ (zuletzt aufgerufen am 20.08.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bakić-Hayden, M. (1995). Nesting orientalisms: The case of former Yugoslavia. *Slavic review*, *54*(4), 917-931.

Bami, Xh. (2020). Turkish-Financed Mosque Sparks Rival Protests in Kosovo. *Balkan Insight*, 22.07.2020. Link: https://balkaninsight.com/2020/07/22/turkish-financed-mosque-sparks-rival-protests-in-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 30.07.2025).

Bami, Xh. (2022). Kosovo Moves to Address Concerns of Serbia's Presevo Valley Albanians. *Balkan Insight*, 10.01.2022. Link: https://balkaninsight.com/2022/01/10/kosovo-moves-to-address-concerns-of-serbias-presevo-valley-albanians/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Bami, Xh. (2025). Kosovo Activist Still Fighting for Justice for Wartime Sexual Violence Survivors. *Balkan Insight*, 23.12.2025. Link: https://balkaninsight.com/2025/12/23/kosovo-activist-still-fighting-for-justice-for-wartime-sexual-violence-survivors/ (zuletzt aufgerufen am 27.12.2025).

Bami, Xh. & Kelmendi, F. (2025). Kosovo Opens Controversial New Bridge in Ethnically-Divided Mitrovica. *Balkan Insight*, 26.08.2025. Link: https://balkaninsight.com/2025/08/26/kosovo-opens-controversial-new-bridge-in-ethnically-divided-mitrovica/ (zuletzt aufgerufen am 25.12.2025).

Balaj, Sh. & Sejdiu, G. (2022). What are the Kosovo Citizens' Perceptions on Inter-ethnic Relations? Fostering Inter-ethnic Relations and Reconciliation Survey Results. *Kosovo Centre for Security Studies*. Link: https://qkss.org/images/uploads/files/What_are_the_Kosovo_Citizens%E2%80%99_Perceptions_on_Inter-Ethnic_Relations_-_ENG.pdf (zuletzt afgerufen am 22.01.2025).

Bami, Xh., & Stojanovic, M. (2022). Delay to Kosovo-Serbia Deal Upsets Wartime Missing Persons' Families. *Balkan Insight*, 21.07.2022. Link: https://balkaninsight.com/2022/07/21/wartime-missing-persons-families-upset-by-delay-to- kosovo-serbia-deal/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Baletic, K. (2024). Serbia Agrees Deal to Buy French Rafale Fighter Jets. *Balkan Insight*, 09.04.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/04/09/serbia-agrees-deal-to-buy-french-rafale-fighter-jets/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Baliqi, B. (2014). Politics of identity and ethnic relations in Kosovo. *Available at SSRN 2734338*.

Baliu, D. & Tizard, W. (2024). Kosovo Unplugged: End To Free Electricity After 25 Years. *RFL/RL*, 15.01.2024. Link: https://www.rferl.org/a/kosovo-serbia-electricity-free-no-longer/32775459.html (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Ballaballa-Balkan (2023). Belgrad - Was hat dich bloß so ruiniert? *Neues vom Ballaballa-Balkan*, *Episode 68*, 28.04.2023. Link: https://ballaballa-balkan.de/episode/belgrad-was-hat-dich-bloss-so-ruiniert

Balkans Debrief (2024). How was the CEFTA deal secured before the Berlin Process Summit? | A Debrief with Manuel Sarrazin. *Atlantic Council*, 18.10.2024. Link: https://www.atlanticcouncil.org/content-series/balkans-debrief/how-was-the-cefta-deal-secured-before-the-berlin-process-summit-a-debrief-with-manuel-sarrazin/ (zuletzt aufgerufen am 15.08.2025).

Bami, Xh. (2024). BIRN Launches 'Reporting House' Exhibition to Mark End of Kosovo War. *Balkan Insight*, 10.06.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/06/10/birn-launches-reporting-house-exhibition-to-mark-end-of-kosovo-war/ (zuletzt aufgerufen am 24.12.2024).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bami, Xh. (2025). BIRN Fact-Check: Is 2023 Kosovo-Serbia Normalisation Deal a Dead Letter?. *Balkan Insight*, 18.03.2025. Link: https://balkaninsight.com/2025/03/18/birn-fact-check-is-2023-kosovo-serbia-normalisation-deal-a-dead-letter/ (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Bami, Xh. & Stojanovic, M. (2022). Serbs Stage Mass Resignation from Kosovo State Institutions. *Balkan Insight*, 05.11.2022. Link: https://balkaninsight.com/2022/11/05/serbs-stage-mass-resignation-from-kosovo-state-institutions/ (zulettzt aufgerufen am 22.01.2025).

Barth, F. (1998). *Ethnic groups and boundaries: The social organization of culture difference*. Waveland Press Long Grove, Illinois.

Bartlett, W., Ker-Lindsay, J., Alexander, K., & Prelec, T. (2017). The UAE as an emerging actor in the Western Balkans: The case of strategic investment in Serbia. *Journal of Arabian Studies*, *7*(1), 94-112.

Bartlett, W., & Prelec, T. (2019). UAE: Sultanism meets illiberal democracy. In *The Western Balkans in the World* (pp. 241-259). London, Routledge.

Bashota, B., & Sejdiu, B. (2024). The Evolution of Relations Between Kosovo and Montenegro: From Historic Animosity to Good Neighbourly Relations. *Europe-Asia Studies*, *77*(1), 42–63.

Basile, O. (2010). Kosovo: Still Not Too Late for Press Freedom… *Reporter ohne Grenzen*, archiviert unter: https://web.archive.org/web/20250115002907/https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/News/Downloads/100720_Kosovo_ROG_Bericht_eng.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.08.2025).

Bassuener, K. (2021). The EU's Humiliating Failure in Bosnia. *Carnegie Europe, 04.11.2021*. Link: https://carnegieeurope.eu/strategiceurope/85705 (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Batinic, J. (2009). *Gender, revolution, and war: The mobilization of women in the Yugoslav Partisan resistance during World War II*. Stanford University.

Batinić, J. (2015). *Women and Yugoslav partisans: A history of World War II resistance*. Cambridge University Press.

BBC (2001). The Fall of Milosevic (2001), chapter 1: Defiance. *BBC*, verfügbar auf Youtube. Link: https://www.youtube.com/watch?v=iRXKC14aENY (zuletzt aufgerufen am 23.08.2025).

Bechev, D. (2019). Russia: Playing a weak hand well. In *The Western Balkans in the World* (pp. 187-204). London, Routledge.

Bechev, D. et al. (2025). Overcoming Inertia in Kosovo. *Carnegie Europe*, 22.05.2025. Link: https://carnegieendowment.org/research/2025/05/overcoming-inertia-in-kosovo?lang=en&center=europe (zuletzt aufgerufen am 31.12.2025).

Beha, A. (2015). Disputes over the 15-point agreement on normalization of relations between Kosovo and Serbia. *Nationalities Papers*, *43*(1), 102–121.

Beha, A. (2024). Constitution-making and statebuilding in Kosovo: we (you) the people. *Peacebuilding*, *12*(2), 186-206.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Begisholli, B. (2023). Fact Check: Should We Be Proud of Kosovo's Democratic Progress?. *Prishtina Insight*, 10.03.2023. Link: https://prishtinainsight.com/fact-check-should-we-be-proud-of-kosovos-democratic-progress-mag/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Bekaj, A. (2023). Kosovo and Sweden: A Relationship Based on Values and Principles. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 211-225). London, Routledge.

Bellamy, A. J. (2002). *From Rambouillet to Paris. Kosovo and International Society*. New York, Palgrave Macmillan.

Berger, P. L. & T. Luckmann (2007). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. 21. Auflage. Berlin, S. Fischer Verlag.

Bergmann, J., & Niemann, A. (2015). Mediating international conflicts: The European Union as an effective peacemaker?. *JCMS: Journal of common market studies*, *53*(5), 957-975.

Bernard, H. R. (2017). *Research methods in anthropology: Qualitative and quantitative approaches*. Bloomsbury Publishing PLC.

Bevir, M., & Rhodes, R. (2003). *Interpreting British Governance*. London, Routledge.

Bieber, F. (2002). Nationalist mobilization and stories of Serb suffering: The Kosovo myth from 600th anniversary to the present. *Rethinking history*, *6*(1), 95-110.

Bieber, F. (2015). The Serbia-Kosovo Agreements: An EU Success Story?. *Review of Central and East European Law*, *40*(3-4), 285-319.

Bieber, F. (2020). *The rise of authoritarianism in the Western Balkans*. Cham, Palgrave Macmillan.

Bieber, F., & Daskalovski, Ž. (Hrsg.). (2003). Introduction. *Understanding the war in Kosovo*. Psychology Press, London, 1-9.

Bieber, F., & Pollozhani, L. (*Hg*., 2023). Meso approaches to the study of radicalisation and violent extremism in MENA and the Balkans. *CONNEKT Regional Report*. Link: https://h2020connekt.eu/wp-content/uploads/2023/11/CONNEKT-MESO-Cross-Regional-Report-D7.2.pdf (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Bieber, F., & Tzifakis, N. (Eds.). (2019). *The Western Balkans in the world: Linkages and relations with non-Western countries*. London, Routledge.

BIRN (2020). Bosnia Presidency Fails to Agree on Recognition of Kosovo. *Balkan Insight*, 15.10.2020. Link: https://balkaninsight.com/2020/10/15/bosnia-presidency-fails-to-agree-on-recognition-of-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Biscop, S., & Whitman, R. G. (Eds.). (2013). *The Routledge handbook of European security*. London, Routledge.

Bislimi, B. & Cvetkovic, S. (2024). Ethnic Serbs In Kosovo Now Feel Betrayed After Quitting Their Jobs. *RFE/RL*, 17.09.2024. Link: https://www.rferl.org/a/ethnic-serbs-kosovo-jobs/33123320.html (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Bjeloš, M. (2022). Attitudes of Serbian Citizens Regarding Relations with Kosovo and Albania. Analysis of public opinion poll. *Belgrade Centre for Security Policy*, March 2022. Link:

10.15772/ANDRASSY.2026.002

https://bezbednost.org/wp-content/uploads/2022/03/Attitudes-of-Serbian- Citizens-Regarding-Relations-with-Kosovo-and-Albania-Analysis-of-public-opinion-poll-1.pdf (zuletzt aufgerufen am 31.07.2025).

Black, J. (2009). *Geopolitics*. London, The Social Affairs Unit.

Blumi, I. (2011). Entangled Trajectories: The Interweaving Interests of the Local and the Evolution of Modern Imperialism in the Balkans. *Balkanistika/Blgarska Akademija na Naukite. Institut po Balkanistika.-Sofija*, *24*, 25-58.

BMEIA (2024). Außenminister Schallenbergs Initiative „Friends of the Western Balkans" feiert ersten Geburtstag. *Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten*, 21.06.2024. Link: https://www.bmeia.gv.at/ministerium/presse/aktuelles/2024/06/aussenminister-schallenbergs-initiative-friends-of-the-western-balkans-feiert-ersten-geburtstag (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Bogner, A., B. Littig & W. Menz (2009). *Experteninterviews: Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften

Boguslaw, A. (2020). "Suddenly Everyone Started to Love Our Anthem, Our Flag": Identity Construction, Crisis, and Change in (Almost) Sovereign Kosovo. *Nationalities Papers*, *48*(4), 721-736.

Bonomi, M. (2025). The EU single market in bits and pieces: limits of the 'Growth Plan for the Western Balkans'. *Robert Schuman Centre for Advanced Studies*, Link: https://cadmus.eui.eu/server/api/core/bitstreams/ca56724f-fe5f-4617-964a-a9347ae3a146/content (zuletzt aufgerufen am 08.09.2025).

Börzel, T. A. (2013). When Europeanization hits limited statehood: The Western Balkans as a test case for the transformative power of Europe. In *European integration and transformation in the Western Balkans* (pp. 173-184). London, Routledge.

Boyes, R. & Jagger, S. (2018). *New State, Modern Statesman: Hashim Thaçi - A Biography*. Hull, Biteback Publishing.

Božić, G. (2010). The ethnic division of education and the relations among non-serb minorities in Kosovo. *Canadian slavonic papers*, *52*(3-4), 273-298.

Brand, M. (2003). *The rehabilitation of war-torn societies. The development of Kosovo institutions and the transition of authority from UNMIK to local self-government*. Genf, CASIN.

Brenner, M. (1992). The EC in Yugoslavia: A debut performance. *Security Studies*, *1*(4), 586-609.

Bruggeman-Sekowska, B. (2024). Kosova's first consular mission in Poland. *Communications Unlimited*, 19.05.2024. Link: https://www.communications-unlimited.nl/kosovas-first-consular-mission-in-poland/ (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Brunwasser, M. (2015). Steamrolled: A special investigation into the diplomacy of doing business abroad. *Foreign Policy*, 30.01.2015. Link: https://foreignpolicy.com/2015/01/30/steamrolled-investigation-bechtel-highway-business-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 03.08.2025).

Buchanan, P. J. (2006). The death of the nation state. *World-Net Daily*, 23.06.2006. Link: https://www.wnd.com/2006/05/36308/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Bukovskis, K. & Potjomkina, D. (2015). Latvia. Balfour, R. & Stratulat, C. (eds), EU member states and enlargement towards the Balkans (199-210). *European Policy Centre*.

Bundestag (2022). EU-Perspektive für Staaten des westlichen Balkans, Beitrag von Johann Wadephul (CDU/CSU). *Deutscher Bundestag*, 22.06.2022. Link: https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7537451#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTM3NDUx&mod=mediathek (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Burazer, N., Vulovi, M. & Vasiljević, J. (2025). Resetting the EU's Approach to Serbia: Lessons from the 2024–25 Protests. *Balkans in Europe Policy Advisory Group*, Link: https://www.biepag.eu/wp-content/uploads/2025/12/policy-briefresetting-the-eus-approach-to-serbiafinal-222.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Butnaru-Troncotă, M. (2025). Politicizing enlargement in times of uncertainty:'the curious case'of blocking and un-blocking decisions on Albania and North Macedonia's EU path. *Southeast European and Black Sea Studies*, 1-26.

Calic, M.-J. (1993). Jugoslawienpolitik am Wendepunkt. *APuZ 37/1993*, 11-20.

Calic, M.-J. (2016). *Südosteuropa: Weltgeschichte einer Region*. CH Beck Verlag, München.

Calic, M.-J. (2000). Die internationale Gemeinschaft und der Wiederaufbau Kosovos. In: Jens Reuter/Konrad Clewing (Hg.): *Der Kosovo Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven.* Klagenfurt, Wieser Verlag, 485-498.

Canaj, B. (2023). *Politischer Scheideweg in Kosovo: die Universität Prishtina als Brennpunkt ethnonationaler Konflikte 1989-1999*. Wiesbaden, Harrassowitz Verlag.

Capussela, A. L. (2015). *State-Building in Kosovo. Democracy, Corruption, and the EU in the Balkans*. London, I.B. Tauris.

Carpintero Molina, J. (2021). Civil Society Contribution to Sustainable Peacebuilding in the City of Mitrovica: Finding a Niche between Donor Priorities, Ethnic Divisions, and Social Needs. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II.* KFOS, 213-241.

CDDRI (2019). Normalization of Relations Between Belgrade and Pristina from Citizens Perspective: What We Know and What We Feel?" *Center for Social Dialogue and Regional Initiatives*, archiviert unter: https://web.archive.org/web/20210417043818/https://cddri.rs/wp-content/uploads/2020/04/CDDRI-RESEARCH-KOSOVO-2019.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Ćerimagić, A. (2024). Beyond the Accession Process: Mapping the EU's initiatives in the Western Balkans. *Southeast Europe in Focus* 06/2024, 1-14.

Çerkini, V. (2022). Kosovo: Barrikaden als Arbeitszeit. *Deutsche Welle*, 29.12.2022. Link: https://www.dw.com/de/kosovo-serben-bewachen-barrikaden-im-auftrag-ihres-arbeitgebers-serbien/a-64240710 (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Čermák, P. (2023). New President Could Bring Clarity to Czechia's Ambiguous Policy on Kosovo. *Balkan Insight*, 09.02.2023. Link: https://balkaninsight.com/2023/02/09/new-president-could-bring-clarity-to-czechias-ambiguous-policy-on-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Chandler, D. (2017). *Peacebuilding: The twenty years' crisis, 1997-2017*. Springer.

Chen, G., et al. (2009). *Soft power: China's emerging strategy in international politics*. Lanham, Lexington Books.

Theresheva, M. (2017). Sofia Claims Kosovo's Gorani as 'Bulgarian Minority'. *Balkan Insight*, 27.11.2017. Link: https://balkaninsight.com/2017/11/27/sofia-claims-kosovo-s-gorani-as-bulgarian-minority-11-26-2017 (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025)

Chilton, P. A. (2004). *Analysing political discourse: Theory and practice*. Hove, Psychology Press.

Cierco, T., & Reis, L. (2014). EULEX's Impact on the Rule of Law in Kosovo. *Revista de Ciencia Política, 34*(3), 645-663.

CIG (n.D.). Programs. *Council for Inclusive Governance*, Link: http://cigonline.net/programs/ (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Ćirić, J. (2020). Iceland to Manage Kosovo's Airspace. *Iceland Review*, 13.02.2020. Link: https://www.icelandreview.com/news/politics/iceland-to-manage-kosovos-airspace/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Cirtautas, A. M., & Schimmelfennig, F. (2010). Europeanisation before and after accession: conditionality, legacies and compliance. *Europe-Asia Studies, 62*(3), 421-441.

Clewing, K. (2000). Mythen und Fakten zur Ethnostruktur in Kosovo–ein geschichtlicher Überblick. *Der Kosovo Krieg–Ursachen, Verlauf, Perspektiven*. Klagenfurt/Celovec, Wieser Verlag.

Coelho, J. (2012). Vehicles for Transformation, or Tools for the Status Quo? Civil Society and International Statebuilding in Kosovo. *The Western Balkans Policy Review, 2*(2), 1-26.

Coelho, J. (2018). Seizing the state under international administration: the case study of state capture and corruption in Kosovo. *Southeastern Europe, 42*(1), 107-130.

Combahee River Collective (1977). The Combahee river collective statement. *Home girls: A Black feminist anthology* 1: 264-274.

Çollaku, P. 2016. The Forgotten Heroes of Serb-Albanian Comradeship. *Balkan Insight*, 15.01.2016. Link: https://balkaninsight.com/2016/01/15/the-forgotten-heroes-of-serb-albanian-comradeship-01-14-2016/ (Zuletzt aufgerufen am 21.12.2024)

Collins, H., & Evans, R. (2019). *Rethinking expertise*. University of Chicago Press.

Constitute Project (2016). *Serbia's Constitution of 2006*, 114-182. Link: https://www.constituteproject.org/constitution/Serbia_2006.pdf?lang=en (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Cooper, R. (2000). *The post-modern state and the world order*. London, Demos.

Council of the European Union (2009). *Concept on Strengthening EU Mediation and Dialogue Capacities. Brüssel, 10.11.2009*. Link: https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST%2015779%202009%20INIT/EN/pdf (zuletzt aufgerufen am 31.08.2025).

Cox, L. (2021). *Nationalism: Themes, theories, and controversies*. Cham, Springer Nature.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Ćuković, K. (2019). Europe's diplomacy on public display: The EU and the Belgrade-Pristina dialogue. *Contemporary Southeastern Europe*, *6*(1), 1-9.

D'Anieri, P. (1997). Nationalism and international politics: Identity and sovereignty in the Russian-Ukrainian conflict. *Nationalism and Ethnic Politics* 3.2: 1-28.

Dahlman, C. T., & Williams, T. (2010). Ethnic enclavisation and state formation in Kosovo. *Geopolitics*, 15(2), 406-430.

Damian, A. (2021). The Romania-Kosovo Relations and the Perspective of Romanian Political Parties. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II.* KFOS, 351-378.

Dauti, D. (2023). Bilateral Relations between Kosovo and the United Kingdom: A British Perspective. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 254-270). London, Routledge.

Daxner, M. (2010). Das Konzept von Interventionskultur als Bestandteil einer gesellschaftsorientierten theoretischen Praxis. In: *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften* (pp. 75-100). Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Déak, I. (1998). Out of the past. *New Republic*, *218*(23), 34-39.

Deda, I. (2010). The View from Kosovo: Challenges to Peace-building and state-building. *Connections*, *9*(3), 87-92.

Delauney, G. (2018). Kosovo-Serbia talks: Why land swap could bridge divide. *BBC*, 06.09.2018. Link: https://www.bbc.com/news/world-europe-45423835 (zuletzt aufgerufen am 04.08.2026).

Demjaha, A. & Peci, L. (2016). What happened to Kosovo Albanians: The impact of religion on the ethnic identity in the state building-period. *KIPRED*, Juni 2016. Link: https://kipred.org/repository/docs/What_happened_to_Kosovo_Albanians_740443.pdf (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Demmers, J. (2012). Introduction: conflict analysis in context. *Theories of Violent Conflict*. Routledge. 11-27.

Dent, M. J. (2017). *Identity Politics: Filling the gap between federalism and independence*. Routledge.

Dhimolea, A. (2023). *Comprehensive cooperation between Albania and Kosovo as an auxiliary instrument to a speedy regional economic integration*. Tirana, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Di Lellio, A. (2009). The missing democratic revolution and Serbia's anti-European choice: 1989–2008. *International Journal of Politics, Culture, and Society IJPS*, *22*(3), 373-384.

Dialogue Info (2021). *Integrated Border/Boundary Management*, 27.01.2021. Link: https://dialogue-info.com/integrated-border-boundary-management/ (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Dialogue Info (n.D.). *The Platform*. Link: https://dialogue-info.com/the-platform/ (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Diez, T. (2004). Europe's Others and the Return of Geopolitics. *Cambridge review of international affairs*, *17*(2), 319-335.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Diez, T., & Manners, I. (2007). Reflecting on normative-power Europe. In: F. Berenskoetter & M. J. Williams (Hrg), *Power in world politics*, 173-188. New York, Routledge.

van Dijk, T. A. (1997). What is political discourse analysis. *Belgian journal of linguistics*, *11*(1), 11-52.

Dimitrova, A. L. (2010). The new member states of the EU in the aftermath of enlargement: Do new European rules remain empty shells?. *Journal of European public policy*, *17*(1), 137-148.

Diez, T., & Pace, M. (2011). Normative power Europe and conflict transformation. *Normative power Europe: empirical and theoretical perspectives*, 210-225.

Dobbels, M. (2009). *Serbia and the ICTY: How effective is EU conditionality*. Bruges, College of Europe.

Dopita, T. (2019). The Czech Republic: Kosovo's Reluctant and Disengaged Recogniser. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 83-102). Cham, Springer International Publishing.

Dornfeldt, M., & Seewald, E. (Eds.). (2021). *Deutschland-Kosovo: die Geschichte einer Partnerschaft*. Halle (Saale), Mitteldeutscher Verlag.

Dragojlo, S. & Isufi, P. (2022). Serbia Blasts Kurti as 'Scum' in Row Over New Kosovo Minister. *Balkan Insight*, 02.12.2022. Link: https://balkaninsight.com/2022/12/02/serbia-blasts-kurti-as-scum-in-row-over-new-kosovo-minister/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Dryzek, J. S. (2002). *Deliberative democracy and beyond: Liberals, critics, contestations*. Oxford University Press on Demand.

Dubois, V. (2015). Critical policy ethnography. *Handbook of critical policy studies*, 462-480.

Duchêne, F. (1972) 'Europe's Role in World Peace' in R. Mayne (ed), *Europe Tomorrow: Sixteen Europeans Look Ahead*, 32–47. London, Fontana ⁄ Collins.

Duchêne, F. (1973). The European Community and the uncertainties of interdependence. In *A nation writ large? Foreign-policy problems before the European community* (pp. 1-21). London, Palgrave Macmillan UK.

Duijzings, G. (Hg.), Janjić, D. & Maliqi, Sh. (Hgg.) (1997). *Kosovo - Kosova: Confrontation or Coexistence*. Nijmegen, Peace Research Center, University of Nijmegen.

Dugalic, J. (2025). Wahlen in Kosovo: eine neue Generation Kosovo-Serben drängt in die Politik. Doch sie stehen gleich doppelt unter Druck. *Neue Zürcher Zeitung*, 18.01.2025. Link: https://www.nzz.ch/international/wahlen-in-kosovo-druck-auf-serbische-institutionen-und-parteien-waechst-ld.1865883 (zuletzt aufgerufen am 26.01.2025).

Dukic, B. (2022). Russlands Angriff bricht das Völkerrecht: Wie Putin das Kosovo als Argument benutzt. *Berliner Zeitung*, 28.05.2022. Link: https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/wladimir-putin-benutzt-das-kosovo-als-argument-fuer-seinen-voelkerrechtsbruch-li.230247 (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Dunai, M. & Jopson, B. (2024). Spain drops visas for travellers from Kosovo in boost for Balkan nation. *Financial Times*, 09.01.2024. Link: https://www.ft.com/content/3ff1d4f0-e892-4fef-bf80-a2dbfa51783f (zuletzt aufgerufen am 15.08.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Dushi, M. (2025). Bridging Continents, Shaping Homeland: Comparative Perspective on Contributions by the Kosovo Albanian Diaspora in Europe and the United States. *GeoJournal*, *90*(3), 119.

DW (2022). Kosovo formally applies for EU membership. *Deutsche Welle*, 15.12.2022. Link: https://www.dw.com/en/kosovo-formally-applies-for-eu-membership/a-64110674 (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Dye, T. R. (1976). *Policy analysis: what governments do, why they do it, and what difference it makes*. University of Alabama Press.

Dzihic, V. (2019). *Serbien und Kosovo in der selbstverschuldeten Sackgasse? Eine Analyse der Beziehung zwischen Belgrad und Prishtina im Lichte der jüngsten Krisen*. Wien, Österreichisches Institut für Internationale Politik.

Dzihic, V. (2021). *Der Westen am Westbalkan - die EU und die USA zwischen neuen geopolitischen Herausforderungen und der Frage nach der Zukunftsvision für die Region*. Wien, Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). Link: https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/77353 (zuletzt aufgerufen am 12.09.2025).

Dzindi, S. (2024). For Some Bosnians, Kosovo Visa Waiver a Chance to Restore Old Ties. *Balkan Insight*, 31.01.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/10/31/for-some-bosnians-kosovo-visa-waiver-a-chance-to-restore-old-ties/ (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Economides, S., Featherstone, K., & Hunter, T. (2024). The changing discourses of EU enlargement: a longitudinal analysis of national parliamentary debates. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, *62*(1), 168-185.

ECPMF (2024). Kosovo: Dangerous attack by MP Dimal Basha on ECPMF'S Senior legal advisor Flutura Kusari. *European Centre for Press and Media Freedom*, 27.06.2024. Link: https://www.ecpmf.eu/kosovo-dangerous-attack-by-mp-dimal-basha-on-ecpmfs-senior-legal-advisor-flutura-kusari/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

EDA (2025). Bilaterale Beziehungen Schweiz–Kosovo. *Schweizer Eidgenossenschaft*, 07.05.2025. Link: https://www.eda.admin.ch/countries/kosovo/de/home/bilaterale-beziehungen/in-kuerze.html (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Eder, K., & Spohn, W. (2016). *Collective memory and European identity: the effects of integration and enlargement*. London, Routledge.

EEAS (o.D.). EU facilitated dialogue for the normalisation of relations between Belgrade and Pristina. *European Union External Action Service*, archiviert unter: https://web.archive.org/web/20140906135012/https://www.eeas.europa.eu/dialogue-pristina-belgrade/index_en.htm (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

EEAS (2016). Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. *European Union External Action Service*, Link: https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/eugs_review_web_0.pdf (zuletzt aufgerufen am 08.08.2025).

EEAS (2022). Serbia-Kosovo: Remarks by the High Representative Josep Borrell following the deal reached. *European Union External Action Service*, 27.08.2022. Link: https://www.eeas.europa.eu/eeas/serbia-kosovo-remarks-high-representative-josep-borrell-following-deal-reached_en (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

EEAS (2023). Belgrade-Pristina Dialogue: Agreement on the path to normalisation between Kosovo and Serbia. *European Union External Action Service*, 27.02.2023. Link: https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue-agreement-path-normalisation-between-kosovo-and-serbia_en (zuletzt aufgerufen am 14.01.2015).

EEAS 2025. Belgrade-Pristina Dialogue. *Strategic Communications*, 05.03.2025. Link: https://www.eeas.europa.eu/eeas/belgrade-pristina-dialogue_en#:~:text=The%20EU%2Dfacilitated%20Dialogue%20aims%20to%20achieve%20a,stability%20and%20prosperity%20of%20the%20entire%20region (zuletzt aufgerufen am 06.09.2025).

EECS (2023). Meeting of the EECS's Western Balkans Follow-Up Committee. Hearing with Civil Society from Kosovo. *European Economic and Social Committee*, 18.04.2023. Link: https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/files/report_of_the_hearing_with_civil_society_of_kosovo_pristina_29_03_2023.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

van Eemeren, F. H., & Grootendorst, R. (2004). *A systematic theory of argumentation: The pragma-dialectical approach*. Cambridge University Press.

Eide, K. (2004). Kosovo: The way forward. *North Atlantic Treaty Organization*, 01.10.2004. Link: https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_21120.htm%3FselectedLocale%3Den (zuletzt aufgerufen am 30.01.2025).

Eisele, M. (2000). Die Vereinten Nationen und Kosovo. In: Jens Reuter/Konrad Clewing (Hg.): *Der Kosovo Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven,* 485-498. Klagenfurt, Wieser Verlag.

Ejdus, F. (2017). [BSF] The EU Rule of Law Mission in Kosovo: Lessons for the EU. *European Western Balkans*, 09.10.2017. Link: https://europeanwesternbalkans.com/2017/10/09/bsf-eu-rule-law-mission-kosovo-lessons-eu/ (zuletzt aufgerufen am 08.07.2025)

Ejdus, F. (2019). "Here is your mission, now own it!" The rhetoric and practice of local ownership in EU interventions. European Security, 26(4), 461-484.; Visoka, G., & Musliu, V. (Hgg.). *Unravelling liberal interventionism: Local critiques of statebuilding in Kosovo*. London, Routledge.

Ejdus, F., & Vulović, M. (2025). Catharsis, rearticulation of desire and ontological insecurity: The case of Serbia's attachment to Kosovo. *Review of International Studies*, 1-21.

Elbasani, A. (Ed.). (2020). *International-Led Statebuilding and Local Resistance: Hybrid Institutional Reforms in Post-Conflict Kosovo*. London, Routledge.

Elbasani, A. (2018). State-building or state-capture? Institutional exports, local reception and hybridity of reforms in post-war Kosovo. *Southeast European and Black Sea Studies*, *18*(2), 149-164.

Emini, D. (2021). Kosovo's Stressful Multilateralism: Can the Berlin Process Serve as a Remedy?. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II*. KFOS, 401-426.

Emini, D. (2023). *Stabilitocracy in Practice: An Analysis of the EU's Policy towards the Kosovo-Serbia Dialogue*. Doctoral dissertation, University of Westminster.

Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of communication*, *43*(4), 51-58.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Eror, A. (2023). The EU Has Failed in Serbia and Kosovo As violence flares, Washington has shown it has influence, while Brussels's policies have shown weakness. *Foreign Policy*, 18.10.2023. Link: https://foreignpolicy.com/2023/10/18/eu-usa-violence-vucic-serbia-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

ESI (2024). Invented pogroms. Statistics, lies and confusion in Kosovo. *European Stability Initiative*, 19.02.2024. Link: https://www.esiweb.org/sites/default/files/reports/pdf/ESI_Invented%20pogroms%20-%20Statistics%20and%20the%20vanishing%20of%20Serbs%20-%2019%20Feb%202024.pdf (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

ESI (2025). Admit Kosovo to the Council of Europe A simple step contributing to stability in the Western Balkans. *European Stability Initiative*, 11.07.2025. Link: https://www.esiweb.org/proposals/admit-kosovo-council-europe (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Esteso Pérez, A. (2024). A triangle of (mis)trust: Hungary's enlargement stakes in Serbia and Kosovo. *BiEPAG*, Link: https://www.biepag.eu/wp-content/uploads/2024/04/analysis-a-triangle-of-mistrust-hungarys-enlargement-stakes-in-serbia-and-kosovo-211.pdf (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

EUalive (2025). *U.S. enacts Western Balkans Democracy law with strong criticism of Serbia*, 19.12.2025. Link: https://eualive.net/u-s-enacts-western-balkans-democracy-law-with-strong-criticism-of-serbia/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

EULEX (2009). *EULEX PROGRAMME REPORT*, 01.07.2009. Link: https://www.eulex-kosovo.eu/docs/Accountability/EULEX-PROGRAMME-REPORT-July-2009-new.pdf (zuletzt aufgerufen am 07.07.2025).

EULEX (2024). EULEX and the Ministry of Justice consolidate the ongoing co-operation between EULEX and IFM in the work on missing persons through two Technical Arrangements. *Press Release*, 03.07.2024. Link: https://www.eulex-kosovo.eu/?page=2,10,2909,01 (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Euractiv/AFP (2024). Kosovo, Serbia Reach Agreement Implementing Search For War Missing. *Euractiv*, 18.12.2024. Link: https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/kosovo-serbia-reach-agreement-implementing-search-for-war-missing/ (zuletzt aufgerufen am 31.12.2024).

EUR-Lex (2017). RAHMENABKOMMEN zwischen der Europäischen Union und dem Kosovo* über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Kosovos an Programmen der Union. *Amtsblatt der Europäischen Union L 195/3*, 27.07.2017. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A22017A0727%2801%29 (zuletzt aufgerufen am 04.08.2025).

Euronews Albania (2023). *Rama addresses Albania's opposition to EU regarding Kosovo-Serbia dialogue*. 27.09.2023, Link: https://euronews.al/en/rama-addresses-albanias-opposition-to-eu-regarding-kosovo-serbia-dialogue/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Europäische Kommission (2006). *Summary note on the joint report by Javier Solana, EU High Representative for the CFSP, and Olli Rehn, EU Commissioner for Enlargement, on the future EU Role and Contribution in Kosovo*. Brüssel, 17.07.2006. Link: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/memo_06_286 (zuletzt aufgerufen am 18.08.2025).

Europäische Kommission (2009). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Kosovo – Verwirklichung der europäischen Perspektive. *KOM/2009/0534 endg.*,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

17.12.2009. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52009DC0534R(01)&from=IT (zuletzt aufgerufen am 04.08.2025).

Europäische Kommission (2010). Catherine Ashton High Representative / Vice President Joint Debate on Foreign and Security Policy European Parliament Strasbourg, 10 March 2010. *Speech 10/82*. Link: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_10_82 (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Europäische Kommission (2016). Ein strategisches Konzept für Resilienz im Rahmen des auswärtigen Handelns der EU. *Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat*, 07.06.2017. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017JC0021 (zuletzt aufgerufen am 07.07.2025).

Europäische Kommission (2018). Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan. *EUR-Lex*, 06.02.2018. Link: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:d284b8de-0c15-11e8-966a-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Europäische Kommission (o. D.). European Neighbourhood Policy. What is it? *Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (DG NEAR)*, Link: https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/european-neighbourhood-policy_en (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Europäische Union (2008a). Gemeinsame Aktion 2008/123/GASP vom 4. Februar 2008 zur Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union im Kosovo. *EUR-Lex*, 16.02.2008, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0123 (zuletzt aufgerufen am 18.08.2025).

Europäische Union (2008b). Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP vom 4. Februar 2008 über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX Kosovo. *EUR-Lex*, 16.02.2008, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0124 (zuletzt aufgerufen am 18.08.2025).

Europäische Union (2012), 26.10.2012. *EUR-Lex*, Link: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF (zuletzt aufgerufen am 07.07.2025).

Europäische Union (2016). STABILISIERUNGS- UND ASSOZIIERUNGSABKOMMEN zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo * andererseits. *Amtsblatt der Europäischen Union*, 16.03.2016. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22016A0316(01) (zuletzt aufgerufen am 02.09.2025).

Europäisches Parlament (2023). Bericht 2022 über das Kosovo. *Amtsblatt der Europäischen Union*, 15.12.2023. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C_202301066 (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Europäisches Parlament (2025). BERICHT über die Berichte 2023 und 2024 der Kommission über das Kosovo. *Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten*, Link: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-10-2025-0075_DE.html (zuletzt aufgerufen am 23.12.2025).

Europäischer Rat (2006). GEMEINSAME AKTION 2006/304/GASP DES RATES vom 10. April 2006 zur Einsetzung eines EU-Planungsteams (EUPT Kosovo) bezüglich einer möglichen

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Krisenbewältigungsoperation der Europäischen Union im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und in möglichen anderen Bereichen im Kosovo, 26.04.2006. *EUR-Lex*, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006E0304&qid=1751832089882 (zuletzt aufgerufen am 06.07.2025)

Europäischer Rat (2008). GEMEINSAME AKTION 2008/124/GASP DES RATES vom 4. Februar 2008 über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO. *Amtsblatt der Europäischen Union*, 16.02.2008. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008E0124 (zuletzt aufgerufen am 03.01.2025).

Europäischer Rat (2012). BESCHLUSS 2012/291/GASP DES RATES vom 5. Juni 2012 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (1), EULEX KOSOVO, 06.06.2012. *EUR-Lex*, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32012D0291&qid=1751834208218 (zuletzt aufgerufen am 06.07.2025)

Europäischer Rat (2014). BESCHLUSS 2014/685/GASP DES RATES vom 29. September 2014 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (1), EULEX KOSOVO. 30.09.2014. *EUR-Lex* Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014D0685&qid=1751836520402 (zuletzt aufgerufen am 06.07.2025)

Europäischer Rat (2015). BESCHLUSS (EU) 2015/1988 DES RATES vom 22. Oktober 2015 über die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo (*) andererseits im Namen der Europäischen Union, 06.11.2015. *EUR-Lex*, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D1988 (zuletzt aufgerufen am 02.09.2025).

Europäischer Rat (2016). BESCHLUSS (GASP) 2016/947 DES RATES vom 14. Juni 2016 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo * (EULEX KOSOVO), 15.06.2016. *EUR-Lex*, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016D0947&qid=1751836520402 (zuletzt aufgerufen am 06.07.2025).

Europäischer Rat (2018). EULEX Kosovo: neue Rolle für die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU. *Pressemitteilung*, 08.06.2018. Link: https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/06/08/eulex-kosovo-new-role-for-the-eu-rule-of-law-mission/ (zuletzt aufgerufen am 14.01.2024).

Europäischer Rat (2020). BESCHLUSS (GASP) 2020/489 DES RATES vom 2. April 2020 zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Angelegenheiten im Westbalkan. *Amtsblatt der Europäischen Union*, 03.04.2020, Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020D0489 (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Europäischer Rat (2023). BESCHLUSS (GASP) 2023/1095 DES RATES vom 5. Juni 2023 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo *, EULEX KOSOVO. *Amtsblatt der Europäischen Union*,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

05.06.2023. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023D1095&qid=1736865923113 (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Europäischer Rat (2025). Dialog zwischen Belgrad und Pristina: EU ernennt neuen Sonderbeauftragten. *Pressemitteilung*, 27.01.2025. Link: https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/01/27/belgrade-pristina-dialogue-eu-appoints-a-new-special-representative/ (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Europäischer Rechnungshof (2012). Rechtsstaatlichkeitshilfe der Europäischen Union für das Kosovo. *Sonderbericht Nr. 18/2012*. Link: https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR12_18/SR12_18_DE.PDF (zuletzt aufgerufen am 07.07.2025).

European Commission (2020). A more credible, dynamic, predictable and political EU accession process - Commission lays out its proposals. *Press Release,* 05.02.2020. Link: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_181 (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

European Commission (2021). 2021 Enlargement package: European Commission assesses and sets out reform priorities for the Western Balkans and Turkey. *Press Release*, 19.10.2021. Link: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_5275 (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

European Commission (2023). *2023 Communication new Growth Plan for the Western Balkans*. 07.11.2023, Link: https://enlargement.ec.europa.eu/2023-communication-new-growth-plan-western-balkans_en?prefLang=de (zuletzt aufgerufen am 24.08.2025).

European Commission (2024). Kosovo* 2024 Report. *Commission Staff Working Document,* 30.10.2024. Link: https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/document/download/c790738e-4cf6-4a43-a8a9-43c1b6f01e10_en?filename=Kosovo%20Report%202024.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

European Council (2003). Annex A: The Thessaloniki Agenda for the Western Balkans: Moving towards European integration. *Pascal Hector*, Link: https://www.pascal-hector.de/Vertiefung-Erweiterung-Dateien/14a-ER-2003%20Thessaloniki-Agenda-Westlicher-Balkan.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.12.2025).

European Parliament (2022). P9_TA(2022)0284. 2021 Report on Serbia. *European Parliament resolution of 6 July 2022 on the 2021 Commission Report on Serbia (2021/2249(INI))*. Link: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-_0284_EN.pdf (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

European Union in Kosovo (2022). Joint press conference of EUSR for the Pristina-Belgrade Dialogue and other Western Balkans regional issues, Mr. Miroslav Lajčák, and Special Representative for the Western Balkans and Deputy Assistant Secretary, Mr. Gabriel Escobar.. *Facebook Live*, 02.02.2022: https://www.facebook.com/EuropeanUnionInKosovo/videos/916837072339834 (zuletzt aufgerufen am 27.12.2025).

EWB (2024). Kosovo lifts import ban on Serbian goods at Merdare border crossing. *European Western Balkans*, 08.10.2024. Link: https://europeanwesternbalkans.com/2024/10/08/kosovo-lifts-import-ban-on-serbian-goods-at-merdare-border-crossing/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Fairclough, I., & Fairclough, N. (2013). *Political discourse analysis: A method for advanced students*. London, Routledge.

Faleg, G. (2018). The EU: From comprehensive to integrated approach. *Global Affairs*, *4*(2-3), 171-183.

Fazliu, E. (2016). Signs of strain in Kosovo-Turkey relations. *Kosovo 2.0*, 19.10.2016. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/signs-of-strain-in-kosovo-turkey-relations/ (zuletzt aufgerufen am 30.07.2025).

Fenton, C. & A. Langley (2011). Strategy as practice and the narrative turn. *Organization studies* 32.9: 1171-1196.

Ferati, V. (2012). Critical discourse analysis (de-) constructing EULEX discourse. *Kosovar Center for Security Studies*, Link: https://qkss.org/images/uploads/files/Critical_Discourse_Analysis_%28De-%29_Constructing_EULEX_Discourse_194466.pdf (zuletzt aufgerufen am 13.07.2025)

Ferrero-Turrión, R. (2019). Spain: Kosovo's strongest opponent in Europe. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 215-235). Cham: Springer International Publishing.

Ferrero-Turrión, R. (2021). The consequences of state non-recognition: the cases of Spain and Kosovo. *European Politics and Society* 22.3, 347-358.

FES (2024). Youth Study Kosovo 2024. *Friedrich Ebert Stiftung Kosovo*. Link: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/kosovo/21493-20250225.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.08.2025).

Finlayson, A. (2007). From beliefs to arguments: Interpretive methodology and rhetorical political analysis. *The British Journal of Politics and International Relations*, *9*(4), 545-563.

Fleming, K. E. (2000). Orientalism, the Balkans, and Balkan historiography. *The American historical review*, *105*(4), 1218-1233.

Flint, C. & P. J. Taylor (2018). *Political geography: World-economy, nation-state and locality*. London, Routledge.

Forsberg, T. (2011). Normative power Europe, once again: A conceptual analysis of an ideal type. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, *49*(6), 1183-1204.

Fouberg, E. H., A. B. Murphy & H. J. De Blij (2015). *Human geography: people, place, and culture*. Hoboken, John Wiley & Sons.

Foucault, M. (1981). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt, Suhrkamp.

Foucault, M. (1991). *Die Ordnung des Diskurses: Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970*. Berlin, Hanser.

FoWB (2025). II. International Meeting of the Friends of the Western Balkans: The new global geopolitics & the Western Balkans. *Friends of the Western Balkans*, Link: https://www.fowb.si/home-1 (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Freedom House (2024). Kosovo. *Freedom in the World 2024*. Link: https://freedomhouse.org/country/kosovo/freedom-world/2024 (zuletzt aufgerufen am 21.02.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Frontini, A. (2015). Italy. Balfour, R. & Stratulat, C. (eds), *EU member states and enlargement towards the Balkans* (73-84). Brussels, European Policy Centre.

Fruscione, G. (2020). After the Nineties: A Never-Ending Political Transition. *The Balkans: old, new instabilities: a European region looking for its place in the world*. 13-30.

Funk, J. (2021). Lived Religious Perspectives from Kosovo's Orthodox Monasteries: A Needs Approach for Inclusive Dialogue. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II.* KFOS, 145-180.

Gadinger, F., S. Jarzebski & T. Yildiz (2014). Vom Diskurs zur Erzählung. Möglichkeiten einer politikwissenschaftlichen Narrativanalyse. *Politische Vierteljahresschrift*: 67-93.

Gafafer, T. (2026). Solothurn statt Genf – die Schweiz vermittelt zwischen Kosovo und Serbien. *Neue Zürcher Zeitung*, 06.01.2026. Link: https://www.nzz.ch/schweiz/solothurn-statt-genf-die-schweiz-vermittelt-zwischen-kosovo-und-serbien-ld.1918220 (zuletzt aufgerufen am 09.01.2026).

GAP Institute (2025). *The financial impact of the European Union measures on Kosovo*. Link: https://www.institutigap.org/documents/8592_The%20financial%20impact%20of%20the%20European%20Union%20measures%20on%20Kosovo.pdf (zuletzt aufgerufen am 28.12.2025).

Gashi, A. (2021). Media Development In Post-Conflict Societies (Kosovo Case). *Media Literacy and Academic Research*, Link: https://www.mlar.sk/wp-content/uploads/2021/04/7_Gashi.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Gashi, K. (2021). Simulated power and the power of simulations: the European Union in the dialogue between Kosovo and Serbia. *JCMS: journal of common market studies*, *59*(2), 206-221.

Gashi, D. S., & Kelmendi, P. (2023). The Dynamics of US–Kosovo Relations: An Investigation of Key Factors. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 29-54). Routledge.

Gashi, K., Musliu, V. & Orbie, J. (2017). Mediation through recontextualization: The European Union and the dialogue between Kosovo and Serbia. *European Foreign Affairs Review*, *22*(4).

Gashi, S. & I. Novakovic (2020). Brussels Agreements between Kosovo and Serbia. A Quantitative Implementation Assessment. *FES Analysis*.

Gebhardt, H. et al., Hrsgg (2019). *Geographie: Physische Geographie und Humangeographie*. Cham, Springer Spektrum.

General Assembly (2010). Resolution adopted by the General Assembly. *A/RES/64/298*, 13.10.2010. Link: https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/ROL%20A%20RES64%20298.pdf (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Germin (2024). *Harnessing the Potential of the Kosovar Diaspora's Economic Contributions*. Link: https://germin.org/wp-content/uploads/2024/01/Harnessing-the-Potential-of-the-Kosovar-Diasporas-Economic-Contributions-Research.pdf (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Ghoddousi, P. & S. Page (2020). Using ethnography and assemblage theory in political geography. *Geography Compass* 14.10: e12533.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Giersch, C. (1998). Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995. *Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO.* Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.

Giersch, C. (2000). Die Europäische Union und der Krieg in Kosovo. In: Jens Reuter/Konrad Clewing (Hg.): *Der Kosovo Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven,* 499-512. Klagenfurt, Wieser Verlag.

Gilson, J. (2000, January). Japan in Kosovo: lessons in the politics of'complex engagement'. In *Japan Forum* (Vol. 12, No. 1, pp. 65-75). London, Taylor & Francis.

Ginsberg, R. H. (2001). *The European Union in international politics: baptism by fire*. Lanham, Rowman & Littlefield.

Gjeta, A. (2024). The Mitrovica bridge debate reveals organized hypocrisy. *Kosovo 2.0*, 21.11.2024. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/the-mitrovica-bridge-debate-reveals-organized-hypocrisy (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Gläser, J., & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Springer-Verlag.

Glaser, B. G. & A. L. Strauss (2009 [1967]). *Grounded theory: Strategies for qualitative research*. Chicago, Aldine Publishing Company.

Glasze, G., & Mattissek, A. (2009). Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial-und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, 11-59. Bielefeld, transcript.

Glaurdić, J. (2011). *The Hour of Europe: Western Powers and the Breakup of Yugoslavia*. Yale University Press.

GLPS (2024). The One Year Anniversary of EU Measures against Kosova. *Group for Legal and Political Studies*, 14.06.2024. Link: https://legalpoliticalstudies.org/the-one-year-anniversary-of-eu-measures-against-kosova/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Goldsworthy, V. (2006). The Balkans in nineteenth-century British travel writing. *Travel Writing in the Nineteenth Century: Filling in the Blank Spaces*, 19-35. London, Anthem Press.

Goodson, I. F., & Gill, S. R. (2011). The Narrative Turn in Social Research. *Counterpoints, 386*, 17–33.

Gordon, P. H. (1997). Europe's uncommon foreign policy. *International security*, *22*(3), 74-100.

Government of the Republic of Serbia (2013). Brussels Agreement. First Agreement of Principles Governing the Normalization of Relations. *UN Peacemaker*, 19.04.2013. Link: https://peacemaker.un.org/en/node/9756 (zuletzt aufgerufen am 31.08.2025).

Grabbe, H. (2002). European Union conditionality and the acquis communautaire. *International political science review*, 23(3), 249-268.

Graham, L. J. (2005). Discourse analysis and the critical use of Foucault. In *The Australian association of research in education annual conference*, 1-15. Link: https://eprints.qut.edu.au/2689/1/2689.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Grandits, H. (2016). Review of Imagining the Balkans (review no. 2035). *Reviews in History*, Link: https://reviews.history.ac.uk/review/2035 (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Greiçevci, L. (2011). EU actorness in international affairs: The case of EULEX mission in Kosovo. *Perspectives on European politics and society*, *12*(3), 283-303.

Greiçevci, L. (2021). *The EU as a state-builder in international affairs: the case of Kosovo*. London, Routledge.

Grevi, G. (2009). The EU rule-of-law mission in Kosovo (EULEX Kosovo). In *European Institute for Security Studies, European Security and Defence Policy. The First ten Years (1999–2009)*. Link: https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/ESDP_10-web_0.pdf (zuletzt aufgerufen am 02.07.2025).

Griessler, C. (2020). Addressing the Legacies of Conflict in the Western Balkans: Reconciliation and Transitional Justice Approaches. *Humanističke studije*, (8), 19-64.

Grimm, S. (2016). The European Union's ambiguous concept of 'state fragility'. In *The Political Invention of Fragile States* (pp. 56-71). London, Routledge.

Grimm, S., Lemay-Hébert, N., & Nay, O. (2016). 'Fragile States': introducing a political concept. In *The political invention of fragile states* (pp. 1-13). London, Routledge.

Grob, T. (2015). The Concept of 'Eastern Europe in Past and Present. *Uninova: University of Basel Research Magazine*, 16-17.

Gross, A. & Juncos, A. E. (2010). *EU Conflict Prevention and Crisis Management*. London, Routledge.

Gross, E. and A. Rotta (2011). The EEAS and the Western Balkans. *Istituto Affari Internazionali (IAI), Working Papers 1115*.

Guicherd, C. (1999). International law and the war in Kosovo. *Survival*, *41*(2), 19-34.

Guri (2023). KOSOVO: 'Civil society has done most of the effort when it comes to dealing with our recent history'. *CIVICUS*, 04.12.2023. Link: https://www.civicus.org/index.php/media-resources/news/interviews/6711-kosovo-civil-society-has-done-most-of-the-effort-when-it-comes-to-dealing-with-our-recent-history (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Guzina, D., & Marijan, B. (2014). A fine balance: The EU and the process of normalizing Kosovo-Serbia relations. *CIGI Papers*, No. 23, January 2014.

Hajrullahu, A. (2007). *Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration: der EU-Integrationsprozess als Chance für die Überwindung des serbisch-kosovarischen Konfliktes*. Baden-Baden, Nomos.

Hajrullahu, A. (2019). The Serbia Kosovo dispute and the European integration perspective. *European Foreign Affairs Review*, *24*(1).

Hajrullahu, A., & Vukpalaj, A. (Eds.). (2021). *Forging Kosovo: Between Dependence, Independence, and Interdependence*. Lausanne, Peter Lang.

Halili, R. (2019). We, Sons of the Nation: Intellectuals as generators of Albanian and Serbian national ideas and programs. In *Rethinking Serbian-Albanian Relations* (pp. 127-141). London, Routledge.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Halili, E. (2022). Mutual Recognition Is Key to Agreement with Serbia; Kurti. *Albanian Daily News*, 01.07.2022. Link: https://albanian dailynews.com/news/mutual- recognition-is-key-to-agreement-with-serbia-kurti (zuletzt aufgerufen am 25.12.2025).

Hall, S. (1997). The spectacle of the other. *Representation: Cultural representations and signifying practices, 7*.

Halla, B. (2022). Vucic vows Kosovo will never be independent during swearing-in ceremony. *Euractiv*, 01.06.2022. Link : https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/vucic-vows-kosovo-will-never-be- independent-during-swearing-in-ceremony/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Hardy, E. (2025). How Orbán holds EU enlargement hostage. *The Parliament*, 12.11.2025. Link: https://www.theparliamentmagazine.eu/news/article/how-orbn-holds-eu-enlargement-hostage (zuletzt aufgerufen am 21.12.2025).

Hartwell, L. (2021). The Serbia-Kosovo Dialogue: Ripe for Resolution? *Center for European Policy Analysis*, Link: https://cepa.org/wp-content/uploads/2021/05/CEPA-Serbia-Kosovo-5.10.21-V2.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.12.205).

Haxhiaj, S. (2018). Has the UN's Kosovo Mission Become Obsolete? *Balkan Insight*, 18.12.2018. Link: https://balkaninsight.com/2018/12/18/has-the-un-s-kosovo-mission-become-obsolete-12-17-2018/ (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Haxhiaj, S. (2022). Ethnocentric Memorials Dominate Kosovo's War Remembrance Culture. *Balkan Insight*, 27.04.2022. Link: https://balkaninsight.com/2022/04/27/ethnocentric-memorials-dominate-kosovos-war-remembrance-culture/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Haxhiaj, S. (2023). Kosovo: Guerrillas' Trials in The Hague Overshadow Justice Efforts at Home. *Balkan Insight*, 22.12.2023. Link: https://balkaninsight.com/2023/12/22/kosovo-guerrillas-trials-in-the-hague-overshadow-justice-efforts-at-home/ (zuletzt aufgerufen am 24.01.2025).

Haxhiaj, S. (2024). BIRN Fact-Check: Was Kosovo's First Transitional Justice Strategy Worth the Wait?. *Balkan Insight*, 09.01.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/01/09/birn-fact-check-was-kosovos-first-transitional-justice-strategy-worth-the-wait/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Haxhiaj-Isufi (2025). Building Memory: Kosovo's Divided Culture of Remembrance. Heinrich-Böll-Stiftung Belgrade, 22.10.2025. Link: https://rs.boell.org/en/2025/10/22/building-memory-kosovos-divided-culture-remembrance (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Hehir, A. (2006). Autonomous province building: identification theory and the failure of UNMIK. *International Peacekeeping*, *13*(2), 200-213.

Hehir, A. (Ed.). (2010). *Kosovo, Intervention and Statebuilding: The International Community and the Transition to Independence*. London, Routledge.

Hehir, A. (2024). A New Hope? The Rise of Vetëvendosje. In: *Kosovo and the "Internationals". Hope, Hubris, and the End of History* (pp. 209-244). Cham, Springer Nature.

Heil, A. (2021). Kosovo's Voters Make Fresh Attempt At 'New Era' In Balkan 'Clash Of Generations'. *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 13.02.2021. Link: https://www.rferl.org/a/kosovo-elections-clash-generations-kurti-osmanji-new-era/31101282.html (zuletzt aufgerufen am 17.01.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Herrberg, A. (2021). Translating the Peace Ambition into Practice: The Role of the European External Action Service in EU Peace Mediation. *European Foreign Affairs Review*, *26*(1).

Hetemi, A. (2020). *Student movements for the Republic of Kosovo: 1968, 1981 and 1997*. Cham, Springer Nature.

Hettne, B., & Söderbaum, F. (2005). Civilian power or soft imperialism? The EU as a global actor and the role of interregionalism. *European foreign affairs review*, *10*(4).

Hetzer, A. (1995). *Nominalisierung und verbale Einbettung in Varietäten des Albanischen: eine Untersuchung zur Geschichte der albanischen Schriftsprache am Beispiel erweiterter Verbalprädikate auf areallinguistischem Hintergrund* (Vol. 28). Wiesbaden, Harrassowitz.

Higgins, A. & Mejdini, F. (2025). A Move Toward Christianity Stirs in a Muslim Land. *New York Times*, 04.01.2025. Link: https://www.nytimes.com/2025/01/04/world/europe/kosovo-albanians-christianity-islam.html (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Himmrich, J. (2019). Germany: From cautious recogniser to Kosovo's key EU ally. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 61-82). Cham, Springer International Publishing.

HLC (2015). Kosovo Memory Book Database Presentation and Expert Evaluation. *Kosovo Memory Book*, 04.02.2015. Link: http://www.kosovomemorybook.org/wp-content/uploads/2015/02/Expert_Evaluation_of_Kosovo_Memory_Book_Database_Prishtina_04_02_2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 31.12.2024).

Hobsbawm, E. (2014). *Fractured times: Culture and society in the twentieth century*. New York, New Press.

Hobsbawm, E., & Ranger, T. (Eds.). (2012). *The invention of tradition*. Cambridge University Press.

Högens, Clemens (1999). »Einfach verdammtes Pech«. *Der Spiegel 25/1999*, 20.06.1999. Link: https://www.spiegel.de/politik/einfach-verdammtes-pech-a-6556e79f-0002-0001-0000-000013850110 (zuletzt aufgerufen am 24.12.2024).

Hoti, A., Bashota, B., & Sejdiu, B. (2022). Relations between Turkey and Kosovo: factors and dynamics. *Southeast European and Black Sea Studies*, *22*(1), 145-163.

van Houtum, H., & van Naerssen, T. (2002). Bordering, ordering and othering. *Tijdschrift voor economische en sociale geografie*, *93*(2), 125-136.

Hoxha, M. (2023). Open Book: Roma Library Offers Marginalised Community in Kosovo an Educational Window. *Balkan Insight*, 31.07.2023. Link: https://balkaninsight.com/2023/07/31/open-book-roma-library-offers-marginalised-community-in-kosovo-an-educational-window/ (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Hoxha, M. (2025). Political Tensions Test Unity of Kosovo's Police Force. *Balkan Insight*, 06.01.2025. Link: https://balkaninsight.com/2025/01/06/political-tensions-test-unity-of-kosovos-police-force/ (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

ICJ (2010). Accordance with international law of the unilateral declaration of independence in respect of Kosovo. *International Court of Justice*, 22.07.2010. Link: https://www.icj-cij.org/case/141 (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Ilazi, R. (2024). *The European Union and Everyday Statebuilding: The Case of Kosovo*. London, Routledge.

Ilazi, R., Çollaku, B., & Rexhepi, F. (2025). *Negotiating Peace in Kosovo: Local Perspective on European Union Mediation Efforts*. Cham, Springer Nature.

International Commission on the Balkans (2005). The Balkans in Europe's Future. *Centre for Liberal Strategies Sofia*, archiviert unter: https://web.archive.org/web/20210411145825/http://www.cls-sofia.org/uploads/files/Projects%20files/International%20Commission%20on%20the%20Balkans.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.12.2025).

Ioannides, I. (2019). Cyprus: Firmly committed to the non-recognition of Kosovo. In *The politics of recognition and engagement: EU member state relations with Kosovo* (pp. 193-214). Cham, Springer International Publishing.

Ioniță, C. (2017). Russia in the Balkans: A view from Kosovo. In: Armakolas, I., Demjaha, A., Elbasani, A., Schwandner-Sievers, S., Skendaj, E., & Tzifakis, N. (Hgg), *State-Building in Post-Independence Kosovo: Policy Challenges and Societal Considerations,* 403-423. Prishtina: Kosovo Foundation for Open Society.

IRI (2024). National Survey of Kosovo. *International Republican Institute*, Mai 2024. Link: https://www.iri.org/wp-content/uploads/2024/07/2024-Kosovo-National-Poll.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Isufi, A. (2023). Kosovo and North Macedonia Sign Agreement for Common Border Crossing Point. *Prishtina Insight*, 20.09.2023. Link: https://prishtinainsight.com/kosovo-and-north-macedonia-sign-agreement-for-common-border-crossing-point/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Isufi, P. (2018). Rama Criticised for Albania-Kosovo 'Joint President' Idea. *Balkan Insight*, 19.02.2018. Link: https://balkaninsight.com/2018/02/19/albania-kosovo-joint-president-idea-unrealistic-analysts-02-19-2018/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Isufi, P. (2023). Kosovo Ruling Party Criticised for Electing Supporter to Media Regulator Board. Balka Insight, 25.05.2023. Link: https://balkaninsight.com/2023/05/25/kosovo-ruling-party-criticised-for-electing-supporter-to-media-regulator-board/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Isufi, P. & Stojanovic, M. (2024). EU Scraps Visa Requirement for Kosovo Serbs With 'Special' Passports. *Balkan Insight*, 22.07.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/07/22/eu-scraps-visa-requirement-for-kosovo-serbs-with-special-passports/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Ivan, P. (2019). Romania: Kosovo's Cautious Non-Recogniser. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 173-192). Cham, Springer International Publishing.

Ivković, M., Trifunović, T. P., & Prodanović, S. (2019). The burden of systemic legitimization in socialist Yugoslavia: Discursive reduction of Kosovo protests. In *Rethinking Serbian-Albanian Relations* (pp. 61-78). London, Routledge.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Ivković, A. (2024). EU's endorsement of lithium mining will further tarnish its reputation in Serbia. *European Western Balkans*, 29.07.2024. Link: https://europeanwesternbalkans.com/2024/07/29/eus-endorsement-of-lithium-mining-will-further-tarnish-its-reputation-in-serbia/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Jandl, G. (2022). Die Außenpolitik gegenüber den Staaten des Balkans. In *Handbuch Außenpolitik Österreichs* (pp. 523-553). Wiesbaden, Springer Fachmedien.

Janos, A. C. (2001). From eastern empire to western hegemony: East Central Europe under two international regimes. *East European Politics and Societies*, *15*(2), 221-249.

Janusch, H. (2016). Normative power and the logic of arguing: Rationalization of weakness or relinquishment of strength?. *Cooperation and conflict*, *51*(4), 504-521.

Jacque, J. P. (2015). Review of the EULEX Kosovo mission's implementation of the mandate with a particular focus on the handling of the recent allegations. *Report of the attention of the High Representative/Vice President of the European Commission, Ms. Federica Mogherini*. Link: https://www.eulex-kosovo.eu/eul/repository/docs/150331_jacque-report_en.pdf (zuletzt aufgerufen am 02.02.2025).

Jessop, B. (2002). *The future of the capitalist state*. Cambridge, Polity.

Jireček, K. (1911). *Geschichte der Serben* (Vol. 38). Gotha, FA Perthes.Archiviert unter: https://archive.org/details/geschichtederser00jire/mode/2up (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026)

Johnstone, B. (2017). *Discourse analysis*. Hoboken, John Wiley & Sons.

Joint History Books (o.D.). Link: https://www.jointhistory.net/index-eng.html#01 (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Jones, B. (2025). Wachsende Vorwürfe gegen Polizei in Kosovo setzen EU unter Druck. *Euractiv*, 06.08.2025. Link: https://euractiv.de/news/wachsende-vorwuerfe-gegen-polizei-in-kosovo-setzen-eu-unter-druck/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Joseph, E. et al. (2022): From Crisis to Convergence. A Strategy to Tackle Instability in the Balkans at its Source. *Foreign Policy Institute at Johns Hopkins SAIS / Wilson Center*, 18.01.2022. Link: https://www.wilsoncenter.org/publication/crisis-convergence-strategy-tackle-balkans-instability-its-source (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Judah, T. (2009). *The Serbs: History, myth, and the destruction of Yugoslavia*. Yale University Press.

Justitsministeriet (2022). *Treaty between the Kingdom of Denmark and the Republic of Kosovo on the use of the Correctional Facility in Gjilan for the purpose of the execution of Danish sentences*. Link: https://www.justitsministeriet.dk/wp-content/uploads/2022/04/Final-treaty-Denmark-Kosovo.pdf (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Kaldor, M. (2012). The EU as a new form of political authority: the example of the common security and defence policy. *Global Policy*, 3, 79-86.

Kang, S. (2017). What the Documents Can't Tell You: Participant Observation in International Relations. *PS: Political Science & Politics* 50.1: 121-125.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Karnitschnig, M. (2024). How the US broke Kosovo and what that means for Ukraine. *Politico*, 15.02.2024. Link: https://www.politico.eu/article/how-the-us-broke-kosovo-and-what-that-means-for-ukraine/ (zuletzt aufgerufen am 03.01.2025)

Kadare, I. (1998). *Three elegies for Kosovo*. Tirana, Onufri.

Kaplan, R. D. (1993). *Balkan ghosts: A journey through history*. London, Macmillan.

Karemani (2024). Albanianism as an instrument of Islamophobia and division. *Kosovo 2.0*, 14.08.2024. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/albanianism-as-an-instrument-of-islamophobia-and-division/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Karnitschnig, M. (2024). How the US broke Kosovo and what that means for Ukraine. Washington's track record suggests it's better at fighting wars than dealing with what follows. *Politico*, 15.02.2025, Link: https://www.politico.eu/article/how-the-us-broke-kosovo-and-what-that-means-for-ukraine/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Kaufman, M. T. (1999). The Dangers of Letting a President Read. *The New York Times*, 22.05.1999. Link: https://www.nytimes.com/1999/05/22/books/the-dangers-of-letting-a-president-read.html (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Keil, S., & Arkan, Z. (2014). The limits of normative power?: EU Member State building in the Western Balkans. In *The EU and Member State Building* (pp. 15-31). London, Routledge.

Kelle, U. (2007). "Emergence" vs."forcing" of empirical data? A crucial problem of "grounded theory" reconsidered. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung. Supplement*: 133-156.

Keller, R. (2011). *Diskursforschung*. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Kemp, W. (2021). Stuck in the EU's Eternal Waiting Room. *Horizons: Journal of International Rela- tions and Sustainable Development*, (19), 192-201.

Kempin Reuter, T. (2015). Ethnic conflict. In *Encyclopaedia Britannica*, Link: https://www.britannica.com/topic/ethnic-conflict (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Kentish, B. (2017). Kosovo stops Serbian train crossing border in move declared 'act of war'. *The Independent*, 15.01.2017. Link: https://www.independent.co.uk/news/world/europe/kosovo-stops-serbia-train-crossing-border-belgrade-war-isa-mustafa-aleksandar-vucic-a7528361.html (Zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Ker-Lindsay, J. (2019). The United Kingdom: Kosovo's strongest supporter in Europe. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 41-60). Cham, Springer International Publishing.

Ker-Lindsay, J., Armakolas, I., Balfour, R., & Stratulat, C. (2017). The national politics of EU enlargement in the Western Balkans. *Southeast European and Black Sea Studies*, *17*(4), 511-522.

Kida, N., Smajli, R., Gjuraj, D., Morina, V., & Morina, J. (2025). Driving Factors of Foreign Direct Investment in Kosovo: The Roles of Market Access and Government Support. *International Journal of Sustainable Development & Planning*, *20*(1).

Kilgus, T. (2018). *Der Integrationsprozess Kosovos in die Europäische Union: eine Analyse der EU-Kosovo-Beziehungen und ihrer Zukunftsperspektiven* (Vol. 84). Münster, LIT Verlag.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Klasnić, R. (2024). From Frozen to Boiling and Back. With ethnic tensions in Kosovo simmering, a frozen conflict may be the best the region can hope for. *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 13.02.2025. Link: https://www.rosalux.de/en/news/id/51668/from-frozen-to-boiling-and-back (zuletzt aufgerufen am 06.09.2025).

Knudsen, T. B., & Laustsen, C. B. (Eds.). (2006). *Kosovo between war and peace: nationalism, peacebuilding and international trusteeship* (Vol. 23). London, Routledge.

Koha (2022). Bleivergiftung in Lagern im Norden, Berisha: Wir wollen eine Entschuldigung und Entschädigung von der UN. *Koha.net*, 10.11.2022. Link: https://www.koha.net/de/arberi/helmimi-nga-plumbi-ne-kampet-ne-veri-berisha-duam-kerkimfalje-dhe-kompensim-nga-okb-ja (zuletzt aufgerufen am 14.01.2024).

Kolstø, P. (2016). 'Western Balkans' as the new Balkans: Regional names as tools for stigmatisation and exclusion. *Europe-Asia Studies* 68.7 (2016), 1245-1263.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1999). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über den Stabilisierungs- und. Assoziierungsprozeß für die Länder Südosteuropas. *EUR-Lex*, 26.05.1999. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:51999DC0235 (zuletzt aufgerufen am 08.08.2025).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005), Mitteilung der Kommission an den Rat: Eine europäische Zukunft für das Kosovo. *EUR-Lex*, 20.04.2005. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52005DC0156 (zuletzt aufgerufen am 18.08.2025).

Koschorke, A. (2012). *Wahrheit und Erfindung: Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*. Berlin, S. Fischer Verlag.

Kosovo 2.0 (2025). *The '90s in pieces*. Link: https://archive.kosovotwopointzero.com/en/the-90s-in-pieces/ (zuletzt aufgerufen am 27.12.2025).

Kosovo Online (2023). *Why does London have more understanding for Albin Kurti's politics than the rest of the Quint?*, 30.10.2023. Link: https://www.kosovo-online.com/en/news/analysis/why-does-london-have-more-understanding-albin-kurtis-politics-rest-quint-30-10-2023 (zuletzt aufgerufen am, 26.07.2025).

KoSSev (2024). How were the views of partners from the Serbian community ignored in the Strategy for Transitional Justice? *Kosovo Server*, 25.07.2024. Link: https://kossev.info/en/kako-su-u-strategiji-za-tranzicionu-pravdu-izignorisani-stavovi-partnera-iz-srpske-zajednice/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

KoSSev (2025). LVV Allegedly Boycotts Media Outlets in Kosovo Ahead of Election Campaign; AGK Denounces Attempt to Undermine Journalists and Media. *Kosovo Server*, 09.01.2025. Link: https://kossev.info/en/kosovo-online-najnovije-vestilvv-allegedly-boycotts-media-outlets-in-kosovo-ahead-of-election-campaign-agk-denounces-attempt-to-undermine-journalists-and-media/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Kracauer, S. (1952). The challenge of qualitative content analysis. *Public opinion quarterly*: 631-642.

Kramsch, O. T. (2011). Along the borgesian frontier: excavating the neighbourhood of "Wider Europe". *Geopolitics*, *16*(1), 193-210.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Krasniqi, A. (2023). Kosovo and Albania, a Special Relationship: Retrospectives and Challenges Toward the Future. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 55-75). London, Routledge.

Krasniqi, E. (2011). Ilegalja: Women in the Albanian underground resistance movement in Kosovo. *ProFemina, 2/2011, 99-114*

Krasniqi, G. (2012). Overlapping jurisdictions, disputed territory, unsettled state: the perplexing case of citizenship in Kosovo. *Citizenship Studies*, 16(3-4), 353-366.

Krasniqi, G., & Musaj, M. (2014). The EU's 'limited sovereignty–strong control'approach in the process of Member State building in Kosovo. In *The EU and Member State Building* (pp. 140-162). London, Routledge.

Krasniqi, E. & A. Rettmann (2020). Spain to recognise Kosovo if it gets Serbia deal. *EUObserver*, 18.09.2020. Link: https://euobserver.com/enlargement/149467 (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Krause, J. (2000). Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise. In: Krause, J. (Ed.), *Kosovo: humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa*. Cham, Springer-Verlag.

Krivokapić, M. (2014). The Balkans in Contemporary Anglo-American Travel Writing. *Mediterranean Journal of Social Sciences Vol 5 No 13*, 139-146.

Krasniqi, J. (2020). EU-mediated Kosovo-Serbia dialogue: A new attempt or resumption with the old approach?. *Kosova Democratic Institute*. Link: https://kdi-kosova.org/wp-content/uploads/2020/10/Policy-Brief-20-07-24-EU-mediated-Kosovo-Serbia-dialogue-ENG.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Krastev, I. (2017). *Europadämmerung*. Berlin, Suhrkamp/Insel Verlag.

Kremlin (2025). Meeting with Patriarch Kirill of Moscow and All Russia and Patriarch Porfirije of Serbia. *The Kremlin, Moscow*, 22.04.2025. Link: http://en.special.kremlin.ru/events/president/transcripts/76775 (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Kučera, A. (2022). Kosovo-Krise: Das EDA vermittelt Geheimtreffen. *Neue Zürcher Zeitung*, 17.12.2022. Link: https://www.nzz.ch/schweiz/kosovo-krise-das-eda-vermittelt-geheimtreffen-ld.1779636 (zuletzt aufgerufen am 09.01.2026).

Kulić, M. (2020). Populist communication in the post-truth age: A comparative analysis of treatment of journalists by Donald Trump and Aleksandar Vučić. *Journal of Regional Security*, *15*(1), 75-108.

Kupchan, C. A. (2005). Independence for Kosovo-Yielding to Balkan Reality. *Foreign Affairs*, *84*, 14.

Landau, D. M. (2017). The quest for legitimacy in independent Kosovo: the unfulfilled promise of diversity and minority rights. *Nationalities Papers*, *45*(3), 442-463.

Lang, A. and P. Leifeld (2008). Die Netzwerkanalyse in der Policy-Forschung: Eine theoretische und methodische Bestandsaufnahme. *Die Zukunft der Policy-Forschung*, 223-24. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Lavenex, S., & Schimmelfennig, F. (2009). EU rules beyond EU borders: theorizing external govern- ance in European politics. *Journal of European public policy*, *16*(6), 791-812.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Legrand, J. (2021). Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. *Europäisches Parlament*, 09/2021. Link: https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/159/gemeinsame-sicherheits-und-verteidigungspolitik (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Lehne, S. (2012) Kosovo and Serbia: Toward a Normal Relationship. *Carnegie Endowment for International Peace*, 13.03.2012. Link: https://carnegieendowment.org/posts/2012/03/kosovo-and-serbia-toward-a-normal-relationship?lang=en (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Lehne, S., Nechev, Z. & Grievenson, R. (2025). Access Before Accession: Rethinking the EU's Gradual Integration. *Carnegie Endowment for International Peace*, Link: https://carnegieendowment.org/research/2025/08/access-before-accession-rethinking-the-eus-gradual-integration?lang=en (zuletzt aufgerufen am 30.12.2025).

von der Leyen (2025). Good news for Kosovo! The transfer of local governance in the north after the recent local elections was peaceful. Thanks…[Tweet]. *X.com*, 17.12.2025. Link: https://x.com/vonderleyen/status/2001400736903573552 (zuletzt aufgerufen am 21.12.2025).

Lika, L. (2023). Kosovo's Bilateral Relations with Turkey: Between Cooperation and Mistrust. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 226-253). London, Routledge.

Lightfoot, S., Szent-Iványi, B., & Wolczuk, K. (2016). Mesmerized by enlargement: The EU's Eastern neighborhood policy and new member state transition experience. *East European Politics and Societies*, *30*(3), 664-684.

Lilleker, D. (2014). *Political communication and cognition*. Cham, Springer.

Lindsay, F. (2025). U.K. Expected To Ask Kosovo For Deal On Migration Deportation Hubs. *Forbes*, 26.05.2025. Link: https://www.forbes.com/sites/freylindsay/2025/05/26/uk-reportedly-to-ask-kosovo-for-deal-on-migration-deportation-hubs/ (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Liotta, P. H. (2003). Spillover effect: aftershocks in Kosovo, Macedonia and Serbia. *European Security*, *12*(1), 82-108.

Ljubomirović, A. (2022). The Concept of the Serbian World: A Copy of the Russian World or a Unique Idea for the Multidimensional Cohesion of the Serbian People?. *Master thesis*, Available at SSRN 4393859.

Locke, J. (1847). *An essay concerning human understanding*. Philadelphia, Kay & Troutman.

Loew, D. (2013). Decentralization as a model for conflict transformation: the case of Kosovo. *CCS Working Papers*, Link: https://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2014/5057/pdf/wp16_loew.pdf (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Lončar, J. (2016). State-building and local resistance in Kosovo: Minority exclusion through inclusive legislation. *Communist and Post-Communist Studies*, *49*(3), 279-290.

Lončar, J. (2019). Cultural Heritage in Kosovo. Strengthening exclusion through inclusive legislation. In Pavlović, A., Draško, G. P., & Halili, R. (Eds.). (2019). *Rethinking Serbian-Albanian relations: Figuring out the enemy, 180-196*. London, Routledge.

Lumezi, A. & Baccini, F. (2025). Suspended Funds, Suspended Progress. The Impact of European Union Measures on Kosovo. Kosovo 2.0, 09.07.2025. Link: https://archive.kosovotwopointzero.com/en/suspended-funds-suspended-progress/ (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Luxembourg Development Cooperation (2021). *Luxembourg's development cooperation and its partners: Kosovo*, Link: https://www.cooperation.lu/en/2020/luxembourgs-development-cooperation-and-its-partners/bilateral-cooperation/kosovo (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Mac Ginty, R. (2018). Where is the local? Critical localism and peacebuilding. In *The 'Local Turn' in Peacebuilding* (pp. 24-40). London, Routledge.

Mac Ginty, R., & Richmond, O. P. (2013). The local turn in peace building: A critical agenda for peace. *Third world quarterly*, *34*(5), 763-783.

Mahmutaj, N. & Seebass, F. (i.E.). Neo-Ottomanism or Pan-European Partnership? Shifting EU Perceptions of Turkey's influence in the Western Balkans. *Wydra, D., Beshku, K., & Koxha, K., Adapting to Contestation: New Dynamics of the EU-Western Balkan Relations*. London, Palgrave Macmillan.

Mahr, E. (2018). Local contestation against the European Union rule of law mission in Kosovo. *Contemporary security policy*, *39*(1), 72-94.

Major, C., & Mölling, C. (2010). EU-Battlegroups: Bilanz und Optionen zur Weiterentwicklung europäischer Krisenreaktionskräfte. *SWP-Studie* No. S 22/2010.

Malcolm, N. (1998). Kosovo. *A short history*. Papermac, London.

Maliqi, A. (2024). The Moment of Truth for Kosovo Serbs. *Heinrich Böll Stiftung Belgrade*, 21.11.2024. Link: https://rs.boell.org/en/2024/11/21/moment-truth-kosovo-serbs (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Maloku, R. (2024). Journalism against indifference. Journalists from minority communities at the forefront of inclusive journalism. *Kosovo 2.0*, 19.04.2024. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/journalism-against-indifference/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Manners, I. (2002). Normative power Europe: a contradiction in terms?. *JCMS: Journal of common market studies*, *40*(2), 235-258.

Manners, I. (2008). The normative ethics of the European Union. *International affairs*, 45-60.

Manners, I. & T. Diez (2007). Reflecting on normative power Europe. *Power in world politics*. Routledge, 2007. 173-188.

Manu, D. (2019). The EU's Institutional Set-up and Political Concerns Influencing the Visa Liberalisation Process with Kosovo: A View from Brussels. In Armakolas, I., Demjaha, A., Elbasani, A., & Schwandner-Sievers, S., *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood* (273-298). Prishtina, Kosovo Foundation for Open Society.

Marciacq, F., Emini, D., & Zweers, W. (2022). *France and Visa Liberalisation for Kosovo: Ready to Move Forward?*. The Hague, Clingendael Institute.

Marciacq, F., & Le Quiniou, R. (2022). L'engagement de la France dans les Balkans occidentaux. *Études de l'Ifri*, Link: https://www.ifri.org/sites/default/files/migrated_files/documents/atoms/files/marciacq_lequiniou_france_balkans_occidentaux_2022.pdf (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Márkusz, L. (2019). Hungarian View on the Independence of Kosovo. In Krisztián Csaplár-Degovics (ed.), *"These were hard times for Skanderbeg, but he had an ally, the Hungarian*

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Hunyadi." Episodes in Albanian–Hungarian Historical Contacts, 231-255. Budapest, Hungarian Academy of Sciences.

Mari, C. 2015. A monument between Brotherhood and Unity and Adem Jashari. *Kosovo 2.0*, 30.10.2015. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/a-monument-between-brotherhood-and-unity-and-adem-jashari/ (zuletzt aufgerufen am 21.12.2024).

Matlary, J. H. (2011). Partnerships to the East and South: A 'Win-Win'Policy. In *NATO: The power of partnerships* (pp. 60-82). London, Palgrave Macmillan UK.

McKinna, A. (2012). The Vetëvendosje Movement in Kosovo: an increasing focus on nationalism. *Balkanalysis. com*, (02), 1-4.

Mehmetaj, E. (2019). Kosovo's controversial 100 percent tariff: An analysis of its imposition and the issues bleeding into the conflict between Kosovo and Serbia. *Brooklyn Journal of International Law*, *45*, 879.

Mehmeti, L. I. (2017). Kosovar identity: Challenging Albanian national identity. *Australian and New Zealand Journal of European Studies*, *9*(1).

Menasse, R. (2022). *Die Erweiterung*. Frankfurt, Suhrkamp Verlag.

Merkel, W. (1996). Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?. *Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*, 303-332.

Mertus, J. A. (2009). Operation allied force: Handmaiden of independent Kosovo. *International Affairs*, *85*(3), 461-476.

Meurs, W. V. (2000). The Balkans and the new European responsibilities: Strategy paper to the Club of Three and the Balkans.*Club of Three,* Link*: https://www.cap.uni-muenchen.de/download/2000/balkan1.PDF (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).*

Miller, S. I., & Fredericks, M. (1996). Can There Be" Rules" for Qualitative Inquiry. *Journal of Thought*, *31*(2), 61-71.

Milić, A. (2018). Women and nationalism in the former Yugoslavia. In *Gender Politics and Post-Communism* (pp. 109-122). London, Routledge.

Ministry of Justice (2024). *Republic of Kosovo Strategy on Transitional Justice 2024-2034*. Link: https://kryeministri.rks-gov.net/wp-content/uploads/2024/06/STRATEGY-ON-TRANSITIONAL-JUSTICE-IN-REPUBLIC-OF-KOSOVO-2024-2034.pdf (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Misha, Piro (2002). Invention of a nationalism: Myth and amnesia. In S. Schwandner-Sievers (Hg.): *Albanian identities: Myth and history.* Indiana University Press, 33-48.

Mole, R. CM, ed (2007). *Discursive constructions of identity in European politics*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.

Molonay, M. (2023). Kosovo monastery siege ends after heavy gun battles. *BBC*, 24.09.2023. Link: https://www.bbc.com/news/world-europe-66905091 (zuletzt aufgerufen am 02.09.2025).

Montanaro, L. (2009). *The Kosovo statebuilding Conundrum: addressing fragility in a Contested State*. Madrid, FRIDE.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Montoya-Galvez, C. (2025). Kosovo agrees to accept U.S. deportations of migrants from other countries. *CBS News*, 11.06.2025. Link: https://www.cbsnews.com/news/kosovo-accept-u-s-deportations-of-migrants-from-other-countries/ (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Moravcsik, A. & F. Schimmelfennig (2004). Liberal Intergovernmentalism. *European integration theory*: 67-87.

Moravcsik, A. & M. A. Vachudova (2003). National interests, state power, and EU enlargement. *East European Politics and Societies* 17.1 42-57.

Morhayim, L., Tropp, L. R., & Maloku, E. (2024). Examining beliefs about reconciliation and social integration in Kosovo: Testing effects of interethnic contact and differences in perspective among ethnic Albanians and Serbs. *European Journal of Social Psychology*, *54*(1), 48-65.

Morina, E. (2023). Kosovo–Germany Relations: Germany's Role in Strengthening Kosovo's Statehood. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 159-174). London, Routledge.

Morillas, P. (2011). Institutionalization or intergovernmental decision-taking in foreign policy: The implementation of the Lisbon Treaty. *European Foreign Affairs Review*, *16*(2).

Müftüler-Baç, M. (2016). The European Union and Turkey: transforming the European periphery into European borderlands. *Robert Schuman Centre for Advanced Studies Research Paper No. RSCAS, 12*.

Muharremi, R. (2013). The Role of the United Nations and the European Union in the Privatization of Kosovo's Socially-Owned Enterprises. *German Law Journal*, *14*(7), 889–925.

Mungiu-Pippidi, A. (2008). The EU as a Transformation Agent. Lessons learned from governance reforms in East Central Europe. *Hertie School of Governance Working Paper 33, 2008.*

Mušanović, M. (2021). Various attempts to investigate war crimes in post-conflict Kosovo. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II.* KFOS, 193-208.

Musliu, V. (2017). Multi-ethnic democracy as an autoimmune practice: The case of international missions in Kosovo. *The British Journal of Politics and International Relations*, *19*(1), 188-201.

Musliu, V. (2019). Spectres of Kosovo: 20 years of liminality and aporia. *Journal of Intervention and Statebuilding*, *13*(5), 556-565.

Musliu, V. (2021a). *Europeanization and statebuilding as everyday practices: Performing Europe in the Western Balkans*. London, Routledge.

Musliu, V. (2021b). The Berlin Process for the Western Balkans. What is in a name?. *The Journal of Cross-Regional Dialogues/La Revue de dialogues inter-régionaux.*

Musliu, V., & Chao, I.M. (Hgg.). (2024). *Feminist Encounters in Statebuilding: The Role of Women in Making the State in Kosovo* (1st ed.). London, Routledge.

MZV (2025). Ministry of Foreign Affairs changes network of diplomatic missions and strengthens economic diplomacy. *Embassy of the Slovak Republic in Podgorica*, 25.03.2025.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Link: https://www.mzv.sk/en/web/podgorica-en/pressreleasedetail?p_p_id=sk_mzv_portal_pressrelease_detail_portlet_PressReleaseDetailPortlet&p_p_lifecycle=0&groupId=10182&articleId=28219558 (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

NATO (2001). *NATO and Russia: Partners in Peacekeeping*, 19.02.2001. Link: https://www.nato.int/docu/presskit/010219/brocheng.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Nay, O. (2013). Fragile and failed states: Critical perspectives on conceptual hybrids. *International Political Science Review*, *34*(3), 326-341.

Nechev, Z., Madhi, G., Ćerimagić, A., & Ničić, J. (2017). The Berlin Process. What worked and what did not work? And why?. *Institute for Democracy "Societas Civilis"; Open Society Foundation for Albania*, Link: https://idscs.org.mk/wp-content/uploads/2017/07/The-Berlin-process-EFB-2017-FINAL-WEB-VERSION-1.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Nenezic, D. (2022). Legal framework for Kosovo Serbs tailored to Pristina (part six and summary): Census and proposals for a new Kosovo policy. *KoSSev*, 01.04.2022. Link: https://kossev.info/legal-framework-for-kosovo-serbs-tailored-to-pristina-part-six-and- summary-census-and-proposals-for-a-new-kosovo-policy/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Neuhaus, M. (2019). Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union am Beispiel des Kosovo. Welche Akteursqualität weist die EU in Bezug auf die EULEX-Mission im Kosovo auf? Europa zwischen Gestern und Morgen – Herausforderungen für die EU. *Passauer Journal für Sozialwissenschaften 7*(1), 28.

Neumann, I. B. (1999) *Uses of the other:" the East" in European identity formation*. Vol. 9. University of Minnesota Press.

Neyer, J. (2007). Welche Integrationstheorie braucht Europa?. *Integration* 4/2007, 382-393.

Nič, M. (2019). Slovakia: Diplomatically engaged with Kosovo, but no recognition. In *The politics of recognition and engagement: EU member state relations with Kosovo* (pp. 147-171). Cham, Springer International Publishing.

Nič, M., & Seebass, F. (2024). Wie die US-Wahlen den Westbalkan umkrempeln könnten. *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, Link: https://dgap.org/de/forschung/publikationen/wie-die-us-wahlen-den-westbalkan-umkrempeln-koennten (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Nikaj, B., & Lika, L. (2023). Kosovo and Belgium: Dynamics and Factors of a Solid Relationship. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 98-114). London, Routledge.

Nissel, H. (2014). Gesellschaft, Raum und Macht. Aufgaben, Defizite und Neues zur Kritischen Geopolitik (Teil 2). *Österreichische Militärische Zeitschrift 02*, 16-25. Link: https://www.oemz-online.at/download/attachments/43614650/C_P_14_1(1)_Nissel.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Njegoš, P. I. P. (2007). The mountain wreath (V. D. Mihailovich, Trans.). In *National Romanticism: The Formation of National Movements* (428-435). Budapest, Central European University Press.

Norris, D. (1999). *In the wake of the Balkan myth: questions of identity and modernity*. Cham, Springer Verlag.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Noucheva, G. (2008). Policies towards Kosovo, 1999–2007: Imperialistic Intended. *In* Tocci, N. (Hg.), *Who is a normative foreign policy actor? The European Union and its Global Partners*. Brussels, Centre for European Policy Studies.

Nullmeier, F. (2001). Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?. *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, 285-311. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

OECD (2025). Cuts in official development assistance: OECD projections for 2025 and the near term. *Organisation for Economic Cooperation and Development*, Link: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2025/06/cuts-in-official-development-assistance_e161f0c5/8c530629-en.pdf (zuletzt aufgerufen am 28.12.2025).

ÖGfE (2024). ÖGfE-Umfrage: 20 Jahre EU-Erweiterung – Kaum Skepsis zu Mitgliedschaft der Nachbarn, doch Zurückhaltung bei neuen Beitritten. *Österreichische Gesellschaft für Europapolitik*, 30.04.2024. Link: https://www.oegfe.at/umfragen/erweiterung_2024/ (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Ohnesorge, H. W. (2020). *Soft Power*. Tel Aviv, Reut Institute.

Opfer-Klinger, B. (2013). 1913 als Kriegsjahr: Südosteuropa und die Balkankriege. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 12/2013, 15-21.*

Oral History Kosovo (2013). *Pajazit Nishu, Interviews vom 25. Juni und 31. Juli 2013.* Link: https://oralhistorykosovo.org/pajazit-nushi/ (zuletzt aufgerufen am 19.12.2024).

OSCE (2009). Kosovo non-majority communities within the primary and secondary educational systems. *Organization for Security and Co-operation in Europe MISSION IN KOSOVO*, April 2009. Link: https://www.osce.org/files/f/documents/4/8/36978.pdf (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

OSCE (2019). Assessment of voluntary returns in Kosovo. *Organisation for Security and Co-operation in Europe*, Link: https://www.osce.org/sites/default/files/f/documents/3/8/440726.pdf (zuletzt aufgerufen am 25.12.2025).

Osland, K. M., & Peter, M. (2019). The double proximity paradox in peacebuilding: implementation and perception of the EU rule of law mission in Kosovo. *European security*, *28*(4), 493-512.

Öztürk, A. E., & Akgönül, S. (2019). Turkey: Forced marriage or marriage of convenience with the Western Balkans?. In *The Western Balkans in the world* (pp. 225-240). London, Routledge.

Öztürk, T. (2023). Timeline: How tensions between Serbia and Kosovo escalated into deadly clashes over a year. *Anadolu Agency*, 26.09.2023. Link: https://www.aa.com.tr/en/europe/timeline-how-tensions-between-serbia-and-kosovo-escalated-into-deadly-clashes-over-a-year/3000891 (zuletzt aufgerufen am 23.12.2025).

Öztürk, T. (2024). Kosovo Serbs boycott extraordinary local elections in Serb-majority municipalities. *Anadolu Agency*, 22.04.2022. Link: https://www.aa.com.tr/en/europe/kosovo-serbs-boycott-extraordinary-local-elections-in-serb-majority-municipalities/3198497 (zuletzt aufgerufen am 25.08.2025).

Paasi, A. (2021). Problematizing 'Bordering, Ordering, and Othering'as Manifestations of Socio-Spatial Fetishism. *Tijdschrift voor economische en sociale geografie*, *112*(1), 18-25.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Pabst, V. (2024). «Albin Kurtis Strategie im Norden Kosovos ist erfolgreich», sagt der Balkan-Experte Marko Prelec. *Neue Zürcher Zeitung*, 12.09.2024. Link: https://www.nzz.ch/international/kosovo-serbien-kurtis-konfrontationskurs-schafft-fakten-ld.1847053 (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Paçarizi, G. (2025). Elections 2025: The election campaign begins. *Kosovo 2.0*, 10.01.2025. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/elections-2025-the-election-campaign-begins/ (zuletzt aufgerufen am 20.01.2025).

Palokaj, A. (2013). Kosovo – EU Relations: The History of Unfulfilled Aspirations? Lost opportunities in Kosovo's European integration process. *Forum 2015*, Link: https://osfwb.org/wp-content/uploads/2024/11/Kosovo-Eu-Relations-The-History-of-Unfulfilled-Aspirations.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.12.2025).

Pavković, M. (2022). Key elements needed for progress in the normalisation of relations between Kosovo and Serbia. A perspective from Kosovo and Serbia. *Centra za evropske politike*, Link: https://cep.org.rs/en/publications/key-elements-needed-for-progress-in-the-normalisation-of-relations-between-kosovo-and-serbia/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Peni, B. (2024). In Divided Kosovo, Some Albanians and Serbs Do Come Together – at Work. *Balkan Insight*, 26.12.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/12/26/in-divided-kosovo-some-albanians-and-serbs-do-come-together-at-work/ (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Peterson, V. S. (1993). The politics of identity in international relations. In *The Fletcher Forum of World Affairs* (Vol. 17, No. 2, pp. 1-12).

Pettifer, J. (2000). Wirtschaft und Gesellschaft in Kosovo von 1945 bis heute. In: J. Reuter, & K. Clewing (Hrsg.), *Der Kosovo Konflikt. Ursachen-Verlauf- Perspektiven* (S. 139–155). Klagenfurt, Weser.

Petritsch, W., & Pichler, R. (2004). *Kosovo-Kosova. Der lange Weg zum Frieden*. Klagenfurt, Wiesner Verlag.

Phillipps, J. (2020). The role of epistemic communities: Local think tanks, international practitioners and security sector reform in Kosovo. In *International-Led Statebuilding and Local Resistance* (pp. 131-149). London, Routledge.

Picciano, N. (2019). Liberal Peacebuilding and the Challenge of Ethnic Divisions in Kosovo:'Nobody Told us from Belgrade that they are No Longer our Ministry of Education'. In Armakolas, I., Demjaha, A., Elbasani, A., & Schwandner-Sievers, S., *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood* (165-197). Prishtina, Kosovo Foundation for Open Society.

Poland in Albania (2024). Consular presence of the Republic of Poland in the Republic of Kosovo. *Website of the Republic of Poland*, 19.04.2024. Link: https://www.gov.pl/web/albania-en/consular-presence-of-the-republic-of-poland-in-the-republic-of-kosovo (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Pollack, M. A. (2004). The new institutionalisms and European integration. *European integration theory*, 125-143.

Pollard, L. (2024). Launch of Labour Friends of Kosovo. *Luke Pollard MP*, 27.02.2024. Link: https://www.lukepollard.org/news/2024/02/27/launch-of-labour-friends-of-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 28.08.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Popović, S. (2024). Kurti's unilateral takeover of North Kosovo: Pre-election boost which risks increasing tensions. *European Western Balkans*, 10.09.2024. Link: https://europeanwesternbalkans.com/2024/09/10/kurtis-unilateral-takeover-of-north-kosovo-pre-election-boost-which-risks-increasing-tensions/ (zuletzt aufgerufen am 25.01.2025).

Pouliot, V., & Cornut, J. (2015). Practice theory and the study of diplomacy: A research agenda. *Cooperation and conflict*, *50*(3), 297-315.

Preussen, W. (2022). Kosovo, Serbia reach deal over car plate dispute, EU says. *Politico*, 24.11.2022. Link: https://www.politico.eu/article/kosovo-and-serbia-reach-last-minute-deal-over-car-plates-dispute-josep-borrell-aleksandar-vucic-albin-kurti/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Prtorić, J. (2018). We learn the past differently. *Kosovo 2.0*, 28.09.2018. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/we-learn-the-past-differently/ (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Pula, B. (2005). A Changing Society, A Changing Civil Society–Kosovo's NGO Sector After the War. *Kosovar Institute for Policy Research and Development*.

Qehaja, F. (2017). *International Or Local Ownership? Security Sector Development in Post-Independent Kosovo*. Washington D.C., Westphalia Press.

Radin, A. (2014). Analysis of current events:"towards the rule of law in Kosovo: EULEX should go". *Nationalities papers*, *42*(2), 181-194.

Radosavljević, J. & Radivojević, D. (2021). Civil society organizations in the Serb community in Kosovo Between perceptions and presentation. *Open Society Foundations Western Balkans*, April 2021. Link: https://osfwb.org/wp-content/uploads/2024/11/Civil-society-organizations-in-the-Serb-community-in-Kosovo-Between-perceptions-and-presentation-.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Raik, K. (2006). The EU as a regional power: extended governance and historical responsibility. *A responsible Europe? Ethical foundations of EU external affairs*, 76-97.

Ramirez, R. (1999). Stakeholder analysis and conflict management. In *Cultivating peace: conflict and collaboration in natural resource management*. Ottawa, IDRC.

Ratiu, C. E. (2011). Balkangovernance. In *Externe EU-governance* (pp. 135-162). Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Regjeringen (2022). Changes to Norway's diplomatic presence abroad. *Government.no*, 09.09.2022. Link: https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/changes_abroad/id2927100/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Reka, B. (2003). *UNMIK as an international governance in post-war Kosova: NATO's intervention, UN administration and Kosovar aspirations*. Skopje, Logos-A.

Reljić, D. (2013). EU-Erweiterungspolitik im Westbalkan: Missliche Zeiten für schwierige Kandidaten. *EU-Außenpolitik in Zeiten der Finanz-und Schuldenkrise, SWP S*, *9*, 11-19.

Reljić, D. (2021). The EU's quest for strategic autonomy in the Western Balkans: Why it flopped. *In Search of EU Strategic Autonomy: What Role for the Western Balkans*, 33-39.

Republika e Kosovës (2013). Law on ratification of the first international agreement of principles governing the normalization of relations between the Republic of Kosovo and the Republic

10.15772/ANDRASSY.2026.002

of Serbia. *Law No. 04/L-199*, 27.06.2013. Link: http://old.kuvendikosoves.org/common/docs/ligjet/Law%20on%20ratification%20of%20agreement%20-normalization%20of%20relations%20between%20Kosovo%20and%20Serbia.pdf (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Reuter, J., & Clewing, K. (Hrsg.). (2000). *Der Kosovo Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven.* Klagenfurt, Wieser Verlag.

Reuter, J. (2000a). Serbien und Kosovo-Das Ende eines Mythos. In: J. Reuter, & K. Clewing (Hrsg.), *Der Kosovo Konflikt. Ursachen-Verlauf- Perspektiven* (S. 139–155). Wieser Verlag.

Reuter, J. (2000b). Zur Geschichte der UÇK. In: Jens Reuter/Konrad Clewing (Hgg.): *Der Kosovo Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven.* Klagenfurt, Wieser Verlag, 171-186.

Rey, J. (2018). Kosovo. *Hänsel, L., & Feyerabend, F. C. (Hgg.), The influence of external actors in the Western Balkans: a map of geopolitical players*. Berlin, Konrad Adenauer Stiftung.

Richmond, O. (2008). The UN and liberal peacebuilding: Consensus and challenges. In *Contemporary peacemaking: Conflict, peace processes and post-war reconstruction* (pp. 257-270). London, Palgrave Macmillan UK.

Richmond, O., Björkdahl, A., & Kappler, S. (2011). The emerging EU peacebuilding framework: confirming or transcending liberal peacebuilding?. *Cambridge review of international affairs*, *24*(3), 449-469.

Richter, S., & Wunsch, N. (2020). Money, power, glory: the linkages between EU conditionality and state capture in the Western Balkans. *Journal of European Public Policy*, 27(1), 41-62.

RIDEA (2024). Shaping Peace: Women's Inclusion in the Kosovo-Serbia Peace Process. *Research Institute of Development and European Affairs*, Link: https://www.ridea-ks.org/uploads/ShapingPeace.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Risse, T. (2012). Identity matters: Exploring the ambivalence of EU foreign policy. *Global policy*, *3*, 87-95.

Robelli, E. (2018). Kosovo, unser Kanton. *Swiss Community*, 22.05.2018. Link: https://www.swisscommunity.org/de/news-medien/schweizer-revue/artikel/kosovo-unser-kanton (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Roberts, G. (2006). History, theory and the narrative turn in IR. *Review of international studies*, *32*(4), 703-714.

Rogel, C. (2003). Kosovo: Where it all began. *International Journal of Politics, Culture, and Society*, *17*, 167-182.

Roser, T. (2022). Serbiens Präsident Vucic – Feuerwehrmann für selbst geschürte Brände. *Frankfurter Rundschau*, 30.12.2022. Link: https://www.fr.de/politik/feuerwehrmann-fuer-selbst-geschuerte-braende-aleksandar-vucic-92001349.html (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Rotaru, V., & Troncotă, M. (2017). Continuity and change in instrumentalizing 'The Precedent'. How Russia uses Kosovo to legitimize the annexation of Crimea. *Southeast European and Black Sea Studies*, *17*(3), 325-345.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

RSF (2024). Kosovo. *Reporters without Borders,* Link: https://rsf.org/en/country-kosovo (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Rudic, F. (2017). Serbia's Vucic Sparks Intrigue over Constitution Changes. *Balkan Insight*, 11.08.2017. Link: https://balkaninsight.com/2017/08/11/vucic-raises-questions-on-serbian-constitutional-amendments-08-10-2017/ (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Ruggie, J. G. (1993). Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations. *International organization*, *47*(1), 139-174.

Sadiku, M. (2017). Traditional mediation practices at a decentralized level: a resource for or an obstacle to Kosovo's state-building process?. *State-building in post-independence Kosovo: Policy Challenges and Societal Considerations,* 331-349. Prishtina, Kosovo Foundation for Open Society.

Saeed, R. (2023). Failing the States: The Fragility of the State-Failure Paradigm. In *Routledge international handbook of failure* (pp. 379-389). London, Routledge.

Said, E. W. (1978). *Orientalism*. New York, Pantheon Books

Sainovic, A. (2023). Bilateral Relations between Kosovo and North Macedonia: Condemned to Cooperate?. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 197-210). London, Routledge.

Sarajevo Times (2024). *Borrell welcomed the Decision of Kosovo and Serbia on mutual Recognition of License Plates*, 09.01.2025. Link: https://sarajevotimes.com/borrell-welcomed-the-decision-of-kosovo-and-serbia-on-mutual-recognition-of-license-plates/ (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Savić, B. (2014). Where is Serbia? Traditions of spatial identity and state positioning in Serbian geopolitical culture. *Geopolitics*, *19*(3), 684-718.

SCF (2018). EU reacts to scandal of Turks' abduction in Kosovo: Arrests were arbitrary, against EU principles. *Stockholm Center for Freedom,* 03.04.2018. Link: https://stockholmcf.org/eu-reacts-to-scandal-of-turks-abduction-in-kosovo-arrests-were-arbitrary-against-eu-principles/ (zuletzt aufgerufen am 30.07.2025).

Schatz, E. (Hg.). (2013). *Political ethnography: What immersion contributes to the study of power*. University of Chicago Press.

Scheufele, D. A., & Tewksbury, D. (2007). Framing, agenda setting, and priming: The evolution of three media effects models. *Journal of communication*, *57*(1), 9-20.

Schieder, S. & M. Spindler (2010). *Theorien der internationalen Beziehungen*. Stuttgart, Barbara Budrich/UTB, 2010.

Schimmelfennig, F. (1999). The double puzzle of EU enlargement: Liberal norms, rhetorical action, and the decision to expand to the East. *Paper Presented at the ECSA Sixth Biennial International Conference*, Pittsburgh, 3-5 June 1999. Link: https://www.academia.edu/26264472/The_Double_Puzzle_of_EU_Enlargement_Liberal_Norms_Rhetorical_Action_and_Expansion_to_the_East (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Schimmelfennig, F. (2003). *The EU, NATO and the integration of Europe: Rules and rhetoric*. Cambridge University Press, 2003.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Schimmelfennig, F. (2008). EU political accession conditionality after the 2004 enlargement: consistency and effectiveness. *Journal of European public policy*, *15*(6), 918-937.

Schimmelfennig, F. (2010). Europeanisation beyond the member states. *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (ZSE)/Journal for Comparative Government and European Policy*, 319-339.

Schimmelfennig, F. (2014). Enlargement and Integration Capacity. A Framework for Analysis. *MAXCAP Working Paper Series 1*.

Schimmelfennig, F. (2015). Europeanization beyond Europe. *Living reviews in European governance*, *10*(1).

Schmitt, O. J. (2008). *Kosovo: kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*. Köln, UTB.

Schmitt, O. J. (2012). *Die Albaner: Eine Geschichte zwischen Orient und Okzident* (Vol. 6031). München, CH Beck.

Schneider, Henrique (2017). Lëvizja Vetëvendosje! – Oligarchien- und Systemkritik im Kosovo. *Forum für Mittelost- und Südosteuropa*, 01.03.2017. Link: https://www.fomoso.org/mosopedia/recherchen/levizja-vetevendosje-oligarchien-und-systemkritik-im-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 15.01.2025).

Schöpflin, G. (2002). The Nature of Myth: Some Theoretical Aspects. *Albanian Identities: Myth and History*, 26-32. Indiana University Press.

Schöttler, P. (1997). Wer hat Angst vor dem" linguistic turn"?. *Geschichte und Gesellschaft*, *23*(H. 1), 134-151.

Schubert, K., & Bandelow, N. C. (2014). *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*. Berlin, Walter de Gruyter.

Schubert, K. & Klein, M. (2018). *Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge* 7. Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung.

Schwandner-Sievers, S. (2002). *Albanian identities: myth and history*. Indiana University Press.

Schwandner-Sievers, S. (2010). Invisible - Inaudible: Albanian Memory of Socialism after the War in Kosovo. In: *Post-Communist Nostalgia, edited by Maria Todorova and Zsuzsa Gille, 96–112*. Oxford, UK, Berghahn Books

Schwandner-Sievers, S. (2013). Democratisation through defiance? The Albanian Civil Organisation 'self-determination'and international supervision in Kosovo. *Civil society and transitions in the Western Balkans* (pp. 95-116). Palgrave Macmillan, London.

Security Council (2007). Report of the Special Envoy of the Secretary-General on Kosovo's future status. *S/2007/168*, 26.03.2007. Link: https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/Kosovo%20S2007%20168.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.01.2025).

Security Council (2007). Letter dated 26 March 2007 from the Secretary-General addressed to the President of the Security Council. *S /2007/168*, 26.03.2007. Link: https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/Kosovo%20S2007%20168.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.12.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Security Council (2008). Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo. *S/2008/692*, 24.11.2008. Link: https://unmik.unmissions.org/sites/default/files/s-2008-692_0.pdf (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Seebass, F. M. (2017). 'Networking peace'. Comprehensive strategies for sustainable conflict management in a complex security environment - the German approach. In *Human Geography Conflict, Territories and Identities*. Vol. Master. Radboud University Nijmegen.

Seebass, F. M. (2022). Licence plates to kill?. *Contemporary Southeastern Europe, 9*(2), 81-91. Link: https://unipub.uni-graz.at/cse/periodical/titleinfo/8304789? (zuletzt aufgerufen am 03.01.2026).

Seebass, F. M. (2023). Nationbuilding gegen Nationalismus? Die Bestrebungen der Europäischen Union, die „albanische Frage" in Kosovo zu lösen. In: *Konzepte der NATION im europäischen Kontext im 21. Jahrhundert: Geschichts-, politik- und sprachwissenschaftliche Zugänge* (pp. 245-263). Berlin/Heidelberg, Springer.

Seebass, F.M. (2024). Serbia Has Crossed the EU's Rubicon; Germany and Its Allies Must Respond. *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, Link: https://dgap.org/en/research/publications/serbia-has-crossed-eus-rubicon-germany-and-its-allies-must-respond (zuletzt aufgerufen am 22.12.2025).

Seebass, F.M. (2025a). Between 'Balkan Route' and 'European Path'. Harnessing societal ties to bridge discursive divides across Europe. *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Link: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/bruessel/22095.pdf (zuletzt aufgerufen am 24.08.2025).

Seebass, F.M. (2025b). Making the enlargement momentum work – the case for timelines. *SWP Working Paper Nr. 01/2025*, Link: https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/WP_Enlargement_Momentum_Seebass.pdf (zuletzt aufgerufen am 30.12.2025).

Seebass, F.M. & Vulović, M. (2025). Addressing local needs in the dialogue between Serbia and Kosovo. *BiEPAG*, 09.06.2025. Link: https://www.biepag.eu/blog/addressing-local-needs-in-the-dialogue-between-serbia-and-kosovo (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Sejdiu, M. (2017). Flagging and banal nationalism confirm Kosovo's statehood, but that's not the full picture. *Kosovo 2.0*, 22.02.2017. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/flagging-statehood-banal-nationalism-important-kosovar-identity-theyre-not-full-picture/ (zuletzt aufgerufen am 14.01.2024).

Sejdiu, M. (2024). Hungary and Kosovo, a Cautiously Active Relationship. *Foreign Policy Review* 17/2024, 76-100. Budapest, Hungarian Institute of International Affairs.

Selenica, E. (2017). Crafting exclusive nations? The role of education in post-war Kosovo. *State-building in post-independence Kosovo: Policy challenges and societal considerations*, 95. Prishtina, Kosovo Foundation for Open Society.

Semić, N. (2017). Contested Territory-History Textbooks and the Domestic Politics of Education in Kosovo. *State-building in post-independence Kosovo: Policy Challenges and Societal Considerations*, 311. Prishtina, Kosovo Foundation for Open Society.

Sempa, F. P. (2017). *Geopolitics: From the Gold War to the 21st Century*. London, Routledge.

Senato (2016). Sessione II: I Balcani occidentali e l'UE: cooperazione e integrazione. *Documentazione per le Commissioni Riunioni interparlamentari Conferenza interparlamentare per la politica estera, la sicurezza e la difesa comuni 2 - 4 settembre 2016, Bratislava*, Link:

10.15772/ANDRASSY.2026.002

https://www.senato.it/show-doc?id=987259&leg=17&tipodoc=DOSSIER&part=dossier_dossier1-sezione_sezione2-h1_h18 (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Serwer, D. (2019). Kosovo and Serbia: Loveless Marriage, Difficult Divorce. In *From War to Peace in the Balkans, the Middle East and Ukraine* (pp. 71-90). Cham, Springer International.

Shahini, B. (2016). What do Serbs learn? *Prishtina Insight*, 14.04.2016. Link: https://prishtinainsight.com/what-do-serbs-learn/ (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Shehu, B. (2025). Kosovo ohne Regierung, ohne Parlament und ohne Haushalt. *Deutsche Welle*, 24.11.2025. Link: https://www.dw.com/de/institutionelle-krise-in-kosovo-keine-regierung-kein-parlament-kein-haushalt/a-74864971 (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

Sherifi, S. G. (2023). Kosovo–Croatia Bilateral Relations: A Rapport Beyond Statehood. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 115-129). London, Routledge.

Shopov, V. (2022). Kosovo: China's spot of absence. Mapping China's rise in the Western Balkans. *European Council on Foreign Relations*, Link: https://ecfr.eu/special/china-balkans/kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Shore, C., & Wright, S. (2003). *Anthropology of policy: Perspectives on governance and power*. London, Routledge.

Short, J. R. (2002). *An introduction to political geography*. London, Routledge.

Shtuni, A. (2016). *Dynamics of radicalization and violent extremism in Kosovo*. Washington, United States Institute of Peace.

Shuka, A. (2025). Adis Ahmetovic: EU-Integration des Westbalkan vorantreiben. *Deutsche Welle*, 18.07.2025. Link: https://www.dw.com/de/adis-ahmetovic-eu-integration-des-westbalkan-vorantreiben/a-73321114 (zuletzt aufgerufen am 01.08.2025).

Si, N. (2021). Spanish public TV hostile toward Kosovo, writes name during soccer match in lower-case. *Euronews Albania*, 01.04.2021. Link: https://euronews.al/en/spanish-public-tv-hostile-toward-kosovo-writes-name-during-soccer-match-in-lower-case/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Si, N. (2024). Balkan Growth Plan, a condition for Belgrade and Pristina is dialogue. *Euronews Albania*, 05.07.2024. Link: https://euronews.al/en/balkan-growth-plan-a-condition-for-belgrade-and-pristina-is-dialogue/ (zuletzt aufgerufen am 02.09.2025).

Si, N. (2025). Peter Sorensen is expected to succeed Lajčák in the Kosovo-Serbia dialogue. *Euronews Albania*, 19.01.2025. Link: https://euronews.al/en/peter-sorensen-is-expected-to-succeed-lajcak-in-the-kosovo-serbia-dialogue/ (zuletzt aufgerufen am 24.01.2025).

Simonsen, S. G. (2004). Nationbuilding as peacebuilding: Racing to define the Kosovar. *International Peacekeeping*, *11*(2), 289-311.

Sjursen, H. (2013). The EU as a 'normative'power: how can this be?. In *Civilian or Military Power?* (pp. 67-83). London, Routledge.

Skendaj, E. (2014). *Creating Kosovo: International oversight and the making of ethical institutions*. Cornell University Press.

Škorić, M., & Bešlin, M. (2017). Politics of memory, historical revisionism, and negationism in postsocialist Serbia. *Filozofija i društvo/Philosophy and Society*, *28*(3), 631-650.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Smith, A. (2023). COMMENT: Russia would be the only winner from conflict in Kosovo. *bne Intellinews*, 03.10.2023. Link: https://www.intellinews.com/comment-russia-would-be-the-only-winner-from-conflict-in-kosovo-295241/ (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

Smith, M. E. (2013). The European External Action Service and the security–development nexus: organizing for effectiveness or incoherence?. *Journal of European Public Policy*, *20*(9), 1299-1315.

Smith, N. R., Markovic Khaze, N., & Kovacevic, M. (2021). The EU's stability-democracy dilemma in the context of the problematic accession of the Western Balkan states. *Journal of contemporary European studies*, *29*(2), 169-183.

Sontag, S. (2003). *Regarding the Pain of Others*. United Kingdom, Penguin Books Limited.

Sörensen, J. S. (2009). *State collapse and reconstruction in the periphery: Political economy, ethnicity and development in Yugoslavia, Serbia and Kosovo*. Oxford, Berghahn Books.

Speckhard, A., & Shajkovci, A. (2017). Drivers of Radicalization and Violent Extremism in Kosovo: Women's Roles in Supporting, Preventing & Fighting Violent Extremism. *Washington: International Center for the Study of Violent Extremism*.

Staeger, U. (2016). Africa–EU relations and normative power Europe: A decolonial pan-African critique. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, *54*(4), 981-998.

Stakić, I. & Bjeloš, M. (2015). The future of civic protection in north Kosovo. *Belgrade Centre for Security Policy & Kosovar Center for Security Studies*, Link: https://qkss.org/images/uploads/files/Future_of_Civil_Protection_in_North_Kosovo_481717.pdf (zuletzt aufgerufen am 08.09.2025).

Statistical Office of Kosovo (2003). KOSOVO and its Population. *European Stability Initiative*, Link: https://www.esiweb.org/pdf/bridges/kosovo/16/14.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.01.2025).

Stefanović, D. (2005). Seeing the Albanians through Serbian eyes: The Inventors of the Tradition of Intolerance and their Critics, 1804-1939. *European History Quarterly*, *35*(3), 465-492.

Steinkamm, A. A. (2000). Völkerrecht, Humanitäre Intervention und Legitimation des Bundeswehr-Einsatzes. *Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, (05-06), 229-258.

Stankovski, B. (2021). The role of the EU in framing and reframing the Belgrade-Prishtina Negotiations: The case of land swap proposal. In: I. Armakolas et al. (Hg.): *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II.* KFOS, 369-394.

Stobbe, H. G. (2011). European Governance. Ein Beitrag zu ihrem normativen Fundament. In *Externe EU-Governance* (pp. 55-82). Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Stojanovic, M. & Isufi, P. (2023). Kurti, Vucic Trade Blame as Tensions in North Kosovo Worry EU. *Balkan Insight*, 27.10.2023. Link: https://balkaninsight.com/2023/10/27/kurti-vucic-trade-blame-as-tensions-in-north-kosovo-worry-eu/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Stokkendal Poulsen, K. (2014). *The Agreement*. Kopenhagen, Bullitt Film.

Stone, D. A. (1988). *Policy paradox and political reason*. Northbrook, Scott Foresman & Company.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Stratulat, C. (2025). The EU's enlargement file: still lost in translation. *European Policy Centre*, 04.11.2025. Link: https://www.epc.eu/publication/the-eus-enlargement-file-still-lost-in-translation/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Subotić, J. (2016). Narrative, ontological security, and foreign policy change. *Foreign policy analysis, 12*(4), 610-627.

Sundhaussen, H., & Clewing, K. (Eds.) (2016). *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*. Böhlau Verlag, Wien.

Szpala, M. (2016). Hostages to dialogue. The process of normalising Serbian-Kosovar relations. *Centre for Eastern Studies*, 08.06.2016.

Tadić, K. (2017). Hybrid Institutions? International Templates and Political Patronage in the Recruitment of Civil Servants in Kosovo. *State-building in post-independence Kosovo: Policy Challenges and Societal Considerations*, 53.

Tatham, A. F. (2009). *Enlargement of the European Union*. Netherlands, Kluwer Law International.

Taylor, A. (2022). EU welcomes energy agreement between Kosovo and Serbia. *Euractiv*, 22.06.2022. Link: https://www.euractiv.com/section/energy- environment/news/eu-welcomes-energy-agreement-between-kosovo-and-serbia/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Taylor, A. & B. Halla (2022). Kosovo to require temporary IDs for Serbs from 1 August. *Euractiv*, 26.07.2022. Link: https://www.euractiv.com/ section/enlargement/news/kosovo-to-require-temporary-ids-for-serbs-from-1-august/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Taylor, S. J., Bogdan, R., & DeVault, M. (2015). *Introduction to qualitative research methods: A guidebook and resource*. Hoboken, John Wiley & Sons.

Taylor-Braçe, A. (2023). Deputy PM: Kosovo has more exchanges with Greece than most EU countries. *Euractiv*, 22.12.2023. Link: https://www.euractiv.com/section/politics/news/deputy-pm-kosovo-has-more-exchanges-with-greece-than-most-eu-countries/ (zuletzt aufgeruifen am 26.07.2025).

Taylor-Braçe, A. (2024). Kosovo closer to joining Council of Europe, Serbia attacks Greek delegate. *Euractive*, 17.04.2024. Link: https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/kosovo-closer-to-joining-council-of-europe-serbia-attacks-greek-delegate/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Taylor-Braçe, A. & Alipour, N. (2024). Silence over Kosovo's stalled Council of Europe bid as France, Italy dig in their heels. *Euractive*, 25.09.2024. Link: https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/silence-over-kosovos-stalled-council-of-europe-bid-as-france-italy-dig-in-their-heels/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Taylor-Braçe, A. & Gabrizova, Z. (2024). Unterstützung für Serbien im Kosovo-Konflikt: Slowakei kündigt Aufstockung der NATO-Truppen an. *Euractiv*, 22.11.2024. Link: https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/unterstuetzung-fuer-serbien-im-kosovo-konflikt-slowakei-kuendigt-aufstockung-der-nato-truppen-an/ (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Tela, V. & Konushevci, A. (2024). Çka bën Zyra e Kinës në Prishtinë?. *Radio Evropa e Lirë*, 12.05.2025. Link: https://www.evropaelire.org/a/kina-prania-kosove-zyra-nderlidhese-/32941567.html (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Telò, M. (2006). Europe: a civilian power? European Union. *Global Governance, World Order* 31: 60.

Tesija, V. & Bami, Xh. (2025). Serbia Angered by Defence Pact Linking Croatia, Albania and Kosovo. *Balkan Insight*, 20.03.2025. Link: https://balkaninsight.com/2025/03/20/serbia-angered-by-defence-pact-linking-croatia-albania-and-kosovo/ (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

TEU (2008): *Consolidated Version of the Treaty on European Union* [2008] OJ C115/13.

The Government of the Republic of Serbia (o.D.). *Brussels Agreement. First Agreement of Principles Governing the Normalization of Relations*. Link: https://www.srbija.gov.rs/specijal/en/120394 (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

Tilly, C. (1985). War Making and State Making as Organized Crime. Evans, P., D Rueschemeyer and T. Skocpol (eds.), *Bringing the State Back In*, 169-185. Cambridge University Press.

Tocci, N. (2007). *The EU and conflict resolution: promoting peace in the backyard*. London, Routledge.

Tocci, N. (2008). Profiling normative foreign policy: the European Union and its global partners. In *Who is a normative foreign policy actor? The European Union and its global partners* (pp. 1-23). Brussels, Centre for European Policy Studies.

Tocci, N. (2012). Turkey and the European Union. *The Routledge Handbook of Modern Turkey*. London, Routledge.

Tocci, N. (2021). The European Union and Peacebuilding. *The Oxford Handbook of Peacebuilding, Statebuilding, and Peace Formation*, 288-299.

Todorova, M. (1997). *Imagining the Balkans*. New York, Oxford University Press.

Todorovic, S. (2024). Hate and Lies: How the Serbian Authorities Shut Down a Peacebuilding Festival. *Balkan Insight*, 01.07.2024. Link: https://balkaninsight.com/2024/07/01/hate-and-lies-how-the-serbian-authorities-shut-down-a-peacebuilding-festival/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Tomic, O. M. (2006). *Balkan Sprachbund morpho-syntactic features* (Vol. 67). Springer Science & Business Media.

Trauner, F. (2009). From membership conditionality to policy conditionality: EU external governance in South Eastern Europe. *Journal of European Public Policy*, *16*(5), 774-790.

Trencsényi, B., & Kopeček, M. (2007). *National Romanticism: The Formation of National Movements* (1–). Central European University Press, Link: https://books.openedition.org/ceup/2229 (zuletzt aufgerufen am 23.01.2025).

Triantafyllou, G. (2014). KFOR and Provision of Security in Northern Kosovo: Tracing the sources of protracted insecurity. *Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (Working Paper Nr, 48/2014) pg*, *6*.

Triantafyllou, G. (2018). From Kosovo Liberation Army to Kosovo Security Force and beyond: The Question of Kosovo Armed Force. *State-building in post-independence Kosovo: Policy challenges and societal considerations*, 353ff.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Trkanjec, Z. (2021). Kosovo PM Kurti: Serbian president Vucic is ‘the problem’. *Euractiv*, 30.09.2021. Link: https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/kosovo-pm-kurti-serbian-president-vucic-is-the-problem/ (zuletzt aufgerufen am 26.12.2025).

Troncotă, M. (2017). Four Years of EU Mediation Efforts in the ‘Brussels Dialogue of the Deaf’: Analysing the Negotiations for the Association/Community of Serb Municipalities in Kosovo. *State-building in post-independence Kosovo: Policy Challenges and Societal Considerations*, 215. Pristina: Kosovo Foundation for Open Society.

Troncotă, M., & Ioniță, D. (2018). Between domestic politics and international law: Assessing Romania's non-recognition policy of Kosovo’s declaration of independence. In *Kosovo: Sui Generis or Precedent in International Relations* (208-238). Belgrad, Institute of International Politics and Economics.

Tuathail, G. Ó. (1996). *Critical geopolitics: The politics of writing global space*. Vol. 6. University of Minnesota Press.

Tuathail, G. Ó. & J. Agnew (1992). Geopolitics and discourse: practical geopolitical reasoning in American foreign policy. *Political geography* 11.2, 190-204.

United Nations (1999). *RESOLUTION 1244 (1999)*. Link: https://unmik.unmissions.org/sites/default/files/old_dnn/Res1244ENG.pdf (zuletzt aufgerufen am 30.12.2024).

United Nations (2000). *Report of the Panel on United Nations Peace Operations*, 21.08.2000. Link: https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/a_55_305_e_brahimi_report.pdf (zuletzt aufgerufen am 08.08.2025).

United Nations (2010). Adopting Consensus Resolution, General Assembly Acknowledges World Court Opinion on Kosovo, Welcomes European Union Readiness to Facilitate Process of Dialogue. *UN Press*, 09.09.2010. Link:https://press.un.org/en/2010/ga10980.doc.htm (zuletzt aufgerufen am 21.08.2025).

UNOSEK (2005). Guiding principles of the Contact Group for a settlement of the status of Kosovo. *United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo*, Archiviert hier: https://web.archive.org/web/20061221234536/http://www.unosek.org/docref/Contact%20Group%20-%20Ten%20Guiding%20principles%20for%20Ahtisaari.pdf (zuletzt aufgerufen am 03.01.2025).

United States Mission to the United Nations (2021). *Remarks at a UN Security Council Briefing on Kosovo*, 15.10.2021. Link: https://usun.usmission.gov/remarks-at-a-un-security-council-briefing-on-kosovo-2/ (zuletzt aufgerufen am 14.01.2025).

UNMIK (2001). REGULATION NO. 2001/9 A CONSTITUTIONAL FRAMEWORK FOR PROVISIONAL SELF-GOVERNMENT IN KOSOVO. *Special Representative of the Secretary-General*, 15.05.2001. Link: https://unmik.unmissions.org/sites/default/files/regulations/02english/E2001regs/RE2001_09.pdf (zuletzt aufgerufen am 10.01.2025).

U.S. Congress (2025). H.R.5274 - Western Balkans Democracy and Prosperity Act. *Bill*, 10.09.2025. Link: https://www.congress.gov/bill/119th-congress/house-bill/5274/text (zuletzt aufgerufen am 02.02.2026).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

U.S. Embassy (2022). *Joint Statement on Kosovo by the Governments of the United States, France, Italy, Germany, and the United Kingdom*, 23.04.2022. Link: https://rs.usembassy.gov/joint-statement-on-kosovo-by-the-governments-of-the-united-states- france-italy-germany-and-the-united-kingdom/ (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

U.S. Mission Kosovo (2025). *Announcing Suspension of Strategic Dialogue with Kosovo*. 12.09.2025, Link: https://xk.usembassy.gov/st_9122025/ (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

Vangeli, A. (2019). China: A new geo-economic approach to the Balkans. In *The Western Balkans in the World* (pp. 205-224). London, Routledge.

Vickers, M. (1998). *Between Serb and Albanian : A history of Kosovo*. New York, Columbia University Press.

Vickers, M. (2011). *The Albanians: a modern history*. London, Bloomsbury Publishing.

Vila Sarriá, P. (2019). The Kosovo Question in Spanish Domestic Politics: A View from Catalonia. In Armakolas, I., Demjaha, A., Elbasani, A., & Schwandner-Sievers, S., *Local and International Determinants of Kosovo's Statehood* (321-350). Prishtina, Kosovo Foundation for Open Society.

Visoka, G. (2017). *Shaping peace in Kosovo: The politics of peacebuilding and statehood*. Cham, Springer.

Visoka, G. (2019). Kosovo: between Western and non-Western states. In *The Western Balkans in the World* (pp. 108-125). London, Routledge.

Visoka, G., & Doyle, J. (2016). Neo-functional peace: The European Union way of resolving conflicts. *JCMS: journal of common market studies*, *54*(4), 862-877.

Visoka, G., & Musliu, V. (Eds.). (2019). *Unravelling liberal interventionism: Local critiques of statebuilding in Kosovo*. London, Routledge.

Vladisavljević, N. (2012). Kosovo and two dimensions of the contemporary Serb-Albanian conflict. In *After Yugoslavia: Identities and Politics Within the Successor States* (pp. 26-42). London, Palgrave Macmillan UK.

VOA (2009). Russia Threatens to Block Kosovo's UN Membership. *Voice of America*, 27.10.2009. Link: https://www.voanews.com/a/a-13-2008-04-02-voa39-66816492/256335.html (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Vojak, D. (2024). The Participation of Roma in the Yugoslav Partisan Movement as an Argument for their Recognition as a National Minority in Socialist Yugoslavia. In: *Wer ist Walter? International Perspectives on Resistance in Europe during World War II*. Sarajevo, Historijski muzej bosne i Hercegovine.

Vrkić, N. (2015). The unfinished trial of Slobodan Milošević: Justice lost, history told. *UvA-DARE (Digital Academic Repository) University of Amsterdam*, 189-280.

Vukasović, D. (2020). *Constructing A (EU)ropian Identity*. Belgrad, Institut za političke studije.

Vukpalaj, A. (2023). Kosovo and Montenegro: A Relationship Based on Euro–Atlantic Perspective. In *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* (pp. 175-196). London, Routledge.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Vuksanovic, V. (2021). Euroviews. France has become Serbia's new best friend in the EU | View. *Euronews*, 12.02.2021. Link: https://www.euronews.com/my-europe/2021/02/12/france-has-become-serbia-s-new-best-friend-in-the-eu-view (zuletzt aufgerufen am 26.07.2025).

Vulović, M. (2022). The Berlin Process in the Western Balkans: big ideas, difficult implementation. *SWP Comment* No. 70/2022

Vulović, M. (2023). Der Normalisierungsprozess zwischen Kosovo und Serbien: wie die EU die Implementierung des" europäischen Vorschlags" absichern kann. *SWP Aktuell*, 09.03.2023.

Wach, K. (2017). Europeanisation: Its definition, research approaches and dimensions. *Macro-, meso- and microeconomic dimensions of Europeanisation*, 15-31. Warszawa, Wydawnictwo Naukowe PWN.

Walton, D. (2007). Evaluating practical reasoning. *Synthese*, *157*, 197-240.

Warren, C. AB. (2002). Qualitative interviewing. *Handbook of interview research: Context and method* 839101: 83-101. Thousand Oaks, Sage Publishing.

Weber, B., & Bajrami, A. (2018). The original framework of the political dialogue. *Democratization Policy Council. DPC–KFOS Policy Paper*.

Weller, M. (2008). *Negotiating the final status of Kosovo* (Vol. 114). Paris, Institute for Security Studies.

Weller, M. (2009). *Contested statehood: Kosovo's struggle for independence.* Oxford University Press.

West, R. (2010). *Black lamb and grey falcon: A journey through Yugoslavia*. New York, Open Road Media.

De Wet, E. (2009). The governance of Kosovo: Security Council Resolution 1244 and the establishment and functioning of Eulex. *American Journal of International Law*, *103*(1), 83-96.

WFD (2021). Retaining its most valuable resource? Western Balkan countries lose up to 2.46 billion euros annually due to youth emigration. *Westminster Foundation for Democracy*, 31.08.2021. Link: https://www.wfd.org/commentary/retaining-its-most-valuable-resource-western-balkan-countries-lose-246-billion-euros (zuletzt aufgerufen am 24.08.2025).

Wiener, A., T. Börzel & T. Risse, Hrgg (2019). *European integration theory*. Oxford University Press.

Wiener, A. & T. Diez (2004). Introducing the mosaic of integration theory. *European integration theory*. Oxford University Press.

Wiesinger, B. N. (2008). *Partisaninnen: Widerstand in Jugoslawien 1941-1945* (Vol. 17). Wien, Böhlau Verlag.

van Wijk, N. (1923). Taalkundige en historische gegevens betreffende de oudste betrek-kingen tusschen Serven en Bulgaren. *Mededelingen der Koninklijke Akademie van Wetenschappen, afdeling letterkunde part*, *55*, 55-76.

Wikimedia (2006). Fund020.jpg. *Wikimedia Commons*. Link: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fund020.jpg (zuletzt aufgerufen am 20.08.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Wiśniewski, J. (2019). Poland: Recognition, but No Diplomatic Relations with Kosovo. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 103-122). Cham, Springer International Publishing.

Wittkowsky, A. (2019). Time for the EU to Refocus on Kosovo and the Region. *Carnegie Endowment for Democracy,* 05.09.2019. Link: https://carnegieendowment.org/europe/strategic-europe/2019/09/time-for-the-eu-to-refocus-on-kosovo-and-the-region?lang=en (zuletzt aufgerufen am 14.01.2024).

Wittkowsky, A. (2021). Gründerzeit im Kosovo: Übergangsverwaltung, Wirtschaftswunder und andere Überraschungen. In: Matthias Dornfeldt/Enrico Seewald (Hg.): *Deutschland – Kosovo. Die Geschichte einer Partnerschaft*. Halle/S., Mitteldeutscher Verlag.

Wodak, R. (2009). *The discourse of politics in action: Politics as usual*. Cham, Springer.

Wolff, L. (1994). *Inventing Eastern Europe: The map of civilization on the mind of the Enlightenment*. Stanford University Press.

Woods, J. (2023). Two Hungarian soldiers lost their legs after Kosovo attack. *Daily News Hungary*, 12.09.2023. Link: https://dailynewshungary.com/two-hungarian-soldiers-lost-their-legs-in-kosovo-attack/ (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

World Bank Group (2016). Resilient Growth Amid Rising Risks. *South East Europe Regular Economic Report*, Fall 2016.

Wouters, J., & Naert, F. (2001). The EU and conflict prevention: a brief historic overview. *Institute for International Law, Working Paper No. 52.* Link: https://www.researchgate.net/profile/Jan-Wouters-2/publication/265146858_The_Eu_and_Conflict_Prevention_A_Brief_Historic_Overview/links/5447a1710cf22b3c14e0f30f/The-Eu-and-Conflict-Prevention-A-Brief-Historic-Overview.pdf (zuletzt aufgerufen am 02.02.2025).

Wunsch, N. (2018). EU enlargement and civil society in the Western Balkans. *Palgrave Studies in European Union Politics.* London, Palgrave Macmillan.

Xhambazi, V. (2018). *The Kosovo Moment the United States and the Post-cold War Balkans*. Norfolk, Old Dominion University.

Xhambazi, V. (2024). Four Years of Kosovo's Stalled Foreign Policy Under Kurti Government. *Sbunker*, 12.11.2024. Link: https://sbunker.org/en/analize/ngecja-katervjecare-e-qeverise-kurti-ne-politiken-e-jashtme/ (zuletzt aufgerufen am 01.09.2025).

Xhambazi, V. (2025). Designing Effective Track Two Diplomacy in the Kosovo-Serbia Dispute Utilizing Non-State Actors in Conflict Resolution. *Sbunker*, 23.05.2025. Link: https://sbunker.org/en/punime/designing-effective-track-two-diplomacy-in-the-kosovo-serbia-dispute-utilizing-non-state-actors-in-conflict-resolution/ (zuletzt aufgerufen am 02.09.2025).

Xharra, J. & P. Isufi (2022). EU Envoy Sets 2024 Deadline for Kosovo-Serbia Deal. *Balkan Insight*, 29.06.2022. Link: https://balkaninsight.com/2022/06/29/eu-envoy-sets- 2024-deadline-for-kosovo-serbia-deal/ (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

Zdravkovski, A., & Ramet, S. P. (2019). The Proposed Territorial Exchange between Serbia and Kosovo. *Insight Turkey, 21(2),* 10-22. Link: https://www.insightturkey.com/commentaries/the-proposed-territorial-exchange-between-serbia-and-kosovo (zuletzt aufgerufen am 21.08.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Zeneli, S. (2025). Kosovo - Denmark Agreement Enters into Force: What do you need to know. *Re-Act Lab*, 18.03.2025. Link: https://www.re-actlab.org/our-work/re-act-explains/re-act-explains-kosovo-denmark-agreement (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Zeneli, S., Smolica, G., & Morina, A. (2023). Kosovo in the Berlin Process: Addressing Uncertainties and Harnessing Opportunities. *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Link: https://library.fes.de/pdf-files/bueros/kosovo/20925.pdf (zuletzt aufgerufen am 29.12.2025).

Zeqiri, D. (2016). Kosovo's civil society is a product of its post-war roots. *Kosovo 2.0*, 14.12.2016. Link: https://kosovotwopointzero.com/en/kosovos-civil-society-product-post-war-roots/ (zuletzt aufgerufen am 21.01.2025).

Zeqiri, A. (2024). Headcount Results Show Kosovo Faces Declining Population and Rising Urbanization. *Prishtina Insight*, 20.12.2024. Link: https://prishtinainsight.com/headcount-results-show-kosovo-faces-declining-population-and-rising-urbanization/ (zuletzt aufgerufen am 20.01.2025).

Zeqiri, A. & Berisha, A. (2024). Kosovo Government Unveils Plan for Museum of Genocide. *Prishtina Insight*, 18.12.2024. Link: https://prishtinainsight.com/kosovo-government-unveils-plan-for-museum-of-genocide/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Zhinipotoku, Z. & Semini, Ll. (2025). Kosovo's authorities close parallel institutions run by the country's ethnic Serb minority. *Associated Press*, 15.01.2025. Link: https://apnews.com/article/kosovo-serbs-parallel-institutions-02d1cbfbfde4cd8cff2e4be704cfc99b (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Žižek, S. (2009). *First as tragedy, then as farce*. London, Verso Books.

Zogiani, A. (2011). Kosovo's Direct Democracy. *Balkan Insight*, 01.03.2011. Link: https://balkaninsight.com/2011/03/01/kosovo-s-direct-democracy/ (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

Zupančič, R., & Pejič, N. (2018). *Limits to the European Union's normative power in a post-conflict society: EULEX and peacebuilding in Kosovo*. Cham, Springer Open.

Zupančič, R., & Udovič, B. (2011). Lilliputian in a Goliath World: the Preventive Diplomacy of Slovenia in Solving the Question of Kosovo's Independence. *Romanian Journal of Political Science*, *11*(2).

Zweers, W. (2022). The Dutch position on Kosovo's EU visa liberalisation process. Light at the end of the tunnel?. *Clingendael Policy Briefs*, 11.08.2022, Link: https://www.clingendael.org/publication/dutch-position-kosovos-eu-visa-liberalisation-process (zuletzt aufgerufen am 27.07.2025).

Zweers, W. (2024). Unblocking decision-making in EU enlargement. Qualified Majority Voting as a way forward? *Clingendael Policy Briefs*, 19.06.2025. Link: https://www.clingendael.org/publication/unblocking-decision-making-eu-enlargement (zuletzt aufgerufen am 30.12.2025).

Zweers, W. & de Boon, M. (2022). Overcoming EU internal dividing lines in the Belgrade-Pristina dialogue. *Clingendael Policy Brief*, Link: https://www.clingendael.org/sites/default/files/2022-04/Policy_brief_Overcoming_EU_internal_dividing_lines_Belgrado_Pristine_Dialogue.pdf (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

ANHANG

- Interviews
- Google Forms: Umfrage „Positions of EU member states towards Kosovo”
- Staatliche Anerkennung und bilaterale Beziehungen relevanter Staaten zu Kosovo

10.15772/ANDRASSY.2026.002

ANNEX: Liste der Interviews (Reihenfolge wie durchgeführt)

1. Besa Luci, Chefredakteurin der Plattform Kosovo 2.0, 21.08.2023, Prishtina
2. Besnik Bislimi, Stellvertretender Ministerpräsident Kosovos, Minister für Europäische Integration und Chefverhandler im Dialog mit Serbien, 24.08.2023, Prishtina
3. Sébastien Gricourt, Berater des Ministerpräsidenten Kosovos und seines Stellvertreters, entsandt durch die französische Regierung, 24.08.2023, Prishtina
4. Hochrangige:r EU-Beamte:r in Kosovo (anonym), 04.02.2025, Prishtina
5. Bekim Blakaj, Direktor des Humanitarian Law Centers in Kosovo, 05.02.2025, Prishtina
6. Edita Tahiri, ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin und Chefverhandlerin Kosovos im Dialog mit Serbien (2011-2017), 06.02.2025, Prishtina
7. Ramadan Ilazi, Forschungsdirektor des Kosovo Center for Security Studies (KCSS) & former deputy minister for European integration in the Kosovo government (PDK; 2015-2016), 06.02.2025, Prishtina
8. Agon Maliqi, außenpolitischer Experte, 08.02.2025, Prishtina
9. Mytaher Haskuka, Abgeordneter im kosovarischen Parlament (Vetëvendosje) und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Prizren, 11.02.2025, Prishtina
10. Marigona Shabiu, Geschäftsführerin der NRO Youth Initiative for Human Rights (YIHR), 11.02.2025, Prishtina
11. Miodrag Milićević, Leiter der NRO KTIV in Nordmitrovica, 12.02.2025, Prishtina
12. Jovana Radosavljević, Leiterin der NRO New Social Initiative in Nordmitrovica, 12.02.2025, Nordmitrovica
13. Dušan Reljić, Westbalkan-Experte und ehemaliger Leiter des Brüsseler Büros der SWP, Brüssel, 30.04.2025
14. EAD-Beamte:r in Brüssel (anonym), Brüssel, 22.04.2025
15. Augustin Palokaj, langjähriger Brüssel-Korrespondent für Koha Ditore, Brüssel, 05.05.2025
16. Pierre Mirel, ehemaliger hochrangiger EU-Kommissionsbeamter zuständig für Erweiterung, Brüssel, 06.05,2025
17. Haakon Blankenborg, ehemaliger Sonderbeauftragter Norwegens für den Westbalkan (2023-2024), online, 15.05.2025
18. Viola von Cramon, ehemalige MEP und Berichterstatterin für Kosovo (2019-2024) & Đorđe Bojović, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen im Europaparlament zum Thema EU-Erweiterungspolitik (seit 2021), online, 04.07.2025
19. Vjosa Musliu, Assoziierte Professorin für Europäische Integration, Vrije Universiteit Brussel (VUB), 09.07.2025
20. Vertreter:in der EU-Kommission (anonym), Brüssel, 24.07.2025
21. Vertreter:in Mitgliedstaat (anonym), Brüssel, 12.08.2025

10.15772/ANDRASSY.2026.002

1. Interview with Besa Luci, 21 August 11:30

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background, as well as your motivations?

- Originally from Prishtina, B.A. Studies in Political Sciences and Journalism at the American University in Bulgaria, M.A. in Journalism at University of Missouri
- 2008 return to Kosovo, working for civil society organisations; 2010 co-founding of Kosovo 2.0; teaching assistant at University of Prishtina until 2019
- Passionate about journalism, always learning new things; during M.A. focus magazines: wanted to introduce something new, missing to Kosovo media landscape + account for change of media landscape (digital formats etc); spark discussions in society
- In this regard, backlash and harsh reactions can even be positive as they show the impact and importance of the topics addressed
- Magazine aims at challenging society, dominant values and identities in Kosovo and beyond, which is one important aspect of journalism generally.

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)?

- Perception changed over the years; initially, it was about bringing the Western Balkans to the EU, including through statebuilding; EU as important donor & investor post-1999, helped building institutions and further Kosovo's compliance with the EU *acquis*, ultimately making the country ready for EU membership
- During the last decade, its role was most visible in the Dialogue with Serbia, although of course its work in different other policy fields continued
- EULEX' role seemed very clear: Rule of Law, justice, police
- EUHR (and also Quint format) on the one hand represents Brussels in Prishtina, but is also more involved in day-to-day business and different policy fields, including human rights and many others; make statements, work with political actors, and much was expected from them initially in terms of policy impact, but the issue of delayed visa liberalisation has harmed the reputation in Kosovo
- The institutions in Brussels are more perceived as the political face and involved with the Dialogue, although the role of the Commission is also seen a bit differently, e.g., due to the country reports
- Generally, there is a rather uniform perception of "the EU" in Kosovo as one entity
- The Quint format is understood as reinforcing the EU position, generally in agreement; a lot of coordination happening behind the scenes to ensure coherence (maybe except for the Trump / Grenell era)

a) What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- Generally, what the EU is – its structures, layers, the idea of a "European family"
- The membership perspective serves as a central leverage which UNMIK never had; there was never the perspective of joining the UN if UNMIK conditions were fulfilled
- Regular progress reports, the Stabilisation and Association Agreement (SAA; shq. MSA, *Marrëveshja e Stabilizim Asociimit*) as central document and the prospect of visa liberalisation have served as strong incentives for change and made the EU more powerful than other actors in this regard

10.15772/ANDRASSY.2026.002

b) What are in your experience dominant perceptions of the EU in Kosovo and how have these evolved since the beginning of the EU's activities in Kosovo?

- Ever since the issue of visa-liberalisation has been delayed again and again, there is widespread scepticism & disappointment, resulting in increasing mistrust
- Before that, the EU voice used to have a larger weight, e.g., when the progress reports where published, this would be widely discussed among media, (civil) society etc., but now the impact has much decreased
- The general perception is that the conditionality principle has failed and that the relationship has deteriorated especially due to the unfulfilled promise of visa-liberalisation as this virtually affects every citizen
- In the Dialogue, especially since the current government took office, the EU is perceived in Kosovo(-Albanian) society as biased towards the Serbian position and has lost even more in significance. In my perception (Besa), the approach to shake up the process as pursued by the VV-government is generally good, but is also mixed with populist narratives which could potentially be dangerous and pave the way to a more conservative society that in turn will be even more isolated ("vicious cycle"), but only time will tell
- Critical assessment: the power imbalance between the EU and Kosovo is an important leverage to influence institution-building etc., but due to the poor handling of the political process, the EU has lost reputation (+ lack accountability on the side of the EU) with negative consequences for Kosovo and the wider region
- Both policy & communication problem: The Dialogue has from the start been abused by the leaders of Kosovo and Serbia and interpreted completely differently, because the EU has allowed for the ambiguity and given the responsibility to the countries / citizens to hold leaders accountable, even though they have no agency in the process, while they assume the role of the neutral mediator, even though they have all the power
- In addition, multitude of actors and changing faces / positions who all bring their own interests and demands into the process (≠ coherent approach) + especially role of people from countries who do not recognise Kosovo (Borrell, Lajcak, Stano) – while domestic politicians are clearly also to blame for not implementing policies, the EU also is at fault
- In the end, "the EU cannot decide who it is and who it wants to be in the region" which is a root cause of many of the problems in the policies where it is chiefly involved

2) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why [regardless if it is 'good' or 'bad']?

- Not sure; possibly the legal framework and generally institution-building, and notably in day-to-day processes of keeping track with ongoing developments, giving advice, "raising alarm" and contributing to domestic policy processes; but not field of expertise

a) What was the actual role and impact of the EU in the post-war process prior to independence (≠ necessarily initial policy goals)?

- Pre-independence, the EU was not very present; OSCE / UNMIK more prominent
- EU = economic pillar in UNMIK framework, focus on reconstruction, institution-building
- Mostly UNMIK / International Civilian Representative (ICO) present also on political level: "supervised independence"

b) Which where the role and impact in the state- and nation building process after independence?

- After independence/when ICO left, EU = central actor, especially through EULEX/EUHR
- Contributing to variety of policies and fields, see above

10.15772/ANDRASSY.2026.002

c) What was the initial role of the EU in the process of rapprochement with Serbia and how has it since developed?

- The way it was presented and expected, the Dialogue was not seen as something that was going to proceed for a long time and would help more quickly to resolve the issued, although not necessarily resulting (quickly) in recognition of Kosovo by Serbia
- 2013 Brussels agreement hailed as "historical", but it was clear from day one that the agreements were not implemented, and in that way, it normalized the non-action in the relations between Serbia and Kosovo, as no sanctions were given to non-compliance
- In this regard, the non-positioning of the EU is very problematic; it is not clear what is the EU's "end game" and what the EU wants to be in the process
- In addition, the current central actors contribute to a feeling of bias against Kosovo and it seems to become a "never-ending process" as no clear final goal is defined
- Difference VV / prior governments (notably PDK): VV = perceived by EU actors as less cooperative / consulting compared to PDK → aims at shaking up the process, doing things differently
- prior governments had different relationships with the EU and were generally more accommodating vis à vis their demands, as long as the EU was not keeping too close an eye on their domestic affairs / undemocratic practices
- Seems like Kosovo is always supposed to just take things the way they are given by the EU
- The unequal power positions often result in a paternalistic relation from the EU and power abuse for which they cannot be held accountable; but also VV's position is not entirely clear and they need to find allies; not sure if/how Kosovo can benefit in current climate

d) How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?

- This has changed quite a lot since the start of the process, including internal changes (within EU and member states, also within Kosovo) → from hope to scepticism, and also the EU has become less assertive and present in this regard, so the incentive and perspective is increasingly missing in Kosovo

3) What are perceptions of Kosovo in the EU? (generally + different institutions)
   a) How have these perceptions evolved since the beginning of the EU's interventions in Kosovo?

- It depends on who you talk to / different institutions and how much they are involved (incl. Commission / EP = different MEPs)
- Generally, misinformation seems rather widespread and the Serbian narratives seem dominant, also due to better lobbying from the Serbian side
- Especially since the beginning of the full-scale war in Ukraine, the Balkans are a very unwelcome problem that the EU does not really want to deal with right now, and especially anger at Kurti for not taking a more agreeable position becomes apparent
- This is especially visible in the attitudes of leading member states involved in the process (Germany, France) but also from Brussels generally / member states representations: Kosovo should be thankful and not speak up; generally, lack of awareness of the effects of the policies of Serbia and the EU on Kosovo citizens & society

   b) How do they differ among member states, how does this become evident and how is this perceived in the population?
   c) What are the effects on the political level (domestic + foreign policies)?

- Germany and France as most powerful countries: different positions but clearly important

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Germany = stronger connection (diaspora etc); also UK used to be very important
- Hungary + other increasingly autocratic countries are not too much discussed in Kosovo, but their impact in EU policies more generally clearly affects the EUs political position, including when it comes to human rights & values, incl. on the domestic level in Kosovo (e.g., abortion legislation): weakens EU position further in the society and threatens regress on important reforms as it potentially affects the leverage of local activists
- E.g.: Civil code / LGBTQI rights: Activists pressed EU for support but they were reluctant; could have potentially made a difference to the outcome (same sex marriage)
- However, a general shift in the attitudes among the society towards LGBTQI rights could be witnessed in the last years, connected to broader (international) discussions on human rights, racism etc.

4) You were involved in different roles and formats with Manifesta14 Prishtina last year: As a board member, a narrator, panel discussant and probably a lot more behind the scenes. Can you please provide and overview of your roles and experiences?

- Still member of the board; most dominant role: governance, administration, finances (≠ programming) → general philosophy and oversight
- Contribute to Centre for Narrative Practice (CNP) = rather coincidence: interview had been recorded in advance, Valentina chose to include it, but no real role Besa in concept
- While Kosovo 2.0 sold magazines during Manifesta14, I (Besa) tried to keep a professional distance between the 2 positions (Editor in Chief Kosovo 2.0 / Board Member Manifesta)

a) A central aim of Manifesta14, apart from (re-)claiming public spaces, was to question dominant narratives on shared memories in Kosovo, which is also a central raison d'être of Kosovo 2.0. Can you please describe in your own words how the organisers – and you personally – went about achieving this prior to and during the festival?

- Notably Manifesta14 built on work that was already done in Prishtina / Kosovo generally by local organisations such as Kosovo 2.0, Shtatëmbëdhjetë and many more since the 90s: documentation, working on collective memory, and this also directed the organisers in the direction the festival finally took (public space, shared memories) → "something has been boiling here"; inclusion of many national and regional artists, young people (including in Manifesta team) and lots of national, regional and international attention
- CNP as "best part" of Manifesta: left behind something concrete
- Magnitude of Manifesta: great public; political bodies and parties coming together and standing behind the project + contribute greatly to it as well
- Debates during Manifesta = ongoing national / regional debates (debate fatigue even?)

b) What are the results and resounding echoes of these efforts in your perception (critical reflection)?

- Remains to be seen over the next years: which impact, inspiration for future work etc.
- Manifesta definitely brought increased visibility, networks, partnerships to the actors and organisations involved (including on national level – extension of "bubble" of usual artists and activists) → wider audience for salient topics addressed by Kosovo 2.0 and others
- CNP good example to follow up on future progress: how will it be used, by whom, to what ends
- Example Grand Hotel (personal perception): used to be difficult to access, but Manifesta showed the potential, what it could be; possibly made it more open today

10.15772/ANDRASSY.2026.002

c) What in your views are central themes or narratives in the discourse on shared identities, and how does Kosovo 2.0 interact with these? What is the impact that you see of your work and those you collaborate with (societal / political level)?

- Central identity narrative majority society = very static, based on "continuous" traditions: Being Albanian, traditional family / societal values & norms, as well as gender roles / sexuality → also most contested topics addressed by Kosovo 2.0, most heated reactions
- Kosovo 2.0 aims at challenging notions of identity as something static, unchanging: show that they are in fact manifold and constantly evolving and contested
- Not disregarding the past, but showing its effects on the present, and that this can differ for different people / not everyone has the same perception
- Questioning "what does it mean to be a Kosovar" and what do we as a society want Kosovo and Kosovars to be in terms of culture, values etc.; Using central dates from collective history and showing how these are multi-layered and "that there is never just one truth"
- 90s issue of Kosovo 2.0 Magazine: generational perspective, important contribution to discussion especially of traditions and their place in moder societies
- Inclusion of Diaspora voices: writing about identity a lot (e.g., perceptions in host/home communities as "not being German/Swiss/… enough" / "Dating an Albanian girl" – expectations and role of traditions including different facets and perceptions)

d) Brussels-based political scientist Vjosa Musliu in her 2019 paper "Spectres of Kosovo: 20 years of liminality and aporia" describes how Kosovo due to its contested status oscillates between conflicting and often silenced narratives of the past, and aspirations towards a nebulous 'European future'. She asks "whether the only way to imagine Kosovo is in it being permanently unfinished, oscillating between meanings, concepts and statuses". What would be your answer?

- Generally agree with her assessment, and the EU policy has greatly contributed to this reality: treats Kosovo as if it's just a minor problem on their agenda
- As a society, we should work more on what Kosovo *is* (society, institutions,...): Just because the process of independence is unfinished, it does not mean we cannot build a state (e.g., education etc.) BUT the status issue needs to be solved as it has an increasing effect on whole generations of Kosovars, esp. young people who increasingly question the benefits of being Kosovar (negative perception identity) and want to leave
- Not necessarily backlash on liberal developments, but maybe some cases (e.g., stronger focus religious identities, traditional values) but not general backlash; mostly emigration.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2. Interview with Dr. Besnik Bislimi, 24.08.2023 9:00 Uhr

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background, as well as your motivations?

- Economist with focus in macroeconomic policy and fiscal policy, originally academic / lecturer
- While the career was very good, started to question the logic and legacy: will it be enough to leave my children behind, given the situation of the corrupted government in Kosovo, or can I give more to society, even at high personal costs?
- Joined VV in 2010 as a critical approach was important to me, as well as the courage to tackle complex issues, and I accepted the consequences of not being included in projects any more (national / international level): no longer invited despite extensive expertise

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)?

- Many actors; same umbrella, but different specialisations
- General goal (normative approach): capacity building towards EU standards/integration: democratic standards, institutions, rule of law, minority policies etc.
- Facilitating Dialogue with Serbia based on two central documents: 2010 UN resolution welcoming EU role as mediator + SAA tying EU perspective to good neighbourly relations
- BUT in practice policy goes beyond this and EU actors are involved in domestic politics in multiple ways
- Engagement very much depending on personalities assigned to key positions, which are often occupied by people who for different reasons are not necessarily well-disposed towards Kosovo: representatives from non-recognising countries / with ties to Serbia (e.g., spouses) or Russia (EUHR Tomáš Szunyog educated in Moscow; appears content about sanctions imposed on Kosovo) → created bias against Kosovo, pro Serbia incl. in Brussels
- E.g., von der Leyen visit to Serbia and Kosovo + EU-sponsored projects: in Serbia visit to 1-billion-euro infrastructure project, in Kosovo kindergarten in Prishtina → why?
- Generally, the link between the political bodies and policies does not act in Kosovo's favour: many representatives from non-recognising countries, advisors with ties to / experiences in Serbia → strategy?

a) What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?
b) What are in your experience dominant perceptions of the EU in Kosovo and how have these evolved since the beginning of the EU's activities in Kosovo?

- EU's involvement is more comprehensive + higher leverage: 2 pillars
    - Finances: IPA, Western Balkans Investment Framework (WBIF)
    - Decisions/statements EUHR: direct consequences for integration perspective
- The result is that Kosovo has a much smaller bargaining power than the EU; often feels more like competition over the correct policies rather than partnership
  → recommendations welcome, but need to convince, not to be imposed
- Given the previous governments' mixture of incompetence and greed, it was easy for the EU to impose exactly what they wanted, but this is not true for the current government, so there should be an informed debate rather than EU 'experts' making the decisions and Kosovo adopting them
- Skills important, not nationality advisors; but their expectation often seems to be that the government in Kosovo should just follow their instructions, no partnership / discussion
- Sanctions are also reaction to the challenge of their power by non-submissive Kurti gov: sending a message to Kurti

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Also messages Lajčák to me (Bislimi): it is not about being right vis à vis the EU, you should just do what you are told even if it is harmful to your country if it brings you closer to the EU (cf. his own experience in Slovakia, e.g. agriculture)
- Kosovo gov perspective: ideals to make Kosovo better, EU as important partner in this
- 2022 Kosovo country report: while progress was made in almost all relevant areas, the strategy was to focus on shortcomings even in areas of little importance and downplaying the achievements. This was obvious especially in contrast with the report for North Macedonia which received much higher praise for less achievements → clearly, alignment / compliance with EU more important than internal developments
- EU office in Kosovo proposed to change status from "moderately prepared" to "well prepared" in some areas for 2023 country report – rejected in Brussels (according to insider information from EUHR office)
- Maybe connected to subconscious aversions towards Kosovo / current gov: cannot accept that they have become the master pupils and finding reasons to downplay success
- "EU failed Kosovo": despite massive achievements in democratic standards and economic growth, no membership CoE / visa-liberalisation / candidate status
  - ➔ Narratives (re-)produced to justify stance towards Kosovo (non-compliance with EU) while Serbian report is sugar-coated; no mention of lack of political alignment
  - ➔ When the French-German proposal was not signed by Serbia, Borrell decided to include it into the SAAs of both countries (Chapter 35) but blocked by Várhelyi who did not want funds towards Serbia to become blocked
- If the EU's goal really is to integrate the Western Balkans into their common market, it is obvious that regional convergence is needed, but in reality divergence in increased by cherry-picked support to countries like Serbia & Montenegro while others are left behind; this cherry-picking is economically illogical and favours Serbia disproportionately

<u>* Do you think this will change with a new EU Commission after the 2024 elections?</u>

- Not very optimistic: just like any government body, the Commission key figures take over core responsibilities and delegate other tasks; Kosovo is not a priority, which means that policies towards the country are extremely volatile to personnel decisions / personalities of those tasked with portfolio
- Bias very obvious in Dialogue: Kosovo's ambassador in Brussels has never been contacted by Borrel's office, while he regularly meets the Serbian ambassador
  + very little understanding Borrel and others of realities on the ground or even documents discussed in the Dialogue: e.g., management team should have been dismissed after deal was reached, but Borrel was not aware and invited them to return
  - ➔ This knowledge vacuum will not remain empty but is used by different actors to tilt the scale towards Serbian narratives
- Vučić: "800 mio € spent in north Kosovo" – but obviously did not reach the people, so the North is clearly used to divert funds – where? "what can be achieved in Brussels with 800 mio €" (Serbian lobbying alone in Brussels not very effective in my (Bislimi's) opinion)

2) Deputy Prime-Minister Bislimi, you are the head of the negotiating team of Kosovo in the so-called "Belgrade-Prishtina Dialogue". Could you please describe the aim, establishing and important developments?

- Official goal: full normalisation of relations with signed agreements
- BUT "10 bureaucrats in Brussels will give you 10 different interpretations": formulation intentionally vague, based on lack of agreement within EU on terms and desired outcomes
  - ➔ As long as we have 5 non-recognisers, we will not have a common policy / aim
  - ➔ "Prishtina-Belgrade" instead of "Kosovo-Serbia"

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- But as central terms remain undefined, the process continues to be exploited by all actors: "everyone can prepare the dish they want to serve from the ingredients provided", incl. continued non-recognition by Serbia, as this is not even a declared goal in the Dialogue
- As a result, there are 3 parties to the Dialogue with different interpretations
- According to US, 2022-2024 "window of opportunity" as no key elections interfering with process, so perfect to finally solve problem; but the message received by Serbia was to find a way to bridge these 2 years in a way that recognition would not become an issue: directly connected to repeated de-escalation which then was blamed on Kosovo government; crisis mode instead of negotiations based on alleged internal conflicts ("it is not about licence plates!") → game created by Serbia, EU / internationals play along
- "What nobody understands in Brussels is that expecting the Dialogue to produce results is an illusion" → it does not produce results but *careers*, esp. international diplomats (cf. Michael Drexler + advisor from CEU; Nikolaus Graf Lambsdorff (cousin of Alexander))
- The outcome is irrelevant to Brussels, as long as the process continues; Lajčák: "If people talk, guns don't" → important to keep the process going and provide the image of progress (e.g.; Kurti & Bislimi address to Lajčák in Ohrid NOT to pronounce agreement as it would be harmful for Kosovo, but Lajčák insisted – lack of appearance of progress harmful to ?)

a) To which final outcome is the Dialogue designed to contribute and, in your opinion, how suited is this format to achieve the set goals, and why?
b) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and how do they position themselves to it?
c) How do the different EU institutions interact in the process, and which role do the member states play?
d) How in your impression is Kosovo positioned vis à vis Serbia by the mediators?
e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- SHOULD be EEAS + Kosovo and Serbia with clearly assigned roles (negotiating parties + mediator) but in practice much more contaminated: Commission, Council, Member States, US all relevant actors to the process; e.g., modification needed in agreement as Cyprus would not accept text – what does that have to do with Cyprus?
  → non-recognisers' influence as central obstacle to self-proclaimed "neutrality" EU
- Mediators' strategy: first technical agreements, then political; but does not work / no implementation from Belgrade
- In fact, they negotiate with Belgrade and then want to force Kosovo to accept the outcome rather than negotiate on eye-level and aim to keep strong leverage on Kosovo
- E.g., "Arrangement between the EU and Kosovo on the implementation of EU 27 from June 3rd" between Lajčák and Bislimi on 10 July 2023; next meeting of chief negotiators planned for week after (18 July) and understanding that sanctions would be terminated before BUT intervention Várhelyi: uphold sanctions to keep tight grip on Kosovo
- Conflict Lajčák & Várhelyi: former accuses later of being pro-Serbian and pro sanctions
- But also Lajčák is afraid for his career: When discussions between Kosovo and Serbia were undertaken bilaterally in the framework of the Berlin process, he made sure that a reference to the Brussels agreement was included in the declaration of the summit: role Brussels (= himself) to be given priority over bilateral processes (despite the fact that countless bilateral agreements exist between WB countries + regional agreements in framework of Berlin Process as complementary)
- DG NEAR has leverage + exercises influence through funds that they control → strong position Várhelyi and his (government's) priorities

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Lajčák lobbying EU foreign ministers for support as only they can defend his position: their support more important than involvement with Kosovo & Serbia / awareness of reality on the ground → priorities = process needs to continue and he needs to keep his position

f) Which non-governmental actors are involved and in which capacity/with which impact?

- 3 types of NGOs: a) representing minorities; b) representing majority Kosovo citizens; c) international NGOs → cooperation with all of them (Bislimi)
- Less relevant for outcome of INTER-state Dialogue with Serbia, but very important for INTRA-state Dialogue with Serbian citizens in Kosovo; e.g., Centre for Humanitarian Rights organising meetings with Kosovo Serbs in different locations (Swedish Embassy, Bislimi's office, Restaurant North, Gračanica
  + important source of information on needs of different groups in non-majority communities; e.g., farmers from the North: what do they need, what will benefit their integration in majority structures ➔ small projects to make a difference to people
- BUT influence from very harmful: threats + bribes (e.g., job loss / gains of family members employed by Serbian state)

3) Mr. Bislimi, you are also the former first vice president of the Vetëvendosje movement, which has been critical to foreign interventions from their start, including the EU. In your own words, could you please explain why, and how the perception has evolved in the years since independence?

- Criticism started with the understanding that the EU's seemingly "neutral" approach was in fact highly political, especially through EULEX mission but SAA reduced to instrument to force agreements with Serbia, not to benefit Kosovo / improve life of citizens,

10.15772/ANDRASSY.2026.002

3. Interview with Sébastien Gricourt, 24.08.2023 17:30 Uhr

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background, as well as your motivations?

- Active in Kosovo /region in different formats since first visit 1990 (age 20) + experience of Milošević suppression of Albanians (no prior experience / knowledge Yugoslavia; vague interest in Albania, but still closed at this time): urge to get active after seeing human rights violations first hand
- Learned Albanian, lived in Albania privately in 1992-1996 during studies Balkanology (Paris)
- Joined ICRC office in Prishtina in 1997 – only official IO in Kosovo at the time; stay in region until 2002 (incl. mission in Macedonia), afterwards living in Albania as translator etc.
- Joined French Ministry of Defence as Desk Officer for strategic analyses (Albania, Kosovo, Macedonia) 2003-2004 + drafted strategy for next 20 years (Kosovo = three scenarios: independence; joined into Yugoslavia; partition) – military already talked about partition / exchange of territories as viable option
- As status question became more pressing, deployed as (2nd ever) civilian advisor to French military in Kosovo; after changing positions in region (LTO Tetovo; Mitrovica Head ICRC; advisor to French KFOR unit)
- Then joined Prime Minister Haradinaj's office in Prishtina as UN advisor – against will of US / UK but with support from UN HQ NY (No. 2 always French)
- Stayed on even when Haradinaj went to The Hague / was there during independence but fed up with UN system & left in Dec 2008; afterwards KFOR advisor (2009-2010)
- Return to France / political advisor for Afghanistan + 1 year in Kabul
- 2011-2021 Head of International Affairs HQ Socialist Party France (during this time 2 6-months missions, 1) EUFOR ALTHEA, 2) UK Global Coalition against ISIS 2016)
- Founded L'Observatoire des Balkans at Fondation Jean-Jaurès (now Florent Marciacq) to raise awareness of enlargement / WB issues in France: today well-connected to power
- Advisors to WB governments as part of Macron's Balkan strategy – posted to Prishtina; goals = advance French interests + somewhat counter image of French bias towards Serbia + direct line to PM in case of crisis (SG knows Kurti for 25 years)
- Directly involved in European integration policies, visa liberalisation etc. + public administration reform (not originally planned)

1) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why [regardless if it is 'good' or 'bad']?

- UN Mission reconstruction pillar: most money coming from the EU + enlargement perspective since Thessaloniki 2003 increased the impact a lot in the view of the people
  - ➔ Roadmap for all governments coming afterwards towards EU path / agenda setting & even before independence, the international process was already geared towards the EU, see cf. status agreement, clear by the way principles were set
- even pre Ahtisaari (Kai Eide of Norway): "standards over status" doctrine from 2003 continued all the way to the SAA; bases set much earlier
- "We knew even then that independence would be the only viable solution"

a) What was the actual role and impact of the EU in the post-war process prior to independence (≠ necessarily initial policy goals)?

- UNMIK pillar
- Artificial segregation consolidated through UNMIK policy (incl. EU) prior to independence

10.15772/ANDRASSY.2026.002

b) Which where the role and impact in the state- and nation building process after independence? → inclusion vs. segregation ethnic groups?

- EULEX played the most important role; I (SG) quickly disappointed
- ICO first double-headed, then replaced by EUHR; "UNMIK was already forgotten"
- Inclusion/segregation: anchored in the constitution: EU asked gov to apply in institutions + provided funds to civil society especially representing minority communities
- On paper, the government has always done the job; the North has always been a problem
- Decentralisation (incl. artificial segregation) already before independence; EU more monitoring function, no criticism
- Nobody knew how to handle the North – problem not the government, but unwillingness Serbs to apply for government posts (cf. OSCE reports)

c) What was the initial role of the EU in the process of rapprochement with Serbia and how has it since developed?

- Catherine Ashton started the process: first technical agreements, could be reached as long as there was no talk about political agreements/autonomy
- One-sided from the start as one state was not really a state
- In the process, the EU's lack of strength to push through political agreements / US needed
- Thaci signed Brussels agreement without consulting the assembly (legitimate?)

d) How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?

- Conflation membership perspective with the Dialogue (and visa-liberalisation)
- During the annual consultations 2022 between the EU and Kosovo, Kurti announced that the country will apply for membership by the end of 2022. Reactions (even in local civil society) "not ready" → first the Dialogue needs to be concluded (diplomats can use as leverage for membership perspective / pressure on Kosovo)
- But war against Ukraine has changed dynamics (cf. first non-paper after Feb 2022 by SG about how enlargement will be accelerated as a consequence
- Focus not on Council presidency as main driver, but using momentum
- French gov understood momentum & try to push for integration / accession
- Incl. visa-liberalisation: French presidency 1st semester 2022 = consensus finally reached during last meeting in June (problem: interior ministry): during summer was decided to make push by September (knew that agreement would be passed under Czech presidency)
- As Moldova, Ukraine and Georgia applied for membership (and M+U were granted status), of course it was time for Kosovo; plus 20-year anniversary Thessaloniki declaration 2023
- Several expert meetings for experience exchange with Albania and Croatia which found that Kosovo was actually better prepared but, in the end, decision is POLITICAL → defined as "too early" (some hope for Swedish presidency to address issue, but not too much)
- By 2022, the gov of Kosovo had somewhat succeeded in separating the Dialogue from the accession process; even Borrell wanted to disentangle visa liberalisation from Dialogue
- but since the Serbian elections + 2023 hasty moves by EU to solve the issue for good, it is now clear that for them, Dialogue precedes membership perspective
- Ohrid: Serbia blocked from the start but pressure was too high to solving Serbia-Kosovo issue that an agreement was needed (to be announced) on EU side
- Member states interference: Hungary (like France) has advisors in all WB governments; Kosovo = cautious (presidency Hungary 2nd semester 2024): nobody from the other EU states will follow Órban if he pushed for enlargement; will be costly for Kosovo
- They will try to lobby with Belgian presidency, but little hope → looking to 2025 for both CoE membership and candidacy status / possibility that nothing will happen before

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Oct report Commission: hope it will be as good as last year (even though we know it will be critical)
- Second part of September: CoE fact-finding mission expected in Kosovo: showing progress
- Kurti's government will not give up but gets even more focused among backlashes; foreign diplomats have slowly understood that
- International reactions (continuously) not unexpected, gov was ready for it: meanwhile, changes are happening on the ground / long-term perspective > short-term goals
- New perspectives also North: partition still in the minds of some; might also be reason for insistence on Association (moving slowly towards partition)
- Kurti tries to avoid this through special police in the North – maybe this annoys some in EU capitals? Maybe they made a promise to Vučić and now Prishtina has built an obstacle
  ➔ Maybe influence to disproportionately negative reaction towards Kosovo?

2) What are in your experience the dominant perceptions of Kosovo in the EU? (generally + different institutions), and how have these perceptions evolved since the beginning of the EU's interventions in Kosovo?
- Population generally well-informed about EU policies in Kosovo & understand that it's complicated, especially through role of Council
- EU lost grip and credibility in the EU; Lajčák & Borrell alone are enough to get this result as through their appointment it already becomes clear that the process is not balanced
- Because of the technocratic process, Serbia wins on paper

3) Deputy Prime-Minister Bislimi is the head of the negotiating team of Kosovo in the so-called "Belgrade-Prishtina Dialogue". Could you please describe the aim, establishing and important developments?
   a) To which final outcome is the Dialogue designed to contribute and, in your opinion, how suited is this format to achieve the set goals, and why?
   b) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and how do they position themselves to it? → *special focus EEAS / EU foreign policy capacities*
   c) How do the different EU institutions interact in the process, and which role do the member states play? → *EU as "neutral mediator" vs. own interests*
   d) How in your impression is Kosovo positioned vis à vis Serbia by the mediators?
   e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?
- a = Difficult to say; member states officially rely on mediator which gives him a lot of power (which he also abuses: "we know for a fact that his reports are not always accurate / not always reflect what was actually agreed by the mediators")
- Member states try to interfere in process (chiefly Germany, France: special advisors)
- Commission not interesting in this regard, apart from DG NEAR: responsible for political assessment + technical issues/ have to be included and tend to maybe present issues in a certain light which adds to the negative account of Kosovo in the Dialogue
- Also difference between EUHR Prishtina <-> Brussels: more influenced by member states and their interests (cf. power imbalance) + Serbia while EU office is more positive
- Dialogue is also used as leverage in the accession process (although seldom openly); Borrel has tried at a moment during the first semester 2022 to tie the visa liberalization to the dialogue.
- Serbian diplomacy quite present in Brussels, unlike Kosovo
- The member states try to influence the perception of Kosovo by focusing only on the Dialogue and issues in the North (same for USA) which complicates the Kosovo position
- Given the geopolitical salience of the issue especially since the war in Ukraine, the states want to fix the problem and thereby diminish Russian influence (+ counter Órban)
  ➔ Focus ONLY on the Serb association in Kosovo which is seen as the prime solution

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- With regards to Russia/Ukraine, one might also suspect that they aim at a precedent of country partition to create peace cf. Crimea / Donbas (note: SG life experience, no concrete hints that this is in fact the pursued policy
- Involvement civil servants on different levels (Commission / DG Near, embassies etc.)

f) What is the role of the US in the process and where do you see differences to the EU?

- Officially supporting Lajčák / EU; When Biden came to power, there was initially hope for more constructive role / common solution
- Today, US seem to be more in charge; always react first, e.g., sanctions
- Perception: without US, the Dialogue cannot succeed (esp. Kosovo)
- The more the US is active, the weaker the US looks / shows weakness: non-recognisers as core of EU's weakness as mediator (vs. alleged "neutrality")
- Lately, the US seem to be closing ranks with Serbia instead of increasing pressure: perception = quick to change alliances (see also other FP arenas, e.g., Middle East)
- UN still active to some extend / reports: no communication = disadvantage for Kosovo gov

~~g) Which non-governmental actors are involved and in which capacity/with which impact? → *lack of transparency, inclusiveness / not only NGOs (eg church)*~~

~~h) Which role (active and passive) do non-majority communities present in Kosovo and their identities, as well as reconciliation play in the discussion?~~

i) What is the future of Kosovo-Serbian relations, and what role will ethnic Serbs play therein? → **view current government**

- Serbs of Kosovo need to be freed from Belgrade & become owners of their own life: their structures need to be included in central structures, including new majors
- If this fails, it will also be a failure to the EU/US: how can the EU withstand the internal & external pressures before it implodes?
- The very future of the EU is at stake, but this is not yet understood by them
- It is wrong to think that VV does not want to integrate Kosovo in the EU
- Current government first to increase awareness of displacement of Albanians in Serbia (at the same time, numbers of Serbians also going down in North: emigration to Serbia) → problems of minority rights in Serbia not tackled incl. by EU (cf. Ragmi Mustafa: chairman of the Albanian National Council in Serbia + human rights activist)

* Ideal of "normative power Europe" failed?

- Was the idea of some member states, not universally shared
- "If it does not succeed in the Balkans, EU can never become a successful geopolitical actor"
- Enlargement as central geopolitical tool, including through Neighbourhood Policy
- Paradoxically, while the enlargement process in WB remains stuck, the process with Ukraine is (rhetorically) accelerated
- Two world wars started in the Western Balkans: A failure of the EU here will accelerate its own demise + "takeover" of other powers / different types of wars (e.g., trade)

10.15772/ANDRASSY.2026.002

4. Interview with Senior EU Official, 04.02.2025

Questions

0) Can you tell me a bit about your background and motivation for your current role?

- Studies focussing on security policy, subsequently regularly involved in international role for political processes in Kosovo in various IOs (over 10 years of experience)
- Development of Kosovo + dialogue with Serbia = elementary for the entire region

1) **In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (including the different actors/institutions: EUSR, EULEX, EP, COMM...)?**

- Who/what is the EU in Kosovo? Paradox due to non-recognition = fictitious status neutrality, while the EU engages in de facto state-building. Focus: rule of law, institution building. Diversity of EU actors is not always helpful, as they all have their own reporting lines.

a) What was the role and influence of the EU on state- and nation-building in Kosovo after the declaration of independence? How do these measures relate to Kosovo's rapprochement with the EU?

- Initial focus on EULEX: rule of law > state-building (more with UNMIK). EULEX = judiciary, police, creation of new institutions & mechanisms. Track record ultimately positive despite criticism: local judges etc. were able to learn directly from intern. Local judges etc. were able to learn directly from international personnel (not only MMA); massive financial commitment, mammoth task (cost-benefit ratio is another question). UNMIK has created an important basis for EULEX, especially the police.
- After creation of EU Office/EUSR, shift in focus (especially from 2018): Advice, e.g. Legislative Review Mechanism > direct influence on state-building/consolidation
- Today mainly emancipation of Kosovo from intern. structures, actors
- Exit strategy? EULEX as a 'short-term' instrument of the CFSP; mandate regularly reviewed and renewed. Today less influence/less controversial, need remains (and is gratefully accepted, at least in part). Is gradually being reduced, but some functions must remain (especially riot control as support for KFOR; Specialist Chambers). EUSR 'here to stay' until Kosovo joins the EU. Shift in focus, intensity. EUSR today mainly as an instrument to justify more personnel needed on the ground

b) What distinguishes the EU from other international actors in Kosovo?

- Strategic accession goal with reforms as an elementary element: can only be achieved by the EU.
- Member States (MS) use the EU as an intermediary actor for measures, which additionally increases the weight/means of the EURS
- Due to non-recognition/coordination of foreign policy among 27 MS = perception clouded, USA is perceived more positively, has more direct influence. But in practice usually not an obstacle (unlike in the case of UNMIK, which was seen as an opponent of independence). USA (except under Trump 1) endeavours to align with EU in KOS.
- Also through positive assessment of USA as driving force for independence, eternal gratitude for liberation from Serbia in collective memory [of Kosovo-ALB]. Also different foreign policy: more direct; often transactional.

c) In which of the areas in which the EU has made contributions in Kosovo since 1998 has its influence been greatest [whether 'good' or 'bad']?

- Police, judiciary (even if it is often overlooked what was already there before EULEX).

10.15772/ANDRASSY.2026.002

d) How does harmonisation take place between different EU actors, including MS?

- Regular meetings of the EU Heads of Mission under the leadership of the Head of Office + MS representatives: updates, coordination, but broad lines in Brussels: COWEB (led by EEAS), depending on the topic partly PSC, Council. EUSR = more of an executive on the ground
- Apart from big players, often small MS delegations in KOS, rely on EUSR.
- Big players = DE, FR, IT, also part of Quint (+ US, UK, EU): Coordination positions, also EU with non-EU; mostly similar positions.
- The individual institutions are separated, e.g. Quint from IT management KFOR (also due to interministerial differences). However, KFOR regularly invited, exchange.
- Example Mitrovica Bridge: EU position (based on dialogue agreements): In principle in favour of opening up, but benefits must outweigh damage. Conditions in recent years not optimal, situation on the ground deteriorated. When it became clear that KOS government wanted to open up: Coordination processes = EU-internal (Brussels esp. COWEB, NATO HQ, Prishtina EEAS, KFOR); exchange reports BXL-PRN; Quint leads coordination, talks to government (ambassador level, depending on topic official spokesperson, in this case EU HoO). Evaluation elements: Technical assessment + urban planning aspects + public consultations (to address fears of the population) + risk analysis by KFOR/NATO: process ongoing → Coordination all areas, incl. external communication & between Brussels + Kosovo

2) To which overarching political goals should the EU-led dialogue with Serbia contribute?

- Final comprehensive agreement on normalisation = political goal (> technical) incl. recognition of Kosovo (NOT official EU position due to non-recognition).
- Overarching: Regional stability; 'powder keg' without normalisation: regular tensions, escalation in recent years. Normalisation of relations between states in the Western Balkans; regional cooperation also as a prerequisite in the EU accession process (no admission of states with bilateral tensions)
- Enlargement also as an instrument for the central goal: stability! Enlargement recently more in focus again (in between consideration of finding alternatives, but goal always stability region); geographical factors central, integration in the EU's own interests; SRB-KOS relations point the way for the entire region

a) Who are the main actors in this process and what are their roles? [EU/Kosovo, incl. civil society, minorities; reconciliation?]

- 2 phases: In the past, more strongly linked to the EEAS, mediator appointed by the EUHR (Cooper, Eichhorst); since 2020, EUSR as a political symbol.
- DE, FR also important role, also at national level, especially in Brussels, but also through embassies in Prishtina.
- Governments (SRB, KOS) as central local actors + USA.
- Fewer high-level meetings under LVV. Negotiations usually at chief negotiator level; if solution or irresolvable conflict → Government level
- No non-state actors: dialogue confidential, diplomatically sensitive, information to the outside limited (which is usual for such a format); thus information deficit NGOs, limited advisory function; no representatives of minorities

→ Dialogue between Kosovo and Serbia: inter- not intra-state. Improvement of the overall social situation, civilian population inevitable outcome. Governments must ensure representation of relevant actors/positions, but no mechanism to guarantee participation - in practice no representation of interests of KOS Serbs, Roma; but also women etc.: impossible to guarantee, also contradicts idea of dialogue. EU as facilitator, not arbitrator. But EUSR regularly points out the possibility of consultations with relevant groups. Ideal scenario: srb. Minister as part of the KOS delegation, representing the interests of the SRB minority ≠ reality

10.15772/ANDRASSY.2026.002

b) What are the greatest successes of the dialogue?

- IBM agreement, which amongst other things has led to a substantial increase in revenue collection by the Kosovo authorities and also allowed for the building and opening of state of the art Common Crossing Points between Kosovo and Serbia. So far only two of them were actually built however, the concept of Common Crossing Points is implemented at all 6 crossings already.
- 1st Brussels Agreement. With the this agreement the integration into the Kosovo system of the Serbian police and judicial structures operating in Kosovo at that time was enabled. Whilst this success has been jeopardized with the mass resignation of Kosovo Serbs from Kosovo institutions in November 2022, it has been a success for many years and brought a significant change to the situation before.
- Agreement on the Path to Normalization between Kosovo and Serbia: This agreement must now be considered as the future reference point for the EU-facilitated Dialogue and has put the Dialogue on a clear forward looking trajectory. Whilst the implementation is still a challenge, this agreement spells out clearly what needs to be done and by whom. So the dialogue must no longer deal with those to questions but can now focus on the when. Once implemented, this agreement means practically a de-facto recognition of Kosovo by Serbia and provides for the continuation of negotiations on a final legally binding agreement on full normalization of relations.

c) What are the biggest obstacles? [Focus: EU-internal]

- Core problem: srb. side not interested in ending dialogue; current government KOS against successful dialogue, do not want to deal with it (self-determination). LVV ideologisation of dialogue, lack of interest on both sides = justification for blockades.
- All external developments have an influence (e.g. EU measures against Kosovo, CoE membership issue, lack of sanctioning of unilateral actions by Kosovo from the Serbian perspective...). The fact that the EU was unable to agree on sanctions against Serbia after Banjska also plays a role here: Loss of confidence on the Kosovar side (rightly so)
- Loss of EU credibility, which makes progress extremely difficult. KOS government often has different expectations and comes to the conclusion that the EU does not keep its word: whether justified or not, lack of trust is a core problem.

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- EU = 27 individual opinions, divergent interpretations despite a uniform EU position, which come to light in bilateral talks and are used by local actors → Instrumentalisation by governments for political support at home
- Dialogue as an instrument for communicating EU positions adopted in the Council: Often deliberately vague, thus acceptable to all, but nuances always remain.
- Hungary (but also others, n.a.) have more negative relations with KOS under LVV (applies to many international partners); at the same time, non-recognisers are not uniform, e.g. Greece
- Non-recognisers support dialogue (problems rather in other areas); wait for progress/solution to adjust own position.

e) How does the dialogue relate to EU enlargement policy?

- Dialogue as a basic prerequisite, see also Council Conclusions, SRB Negotiating Framework: no separation between the two. No prerequisite for accession negotiations with Kosovo (requires Council decision), here rather non-recognisers, lack of unity problem + indirectly also anti-EU position LVV, problematic partner

10.15772/ANDRASSY.2026.002

3) **What kind of nation will Kosovo be in 2035?**

- Wish: Relationship with Serbia regulated, potential released (language skills, young people). Clearer political situation, economic growth: positive trajectory.
- Probably hardly any Serbs left in Kosovo; no honest reconciliation process in the next 10 years, war experiences still too present + first post-war generation often more radical, nationalistic (typical phenomenon) + politics utilises grievances

*** Declaration Missing Persons – expectations?**

- Political declaration ≠ Agreement. Rather a signal that agreement is possible if in the interests of both sides; humanitarian aspect, more symbolic than political commitment
- Working Group ICRC on Missing Persons blocked by LVV government (accuses Serbian leader of war crimes) and wants long-term shift to ICMP: ICRC = neutral, does not provide documents that can be used in court (unlike ICMP): LVV seeks international lawsuit against Serbia for genocide, needs evidence
- SRB not interested in further mass graves being found
- ICRC technical > political; highest clearance rate worldwide. Transfer of topic to dialogue = error: In dialogue, everything is (discursively) interwoven, which also makes solvable questions more difficult or impossible

10.15772/ANDRASSY.2026.002

5. Interview with Bekim Blakaj

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself & your background, as well as your motivations?

- Personal motivation: Was a political prisoner/"hostage" in Belgrade in 1999, HLC Belgrade (Nataša Kandić) supported ("saved my life"). Upon release in 2000, went there to thank them and they offered to work for them. So started work on remembrance: interviews with families of victims which was later published in the Kosovo Memory Book. Became director of HLC Kosovo; strong relations with victims & their stories as daily motivation.
- Some activities of HLC: monitoring of war crimes trials; non-formal education for young people on transitional justice, dealing with the past: workshops, lectures, summer schools for youth from all ethnic groups. Since 2017 memorialization of the past: documentation centre, exhibitions "Once upon a time and never again" (permanent, on children victims of war) & "One Day" on trauma, survival (temporary until March 2025).

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- Multi-layered, changing over time/different stages. In 2008, UNMIK was about to leave, handed over some authority to EULEX. From beginning of mandate to 2016/17 = full mandate to prosecute war crimes. According to HLC assessment, far more cases were prosecuted and persons convicted than before or after – EULEX pretty successful.
- Capacity/institution building, e.g., fighting impunity, even enabling a king of cooperation with the Serbian prosecution (which stopped after EULEX handed over competencies to Kosovo institutions as Serbia does not recognize Kosovo).
- Not fully satisfied as civil society, but also disagree with criticism that not high-level persons were prosecuted: not the big fish, but many mid-level and also some high-level former KLA members were indicted, there were some verdicts.
- Difference to other IOs: different positions: when UNMIK came, there were no institutions, they had to start from scratch; EULEX could build on that. UN as huge bureaucratic mission vs. EULEX smaller, more effective.
- Criticism EULEX: there are always movements against international missions, protests were biggest *before* EULEX was deployed. Constantly contested by some groups, but do not concur.

a) Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?]

- EU institutions incl. EULEX: supportive to strengthening democracy in Kosovo, rule of law, all pillars of democratic countries, finances, training, developed institutions: huge investments of money, expertise etc.

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

- Strengthening democracy, institutions to become independently operational: not direct support for independence, but institutions to help Kosovo citizens to live in a just society.
- Bringing in European values. Before war fragile security situation in Kosovo esp. since 1989, apartheid: citizens had no democratic culture, experience, rule of law --> strengthening Kosovo's society through European values

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2) **To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?**

- Each country that went through conflict should implement transitional justice measures to democratise, guarantee human rights: institutional reforms to ensure that atrocities cannot be repeated. At core of Dialogue lies *reconciliation*.
- Some things have been achieved in the prosecution of war crimes, but when it comes to establishing the truth, finding a common narrative not very successful.
- Reparations: a good legislative infrastructure has been created with the help of the EU, victims generally have access, e.g. in the form of pensions.
- Not reached stage of reconciliation. Biggest obstacle = political, dispute between Kosovo and Serbia. Neither can make big progress – especially Kosovo, for Serbia it's easier but cannot join EU before normalization – and Kosovo Serbs are victimized, cannot live normal lives without an agreement.

➔ Dialogue as a *must* to overcome the past, build a peaceful future & normalize the lives of everyone in Kosovo.

a) **Who are the main actors in the process and what are their roles? EU-side, Kosovo-side, civil society, non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation? What are the main obstacles?**

- Serbia not recognising Kosovo and actively trying to prevent international recognition. Under UNMIK investments for Serbs to return to Kosovo + legal framework provides significant minority rights, especially for Serbs (positive discrimination, quotas,..) but does not work! Serbian government (especially current one) manipulates Kosovo Serbs, even though their integration has started, e.g. in institutions (police, administration, courts) but Serbian government told them to leave the institutions several times, uses them as tool Dialogue crucial to overcome the past, agreement between both sides, otherwise status quo will remain, people feel unsafe, no development
- Problem Kosovo political side: ASM should have been created but government opposes it. Prior governments were ready to create it, send it for approval to constitutional court but LVV protested, even violently and were supported by many Kosovo Albanians, defiance Kosovo government does not fulfil its obligations and uses the emotions of citizens to stay in power, gain voters without thinking about the importance of reaching agreements; don't present alternative, simply want recognition without concessions, which won't happen under any Serbian government.
- Kosovo government should guarantee the rights of Serb citizens in the Dialogue, but this will not satisfy Serbia: they are more interested in territory than rights of Serbs
- Land-swap proposal: agreement was reached but not signed (prevented by indictment of Thaçi by the Specialist Chambers). Both Thaçi & Vučić defended the agreement: rectifying borders according to demographic reality (current Kosovo government strongly opposed)
- Minorities are invisible in the Dialogue: Kosovo Serbs are only represented by the Serbian government, which gives Belgrade all authority not only between Serbia and Kosovo, but also between Serbs and Albanians in Kosovo. Kosovo Serbs are very loyal to Serbia, and the dispute between Kosovo and Serbia remains the biggest barrier for reconciliation if the Serbian government would reach an agreement with Kosovo and facilitate the integration of Kosovo Serbs, things could improve very fast
- Paradox: under Thaçi, Veseli etc., the level of interaction with Kosovo-Serbian civil society was much closer than now, e.g. planning meeting for truth and reconciliation mission including K-Serb NGOs, even association of victims' families, orthodox church – surprised how he achieved to bring them together; very active advisory team. Thaçi also apologized to victims'

10.15772/ANDRASSY.2026.002

families who suffered from violence by Albanians; current government is not doing this proactive, trying to integrate (at least superficially)

- Commission never created/implemented; Osmani didn't continue after Thaçi's indictment
- Current PM: before last elections, he said he wanted to open a dialogue with Serbs in Kosovo, but after incidents in the north did not happen. K-Serb civil society was neglected by the government, is unwilling to engage or not invited. There is cooperation between civil society, but best time was 7-8 years ago.
- Very critical of new TJ strategy: "Presidential Commission on TJ" instead of "Truth and Reconciliation Commission" = "insane name". HLC not invited to consultation meetings (was invited one year before to contribute to the Institute for War Crimes but didn't want to risk independence); sent comments, most of which were not taken into account. Not a formal strategy: mentions a myriad of initiatives but no synergies, action plans institutions --> "crazy": hundreds of laws would need to be amended without explanation. Weak document, unprofessional & biased against Serbs (e.g., right to justice mentions only crimes committed by Serbs in Kosovo – what about Albanian crimes?). Serb civil society very dissatisfied, feel like they have been fooled. Their recommendations were not taken into account, they only served as representative tokens to fake inclusion.

b) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- Almost all member states are in line with the EU's role here. Some countries are more active (especially Germany, France) incl. some non-EU Western actors: UK, Switzerland. Germany biggest role, also because of large diaspora (also in Switzerland)

c) What is the main achievement?

- Freedom of movement was a big problem: IDs, licence plates (incl. Kosovo reciprocity measures). Resolving makes lives of citizens much easier.
- Other important agreements were signed but there was no progress, e.g. on Missing Persons: 2023 agreement, treatment as humanitarian issue. 2024 confirmation but first meeting on working group failed: in practice no achievements, not a lot of positive identification
- Missing persons = 2 levels: 1) working groups lead by ICRC had some achievements, but last 2-3 years process was stuck due to political problems. 2) political layer lead by EU; not very optimistic that it will bring results. Happy to hear that compliance will be assessed by EU – will have to wait and see for results

d) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- No country can join the EU if they have trouble with their neighbours. Not clear *what* the final outcome will be. Dialogue as condition for both Kosovo and Serbia, but lack of will of the political actors who use the Dialogue to blame the EU and member states for putting pressure on Kosovo, alleging unfair treatment, punishment because of non-recognisers

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035? What is the future of Kosovo-Serbian relations, and what role will ethnic Serbs, as well as other non-majority groups play therein? How will national cohesion be achieved?

- Will depend on future developments. Even "Kosovo-centrists" see Kosovo as Albanian state; minorities don't feel included. Sceptical that Kosovo will be a strong nation in 2035, rather dominated by Albanian majority nationalism
- Kosovo in some ways was successful, with the help of the EU, US in developing a strong democracy, rule of law, freedom of expression even more than neighbouring countries, also free elections, no major problems; constitutional court dismissed 2 presidents.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Institutions need to be further strengthened to foster cohesion among society: integration of minorities would significantly advance nation building. Economic development + more democracy will increase support for the nation among citizens.
- Role ASM? – ASM under umbrella of Kosovo system might work if it serves to improve the lives of Kosovo Serbs without influence from Belgrade, would increase support for Kosovo
- Kosovo institutions should do their utmost to have them on board but neglect them
- Other minorities are always more neglected as they don't have a country that could represent them (esp. Roma); are willing to be integrated but focus is on Serbs
- Role Specialist Chambers for coming to terms with the past/Albanian crimes? – Double-edged sword. Negative aspect = now all Albanian war criminals in The Hague, can be used by prosecutors as excuse why no Albanians are tried for war crimes – now only Serbs, which reinforces the narrative of Serbs as only perpetrators in Kosovo. Many in Kosovo criticise Specialist Chambers, incl. experts, academics. Positive aspect: hope that court will provide answers on KLA crimes. They are not discussed in Kosovo society (yet). Civil society is dissatisfied with lack of transparency, but citizens need to hear what happened. Unsure if they will accept it; most people don't think about it a lot, but the mainstream narrative is that KLA brought freedoms, they did not commit crimes.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

6. Interview with Edita Tahiri

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background & your motivations?

- One of the leaders of Kosovo's independence & founders of peaceful resistance movement (LDK, different from today's party). Foreign Minister during occupation (1989-99) tasked with the internationalization of the Kosovo issue through diplomatic means: gain support for Kosovo's quest for independence. Legal + political arguments for self-determination: will of the people + explain root causes of the conflict with Yugoslavia (later Serbia)
- Was part of all peace negotiations, from 1992 London Conference to Rambouillet (incl. pre-agreement as basis for Rambouillet draft) + chief negotiator EU-mediated Dialogue 2011-17, afterwards end of political career incl. Dialogue. Only female peace negotiator all of WB – should be more known internationally, overshadowed by other aspects in conflict research → "Peace didn't come by itself, it came by us"
- Personal motivation: family, mostly father: part of resistance for rights of Albanians all his life; movement existed throughout 20th century. National Democratic (!) Movement founded in 1938/39, also branches in Western Albania. Father was imprisoned in 1957 for 7 years (E.T. = 11 month old) – came back with deep psychological problems, for years isolated even from his children. Similar faith all resistance fighters, other oppressed nations worldwide: fighting not against regime but for *rights*.
- Also fighting partition of Albanians (also MKD, MNE, SRB) in Yugoslavia from Albania. Kosovo was part of Yugoslavia (first SHS), NOT given to Serbia as is often claimed. Federal part of Yugoslavia with dubious status after 1974. 1989 crackdown = cancellation of Kosovo's federal rights so that the world sees it as part of Serbia and they can claim territory, prevent independence → core of post-Yugoslav conflicts
- Forced Kosovo parliament to revoke its powers, but the people didn't accept it: LDK movement created

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- EU failed during post-Yugoslav wars, could not help – without US there would still not be peace. After the war, the EU (under UNMIK/KFOR) had economic pillar, supports economic recovery until today.
- Later, EU started to help statebuilding: reforms in line with *acquis*; economic, political, cultural support → SAA as part of the Dialogue and progress in Dialogue = positive impact on EU-alignment of Kosovo; same for IPA-funding
- Also US continues strategic engagement to foster state sustainability, act on threats
- KFOR = security entire Kosovo, borders; EU since 2008 = EULEX
- EU, member states (MS) (esp. DE, FR; also UK) continue to support, strong leverage = integration. But status-neutrality because of non-recognisers

a) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

- Reforms of the country based on European criteria are a very good tool to overcome Balkan leadership mentality which is often against rule of law, equal opportunities. European integration as strong leverage, motivation for compliance of leadership

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2) **To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?**

- Topics of the Dialogue = unresolved issues from Ahtisaari Plan. Central compromise for Kosovo: independence in return for high standards for Serb minority. Cf. constitution based on Ahtisaari: Municipalities enjoy greater rights than any in Europe; right to ASM enshrined in law on local self-governance. When Serbia didn't accept Ahtisaari, the Dialogue was designed as tool to come to a final agreement
- 2 phases: technical + political. 2013 = Thaçi signing Brussels Agreement (incl. ASM), E.T. responsible for negotiating *implementation*

a) What are the main obstacles?

- 2014/15: Thaçi/PM Mustafa stuck, Mogherini did not include their points, published agreement without consent. E.T. took over, threatened resignation unless a) Thaçi/Mustafa call press conference denouncing agreement; b) agreement is renegotiated. Reached out to US state department to ask them to intervene with Mogherini which they did; E.T. lead new negotiations over entire summer of 2015. Central provisions: ASM no executive powers + based on constitutions! If executive powers then for *all* minority regions Balkans
- Mogherini happy with progress, but E.T. did not trust her anymore, pushed her for a letter to confirm Kosovo's central demands. In the end win-win, success also for EU. Not all demands included, but ambiguities cleared
- Time has come for Kosovo to implement the ASM and Serbia to recognise Kosovo *de jure*, NOT *de facto* as in Ohrid Agreement; regress, needs to be renegotiated, also lacks reference to constitution of Kosovo
- EU decision-making mode harms itself: trying to preserve a non-existing unity. If they had unity on the status question, it would be much more effective. In 14 years of process, not one of the non-recognisers changed their position – would be huge signal, instead wasting time on internal consensus which cannot be achieved

b) What is/are the main achievement/s?

- At first, results were tangible: IBM agreement, stability; dismantling of parallel security structures: police, border patrols, paramilitary structures = integrated into Kosovo structures against resistance of ministers. Getting Serb-majority municipalities to work according to Kosovo law, participate in elections: difficult, help by EU, US
- Fiscal, tax, customs agreements with private companies, revenues for Kosovo budget + creation of fund for development of the north – "moving mountains"

c) Who are the main actors in the process and what are their roles? What is the role of the member states? How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- Main goal EU Dialogue: Dialogue as precondition for accession, but goals not too clear: 2016 diplomatic tour DE, FR, UK, US with one topic: what does "normalization" mean? US = mutual recognition; not the same for FR, UK. DE echoed US view; Serbia can only join EU if it recognises Kosovo, cannot block Kosovo's EU path BUT asked not to say it publicly yet
- E.T. also regular briefings on Dialogs with Quint (not informed from Brussels): EUSR has no formal role in the Dialogue
- Land-swap: Thaçi started dirty games with Vučić (also Mogherini; Trump, Grenell; UK, only Germany strongly against): E.T. stood up against Thaçi, united all parties other than PDK against the proposal, incl. for US to see local opposition and used old contacts in state dep. to also convey this to Trump: Border changes will have domino effect in Balkans. Showed split in the EU: Mogherini vs. MS; Merkel finally put a stop to the discussion, buried idea

10.15772/ANDRASSY.2026.002

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- EU will either consolidate: change decision-making model, clear commitment to integrate WB for lasting peace – if not, there will be a new geopolitical path for Europe incl. Russian advances in the region / different dynamics
- Kosovo will join NATO, but not yet EU
- Ahtisaari took care of Serbs, constitution very good BUT not anchored in political culture, state philosophy: must understand sovereignty as *responsibility*, take care of every citizen. Sovereignty under Milošević, evil regimes used for oppression, needs reconceptualization from Westphalian model: not absolute, if used against citizens must be suspended
- Current gov mixed score. Got voted by rejecting ASM, PM accepted but didn't implement. Populist leader isolated Kosovo internationally, stagnation Euro-Atlantic integration (cf. CoE); EU sanctions + escalations with Serbia directed at his leadership.
- Very happy with Kosovo as it is today, but second dream after independence is unification of all majority-Albanian territories; will be up to the young generations

10.15772/ANDRASSY.2026.002

7. Interview with Ramadan Ilazi

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background & your motivations?

- Studied Peace & Conflict Studies / foreign & security policy
- From 2003-2011 working for local NGOs mainly on RoL, corruption; from 2011 onwards focus on Dialogue, inter-ethnic issues, EU integration. First on local level, from 2008 central level (Prishtina)
- Believe in cause, sense of responsibility to foster democratic development + believer in EUropean project. Civil society at that point was a central part of building EU norms which were always part of the goals: lack of RoL makes life harder + inhibits EU accession
- Also own experience: life would have been different without interventions which leads to strong appreciation + motivation to become equal part of Euro-Atlantic community
- Post-war generation often think differently, are more ethnocentric, sovereigntist and reject interference (which they did not mind in 1999)

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- WHO is the EU in Kosovo in reality? To citizens, mostly Commission + member states (MS), but deeper down the real actors are often contracted experts.
- Role EU after 1999 = economic reconstruction under UNMIK; many of the administrators came from EU/MS. Main actor = European Agency for Reconstruction (part of SAP).
- MS often promoted joint initiative but claiming national ownership ("French proposal")
- "weirdest presence" = EUSR/ICO (Pieter Feith): as EUSR denying recognition, as ICO support, even promoting independence of Kosovo
- EULEX was initially welcomed, highly positive impression as it was there to focus on important issues (corruption, RoL). High expectations from initial statement of the intern. prosecutor: EULEX will "touch the untouchables"; pictures of police arresting transport minister made a strong impression, high support for EULEX among population
- But soon sobering, lost confidence: EULEX was mostly a security institution dressed in a normative coat; 80-90% of personnel = police; focus on planning security missions
- First of its kind, EU had no similar experience. Mandate actually much bigger than policing: prosecutor, embedded in local system. Commission was not prepared, did not know how to recruit judicial personnel from MS and did not achieve long-term employment + good judges were not tempted, MS did not send their best. Short-term deployment = cases were constantly handed over which caused many problems + local dissatisfaction with mission
- Positive effects cooperation (according to lawyers) = professionalisation local judges incl. in daily tasks, practices (but judicial system/judges still weakest link, corruption high)
- Police: Structures were already established when EU came, ground work had been done by UNMIK/OSCE (incl. training by experts from EU countries), force was already highly up to EUropean standards – although not necessarily ethical conduct, remain vulnerable to political interference, even today (cf. former KEK director: chief investigator demoted)
- Fear of "American system" where lawyers are very influential + use PR techniques to put (public) pressure on prosecutors through contacts in the media (spin-doctors)

a) How are these connected to EU integration?

- Close connection: Kosovo owes its freedom to international actors, institution building closely linked to EUropean integration: MS systems serving as examples, local institutions trying to

mimic (sometimes copy paste ≠ good practice): building a European state through technical assistance

- Sometimes EU principles > national interests (cf. law on strategic interests: procurement rules to prevent corruption not aligned with EU standards BUT at this point better suited for overarching goal): fear of breaching EU norms trumped national interest, even before SAA adopted, negotiations for membership started (2015). In the beginning, even a media report on a public official acting against EU interests could cost them their job – this changed in 2016. Today, people often don't care, even EU sanctions are not a big topic
- 2016 = "populist turn": ethno-centric policies gain ground as unintended consequences of EU policies around the visa liberalisation requirements [recommendation since 2016; ratification border demarcation MNE by parliament in 2018]: AAK + VV rally against border demarcation, "we give land to MNE" (in move to get PDK out of gov). Atmosphere before had been that there was finally progress in EU accession; if visa liberalization had been granted, it would have probably reduced populist potential, radicalisation which had not existed before

➔ POLITICISATION of visa liberalisation from all both sides! Also break EU practice: MS didn't follow Commission recommendation to grant visa freedom, further requirements are added (legal changes for border changes originally *not* demanded). Also connected to prejudices: Kosovo as a country ruled by violent criminal gangs (vs. supervised DDR right after the war, former KLA cooperating closely with UN, NATO), image supported by asylum claims for "threats by KLA" which in reality was probably only the case for very few.

- Bigger issue: "discursive prevention of EU integration" (cf. Europeanisation discourse): e.g., Commission = "Balkan route" drugs, TOC suggests it's a "Balkan" problem (= other, not us) but any route through the Balkans starts in an EU country! Wording = region "out there", reducing to "Balkan problem" rather than joint challenge
- Commission to Kosovo gov: You need a campaign to tell your citizens not to go to the EU [vs. effective brain drain]; you need to reach out to MS to convince them to agree to visa liberalization – But at the same time Commission criticises gov institutions + MS don't even listen to their recommendations, why would they listen to Kosovo gov?

➔ Commission never did campaign to improve image of WB in the EU, show added value of their EU accession and thereby hurts its own interest, enlargement process & helping EU sceptics: why does the EU want to let those backward, violent countries in? + result = competition of countries "who is the least Balkan"; creating division, neglecting reality of Balkans as fundamental part of Europe rather than its constituent "other"

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

- Shaping civil service: peaceful institutional culture, transition of power, professional administration also contributing to separation of powers – not eradication of nepotism, but system works, capacities increased incl. youth professional training (although in the end many are recruited by the EU itself). BUT legislation changed under LVV gov which was criticised by EU, OSCE: prior closed system, senior position through internal recruitment to avoid politicisation, increase capacities, now competition.
- EU also helped building capacity for independent civil society, media

➔ EU actors used to have direct influence on gov; no longer the case

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- "Normalization" = normality recognition of 2 states that didn't recognise each other before (cf. agreement between Israel & Jordan, also as template for 2012 negotiations) based on UNGA resolution, ICJ verdict
- EU very ambitious under Ashton; CSDP led by FR, UK (Mogherini also ambitious, cf. land-swap proposal). 2018 "A credible enlargement perspective for and enhanced EU engagement with the Western Balkans" = first time normalization as "legally binding", which *de facto* means recognition
- Mandate = EU, not MS BUT cannot be effective under current decision-making rules, MS are not ready to invest more authority into Commission. Now EU could lose all leverage, especially if the Trump gov decides to get involved, strike a deal – no role for EU

➔ Prevalence MS interests inhibits effectiveness, authority Commission and creates space for interference (e.g., HU on behalf of SRB); no readiness for greater integration ("sad")

- 2013 agreement = success as both parties agreed on same document for first time BUT ambiguity hampered implementation & Commission does not have agency to deliver path to a conclusion stop current process in favour of national mediators (DE, FR, UK)? Unlikely, esp. given new interfering factors: rise far-right in Europe, lithium…
- Biden presidency as opportunity to "Trump proof" Dialogue; Kosovo PM should have implemented ASM to prevent separation (cf. ruling by constitutional court), but gov assessment differed
- CoE: same as visa liberalisation, conditions added within process. Originally Deçani for parliamentary decision, later also ASM proposal to constitutional court for final decision: No trust between Kurti, international actors. ASM = last card, no guarantees BUT steaks are very high for Kosovo + see precedents: no guarantees at Rambouillet for NATO strikes; no guarantee Ahtisaari for independence; no guarantee Brussels Agreement for SAA.
- Pressure Thaçi to agree to Specialist Chambers also connected to visa liberalisation, later withdrawn: no rewards for establishment, went down badly with population + mono-ethnic court = perception of asymmetric TJ, cf. conviction numbers by ethnicity vs. no of crimes committed by them
- Today, Kosovo is much more vulnerable to separation, esp. under Trump, Grenell, than if steps had been taken towards ASM: provisions are there, cannot be 2nd Republika Srpska, ASM = way to bring north in, cf. experience decentralisation effects south of Ibar: common interests (business etc) prevailed, rights are guaranteed in constitution and ASM does not create new rights (cf. rights-based approach in inter-ethnic understanding, education)

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- If approach is continued = "limbo state", "Swiss cheese": uncertain status, decline in quality of recognitions, less engagement; increasing separation north
- Less confidence, opportunities citizens, increasing international isolation & emigration
- Globally, stars are not aligning for Kosovo: far-right leaders in Europe, other countries in the region go ahead, nobody cares about Kosovo
- We need to return to a normative approach to inter-ethnic relations rather than further securitization of minority rights, relations
- LVV gov dismantled criminal structures in the north, gave a strong hand to next gov IF they know how to play it. (Re-)Integration in official structures (police, administration) crucial!

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Additional questions (answered in written on 12.02.1025):

1. Who are in your assessment the main actors in the process and what are their roles? [EU-side: institutions? Member states? + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]

With respect to the normalization dialogue, the main actors in the process are the governments of Kosovo and Serbia. I believe the process was designed from the outset to be state-driven rather than a more inclusive one. The EU has been very protective of the dialogue and selective about who gets involved. Nonetheless, civil society from both Kosovo and Serbia has asserted itself as an actor and has played a significant role in promoting both community dialogue and the normalization process. Today, as the official dialogue process has stagnated—Track I is not functioning effectively—civil society and Track II initiatives have become the main avenues for exchange and dialogue between Kosovo and Serbia. Government officials frequently participate in these informal dialogues. The normalization dialogue is crucial for reconciliation because our studies have shown that without political normalization between the states of Kosovo and Serbia, any progress made in community dialogue and reconciliation remains fragile. In other words, advances at the community level can be easily undone if relations between the two leaders remain antagonistic and are marked by inflammatory rhetoric, as has been the case over the past four years. However, this does not mean that community dialogue and reconciliation should be put on hold until normalization is achieved. Instead, these two processes are, to some extent, interdependent and should progress in parallel.

2. What are the main obstacles / achievements?

There are three key layers of obstacles to the normalization of relations between Kosovo and Serbia: The foundational challenge: The primary obstacle is Serbia's persistent refusal to recognize the right of Kosovo to exist as a sovereign state. This is the core issue that the normalization dialogue is meant to address. The EU's limited agency and actorness: While the European External Action Service (EEAS) leads the normalization dialogue, it remains dependent on the political agendas of individual EU member states. Key players, such as France and Germany, do not appear sufficiently committed to driving the process toward a final resolution, because they do not want to push President Vucic to hard. If these two countries were to invest the necessary political capital, normalization could be achieved. Domestic political obstacles: In both Kosovo and Serbia, political will to normalize relations remains limited. Additionally, ethno-political radicalization and populism have gained traction in both countries, making the normalization dialogue increasingly difficult. Both governments have become more nationalist and ethno-centric, viewing the dialogue as a means to advance national interests rather than as an opportunity to reconcile differences and implement policies that foster liberal-democratic norms. For Kosovo this means implementing policies that foster the multi-ethnic character of the Kosovo state.

3. How is the Dialogue connected to EU enlargement?

The dialogue is embedded within the EU enlargement process for both Kosovo and Serbia. For Serbia, it falls under Chapter 35 of the accession negotiations, while for Kosovo, it is a key component of the Stabilization and Association Agreement (SAA). Additionally, the EU has stated that it does not want to import unresolved bilateral disputes, also citing the Cyprus case as a precedent it seeks to avoid. However, with the increasing influence of far-right politics in mainstream EU decision-making, this commitment may weaken. In such a scenario, the EU might be willing to accept Serbia as a member even if it has not fully normalized relations with Kosovo.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

8. Interview with Agon Maliqi

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background, your motivations?

- Independent researcher, part of civil society, work with media, think tanks, public sphere for more than 15 years
- Started already as youth activist, politics always important in family life: grandfather part of partizans, father active in liberal movement within Yugoslavia (long time in Belgrade, later founder of civil committees, social democratic party in Kosovo, part of civil resistance outside LDK, work with Veton Surroi and others – always part of life (cf. Kosovo 2.0)

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo? Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration, inter-ethnic reconciliation?

- In WB, especially Kosovo: statebuilding, external anchor, provided normative framework for reform (heavily created by EU + others) & resources. EU = biggest footprint: EU perspective as avenue to resolve dispute with Serbia, accession path as tool to normalize relations because of conditionality + consolidation of Kosovo's statehood.

a) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

- Normative framework, program for creating the legal framework: not possible without the West/EU, we would have not produced it ourselves (values, democratic institutions) – new for us, the *norms* would not be in the constitution if we would have written it by ourselves.
- Although positive, these norms were externally introduced, did not grow organically which weakens their local legitimacy, clash with reality and are nowadays undervalued. A lot would not have been achieved without external assistance, resources (e.g., health system, waste management): money matters. E.g.; rights of LGBTQI persons: integrated into the constitution as part of anti-discrimination law by Youth Initiative for Human Rights (incl. A.M.): everything was happening at once so there was no big discussion, but now its point of contestation; in other countries, it took 50-60 years of fight to get these rights, in Kosovo not organic, easy to manipulate by populists, no constructive social discourse
- Lack of democratic culture, we never had it, needs to be explained and now backlash, used by populists. E.g., LVV banning/contesting media, banning Srpska Lista; backlash on opposition for referring bad laws to constitutional court (and sometimes used to stall): aims to replace democratic processes by popular will, lack deliberate process = "laws don't stick". There are youth programs to build a culture of democracy, explain why rights matter
- Even though Kosovo has its own budget, there is not creative allocation; foreign donors did things we could have never done. This also comes with a downside, as donors also did bad things which were not locally driven, did whatever they want
- Pacifying role of European framework for interethnic existence in entire region. WB have always lived in multi-ethnic framework, from Ottoman times etc. The idea of a future in the EU where borders would no longer matter, rights-based order was a strong narrative, story that was further supported by resources, engagement
- The biggest negative impact from the EU was a messaging of "not belonging": withholding visa liberalization kept Kosovo in a "10-year ghetto" while neighbours like Albania moved ahead. Also had impact in perception, identity: cf. FES youth study: only 30% strongly identify as Europeans, has impact of development of society (visible today also in politics); might change now that visa liberalisation was given, but damage was done.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Elefant in the room: Kosovo Serbs. Constitutional framework = civic identity vs. majority view = Kosovo as Albanian nation state; minority rights as "privileges". E.g., changing of signposts under LVV: no more Cyrillic, Albanian first (against law); lack implementation language laws
- In 2018/19 gave up on idea of multi-ethnic society, is not wanted in Kosovo. No common understanding, legitimacy.
- Majors in the north: Western partners = legal, but don't flex your muscles when they take their posts

➔ Ahtisaari framework under threat because there is no social understanding: great design but backlash, tensions

2a) Who are the main actors in the process and what are their roles? How is the Dialogue connected to reconciliation?

- The EU since 2014 has played a negative role in Kosovo; not a malign actor like Russia or China, but an "unhelpful friend", "building illusions". Signal [by Juncker] "no enlargement" strengthened people who oppose values, weakened arguments for values. Strategy afterwards more geared towards containment than conditionality
- Especially delay in visa liberalization pushed people away. Without seeing a European future, things started to fall apart, vision crumbled. Change of mindset in leadership + reflection in society; rise of populism
- Asymmetry in relations between EU and Kosovo as threshold obstacle: non-recognisers, signal = no matter what you do, you cannot move ahead, basically giving Serbia control over the process, structurally difficult position which harms motivation from Kosovo gov
- WHO is the EU in Kosovo: power moved from Brussels, Commission (who acted like an IO, similar to the UN) to member states, Council in the last decade: when member states undermine the Commission, then why talk to them?

➔ more difficult for the EU to be a partner, drive the vision; becomes powerless, backlash especially appointments of Lajčák, Borrell, but already lost some trust under Mogherini + UK leaving the EU which shifted the balance in Kosovo's disfavour.

- Final kick = Macron 2017 demand for reform [of the enlargement process], 2019 blocking North Macedonia's progress. Also Germany negative role: continuing to push the narrative but have no strong stance, have not talked to Paris; "selling a product they cannot control"; has been the biggest supporter but not taken leadership, not enough influence. Message to the region: why bother if France can simply block everything?
- EU internal divisions negatively impact regional relations, are instrumentalized by local actors, incl. tensions between France & Germany (which is also why Kosovo should not put all its eggs in one basket but reach out to everyone, not only friends).
- See also visa liberalisation: recommendation Commission vs. block by Council

b) What are the main obstacles? What is/are the main achievement/s? What is the role of the member states? How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- Achievements = agreements reached, some are stuck, others holding
- 2013-2018: opening of north, started to exchange, normalise inter-ethnic relations on the ground. Technical support Kosovo statehood: phone code, energy contracts, etc.
- But failed to move the needle towards consolidation of Kosovo's statehood, huge parts of the agreements are dismantled by withdrawal of Serbs from institutions by Belgrade
- Current reality: Brussels Agreement has collapsed; Kosovo is stuck internationally; no candidate status will be given
- Also one reason why Serbia went into an authoritarian direction: Vučić used the Dialogue for domestic politics (as did Kurti): fear-mongering, agenda-setting, populism instead of finding a solution.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Reasons: 2014 Russian invasion of Crimea/Russia more assertive while EU lost ball, focus on WB = created manoeuvring space for Vučić, started playing his balancing game and using Russia as a geopolitical threat to alter his power position
- Negative effects immediately felt in the Dialogue: asymmetry, EU trying to soothe Serbia. Feeling in Kosovo = EU is not leading us anywhere. Trump appeared as competition to EU, Kosovo turned to Washington but Washington agreement collapsed under Euro-Atlantic disunity, lack of cohesion.
- Under Biden = unified Western front, cf. French-German proposal but little influence Dialogue: Vučić buying time by creating tensions, attacks (Banjska)
- Key domestic problem: many international variables, non-implementation of agreements reached --> use of Dialogue for domestic purposes which is enabled by external disunity, long stalling.
- Vučić not interested in agreement; Kurti helped with his behaviour, thinks he can bypass the Dialogue and fix internal issues by himself BUT Ohrid/Brussels = legally binding agreements, he accepted, now enshrined in EU path.

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Worsened situation for institutional framework: even less public acceptance, embracing
- Serb "exodus" from Kosovo would play into cards of Russian, Serbian victimization, anti-NATO narrative, no reason to accept Kosovo's independence. If Serbs actually leave, what would that mean for the constitution?
- If EU accession moves, things might go back in track BUT if things unravel (e.g., AfD, Le Pen come to power), nationalist surge will be reflected in the region ("we are always the last wave of European developments"): will abandon the idea of multi-ethnic states. Also influence Trump: everything is in question
- Could also change view, trajectory of Albania (+ impact in Kosovo): right now, clear EU path, but if stalled, things will change
- Securitization will increase to detriment of civic issues, demands.
- Kosovo will still be a state, but not a multi-ethnic, civic one which would trigger conflicts, even war (see also LVV rally 7 Feb: no Kosovo flags, challenging consensus = both flags)

10.15772/ANDRASSY.2026.002

9. Interview with Mytaher Haskuka (11.02.2025, 09:00-10:00)

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background, motivations?

- 2x MP (2014-2017); mayor of Prizren (2017-2021); just elected MP again (LVV)
- UP Department of Psychology since 2003; analyst for UNDP, Human Development Report (now "Public Pulse"); early warning; 2 projects established
- Involved in democratization but not able to speak as freely given neutrality of UN. When a friend became a candidate for LVV, realized that in academia, IOs cannot have the same impact ("not as much as I thought I should"), therefore also joined LVV; knew people from LVV for a long time, but never officially collaborated. 2014 became candidate, was elected MP

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- EU already had an important role under UNMIK; governing economy as part of the four pillars of UNMIK. Later involved in development; after independence, its role was lessened and it acted mostly through EULEX. Was involved directly, supported many projects and provided funding + facilitated the dialogue with Serbia.
- UNMIK also did some wrong things, especially when it comes to the prioritization in the privatization process: did not appreciate the difference between state-owned and *socially*-owned enterprises, workers could not realize their rights (e.g., father worked in jewellery factory for 40 years in Prizren, got (almost) nothing when it was privatized; machines and land sold separately, land sold cheaply and used for apartments, now worth more than 20 mio € while workers got only 20% of much lower sales price all together). Some factories could have been sustained but were sold; helped oligarchisation of Kosovo's economy

a) Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration?

- The laws were built according to the *acquis* which was very important for Kosovo, esp. human rights standards. EU *funding* very important
- Also public administration reform, but there are still problems
- Kosovo police: OSCE main actor, but a lot of funding came from EU/member states. Today one of the best police organisations in the region, particularly because of EU involvement through other IOs (OSCE, UN, others): police as success
- EULEX focus monitoring, mostly judiciary, but has not worked, very corrupted
- EU/US standards, approaches differed, conflicting priorities (also US had strong impact on the judiciary)
- On state- and institution building, EU had a very positive impact because of the reference to the EU standards and norms
- On the other hand, key problems were maintained by funding, e.g. judiciary: incompetent judges were given trainings, certificates which also qualified them for higher positions, got promotion: "the system could never clean itself"
- Too many organisations involved [in statebuilding process]: spread of responsibilities, no accountability
- Own experience: support to professionalisation of parliament very positive, e.g., creation of non-discrimination law, human rights legislation: M.H. as part of parliamentary human rights committee: EU facilitated expert opinions, consultations etc.

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Half of Kosovo's population lives in EU countries, especially Germany: diaspora is used to high standards in the countries where they live, not satisfied with former political class, got different perspectives from living abroad + invest in Kosovo: FDI from diaspora/EU states + regular visits, spending money diaspora, *proximity* as main reason for Kosovo's development
- International reports show that Kosovo has the highest democratic standards in the WB

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?

- Personal goal/LVV: not to leave any work to the next generation, close this chapter for the Balkans, take out reasons for war in the future: every generation in the Balkans had 1-2 wars in their lifetime. For Kosovo, it's about recognition (can be *de facto* or *de jure*)

a) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]

- PM + advisors appointed by him on Kosovo side; EU = EUHR/EUSR + other intl. actors (UN, EU, sometimes US involvement)
- Not aware of any strategic consultations with civil society or others: there are many reports, but the current PM himself is an expert, former civil society activist as part of Kosovo Action Network (KAN), knows the process/agreements inside out + consultations with former negotiation team (e.g. Blerim Shala), internal discussion in party
- Not sure about consultations with Kosovo Serbs, but LVV engaged in a dialogue with Serbs especially south of the Ibar. Srpska Lista monopolized Kosovo-Serb political scene, their party lists are drafted in Belgrade. When SL left the institutions, Nenad Rašić became new minister + 2 deputy ministers from Kosovo Serb community. There is a will to engage by the government, but people who cooperate get threatened (e.g. Rašić' kid beaten at school)
- Different ministries ask local institutions what is needed; e.g., when M.H. was mayor of Prizren, went to orthodox church several times, engaged directly with communities, incl. Serbs, trying to address injustices

b) What are the main obstacles?

- Approach was wrong from the beginning, even before independence: Serbia never excepted the final deals, agreements were not signed (Ahtisaari, Ohrid…)
- Problem not so much how EU organises but its *approach*: agreements should be signed, then timelines developed, implementation monitored, but never happened. Kosovo did what was asked, but Serbia didn't
- Why? – geostrategic interests: pulling Serbia away from Russia there will always be influence by strategic interests, but deals need to be closed with signatures

c) What is/are the main achievement/s?

- Better connection between ethnicities (but still not final agreement)
- Some things have normalized, e.g., free movement: has been agreed early but long not been implemented, now the situation is much better, people can move without problems (Kosovo had implemented the agreement before, but Serbia only recently)

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- Germany involved a lot, UK was important (also France, Italy). Would want Germany to be involved more, because of ties with the diaspora & Germany is most interested in a long-term peace in Europe

e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- They should not be connected; Ohrid Agreement was negotiated, now should move on
- Some kind of recognition from Serbia important to move on as a region
- When Bulgaria and Romania joined, they did not have all necessary standards: it was a political decision. Should also be done for the WB – if negotiations continue under the current framework, it will cause problems

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Will depend on the next 4 years. Sometimes we don't see how far we have developed, but the justice sector remains a huge problem
- Young generation as a great asset for progress: development/innovation. LVV has plans to open Kosovo's economy, pass from middle to high-income country
- Minorities: hard to change the constitution, but we want them all included; "your last name should not determine your position". 'Positive' discrimination is still discrimination; people should be judged by their merits and capacities, so this system should change (but unlikely to have any constitutional changes by 2035)
- Greatest challenge: need to make people stay in Kosovo for development (all ethnicities): all Balkans have this problem, a small country like Kosovo cannot afford this (last census has shown dwindling numbers), therefore economic development must be prioritized
- Double majority in parliament is a problem for judicial reforms, but most things can be worked out
- Application for EU candidate status submitted, no answer yet: "frankly speaking, in terms of laws etc. – we are good", implementation sometimes is bad, environment is a problem
- IF the EU would have a frank approach, Kosovo could go fastest among the WB. But now there are blockades/sanctions because Kosovo did not implement one point of an agreement – "not fair", especially since the agreement was not even signed
- Kosovo implemented everything but never got a final agreement, will not implement [the ASM] before it is signed
- Serbian PM revoked agreement after president had agreed, no sanctions EU to please Serbia, based on geostrategic interests to loosen Serbia's ties with Russia
- NATO rapprochement? – Training of troops, standards of conduct etc. = very far, up to standards + 2.4% GDP on defence for 3 years now; joined several peacekeeping missions with US forces
- Statehood? – during the negotiations on the French-German proposal, a promise was made unofficially that at least 3 countries out of the 5 non-recognizers would recognize Kosovo if the agreement was signed. It was a big issue for Kurti to accept, yet nothing happened afterwards in terms of recognition
- Same for Council of Europe: Deçani as condition, but then the parameters were changed
- Not very optimistic in terms of further recognitions; maybe Greece (existing economic, diplomatic relations). Good that all countries now recognize Kosovo documents [after visa liberalization], but enlargement without recognition?? – pragmatic approach needed

10.15772/ANDRASSY.2026.002

10. Interview with Marigona Shabiu (11.02.2025 13:00-14:00)

Questions

0) **Can you tell me a bit about yourself and your background, your motivations?**

- B.A. political science, M.A. non-profit management in US; head of YIHR > 7 years
- Long experience in civil society since high school, > 10-year activism in human rights & peacebuilding in Kosovo and on regional level (WB) because of the joint history; "focus on Kosovo-Serbia relations ever since I can remember"
- Motivated to contribute to society, use privileges/position in society for positive change
- Being engaged in civil society sector "for ages" has opened horizon, understanding of the world, critical thinking: "I feel more like a cosmopolitan than bound to national, ethnic boundaries" + feel responsibility to contribute to justice, incl. with international support as part of a diverse, international community + diverse experiences helped my personal & professional development

1) **In your own words, what is the role of the EU in Kosovo? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?**

- EU is important for Kosovo because of the values it represents: democracy, human rights, equality, unity among nations in Europe: input value-based system
- Financial support: largest donor for many years
- Reforms of institutions: young country, strong EU support to stability, strong institutions free from corruption, integrity, professionalism

b) **Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?**

- Public administration, government; judiciary, parliament + support to civil society, media is crucial, even though funding is not easy to get, it is detrimental to the development of an independent civil society, media
- We can see the impact of the measures of the EU against Kosovo: many projects stopped, impacted, especially institutions. Not so much civil society directly, but some cuts even NGOs e.g., projects on public advocacy, blocking high-level exchanges
- Not only financial struggle locally but also strong impact on leverage of EU, loss influence because of sanctions. Met with new EU ambassador and asked for clarity on consequences of sanctions especially for civil society, but never got a clear answer
- No strong political rhetoric against EU (yet), acceptance quite high (highest in the region), but decreased, especially since the delay in visa liberalization: decrease EU-support in Kosovo, more visible anti-EU rhetoric (even though still marginal), feeling of injustice: "we have fulfilled the conditions" voiced by politicians, media, also independent civil society. Direct impact on people's mobility, including youth, e.g. harder to take part in international programs like Erasmus+: backlash, feeling treated unjustly → less feeling of EU identity, hard to reach the standards & "promised land", unfavourable position vis à vis other countries in the region, decrease EU support, impact on businesses etc.

2) **To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?**

- For EU, the main motivation is stability: no new conflicts in the region, containment

a) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]

- EU has not pushed countries to open the Dialogue, include society, increase transparency: also served for mediators [to avoid scrutiny], but as result of the lack of firmness by the EU, leaders tell their audiences different things about the Dialogue
- Civil society has been consulted very sporadically by the government. When Kurti came to power, Bislimi invited YIHR to meetings, but stopped after 1 year without explanation; Dialogue was frozen but civil society also left out.
- From the start no coordinated involvement: government representatives told civil society that the process is complex, sensitive, cannot be opened up but must be handled by Kurti, Bislimi and few others (this was also the impression during the meetings) + wanted civil society to support the government agenda (same for all previous governments), "use civil society to play their game"
- Unter PM Hoti high-level conference on Dialogue, M.S. asked about increased involvement of women, youth; Hoti = "this is not a gender issue", needs to be handled by professionals, no inclusion: harsh statement to make in public, sobering
- Minorities? – Originally platform (lead by KDI) on Dialogue involving diverse groups incl. minority representation, very inclusive; more aligned/coordinated towards Bislimi etc. but the platform stopped working. During meetings with Bislimi, only Kosovo-Albanian organisations invited + representatives for RAE, but no Kosovo-Serb organisations. Serb organisations boycotted meetings with the government/parliament from 2023: not happy with the results, felt not listened to, labelled by some political leaders, e.g. deputy interior minister during civil society meetings in Brussels very confrontative, accused them of collaboration with Belgrade (which is unfounded, YIHR has good cooperation)

b) What are the main obstacles?

- Russian influence, using Serbia as traditional ally to keep the status quo, meddle in Bosnia-Herzegovina, Montenegro, region at large & supports Serbia in non-recognition of Kosovo
- Lack of implementation of the Basic Agreement in line with Serbia's attitude of not doing their part (and Kosovo's response)
- War crimes are not addressed, lack of justice/reparations (all communities): past as blockade to moving forward
- EU was very slow, especially in the last years + not been firm especially with Serbia: sanctions on Kosovo because the government was not constructive, but Serbia was never constructive; "soft diplomacy" on Serbia for EU to keep influence vis à vis Russia →impacting process, EU less proactive, focus on status quo rather than progress

c) What is/are the main achievement/s?

- > 30 agreements (but lack of implementation, lacking behind: more firmness needed by the EU + incentives to find solutions, compromises)

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- Germany, France = most engaged member states in Dialogue but also generally in political affairs in Kosovo (also UK before Brexit). Dutch embassy very active on public institutions, democratisation. Others mostly unnoticeable.
- Germany more Kosovo-friendly, mostly agreement with France but sometimes bypass EU institutions in Kosovo due to political stance, ambassador more up-front: sometimes Germany misuses its power in Kosovo & as biggest EU member state
- More coordination would be needed, intensified between EU and member states including with regards to the measures against Kosovo, Dialogue, north

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Due to the non-recognisers, the EU will not require Serbia to recognize Kosovo, therefore focus on normalisation, keeping the Dialogue open without jeopardizing *security* incl. limiting/minimizing Russian influence
- Land-swap proposal? – Germany opposed, France not as actively; with Trump, it might be back on the table if Grenell will get involved again, might also be used as a stick to get a compromise; "I am afraid it will resurface, especially after Trump's comments on Palestine"; Kosovo-Serbia is a "piece of cake" compared

e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- Kosovo's accession is centred around the Dialogue; all international integration processes are connected to it. This results in limited chances to move forward with the accession, application was not considered yet due to the geopolitical situation, leadership of the member states in the council
- With the return of Trump, everything is now unclear

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Wish for Kosovo to be fully recognised, in UN (if not yet EU, lengthy process)
- Resolving statehood issue with Serbia, focus on other integration issues (status issue)
- Meaningful aspects: more democratic, more inclusive, diverse as society; more equal, free, human rights, development → maybe too ambitious, optimistic
- But seeing current global trends (far-right surge etc.): waves also come to Kosovo, e.g. gender backlash, volatile peace: hoping that Kosovo will be more or less immune, but will definitely have an effect
- What needs to be done for positive scenario? – EU needs to step up its game under the new foreign policy team, present new offers to both Kosovo and Serbia for full implementation, Serbia abiding, Kosovo moving ahead
- Also depends on US, but difficult to see what role they will take
- EU needs to be firmer and connect more with Kosovo, Serbia, entire region
- But also depends on other geopolitical factors, especially developments in the Russian war in Ukraine: Russia will always block Kosovo if no favourable end to the war is found

10.15772/ANDRASSY.2026.002

11. Interview with Miodrag Milićević

Questions

0) **Can you tell me a bit about yourself and your background, your motivations?**

- Decision for civil society engagement was "both logical and illogical", phase of transition: peak of career in OSCE but lack of challenges, had the chance to either go to Ukraine or join civil society (among other options) and decided to keep fighting locally, using experience & expertise – "not sure it was the right decision", but: responsibility for the community

1) **In your own words, what is the role of the EU in Kosovo? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo? Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration?**

- EU has a clear mandate in Kosovo, coming out of UNSR 1244, evolved in the meantime: oversight over Kosovo's governance. Head of the EU office has vast powers even to reverse political decisions which do not comply with the standards, but never used them
- Important role to keep the institutional standards, protect minorities
- Pave the path to Kosovo's EU integration process, embedded in EU approach: reform process, full implementation of the EU agenda & ensuring that the government stays on course not only on paper but also in practical decisions, implementation
- Facilitator Dialogue, Brussels Agreement. Implementation "not fantastic", many challenges – officials declaring they fulfil everything vs. reality on the ground
- Measures by EU against Kosovo: have been demanded by Kosovo-Serb civil society for a year before implemented for the damaging attitude of the outgoing government towards the Serb community, to return to EU path/Dialogue BUT not respected by member states, e.g., Germany continuing projects, high-level meetings (also others)

   a) **Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?**

- Brussels Agreement: widely criticised but initial agreement "should be praised": "managed to turn a frozen conflict into an enabling environment in which solutions are possible"
- Some critics say the EU did not do anything, but it realized the agreement, together with others (there are other problems about the Dialogue, see below)
- Until agreement, more than 1000 incidents on the bridge [over the Ibar in Mitrovica]; fights, injured civilians, hatred/hate speech everywhere. After the agreement changing narratives – but implementation is not going smoothly.

2) **To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?**

- Mutual recognition = ideal scenario according to EU/US. Vast majority non-recognisers based on Serbia's position, might then reassess, but political dynamics in Kosovo are not positive (although probably no revocation of recognitions to be expected)
- EU/internationals want stability, have invested a lot in statebuilding, guarantees for minority rights, but 25 years after the war there is a lack of progress
- Neither EU institution (especially the Commission) wants to admit that much has failed

   a) **Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]**

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- There were attempts by the government to include civil society, Serb NGOs as local opinion makers especially after the 2022 exodus – unwillingly became political actors but also wanted to support the process, Dialogue in unbiased way, create space: more involvement was unavoidable, became interlocutors/stakeholders for national/international actors
- BUT recommendations were not included in the process even though they were very useful, very discouraging – understandable why, but even the acknowledgement of reports by civil society can be an encouragement to them
- Role Serb NGOs? – which side? Feed all sides (incl. EU) but remain neutral, incl. in Serbia (cooperation Working Group on Chapter 35). Do not want to get affiliated with the government amid growing polarization ("if you're not with us, you're against us"), smear campaigns by both countries' politicians, in Kosovo even after meetings with EU representatives = accused as agents for Serbia; also removal Serbs from foreign service
- EU excuse: "we are only facilitators, this is not our responsibility" while in fact they have huge influence & interest. This *inconsistency* from EU side strongly affects accession path

b) What are the main obstacles?

- Lack of alignment in CFSP, EU policy towards Kosovo undermines the Brussels Agreement & weakens role, leverage, helps populist and causes much damage on local level + international relations. Officials from LVV, even President Osmani openly attack Borrell, others = undermining goals, values
- Unbalanced approach: Aktiv and other NGOs demanded increased pressure on Serbia, state + media capture but EU "has other goals", does not want to go against Vučić
- M.M. challenged local politicians: devastating policies, why did the Dialogue not prevail, instead Kosovo gov sent special police forces to the north? Why not sent 'political envoys' to the north to learn more about local resistance to integration, get insights, find a political solution?
- Instead unravelling, up to the point that someone in Serbia decided to plan a violent attack (Banjska), need to be held accountable: Vučić himself involved + most negative effect felt by local Serbs
- EU (& other IOs) invest millions, but prioritize stability over reforms; "after 25 years we have an unacceptable scenario", critique Lajčak & others: superficial Dialogue, no progress
- Hoped that the Dialogue would gradually "clear the table" to start speaking about the most pressing topics in a more conducive environment: status question. Advocated for gradual solving of issues, leaving aside the status question = main point of contestation which prevents even technical agreements, let alone implementation. Reaction: not wrong, but who guarantees that Serbia will recognize Kosovo? – there are no promises, but what future do you want to see for Kosovo & in relations with Kosovo Serbs + Kosovo & Serbia? the answer to this question will determine your agenda
- Would require a lot of time, resources, multi-level approach incl. community dialogue: enabling environment for positive scenario; but Kosovo-Albanian side did not understand
- Lajčak downsizing the process, EU losing control: changing people, agendas; interference
- Originally high hopes: Lajčak knows the region, understands. 2020 first meeting: 3 key demands to rescue the Dialogue.

  1) both sides must commit to using appropriate language and refrain from insulting narratives (otherwise how can normalisation happen), have to adopt official negotiation policy, zero tolerance for hate speech by facilitators ("you are running the process"): all need to agree, will demonstrate readiness, respect for Dialogue & for

  2) joint press conferences of the Dialogue leaders, no matter what the result of the round of negotiation, standing next to each other = minimum sign of respect, commitment + EU should

10.15772/ANDRASSY.2026.002

issue a “boring”, general statement about the results to avoid separate statements by the leaders, overcome distrust on the local level

3) relocate the process partially from Brussels to Prishtina and Belgrade: game-changer, forced to recognize reality, based on serious concern of local civil society: “bring the process back where it belongs, to the communities”, gradually starting visits: necessary to foster acceptance. Both sides agreed to open liaison offices, incl. of chambers of commerce. The *manner* of communication also matters, not only the disagreements themselves

- Neither side wanted to accept it; EU should be firmer but instead focuses on crisis management, stability. Should rather invest in economic development, cooperation & put pressure on leaders, “make them sit in the same room” □ “if you don’t show courage and understanding of the needs of the process, you are hopeless”
- EU is the largest donor, enabling procedures in place, but this tax payer money is waisted if there are no clear policies, use of leverage
- New EUSR Sørensen: not sure what his policy is, if there can be changes under the new government in Kosovo, needs to have a clear policy (+ “let’s see what happens in Serbia”)
- If the Ohrid Agreement is indeed legally binding for Serbia (cf. Chapter 35), ratified by Kosovo Assembly, now we need to talk about the order of implementation, practical steps: new setup in northern part of Kosovo, reestablish the environment prior to the 2022 exodus of Kosovo Serbs from institutions; initiate the establishment of the ASM (zero tolerance on excuses against establishment: “you agreed, you have to deliver”)
- Processes need to happen simultaneously, 4 layers:

  1) restore the political process in Brussels + in the countries (see above)

  2) create political stability to restore the role of the Kosovo Assembly in the Dialogue: they are the representatives of the voters, not the system

  3) restore a stable municipal environment especially in the north, exchange information, align process of simultaneous functioning: based on Dialogue process, smaller technical agreements need to be implemented by municipal structures, need to be aware

  4) grassroots level involvement of the communities affected by the agreement & feedback mechanism to report the effects on the ground to the Assembly, EU facilitators, delegations to fix problems in favour of the demands/needs of the local communities

  □ “whole package”, providing accountability, increasing pressure, decreasing harsh rhetoric, creating space for local interethnic dialogue among communities

  □ structured way, assign roles to those responsible in the system; within 5 years we can have a much better environment
- But instead: internationals want a high-level deal; Kurti has no answer to the question how he sees the future of Kosovo Serbs. Lack of commitment, expectations, agendas; Vučić has clearer agenda than prior PMs; for Kurti the goal is recognition.

c) What is/are the main achievement/s?

- Brussels Agreement (cf. 1a)

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- Difficult to say. They follow their own interests. Used to be 3/5 of Quint (now 2/5); strong influence but have their own strategies for Kosovo, cannot clearly understand their goals. Represented in different institutions
- Want a successful process for Kosovo, but how does Kosovo look nowadays?

  □ challenges to find synergies, protect human rights etc.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- Key to accession, incl. Serbia Chapter 35; Kosovo moving forward

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Difficult to say. If the current approach is kept, it will be a monoethnic society, Kosovo Serbs will be even more fragmented, fading out
- In order to prevent this, more synergies and direct intervention by the EU and US is needed, a tremendous shift to redirect Kosovo's policies to the Ahtisaari proposal, Brussels and Ohrid Agreements: respect the constitution, organise security and rights for minorities to preserve Kosovo as *multi-ethnic* society guaranteeing equal rights
- Further decline of Kosovo Serbs; north "ethnically clean" apart from North Mitrovica, at odds with the promise of a free, multi-ethnic society; frozen conflict that might unfreeze, especially as the international presence is fading out
- Compared to Europe 25 years after WWII: was back on track, but the same is not true for Kosovo, failed to rebuild multi-ethnic structures
- "If you leave the process in the hands of ethno-nationalists, progress will unravel" – Dialog needs much more effort, interest
- Under Trump, the idea of partition might be back as an alternative option, viable solution. In this case, Serbia would have no interest to recognise Kosovo, support integration of Serbs A reactivation of partition policy would potentially see a unification of Kosovo with Albania after some years, let alone consequences for Bosnia-Herzegovina

10.15772/ANDRASSY.2026.002

12. Interview with Jovana Radosavljević

Questions

0) **Can you tell me a bit about yourself and your background, your motivations?**

- Director of NSI since beginning almost 10 years ago; Serb from Kosovo. Experiences abroad but always came back, "makes most sense for me to work here"
- Focus: Dialogue, especially position of Kosovo Serbs; conflict resolution
- Mission statement NSI = "reflects the society I want to live in": multiethnic (NSI as one of only two truly multi-ethnic NGOs on all levels in Kosovo, other one in South Mitrovica)
- Informal approach: reconciliation, community & institution building. Diverse approaches: advocacy, capacity building, citizen participation, subgrants, storytelling… - "we need to diversify in order so survive" (cf. US budget cuts international development cooperation). Always at the core: trust building!
- Unfortunately, during the last 4 years (Kurti government), NSI often forced to be reactive rather than engage proactively as compared to before: ever-growing crisis, felt directly also by staff: security assessments if people can come to the office, risk to personal security incl. by barricades, incidents that need to be addressed – different perspective of civil society in North Mitrovica compared to Prishtina
- Since Serbs left institutions [in 2022], vacuum. NSI speaking to stakeholders, especially international, explain needs of the community – policy solution is needed!
- Currently "deep disturbances", consequences not yet clear; possible restructuring, unclear if/how NSI can operate in the future due to withdrawal of US support (e.g., Kosovo Peace & Democracy Summit as flagship conference, ever-growing, global issues beyond WB – might need to be postponed indefinitely)

1) **In your own words, what is the role of the EU in Kosovo? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo? Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?] Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?**

- EU played a significant role in Kosovo, especially because of the country's aspiration for EU integration. However, Kosovo remains the only country without candidate status in the region which complicates relations.
- Large presence: EUSR, EU Office, EULEX,…
- Overall, EU has built a positive image, even though frustrations among the population are growing over the stalled prospect of membership
- Dialogue: "this is where it gets complicated", especially under Lajčák, different factors: the decision to nominate Lajčák played into the narrative of Kosovo's government that the EU is biased (as he comes from a non-recognizing country, even though he represents the EU); this put off the entire process, prevented success
- Vučić, Kurti: very destructive dynamics; showed that neither is interested in normalization
- Serbia is stalling the process but appears constructive and Vučić is helped in this strategy by Kurti's refusal to form the ASM. Implementing the Ohrid Agreement would mean *de facto* recognition according to Lajčák; too much focus on big picture rather than situation on the ground
- Perception of the EU's position is worsening: dissatisfaction, perceived as biased, appears to appease Serbia; lack of prospect on candidate status

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2) **To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?**

- EU side: complete normalization, recognition of Kosovo (although this is not always said)
- Directly connected to accession process, depends on agreement (cf. Chapter 35 Serbia)

a) **Who are the main actors in the process and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]**

- NSI/J.R.: Very dissatisfied with the process, Kosovo government trying to stop it altogether, make inter-ethnic relations an internal issue rather than part of the Dialogue. The reciprocity measures under Kurti outside the Dialogue started unravelling everything. Ever since, the EU is trying to extinguish fires, constant crisis mode, culminating in Kosovo Serbs leaving the institutions; now "as disintegrated as can be", basically levels before 2013 Brussels Agreement; from weakened integration in most fragile sectors (state, security) to full disintegration.
- Growing distrust has helped the narrative of the Kosovo government on the EU as biased; measures have not helped, 27 states agreeing on actions against Kosovo
- Now new facilitator – not yet clear about his position + all new outside factors: Serbia = focus on internal issues/protests; Vučić won't engage in anything that has the potential to further weaken his position at home / absolute power of LVV which disrupted the balance of power, international relations incl. with the EU, member states. We still do not know the final election results, engagement will depend on the strength of the government, but potentially new elections next year (cf. Presidential elections, might topple government). EU dealing with internal issue; Trump as "elephant in the room"
- The Biden administration took a backseat in the Dialogue, supported the EU; now a "great unknown", new US government will not take backseat – either ignore or highjack the process. Unlikely to continue Washington Agreement, will probably want something new → "unchartered territory", US diplomacy = unpredictable, will affect US-EU relations, future of Ukraine; Western Balkans low on the list of priorities

b) **What are the main obstacles?**

- Idea was good but the main ingredient is missing: political will; no matter who was leading the process, nobody would have gotten more success. Main question: what could be a strong enough incentive OR punishment to make the governments engage? → "they saw the bluff of the EU prospect", everyone kept playing along but they were not really engaged in a constructive way [which was convenient for everyone, since many in the EU did not really was enlargement to the WB, until the geopolitical shift of Russia's war in Ukraine]
- Ever since the perspective [of EU membership] has faded/benefits no longer tangible, the sides are no longer constructive and the EU has lost leverage on both Kosovo and Serbia → has made the life of people easier & provided concrete benefits, but not solved the most sensitive issues, not addressed the everyday needs, especially when it comes to the integration of the health and education systems which are vital for the community; are being pushed further away from the Kosovo system.
- "Paradoxically, Serbia is the biggest sponsor of multi-ethnicity in Kosovo" – without the parallel structures, there would be no more Serbs in Kosovo
- Stronger engagement by the EU wanted, help in implementing constitutional provisions, but were given nothing + the EU being such a complicated system, it sometimes appears slow, has lost its enthusiasm
- After the 2021 elections, the LVV government program was geared mostly towards the International Community, now policy is utterly nationalistic, chauvinistic propaganda: "terrifying", non-constructive tone particularly towards Serbia, rhetoric harming reconciliation

10.15772/ANDRASSY.2026.002

– results in declining trust among Kosovo Serbs towards Albanians, institutions; difficult to repair

- Ohrid Agreement as momentum but in the meantime became clear that the situation as deteriorated: there is no basis, governments are unable to cooperate + there is no prospect of either of them joining the EU anytime soon → growing disillusion on the ground while EU has increased interest in offering new options for joining the EU [since the war against Ukraine]; Montenegro, Albania as frontrunners (although North Macedonia was "pushed out") → idea is that if one country is in, the prospect will become tangible again, showing the rest that it can be done with a lot of commitment
- BUT Kosovo does not even have candidate status + very hard to lift measures, especially under a Kurti government that is condemned by the EU, member states for shutting down Serb institutions: worsened the relations, prospect recognition e.g. Slovakia, Greece
- Growth Plan will bring no improvement, the enthusiasm of the EU, member states is not shared in the region: sceptical, it is not enough & has strings attached – not sufficiently incentivising tool (also appetites/expectations by governments has grown)
- Berlin Process: the CEFTA agreement was primarily a Sarrazin venture, strong diplomatic effort to persuade the Kosovo government to lift the ban on Serbian goods: threats, incentives – eventually, they found a middle ground. Scanners as compromise, but they still are not there, products still cannot get in.

  → IF a clear perspective existed, there might be a breakthrough, but hard to imagine under Kurti, Vučić. Kurti is extremely powerful, even if he will be in the opposition, ever-growing force on a platform that says "we are the just ones, we don't bow to the irrational demands of the International Community" – attacks all constructive steps.

c) What is/are the main achievement/s?

- 10+ years ago, Brussels Agreement was reached & implementation started, integration of Serbs into Kosovo institutions: completely different period with much more enthusiasm, expectations, as well as tangible incentives as the EU prospect was much more realistic
- While it did not land well with the local community, the EU was determined it should happen – and so it did. While it was not ideal, it was a positive development and it showed that if there is the political will, there can be an agreement, things can improve
- However, from 2015 to 2018, the situation deteriorated; it became completely clear that Kosovo's government will not implement the ASM – "end of the Dialogue", eventually bit for partition, land swap

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- The problem of the lack of a unanimous approach effected the influence of the EU, including the measures: "need to stick to decisions instead of defying them" → the lack of consistency undermines the EU's authority. Citizens' perspective: clear messages from the EU, member states condemning actions one day, and on the next day signing agreements on investments – "not a proper message"
- 2 main narratives/perceptions: 1) everything was priory agreed between Vučić & Kurti, have a common plan (as seen when Thaçi and Vučić were leading the process); 2) Kurti has international support to do whatever he wants, citizens are included only superficially (Kurti even supports this narrative, gives examples of bilateral agreements to prove)

  → the lack of consistency among member states undermines the EU's impact

e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- See above: incentive for cooperation, now faded

10.15772/ANDRASSY.2026.002

3) **What kind of nation will Kosovo be in 2035?**

- "absolute pessimism for the future of the Western Balkans", "do not see any incentive"
- NSI publication strategic outlook September 2022 – now much more pessimistic: even a year ago, the answer to this question would have been different, but with Trump in the picture now, there is a great unknown. Most likely, Kosovo will no be as today, in 20-50 years it might no longer exist, could possibly lead to ethnic partition/change of borders towards a Greater Albania & Greater Serbia – we have not yet escaped this scenario
- With a Serb-less Kosovo and no improved relations, Serbia would have no incentives to recognise Kosovo; Kosovo & Albania could decide to unify
- Current situation is not sustainable. There is a desire by the internationals to make Kosovo survive as a multi-ethnic society, but the local communities do not identify with this idea, further boosted by Kurti.
- Serbs will leave, many have already left (true for all WB) – then what would be the point of a constructive approach? Many leave for economic reasons just like everywhere else, but in case of Kosovo Serbs also because of safety/security, incl. economic
- Serb community suffers from a loss of the capacity to sustain itself, same is true for all of Kosovo, economic prospects diminish ("what will people live off from?"), poverty will rise, this will also increase instability

* What could the EU do to counteract this trend?

- Create tangible incentives / threats for lack of cooperation: consistent, clearer managing, punishment of non-abidance ("sticks and carrots")
- So far, it did not work out; the leaders could pretend to play along while the situation on the ground in fact stalled, deteriorated

10.15772/ANDRASSY.2026.002

13. Interview mit Dušan Reljić, 30.04.2025, 11:00

0) Können Sie ein bisschen über Hintergrund und Motivation für Ihre Rolle erzählen?

- Seit 2003 SWP, 2013-2023 Leiter Brüsseler Büro. Zu Beginn eigene Westbalkan-Abteilung mit 8 Mitarbeiter:innen, u.a. Marie-Janine Calic
- Hintergrund als Journalist im ehemaligen Jugoslawien & selbst Zerfall erlebt, auch politisch aktiv gewesen: Gründung Zeitschrift „Vreme" mit Freunden, unterstützt vom Bürgermeister von Rijeka, da sonst nur mit politischen Verbindungen möglich zu der Zeit (nach Gleichschaltung der Medien durch Nationalisten in allen Landesteilen)
- 1986-90 Korrespondent in Bonn für jugoslawische Presseagentur, etwa 1993-96 Westeuropakorrespondent für RFE/RL in München & Bonn
  - ➔ Seit 1983 Beobachter der westeuropäischen (besonders deutschen) Politik ggü. Jugoslawien und seiner Nachfolgestaaten

1) In Ihren eigenen Worten, was ist die Rolle der EU in Kosovo und welche Akteure haben den größten Einfluss (Institutionen, Mitgliedstaaten,…)? Wie sprechen sie sich ab?

- Zitat Christoph Bertram [ehemaliger SWP-Leiter]: EU als „shovel brigade" auf dem Balkan – Mist, den andere zurückgelassen haben, wegräumen – vor allem US, „Pax Americana" – jetzt „Hour of Europe" (Jacques Poos) ABER de facto von A-Z Resultate amerikanisch bestimmt, sonst keine NATO-Intervention, Unabhängigkeit, etc. (Kontaktgruppe: Frank Wisner, Wolfgang Ischinger und Alexander Botsan-Kharchenko Verhandlungen [August bis Dezember] 2007, schließlich einseitige Unabhängigkeit)
  - ➔ Amerikaner setzten die Ziele, EU erst nach Abstimmung unter Mitgliedsstaaten, folgten USA meist
- EU-Position vor allem aus Berlin gelenkt, inoffizieller 13 Punkte Plan unter Merkel vor allem mit Blick auf Serbien, von der Kommission später 1:1 übernommen
- Kommission hat kaum eigenen Gestaltungsspielraum/Agency, Erweiterung ist Befugnis der Mitgliedsstaaten („wäre auch nicht gesund")
- Wichtigster Akteur war immer Deutschland: Frankreich, UK meist mitgemacht, aber Berlin ausschlaggebend. Interesse FR v.a. Mittelmeerraum, UK Atlantik; kleine Staaten /Nachbarländer (AT, IT, HU) haben versucht, Einfluss zu nehmen, aber v.a. begleitend
  - ➔ z.B.: 1) Druck, Montenegro Kandidatenstatus zu verleihen, stieg um 2009; DE konnte nicht länger den Weg versperren aber setzte durch, dass Verhandlungen erst in einem Jahr begannen – „das hatte es vorher noch nie gegeben". 2) Beitritt Kroatien gegen Widerstand; Elmar Brok redigierte Länderberichte der Kommission
- Schlüsselfiguren: Michael Schaefer, Leiter Sonderstab WB ab 2001 AA + persönliche Beziehungen Region; Emily Haber, Südosteuropabeauftrage 2006-2009; keine persönlichen Beziehungen zur Region, „durchsetzungsstark"
- COELA, COWEB, PKS: „schön und gut", aber tatsächliche Abstimmung passiert zwischen Berlin, Paris und anderen Hauptstädten, selbst miterlebt
- Keine großen Konzepte, sondern Austarieren zwischen Mitgliedsstaaten, danach wird die Kommission gebrieft
- In Kosovo: EU-Botschafter spielen wichtige Rolle in der Öffentlichkeit; erweckt oft den Eindruck, dass das Interesse der Mitgliedsstaaten an der Region größer ist als tatsächlich
- Sehr von Personen abhängig, auch MS-Botschafter (z.B. Jörn Rohde in Kosovo = „nimmt viel Raum ein" vs. Thomas Fitschen in Sarajevo = stiller, „besserer Ansatz"
- EULEX: konnte nicht vorbereitet sein, niemand hat diesen Ausgang der Verhandlungen der Kontaktgruppe vorhergesehen

2) Zu welchen übergeordneten Zielen soll der EU-geführte Dialog mit Serbien beitragen?

   a) Welche sind die Hauptakteure im Prozess und was sind ihre Rollen? d) Was ist die Rolle der Mitgliedsstaaten?

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Kommt darauf an, von wem die Rede ist! EU = Normalisierung (Idee auch aus DE)
- Status, der es erlaubt, Konflikte zu überwinden, Vermeidung von Gewalt
- Völkerrechtlich bindender Vertrag = de facto Anerkennung; rechtlich schwierig, da 5 EU-Staaten Kosovo nicht als Rechtsperson anerkennen
- Spanien, Zypern: keine Anerkennung der Sezession. Andere weniger problematisch; Griechenland würde eigentlich anerkennen, aber nicht möglich wegen Zypern
- Für einige Mitgliedsstaaten „völlig egal" (z.B. Portugal, Malta, Baltische Staaten)
- Frankreich v.a. innenpolitisch relevant: zuerst von Intellektuellen geführt, später v.a. Islamophobie – keine Muslime in der EU, emotional(isiert)es Thema. Eingriff in BiH hat FR Profil gegeben, aber immer Innenpolitik im Fokus
- DE dagegen (cf. US-Doktrin unter Clinton; Gore; Biden): Können Muslime in westliche Strukturen integrieren, auch wichtig für globale Macht/Einfluss + Einfluss Russlands zurückdrängen

b) Was sind die größten Hindernisse/Probleme? [Fokus: EU-intern]

- „Quadratur des Kreises" – Uneinigkeit über Ziele, keine einheitliche Position. Für viele Anerkennung Kosovos (auch DE)
- Post-jugoslawische Kriege haben gezeigt, dass die EU/EG nicht ist, was sie sein will: autonomer außenpolitischer Akteur; andere bestimmen das Ergebnis, v.a. USA
- Nichtanerkenner wollen Position nicht ändern, aber auch keine Konflikte

c) Was sind die größten Erfolge des Dialogs?

- Erleichterungen für normale Menschen: Bewegungsfreiheit (daher Zurückweisungen an der Grenze als großer Rückschlag), mehr Interaktion, Zugang zu günstigen Lebensmitteln etc. – aber insgesamt wenig Erfolge

d) In welchem Zusammenhang steht der Dialog mit dem EU-Erweiterungsprozess?

- Merkel: Erweiterung als „ultimativer Köder", übergeordnetes Ziel, für das Staaten ihre Konflikte überwinden. ABER nicht antizipiert, dass 1) Mitgliedsstaaten die Erweiterung nicht mehr unterstützen und sogar als schädlich empfinden und 2) Regime vor Ort nicht genug Interesse haben, um sich selbst abzuschaffen – würden selbst Gefängnis riskieren
- Was ist das Angebot? „Es gibt kein Angebot"; siehe Wachstumsplan = „Hütchenspiel", keine schnellere Entwicklung, kein Einfluss GDP/Leben der Menschen: „Verhöhnung"
- Finanzielles und menschliches (!) Kapital aus der Region fließen zunehmend in die EU; Handelsdefizit 8-10 Milliarden pro Jahr (v.a. DE, IT), dadurch wächst Abstand weiter
- Auch Rolle Produktionsketten, z.B. Produktion Autoteile in Serbien: Billiglohn, keine Sozialkosten vor Ort – Steigerung Exportfähigkeit Deutschland
- Auswanderung (nicht-)qualifizierter Arbeitskräfte, Ressourcentransfer: nützlich für Mitgliedsstaaten, aber langsam ausgeschöpft, Länder müssen selbst anwerben
- Würde die Kohäsionspolitik angewendet auf die Länder, würde man es in der EU kaum bemerken, aber gerade für konservative Regierungen ist Erweiterung = Migration, Muslime & Probleme, für die man keine Lösung hat – und teils selbst verantwortet sind
  ➔ Keine schnellen Lösungen möglich, sonst wäre z.B. Zypern bereits gelöst

3) Was für eine Nation wird Kosovo 2035 sein?

- „Grenzen zerreißen Nationen, darum zerreißen Nationen Grenzen" (frei nach österr. Dichter): Bei Nationenwerdung in Südosteuropa wurde die albanische Nation geteilt
- Wie jeder Nationalismus (Vgl. Gellner): Einheit Identität zwischen politischen und ethnischen Grenzen – dazu gibt es 4 Methoden: 1) Machtteilung zwischen Nationen im Staat (z.B. Schweiz); 2) Vertreibung (z.B. Bevölkerungsaustausch Griechenland-Türkei); 3) Assimilierung; 4) Völkermord – alle global „im Gange", auch in der Region

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Albanisches Problem: Bevölkerung potentiell für Zusammenschluss, aber wann wird es zur Priorität der Regierung? + Machtkämpfe unter albanischen Eliten
- Kompliziert, durch NATO-Beitritte Albanien, Montenegro, Nordmazedonien noch erschwert; daher beste Möglichkeit, zusammen Teil der EU; Grenzen verschwinden
- Konnten unter Serbien nicht leben, aber auch Diskriminierung Serb:innen in Kosovo – Minderheiten sind immer in Schwächeposition
- Grenzen und Herrschaft sind bis heute das wichtigste, wird sich nicht ändern
- Vielleicht EU-Beitritt Montenegro, aber kein Fortschritt Kosovo, außer Deal mit Serbien (aber 5 Nichtanerkenner; 2 UNSC-Mitglieder verweigern Anerkennung)
- Gleichzeitig keine Fähigkeiten zu größeren Konflikten (OSZE-Abkommen = kleinere Armeen, z.B. Serbien 25.000); NATO-Einfluss + „keine Lust auf Krieg mehr“
- Kurti hat das verstanden, darum schafft er Fakten durch aggressive Aktionen, gelingt im Großen und Ganzen aber bringt ihm keine Anerkennung, schlechter Zustand
- Könnte Regierungswechsel in Serbien geben, aber keine Anerkennung Kosovos „selbst wenn Mutter Theresa in Belgrad die Regierung stellen würde“; und selbst dann bleiben Russland und China als Verweigerer der internationalen Anerkennung
  ➔ Grundlegende Tatsachen werden sich nicht verändern, nur die Demografie
- Falls Trump einen schnellen Erfolg braucht, vielleicht wieder Fokus auf Region; will nicht spekulieren, aber Investitionen Donald Jr. in Serbien, Albanien problematisch
- Makro-ökonomisch hat Prishtina genug Geld, die Situation im Land zu verbessern: Massive legale Einzahlungen aus dem Ausland + Investionen/Einkauf Disapora
- Wirklicher Gamechanger: UMWELT! Nicht nur Luft, auch Wasser, Boden – ungesund, dort zu leben. Kohlekraftwerke in Kosovo sind aus DDR, Luftfilter erst kürzlich. Luftverbesserung als größter potentieller Erfolg, aber EU/andere haben nicht geschafft

10.15772/ANDRASSY.2026.002

14. Interview with Senior EEAS Official, 22.04.2025, 15:00

Questions

0) Can you tell me a bit about your background and motivation for your current role?

- 10 years of international experience: UN, OSCE, since 2020 Brussels
- Balkans always a bit part of the work, e.g., first talks with Kosovo's government in UN in New York, OSCE in Kosovo as the second largest mission at the time after MMU Ukraine
- Prior cooperation with Lajčák

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (including the different actors/institutions: EUSR, EULEX, EP, COMM...)?

a) What was the role and influence of the EU on state and nation building in Kosovo after the declaration of independence? How do these measures relate to Kosovo's rapprochement with the EU?

b) What distinguishes the EU from other international actors in Kosovo?

- EULEX: Establishment of the rule of law, legal apparatus, police. Process accompanied from the outset, large presence/role and visibility in Prishtina.
- EU accession perspective as central issue & unique selling point in state building, society very pro-EU, wants/believes in EU accession
- Other actors (UN, OSCE; also US, UK) try to support EU strategy, but difficult as not all members of organisations are supportive – only EU can offer EU perspective; holistic reforms according to acquis, from human rights to environmental issues

c) In which of the areas in which the EU has made contributions in Kosovo since 1998 has its influence been greatest [whether 'good' or 'bad']?

- The establishment of the rule of law and EU norms, standards and values - both very positive. And of course, the normalisation with Serbia and state-building - you can see it as positive or negative, depending on which side you look at it from. But I would rate it positively because a lot has been achieved.

d) How does harmonisation take place between different EU actors, including MS?

- Dialogue: EEAS-led. Ideally coordination Brussels with delegations in Belgrade, Prishtina + Quint / member states involved for coordination.
- In practice, this does not always work. Least coordination with EP, as it is too broadly based. With member states, involvement happens according to 'concentric circles': some more involved than others, closer coordination; context-specific. EU Commission varies, cooperation with new COM now closer again, including Cabinet Kos/DG ENEST
- travel, engagements are usually closely coordinated with dialogue team, but the EU is a huge organism, sometimes there are surprises or lack of coordination: e.g., some public statements by high officials
- Council measures NOT linked to dialogue but served to de-escalate in 2023, but in public communication Commission states progress in dialogue as a condition for lifting measures, 'wilful'
  - ➔ negative effects for the dialogue team, partners in Kosovo only see an EU that makes statements and speaks with many voices (also e.g., MEP), 'EU has said', sometimes difficult to explain
- Growth plan/line duties incl. dialogue intersections: internal coordination did not always run smoothly because reform agendas were submitted late, many EU actors involved, did not always react in time. 'coordination did not work at all', resulting in very vague formulations at the end – a pity, missed opportunity

10.15772/ANDRASSY.2026.002

2) What overarching political goals should the EU-led dialogue with Serbia contribute to?

- Stabilisation and integration of the WB6 in the EU: Both countries should become members, for which normalisation is a prerequisite (Kosovo should not join as a province of Serbia)
- Accession without recognition of Kosovo by Serbia would probably be legally possible, but not politically, which implicitly makes recognition a condition BUT not part of the official formulations: 'solving outstanding issues' etc. because of the officially neutral position of the EU/non-recognisers. De facto, however, everyone involved knows this and it is being discussed behind closed doors. The fact that Serbia will ultimately have to recognise Kosovo was always part of the understanding, but should be left open until the last minute when Serbia's admission is imminent. Reason: Politically sensitive for Serbia, narrative = Serbia does not lose Kosovo, but gains EU status. In Serbia, the acceptance is actually there, but nobody recognises it publicly and there is nothing to gain in the short term (elections) by supporting independence
- therefore the dialogue also assumes simultaneous accession from the outset, even if it is not said publicly (focus on normalisation, rule of law): 'either together or not at all'. This was not always clear to the parties, but is the only way to prevent blockades.

a) Who are the main actors in this process and what are their roles? [EU/Kosovo, incl. civil society, minorities; reconciliation?] What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- EAS, Kosovo, Serbia (chief negotiators, heads of government). In reality also other EU institutions, member states, others (e.g., US, UK). Civil society (deliberately) not part of the formal process, but close consultations
- member states: pro-Serbia (especially HU, SK, FR) vs. pro-Kosovo camp (Baltics, DE, HR) or issue-specific: not on the same page, non-recognition as a problem for Kosovo.
- Generally poorer relations under Kurti, previously the majority were on Kosovo's side, 'Kosovo has lost many friends, now rather logic "the enemy of my enemy is my friend" - a pity'. Kosovo's government does not seem to realise this. EU foreign policy currently has many issues, Western Balkans not very high on the agenda, has been an issue for too long
- Brexit effect also related to WB/Kosovo, has also worsened EU relations with Kosovo (UK very pro-Kosovo)
- Kosovo wants guarantees from non-recognisers, but they will not give them: are ready for rapprochement, but gradually, not all the same strategy. Also lack of commitment from Kosovo's government as a problem: e.g., visa liberalisation = acceptance of Kosovar passports, there should have been efforts to extend this to other documents. Instead of making demands, Kosovo should approach non-recognisers – so far mainly Greece, which is in the immediate neighbourhood (e.g., Athens liaison office), but overall little initiative, 'not part of Kosovo's identity'

b) **What are the biggest obstacles/problems? [Focus: EU-internal] How does the dialogue relate to EU enlargement policy?**

- The political situation in both countries is currently the biggest problem: Serbia is focussing on the internal situation; government is ailing. Kosovo's government formation is delayed, perhaps not until next spring?
- EU integration has long been an issue for the region, but is currently not very realistic for either country, which is why there is little willingness to compromise.
- At EU level, it is clear what the dialogue should ultimately lead to, but slow process, EU as soft power and internal complexity/dynamics reduce the weight of its statements, e.g., compared to the USA

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- effect of Trump 2: Washington Agreement largely not implemented, could become an issue again. EU tries to focus more on economic interests (IBM, trade facilitation, more border crossings); investment promotion, also attractive for US companies. More in Serbia's interest than Kosovo's, as Kosovo fears that political demands (recognition) could disappear behind technical focus
- EEAS/Commission: Also a question loss of knowledge due to rotation/long process, lack of understanding internally & not the main issue for management level - 'does not help'
- Nevertheless, there could be quick successes, see e.g., SAA despite non-recognition. EU would have to use more creative advertising methods, joining the Council of Europe would be a great success
- Kosovo must explain more, not rely on DE/US, become active itself

c) **What are the greatest successes of the dialogue?**

- Integration of Kosovo Serbs into Kosovar institutions – destroyed in 2022, 'we have to get back on track'
- Ohrid Agreement, if implemented. Not too long ago, there is still time
- Kosovo joining the Council of Europe would be the greatest success since independence
- Kosovo as its own customs territory after 2013, recognition of legal system by Serbian municipalities, Serbia + smaller technical agreements: implicit recognition effect

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Hopefully no more dialogue, completed
- close to EU accession (NATO perhaps already possible?), Council of Europe: as soon as Kosovo becomes part of the enlargement process, progress can be made quickly

***) What are the next steps in the dialogue in view of the current stagnation?**

- Further technical cooperation, implementation, economic issues
- Missing Persons: both states cite it as a priority, but do not want to contribute anything. Serbia shows willingness to search for new mass graves, but wants to prevent legal prosecution + also demands clarification of crimes committed by Kosovo Albanians. Kosovo 'is not concerned with the families of the victims but with the perpetrators' - more than 300 dead lie in the morgue in Prishtina and are not identified. Complicated issue also on the international side, misidentification, had to carry out exhumations again – 'the question of guilt also concerns the internationals', no interest in uncovering – but is normal, there are always problems with such complex missions, situations.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

15. Interview with Augustin Palokaj, 05.05.2025, 14:00

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background/motivations?

- Journalist since childhood; studies in Zagreb (B.A. political science, M.A. journalism)
- Started as journalist in Croatia incl. during the war, taking part in conferences dealing with former Yugoslavia: unwritten rule "never mention Kosovo" to please Milosevic (esp. US, Germany opposed but followed suit)
- In Brussels since late 1997, following NATO for Koha + working for Croatian Jutarnji list (part of WAZ group, therefore also articles published in German media outlets). Worked also for BBC word service.
- Now in Brussels for more than 27 years, working especially on enlargement, EU foreign policy, security, relations with Western Balkans
- Sometimes also more specialised/longer articles incl. at university: journalists have the duty to simplify for people to understand, not always easy (especially explaining Brussels)

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- Even before the 1999 intervention, discussions arose among international actors who will assume which role after the war (contingency planning): special role for the EU in Kosovo.
- Major EU member states part of NATO (DE, FR, IT, NL; then UK): shared responsibility
- NATO = military presence; EU = reconstruction, economic development and reforms through UNMIK Pillar IV
- Important role of Stability pact for South East Europe (HQ Sarajevo). First leader Bodo Hombach [later WAZ]; strong support Germany
- Germany always had the most important role in reconstruction, aid as it was also most directly affected, by far largest no. of foreign workers, ~2mio from former Yugoslavia
- UK, FR more political involvement, DE economically, socially – be it through the EU or also bilaterally.
- International role originally considered temporarily until a final status was agreed. Even before the negotiations started, it was clear that this would mean some kind of statehood for Kosovo (cf. letter Solana as HR for CFSP & Enlargement Commissioner Rehn 2005**!**):
- goal = treaty signing power for Kosovo; EU treated Kosovo separately from Serbia already under UNMIK, long before status negotiations; cf. separate progress reports (with *); when Serbia signed the SAA, it was explicitly without Kosovo => de facto recognition all sides
- Division between EU states emerged during status negotiations: Contact Group (US, UK, FR, IT, DE + RU; EU/NATO also present with own representatives) tasked to agree on path for Kosovo. Status question key (like already during NATO campaign, political debates); EU integration as way forward. Contact group meetings 2005/2006 meetings to design guidelines for status negotiations; appointment Ahtisaari who wanted to know the final aim: statehood, conditional independence – agreed on this basis.
- For Western countries, it was clear that there would be no return to the status before 1989; irreversible elements, as many as possible mentioned to ensure will not become precedent
- Guidelines: status needs to be acceptable to people in Kosovo (clear): independence without mentioning it when negotiations started
- Discussion future role EU especially in judiciary, rule of law and law enforcement. NATO to stay on but gradually reduce role; EULEX = temporary executive powers + monitoring role on police, judiciary; adjusted role

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Foreign ministers' meeting Gymnich formula in Bremen under German Council presidency/FM Steinmeier: informal meeting, open debates. Supposed to build unity among member states for Ahtisaari proposal (accepted by US) but failed (5 non-recognisers). Communication trick: emphasis support Ahtisaari *efforts*, only when AP asked about proposal specifically admitted; widespread reporting that Germany failed
- Today basically same situation: "the EU betrayed Ahtisaari and thereby Kosovo as well"
  --> Kosovo was the only party that fully implemented the proposal
- Instead of trying to build unity, EU gave up on it immediately, never push for recognition (only EP, but is powerless); instead looking away, work with Kosovo without recognition: "bizzar", e.g., Asterisk, double role EUSR/ICO Pieter Feith denying vs. promoting
- Legal experts agree that EU can still sign agreements with Kosovo without recognising its sovereignty, citing, e.g., Taiwan, Palestine, Hong Kong, Macau (territorial entity that are not necessarily recognised states)
- SAA as first contractual relationship between EU & Kosovo. In substance not different from other SAAs, but form, legal status: signed by Commission rather than member states, not ratified in parliaments
- Non-recognisers played a "strange role", especially Spain: insisting that Kosovo was a sui generis case, but still no recognition for fear of secessionist movements of its regions
- After ICJ ruling there was hope that the EU would pressure Spain and other to recognise Kosovo but decided other way: Dialogue to determine final status (1244 left open)
- Serbia difficult position: needs to recognise Kosovo for others to follow instead of the other way around
- [A.P.: Here the point is that dialog was suppose to deal with relationms between Kosovo and Serbia and not status issues. But Serbia presents it as status does not exist.]
- EU united in purpose for Kosovo, vowed not to block progress (but happened repeatedly by Spain, Cyprus, now Slovakia); unequal treatment. E.g., formulation visa-liberalisation: inhabitants rather than citizens to avoid implicit recognition
- When the Dialogue started, EU diplomats mentioned the disunity as an advantage: telling Kosovo's side that most/big members recognise, status "done deal" and Serbian side that unanimity is needed, therefore EU has a neutral position on Kosovo --> in fact creating a negative position ("in case of unanimity, those against win"), gives them more power
- SAA as maximum achievement, inclusion in EU programs/IPA + visa-liberalisation
- Membership application: only real obstacle is legal; can work without recognition. Semantics: TEU Art. 49 = any European STATE – is Kosovo a state? Handled as country, bilaterally as state by recognisers
- Difficult for Kosovo to move; Dialogue used as pretext, waiting for agreement between Kosovo and Serbia to use as argument for recognition

a) Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?] b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why [regardless if it is 'good' or 'bad']?

- This is not seen enough: excellent work done by the EU on this, increased expertise in ministries on EU integration, some standards much higher than in other countries in the region – benefited from starting from the beginning rather than reforming existing system
- "Started from scratch after independence", everything organised and supported by the EU, member states, EULEX: excellent police, judiciary, issuing of documents election laws: elections never disputed, losers accept, not like in some other countries in the region

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Very talented, well-educated young people in P.A.: languages, skills. EU warns parties not to politicise the sector – challenge but have good basis. Unfortunately, the process is very long, creating many experts but they have nothing to do. Would be good if Kosovo could start negotiating, could potentially move very fast
- Despite frustrations, there is huge support for EU integration in Kosovo
- Per capita, Kosovo is the biggest beneficiary of EU aid globally + US support development, investments etc.: USAID before Trump withdrawal spent more than 2bn. in Kosovo in total

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute? c) What are the main obstacles?

- EU established rules of communication: nobody can say publicly that Serbia needs to recognise Kosovo, but doesn't mean that it is not true
- Journalists were told off the record: idea is to make agreements to improve the daily lives of people, relax situation so that Serbia can de facto recognise Kosovo
- **EP** resolutions (cf. vote 07.05.2025 on 2023/24 reports): normalisation must be legally binding, mutual recognition: clear position
- **Council** cannot say this because of non-recognisers; instead "full normalisation"
- "The Dialogue has become a trap for Kosovo": EU is insisting that it is a technical process, not political, but allowed Serbia to use it to lobby against recognition
- "Now the Dialogue is a condition for everything", incl. candidate status for Kosovo, NOT for Serbia; the EU did not define what the Dialogue is NOT about, allows everyone different interpretation: Serbia = about Kosovo issue (not true); "Kosovo now finds itself in the service of the Dialogue rather than the other way around", more obstacle than help

~~a) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU side + Kosovo side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]~~

~~b) What is/are the main achievement/s?~~

c) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers) e) How is the Dialogue connected to EU enlargement? How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?

- [how to change?] – sincere and strong engagement by big countries needed (DE, FR, IT); EU institutions will never move. --> cannot move unless big countries move
- Political problem, dispute over territory: "if Serbia considers Kosovo part of its territory, how can you normalise?" – Serbia needs to recognise, but seems very far; Ohrid "supposed" agreement but not signed, Serbia withdrew. Supposed to ensure de facto recognition, change of behaviour – already happening in some cases, e.g., SAA, accepting documents)
- Most important: Serbia must stop blocking membership in international organisations
- EU must be strict and fair, report breeching of obligations on BOTH sides, has not been fair so far: never hesitates to blame Kosovo, but never Serbia, maximum "both sides"
- FR/IT: not necessarily on Serbia's side; leaders have asked Serbia to de facto recognise Kosovo in a letter, recognise Kosovo – friendly to Serbia but not necessarily anti-Kosovo.
- UK was Kosovo's biggest friend, now left to Germany, smaller countries (Baltics, Croatia)
- Germany most important position politically – gives opinions but is not insistent, does not push on political issues (only economic) but also prevented land swap, with strong role of the UK – might have even worked for Kosovo and Serbia but "hell" for BiH, MNE…
- Non-recognisers are not always obstacles – on the bog steps yes, but not recently e.g., on removing measures, visa liberalisation

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- DE, FR, IT: have different styles but in general do not have different positions on the final aim. Germany has different decision-making system, more decentralised power structures
- Germany has shown continuity similar to the US (despite under Trump presidencies). Scholz government = unclear position, even ambassadors gave different positions
- Now unpredictable: EU is used to full support of the US – has always had big influence but also made clear that this is a European issue/integration perspective. Now unclear: do we want US engagement? No signs to change the position at the moment, but we never know
- Apart from the bilateral relations, member states' stance on enlargement more broadly plays a role, e.g., some key supporters of enlargement also support Kosovo, even Greece: very pragmatic despite non-recognition; Slovakia similarly under recently [Fico gov]
- Hungary on the other hand is fully supportive of Serbia, despite having recognised Kosovo, now Greece as non-recogniser is more supportive than recogniser Hungary
- Kosovo proves that EU foreign policy cannot function without reforms in the decision-making process, leads to bizarre situations (e.g., no unified position on recognition by third countries).
- Damaged international credibility; "if you want to be a global player but you cannot resolve internal issues, you look very weak." Kosovo not the only issue, but recognisers allow non-recognisers to dictate the policy; "feels more like 22 non-recognisers and 5 recognisers"
- Inconsistency: some countries that do not recognise Kosovo want to recognise Palestine; demand that Serbia agrees on independence, does that mean Israel needs to recognise Palestine before others can? Consent principle does not make sense, would leave maybe 50 states today; Yugoslavia did not recognise Croatia, Slovenia

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Dialogue will still be ongoing; "unfortunately, the EU prefers the status quo"
- For some things to change, a strategy is needed + reasonable EU leadership which is no longer trapped by small issues but resolves the BIG issues that will solve everything ("status before potatoes"). Cf. Croatia-Serbia: even more emotional issue for Serbia than Kosovo due to the war, but was removed
- Kosovo has not even started accession negotiations, cannot move without recognition. Max Council asks Commission to prepare an opinion; technical, but depends if EU will/wants to enlarge
- Experience: everybody supports Ukraine, but much driven by sympathy. Once it will get real, people will understand how big and poor Ukraine is, how much cohesion money they will need, support will disappear
- Also question what the EU will look like – leaders from the far-right, not only in power but also traditional parties adopting their agendas, already happening ("huge influence")
- But hope something will change inside Kosovo, otherwise population will be below 1mio by 2035

10.15772/ANDRASSY.2026.002

16. Interview with Pierre Mirel, 06.05.2025, 13:00

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background & motivations?

- As a student travelling/hitchhiking through Eastern Europe, incl. Yugoslavia
- Worked in Egypt for several years for the French government, set up French-Egyptian Cooperation Centre & PhD on transition from Nasser to Sadat
- Asked to do the same work in Saigon 1974; France was convinced after Paris Agreement that South Vietnam would not become communist. Cooperation centre to open in 1975 but not possible; stayed in Vietnam until 1976 not being able to do much; saw how Communist system halted progress in society, later an important reason to join efforts towards "decommunistisation"
- 1981-89 working in the EC on Emerging Countries (Korea, Argentina, Brazil etc)
- In 1989, under Jacques Delors start association with Poland, Hungary, P.M. selected to implement. Until 2004 chief negotiator for Hungary, then tasked with Turkey – after 2 years had enough, didn't think it will/should join; took over post on the Balkans

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- EU always followed the US; US was the "big protector", not the EU
- Important meeting of some member states in autumn 2007 before declaration of Kosovo's independence: Spain wanted to postpone the declaration until after their elections, but was not accepted due to US pressure
- The fact that five countries do not recognize Kosovo greatly limits the EU impact
- The first five years after independence, Kosovo's governments followed EU advice, but less and less when it became clear that the five would still oppose recognition
- Strong believe in the Dialogue at least during the first years; "after some meetings it was easier, we thought we could make a difference"
- But not on EU level because of five: US and some member states became more important than others; 5-10 years after independence no longer EU but **Quint**; great importance for the Kosovo's external relations, much more than the EU per se
- Another reason is the perception in Kosovo that the EU is more pro Serbia; in the last years, the EU's influence gradually diminished

a) Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?]

- Not just Kosovo but all WB except Serbia: institution building as key element in the EU interventions "for obvious reasons". UNMIK did very little, was contested
- Became the most important element in 2 ways: 1) traditional assistance, IPA & 2) EULEX
- P.M. tried to oppose: assistance, training of judges etc. through EULEX yes, but should not have *executive* power (which it ended up having for more than 10 years). Reasons: 1) judges changing frequently, coming from different member states: no awareness of local context = no consistency on files, was a big problem & 2) "if you have executive power, you will be blamed if it does not work – exactly what happened": in meeting with Thaci, emphasis on tough reforms; Thaci: but YOU are in charge; if the progress is slow, that is YOUR fault --> EU should not have done that

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- EULEX was successful in training police, customs, judiciary; judiciary reform not successful because of executive mandate, as expected ("how can you process files if you don't know the country, language?" – can be manipulated, happened)
- Nonetheless, Kosovo progressed in institution building, but more and more difficulty to accept what the EU asked for. E.g., politicisation of public service: after elections, trying to recruit people who supported you; number of officials grew very high, different bodies of coordination without actually coordinating. IMF at one point calculated costs, but Kosovo did not follow the EU's advise to tackle the problem
- Underlying idea/objective: Kosovo would one day follow the normal accession process

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

- Customs, police; technical departments such as transport, veterinary etc. --> closely connected to existing EU directives, made it easier for suggestions to be heard

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?

- Nobody in the EU (Council etc) has ever said that the objective was recognition; said by some members of the Bundestag, probably some other member states, but official position = "normalisation", the countries should be able to work together, people can travel without necessarily recognising the state
- This never satisfied Kosovo, they felt recognition should be the goal, but the five non-recognisers need to accept first, so you need to make progress
- One idea discussed in the Quint format several times: if both countries advance in the accession negotiations & normalisation process, it would be obvious that the EU would ask Serbia to recognise Kosovo, otherwise it cannot join. Also one reason for gradual approach: if you have already fulfilled 95%, get large parts of cohesion funds, recognition needs to be the last part; but was never said publicly
- Kosovo and Serbia need to join at the same time, unless there is a special protocol attached to Serbia's accession treaty preventing it from blocking Kosovo. If they don't join together (and I believe they will not), in any case Serbia will not be able to join unless and until it normalises (at least) its relations with Kosovo, meaning a de facto recognition. Therefore, it would reduce the risk of Belgrade opposing Kosovo's accession.

a) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]

- EEAS has the key role on the EU side, uses EC when they need to deal with things pertaining to EU competences. EP has no role at all.
- But the way the Dialogue was arranged by the EEAS very disappointing when P.M. was at Commission: was THEIR Dialogue, EC not informed, asked shortly before to join, lack of coordination. P.M. joined first meetings, later left to colleagues
- On Kosovo side = prime minister, chief negotiator
- [Other stakeholders?] – after the first meeting travelled to Kosovo and Serbia with Sir. Robert Cooper; told him in the car "if we don't do 2 things, we will fail": 1) need to explain ourselves to the media, parliamentarians, civil society: what is the Dialogue about, what is done and why & 2) need to involve civil society directly, have funds to support them BUT Cooper said no, not our job; THEY need to tell their people – but was clear that this would not work; EU did not event support women's network from both countries working on reconciliation – "pity"

- Of course, the countries have not done it, the Dialogue became a bubble, limited people involved, media try to find out what happens but even at press conferences following the meetings, the two sides would present different positions while the EU issued "neutral" statements --> biggest mistake in the Dialogue. Expectation: if they agree on high level, it will pave the way for detailed agreements, implementation – did not happen
- REKOM financed by EC; 10 years ago (Poznan Summit), France & Germany wanted to reactivate; P.M. travelled to the countries to see if they were ready: Vucic yes, appointed representative; Kosovo, Montenegro similar; Croatia not even agreed to a meeting ("we are no longer Balkans"); Izetbegovic in Bosnia = REKOM is obsolete, only security matters – end of idea, clear that it is not possible
- Trade as best way to reconcile – working together, common interests, language etc – therefore P.M. reached out to Eurochambres (wife worked with them) around 2010; director general of Eurochambres contacted both sides, facilitated meetings in Brussels with top Eurochambres representatives; "impressive", agreed to work together; Kosovo a bit more enthusiastic, but Vucic probably did not want to deepen the discussion, subsequently failed. Chambers of commerce as part of broader civil society, but the EU never supported this approach
- More should have been done on reconciliation, missed opportunities. E.g., resolution on Srebrenica: should have used for all sides to recognize massacres during war did happen

b) What are the main obstacles?

- See above; small group of people who talk about – what? Of course, there will always be some secrets in such high-level negotiations, but there was a chance to open a discussion with different relevant stakeholders – was never done
- Both sides play with victimization, mobilise citizens: Kosovo = we are victims of Serbia; Serbia = we are victims of the West, NATO & people believe it! Nobody told Serbs what they did, Vucic is an accomplished manipulator. Some 10 years ago attempts, but youth no idea

c) What is/are the main achievement/s?

- Long list of agreements – some implemented, most of them partly. Telecom, transport, electricity; IBM, freedom of movement. Still problems, eventually works
- Question whether the EU did not put enough pressure on Serbia – probably yes (Kosovo thinks so). Problem with Serbia: opening accession negotiations with them was difficult due to their non-cooperation with the ICTY. Finally extradited Karadic, Mladic to Hague court during Tadic' presidency. Meeting with Deputy PM of Serbia in spring 2008: furious. 'How can you expect Serbia on the EU path when you first pressure us on extradition and now support Kosovo's independence? Too much to ask, don't expect progress'. + deep state was still there, murder of Djindjic: explains why EU did not put more pressure on Serbia in the Dialogue. Kosovo thinks that it was because of Merkel that the EU did not put more pressure on Serbia: many meetings with Vucic; now lithium. Merkel could have pushed Serbia more and also Orbán, including through EPP but did not.
- But Kosovo also did not too much. Cf. seminar in Prishtina last year with former ministers, parliamentarians: blaming EU, non-recognisers etc. P.M. fed-up: "you don't do anything to gain trust with the five – look at Greece: two years ago, they were close to recognition, but why did you not implement the Decani verdict issued by your own institutions? How can you expect Greece as an orthodox country to then recognise you?" – stupid mistakes like this were made, blame only on EU, Serbia – "characteristic for new states"

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- Member states informed in PSC but were not happy, did not feel it was enough
- Quint follows more closely, especially through the ambassadors in Kosovo

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- EEAS travelled to capitals of non-recognisers, trying to convince them, but no success
- While Spain is very vocal, nasty sometimes, the non-recognisers never acted against the EU policy/Dialogue; e.g., 2008 Kosovo donor conference (huge success, mostly because of German contribution) – talked to five before, asked not to speak during the conference – they came, did not cause any difficulty
- Greece is even very helpful in Kosovo through representation, e.g., links to church
    - ➔ Spain is tough, Greece contrary, trying to help; other three silent, not creating problems
- Finland was very interested because of Ahtisaari, kept a close eye
- Austria also involved, generally very interested/involved in the Balkans

e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- "disconnected" – connected only in the sense that without success, neither country can join the EU; but on a daily basis no connection; although directives are used to indirectly help in the technical aspects of the Dialogue
- Kosovo's membership application not yet assessed because of the five non-recognisers, lack unanimity (although would not be needed according to the Treaties, only to OPEN)

*** How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?**

- Own experience talking to press after association committee meeting (chaired by prime minister at least under Thaci; all ministers present, stayed for hours): explaining that the EU asks for reforms because of the accession process

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Still negotiations; might open accession negotiations, because at some point it will be impossible to resists
- But for this the Dialogue should succeed, Serbia should no longer claim Kosovo as its own territory, practical arrangements must be in place
- If this does not happen, afraid that in the meantime radical movements will gain influence in Kosovo ("we don't believe in your promises anymore") – how will it translate? Growing Muslim radicalisation, some people are worried – Islamists will not come to power, but might extend influence which will raise problems, fears in EU member states (cf. ISIS fighters from Kosovo)
- Will strongly depend on what happens to Albania; if it succeeds, Kosovo would have a chance, probably would put more efforts: Albania as key for Kosovo and North Macedonia. Worries: if the EC assesses Albania as ready but member states do not accept a Muslim-majority country = disaster for Albania and entire region, cannot be excluded (e.g., France)
- [Growth Plan?] – worry that huge funds will be given to Serbia without insisting on reform in the fundamentals: more money than IPA, should be a strong leverage to reforms, but if this is not attached, we will lose – "pity"

10.15772/ANDRASSY.2026.002

17. Interview with Haakon Blankenborg, 15.05.2025, 12:00

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background & motivations?

- Have been around in the region for a while and developed a broad network in the countries through 2-4 decades, based on former positions; contacts on all different levels in both formal and informal positions, developed over many years.
- Involved more during some periods than others. Professionally since the early 1990s incl. in the region; posted in Belgrade since 2005 working on Kosovo, Serbia, Montenegro; later director for all Western Balkans countries

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- Role in Kosovo vs. in Kosovo and Serbia – both are strongly interlinked.
- The EU is both an external and non-external actor, based also on legal obligations; key institution for the countries, contact point especially through the accession process
- On the other hand, in the competition among external actors, the US more visible, although differed over time. Different character from EU: superpower, 1999, but lack economic incentives that the EU has. Why did it not have more success? It could have had more
- One reason: the membership perspective is far away especially for Kosovo, despite the very high support in the population (highest in the region, together with Albania)
- EU has leverage, economic incentives work but are often invisible despite flags everywhere
- The EU accession dimension is very technical, complicated, does not mobilize enough
- 2 other weak points:
  1) the EU overestimated its normative power which is considered its key asset, but not the key issue in most countries (4 freedoms etc.); instead, visa-freedom, travel: concrete, tangible effects rather than values. For some institutions/CSOs etc. yes, but not the majority of the populations;
  2) WHAT IS THE EU? Brussels institutions, but in reality diverse and in hard times often "cacophony", different positions member states, makes it hard to focus on the EU as one
  --> a key strength of the EU as a "compromise machinery" does not work for issues like this; not united, different positions, "blurred" (especially compared to US)
- 2023 presentation of ASM statutes by France, Germany, Italy + Commission joint position, went to the region with one voice: "unique", but the nitty gritty cannot always be handled by the top level
- Visibility: over the years, EU tried to diversify its approach. Berlin Process from 2014 as good example; parallel not contradictory to accession but tangible reform programs; principle continued in Growth Plan for the Western Balkans: more visibility achievements
- The accession process is necessarily technical but thus also hard to grasp for those not directly involved, not showcasing the EU/process: should have developed much more
- Paradox: bilateral programs/approaches complicate even further but are also very important to add capacities, resources, and political contacts, but "blurs the whole picture: if you want, you can play on different strings"; local actors have often done that (divide; pick and choose); not so much has happened as a result

a) Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?]

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- More of the same: from Prishtina, EU is not in focus but Europe more broadly, except elites; Germany, Switzerland just as important as the EU institutions; Berlin as much as Brussels
- Adds to complexity, especially in candidate countries which have a long tradition of moving to EU member states, Switzerland for work – not to EU as such
- Weak institutions for obvious reasons, no institutional traditions, built from scratch
- EU support to Kosovo = institution-building! Really tangible, without support by the EU and member states, it would be in a much weaker position; also crucial for cooperation with EU. Often abstract/less visible, but EU key to institution- and state-building
- Nation-building is different, more sensitive – have they been able to build a nation-state, inclusive of minorities?

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why?

- State-building, institution-building; access to markets

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?

- Since the Dialogue started, there have been different phases, not a linear process but almost like 3-4 different periods: Cooper/Ashton; Mogherini; Lajcak/Borrell: very different personalities, but also the political context changed, in the countries and also in Europe as a whole + local actors
- Cooper: testing the ground (2012-13); agreement, period of local commitment to find a solution combined with strong commitment/deep involvement of Lady Ashton, Gentilini lead to the agreement
- This is also partly true for the 2015 agreement, but things started to change; under new HR implementation of first agreement; approach = package agreement, pragmatic in order to find overall status agreement and then implement the single elements – especially Prishtina but also Belgrade (Vucic since 2012)
- Impression: leaders looked for more than the 2013/15 agreements entailed, but had no clear picture what that means. Maximalist demands: Serbia = regaining Kosovo; Kosovo = getting rid of UNMIK, jurisdiction over entire territory; still position current government
- The Dialogue continued to focus on single elements, NOT on a final agreement; collapsed in 2017 (Alpbach meeting): land swap deal = attempt by both leaders to find a final agreement, then implement the single elements --> Dialogue was effectively dead
- Then Lajcak, Borrell took over; put positions on the table, working on normalisation but did not touch the final status. Constructive approach but not the right time
  - ➔ Dialogue as such has worked pretty well, then was dead for some years before return into focus. Ohrid/Brussels agreements: could have worked in 2017 (maybe), but much has changed especially Kosovo's position: Kurti/VV has always been against Ahtisaari which is the basic regulation underlying the Dialogue, dispute jurisdiction while Serbia has nothing to gain anymore, their maximalist position is off the table. So when Kosovo started implementing their maximalist position, there was not longer a basis for the Dialogue
- VV has been consistent in their position against ASM, which is not only a Serb demand but a follow-up in the spirit of Ahtisaari
- Thaci/government was more flexible, pragmatic; knew it was the only way to get recognition from five non-recognisers, cannot be convinced one by one but would come if there was a final agreement: same goal, but more pragmatic. Current government different
- Dialogue DID produce results: licence plates, electricity, IDs: things have moved on the ground, but the final stage was not touched

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Now the geopolitical context is even more confusing, especially the role of the US: used to coordinate well, now doubtful, different context + developments in Serbia: where is the country moving?
  ➔ Difficult to restart, restructure the process in this environment

a) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]

- We almost never see key member states and EU closing ranks like they did with the statutes proposal – if come earlier, it could have been effective, but was contested
- The parties could never agree what the ASM should be and there was never an attempt from the outside before 2023
- Discussion in Kosovo reflects this: opposition criticises VV for bad relations wit key international partners.
- Key parties have always been governments. Serbia = Vucic (since 2012; Tadic-period too short to matter); Kosovo = Thaci, now Kurti
- EU side: HR = key person, different approaches. Unique period Ashton with more direct engagement as Europe/the world became more complicated and so did the job of the HR, cannot engage so much in detail anymore. Problem: parties need top-level counterpart from the EU, has to be symmetric
- Lajcak different approach, became key person (also Borrell); testing the ground for a different structure, but totally different political context --> HR needs to be key person to match the political leadership level
- Having agreements does not necessarily mean that the parties have the power, capacities to implement (problem of high-level dialogue)
- Criticism that the dialogue was not broadened when Thaci's position was more contested, it was obvious that he did not necessarily represent Kosovo's position – not only true for the Dialogue but generally emerging change in Kosovo
- [H.B.] would not criticise format, but see that it could not guarantee the acceptance of agreements, nor ratification in the two countries, limited

b) What are the main obstacles?

- No common understanding until 2018 – certain elements of trust among leaders, shared ambition to get an END to the process, both needed to put the complex to a rest, start focus on technical aspects = shared interest, extremely pragmatic. This was also a stronger driver than the EU accession prospect; status quo as burden for both sides
- Key issue: North Kosovo was neither under Prishtina's nor under Belgrade's jurisdiction fully: formally, Serbia accepted Kosovo under UN administration, did not claim territory
  ➔ This they wanted to sort out through the land-swap proposal; goal in itself
- Ever-ongoing economic & political problem for both sides, sorting it out through a lowest common denominator approach

c) What is/are the main achievement/s?

- Needs to be separated: "test period" under Cooper, over the years from 2012/13 to 2015, maybe 16: trust, respect between the parties which no longer exists today
- There were lots of shortcomings, but the situation cannot be compared with 2008/9 or so; today people can cross the border, live much easier today to live together
- A lot has been achieved, not only through the Dialogue but also other institutions, but since they have not touched the final status, it is easy to block; "stop and start, stop and start"

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Incidents on the ground could stop progress, with Banjska being the most spectacular: "total turnover" of the Dialogue + smaller events on the local level – unclear how much the countries are involved, but the grey zones make it easy to mobilize malign actors
- Example: ASM is on the table since 2013 – no agreement on the substance, but enough to put on paper. According to Kosovo's constitutional court, some changes are needed, but it's the key element for both Serbia or Kosovo (good and bad); could have worked in 2015, incl. joint initiative by FR, DE, IT & EU: totally different climate today. E.g., when problems have occurred, could use contact points to understand positions, contribute to a common understanding of all three (!) parties more; "create alternative alternatives" together

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers)

- Main role = support to Dialogue – not only echoing statements, but using opportunities to be flexible, broaden the outreach in the countries, but never deviate from EU position
- No member state questions the Dialogue: key, "only game in town"
- NORWAY: same position, never put question marks on the Dialogue (same goes for other non-member states who supported); not just echo but cement understanding that this is the only way and use perspective to clarify positions, be a qualified contributor. Dialogue was always on the top level; "we can talk to the top level but also broader group of interlocutors, provide inputs without a formal role)

e) How is the Dialogue connected to EU enlargement?

- "The short answer is: I do not know": one of the ambiguous areas, maybe on purpose
- The accession is a process of reforms, "qualifications"; without normalisation no accession, and Dialogue would help/support accession BUT is a different process
  ➔ Parallel, but normalisation will not automatically mean accession

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- As it looks for now, with the initiatives from Prishtina in the North, it could mean a Kosovo with a much smaller Serbian minority, less institutional/exclusive guarantees minorities in the parliament etc. Serbs across Kosovo continue to leave, returns are insignificant: broader trend, weakens Serb structures, adds to demographic change
- On the other hand, if the ASM was implemented and Serbs in the north and other part of Kosovo were better integrated, guaranteed self-governance in some sectors, it would be different and on the long run could result in Serbs becoming more like the other minorities – hopefully in close cooperation with the EU and other countries in the region

*** role other minorities?**

- Set ambitions Kosovo government = develop Kosovo harmoniously, tolerant towards minorities but without exclusive rights
- Serbs are the only ones who have an outside guarantor, puts them in a different position, but the value of their "king state" might be reduced depending on what will happen there
- Not likely that there will be a new conflict; cannot be excluded, but more likely that the situation will just linger on and on, never be settled (2nd worst scenario). Low-level confrontations cannot be excluded.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

18. Interview with Viola von Cramon & Đorđe Bojović, 4.07.2025, 11:00

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background/motivations?

V: When I was an MEP, the position as Rapporteur for Kosovo came a bit out of the blue, but the position had been with the Greens for 20 years and nobody else was dealing with the Balkans, so I was asked. My own experience was mostly with Eastern Europe/Post-Soviet countries; I had also worked on North Macedonia, Serbia and others but not in a deeper function. However, it worked very well, especially since there was a good footing due to Djordje and others in the team which also helped credibility and good connections on the ground.
Dj: I worked in civil society before, particularly with the Youth Initiative for Human Rights (YIHR) which was founded in 2003 to bridge the gap between young people in Serbian and Kosovar society and which already had a broader regional focus when I joined in 2011/12. Its aim was to contribute to reconciliation, the key to moving the region forward, which is why I got involved. When I came to Brussels, Viola was already working on Kosovo and it was a really good fit. The Greens have a very distinct position and history with the region, not only Joschka Fischer [as German foreign minister during the 1999 War] but especially their value-based policy in the Balkans which in my view is the only way toward a positive outcome.

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

V: Main goal of the EU in Kosovo = finalize the Dialogue, make sure all WB countries can join the EU asap. Merit-based policy, but at least during the last three years, there was much more focus on the Dialogue than the reform process in Kosovo and its member state perspective, which also led to increasing frustration among actors on the ground who felt they were treated differently from others in the region. Kurti was not helpful in my perspective as he has given Vučić a great gift by his stubbornness, resulting in the current stalemate. As compared to other actors, the impression in Prishtina is that the EU is not balanced but leans more towards Serbia which is given more room and power in the process. They also blamed Lajčák for this, but in my experience, there is no proof for a bias on his side. I worked closely with his team and others, including the German and French ambassadors in Kosovo but I saw no difference in their treatment, EU was proactive, worked with all national representatives. However, the EU missed an opportunity, could have done much more to push Vučić on the Ohrid Agreement. We should have pressured him to sign, this was a major mistake. We will see how it will play out with Denmark, Estonia mainly in charge now [Sørensen, Kallas], but it will make no difference if the government will not move. Difficult even for those with good intentions for Kosovo among new people/Kallas: Even though they are inclined to defend Kurti's position, it will be almost impossible to solve the problems.
Dj.: EU was the key actor since 2008, oriented towards state-building including reforms, societal transformation. EULEX as biggest ever rule of law mission, one of the biggest delegations/missions is in Prishtina, lots of resources invested, all of which was also linked to opening the Dialogue which took shape under new auspices from 2011: at first technical process, in the early stages we saw a shift on Vučić's side; things seemed to move forward. However, in 2017/18, the EU became disruptive; land-swap proposal (stopped in large part by Germany/Merkel while supported by at least some in the EU). Since then, Serbia wants a territorial solution. Then came the tariffs [on Serbian goods in Kosovo] and the Dialogue was dead. It was reinvigorated with Lajčák but by then, there had been significant changes

on the ground: Vučić becoming more authoritarian, in Kosovo Kurti came to power. It is worrying that the EU sometimes does not put the money where its mouth is: If something happens on the ground, if there is a military escalation, KFOR is there, but could the EU/NATO really deter? Kurti realized in 2021 that nothing would change, EU appeasing Vučić; the only ace up his sleeve was the ASM, therefore he went for territorial consolidation first. His calculation was to win the media/narrative war as he had no other power. Other actors (West): The US in 2023 stopped the Serbian military exercise on the border with Kosovo but also blocked Kurti from any high-level meetings: no tit for tat, pragmatic, transactional; punishment for disobedience. Other foreign actors: no involvement China until recently; but now "one China policy" as blueprint for "one Serbia policy" including Kosovo. Many other actors are also present: Israel, Turkey, Russia etc.: complex playground. If the EU had put real weight behind the Dialogue, including pressure on Vučić, it could have delivered.

***Role EP?**

V: Always much more pushing, asking for serious membership perspective for all WB countries including Kosovo. Despite the non-recognisers, there was always a majority of over 70%, most political groups joined the demands made in the reports. After Banjska, the EP supported Kosovo's demand to extradite Radoičić, but the Council/EEAS did not make serious attempts to work the with US on this. It should have been easy, also because Vučić was in a weak position. The EP was also always the most critical of Serbia/ Vučić; criticised Serbia report which the rapporteur did not defend in from of the press afterwards; unusual. EP always pro transformation, enlargement, reforms, civil society, opposition participation, "putting money where the mouth is". There are people on the ground/in the delegations who are more interested in making a career than in values – some were serious allies, others only opportunists which is often frustrating for the partners in Kosovo as these people do not speak up, put pressure on officials for reforms. EP always did that, including no opening of new chapters with Serbia without fundamental reforms, crushing even the EPP majority in support for Vučić together with the liberals and socialists, challenging Vučić's long-standing privileges. Also good to see that after the elections in December in Serbia, we made a difference with our voice/engagement. EEAS and Council are shakier, without the EP the situation would be much worse, especially for civil society, opposition, media.

Dj: Example for the important role of the rapporteur despite the legal constraints: Viola's report was the first official EU document to mention recognition as goal in the Dialogue. Before, it was always framed diplomatically as "normalisation", so this meant a lot. Secondly, whenever a reaction was needed, e.g., media, human rights defenders, even cultural actors, the EP/rapporteur became active, so local actors knew they had a strong ally with a strong voice & visibility. This is further enforced by the fact that many outside the EU do not differentiate between the EU institutions; for them, the rapporteur has the same weights as the Council president, equal visibility [which is not always reckoned with in the EU]: If you are really devoted, you can make a difference on the ground, <u>but it depends a lot on the individual</u>!

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why [regardless if it is 'good' or 'bad']?

V: Renewables phasing-in, due to EU pressure, especially Germany and some other countries. More decentralisation, support through Energy Community, new policy strategy/consultants… Climate perspective, including non-EU countries in the Green Deal policies made a real difference on the ground. Secondly, impact on LGBTQ+ rights, pride. Many were afraid that Kurti/VV would not support it; many right-wing, nationalist, Islamist actors ("colourful group of politicians from different parties"). EU ensured diversity, but it came much more under pressure according to local civil society, without EU they would have felt much more pressure, especially by religious groups. The constitution on the other hand was created mainly by the US, the EU influence was not very big, but EULEX was the

biggest mission ever by the EU globally – if we did not make a difference in the rule of law institutions, that would be a capitulation. I had a good relation with Director Wigemark on a person-to-person level, very helpful to get his assessment. But was EULEX effective given the money and expectations? Not so sure; dysfunctionalities within we also see elsewhere. Since there is currently no credible membership perspective, the transformative power of the EU is very low, especially as the US decided not to push, which makes it even harder for the EU.
Dj: In terms of EULEX, the education of judiciary personnel (judges, prosecutors etc) on the ground had a huge impact, millions were invested. Today, the constitutional court is independent despite political pressure, a very tangible result. Also renewables, phasing out coal plans Kosovo A, B is a clear success of the EU.

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?

Dj: recognition, without saying the word. Tiptoeing around Vučić, but the idea is to make it possible for two countries to sit together at the table in the EU Council, which legally can only be possible though full recognition. All activities/policies are geared to this but it takes time, years for Serbia to swallow it and must include in the bargain rights for local Serbs, heritage. The question is how to sequence the implementation, given that both sides share mutual distrust and do not want to get cheated, needs to be balanced. But in the end, they need to be like any other EU member states including being fully recognised in their sovereignty.
V: recognition can be the only goal, both sides need to be pushed, but their expectations are completely different on how to reach it and I don't see too many options. Framing: Serbia has delivered 99%, Kosovo needs to wait which leads to bitterness in Prishtina and the feeling that only one side is responsible, but they are the only ones being pushed; because of this, progress is currently unrealistic. The more Kurti became destructive, the more difficult it became for the EU. Vučić is weak, Kosovo could have achieved much more under a different government. The current government is to blame for the lack of progress, they are not constructive, do the opposite of what the EU/others ask and then victimise themselves when they do not get what they want. Example: Kurti in 2022 said that maybe he should also start a war to get candidate status like Ukraine; if they get attacked by Serbia, they can become member, so he is as destructive as possible so that Vučić has to react. Also domestically, he attacks/threatens opposition, he will not form a government, it is politically impossible for the other parties to engage in a coalition with him & he fosters a polarization that does not help. The EU tried different formats but will not succeed with Kurti in power who wants to realize his dream of an Albanian empire.

a) What is/are the main achievement/s? What are the main obstacles?

V: achievements = having come so close in Ohrid, did not expect it would be this close, there was a lot of hope (especially in EP, institutions), would have needed one last big push. Now no longer constructive approach in Prishtina. Obstacles: changing people/teams within EEAS, national diplomats, no collective memory to push actors on the ground. Had hoped that the new envoy & HR/VP, rapporteur would have made progress, but so far see no achievements despite the geopolitical challenges which also makes it difficult to sell a new EU strategy for the WB. IF Montenegro, Albania (and maybe Moldova) will manage to join, will be a good signal that the EU means business, reforms are being rewarded. Hopefully, new elections will change things on the ground in Prishtina. In Serbia, everything

can change if there are new elections, new parties; Vučić will not be there forever. If the EU is ready and there is a constructive Kosovo government, things can move fast, but at the moment impossible.
Dj: success: close to conflict several times; partition proposal 2018 as an agreed escalation, but was prevented by the EU/member states. Since it started in March 2011, there was peace apart from Banjska which was a singular incident. Many technical agreements had significant impact on the ground, especially during the first part of the negotiations: post, IDs, driving licences, phone code – daily things, often go under the radar these days but were thanks to the Dialogue. Stopped in 2019 under Ramush (tariffs), never managed to regain pace. Failure/obstacle: We still have the Dialogue; internally: worsened inter-ethnic distance in Kosovo, polarization, hatred in society.
V: Many visits to Serb-majority areas in north and south. Many Albanian majors that were not VV very good, could have been involved in internal Dialogue. Kurti wanted an internal Dialogue but only picked people supportive of him but who had no authority, wants Serbs to leave Kosovo and get an ethnically homogeneous (Albanian) Kosovo; major mistake of the EU not to talk about this.

b) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers) How is the Dialogue connected to EU enlargement? How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?

V: Not only member states, also US/UK played a major role. Mostly they act in concert, Quint aims to support the EU approach. Under Grenell, it was very time-consuming to try to find joint positions, but under Biden there was full support, help. Escobar was a very good partner to Lajčák and echoed all messages from Berlin/Paris/London. France within the process was sometimes much more on Serbia's side, especially with demands on the North, but did not have its own line, was generally aligning. Hungary was always difficult; the ambassador was more negative and demanding which was very obvious. But generally, the engagement of the bigger capitals was supportive, also in comparison to other countries where national foreign policy approaches often diverge much more. Non-recognisers: Romania, Slovakia = afraid of Hungary, Serbia. Greece was close to recognition, good bilateral relations, there were hopes in Kosovo; small steps were taken and none backwards which is positive. Serbia meanwhile tries to reduce recognisers. Spain is the most difficult, will be last to recognise and only if there is a compromise with Serbia.
Dj: Parallel with Ukraine: Coalition of the willing between Berlin, Paris and Rome as 'junior partner' formed after Russian invasion, tried to help Lajčák including naming special advisors, also to make up for the lack of weight of the EU itself due to the non-recognisers. Trio realised they needed to be more active given the risk of conflict in Europe following the invasion of Ukraine. The Ohrid/Brussels agreement was a direct result of this effort. Non-recognisers: Greece on the verge to recognise in 2023 [Dečani]; Spain/Cyprus on other side of the spectrum. Even if Serbia eventually recognises Kosovo, there is no guarantee due to their domestic situation (e.g., Spain: Catalan bid to recognise Kosovo in parliament – even Greens abstained). But non-recognisers are not actually blocking, unlike in the case of Hungary blocking Ukraine.
V: Many people explained to Kurti: You could have joined CoE if you had been less stubborn; shows that he is not interested in joining the CoE/EU. Another example: Father Sava [of the Dečani monastery] was originally Kurti's biggest supporter, never supported Belgrade but was pushed by Kurti/VV to be critical even though he always supported a solution (very empathetic, non-radical; first one to speak against partition, for which Vučić/Serbian media machinery punished him). VV always provocative, confrontational, extremely difficult even for supporters to succeed.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

3) **What kind of nation will Kosovo be in 2035?**

V: depends a lot on the next elections in Kosovo and Serbia. Demography is on Kurti's side: Many young people more nationalist, conservative, critical of the EU. VV (in autocratic fashion) creates jobs for their own people. The earlier advantage of many young people educated in the West is waning, a more radical generation is growing up. In Serbia, people don't expect anything from the EU, see them as supporters of Vučić. They need a new government, help with challenges, are more emancipated. However, the question is: what is their future vision? Will be crucial to get involved in shaping the society beyond protests; not sure, cf. Arab Spring. Need to engage with institutions, otherwise they leave it to cleptocrats.
Dj.: If nothing major happens, everything will remain the same, similar to BiH; only getting emptier (also destiny of Serbia). About 10 per cent of the population left Kosovo in the past 10 years, the best people are leaving. There are different scenarios. Probably no change; optimistic scenario = resumption Dialogue, but do not believe it. Even if there are real changes in Serbia, the Dialogue will be too sensitive, opposition would need real concessions from Kosovo to touch it, but Kurti will not do it, nor will others. Negative scenario: At the moment, the US are not investing any capacities in the WB which is good but could also change; we might be "sleepwalking into something much worse", even without Grenell and under the current setup, cf. comments Trump, new ambassador Serbia: everything is possible. KFOR is there but things can go either way, sceptical that the EU can provide deterrence without the US.

Additional questions answered via email on 8 July 2025:

4) **How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?**

V: The question of Kosovo's statehood was never really discussed within in a broader audience. Most of the actors I have spoken to said the CoE membership would have been in a major step forward in terms of statehood and recognizing the independence. But since Kurti missed this opportunity we are still back on the starting point. The CEFTA agreement at least for the first time enables Kosovo to negotiate on its behalf. But this again was only possible due to a massive pressure from some member states (especially Berlin). Here, the EU was less involved.
Dj: With regards to the very question of the status, the EU was more following the lead of EU member states (Trio of DE, FR and IT) who accompanied Lajčak in the push to have the Ohrid/Brussels Agreement of 2023. Other than that, it is more of a sequence of incremental steps that ultimately do lead to the consolidation of Kosovo's statehood and there the EU is fundamental with primary role behind the wheel, but given the EU's ambiguity on the question of status it never openly pushed as far as for the full recognition of Kosovo by Serbia.

5) **Who are the main actors in the Dialogue process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]**

V: The number of actors involved in the dialogue is rather limited. That is - from my perspective - part of the problem. The EU assumes that it is the role of the respective government to inform the opposition, media and civil society. In both countries these expectations were not really met. I regret that Lajčák never took up the idea of a parallel track with civil society groups. I think that we see in both countries a very active, vibrant, competent and constructive CS who could have played a much more active role also in the dialogue if the EU had put their role explicitly in the mandate. So, we currently end up with a very small group of ppl from the Lajcak team, sometimes Borrell himself was involved (but he actually

hates those negotiations, that is one reason why e.g. the Ohrid agreement failed. Borrel left before everyone had signed it. If he had insisted that they are both not to supposed to leave Ohrid only before getting it done and the two sides signed the contract things might look different now). As I mentioned before, from the bigger states (GER, FRA, ITA) the chief negotiators supported Lajcak in his endeavou, the same is true for Gabriel Escobar. In the EU commission, we had a very strong biased with Oliver Varheliy towards Serbia, this might be easier now with Marta Kos.

Dj: Besides from that Viola underlined at the EU and member states level, there are also domestic negotiations teams, led by Bislimi and Petković respectively. For the bigger decisions, of course the idea was to have the highest level but the dynamic between Kurti and Vučić proved not to yield results. Regarding the EU side, there is a special team (10 to 12 people) under the leadership of EU Special Envoy and occasional involvement of HRVP. Unfortunately, no active involvement of the communities on the ground nor civil society, even though there have been many pushes to have the two-track-Dialogue (high-level political dialogue and second track with civil society, MPs, local communities, etc). Finally, one more actor in the Dialogue that sometimes gets a more prominent role – Serbian Orthodox Church (prevention of the partition in 2018; Dečani case) that enjoys the highest trust among K-Serbs as well as serves as interim representative of the community in the institutional vacuum after the withdrawal from the institutions.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

19. Interview with Vjosa Musliu, 9.07.2025, 11:00

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background/motivations?

I was born and raised in Kosovo and lived there until I was 18 years old, including throughout the wars and the NATO bombings, and when the NATO soldiers entered Kosovo. I also witnessed one international mission after another being installed in Kosovo and for me there was really no other choice: A lot was happening and I was directly affected by it; at the same time, structures were falling, global changes happening including in the place where you are born and raised – it did not make sense to continue like before. This is still a large part of what I do today. I try as much as possible to shape the thinking about Kosovo to and from Kosovo in Brussels, Washington etc. There is still this predominant notion that Kosovo and the region as a whole are a space that needs constant intervention, "fixing", civilizing; cannot be trusted. I did a lot of work to overcome this pathologisation of the Western Balkans and especially Kosovo already in my PhD studies, trying to increase knowledge on all sides: making sense of Kosovo from the EU but also making sense of the EU from Kosovo. Since 2014, I also work on Ukraine where we can find similar patterns.

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

Very involved, but often non-EU like: in 1999, it was part of UNMIK covering the 4th pillar which focused on economics and privatization, but what they did in Kosovo went beyond the practice in any of the member states in terms of pushing a distinctly neoliberal agenda with privatization at all costs – if this is such a good method, why do you not do that yourself? Especially because at the time, the EU was quite far from that in practice and rhetoric; the European welfare state was still the norm and there was pride in this legacy, but what they built in Kosovo and BiH was far from that. These big interventions also served as laboratory spaces, and we saw that during the financial and euro crises, some of the austerity measures were inspired by the methods developed during these interventions.

***Why do you think did the EU decide to act this way (discrepancy objectives/instruments)?**

Maybe because it was easy – try these methods here, far away, where it has no impact on anyone who matters (similar to what we see now with the German attitude/discourse towards Serbian lithium) – we cannot do it in the EU, so it is outsourced to places that have nothing to lose – at least this is how the public in Kosovo perceives it. What is more, the world looked totally different in 2000: the World Bank, IMF and their measures did not have the same bad reputation as today and still enjoyed the benefit of the doubt + the entire context was different. The EU as responsible for the 4th pillar relied heavily on the World Bank/IMF, possibly also to establish themselves as part of the global architecture. After 2008, its role changed and another (even more awkward) level was added in the form of the ICO (UN-mandated) who was also the EUSR in Kosovo. Recently met with the first ICO/EUSR Pieter Feith and asked him about it – "half the time what he said made no sense"; as ICO defending Kosovo's independence, as EUSR denying it; must have been confusing. EULEX on the other hand was like an "autoimmune disease" in how it was legitimized and thought of: the logic was that UNMIK had not done a good job, "now we will bring in our [EU] standards", the EU being the "crème de la crème" of democratic conduct. We saw what happened instead – whistle-blower and other scandals, the mission self-sabotaging – it is a miracle that it is still operative. Difficult to understand what they are doing – was the EU trying to reinvent itself? It had started under UNMIK in the lingering post-90s "end of history" hype of global political optimism – you can see where it came from, even though it looks very

naïve from today's perspective. What is more, IMF had done a solid job in the 1980s East Asia crisis + early 90s Brazil, there was a feeling of confidence and the EU was happy to jump on the bandwagon. In the meantime, the EU changed; more enlargements took place, progress in the Western Balkans was less than anticipated; there is a "mutual disillusionment".

a) **Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?]**

cf. "Everyday Europeanization": focus on performativity, away from the problematic terminology ("state building" is not stacking stones on one another). There has been *muted* support mostly (finances, declaratory, engagement), because if you look at what the EU invests in Kosovo, it is about 7 times higher than in other places with similar trajectories (e.g., Afghanistan, Iraq) – it is very tangible, but the EU does not talk about it. ***WHY?** Maybe they cannot justify it in front of their constituencies? Maybe they think the returns of these investments are too little? Not sure. Also the declaration of independence could never have happened without the support of the EU member states, especially Germany, France, and the UK. Clear alignment and also public support, remember statements from Paris: "Change the maps; a new country is born". Communication by the EU is different – not only because of the non-recognisers but also out of fear that Serbia will claim reparations after being bombed, shunned internationally – the EU wanted to make sure that Serbia was not outcast. Thus, the "muted" support to Kosovo is also a signal to Serbia: "we support Kosovo, but we are not crazy about it".
E.g., flag & hymn: the clear guidelines for the flag design were very limiting, also according to an interview with the designer. It pre-empted any attributes that people would identify with, which bears the question whom it was designed for. In the 18th century, there was this romanticism allocated to the homeland, whereas after the industrial revolution in the 19th century and the unification of peoples under one language, it became the modernist "imagined communities". In my view, the EU is experimenting with this post-modern approach – "no matter what your identity (Albanian, Serb, Bosniak…), you get a star on the flag". The same with the hymn without lyrics: it needs to feel like it is outdated to feel Albanian or Serb etc. – "you can do something cooler (even though we did not do it, we will still be French and German etc.)". Ideal of civic nationalism which has obvious merits, not being proud just because you come from a certain place, but the hymn is one of the first identifiers, and you cannot even sing it? San Marino also has a hymn without lyrics; so does Spain. But Spaniards have chosen this after the Franco terror; people in Kosovo had no say in the matter. The problem is the *mechanism* of assigning, forcing on Kosovo a "muted identity". It also has a lot to do with the image the EU wanted to project of itself in the world as a post-national, normative actor – and Kosovo and BiH offered the perfect context and pretext for such an experiment under the guise of statebuilding.

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why [regardless if it is 'good' or 'bad']?
Certain developments in the civil society spectrum, professionalisation of Kosovo civil society. I travel a lot in the region to different conferences and you can see that NGOs/thinktanks in Kosovo have learned to organise, generate funding, processes other countries in the region have not gone through; you can tell the difference in logistics etc – not necessarily only positive, but really internalized professionalism.

2) **To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?**

First 3-4 years dedicated to normalize the "abnormal actors"; "tame" Kosovo and Serbia in a way; and for the EU to show that they were worthy of the 2012 Nobel peace prize, legitimize itself as a peacebuilding actor. However, especially since the closing of DG Enlargement, it turned into a space to buy time – although it is not clear for what. Dragging the process on until they find a way out or someone else intervenes? It seems that they do not know either. No timeframe, no clear goals; no definition what "normalization" should mean. cf. Agon Hamza: What *is* the Dialogue? It is no peace negotiation framework, no arbitration mechanism – what are you trying to normalize? GB and Ireland are still normalizing their relations, it's a long-term process; if there is not even a timeframe, it becomes a sort of charade, not even individuals benefit: Mogherini was at least able to boost her reputation in foreign policy; Ashton wrote a book and became an advisor – under Lajčák it just became a farce, did not even serve his career.

f) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?] What is the role of the member states? (incl. non-recognisers) e) How is the Dialogue connected to EU enlargement? How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?

Germany has always been the main actor in Kosovo, due to their historic ties also with Serbia and its strong Balkan diaspora; is very present. They also know the context, understand what is happening – unlike France, which is also very active, but has much less understanding.
Over the past ten years, whenever the EU engaged in shuttle diplomacy including meeting civil society in Belgrade and Prishtina, they systematically avoided feminist organisations/women's networks – why? Serbian & Kosovar umbrella groups wrote to Lajčák, but no response.

3) **What kind of nation will Kosovo be in 2035?**

Kosovo youth are very US-geared, crazy about start-ups, interested in the neo-liberal way of life which changes the collective character of society towards individualism, resulting in a lack of solidarity, human relations – and this will likely increase with the current tech revolution.
I am very afraid that interethnic relations will get worse and animosities increase. When I worked in Kosovo in 2008/9, relations between Kosovo and Serbia and also within the society were much better. The new generation has no legacy/memories and no personal experience with the recent history but still feel the rage, which is hard to channel. While a similar development has led to societal polarization in BiH, I don't think the same can happen in Kosovo because of the demographics, clear majority. But Kosovo Serbs asked to subscribe to the new Kosovo under the current conditions, "integration by all means" as per Kurti, VV – will not work, "it's ludicrous"; "masculinist sovereignties": rather than focusing on everyday institutions, the government sends troops to the north. The situation there is sad but also has the potential for long-term intergenerational rage which will be a problem for everyone, not only in the north, with or without the ASM. ASM will not significantly change the problems and how Kosovo Serbs are treated – although the situation of Serbs in the south/east is very different. Maybe Kosovo Serbs are the most obvious victims: Serbia tries to buy EU membership, Kosovo tries to get sovereignty, the EU gets a peace prize, but Kosovo Serbs are not even part of the Dialogue architecture.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

20. Interview with EU Commission Official, 24.07.2025, 14:00

Questions

0) Can you tell me a bit about yourself and your background/motivations?

- Several years of experience in International Organisations including in Kosovo. Background in foreign affairs, post conflict studies, minority rights. Kosovo as a location was rather accidental, initially focus on forced displacement, human rights, peacebuilding. Enlargement as a larger framework more in focus since working for the EU on the whole WB region; "two in one go".

1) In your own words, what is the role of the EU in Kosovo (incl. different actors: EUSR, EULEX, Parliament, Commission, …)? What differentiates the EU from other international actors active in Kosovo?

- EU when it got first involved in the 1990s was primarily associated with economic factors, post-conflict reconstruction. Later, after the 2003 Thessaloniki Summit, more focus on enlargement: EU became a much bigger player. Enlargement was not only directed at improving prospects, living standards on the ground but also to complete the EU, unify the continent. This was also connected to broader statebuilding efforts in the region: conflict-related grievances, reconciliation processes, disputes between the WB partners BUT all of them are joint together in their vision to join the EU where borders and disputes will fade.
- Enlargement as the biggest promise for all WB which also accounts for the different role/ leverage the EU has in the region as opposed to OSCE, others. OSCE was a bigger player in the 1990s, now much more limited. Other such as the Gulf states also have more strategic influence today, but economic, cultural, not shared values as with the EU.

a) Which were the role and impact of the EU in the state- and nation building process after independence? How are these connected to EU integration? [How is/was the EU involved in the question of Kosovo's statehood status?]

- Statebuilding closely connected to enlargement process/reforms: Copenhagen Criteria = stable democratic institutions, free elections etc. as key elements of statebuilding, always implied in EU investments in the enlargement process.
- Nationbuilding: support for human rights, minorities, good-neighbourly relations, conflict resolution in all WB including through the Dialogue.
- EU views region as a whole, one cannot advance without the others, without improving relations with neighbours: complementary processes of internal convergence (cf. Berlin Process, CRM) and gradual convergence with EU; "getting closer as a package". This is also reflected in the Growth Plan, with the CRM as one pillar in the Growth Agenda & reference in Growth Facility: decreasing the socio-economic gap, investments & reforms to move the WB closer to the EU, complimenting existing processes such as IPA – not duplicate/change or alternative, but speeding up in light of the new geopolitical dynamics, momentum for enlargement after the Trio joined the process, increasing the pace

b) Looking at different policy fields the EU has contributed to since 1998, where would you say the EU has the greatest impact and why [regardless if it is 'good' or 'bad']?

- First mostly economic, reconstruction after conflict, the way peacebuilding was designed but later amounted to the EU as the biggest trade partner & largest investor (primarily through the EU institutions in Kosovo). Often underreported, US, UK, Switzerland more present in public perception, but especially since the SAA came into force, investments have steadily increased; EU makes a big difference for trade, economic development
- Rule of law (RoL) sector: investments in judicial, police, customs reforms + CSDP mission [EULEX] including executive mandate and MMA with peers across RoL institutions + border

10.15772/ANDRASSY.2026.002

police, community policing, customs, police inspectorate: increasing capacities in all areas, providing advice to the prosecutorial/judicial councils by peers from member states toward self-governance
- "Softer" sectors: education, youth, civil society: consistent support, not only funding but policy, complementary activities, sometimes even state functions when government was unable, e.g., social assistance. Consultation civil society in entire process, subcommittees & key for annual reports, also in reform agenda/facility as a whole; also measures against Kosovo never applied to civil society, only affecting government.

2) To which final outcome(s)/central goal(s) is the Dialogue with Serbia designed to contribute?

- Normalisation of relations; inseparable from enlargement. Neither Kosovo nor Serbia can substantially advance towards EU membership without it.
- Practically: solving all outstanding issues especially for the population. IBM, documents, civil registry, currency, education/curricula, health: practical things that impact people. E.g., customs collection two crossing points directly collected & used for investments in north Kosovo – finding these kinds of solutions also for other fronts
- Judiciary: integration of minorities [esp. Kosovo Serbs] in RoL sector, including north; protection Serbs throughout Kosovo + presence/representation: exist in legislation but lacks implementation, further advancements needed; addressed as part of the Dialogue
- Practical solutions, impact on the local populations often overlooked as media focus on the rhetoric of high-level officials which is not always useful

➔ Normalisation formally settled, contributing to good neighbourly relations & overall STABILITY of the wider region

a) Who are the main actors in the process (institutions, not necessarily names) and what are their roles? [EU-side + Kosovo-side – civil society? Non-majority communities? How is the Dialogue connected to reconciliation?]

- Designed with the EU in facilitating role + partners to the Dialogue, i.e., governments in Belgrade and Prishtina.
- EU: aside from EUSR also supported by member states which is key to its success: They give the mandate; we need to keep in mind that there are 27 members in the background. The process is supported by all, some more proactive (DE, FR; IT to some extend) including with human resources, personnel in capitals.
- Active role of HR/VP in current setup + supporting role US – unclear at the moment as the situation is very dynamic, but US generally consulted, supports but stays in background
- "The Dialogue team generally tries to get the pulse on the ground, as far as I am aware" – in preparation for sectorial issues, sit down with civil society to get inputs for discussion on chief negotiator level; regular exchanges not only with mainstream CSOs but also specialized groups, non-majority communities – but no formal role, high-level Dialogue
- Reconciliation = gradual process. Dialogue designed for the practical stuff, especially given the current circumstances (no government in Kosovo, dynamics Serbia): often problems are not unsolvable but complicated by politics. On the long run, the Dialogue is supposed to contribute to reconciliation, slowly addressing sensitive issues.
- Missing persons as huge grievance for the families, identification still ongoing; that this is not concluded more than 20 years later does not contribute to reconciliation, Dialogue seeks to contribute
- Efforts do not always amount to concrete results, even practical things just to bring normality. E.g., integration Serbs in RoL sector: people who were recently in conflict now work alongside each other in multi-ethnic teams, but it is not the end of the process.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- Displaced persons: previous EUSR said it will be dealt with as part of the Dialogue but has not moved since, but EU puts resources into this outside of the Dialogue, e.g., support to voluntary returns. Complex context, also given the socio-economic situation in Kosovo more broadly with little economic prospect especially in rural areas, emigration

b) What are the main obstacles?

- What do we mean when we talk about reconciliation? The South African model of truth and reconciliation commissions? Does not exist in the current Dialogue
- Dialogue is designed to address the periphery, most difficult things only at the end, esp. status, recognition Kosovo wants to have from Serbia. Going around the key issues in order to avoid blockage from the start, risking to come out empty-handed – this is why it is very slow, first betting on what has the potential for success, then more complicated things
- Currently little willingness by parties: under Lajčák more crisis management, solving problems that did not have to be problems but were escalated for political reasons. The current EUSR does not have governments to work with, nobody has the mandate.
- EU = FACILITATOR; staying in between, trying to keep a neutral/balanced approach but this also puts a limit to its role as long as there is no willingness
- Individual government actions currently do not contribute to dealing with the past (outside of Dialogue). EU critical on Kosovo's transitional justice strategy, war crimes institute, commission on reparations for victims of sexual violence: the mandates tell you a lot, especially the time frames, which usually end when NATO entered Kosovo [in 1999] and thereby exclude victims of retaliatory violence, notably the 2004 riots. EU advocated to extend deadlines

c) **What is/are the main achievement/s?**

- Inclusion RoL institutions in Kosovo system especially in north: before parallel structures, still applying Yugoslav laws – depending on who you speak to, there are different accounts of how this came about, but fact is that there is inclusion, it is possible
- Participation Kosovo-Serbs in local elections: local governance best way to achieve rights
- Freedom of movement, establishment of common crossing points, some hosted by Kosovo and some by Serbia + deals documents, IDs: civic registry documents could be used to receive Kosovo IDs and public services
- Development fund for the north: *sui generis* achievement for funding investments: tax revenue from two crossing points

d) What is the role of the member states? (incl. non-recognisers) How is the Dialogue connected to EU enlargement? How in your view did the prospect of EU membership feature into the EU policies in Kosovo and how was this communicated publicly (EU / state actors)?

- 17 member states are [were] present in Prishtina: already a lot given its size, relevance: shows that there is attention. Some member states more active (DE = big embassy, also France; IT to a smaller extend) + importance QUINT format, very active entire WB (5 countries + EU represented). 3/5 non-recognisers have/had liaison offices in Kosovo, trading tides despite n.-r. In that sense, there is no issue; support to the Dialogue regardless of the status question, no active disapproval; their "silent agreement" is very helpful.

3) What kind of nation will Kosovo be in 2035?

- Hopefully multi-cultural, multi-ethnic nation where Kosovars take pride in their legal framework protecting minorities, human rights. This was also the biggest argument for Kosovo to join the CoE, but practically a lot more needs to be done; Kosovo needs to put the money where its mouth is, so to speak.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

- What is often overlooked internationally and emphasised by those supporting Kosovo is that in the current geopolitical constellation, they are still on the right side of history. Unlike other countries in the region, they are not really looking for alternative alignment
- However, the pace of negotiations is not moving. Kosovo needs to start to position itself better. "They often do things right, but not in the right way". E.g., opening of Mitrovica bridge – part of Dialogue agreement, requirement of EU, but wrong timing, communication
- Wish that the Kosovo counterparts would see more what the EU offers to them despite the internal restrictions; not appreciated enough. Not asking to be thankful but use it to be/ remain in the circle, get to work, instead of cultivating a victimhood mentality. Other WB states know much better how to present themselves to the EU to get their goodwill (ALB)
- The measures are in everyone's way now, but they are a reality and need to be dealt with.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

21. Interview with Member State Representative, 12.08.2025, 15:00

Questions

a) **How is EU policy towards Kosovo harmonised between the relevant actors, including Member States? How are decisions on Kosovo taken in the CFSP & which actors play which role (Brussels/institutions, capitals, embassies,...)? How does the decision-making process work?**

- In principle, responsibility for the CFSP lies with the PSC (Coreper only once a year for the Council Conclusions on Enlargement), including the chapter on Kosovo
- In the PSC every 2-3 months discussed or occasion-related; mostly briefing by EUSR or political update in general by EEAS (mostly MD for Europe Maasikas). Sometimes requested by MS, especially DE, IT, FR; neighbours (also place where frustration is expressed). Everything is addressed here, including measures against Kosovo
- In addition, Kosovo is currently with COWEB (vs. COELA); there are considerations to reform the system, but no concrete proposals/majorities; sensitive, not politically feasible also because of the issue of TK. COWEB: dialogue, political updates, security...
- Exception: accession procedure, but no majority in the Council. It is up to the Council Presidency, more of a technical step, but resistance is too great. Commission would be ready for Avis, may take several years, but no necessary majority in Coreper without visible progress on (possibly) ASMM. Avis as an 'important blueprint', could benefit Kosovo but currently no movement, government currently has other problems
- COELA = Chair MS; COWEB, & PSC = EEAS, sets agenda or takes up topics based on the member states' requests
- Coordination between MS varies; capitals receive agenda, coordinate internally (ministries etc.) and embassy if they have it, resulting in inputs (also e.g., reports from delegation trips etc.); intensity of coordination depends on interest, topics
- Conflicting objectives between ministries also play a role in some cases, as does dependence on relevance, external pressure, but the political level is usually clear
- Usually big interest, especially larger MS, neighbours; non-recognisers usually at the end, 'do not hold back' (CY, GR, ES), often unobjective, often quite some understanding for Serbia
- Important factor: Kurti is said to be a very difficult negotiation partner/ personality (also in Commission, esp. Koopman) but also MS like France - with Vučić, on the other hand, it is often 'exactly the other way round', often greater trust/indulgence contrary to facts

b) **Example: How were the measures against Kosovo decided in practice?**

- After events in Zvečan in May 2023 (KFOR peacekeepers seriously injured) it was clear that there must be consequences for lack of consultation, coordination Kurti gov. After briefings in PSC/COWEB, joint declaration MS in which measures were announced
- Commission/EEAS implement, e.g., funds, meetings (e.g., suspension of SAA meeting, only recently resumed). MS different, depending also on priorities, interests
- COMMISSION decides on freezing and unfreezing of funds, has far-reaching decision-making powers under treaties (which was sometimes a problem, e.g., under Varhélyi,)
- 'Measures' - NO sanctions against individuals, would have had to be decided in RELEX and, unlike measures, would also have been limited in time, would have had to be regularly extended - unlike the taken measures against Kosovo, therefore difficult to lift. Valid wording = gradual lifting, see Council Decisions 2024 ('abstract, but not nothing'). Requirements mentioned in the statement are largely fulfilled (also according to EEAS, Commission); repeal would have been justified after Banjska at the latest, especially given no measures against Serbia BUT some MS opposed or demanded too strict conditions for gradual repeal. Agreement when the

10.15772/ANDRASSY.2026.002

measures were adopted, but did not foresee that they would not be easy to lift - 'causes considerable resentment' among many MS (vs. HU, CY, ES)

c) What role do PSC, COELA and COWEB each play in decisions on enlargement policy (theory and practice)?

- S.a.: No negotiating framework yet, therefore COWEB; no progress (working group prepares, Coreper approves, GAC adopts). Linked to dialogue on agenda, but PSC not responsible for enlargement

d) What role do PSK and others play in the EU-led dialogue between Serbia and Kosovo? [Theory and practice]

- EUSR updates MS regularly or ad hoc in the PSC. Is not actually bound by EEAS instructions, accountable to MS but in practice EEAS
- EEAS has sovereignty over dialogue, Commission secondary - important for EEAS role vis-à-vis Commission, which is responsible for enlargement (only Chapter 31 EEAS).
- EUSR coordinates well with Quint embassies (briefings, meetings before/after & regular visits to involved capitals). Support Quint (e.g., also secondment)

e) How do CFSP and enlargement policy in general interact in relation to Kosovo?

- Chapter 31 = external relations: CFSP alignment only required at end of the process, but good indicator; also argument in favour of Kosovo - commits to EU/NATO in terms of foreign and security policy; also gives us responsibility (from an accession perspective)
- Growth Plan: Disbursements Kosovo, Serbia linked to dialogue - pre-payment released (framework agreements pending on Kosovo side), 1st tranche more difficult, conditionality stronger. Commission has great room for manoeuvre. Originally afraid that the measures would block Kosovo, but is possible

f) Are there other actors that play a role in decision-making, e.g., experts, non-governmental organisations, etc.?

- Occasionally think tank representatives in COWEB, but must be approved by Coreper and might be used for particular interests by MS. FES proposal on ASMM included
- EUSR interacts locally with civil society, others, but not sure how systematically
- Interaction with other actors depends on topic: migration; cooperation with Europol; topics Foreign Affairs Council, GAC, Justice (Balkans generally important focus)
- USA, UK included under Quint; Very interesting format, much is being prepared, especially operationally.
- UK continues to show great interest: Berlin process, also growth plan
- Embassies are in constant dialogue on the ground, often informally

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Ferenc Németh

Institution/Background

Independent researcher, Balkans expert

Email

nemeth.ferenc22@gmail.com

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Hungary was among the first countries to recognize Kosovo's independence in a coordinated move with Croatia and Bulgaria. Back then, it seems the most rational option to go with, although there were reservations that recognition would put Vojvodina Hungarians in a negative position. (This did not happen.) Hungary has looked at Kosovo from a security point of view; a testament to this is Hungary's engagement with the KFOR mission. The Hungarian-Serbian (Orbán-Vucic) relations, however, shifted Hungary's position. There are absolutely no chatters that formal recognition should, somehow, be revoked or undo, but on a political level, Hungary has started sliding with Serbia's positions, esp. Kosovo's bid to Council of Europe, membership application to EU, and restrictive measures taken against Kosovo. Hungarian-Kosovar relations are cordial, Kosovo considers Hungary as kind of a "lost cause"; although it recognizes Kosovo, it seems to be that the Kurti government realized that they will not be able to change Hungary's positions due to Orbán's closeness to Vucic (and Dodik). One interesting feature is that Hungary was a firm supporter of lifting visas. In all, statehood (legal recognition) is not in question, although Hungary, given the leadership's strong political ties to the Serbian one, has sided with Belgrade many times. In the eyes of the current Hungarian leadership, Kosovo is a political reality. Relations between Hungary and Kosovo are focused on soft policies, like education and culture, in addition to Hungary's ongoing presence at KFOR.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Hungary has supported (and still does!) Kosovo's EU accession path. Hungary was a firm and loud supporter of visa liberalisation. When it comes to Kosovo's bid to CoE and membership application to EU, Hungary sides openly with Serbia, making Hungary the only recognizer to do and act so when it comes to voting on these issues. The reasoning is that any step nowadays toward membership in these organisations would destabilize relations between Kosovo and Serbia to a larger extent.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Prof John O' Brennan

Institution/Background

Maynooth University, Ireland

Email

john.obrennan@mu.ie

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Ireland recognised Kosovo in February 2008

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Ireland is very positive about Kosovo's accession to the EU

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Giorgio Fruscione

Institution/Background

Italian institute for international political studies

Email

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Italy has recognized Kosovo in 2008, so Italy has both diplomatic and economic relations (Italy is among top trade partners of Kosovo) with Pristina, and thus Kosovo is regarded as an independent country.
In order to safeguard Kosovo security and to help Pristina to cope with its state-building process, Italy has been leading the KFOR mission for years. At diplomatic level, Italy participates at QUINT forum in order to deal with escalations that arose in the last few years between Kosovo and Serbia. Italy is thus engaged in preserving peace at regional level and has been an active supporter of the EU-mediated normalization process between the two states.
For Italy, strenghtening Kosovo's istitutions is key to peace and stability at both bilateral and regional level. In particular, as noted by our Senato (link below - in Italian), special attention must be devoted to affirm the rule of law, to the fight against organized crime, and to the eradication of corruption from public life.
https://www.senato.it/japp/bgt/showdoc/17/DOSSIER/0/987259/index.html?part=dossier_dossier1-sezione_sezione2-h1_h18

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Italy is one of the leading EU member states in relaunching the European enlargement process to the Western Balkans. As a matter of fact, the success in the abovementioned normalization process between Kosovo and Serbia is preparatory for their integration in the EU. Today, Kosovo's candidacy to the EU is stil locked and Italy's position and policy is to work together with international partners in order to stabilize relations with Serbia, and thus proceed towards the EU. This position was riaffirmed during last year visit to Kosovo by the Italian parliamentary foreign commission (link below - in Italian).
Italy believes in the stabilization that a full EU membership can provide. For Italy, is thus pivotal to have a stable Balkan region, given the geographic proximity with our country, which must boost trade and cultural relations between the two shores of the Adriatic Sea. Such stability may be achieved only through the normalization process mediated by the EU.
https://www.ansa.it/friuliveneziagiulia/notizie/2024/05/02/loperfido-a-kurti-italia-a-fianco-del-kosovo_52cc6160-c130-4f1c-959d-be6ca57ae200.html

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Jakob Lewander

Institution/Background

Researcher political science - Sieps

Email

jakob.lewander@sieps.se

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Sweden recognized Kosovo as a sovereign state and holds diplomatic relations with Kosovo since 2008. Sweden has an embassy in Pristina and Kosovo has an embassy in Stockholm

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Sweden supports Kosovo's reform process towards EU accession. Sweden's support to Kosovo's economic and institutional progress goes back decades through its foreign aid work. Sweden has also sealed three judicial accords with Kosovo on judicial cooperation in fighting organised crime. So Sweden's foreign policy engagement with Kosovo goes beyond its coordinated EU policies. As regards the EU accession process, Sweden has in principal always been in favor of enlargement as a foreign policy tool to promote peace, prosperity and stability. However, Sweden is also a strong advocate for rigorous rule of law standards in the accession process, robust institutions, and well-functioning legal systems for the purpose of a well-functioning single market in all its dimensions and a frugal EU budget.

The backdrop is that law and order, organised crime and the circulation of illegal weapons are high-salience issues in Swedish society and politics, which will prompt strong Swedish demands in the accession process as regards rule of law and judicial viability of Kosovo. Notwithstanding Sweden's pro-enlargement stance in principle, there are political under-currents in Swedish society and political life which could generate societal backlash when and if the accession processes of the Western Balkans proceeds. However, in light of the recent geopolitical developments, the geostrategic element of enlargement could become even more elevated as Sweden, and the EU at large stand to go through leaps of change.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Rok Zupancic

Institution/Background

University of Ljubljana

Email

rok.zupancic@fdv.uni-lj.si

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

SLO was one of the first country recognizing independence of Kosovo in February 2008, and this has not been disputed.

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Positively inclined.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Ramūnas Vilpišauskas

Institution/Background

Vilnius University

Email

Ramunas.vilpisauskas@tspmi.vu.lt

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Lithuania supports independence of Kosovo

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Lithuania supports Kosovo integration into the EU

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Bojana Zoric

Institution/Background

Research Analyst for the Western Balkans

Email

bojana.zoric@iss.europa.eu

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Croatia maintains a supportive and collaborative relationship with Kosovo, endorsing its sovereignty and backing its efforts toward Euro-Atlantic integration. Croatia recognised Kosovo in March 2008, only a month after Kosovo's proclamation of independence. The relations ever since were friendly and constructive. The prevailing stance across the political spectrum is to support Kosovo's independence and its integration into European and international institutions. For instance, in May 2023, Croatia supported Kosovo's application to join the Council of Europe. The good relations between the two countries extends also to cooperation between the two Parliaments.

Additionally, Croatia's support for Kosovo's independence is deeply rooted in its own history and struggle for sovereignty following the breakup of the former Yugoslavia, a process that culminated in war during the 1990s. Given this experience, Croatia recognises Kosovo's aspirations for independence and actively supports its efforts. This support is further shaped by the fact that Kosovo declared independence from Serbia, the same country with which Croatia was engaged in conflict during the 1990s.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

The Croatian government consistently advocates for Kosovo's membership in the EU. Within this framework, Croatia also advocates for the implementation of Belgrade-Pristina dialogue. This stems from Croatia's stance that the stability of Southeast Europe depends on structured and efficient relations between the countries that emerged from the breakup of the former Yugoslavia. Hence, in Croatia's view, the relations between Serbia and Kosovo should be based on mutual respect, free of conflict, and focused on cooperation and the process of European integration. Croatia's support is additionally strengthened through participation in KFOR, with 152 Croatian soldiers being currently stationed in Kosovo.

At the societal level, there is no doubt that Kosovo should be independent and a member of the EU. As a result, this is not a topic of debate in Croatia, nor is it an issue that is ideologically or politically sensitive to Croatian citizens. However, the question of Kosovo is often viewed through the lens of its strained relations with Serbia - and this is where Croatian public could hold more stronger views (vis-a-vis Serbia).

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Dorthe Bach Nyemann

Institution/Background

Royal Danish Defence College

Email

Dony@fak.dk

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Denmark support Kosovo as a sovereign state

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Denmark wants Kosovo to be part of the EU if it meets relevant criteria such as rule of law, free media, human rights protections and a free market.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Donada Rata

Institution/Background

University of Luxembourg/Diplomacy Lab

Email

donada.rata@hotmail.com

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Luxembourg recognized Kosovo's independence shortly after its declaration in 2008, joining several other EU member states that supported Kosovo's sovereignty. This recognition was a significant diplomatic step, demonstrating solidarity with Kosovo's statehood despite opposition from countries like Spain, Greece, Romania, Slovakia, and Cyprus, which have not recognized Kosovo's independence. Luxembourg's decision aligned with its broader support for the Western Balkans' European integration, marking a key moment in Kosovo's quest for international legitimacy.

Although Luxembourg has consistently supported Kosovo's European integration, its role in pushing for broader recognition has been more subtle. Luxembourg does not have the political weight to persuade larger EU members that oppose Kosovo's independence, such as Spain, to alter their position. Rather than applying pressure on non-recognizing states, Luxembourg has focused more on practical cooperation, such as development assistance and project-based support. For instance, Luxembourg has been involved in several EU-funded projects aimed at improving Kosovo's infrastructure, governance, and rule of law. One such example is the long-standing financial support through the Luxembourg Development Cooperation, which funds initiatives in sectors like education and public administration reform.

Luxembourg has also been part of diplomatic efforts to integrate Kosovo into regional organizations like the Central European Free Trade Agreement (CEFTA) and the Regional Cooperation Council (RCC). However, these efforts have been more about facilitating Kosovo's path toward EU integration rather than challenging the recognition issue directly. Luxembourg's involvement in these processes emphasizes its focus on practical solutions that help Kosovo's development and align it with EU standards, rather than directly confronting EU members that remain reluctant to recognize Kosovo. In this way, the country's role has been more about fostering Kosovo's progress toward EU integration rather than challenging the recognition issue directly within the EU. Its approach remains cautious, reflecting the EU's need for consensus on foreign policy matters.

References:

Luxembourg Development Cooperation. (2021). Luxembourg's development cooperation and its partners: Kosovo. Retrieved from https://www.cooperation.lu/en/2021/luxembourgs-development-cooperation-and-its-partners/bilateral-cooperation/kosovo

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Luxembourg supports Kosovo's European integration, but its influence within the EU is limited compared to larger member states like France, Germany, and Spain, which play more decisive roles in enlargement policies. Notably, five EU countries - Spain, Greece, Romania, Slovakia, and Cyprus - do not recognize Kosovo's independence, and ongoing internal and regional disputes involving Kosovo further complicate its EU accession. As a result, Luxembourg's backing, while symbolically important, does not substantially alter Kosovo's integration prospects.

Although Luxembourg generally favors EU enlargement, its approach is often cautious. Previous challenges faced during accession rounds, such as those of Bulgaria and Romania, have led to increased skepticism within the EU regarding rapid expansion. This environment means that, despite Luxembourg's diplomatic support, it may not prioritize enlargement within EU institutions unless larger member states, like France, Germany, and the Netherlands, also advocate for it. Luxembourg's influence is limited by its size and position, which makes it difficult to significantly shift the stance of larger EU states. According to meetings I have had with Luxembourg's Permanent Representation to the EU, COREPER II, Luxembourg views itself as a mediator between France, Germany, and other Benelux countries, though this role mainly pertains to economic matters.

Luxembourg has publicly supported Kosovo's visa liberalization process, which was delayed for years despite Kosovo meeting the technical requirements earlier than some other Western Balkan countries. Luxembourg's backing was important in pushing for this process, but it was not the only factor in the eventual decision. The delay highlights Luxembourg's limited influence, as broader political dynamics, such as the reluctance of countries like France and the Netherlands to endorse the measure, were more decisive in the outcome. Therefore, the country's influence within the EU is constrained when larger political concerns are at play.

Regarding its role in the Western Balkans, Luxembourg is a strong bilateral supporter of Kosovo, but it does not play a leading role in regional diplomacy. Unlike Germany or France, which have spearheaded processes like the Berlin Process, Luxembourg's involvement is largely limited to financial and technical support. Some critics suggest that Luxembourg could take a more active role in coordinating support among smaller EU member states or exerting pressure on hesitant countries to accelerate Kosovo's EU path.

By providing financial aid and project-based support to Kosovo while its EU accession remains stalled, Luxembourg and other pro-Kosovo EU states may inadvertently maintain a status quo in which Kosovo relies on external assistance rather than achieving political breakthroughs. Stronger political pressure on the EU to address Kosovo's integration more decisively would be more effective than solely offering technical and economic support.

References:

Embassy of Luxembourg in Pristina. (2025). Development Cooperation between Luxembourg and Kosovo. Retrieved from https://pristina.mae.lu/dam-assets/development/brochure-development-cooperation-kosovo-20250213.pdf

Luxembourg Ministry of Foreign and European Affairs. (2024). Memorandum of Understanding between Luxembourg and Kosovo. Retrieved from https://cooperation.gouvernement.lu/dam-assets/cooperation-au-developpement/pays-a-projet/kosovo/rb-accord-programmes/memorandum-of-understanding-kosovo.pdf

Luxembourg Development Cooperation. (2021). Luxembourg's development cooperation and its partners: Kosovo. Retrieved from https://www.cooperation.lu/en/2021/luxembourgs-development-cooperation-and-its-partners/bilateral-cooperation/kosovo

Euractiv. (2023). Kosovo visa liberalisation causes stir in Belgrade. Retrieved from https://www.euractiv.com/section/politics/news/kosovo-visa-liberalisation-causes-stir-in-belgrade/

10.15772/ANDRASSY.2026.002
Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Milan Nic

Institution/Background

DGAP

Email

nic@dgap.org

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Non-recognition

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Pragmatic/ non-disruptive

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Steven Blockmans

Institution/Background

International Centre for Defence and Security (Tallinn)

Email

steven.blockmans@icds.ee

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

The Estonian position is very favourable to Kosovo's statehood, even if it doesn't feature among the foreign policy priorities. The Speaker of Kosovo's parliament was invited to Tallinn in early 2024, and at the working level there are good contacts. At working level, Estonia would even speak for Kosovo in fora where the country is not represented.

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

The Estonian position is also very favourable to Kosovo's EU integration. Here too, officials of the MFA try and advance Kosovo's position on the pre-accession track, for instance by insisting that a request for the Commission Opinion be extended.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Wouter Zweers

Institution/Background

Clingendael Institute

Email

wzweers@clingendael.org

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

The Netherlands recognised Kosovo's statehood on 4 March 2008, after checking whether the new Kosovo constitution would ensure sufficient protection of Serbian minority rights. Ever since, NL sees Kosovo as a full-fledged state. The Netherlands also upgraded its representation in Pristina to a full-fledged embassy in summer 2008 (https://archive.is/OfDC2#selection-1435.0-1435.302). NL abstained in the october 2008 UNGA vote on a serbian resolution asking to seek international court of justice advisory opinion on Kosovar statehood (https://press.un.org/en/2008/ga10764.doc.htm). Dutch Armed Forces and the Royal Netherlands Marechaussee contributed to KFOR and EULEX in Kosovo up until 2017.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

NL in general has remained critical on further EU enlargement with WB throughout 2010's, pushing for strict adherence to criteria. I don't recall specific episodes of NL blocking or pushing forward Kosovo's accession process. Neither do I have information on the Dutch position regarding EU sanctions towards Kosovo. What is clear is that NL has blocked progress of Serbia's EU accession a few times over RoL issues but also over lack of progress in normalisation with Kosovo (most recently cluster 3 in December 2024 (https://archive.is/7W9T1).

The Dutch position on Kosovo's EU Visa liberalisation caused frustration in Kosovo for many years, as NL disagreed with the Commission assesment that the country met all requirements, thereby delaying visa lib by several years. (https://www.clingendael.org/publication/dutch-position-kosovos-eu-visa-liberalisation-process)

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Miruna Butnaru Trocnota

Institution/Background

SNSPA

Email

miruna.troncota@dri.snspa.ro

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Romania does not recognise Kosovo since 2008, when it declared independence. The position was publicly justified in terms of disrespect for international law in 2010 in connection to the International Court of Justice decision regarding Kosovo s proclamation of independence. The official position is that Romania will recognise Kosovo after Serbia's own decision to do so, placing Serbia sovereign right above Kosovo's right to self-determination.

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Romania supported all Western balkans' 6 EU integration process but refrained from directly supporting Kosovo.s path due to non recognition policy. Nevertheless it did not veto any decision of the Council to sign the SAA with Kosovo or for visa liberalisation - showing over the past years a more constructive behaviour.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Tobias Spöri

Institution/Background

Department of Political Science, University of Vienna

Email

tobias.spoeri@univie.ac.at

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Austria recognized the independence of the Republic of Kosovo on February 28, 2008. Diplomatic relations were established through an exchange of notes on March 20, 2008, and Austria subsequently upgraded its office in Kosovo to an embassy. On July 13, 2009, the first Austrian ambassador presented his credentials. The bilateral relations between the two countries are excellent. Austria is directly associated with the status process: UNOSEK had its office in Vienna, and numerous negotiations took place in Austria. Austrian diplomats, such as Ambassador Albert Rohan, played a leading role in the status process. The historical relationship between Austria and the region dates back to the Austro-Hungarian Empire, where Austria-Hungary supported the Albanian population in the region due to geopolitical interests, particularly during the "League of Prizren."

A further testament to the strong bilateral relations is the decision by the Kosovar government to include Vienna among the first ten capitals where Kosovo established its embassies. The Kosovar embassy in Vienna was opened in October 2008.

Austria is one of the most active investors in Kosovo and continues to strengthen its trade relations. The Austrian Development Cooperation (ADA) is particularly involved in Kosovo in areas such as higher and vocational education, rural development, environmental protection, gender equality, and minority integration.

Regarding the status of Kosovo, it is generally not a major topic of discussion in Austrian society. The official stance of Austria, which recognizes Kosovo’s independence and supports its integration into international institutions, is widely accepted across most political parties. All parties, apart from the FPÖ (Freedom Party of Austria), align with this position. The FPÖ, however, clearly supports Serbia's stance on Kosovo and publicly maintains that Kosovo belongs to Serbia.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Austria strongly supports Kosovo's European integration and has been a vocal advocate for the country's path towards EU membership. Austria sees the integration of the Western Balkans, including Kosovo, as a strategic priority for regional stability and prosperity. Austria believes that the EU accession process is an essential mechanism for promoting democratic reforms, strengthening the rule of law, and improving governance in Kosovo.

Austria has consistently encouraged Kosovo to implement necessary reforms in areas such as the rule of law, human rights, and minority protection, as well as addressing issues related to corruption. At the same time, Austria has emphasized the importance of regional cooperation and the normalization of relations between Kosovo and Serbia as crucial components of Kosovo's EU integration process. Austria also advocates for Kosovo's full participation in regional organizations and has supported Kosovo in its efforts to gain broader international recognition, which is seen as an important step toward integration with the EU.

Austria's support for Kosovo's EU integration is also reflected in its active involvement in EU missions in Kosovo, such as the EU Rule of Law Mission (EULEX), and its participation in various EU-driven initiatives aimed at facilitating Kosovo's accession to the EU. Additionally, Austria has been instrumental in fostering closer ties between Kosovo and EU institutions through bilateral support, technical assistance, and developmental aid, particularly in the fields of education, infrastructure, and governance.

However, despite Austria's official support, public opinion on Kosovo's EU integration remains somewhat lukewarm. All political parties, except for the FPÖ (Freedom Party of Austria), support Kosovo's EU integration. The FPÖ, however, seeks to dismantle the EU and does not align with the majority stance on enlargement.

In terms of society, Austria is one of the most skeptical countries regarding EU enlargement. In the most recent Eurobarometer survey (Autumn 2024), Austria ranked lowest among EU member states in terms of support for EU enlargement in general. Regarding Kosovo specifically, support for Kosovo's EU membership stands at only 15%, while 51% oppose it. About 20% are indifferent, and 14% did not express an opinion. This makes Austria one of the most skeptical EU member states regarding Kosovo's EU integration, second only to Turkey among all candidate countries (2024): https://www.oegfe.at/umfragen/erweiterung_2024/

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Marin Lessenski

Institution/Background

Open Society Institute - Sofia, Program Director, European Policies

Email

lessenski@gmail.com

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Bulgaria recognized Kosovo on 20 March 2008, together with Croatia and Hungary, as it coordinated the move with them. At the time, only so-called "leftist intellectuals" - which as a rule have been pro-Milosevic, pro-Russian, opposed publicly the recognition with a harshly worded open letter. Their arguments have been mostly nativist.Paradoxically, it was a BSP-led government (Bulgarian Socialist Party), which recognized Kosovo, despite the party leaned towards Serbia (and heavily pro-Milosevic in the 1990s) and Russia. At the time of recognition, the foreign minister Ivaylo Kalfin reportedly said that "When we talk about national interest, we are not choosing between Kosovo and Serbia, that is an absurd choice. We are choosing between the only possibility for the international community to intervene and actively engage in creating a positive political process in the Western Balkans and a movement towards the adoption of European values, and the other possibility - to create a conflict leading to violence similar to that in the Middle East."
After that, there have been no public or expert debates on the recognition and it is accepted as a matter of fact. Bulgaria maintains a KFOR contingent in Kosovo and its role has never been questioned.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

Bulgaria is supportive of Kosovo's EU integration. These includes as a whole officials and experts. E.g. it should be noted the public statement of Bulgarian President Rumen Radev at the meeting with PM Albin Kurti in 2024: "Bulgaria consistently supports the efforts of the Republic of Kosovo to deepen the country's integration into European structures and the international community. This will contribute to ensuring stability and security not only in the Western Balkans but also in Europe, President Rumen Radev said at a meeting with Kosovo Prime Minister Albin Kurti." This is important as President Radev is seen as the main institutional proponent of pro-Russian policy.
One of the issues that the official Bulgarian policy is interested in the Bulgarian minority in Kosovo - i.e. Bulgaria considers the Gorani as a minority. In the same statement, Bulgarian President Radev "praised the commitment of the Kosovo authorities to grant status to the Bulgarian community in Kosovo. It is extremely important that mechanisms be enshrined in law to allow the citizens in Kosovo with Bulgarian identity to preserve and express their identity, as well as to freely exercise their civil rights, Radev said.".
As for the recent claims of a "defense agreement" between Kosovo, Croatia and Albania to be joined soon by Bulgaria, there has been nearly no reactions in Bulgaria. There has been some online debate about the dangers of building alternative defense alliances in the Balkans, but to make sure there is no information and not even rumors about Bulgaria joining anytime soon.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Positions of EU member states towards Kosovo

Please find below two short questions regarding the relations between Kosovo and your country of expertise. Feel free to highlight nuances within the society/political landscape, expand on your answers and provide relevant sources, or keep it short and simple.

Thank you very much for contributing to my research!

Name

Romain LE QUINIOU

Institution/Background

Euro Créative

Email

rlequiniou@eurocreative.fr

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

France - France has been a long-term advocate of Kosovo independence and continues to play a role in supporting Kosovo statehood. Indeed, France was among the first countries to recognize Kosovo after it declared independence from Serbia back in 2008. It maintains diplomatic relations with Kosovo, supports its European perspective, and has backed most of its membership applications in international organizations. However, recent France ambiguous position on Kosovo's membership to the Council of Europe shows that France has an evolving position regarding Kosovo's statehood as bilateral relations with Serbia play an increasing influential role.

10.15772/ANDRASSY.2026.002

What is the position of your country of expertise towards Kosovo's statehood?

France supports the perspective of EU enlargement for the Western Balkans countries and therefore supports the perspective of EU adhesion for Kosovo. That being said, Paris sees the situation in Kosovo difficult considering the bilateral dispute between Belgrade and Pristina. This is considered as a prerequisite for the finalisation of the enlargement process for both countries. At the moment, the difficult relationship between Macron and Kurti has led to a deterioration of France-Kosovo relations. France is less vocal about Kosovo's aspirations for the EU and more importantly, Kosovo government, behind closed doors, is more and more often criticised for its 'provocative' behavior towards Serbia by French officials.

Dieses Formular wurde bei Andrássy Gyula Budapesti Német Nyelvű Egyetem erstellt.

Google Formulare

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Staatliche Anerkennung und bilaterale Beziehungen relevanter Staaten zu Kosovo

EU-Staaten	Anerkennung: 0 = nein; 1 = ja	Diplomatische Beziehungen: 0 keine; 0,5 non-resident oder liaison; 1 Botschaft	Internationale Unterstützung (u.a. Wahl Europarat 2023)	KFOR: 0 = keine; 0,5 = <15; 1 = >15	Sonstige	GESAMT		ODA: 0 = keine; 0,5 = Geber; 1 = Haupt-geber	FDI: 0 = keine; 0,5 = Geber; 1 = Haupt-geber	Handel (Stand 2023): 0 = <250t Import aus u./o. <1.000t Export nach K; 0,5 = <1.500t Import u/o.<10.000t Export; 1 = >2.500t Import u./o. > 10.000t Export	Kultur/ Diaspora: 0 = nein; 0,5 = ja; 1 = Haupt	Sonstige	GESAMT
Belgien	1	1	1	0,5	0	**3,5**		0,5	0,5	0,5	1	0	**2,5**
Bulgarien	1	1	1	1	0	**4**		0,5	1	0,5	0,5	0	**2,5**
Dänemark	1	0,5	1	1	0	**3,5**		0,5	0,5	0	0,5	0,5	**2**
Deutschland	1	1	1	1	1	**5**		1	1	1	1	1	**5**
Estland	1	0,5	1	0	0	**2,5**		0,5	0,5	0	0	0	**1**
Finnland	1	1	1	1	0	**4**		0,5	0,5	0	0,5	0	**1,5**
Frankreich	1	1	1	0,5	-0,5	**3**		0,5	1	0,5	1	0	**3**
Griechenland	0	0,5	0	1	0	**1,5**		0,5	0,5	1	0,5	0	**2,5**
Irland	1	0,5	1	0,5	0	**3**		0,5	0,5	0	0,5	0	**1,5**
Italien	1	1	1	1	0	**4**		0,5	1	1	1	0	**3,5**
Kroatien	1	1	1	1	0	**4**		0,5	1	0,5	0,5	1	**3,5**
Lettland	1	0,5	1	1	0	**3,5**		0,5	0,5	0	0	0	**1**
Litauen	1	0,5	1	0,5	0	**3**		0,5	0,5	0	0	0	**1**
Luxemburg	1	1	1	0,5	0	**3,5**		1	1	0	0,5	0	**2,5**
Malta	1	0,5	1	0	0	**2,5**		0,5	0,5	0	0,5	0	**1,5**
Niederlande	1	1	1	0,5	0	**3,5**		0,5	1	1	0,5	0	**3**
Österreich	1	1	1	1	0	**4**		1	1	0,5	1	0	**3,5**
Polen	1	0,5	1	1	0	**3,5**		0,5	0,5	1	0,5	0	**2,5**
Portugal	1	0,5	1	0,5	0	**3**		0,5	0,5	0	0,5	0	**1,5**
Rumänien	0	0,5	-1	1	0	**0,5**		0,5	0,5	0,5	0	0	**1,5**
Schweden	1	1	1	0,5	0	**3,5**		1	0,5	0,5	1	0	**3**
Slowakei	0	0	0	1	0	**1**		0,5	1	0,5	0,5	0	**2,5**
Slowenien	1	1	1	1	0	**4**		0,5	1	1	0,5	0	**3**
Spanien	0	0	-1	0	-1	**-2**		0,5	0,5	0,5	0,5	0	**2**
Tschechien	1	1	1	1	0	**4**		0,5	0,5	0,5	0,5	0	**2**
Ungarn	1	1	-1	1	0	**2**		0,5	0,5	0,5	0,5	0	**2**
Zypern	0	0	-1	0	0	**-1**		0,5	0,5	0	0	0	**1**
EU	**0**	**1**	**1**	**1**	**1**	**4**		**1**	**1**	**1**	**1**	**0**	**4**

rot = Nichtanerkenner

grau = signifikante Änderungen im Verlauf

Nicht-EU: EFTA, NATO, Nachbarstaaten & UN-Sicherheitsrat

Albanien	1	1	1	1	1	**5**		0,5	1	1	0,5	1	**4**
Bosnien-Herzegowina	0	0,5	0	0	0	**0,5**		0	1	0,5	0,5	0	**2**
China	0,5	0	0	0	0	**0,5**		0	0	1	0	0	**1**
Island	1	0	1	0,5	0	**2,5**		0	0,5	0	0	0	**0,5**
Kanada	1	0,5	1	0,5	0	**3**		1	0,5	0	0,5	0	**2**
Montenegro	1	1	1	0,5	0	**3,5**		0,5	0,5	1	0,5	0	**2,5**
Nordmazedonien	1	1	1	1	0	**4**		0	1	1	0,5	0	**2,5**
Norwegen	1	0,5	1	1	0	**3,5**		1	1	0,5	1	0	**3,5**
Russland	0	0,5	0	0	-1	**-0,5**		1	0,5	0	0	0	**1,5**
Schweiz	1	1	1	1	0	**4**		1	0,5	1	1	0	**3,5**
Serbien	0	0,5	0	0	-1	**-0,5**		0	1	1	1	0	**3**
Türkei	1	1	1	1	1	**5**		0,5	1	1	1	1	**4,5**
UK	1	1	1	1	1	**5**		1	1	1	1	0	**4**
USA	1	1	1	1	1	**5**		1	1	1	1	1	**5**

rot = NATO-Staaten

RU: v.a. Unterstützung der serbischen Enklaven (Vgl. VOA 2009)

10.15772/ANDRASSY.2026.002

Erklärung „Sonstige"	(s.a. Kapitel „Akteure und Positionen in der EU-Außenpolitik gegenüber Kosovo")
Dänemark	Gefängnis-Deal
Deutschland	Unterstützung politische Prozesse inkl. Sekundierung Personal Dialog etc.; in allen Interviews neben USA, UK als Hauptunterstützer genannt. Größte Diaspora-Gruppe weltweit, größter Investor/bilateraler Geber.
Frankreich	Wahrnehmung im Land; eigene Erfahrungen ("Kosovo is not a candidate country")
Kroatien	Sicherheits-Abkommen mit Kosovo, Albanien
Slowakei	Totz Nichtanerkennung gute Beziehungen zu Kosovo, inkl. Vertretung im Land; seit Regierung Fico explizite Abkehr;
Spanien	Kategorische Aberkennung in intern. Formaten von HCCH bis Fußball
Ungarn	Eigentlich gute Beziehung, Anerkennung trotz Vojvodina/ung. Minderheit Serbien, aber seit Orbán-Autoritarismus, Budapest-Belgrad(-Moskau)-Achse Abkühlung; 2024 gegen CoE-Mitgliedschaft gestimmt.
Albanien	Sicherheitsabkommen mit Kosovo, Kroatien. Grenzabkommen, Handelserleichterungen etc. Unterstützung nach Banjska auch gegen EU.
Bosnien	Visa-Freiheit als Teil des CRM seit 2024 für BiH-Bürger:innen in Kosovo (einseitig)
Russland	Blockade Kosovo intern. Institutionen & Instrumentalisierung für außenpolitisches Narrativ (Krim etc.). Kosovo hat sich den Sanktionen gegen Russland angeschlossen; symbolisch da keine Handelbeziehungen
Serbien	Bilaterale Handelsblockaden (100% Zölle, Grenzschließungen/Kontrollen nach Bansjka) behindern die Einfuhr von serbischen Gütern
Türkei	Visums-Freiheit bereits seit 2009; historische Beziehungen v.a. Kultur, Bevölkerung, Sprache, die seit Unabhängigkeit aktiv befördert werden
UK	Dezidierte Unterstützung Kosovos auch nach Brexit; "Labour Friends of Kosovo and the Western Balkans", s.a. Interviews
USA	Historisch wichtigster Unterstützer, aktive Arbeit für Anerkennung Kosovos; wird von Kosovo-Albaner:innen als "Befreierin" Kosovos angesehen, s.a. Straßennamen etc.; Migrations-Deals, Bauprojekte etc.

QUELLEN (alle Links zuletzt aufgerufen am 28.07.2025)

Sammelbände & akademische Publikationen:

Armakolas, I. et al. (Hgg.; 2019). Local and International Determinants of Kosovo's Statehood Volume II. KFOS.

Armakolas, I., & Ker-Lindsay, J. (Hgg.; 2019). *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* . Springer.

Balfour, R., Stratulat, C., Avery, G., Hillion, C., Adebahr, C., Töglhofer, T., & Blockmans, S. (2015). EU member states and enlargement towards the Balkans. European Policy Center.

Lika, L. (Hg.; 2023). *Kosovo's Foreign Policy and Bilateral Relations* . London & New York: Routledge.

Dushi, M. (2025). Bridging Continents, Shaping Homeland: Comparative Perspective on Contributions by the Kosovo Albanian Diaspora in Europe and the United States. *GeoJournal* , *90* (3), 119.

Germin (2024). Harnessing the Potential of the Kosovar Diaspora's Economic Contributions. Link: https://germin.org/wp-content/uploads/2024/01/Harnessing-the-Potential-of-the-Kosovar-Diasporas-Economic-Contributions-Research.pdf

Kida, N., Smajli, R., Gjuraj, D., Morina, V., & Morina, J. (2025). Driving Factors of Foreign Direct Investment in Kosovo: The Roles of Market Access and Government Support. *International Journal of Sustainable Development & Planning* , *20* (1).

Offizielle Regierungsdokumente:

Kosovo Central Bank (2025). F*oreign direct investments in Kosovo - by economic activity and country* . 31.03.2025, Link: https://bqk-kos.org/repository/docs/time_series/34.a1%20Direct%20investment%20by%20activity%20and%20country.xls?lang=en

Kosovo Agency for Statistics (2023). Kosovo International Trade Statistics in goods. *Government of Kosovo* , Link: https://askapi.rks-gov.net/Custom/2b7c88b0-6828-444e-914c-ba4b61d64bb9.pdf

Medienbeiträge

KOHA (2024). Who voted against Kosovo in the Assembly of the Council of Europe. *Koha.net* , Link: https://www.koha.net/en/arberi/kush-votoi-kunder-kosoves-ne-asamblene-e-keshillit-te-evropes (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Weitere Online-Quellen:

KFOR (2025). Contributing Nations. *Alllied Joint Force Command Naples* . Link: https://jfcnaples.nato.int/kfor/about-us/welcome-to-kfor/contributing-nations (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Wikipedia (2025). List of diplomatic missions in Kosovo. Wikipedia, the free encyclopedia. Link: https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_diplomatic_missions_in_Kosovo (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).

Siehe auch „Google Forms Umfrage: Positions of EU member states towards Kosovo" im Anhang

Weitere und individuelle Quellenverweise, siehe Kapitel „Akteure und Positionen in der EU-Außenpolitik gegenüber Kosovo".

10.15772/ANDRASSY.2026.002